

26. Jahrgang

1/99

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Stefan Krätke

Berlin:
Die Metropole als Produktionsraum

Heinrich
Heidebrecht

Deutsche Romantik
und russische Architektur

Bernard Marchand

Nationalsozialismus
und Großstadtfeindschaft

Ulrich Hieber

Stadtsanierung und Stadtentwicklung

Gotthard Voss

Altstadtsanierung
in den neuen Bundesländern

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft
Die alte Stadt und in Verbindung mit
Ulrich Bauer, Helmut Böhme, Rudolf
Hillebrecht (†), Eberhard Jäckel und
Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Prof. em. Dr. OTTO BORST, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart (Herausgeber) – Prof. Dr. AUGUST GEBESSLER, Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N. (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft) – HANS SCHULTHEISS, Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N. (Chefredakteur).

Professor Dr. HARALD BODENSCHATZ, Technische Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Franklinstraße 28/29, 10587 Berlin – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbereich III: Geschichte, Universitätsring 15, 54286 Trier – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Universität Stuttgart, Fakultät für Architektur und Stadtplanung, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart – Dr. HELMUT HERBST, Museum und Galerie der Stadt Waiblingen, Postfach 1751, 71328 Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städtebauliches Institut, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart – Prof. Dr. RAINER JOOSS, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbetringer Straße 200, 73525 Schwäbisch Gmünd – Dr. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung, Schinkelstraße 1, 52062 Aachen – VOLKER ROSCHER, Bund Deutscher Architekten der Hansestadt Hamburg, Mittelweg 89, 20149 Hamburg – Prof. Dr. JOACHIM B. SCHULTIS, Erster Bürgermeister, c/o Stadtverwaltung Heidelberg, Baudezernat, Palais Graimberg, Kornmarkt 5, 69117 Heidelberg – Dr. DIETER SCHOTT, Technische Universität Darmstadt, Institut für Geschichte, Schloss, 64283 Darmstadt – Dr. HOLGER SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Institut, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Adresse der Chefredaktion erbeten: 73726 Esslingen am Neckar, Postfach 10 03 55, Tel. (07 11) 35 12-32 42, Fax (07 11) 35 12-24 18.

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mitgliederzeitschrift der ca. 160 Städte umfassenden Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. und erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 320 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 165,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 126,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 45,40 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart, Tel. 07 11 / 7 86 30. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

ABHANDLUNGEN

STEFAN KRÄTKE, Berlin: Die Metropole als Produktionsprogramm	1
HEINRICH HEIDEBRECHT, Einflüsse der deutschen Romantik auf die russische Architektur	22
BERNARD MARCHAND, Nationalsozialismus und Großstadtfeindschaft	39
ULRICH HIEBER, Stadtsanierung und Stadtentwicklung gestern und morgen	51
GOTTHARD VOSS, Altstadtsanierung in den neuen Bundesländern. Materielle Bestandsnot und Altstadtverständnis 1989/1990	61

KLEINE BEITRÄGE

NIKOLAUS NIEDERICH, »Das einzig Beständige ist der Wandel«. Denkmalschutz und »Stuttgart 21«	68
---	----

DIE AUTOREN	72
-------------------	----

BESPRECHUNG

RALF ROTH, Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main (<i>Jürgen Schmidt</i>)	73
---	----

Berlin: Die Metropole als Produktionsraum

1. Einleitung

Die Entwicklung Berlins seit 1990 hat, was die wirtschaftliche Entwicklung angeht, viele überzogene Erwartungen unerfüllt gelassen und eher die kritischen Erwartungen einer Entwicklung zur Polarisierungs-Metropole bestätigt,¹ wie neuere Untersuchungen zur sozial-räumlichen Struktur Berlins erkennen lassen.² Die Perspektiven des Wirtschaftsstandorts Berlin innerhalb des bundesdeutschen Regionalsystems sind heute angesichts eines fortschreitenden Arbeitsplatzabbaus in »modernen« wie auch in traditionellen Produktionszweigen und im Bereich der Kulturökonomie keineswegs klar oder gar eindeutig positiv einzuschätzen.³ Nichtsdestoweniger bildet die Berliner Region in Ostdeutschland neben Dresden und Leipzig einen bedeutenden Entwicklungspol,⁴ und es werden nach wie vor große Erwartungen in die Übernahme der Hauptstadtfunktionen und einen Umbau der Stadt zur »Dienstleistungsmetropole« gesetzt.⁵ Dieser Artikel möchte die Vision von der Dienstleistungsmetropole mittels empirischer Betrachtung von Standortmustern problematisieren und herausarbeiten, daß Berlin in seinem heutigen wirtschafts-räumlichen Gefüge als Standort komplexer Produktionsaktivitäten mit teilweise zukunftsfähigen räumlichen Organisationsformen zu charakterisieren ist.

Metropolregionen sind als Wirtschaftsräume zu betrachten, in denen sich verschiedene Teilökonomien mit unterschiedlichen wirtschaftlichen und räumlichen Organisationsformen lokalisieren, partiell überschneiden, und zusammen einen hochverdichteten Agglomerationsraum konstituieren. Die ebenso altbackene wie hochmodische Rede von den »Dienstleistungsmetropolen« kann die sektorale Struktur und Entwicklung der Wirtschaft von Metropolregionen nur unzureichend erfassen, insofern

¹ Vgl. S. Krätke, Berlins Umbau zur neuen Metropole, in: Leviathan 3 (1991), S. 327 ff.

² Vgl. S. Hermann / G. Meinschmidt, Sozialstrukturatlas Berlin. Erste gemeinsame Berechnung für alle Bezirke, hrsg. von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Berlin 1995; S. Hermann / G. Meinschmidt, Sozialstrukturatlas Berlin. Fortschreibung 1997, hrsg. von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Berlin 1997.

³ Vgl. S. Krätke, Berlin: Struktur-Anpassung oder offener Strukturbruch?, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, Bd. II (1998).

⁴ Vgl. DIW, Ballungsräume Ostdeutschlands als Wachstumspole?, in: DIW-Wochenbericht 29 (1997), S. 499 ff.

⁵ Vgl. Prognos, Wirtschaftsregion Berlin und Brandenburg. Daten, Analysen und Prognosen, Berlin 1997.

als sie Teilökonomien mit ganz unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen unter fragwürdigen wirtschaftsstatistischen Kategorien wie »Industrie« und »Dienstleistungen« zusammenführt. In der Industrie sind heute der weitaus größte Teil der Beschäftigten Ingenieure, Designer, Werbefachleute, Organisatoren und Planer, wobei das Tätigkeitsprofil anstelle von direkten Fertigungstätigkeiten immer stärker durch Aufgaben der Forschung und Entwicklung neuer Produkte/Verfahren, durch Arbeit an Design und Marketingstrategien, sowie Management und Veränderung von industriellen Organisationsformen bestimmt wird. Der wirtschaftliche Strukturwandel der Gegenwart hat Dienstleistungstätigkeiten *innerhalb* der Industrie auf Kosten direkter Fertigungstätigkeiten ausgeweitet und zugleich durch Auslagerung vormals industriell intern erbrachter Dienstleistungen an selbständige Firmen den Sektor produktionsnaher Dienstleistungen in enger Verbindung zur Industrieentwicklung expandieren lassen. Zugleich ist bei vielen Wirtschaftsaktivitäten wie z. B. im Bereich der Medien- und Filmwirtschaft keine klare Unterscheidung zwischen Produktions- und Dienstleistungstätigkeit möglich. Bei einer zeitgemäßen Gliederung von Wirtschaftssektoren müsste von den heutigen komplexen *Produktions*-Aktivitäten ausgegangen werden, in denen die überkommene »duale« Gliederung der städtischen Wirtschaftsaktivitäten nach Industrie und Dienstleistungen nicht mehr aufrechtzuerhalten sind.

Was die räumliche Organisationsform der Metropolregion betrifft, ist immer noch die simplifizierende Vorstellung dominant, daß sich das »Zentrum« durch eine Agglomeration und Zentralisierung von bedeutenden Dienstleistungen auszeichnet, während sich die Industrieaktivitäten in Randzonen und Umlandgebieten der Metropole konzentrieren, bzw. einer fortschreitenden Tendenz zur Verlagerung an die Ränder der Metropolregion unterworfen sind. Der wirtschaftliche Strukturwandel der Gegenwart hat auch diese vermeintlich dualisierte Raumorganisation überformt und ausdifferenziert, indem eine Reihe bedeutender metropolitaner Wirtschaftsaktivitäten entweder zur Formierung neuer kleinräumiger Agglomerationen (Unternehmens-Cluster) *im Innern* der Metropole tendiert, und indem sich einige tradierte lokale Agglomerationen von Produktions-Aktivitäten in den inneren Zonen der Metropolregion behauptet und revitalisiert haben. Dabei ergeben sich allerdings zunehmend konkurrierende und konfligierende Nutzungsansprüche verschiedener Teilökonomien, so daß das innere Stadtgebiet der Metropole nicht nur hinsichtlich der Wohnnutzungen und »Sozialräume«, sondern auch mit Blick auf verschiedene Produktionsaktivitäten als »umkämpfter« gesellschaftlicher Raum erscheint.

Die wirtschaftsräumliche Organisation einer Metropole soll im Folgenden am Beispiel Berlins auf der Basis einer vom überkommenen 3-Sektoren Modell abweichenden sektoralen Gliederung der Stadtökonomie dargestellt werden, wobei die Standortmuster von Subsektoren nach dem Grad der Agglomeration und Zentralisierung unter besonderer Berücksichtigung der Formierung lokaler Branchen-»Cluster« im Berliner Wirtschaftsraum betrachtet werden.

2. Die wirtschaftsräumliche Struktur der Metropolregion Berlin

Zur Beschreibung von Standortverteilungen im Wirtschaftsraum der Berliner Metropolregion im Jahre 1997 wurden mittels einer Auswertung von Adreßbüchern die Standorte von knapp 5000 Firmen im Land Berlin, und für eine kleine Auswahl von Wirtschaftsaktivitäten weitere Firmenstandorte im engeren Verflechtungsraum Berlins festgestellt. Die räumliche Anordnung der Firmenstandorte erlaubt Aussagen über Standortkonzentrationen, Agglomerationsgrade und »Cluster«-Bildungen im konkreten Bezugsraum Berlin. Empirische Aussagen dieser Art haben in der neueren stadt- und regionalökonomischen Forschung einen bedeutenden Stellenwert hinsichtlich der These, daß die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit konkreter Produktionszweige nicht zuletzt von ihren *räumlichen* Organisationsformen (auch innerhalb der jeweiligen Standort-Region) beeinflusst wird.⁶ Die Firmenstandorte wurden nach kleinteilig differenzierten Branchen ermittelt, die von den Kategorien der Beschäftigtenstatistik abweichen, und in 5 Gruppen zusammengestellt, die den »profilbildenden Kernsektoren« der Stadtökonomie von Metropolregionen entsprechen:

(1.) Der *Finanzsektor* umfaßt hier 279 Firmensitze von Banken und Versicherungen (Regionale Unternehmens-Zentralen von Banken und Versicherungen, jedoch nicht die lokalen Zweigstellen).

(2.) Der Sektor *unternehmensnahe Dienstleistungen* umfaßt 1667 Firmen der Wirtschaftsberatung und -prüfung sowie Marktforschung, Unternehmen (nur Kapitalgesellschaften) aus dem Bereich Finanzierungsvermittlung und Steuerberatung, Werbeagenturen, Unternehmen aus dem Bereich Datenerfassung und EDV-Beratung, sowie Gebäudereinigung und Wachdienste.

(3.) Der Sektor der *Kulturökonomie* wird in Anlehnung an Scott⁷ von den Beschäftigten in Wirtschaftszweigen konstituiert, die mit der Herstellung kultureller Produkte in weitem Sinne beschäftigt sind: es handelt sich um »Image-Produktions«-Aktivitäten,⁸ deren Produkte und Leistungen in hohem Maße als kulturelle Bedeutungsträger fungieren, als Mittel der sozialen Selbstdarstellung, der Unterhaltung, oder auch als Instrumente der Information, Beeinflussung und Überzeugung. Die Kultur-Produktionen sind in starkem Maße auf wechselnde Geschmacks-, Mode- und Stilrichtungen ausgerichtet. Der Sektor Kultur-Produktionen umfaßt in dieser Studie

⁶ Vgl. A. J. Scott, *Metropolis. From the division of labour to urban form*, Berkeley 1988; M. Storper / A. J. Scott, *The Wealth of Regions: Market Forces and Policy Imperatives in Local and Global Context*, in: *Futures* 5 (1995), S. 505 ff.; S. Krätke, *Stadt – Raum – Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie*, Basel/Boston/Berlin 1995.

⁷ Vgl. A. J. Scott, *The Craft, Fashion, and Cultural Products Industries of Los Angeles: Competitive Dynamics and Policy Dilemmas in a Multisectoral Image-Producing Complex*, in: *Annals of the Association of American Geographers* 2 (1996), S. 306 ff.

⁸ Vgl. A. J. Scott (s. A 7); A. J. Scott, *The Cultural Economy of Cities*, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 2 (1997), S. 323 ff.

1731 Firmen aus den Bereichen Filmproduktion und -dienstleistungen, Multimedia-, Musikproduktion und Tonstudios, ferner Theater (die hier als Betriebsstätten der Kulturproduktion anzusehen sind), unternehmerische Veranstaltungsdienste (z. B. Konzertagenturen), Designer-Firmen (welche zugleich kulturelle und produktionsbezogene Dienstleistungen erbringen), sowie die Unternehmen des Verlags- und Druckgewerbes.

(4.) Aus den vielen Produktionszweigen der Industrie wird in dieser Studie eine Gruppierung hervorgehoben, die in Debatten um neue industrielle Wachstumsträger und zukunftssträchtige Produktionszweige häufig mit dem simplifizierten Ausdruck »Hochtechnologie«-Industrien umschrieben wurde. Angesichts der Schwächen eines rein technologie-zentrierten Ansatzes und der Abgrenzungsprobleme zwischen »High-, Medium- und Low Tech«-Industrien hat sich inzwischen mehr die Auffassung durchgesetzt, daß eine aussagekräftigere sektorale Gruppierung von Industriezweigen auf die unterschiedliche Intensität von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in verschiedenen Branchen der industriellen Produktion bezogen werden müßte, im Sinne der Erkenntnis, daß die Innovationsfähigkeit einer Industrie für ihre weitere Entwicklung von größerer Bedeutung ist als der Typus der eingesetzten Produktionstechnologien. So folgt die Klassifizierung von Industriezweigen seitens der OECD dem Kriterium der Forschungs- und Entwicklungsintensität, wobei F&E-Aufwendungen als Maßstab für die Gruppierung der verschiedenen Produktionszweige nach ihrem technologischen Entwicklungsniveau dienen.⁹ Auf diesem Hintergrund werden hier als vierter Teilsektor die *F&E-intensiven Industrien* zusammengebracht: dazu gehören u. a. der Luftfahrzeugbau, die Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, die Meß-, Regel- und Nachrichtentechnik, Chemie- und Pharmazeutik, sowie der Maschinenbau und Fahrzeugbau. Diese Branchen haben sich im Rahmen einer empirischen Studie der IHK über die Innovationsfähigkeiten der Berliner Wirtschaft auch im Land Berlin generell als die Industriezweige mit einer relativ hohen Intensität von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten herauskristallisiert.¹⁰ In der Analyse von Berliner Standortmustern umfaßt der Sektor F&E-intensive Industrien 867 Firmen aus den Bereichen Software-Entwicklung (die bei traditioneller Sichtweise eher den »Dienstleistungen« zugerechnet würde), Medizintechnik und Biotechnologie, Meß- und Regeltechnik, Lasertechnik, Umwelt- und Solartechnik, Kommunikationstechnik, Chemie- und Pharmazeutik, Verkehrstechnik und Fahrzeugbau, sowie Maschinenbau und Automatisierungstechnik.

⁹ Vgl. OECD (Hrsg.), Classification of High-Technology Products and Industries. Working Party No. 9 of the Industry Committee on Industrial Statistics Group of Experts on Science and Technology Indicators, Paris 1995.

¹⁰ Vgl. IHK Berlin (Hrsg.), Zukunftssicherung durch Innovation. Profil, Potential und Strategien der Unternehmen in Berlin, Berlin 1997.

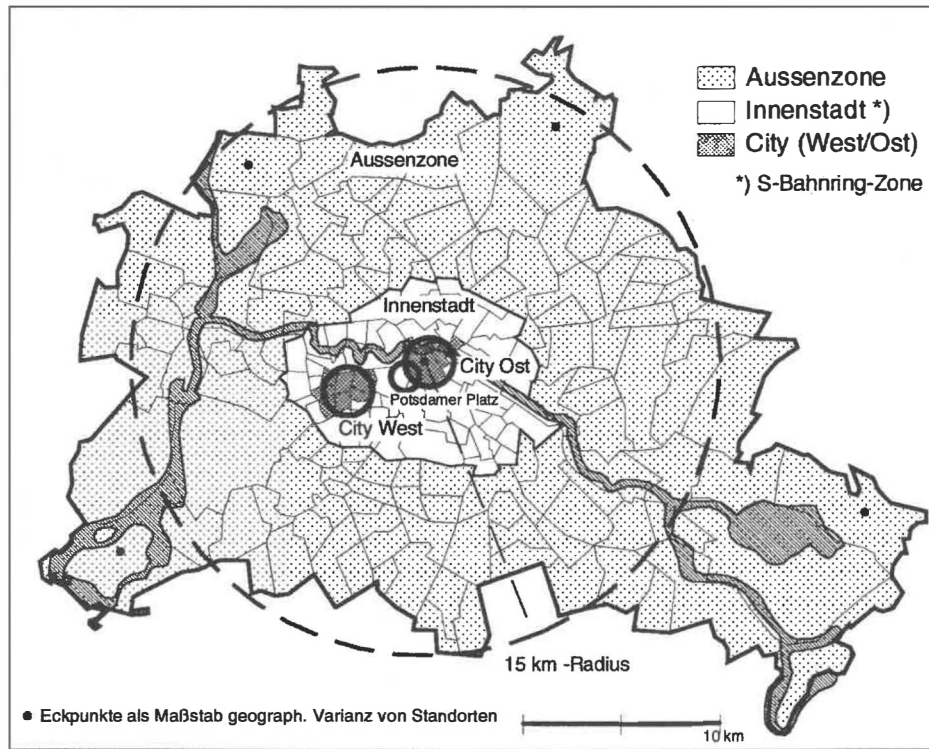
(5.) Auf Basis der Eingrenzung des Sektors F&E-intensive Industrien werden eine Reihe anderer industrieller Produktionszweige in dieser Studie als die Gruppe der »traditionellen« Industrien umschrieben, wobei es nicht um ihre langjährige, teils bis ins vorige Jahrhundert zurückreichende Präsenz im Berliner Wirtschaftsraum geht (dies trifft auch für manche F&E-intensive Branchen zu), sondern eher die vergleichsweise geringe Intensität von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auf Branchenebene angesprochen ist. Dabei sollte allerdings nicht verkannt werden, daß einige Regionen im europäischen Wirtschaftsraum gerade in »traditionellen« (Medium- und Low Tech-)Industrien eine hohe Wettbewerbsfähigkeit durch besondere regionalwirtschaftliche Organisationsformen erreichen.¹¹ In dieser Studie umfaßt der Sektor traditionelle Industrien eine Auswahl von 450 Firmen aus den Bereichen Tabakverarbeitung und Zigarettenproduktion, Metallindustrie und Elektrotechnik (wobei einige Firmen der Branche Elektrotechnik auch Produktionsaktivitäten im Bereich der Elektronik haben, die man eigentlich den F&E-intensiven Aktivitäten zurechnen müßte). Die Gruppe der »traditionellen« Industrien umfaßt weitaus mehr Produktionszweige als für diese Studie ausgewählt wurden (z. B. Textil- und Bekleidungsindustrie, Holzverarbeitung und Möbelindustrie, Eisen- und Stahlerzeugung u. a.). Für eine exemplarische Darstellung von räumlichen Organisationsformen scheint die Auswahl hinreichend, zumal einige der hier den F&E-intensiven Industrien zugerechneten Zweige wie Chemie-Industrie, Maschinenbau und Fahrzeugbau unter anderen Kriterien, etwa nach ihrer historischen Bedeutung im Kontext des Berliner Industrieraums und nach ihren Standortmustern auch als »traditionelle« Industrien (Berlins) betrachtet werden dürfen.

Die vorausgehend aufgeführten fünf Teilsektoren können als *profilbildender Kern* der Stadtökonomie einer Metropolregion angesehen werden, insofern als sie den Kreis jener Wirtschaftsaktivitäten umfassen, die den wirtschaftlichen Entwicklungspfad und in Abhängigkeit von ihren Organisationsformen auch die Wettbewerbsfähigkeit der Region in entscheidendem Maße bestimmen. Die anderen Teilsektoren der Stadtökonomie einer Metropole,¹² die hier nicht einbezogen wurden, haben in allen Agglomerationen einen bedeutenden Anteil der Beschäftigten, und sind in erster Linie auf Geschäfte im Bereich der »regionalen« Versorgung der metropolitenan Wirtschaft und Bevölkerung ausgerichtet (Bau- und Energiewirtschaft, Distributionsdienstleistungen und haushaltsbezogene Dienstleistungen), oder dem Verkehrs- und Transportsektor und dem Sektor zentralstaatlicher, regionaler und lokaler Regierung und Verwaltung zuzurechnen.

Die Firmenstandorte wurden 190 Postbezirken der Region Berlin zugeordnet, um die wirtschafts-geographisch irrelevante Untergliederung Berlins in 23 Verwaltungs-

¹¹ Vgl. S. Krätke / S. Heeg / R. Stein, Regionen im Umbruch. Probleme der Regionalentwicklung an den Grenzen zwischen »Ost« und »West«, Frankfurt am Main/New York 1997.

¹² Vgl. S. Krätke (s. A 3).



Karte 1: Berlin. Raumgliederung auf Basis von Postbezirken.

Bezirke zu umgehen. Eine Analyse des Standortgefüges im Berliner Wirtschaftsraum kann nicht auf die administrative Regionsgliederung gestützt werden, da die Bezirksgrenzen Berlins in vielen Fällen stadtkonomische Funktionsräume künstlich durchschneiden. Aussagen zum »Zentralisierungsgrad« von Wirtschaftsaktivitäten innerhalb der Metropole Berlin setzen im Unterschied zum (weiter unten behandelten) »Agglomerationsgrad« eine bestimmte Raumgliederung als Referenzmaßstab voraus.

Zu diesem Zwecke wird innerhalb der Metropolregion eine Untergliederung in drei Raumzonen vorgenommen: City West und Ost unter Zurechnung einer begrenzten Zahl von Postbezirken, die das bi-polare Stadtzentrum Berlins näherungsweise eingrenzen, Innenstadt unter Zurechnung jener Postbezirke, die innerhalb des klassischen Berliner S-Bahnringes lokalisiert sind, und Außenzone, die alle Postbezirke außerhalb der Innenstadt (S-Bahnring-Zone) in den Grenzen des Landes Berlin umfaßt. Daran anschließend folgt die Umlandzone, welche dem sog. »engeren Verflechtungsraum« Berlins entspricht (und den bereits in der Vorkriegszeit gegebenen Pendler-Einzugsbereich umschreibt).

Unter dem *Zentralisierungsgrad* von Wirtschaftsaktivitäten im Berliner Stadtraum können wir die jeweiligen Anteile von Firmenstandorten in den Raumzonen City und Innenstadt verstehen (vgl. Tab. 1). Wie nicht anders zu erwarten, zeigt der Finanzsektor in Berlin (wie in allen Metropolregionen) den höchsten Zentralisierungsgrad, die Gruppe der traditionellen Industrien den geringsten Grad an räumlicher Zentralisierung. Von größerem Interesse ist eher die empirische Feststellung, daß im Berliner Wirtschaftsraum die Kultur-Produktionen – insbesondere in der Innenstadtzone – einen höheren Zentralisierungsgrad erreichen als die unternehmensnahen Dienstleistungen, und daß zweitens sowohl die Gruppe der F&E-intensiven Industrien als auch der »traditionellen« Industrien einen nach wie vor hohen Anteil von Firmenstandorten innerhalb des Innenstadtbereiches aufweisen (jeweils etwas mehr als 30% der Standorte innerhalb der S-Bahnring-Zone, im Vergleich zu den unternehmensnahen Dienstleistungen mit 37%, und den Kultur-Produktionen mit mehr als 50%).

So zeigt die Betrachtung von Standortverteilungen im Berliner Raum bereits in diesem ersten Schritt der Auswertung: Die Innenstadt der Metropole Berlin ist ein bedeutender Produktionsstandort. Von den einbezogenen 2026 Firmenstandorten in der S-Bahnring-Zone gehören 723 zum Finanzsektor und den unternehmensnahen Dienstleistungen, 887 zum Sektor der Kultur-Produktionen und weitere 416 zu den F&E-intensiven oder den traditionellen Industrien. Die standortpolitischen Implikationen dieser Situation sind weiter unten noch zu erörtern. Dabei geht es um die Frage, ob die derzeitige räumliche Organisation von Sektoren der Berliner Wirtschaft als Ausdruck einer »Rückständigkeit« im Vergleich zu anderen Metropolregionen oder als ein erhaltenswertes Potential anzusehen ist.

Der *Agglomerationsgrad* von Firmenstandorten im Wirtschaftsraum der Metropolregion sagt im Unterschied zum Zentralisierungsgrad nichts darüber aus, in welcher Raumzone eine Standortkonzentration festzustellen ist, sondern charakterisiert das Ausmaß der räumlichen Konzentration oder Streuung von Wirtschaftsaktivitäten im Bezugsraum. Die neuere wirtschaftsgeographische Forschung hat eine Tendenz zur »Re-Agglomeration« in einer Reihe von Produktionszweigen herausgearbeitet, und hierzu zahlreiche Fallstudien aus Regionen Europas und Nordamerikas vorgelegt.

Zu den Produktionszweigen, in denen sich Tendenzen der Re-Agglomeration bzw. »Cluster«-Bildung feststellen ließen, gehörten insbesondere »Hochtechnologie«-Industrien (bzw. F&E-intensive Industriezweige), ferner »design-intensive« Industrien, und nicht zuletzt die »Kultur-Industrien«. Neue oder revitalisierte Agglomerationen derartiger Produktionszweige bilden häufig die Basis wettbewerbsfähiger dynamischer Regionalökonomien, wobei sich die hier betrachteten lokalen Agglomerationen teils innerhalb des Gebietes von Großstadt-Agglomerationen, teils in den Randzonen von Metropolregionen, und teils in neu erschlossenen, bisher nicht industrialisierten

	Prozentualer Anteil der Firmenstandorte in Zone:			Streuungsmaß Varianz (in Mio)	Agglomerationsgrad in %	Anzahl Firmen gesamt = 100
	City	Innenstadt	Außenzone			
Teilsektoren wirtschaftl. Aktivität						
Banken	61,7	31,3	7,0	3,3	93,2	128
Versicherungen	33,1	39,7	27,2	10,6	78,4	151
Finanzsektor zus.	46,2	35,8	17,9	7,3	85,2	279
Wirtschaftsberatung, Marktforschg.	26,1	33,5	40,4	18,6	62,1	490
Finanzierungsvermittlung	28,9	39,4	31,7	14,6	70,2	142
Steuerberatung	22,4	31,5	46,1	16,3	66,7	362
Werbeagenturen	18,7	44,4	36,9	15,6	68,2	225
Gebäudereinigung	3,4	40,1	56,5	27,8	43,3	207
Wachdienste	13,3	37,3	49,4	19,0	61,2	83
Datenerfassung, EDV-Beratung	10,8	47,5	41,8	23,5	52,1	158
Unternehmensnahe Dienstl. zus.	19,6	37,4	43,0	19,0	61,3	1667
Software-Entwicklg.	13,3	35,7	51,0	22,3	54,6	241
Medizintechnik, Biotechnologie	2,2	19,8	78,0	48,8	0,5	91
Meß- u. Regeltechnik	1,3	40,5	58,2	34,0	30,7	79
Umwelttechnik, Solartechnik	9,0	35,2	55,9	18,8	61,7	145
Kommunikationstechnik	18,9	33,6	47,5	20,5	58,1	122
Lasertechnik	0,0	29,4	70,6	9,5	80,6	17
Chemie-u.Pharmazeutik	11,3	18,9	69,8	31,0	36,7	53
Verkehrstechnik u. Fahrzeugbau	0,0	13,5	86,5	33,7	31,3	37
Maschinenbau, Automatis.-technik	1,2	30,5	68,3	36,7	25,2	82
F&E-intensive Industrien zus.	9,0	31,5	59,5	28,0	42,9	867
Tabak- u. Zigaretten-Fabrikation	6,7	33,3	60,0	18,8	61,7	15
Elektrotechnik	0,7	27,0	72,3	39,3	19,9	148
Metallindustrie	1,7	33,8	64,5	31,1	36,7	287
»Traditionelle« Industrien zus.	1,6	31,8	66,4	33,8	31,1	450
Filmproduktion	22,0	50,7	27,4	11,5	76,6	296
Filmdienstleistungen	11,3	53,9	34,8	14,9	69,6	115
Videofilm-Produktion	17,0	56,6	26,4	15,5	68,4	53
Multimedia	8,8	55,9	35,3	15,6	68,2	34
Musikproduktion u. Tonstudios	10,4	54,8	34,8	20,4	58,5	135
Theater	31,1	51,1	17,8	9,3	81,1	90
Theater-Dienstleistungen	0,0	42,9	57,1	36,4	25,9	28
Veranstaltungsdienste	14,1	41,8	44,1	18,2	62,8	177
Designer	19,6	52,2	28,3	14,3	70,8	92
Verlage	17,8	47,8	34,4	15,2	69,1	439
Druckereien	4,0	59,6	36,4	19,4	60,4	272
Kulturökonomie zus.	15,3	51,2	33,5	16,0	67,3	1731
						4994

Tabelle 1: Zentralisierung und Agglomerationsgrad ausgewählter Wirtschaftsaktivitäten im Berliner Stadt-
raum 1997.

Industrieräumen außerhalb der klassischen Industriezentren feststellen ließen.¹³ Für die Bundesrepublik Deutschland wurden solche Tendenzen bisher weder auf regionaler Ebene noch im Blick auf das interne Raumgefüge von Metropolregionen näher untersucht.

In dieser Studie wird der Versuch gemacht, den Agglomerationsgrad einer Vielzahl von Wirtschaftsaktivitäten für den Wirtschaftsraum Berlin sowohl räumlich darzustellen als auch zu quantifizieren. Wir können zunächst die geographische Streuung von Firmenstandorten einer Branche anhand der Varianz (d. h. der quadrierten mittleren Abweichung) zwischen den geographischen Koordinaten der Teilräume eines Untersuchungsgebietes bestimmen. Für den Wirtschaftsraum Berlin heißt das, für verschiedene Branchen die Varianz zwischen den geographischen Flächenmittelpunkten von Postbezirken, in denen sich Firmenstandorte der Branche befinden, zu berechnen und mit der Anzahl Firmen dieser Branche im jeweiligen Postbezirk zu gewichten. Dieses *Streuungsmaß* läßt sich daraufhin in einen *Agglomerationsgrad* umrechnen, der den konkreten Bezugsraum (hier: Berlin) als Referenzmaßstab zugrundelegt: ein Agglomerationsgrad von 100% sei gegeben, wenn sich alle Firmenstandorte einer Branche in einem einzigen Postbezirk konzentrieren; ein Agglomerationsgrad von 0% sei gegeben, wenn sich alle Firmenstandorte einer Branche gleichmäßig auf 5 ausgewählte Bezirke verteilen – einen im Zentrum und 4 an den äußeren Eckpunkten des Bezugsraums Berlin. Somit ist der quantifizierende Ausdruck »Agglomerationsgrad« von den konkreten Dimensionen des Berliner Wirtschaftsraumes abhängig. Ein hoher Agglomerationsgrad kann eine Tendenz zur räumlichen Cluster-Bildung innerhalb einer Branche anzeigen, sagt aber nichts darüber aus, *wo* sich Cluster von Firmenstandorten im Bezugsraum formiert haben. Solche kleinräumigen Standortkonzentrationen können sich in Randzonen und im Umland ebenso wie in innerstädtischen Zonen der Metropolregion ausbilden.

Im Folgenden werden zuerst die Ergebnisse der Berechnung von Agglomerationsgraden der Wirtschaftsaktivitäten im Berliner Raum dargestellt und anschließend für ausgewählte Branchen in räumlich konkretisierter Fassung vorgestellt. Die traditionellen Vorstellungen vom wirtschaftlichen Standortgefüge der Großstadtregion, wonach sich Unternehmens-Hauptquartiere und Finanzsektor im Zentrum (bzw. dem zentralen Geschäftsbezirk), industrielle Produktionsstandorte in den Randzonen konzentrieren, wird auch in den für Berlin berechneten Agglomerationsgraden widergespiegelt: Der Finanzsektor erreicht hier den höchsten Agglomerationsgrad von 85%, die Gruppe der »traditionellen« Industrien den niedrigsten Wert mit 31% (darunter z. B. Firmen der Elektrotechnik mit einem Agglomerationsgrad von unter 20%). Erweiterte Einsicht in die Standortgefüge des metropolitenen Wirtschaftsraumes verspricht die Betrachtung von drei weiteren Branchen-Gruppierungen: Die Gruppe der

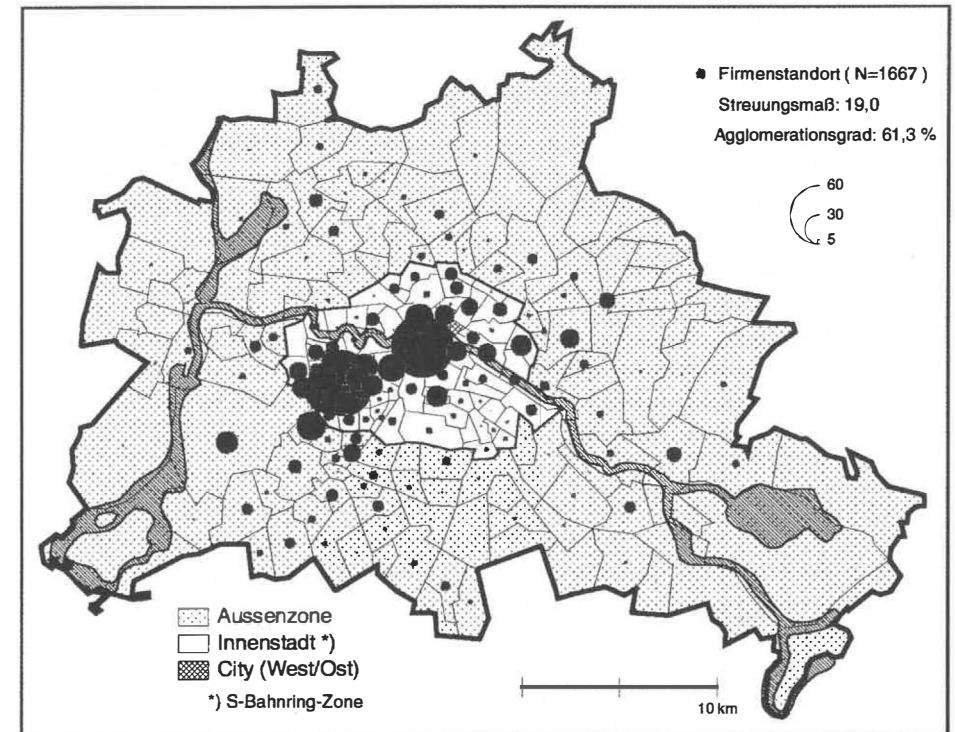
¹³ Vgl. z. B. A. J. Scott, *New industrial spaces*, London 1988; M. Storper / A. J. Scott (s. A 6).

unternehmensnahen Dienstleistungen zeigt einen relativ hohen Agglomerationsgrad von 61% (darunter z. B. Werbeagenturen mit 68%, Gebäudereinigung mit 43%). Dieser Sektor wird aber noch übertroffen vom Sektor der Kultur-Produktionen mit einem Agglomerationsgrad von 67% (darunter z. B. die Filmproduktion mit 76% und die Designer-Firmen mit 71%). Die Gruppe der F&E-intensiven Industrien zeigt mit 43% insgesamt einen wesentlich höheren Agglomerationsgrad als die »traditionellen« Industrien. Bei genauerer Betrachtung sind zwei Teilgruppen zu unterscheiden: Recht hohe und den unternehmensnahen Dienstleistungen ähnliche Agglomerationsgrade erreichen Lasertechnik (80%), Umwelt- und Solartechnik (62%), Kommunikationstechnik (58%) und Software-Entwicklung (55%); dagegen erreichen z. B. Chemie- und Pharmazeutik (37%), Verkehrstechnik und Fahrzeugbau (31%) sowie Maschinenbau (25%) Agglomerationsgrade, die eher den Werten von »traditionellen« Industrien entsprechen. Die von der neueren regionalökonomischen Forschung herausgestellte Tendenz zur Agglomeration und Cluster-Bildung von »Hochtechnologie«-Industrien bzw. F&E-intensiven Industrien läßt sich demnach auch im Berliner Wirtschaftsraum feststellen. Diese Tendenz ist aber nicht für alle dieser Branchen nachzuweisen – einige Produktionszweige aus der Gruppe F&E-intensiver Industrien zeigen (im Berliner Wirtschaftsraum) eher traditionelle, räumlich gestreute Standortmuster ohne Tendenz zur Cluster-Bildung.

In räumlich konkretisierter Darstellungsweise lassen sich eine Reihe von lokalen Agglomerationen besonderer Wirtschaftsbranchen im Berliner Raum zeigen. Erwartungsgemäß werden die Firmenstandorte des Finanzsektors auf die City-Bereiche konzentriert, wobei sich im speziellen raumstrukturellen Kontext der ehemals geteilten Stadt Berlin eine bi-polare City ausbildet (City-West und City-Ost), in der sich der Finanzsektor kleinräumig in zwei zentralen Geschäftsbezirken lokalisiert. Die unternehmensnahen Dienstleistungen zeigen (bei einem im Vergleich zum Finanzsektor insgesamt geringeren Agglomerationsgrad) ebenfalls deutliche Standortkonzentrationen in den beiden City-Bereichen von Berlin. Diese enge räumliche Verschränkung von Finanzsektor und unternehmensnahen Dienstleistungen, die sich in Berlin wie auch in den Zentren anderer Metropolregionen ausbildet, kann als räumlicher Ausdruck einer von Stadtökonomien herausgestellten Formierung »metropolitaner Komplexe strategischer Unternehmensaktivitäten« betrachtet werden.¹⁴

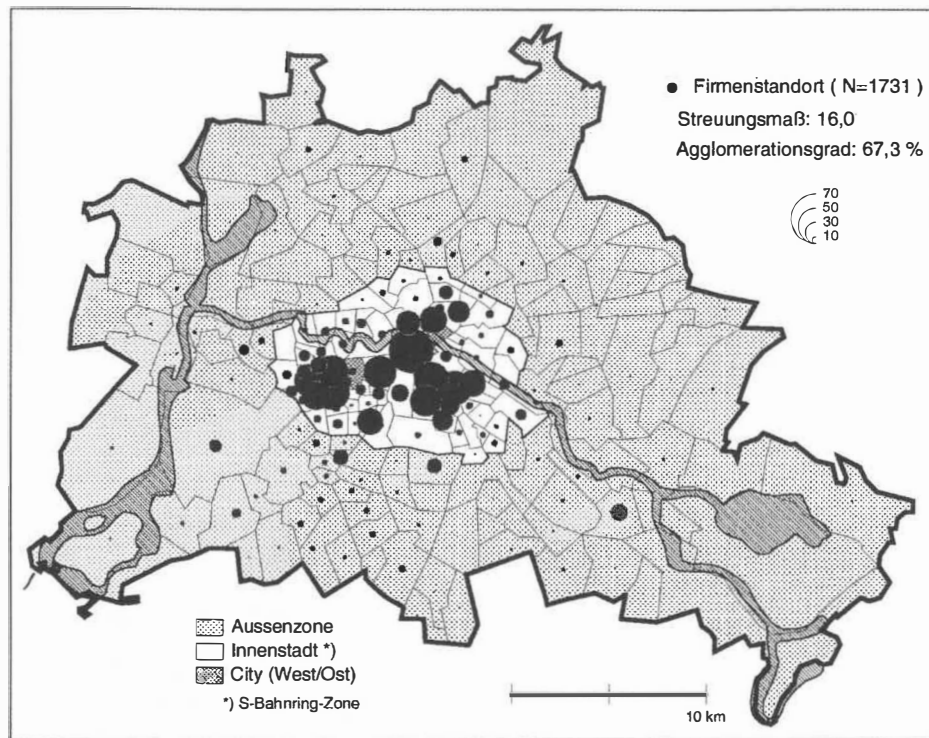
Auch die verschiedenen Branchen der Kultur-Produktion sind in hohem Maße in Teilbezirken der Innenstadt und den beiden City-Bereichen konzentriert. Viele Innenstadtbereiche Berlins sind eher als *kulturelle Produktions-Standorte* zu charakterisieren denn als »Dienstleistungsstandorte«. Eine Differenzierung innerhalb der Branchen der Kulturökonomie zeigt darüberhinaus spezifische lokale Standortkon-

¹⁴ Vgl. T. J. Noyelle / T. M. Stanback, *The Economic Transformation of American Cities*, Totowa 1984; S. Krätke (s. A 6).



Karte 2: Berlin. Standortmuster der unternehmensnahen Dienstleistungen 1997.

zentrationen: Die Filmproduktion z. B. weist eine räumliche Clusterung im Bereich der City-West sowie in Teilen von Wilmersdorf und Schöneberg auf; in der Außenzone des Berliner Stadtraums haben sich eine auffällige Zahl von Filmproduktionen und -dienstleistungen im Bereich des »Forschungs- und Technologie«-Bezirks Adlershof angesiedelt. Bei einer weiträumiger ausgreifenden Betrachtung, die den engeren Verflechtungsraum Berlins mit einschließt, treten zwei bedeutende räumliche Cluster-Bildungen der Filmwirtschaft hervor: erstens der westliche und südliche Teil der Innenstadtzone Berlins und zweitens der (von den UFA- und DEFA-Studios begründete) traditionelle Filmproduktions-Standort Potsdam/Babelsberg. In der »Medienstadt Babelsberg« haben sich der Ostdeutsche Rundfunk, die UFA-Produktionsfirma und rund 100 kleinere Firmen der Medienbranche angesiedelt, darüberhinaus wird künftig auch die Hollywood-Firma Sony Pictures Entertainment in den Babelsberger Studios Filme produzieren. Im Vergleich zu den weiter unten beschriebenen Clusterbildungen anderer Branchen zeigt die Filmwirtschaft in der Metropolregion Berlin die am deutlichsten ausgeprägte Formierung lokaler Unternehmens-Cluster.

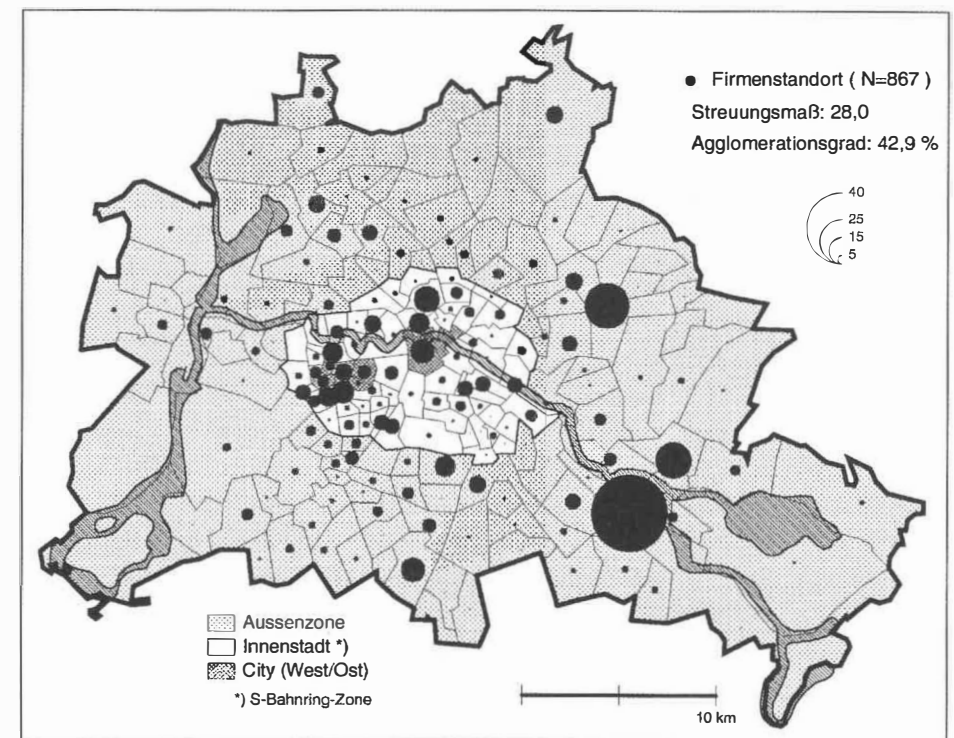


Karte 3: Berlin. Standortmuster der Kulturökonomie 1997.

Spezifische lokale Standortkonzentrationen von Branchen der Kulturökonomie lassen sich z. B. auch für die Firmen des Verlags- und Druckgewerbes oder für die Musikproduktion und Tonstudios nachweisen: Das Verlags- und Druckgewerbe gehört zu den klassischen »Stadt-Industrien« und hat im Berliner Wirtschaftsraum der Innenstadtzone auffällige lokale Cluster in dem zwischen City-West und City-Ost gelegenen Areal sowie im Bereich des (heute wieder citynahen) Stadtteils Kreuzberg ausgebildet (diese Standortkonzentrationen decken sich zum Teil mit dem historischen »Zeitungsviertel« der südlichen Friedrichstadt). Auch Musikproduktion und Tonstudios zeigen eine deutliche Konzentration von Firmenstandorten in Teilbezirken von Kreuzberg.

Die Standortmuster von Branchen der Kulturökonomie im Berliner Raum sind interpretierbar als empirische Fallbeispiele für die These, daß Kultur-Produktionen zur Formierung lokaler Agglomerationen spezialisierter Firmen tendieren.¹⁵ Zu dieser These wurden bisher als Beispiele stets die Metropolregionen London, Paris, New

¹⁵ Vgl. A. J. Scott (s. A 7).



Karte 4: Berlin. Standortmuster der F&E-intensiven Industrien 1997.

York und Los Angeles angeführt (insbesondere in den Branchen Verlags- und Druckgewerbe, Theater und Musikproduktion, Modedesign, Filmproduktion). Die Cluster-Bildung kann (theoretisch) Effizienzgewinne im Bereich der Transaktionen und des Informationsaustausches bringen, und sie kann die Schaffung eines »Pools« an Arbeitskräften mit speziellen Kenntnissen, Erfahrungen und Fertigkeiten erleichtern. Lokale Produktions-Cluster können die Entwicklung der beteiligten Firmen auf längere Sicht stärken, weil sie ihre Lern- und Innovationsfähigkeit auf der Basis eines informellen Netzwerks von Information und branchenspezifischem Erfahrungswissen befördern (dies wird mitunter als die produktive »Atmosphäre« solcher Agglomerationen umschrieben).¹⁶

Eine dritte Gruppe von Wirtschaftsbranchen, die in vielen Metropolregionen deutliche Tendenzen zur räumlichen Cluster-Bildung aufweist, umfaßt die F&E-intensiven Industrien: Die quantitativ bedeutendste Clusterung findet sich in der Außenzone des

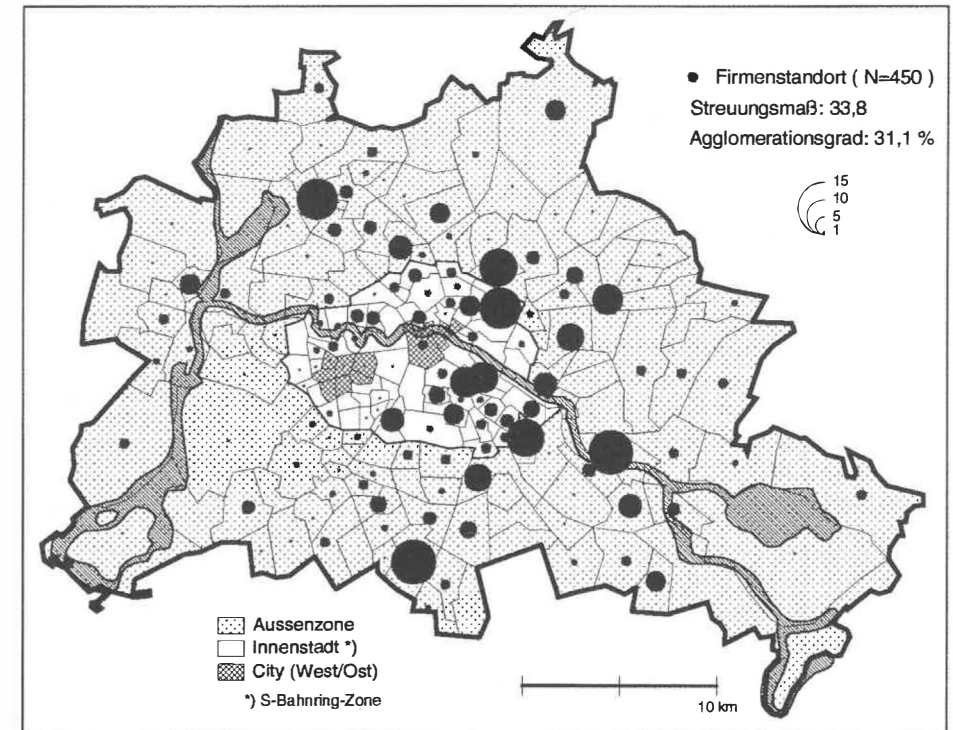
¹⁶ Vgl. M. Storper, *The Regional World. Territorial development in a global economy*, New York 1997.

Berliner Stadtraums in dem »Forschungs- und Technologie«-Bezirk Adlershof, was darauf hindeutet, daß der Standort Adlershof die erfolgreiche Neubildung eines kleinräumigen »Technopols« im Berliner Raum repräsentiert, der eine Vielzahl von Forschungseinrichtungen und technologie-orientierten Kleinunternehmen umfaßt. Das Technologieforum Adlershof hat allerdings Ende 1993 auf eine noch unzureichende Vernetzung der Firmen in Adlershof hingewiesen, insofern als »die meisten Firmen überwiegend mit anderen Berliner Einrichtungen außer halb des Standortes kooperierten und die interne Zusammenarbeit in Adlershof nur schwach ausgeprägt ist.«¹⁷ Wenn die kleinräumige Integration und Vernetzung von Forschung und technologie-orientierten Firmen bis heute nicht wesentlich vorangekommen ist, würde Adlershof nur einen weiteren »Gewerbepark« repräsentieren.

Eine zweite auffällige Standortkonzentration von Firmen aus dem Sektor F&E-intensiver Industrien hat sich in Ost-Berlin im westlichen Teilbezirk des Stadtteils Marzahn gebildet. Adlershof könnte im Berliner Rahmen das auffälligste Beispiel eines »neugestalteten« Produktionsraums für Hochtechnologie-Branchen repräsentieren, obgleich das Gebiet selbst dem Kreis der traditionellen Industriestandorte des Berliner Stadtraums zuzurechnen ist. Die zweite Cluster-Bildung im westlichen Marzahn ist ebenfalls auf dem Gebiet eines der traditionellen Berliner Industriestandorte entstanden, repräsentiert also die Restrukturierung bzw. Revitalisierung eines klassischen Industriestandorts mittels neuer Produktionsaktivitäten. Auch einige der weiteren traditionellen Industriestandorte Berlins zeigen in Ansätzen eine Konzentration von Produktionsaktivitäten aus dem Sektor F&E-intensiver Industrien (Beispiele sind Tempelhof und Marienfelde). Interessanterweise sind in Berlin aber zahlreiche Teilbezirke im Gebiet der beiden Stadtzentren und in der Innenstadtzone ein quantitativ bedeutsamer Produktionsraum für Firmen aus den F&E-intensiven Branchen. Neben den kleinräumigen lokalen Konzentrationen in Teilen der beiden Stadtzentren gehören zu diesen »revitalisierten« innerstädtischen Produktionsräumen z. B. Teilbezirke des Stadtteils Wedding und der sog. »Spreebogen«-Komplex auf dem Gelände des traditionellen Industriestandorts Moabit.

Am Beispiel der Firmenstandorte von Unternehmen der Meß- und Regeltechnik kann gezeigt werden, daß sich auch in der Umlandzone Berlins lokale Cluster von speziellen Branchen aus der Gruppe F&E-intensiver Industrien gebildet haben. Neben einer kleinräumigen Standortkonzentration auf dem Gebiet des Technopols Adlershof (Außenzone des Stadtgebiets) haben sich lokale Cluster von Firmen der Meß- und Regeltechnik an den südwestlichen Rändern des Berliner Stadtgebiets formiert, insbesondere in Teltow, Stahnsdorf und Potsdam. Dagegen haben die Firmen des Maschinenbaus, einer Branche, die ebenfalls der Gruppe F&E-intensiver Industrien zugeordnet werden kann, im Berliner Wirtschaftsraum ein Standortmuster, das durch

¹⁷ Der Tagesspiegel, 28. 11. 1993.



Karte 5: Berlin. Standortmuster der »traditionellen« Industrien 1997.

vergleichsweise stärkere räumliche Streuung im Stadtgebiet wie auch in der Umlandzone gekennzeichnet ist. Innerhalb dieser Branche gibt es nur wenig ausgeprägte Standortkonzentrationen (darunter z. B. Köpenick), die sich meist auf dem Gebiet traditioneller Industriestandorte Berlins (wie z. B. Tempelhof/Britz und Marienfelde sowie Lichtenberg) befinden.

Die Firmen der in diese Studie einbezogenen Branchen von »traditionellen« Industrien zeigen insgesamt, insbesondere im Vergleich zu den F&E-intensiven Industrien, eher ein räumlich gestreutes Standortmuster als eine Tendenz zur kleinräumigen Standortkonzentration. In der räumlichen Darstellung treten hier zugleich die traditionellen Standortbezirke der Berliner Industrie hervor, die sich im Zuge mehrerer historischer Schübe von Randwanderungen der Berliner Industrie seit Ende des 19. Jahrhunderts formiert hatten.¹⁸ Dazu gehören Siemensstadt/Gartenfeld, Tegel/Wittenau, Lichtenberg, Oberschöneweide, Johannisthal, Tempelhof, Mariendorf/Marienfelde. Ferner gehören dazu in der östlichen Innenstadtzone Teilbezirke der Stadt-

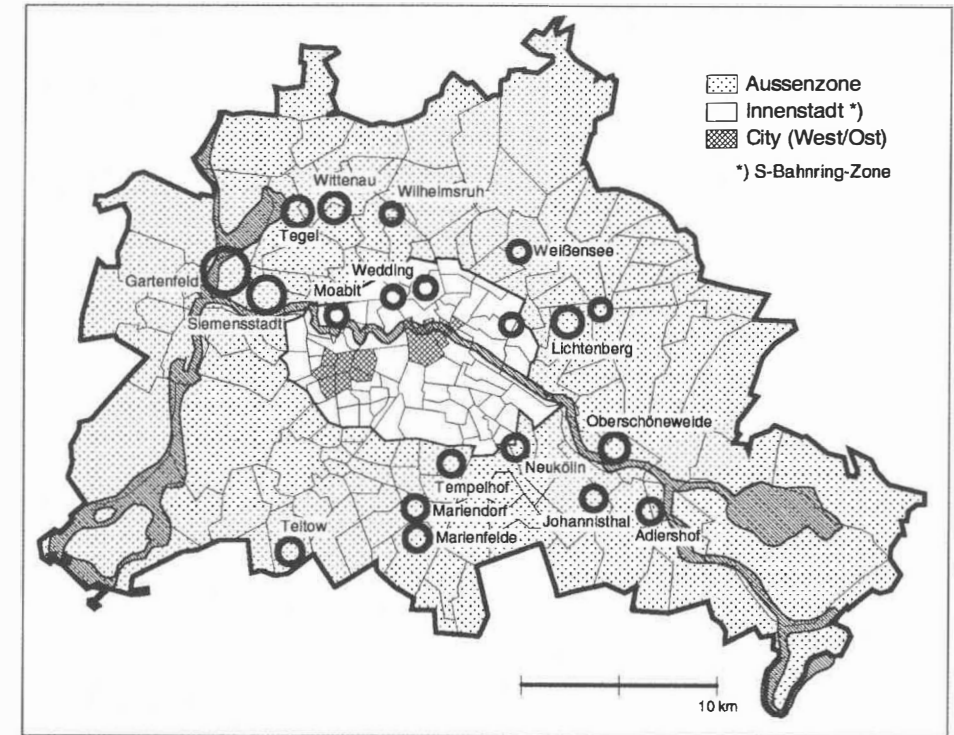
¹⁸ Vgl. A. Zimm, Die Entwicklung des Industriestandortes Berlin, Berlin 1959.

teile Kreuzberg und Neukölln sowie Prenzlauer Berg. Der relativ geringe Agglomerationsgrad der traditionellen Industrien ist auch in den Standortmustern spezieller Branchen wie der Elektroindustrie und der Metallindustrie erkennbar (letztere zeigt auch in der Umlandzone ein relativ weit gestreutes Standortmuster, in dem nur die traditionellen Umland-Standorte der Metallindustrie wie Potsdam, Falkensee, Hennigsdorf und Oranienburg stärker hervortreten).

Die Analyse der unterschiedlichen Standortmuster einzelner Branchen und Branchen-Gruppen im Berliner Raum ist sinnvollerweise um die Frage zu erweitern, ob sich in diesem metropolitanen Wirtschaftsraum auch kleinräumige lokale Unternehmens-Cluster formiert haben, d. h. lokale Agglomerationen von Firmenstandorten mit komplementären Aktivitäten, aber *verschiedener* Branchenzugehörigkeit. Eine *räumliche* Cluster-Bildung kann Unternehmenskooperationen und funktionale Verflechtungen in komplementären Produktionsaktivitäten befördern, sagt aber wohlgerne nichts über die Art und Weise von Vernetzungen und Unternehmensbeziehungen innerhalb der Standortkonzentration aus. Neuere regionalökonomische Forschungen stellen heraus, daß lokale Agglomerationen von komplementären Produktionsaktivitäten auch unabhängig von der Existenz formeller Unternehmensverflechtungen und -Kooperationen vermittelt über informelle Kommunikation die »Lernfähigkeit« der hier agierenden regionalökonomischen Akteure steigern können (und damit zur Innovationsfähigkeit der regionalen Wirtschaft positiv beitragen).¹⁹

Die Identifikation von lokalen Unternehmens-Clustern im Berliner Wirtschaftsraum wurde im Rahmen dieser Studie nach folgendem Verfahren durchgeführt: es werden jene Teilbezirke (Postbezirke) gesucht, in denen mehrere Branchen mit einem jeweils auffällig hohen Anteil der Firmenstandorte der Branche lokalisiert sind. Eine »auffällig hohe« Konzentration sei gegeben, wenn die Anzahl der Firmenstandorte einer Branche im betreffenden Teilbezirk mehr als 100% über ihrem durchschnittlichen Anteil in Teilbezirken, wo Standorte der betreffenden Branche lokalisiert sind, liegt. Nach diesem Verfahren können im Berliner Wirtschaftsraum 15 lokale Unternehmens-Cluster identifiziert werden, die jeweils unterschiedliche »Aktivitäts-Profile« aufweisen. Die durchschnittliche Zahl der in den Teilbezirken mit Clusterbildung erhobenen Firmenstandorte beträgt 92, die durchschnittliche Anzahl cluster-bildender Firmen beträgt 50. Zum lokalen Unternehmens-Cluster werden also nicht alle im betreffenden Teilbezirk ansässigen Firmen zusammengefaßt. So gehören etwa zu einem lokalen Unternehmens-Cluster, dessen profilbildende Branchen z. B. Filmproduktion, Musikproduktion und Tonstudios sind, nicht die im gleichen Teilbezirk ansässigen Firmen der Metallindustrie oder Tabakverarbeitung. Die durchschnittliche

¹⁹ Vgl. M. Storper (s. A 16); B. Asheim / M. Dunford, Regional Futures, in: Regional Studies 5 (1997), S. 445 ff.



Karte 6: Berlin. Traditionale Industriestandorte der Kernstadt: bedeutende Industriegelände aus Entwicklungsphasen bis 1945.

Anzahl von 50 clusterbildenden Firmen in einem Teilbezirk ist unter bestimmten Aspekten von größerer Relevanz als die Zusammenstellung von Beschäftigtenzahlen – so können z. B. 50 Firmen mit je 20 Beschäftigten in einem Teilbezirk der Metropolregion ein lokales Unternehmens-Netzwerk mit komplementären Aktivitäten formieren (im Sinne einer möglichen Option), nicht aber ein singuläres Großunternehmen mit 1000 Beschäftigten. Lokale Clusterbildung ist daher vor allem unter dem Aspekt der Formierungentwicklungsfähiger regionaler Organisationsformen des Unternehmenssektors von Interesse.

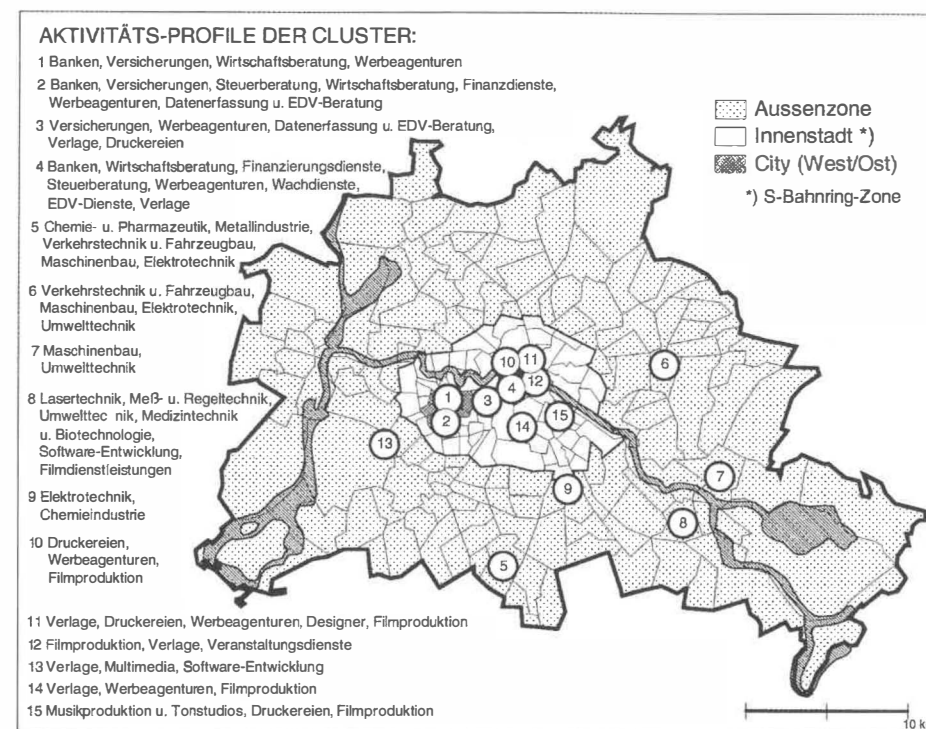
Die im Berliner Wirtschaftsraum speziell in den Grenzen des Landes Berlin identifizierten 15 lokalen Unternehmens-Cluster verteilen sich auf alle Raumzonen des Stadtgebietes und bilden nach ihrem jeweiligen »Aktivitäts-Profil« drei Gruppen:

(1.) Die erste Gruppe (Cluster 1–4) umfaßt 4 lokale Agglomerationen im Bereich der City-West und -Ost sowie dem zwischen diesen beiden Zentren gelegenen Areal. Das Branchenprofil ist hier durch ein Übergewicht von Firmenstandorten des Finanzsektors und der unternehmensnahen Dienstleistungen bestimmt.

(2.) Die zweite Gruppe (Cluster 5–9) umfaßt 5 lokale Agglomerationen im Bereich der Außenzone des Berliner Stadtgebietes. Das Branchen-Profil ist hier durch Industrie-Aktivitäten charakterisiert, wobei die Cluster überwiegend Standortkonzentrationen von Firmen aus F&E-intensiven aufweisen. Diese Cluster liegen auf dem Gebiet von traditionellen Industriestandorten des Berliner Raumes. Dies kann zum einen Ausdruck von Prozessen der Restrukturierung einiger traditioneller Industriestandorte Berlins in Richtung auf einen Branchen-Mix mit höherem Anteil F&E-intensiver Produktionen sein. Die in Ost-Berlin lokalisierten Cluster sind dagegen eher ein Ausdruck von Prozessen der Restrukturierung früherer industrieller Organisationsformen, d. h. der Transformation von Kombinatstrukturen (über Teil-Privatisierungen, Ausgründungen usw.) in eine gegenüber der vertikal integrierten Kombinatform relativ große Zahl von Einzelfirmen, die in dem ehemaligen Standortraum des Kombinats in enger räumlicher Nachbarschaft agieren. Diese spezielle Art der Formierung neuer Produktions-Cluster im Kontext des Transformationsprozesses kann mit den bekannten Interpretationsmustern von industriellen Clusterbildungen nicht hinreichend erfaßt werden. Der einzige Unternehmens-Cluster im Berliner Stadtraum, dessen Branchen-Profil ganz eindeutig von F&E-intensiven Produktionen (die mitunter als Hochtechnologie-Industrien umschrieben werden) bestimmt wird, und der zugleich einen weitgehend neugestalteten Produktionsraum in der Außenzone des Stadtgebietes repräsentiert, ist der »Technopol« Adlershof.

(3.) Die dritte Gruppe (Cluster 10–15) umfaßt 6 lokale Agglomerationen, die mit einer Ausnahme (Grunewald) alle im Bereich oder in Randbezirken der City-Ost und in relativ citynahen Innenstadtbezirken des Stadtteils Kreuzberg liegen (Mehringdamm/Gneisenaustraße und beiderseits Oranienstraße/Görlitzer Bahnhof). Das Branchen-Profil ist hier durch eine Dominanz von Firmenstandorten aus dem Sektor Kultur-Produktion bestimmt. Die Mehrzahl der empirisch identifizierbaren lokalen Unternehmens-Cluster liegt somit in der Innenstadtzone Berlins und ist auf Kultur-Produktionen spezialisiert.

Im Bereich der City-Ost (Bezirk Mitte) findet sich heute die größte Dichte und Vielfalt an Kultureinrichtungen, die weit über die in der Standortanalyse registrierten Firmen aus verschiedenen Branchen der formellen Kulturökonomie hinausreichen, d. h. auch eine Vielzahl von »informellen« Kulturbetrieben und experimentellen Kulturproduktionen umfassen. Die räumliche Dichte und Vielfalt an etablierten wie experimentellen Kulturproduzenten schafft die Basis für die besondere Kreativität, Lebendigkeit und Anziehungskraft dieses kulturellen Produktionsbezirks. Die Kulturökonomie der Metropole läßt sich nicht auf die etablierten repräsentativen Kulturbetriebe und erst recht nicht auf die Verkaufsinrichtungen der Kulturökonomie reduzieren, sondern lebt gerade auch von der Vielfalt kleiner innovativer Kulturproduzenten und dem Austausch zwischen diesen und den etablierten Kul-



Karte 7: Lokale »Cluster« in Berlin: Agglomerationen von Firmenstandorten in verschiedenen Teilökonomien 1997.

turbetrieben, d. h. von der »kreativen Atmosphäre« einer lokalen Agglomeration von Kulturproduzenten mit verschiedenen Spezialisierungsrichtungen und Organisationsformen.

3. Zusammenfassung und standortpolitische Implikationen

Die Existenz einer Vielzahl kleinräumiger Agglomerationen von Firmenstandorten spezieller Branchen-Gruppen, die sich in verschiedenen Zonen des Berliner Wirtschaftsraumes verteilen, macht die Komplexität der räumlichen Organisation einer metropolitanen Wirtschaftsregion deutlich. Mit Bezug auf die identifizierbaren lokalen Branchen-Cluster läßt sich auch die Aussage treffen, daß der Wirtschaftsraum der Metropole ein von städtischen Infrastrukturen verbundenes Netzwerk von spezialisierten Produktions-Distrikten darstellt. Soweit unternehmensnahe Dienstleistungen in der internationalen Debatte auch als »service industries« und Kultur-Produktionen als »culture industries« bezeichnet werden, ist also die These von Lipietz ge-

rechtfertigt, daß metropolitane Wirtschaftsräume als ein »network of districts« zu charakterisieren sind.²⁰ Für die Umkehrung dieses Ausdrucks bei Lipietz zu der These, daß metropolitane Wirtschaftsräume zugleich als ein »district of networks« anzusehen seien,²¹ kann die vorliegende Untersuchung keine empirische Untermauerung bringen, weil eine Erörterung dieser These Erkenntnisse über die Intensität und Qualität von Unternehmensverflechtungen und -kooperationen im Berliner Raum voraussetzt.

Die Berliner Innenstadtzone und Teile der beiden Zentren sind nicht nur ein bedeutender Produktionsstandort speziell für F&E-intensive Industrien, sondern insbesondere ein *kultureller Produktionsstandort*. Diese Spezifizierung ist gegenüber undifferenzierten Vorstellungen einer »Dienstleistungsmetropole« Berlin zu betonen, da sie hiervon abweichende standortpolitische und stadtentwicklungspolitische Implikationen nahelegt.

Die Tatsache, daß die derzeitige räumliche Organisation von profilbildenden Sektoren der Berliner Industrie den Stadtraum der Metropole als Produktionsstandort charakterisiert, in dem neben den unternehmensnahen Dienstleistungen bedeutende Konzentrationen von Firmenstandorten des industriellen Sektors und der Kultur-Produktion verteilt sind, ist nicht als Ausdruck einer »Rückständigkeit« Berlins im Vergleich zu anderen Metropolen zu betrachten. Daß in Berlin citynahe Räume und die Innenstadtzone ein bedeutender Produktionsstandort für Kultur-Industrien sowie F&E-intensive Produktionszweige sind, stellt im Vergleich zu dem stark entmischten innerstädtischen Wirtschaftsraum führender europäischer Metropolen wie z. B. Paris ein Spezifikum der Berliner Metropolregion dar: Die sog. »Berliner Mischung«, welche gewöhnlich als kleinräumige und kleinteilige Mischung von Wohnen und Gewerbe in den baulich verdichteten Stadtquartieren Berlins verstanden wird, existiert auch auf der höheren Maßstabebene einer *gesamtstädtischen* Betrachtung. Die vielfältigen Produktionsaktivitäten, die sich bis heute noch im inneren Stadtgebiet der Metropolregion lokalisieren, und dort häufig auch lokale Agglomerationen (Cluster-Bildungen) mit einem spezifischen Aktivitätsspektrum formiert haben, können auch als erhaltenswertes und entwicklungsfähiges Potential angesehen werden.

Im Jahre 1997 stellte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umwelt und Technologie ein neues Konzept zur »Gewerbeflächenentwicklung Berlin« vor,²² in dem man erhaltenswerte Industrie- und Gewerbestandorte mit speziellen Branchen-Profilen zu definieren sucht und konzeptionell die räumliche Verknüpfung von Stand-

²⁰ Vgl. A. Lipietz, The Local and the Global: Regional individuality or interregionalism?, in: Transactions of the Institute of British Geographers 1 (1993), S. 8 ff.

²¹ Vgl. A. Lipietz (s. A 20).

²² Vgl. *Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz* (Hrsg.), *Gewerbeflächenentwicklung Berlin*, Berlin 1997; siehe auch *dies.* (Hrsg.), *Konzept zur Industrieflächensicherung*. Berlin 1993.

orten der Produktion mit Standorten von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten herausstellt. Hier scheint nun die stadtpolitisch zukunftsweisende Erkenntnis an Boden zu gewinnen, daß die Perspektiven einer Ausweitung von unternehmensnahen Dienstleistungen nicht zuletzt von einer Revitalisierung von Industrie- und Produktionsaktivitäten im Berliner Raum abhängen. Viel zu lange hat man sich in Berlin berauscht an der Errichtung einer Immobilien-Fassade, d. h. der Produktion neuer Bürohalde durch heimische oder internationale Immobilienfirmen und Subventionsjäger, die mit den Produktionsaktivitäten einer funktionsfähigen Stadtökonomie nicht nur wenig zu tun haben, sondern diese sogar nachhaltig untergraben können (womit die für industriell-gewerbliche Arbeitsplätze und Betriebe zerstörerischen Effekte des »metropolitanen« Immobiliengeschäftes angesprochen sind).²³ Berlin müßte heute u. a. sein Konzept zur Flächensicherung für die Produktionsräume der Stadt auf eine ganze Reihe von Produktionsaktivitäten und Gewerbestandorten der Innenstadtzone erweitern, insbesondere auf jene Gebiete, in denen sich lokale Cluster von Industrie- und Kultur-Produktionen formiert haben. Hier eröffnet sich der Berliner Politik eine Möglichkeit, gegenüber anderen, funktions-räumlich verödeten Metropolen ein eigenes zukunftsweisendes Profil der Stadt zu bewahren und weiter zu entwickeln.

²³ Vgl. S. Krätke, Bodenmarkt und Stadtentwicklung. Zur Rolle des Immobilienkapitals im Zeitalter der Globalisierung, in: H.G. Bell / A. Nables (Hrsg.), *Vor dem Kollaps? Die Zukunft der großen Städte*, Dortmund 1997, S. 103 ff.

Heinrich Heidebrecht

Einflüsse der deutschen Romantik auf die russische Baukunst

Dem Ruf der Zaren folgend, gingen deutsche Baumeister bereits vor Jahrhunderten nach Rußland, um von den dort reichlich gebotenen Entfaltungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen und ihren Beitrag zum Ausbau russischer Städte zu leisten. Die meisten wirkten in Moskau oder später in St. Petersburg.¹ Das beginnende 19. Jahrhundert brachte den Untergang der französischen Hofkultur mit sich, die während einer ganzen Epoche den Geist Europas beherrscht hatte. Das Entstehen romantischer Nationalkulturen war eine Reaktion auf die zurückliegenden Jahrhunderte aufklärerischer Emanzipation und Spaltung. Indem man das Erbe der Antike und des Mittelalters neu aufarbeitete, besann man sich auf die gemeinsamen Wurzeln und versuchte das Auseinanderfallen europäischer Nationen aufzuhalten. So verwundert es nicht, daß die Ideen der Romantik am deutlichsten bei den nach Einheit strebenden Deutschen zutage traten.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts zeichnet sich in Rußland eine immer deutlichere Orientierung zur deutschen Kultur ab. Es waren nicht nur die traditionsreichen dynastischen Verbindungen am Hofe und der gemeinsame Kampf gegen das Napoleonische Frankreich. Großen Einfluß auf das geistige Rußland übte damals die Schellingsche Philosophie der Romantik aus, die sich vor allem in der Literatur, aber auch in der Baukunst auswirkte. Einen Ausweg aus dem erstarrten klassizistischen Architekturschema suchend, lehnte man sich zunehmend an deutsche Vorbilder an.

Peter Speeth

Obwohl man seit 1725 an der neugegründeten Petersburger Akademie eigene Architekten und Künstler ausbildete und der Import von ausländischen Fachleuten als Massenphänomen dem 18. Jahrhundert angehörte, ließ im östlichen Riesenreich der Bedarf an qualifizierten Westeuropäern auch weiterhin nie nach.

So verschlug es Peter Speeth (1772–1831), einen der bekanntesten Baumeister der Stadt Würzburg, nach Rußland. Speeth ist in Mannheim geboren, ging zur Schule in München und verlebte einige Jahre zuerst in Frankfurt am Main, dann in Amorbach. Erst im Dienste des Großherzogs Ferdinand von Würzburg brachte er es zu seinen höchsten architektonischen Leistungen, unter denen das klassizistische Zuchthaus be-



Abb. 1: Alexander-Newski-Kapelle im Schloßpark von Peterhof, Entwurf: Karl Friedrich Schinkel, 1829. Der mittelalterlich anmutende Bau verfügte im Keller über eine moderne Heizungsanlage, die den Boden der Kapelle aufwärmte und die Regenleitungen in den Ecktürmen vor dem strengen Frost schützte. Nach jahrzehntelanger Verwahrlosung des Gebäudes erfolgte jüngst eine umfassende Restaurierung, wobei einige gußeisernen Statuen in den Nischen der verputzten Mauerflächen noch fehlen (Aufnahme von 1997).

¹ H. Heidebrecht, Deutsche Baumeister in Rußland. 18. Jahrhundert, Stuttgart 1996.

sonders bekannt ist. Baron von Wielinghausen, kaiserlich-russischer Staatsrat, wurde während seiner Reise durch Würzburg auf den imposanten Gefängnisbau aufmerksam. Er ließ von dem Gebäude Pläne anfertigen und nach Petersburg einsenden. Dies soll zur Folge gehabt haben, daß Peter Speeth 1826 durch den Grafen Kotschubei dem Kaiser von Rußland und dem Grafen Woronzow empfohlen wurde.²

Ein Angebot, für Rußland tätig zu werden, kam dem Architekten sehr gelegen: Speeth war bereits seit einigen Jahren ohne feste Anstellung und verdiente seinen Unterhalt durch Privataufträge und Lehrunterricht. Als das Großherzogtum Würzburg 1814 wieder an Bayern fiel, wurde auch das Würzburger Hochbauamt von Personal Kürzungen betroffen. Diese Umstrukturierungen boten der Obrigkeit eine günstige Gelegenheit, sich des nicht immer bequemen Baumeisters zu entledigen. Dem talentierten Architekten wurden Verwaltungsmißstände und Geldverschwendung vorgeworfen, und in einem königlichen Reskript mit Wirkung vom 1. Dezember 1815 sprach man ihm die Pensionierung aus.³

Speeths Rußlandreise erinnert mit ihrer Vorgeschichte an die des preußischen Hofbaumeisters Andreas Schlüter, der 1713 nach dem Tode Friedrichs I. kaum noch Möglichkeiten sah, in Deutschland größere Aufträge zu erlangen, und den ihm vom Generalfeldzeugmeister Peters des Großen vorgelegten Arbeitsvertrag unterschrieb. Ähnlich wie Schlüter, der auf dem Posten des ersten Petersburger Generalbaudirektors nur noch ein Jahr zu leben hatte, war es auch Speeth nicht vergönnt, längere Zeit in Rußland zu wirken und sein Talent in vollem Maße zu entfalten.

Neuere Funde aus dem Russischen Staatsarchiv geben genaueren Aufschluß über die Ernennung Speeths zum »Bessarabischen Gebietsarchitekten«.⁴ Dies geschah durch die Vermittlung des Generalgouverneurs von Noworossijsk und Bessarabien Graf Woronzow, in dessen südrussischen Gouvernements »einschließlich Odessa« Peter Speeth nun als Hauptarchitekt aktiv werden durfte. Seine vertragliche Bindung für die nächsten zehn Jahre und die ihm zustehende Gehaltshöhe werden im Briefwechsel zwischen dem russischen Finanzminister Murawjow und dem Minister des Innern Sakrewski unter Berufung auf »seine Kaiserliche Hoheit« detailliert geschildert. Dem fränkisch-bayerischen Baumeister wurde außerdem die Erlaubnis erteilt, in Südrußland »auf eigene Kosten eine Architekturschule und eine lithographische Werkstatt für Kunsterzeugnisse und Schriftwerke einzurichten«.

Gesicherte Angaben über den weiteren Werdegang von Peter Speeth fehlen. Laut Naglers Künstler-Lexikon soll er in Kischinew den Bau der Metropolitankirche (wohl: Metropolitankirche) geleitet haben, »an dessen Vollendung ihn aber 1831 der

² I. Haug, Peter Speeth, Architekt, 1772–1831, phil. Diss. Bonn 1969, S. 32.

³ Ebda., S. 28 f.

⁴ *Russisches Staatsarchiv*, St. Petersburg, Delo o nasnatschenii Bessarabskim oblastnym architektom Speta (Akte über die Ernennung Speeths zum Bessarabischen Gebietsarchitekten), Fonds 1285, Liste 8, Akte 3039, 29. 08. 1828–06. 10. 1828.

Tod hinderte«.⁵ Im Lexikon der bildenden Künstler von Thieme und Becker fallen die Angaben zur Speeths Tätigkeit in Rußland noch knapper aus, enthalten jedoch einen Hinweis auf den angeblichen Sterbeort des Architekten: die Schwarzmeermetropole Odessa.⁶

Ingrid Haug, die den Architekten Peter Speeth und sein Werk zum Thema ihrer Dissertation machte, weiß außerdem über einige von ihm signierte Zeichnungen zu einer gotischen Kirche für Rußland zu berichten. Die Pläne tragen das Datum 1825 und werden im Museum der Akademie der bildenden Künste in St. Petersburg aufbewahrt. Als 1829 Zar Nikolaus I. mit seiner Gattin Alexandra Fjodorowna, der jüngsten Tochter Friedrich Wilhelms III. Charlotte in Berlin weilte, wurde Karl Friedrich Schinkel ebenfalls mit dem Entwurf einer Kapelle »in reichem Mittelalterstyl« beauftragt.⁷ Nach bereits vier Jahren entstand im Schloßpark von Peterhof nach Schinkelschen Plänen ein beschaulicher und wohlproportionierter Bau, der Alexander-Newski-Kapelle getauft wurde. Fast zur gleichen Zeit (1831) wurde auch in Pargolowo – unweit von Petersburg – von Alexander Brüllow eine orthodoxe Kirche im neugotischen Stil errichtet. Die Fassaden dieser Bauten paßten sich den gerade in Mode gekommenen romantischen Architekturströmungen an, wobei das Kircheninnere alle Voraussetzungen für die Einhaltung des orthodoxen Ritus bot. Seitens der Geistlichkeit soll es dennoch Widerstand gegen den zu westlich wirkenden Schinkelschen Sakralbau gegeben haben.⁸ Möglicherweise war der Bedarf an orthodoxen Gotteshäusern in »gotischer Manier« nun gedeckt, jedenfalls kam dieser Entwurf von Peter Speeth nie zur Ausführung.

Alexander Brüllow und die evangelisch-lutherische St. Petrikerche

Unter den einheimischen Spezialisten waren es oft Deutsche, die in russischen Diensten als Baumeister hervortraten. Alexander Brüllow (1798–1877), einer der bedeutendsten Baumeister des Zarenhofes und Mitglied mehrerer führender Bildungsanstalten Europas, hat die Architektur seines Landes genauso entscheidend mitgeprägt wie die bildende Kunst sein knapp über ein Jahr jüngerer, jedoch wesentlich berühmterer Bruder Karl. Alexander leitete den Ausbau des kaiserlichen Winterpalais', nach seinen Plänen wurden das Marmorpalais und das Michaelstheater umgestaltet. Zu seinem architektonischen Nachlaß zählen solch beachtenswerte Werke wie das Observatorium zu Pulkowo, das neue Exerzierhaus, das Alexanderhospital und das Stabsgebäude der Garden am Petersburger Schloßplatz.

⁵ G. K. Nagler, Neues allgemeines Künstler-Lexicon, München 1847, Bd. 17, S. 128.

⁶ U. Thieme / F. Becker, Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler, Leipzig 1937, Bd. 31, S. 351.

⁷ M. Kühn, Karl Friedrich Schinkel, Lebenswerk. Ausland, Bauten und Entwürfe, München/Berlin 1989, S. 48.

⁸ Ebda.

Alexander Brüllow kam in St. Petersburg als Sohn von Paul Georg und Maria Elisabeth Brüllo zur Welt. Die väterliche Linie geht auf den Lüneburger Johann Georg Brüllo (1716–1787), den Großvater des Architekten, zurück, der bereits in seiner Heimatstadt als Bildhauer tätig war. Sein Sohn, Paul Georg Brüllo, 1758 im damals preußischen Lüneburg geboren und um 1770 nach Rußland gekommen, war also Vater des künftigen Architekten Alexander Brüllow. Er war ebenfalls Bildhauer und unterrichtete an der Petersburger Akademie der Künste. Obwohl Paul Georg Brüllo schon als Kind Lüneburg verlassen hatte, unterhielt er auch noch im Alter Beziehungen zu seinen norddeutschen Verwandten, die er 1828 zum letzten Mal besuchte.⁹

Russischen Literaturquellen zufolge soll der Familienname Brüllo auf hugenottische Abstammung hinweisen, was allerdings neuzeitliche Nachforschungen von Professor Erik Amburger nicht bestätigen konnten. Der Genealoge Amburger verfolgte den Stammbaum Brüllo bis in das Jahr 1684 zurück (d. h. noch vor der Aufhebung des Gnadenediktes von Nantes, welche bekanntlich die größten Auswanderungswellen aus Frankreich verursachte) und vermochte bei dessen Vertretern, abgesehen von ausgeprägten künstlerischen Veranlagungen, keine für Lüneburger Verhältnisse hervorstechende Normabweichungen festzustellen: »Die ersten dort nachweisbaren Namensträger haben den Namen Brüllo [nicht Brulleau oder gar Brulleau, wie andere Überlieferungen sonst verlauten, H. H.], gehören zu lutherischen Gemeinden und heiraten deutsche Frauen.«¹⁰ Einen hugenottischen Ursprung muß dieses Forschungsergebnis jedoch nicht gänzlich ausschließen, wenn man annimmt, daß die Familie Brüllo rund hundert Jahre früher, d. h. während der französischen Religionskriege des 16. Jahrhunderts, nach Braunschweig-Lüneburg einwanderte und sich im Laufe der Zeit der deutschen Umgebung vollkommen anpaßte.

Auch in Petersburg blieben die Brüllos Protestanten und pflegten weiterhin deutsche Frauen zu heiraten: Alexanders Mutter, eine geborene Maria Elisabeth Schröder, stammte aus der Familie eines Karl Schröder, der als Hofgärtner unter der Zarin Katharina II. tätig war. Alexander selbst ließ sich mit der Baroness Alexandrine Rall trauen; ihr Sohn Paul (1840–1914) war der spätere Konservator am (Russischen) Museum Alexanders III.¹¹

Nachdem Alexander und sein Bruder Karl die Petersburger Kunstakademie erfolgreich absolviert hatten, wurden sie von der 1820 gegründeten Gesellschaft zur Förderung der Künstler mit einem vierjährigen Reisestipendium zur Fortbildung im Ausland ausgezeichnet. In den Genuß solcher vom Staat ausgehender Fördermittel durften allerdings nur Russen kommen. Um mit der Auszeichnung der deutschstämmigen Brüder keinen Präzedenzfall zu schaffen, mußte diese Bedingung zumindest auf dem

⁹ G. A. Ol, Alexandr Brjullow, Leningrad 1983, S. 33.

¹⁰ E. Amburger, Fremde und Einheimische im Wirtschafts- und Kulturleben des neuzeitlichen Rußland, Wiesbaden 1982, S. 121.

¹¹ Ebda.

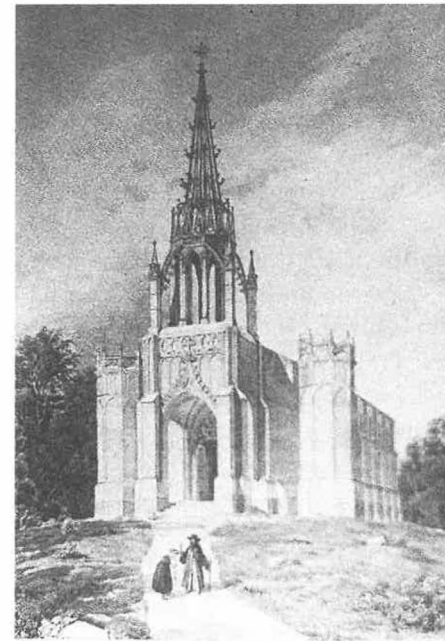


Abb. 2: Gotische Kirche in Pargolowo bei St. Petersburg, Architekt: Alexander Brüllow. Aquarell 1831, aus: G. A. Ol, Alexandr Brjullow, Leningrad 1983.

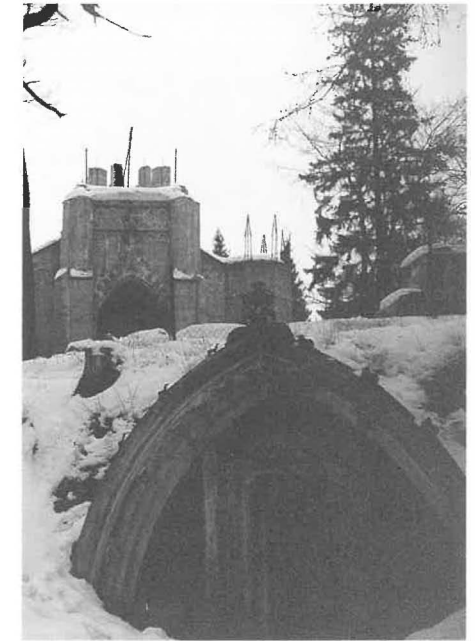


Abb. 3: Heutiger Zustand der Kirche und der Grotte in Pargolowo. 1933 geschlossen und Mitte der 50er Jahre zertrümmert, stellt sie nun ein Bild der Vergänglichkeit dar (Aufnahme Anfang 1998).

Papier erfüllt werden. Dies schien hier relativ leicht möglich: Durch das Anhängen des obligatorischen »w« entstand aus dem fremdländischen der neue russische Name Brüllow.¹²

Die Studienreise, deren Hauptziel das antike Rom sein sollte, führte anfangs durch Riga, Memel, Königsberg, Berlin, Dresden und München. Als musterhafter Zögling einer vorbildlichen Lehranstalt Rußlands begegnete Alexander Brüllow der Kunstsprache seiner deutschen Vorfahren mit gemischten Gefühlen. Zu seinem Eintreffen in Berlin im Jahre 1822 vermerkt er: »... man muß sagen, daß nach Petersburg wir die erste Stadt erreicht haben, denn die restlichen Städte, wahrhaftig Dörfern gleich kommen.«¹³

¹² G. A. Ol (s. A 9), S. 22.

¹³ E. I. Kiritschenko, Is istorii russko-nemezkih swjasej w oblasti architektury. 20–40-je gody XIX weka (Aus der Geschichte russisch-deutscher Verbindungen auf dem Gebiet der Architektur. 20–40er Jahre des XIX. Jahrhunderts), in: Wsaimoswjasi russkogo i sowetskogo iskusstwa i nemezkoj chudoshestwennoj kultury (Wechselbeziehungen russischer und sowjetischer Kunst und deutscher Kultur), Moskau 1980, S. 321.

Es sind nicht nur Worte eines auf Prunkbauten geschulten Petersburger Akademieabsolventen. Alexander Brüllow kam aus einem Land, das im Begriff war, seine großen westeuropäischen Nachbarn einzuholen und an Größe möglichst zu überbieten, was man vor allem mit dem beispiellosen Ausbau der knapp über hundert Jahre alt gewordenen Hauptstadt St. Petersburg zu beweisen versuchte. Daß eine gewachsene Stadtstruktur des Mittelalters fehlte, war man sich kaum bewußt, deshalb wurden feingliedrige Architekturformen, die keine pathetische Nuance beinhalteten, nicht wahrgenommen. Unter der architektonischen Vielfalt deutscher Städte machten auf den klassizistisch geschulten Petersburger immer noch die ihm geistig am nächsten liegenden Werke von Karl Friedrich Schinkel und Leo von Klenze Eindruck. »Wir wissen nicht«, schreibt Alexander Brüllow an P. A. Kikin, »ob Sie in Berlin das neue Theater gesehen haben?... Das Gebäude ist wunderschön: ein Ausländer, in Berlin eintreffend, wird nie Schwierigkeiten haben, das Theater zu suchen – so gut ist der Charakter eines öffentlichen Baues eingehalten.«¹⁴

Aber auch die Münchner Gotik blieb dem jungen Brüllow nicht gleichgültig. In seinem Reisebericht finden sich neben Zeichnungen des in Berlin gerade fertiggestellten Schauspielhauses und der Schinkelschen Neuen Wache auch Skizzen von der Münchner Frauenkirche und der Königlichen Bibliothek. Mit seinem Bruder verbrachte Alexander Brüllow mehrere Monate in der bayerischen Hauptstadt und nutzte die Gelegenheit, sich möglichst lange auch in den Unterrichtsräumen der Münchner Akademie aufzuhalten: »In München fanden wir mehr als erwartet: vorzügliche Galerie, eine Anzahl würdiger Künstler, sehr gut organisierte Akademie, herrliche Bibliothek, und all dies zu jeder Zeit und für jeden geöffnet.«¹⁵

Erst die Bekanntschaft mit westeuropäischen Architekturtraditionen und nicht zuletzt die dort gerade populär gewordene Philosophie der Romantik erweckten bei den jungen Architekten und Künstlern Rußlands die Sehnsucht nach einem im Lande unbekanntem Baustil. Alexander Brüllow gehört zu jener Architektengeneration, die mit klassizistischen Bauvorschriften gebrochen hatte und die Formensprache vergangener Zeiten mit neuen Inhalten zu beleben versuchte. Als erster unter den führenden Architekten Rußlands wandte er sich der Romantik zu, einer in Deutschland wurzelnden Kunstströmung. Schon bald nach Brüllows Rückkehr aus dem Ausland, wo er insgesamt sieben Jahre verbracht hatte, manifestierte sich seine neue Architekturauffassung in der 1831–32 errichteten Kirche zu Pargolowo, die mit ihrer neugotischen Fassade ein Novum in der russisch-orthodoxen Baugeschichte darstellte.

So gesehen war die deutsche evangelisch-lutherische St. Petrikerche (1833–38), der zweite Sakralbau von Alexander Brüllow, eine sinnreichere und dem Inhalt mehr an-

¹⁴ G. A. Ol (s. A 9), S. 23. Gemeint ist das 1821 fertiggestellte Schauspielhaus am Gendarmenmarkt.

¹⁵ E. I. Kiritschenko (s. A 13), ebda.

Abb. 4: St. Petrikerche am Newski-Prospekt in St. Petersburg, Architekt: Alexander Brüllow, 1833–38. Trotz historisierender Fassade bleiben Ähnlichkeiten mit dem deutschen Rundbogenstil unverkennbar.

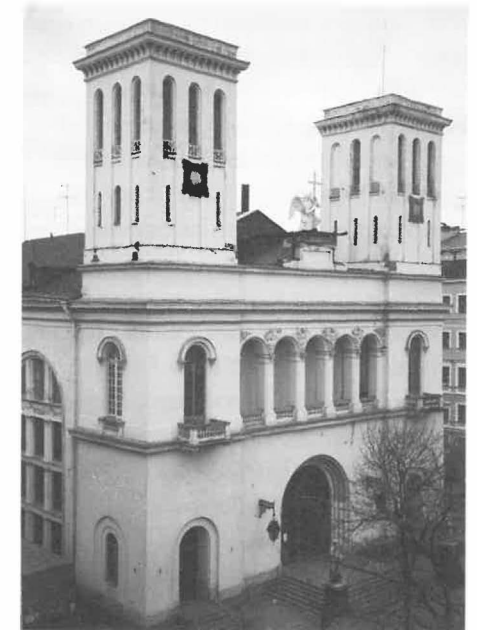
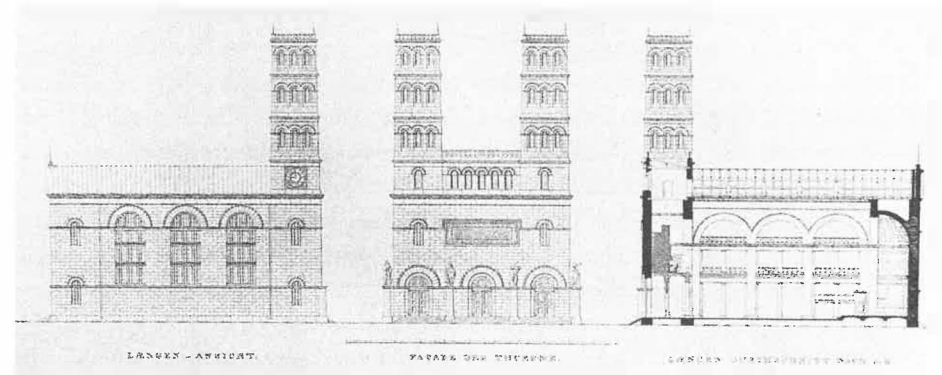


Abb. 5: Die Kirche zu Straupitz von K. F. Schinkel, 1827–32. Fassaden und Schnitt, aus: H. Kania / H. H. Möller (Bearb.), Karl Friedrich Schinkel. Lebenswerk. Mark Brandenburg, Berlin 1960.



gepaßte Geste des Architekten, obgleich der zweitürmige neuromanische Bau inmitten des Newski-Prospekts keinesfalls weniger Aufsehen erregte als sein gotischer Vorgänger aus der abgelegenen Datschengegend von Petersburg.

Das Gebäude der St. Petrikerche war in der Tat für die vom Barock und Klassizismus geprägte russische Hauptstadt eine recht ungewöhnliche Erscheinung. Halbkreisförmige Wandöffnungen, unten als Eingangsportale, oben als sich zunehmend verschmälernde Rundbogen-Fenster ausgebildet, beherrschen die flache ockergelbe Putzfassade. Das Bogenmotiv bestimmt das äußere Erscheinungsbild des Gebäudes

und soll der mittelalterlichen Romanik entlehnt worden sein. Es kann sich aber auch um eine Adaption der sogenannten Rundbogenarchitektur handeln, die zu jener Zeit in Berlin und München Hochkonjunktur feierte. Die Annahme wird durch auffallende Ähnlichkeit mit dem Grundtypus der Schinkelschen »Normalkirchen«, wie beispielsweise der Dorfkirche von Straupitz, bestärkt, die 1832 – ein Jahr vor dem Baubeginn der Petrikerkirche – fertiggestellt wurde. Im Gegensatz zur gestalterischen Enthaltensamkeit der Schinkelschen Architektur wird jedoch die Petersburger Fassade mit Zitaten aus der Renaissance, wie Balustern und Fassadenplastiken, so weit aufgelockert, daß hier ebenso über ein allgemeines Bekenntnis zur geschichtsbewußten Bauweise im Zeitalter der Romantik gesprochen werden darf. Daß man sich gleichzeitig mehreren Stilformen der Vergangenheit widmete, bedeutete eine Premiere für die Petersburger Architekturlandschaft. Der Historismus hielt in Rußland Einzug.

Vor dem Kircheneingang, im gebührenden Abstand zum zentralen Portal, nehmen auf hohen Granitsockeln Figuren der Apostel Petrus und Paulus ihren Platz ein. Sie wurden nach Modellen des dänischen Bildhauers Bertel Thorvaldsen aus Carrarmarmor in Italien angefertigt. Das ursprünglich durchgängige Stufenportal schließt seit 1851 eine mit rundem Oberflügel versehene Eichentür, die vom Professor der Petersburger Akademie, dem Architekten Harald Julius von Bosse entworfen wurde. Die Dachbrüstung krönt ein kniender weißer Engel mit einem hochragenden vergoldeten Kreuz in der Hand.

Das Kircheninnere wurde einst von der Gotik beherrscht: Bündel schlanker Wandpfeiler trugen das hohe Kreuzrippengewölbe und gaben der Kirchenhalle die gewünschte sakrale Wirkung. Glasmalereien mit Kopien von Albrecht Dürer schmückten die großen seitlichen Fensteröffnungen. Den zentralen Altar »Die Kreuzigung« und Apostelbildnisse entwarf der Bruder des Architekten Karl Brüllow. Im unteren Teil des Altars befand sich ein Gemälde von Hans Holbein »Jesus und der ungläubige Thomas«. Nach der Fertigstellung wurde die Kirche mit einer Orgel der traditionsreichen Ludwigsburger Orgelbaufirma Walcker ausgestattet.

Nach amtlichen Angaben gehörten 1917 den Petersburger deutschen evangelisch-lutherischen Kirchen etwa 42 000 Gemeindemitglieder an; 16 000 davon entfielen auf die größte unter ihnen, die St. Petri-Gemeinde. Die Kirchengeschichte hat ihren Anfang im 18. Jahrhundert: 1708 wurde die evangelisch-lutherische St. Peter-und-Paul-Gemeinde auf persönliche Anweisung Peters des Großen gegründet und ist somit nur um fünf Jahre jünger, als die Stadt St. Petersburg selbst. Das erste Gotteshaus war in bescheidenen Fachwerk untergebracht. 1728 erwarb Graf Burchard Christoph von Münnich, der Patron der Gemeinde, für sie ein großes Grundstück am Newski-Prospekt. Er zeichnete selbst Pläne für das neue Gebäude und sammelte Geld für den Bau. Im Juni 1730, als das Augsbургische Bekenntnis sich zum 200. Mal jährte, wurde die Kirche eingeweiht, und Münnich überreichte dem Pastor Nazzius die

Schlüssel.¹⁶ Ein ganzes Jahrhundert versah die Kirche ihren Dienst, bis sie dann dem neuromanischen Bau von Alexander Brüllow weichen mußte.

Nach der Oktoberrevolution erging es diesem größten evangelischen Gotteshaus Rußlands ähnlich wie vielen tausend anderen kirchlichen Einrichtungen im Lande: Die bereits verwüstete St. Petrikerkirche wurde 1930 offiziell geschlossen und von nun an gelegentlich als Lagerhalle für Obst und Gemüse genutzt. Anfang der 60er Jahre machte man daraus ein Hallenbad; an Stelle der Ludwigsburger Walcker-Orgel wuchs ein Sprungturm in die Höhe.

Am 3. März 1993 wurde die St. Petrikerkirche der Gemeinde zurückgegeben, und im September 1997 weihte man die 160 Jahre alte Kirche ein. Heute ist sie wieder Bischofssitz der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Rußland (ELKRAS). Mit Mitteln der deutschen Bundesregierung wurde der Sprungturm entfernt und das Schwimmbecken provisorisch abgedeckt. Der deutsche Bundespräsident spendete eine Altarbibel. Die weitere Finanzierung der Sanierung ist aber noch offen.

Nach dem Bau der St. Petrikerkirche erlangte Alexander Brüllow immer größere Aufträge: Zu seinen letzten Arbeiten gehören die Wohnflügel der Petersburger Kunstakademie, wo er als Professor seit 1850 einen Lehrstuhl innehatte und wo man zu seinem fünfzigsten Künstlerjubiläum eine Medaille schlagen ließ. Frei alle Formen historischer Architektursprachen beherrschend, vernachlässigte er es jedoch, sich hinreichend dem sogenannten »russisch-bysantinischen« Stil zu widmen, einer lokal-romanischen Bauart, die unmittelbar aus der nach Rußland verpflanzten westeuropäischen Gotik hervorging und als Verkörperung des wachsenden großrussischen Selbstwertgefühls von höchster Stelle gefördert wurde. Brüllows »inkorrekte« Haltung brachte ihn um einige Aufträge zugunsten seiner wesentlich produktiveren Petersburger Berufskollegen Stackenschneider und Thon,¹⁷ beide Lieblingsarchitekten des Zaren Nikolaus I. Rückblickend darf festgehalten werden, daß von allen Werken Brüllows seine geschundene St. Petrikerkirche sich wohl am ehesten eignet, stellvertretend für die Andersartigkeit des Autors und die Vielfalt der einst kosmopolitischen russischen Hauptstadt zu gelten. Alexander Brüllow verstarb im Januar 1877 und wurde unweit seines sommerlichen Wohnsitzes auf dem nicht mehr existierenden lutherischen Teil des Friedhofes von Pawlowsk beigesetzt.

Schloß Orianda auf der Krim

Auch der große Berliner Karl Friedrich Schinkel (1781–1841) übte seinen Einfluß auf die russische Baukunst aus. Die von ihm 1821 entworfenen Brüstungsgeländer der

¹⁶ M. I. Kostomarow, *Russkaja istorija w shisneopisanijach jejo glawnejschich dejatelej*. Feldmarschal Minich (Russische Geschichte in den Lebensbeschreibungen ihrer bedeutendsten Persönlichkeiten. Feldmarschall Münnich), 1873–88, Nachdruck: 7. Ausgabe, Moskau 1992, S. 100.

¹⁷ G. A. Ol, (s. A 9), S. 134–135.

Berliner Schloßbrücke mit romantischen Nixen und Seepferdchen wurden in Petersburg sogar dreimal kopiert: in den 1840er Jahren für die Anitschkow- und die Nikolajewski-Brücke und rund drei Jahrzehnte später für die Litejny-Brücke. Als Gestalter der ersten beiden gilt Alexander Brüllow, die dritte schuf der Petersburger Architekt Karl Rachau. Noch eindrucksvollere Beispiele experimenteller Brückenkreationen verdankt man dem badischen Ingenieur Wilhelm von Traitteur, der seine Hängebrücken über den Petersburger Katharinenkanal mit mythologischen Themen (Greifenmotiv) aus dem heimatlichen Großherzogtum Baden verzierte.¹⁸

Im Gegensatz zur Peterhofer Kapelle mußten Schinkels Entwürfe für das Schloß Orianda auf dem Papier bleiben. Es handelte sich um die Zarenresidenz auf der Halbinsel Krim, welche seit 1783 dem Russischen Imperium angehörte. Die sogenannte Untere Orianda an der südlichen Küste der Halbinsel befand sich erst seit 1825 im Besitz der Zarenfamilie und konnte deshalb an repräsentativer Bausubstanz der Neuzeit noch nicht viel aufweisen. So verknüpfte Kaiser Nikolaus I. die Schenkung des Landstriches Orianda an seine Gattin mit der einzigen Bedingung, dort ein Schloß bauen zu lassen. Der Zar selbst wollte mit der Angelegenheit so wenig wie möglich zu tun haben, worauf die preußischstämmige Zarin ihre Verbindungen zur alten Heimat wieder einmal ins Spiel brachte. Nach vorausgehender Lektüre von Goethes Iphigenie übermittelte sie 1838 dem Berliner Stararchitekten Karl Friedrich Schinkel ihren Wunsch, auf dem klassischen Boden am Schwarzen Meer einen griechischen Bau zu errichten.¹⁹

Schinkel nahm den Auftrag dankend an, erlaubte sich jedoch schon am Anfang, die Aufgabenstellung eigenwillig zu interpretieren. In seinem ersten »moskowitzischen« Entwurf macht er vom architektonischen Formenvokabular der Auftraggeber Gebrauch: Die spitzen Rundtürme der langgestreckten Schloßanlage rufen die Silhouette des Moskauer Kreml in Erinnerung. Getreu seiner historisierend-romantischen Gesinnung versucht der Berliner Architekt, zur Wiederbelebung der altrussischen Baukunst beizutragen. In Moskau war die Architektur des »russischen Mittelalters« wieder gefragt: Fast zeitgleich mit dem Schinkelschen Entwurf wurde dort der Grundstein für die von Konstantin Thon entworfene Christus-Erlöser-Kathedrale (1839–83) gelegt. Wenn Thon aber seine Formensprache aus den altrussischen Städten wie Nowgorod, Susdal und Wladimir des 12. und 13. Jahrhunderts bezieht, so müssen als Vorbilder für den »moskowitzischen« Entwurf Schinkels die von Italienern geschaffenen Kremltürme der Spätrenaissance erhalten.

Der zweite »antikische« Entwurf Schinkels kommt der Akropolis näher: Hier wird zur griechischen Vergangenheit der Krim ein Bezug hergestellt. Die aufwendigen und

¹⁸ S. Fedorov, Der badische Ingenieur Wilhelm von Traitteur als Architekt russischer Eisenkonstruktionen, Institut für Baugeschichte der Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1992, S. 61.

¹⁹ M. Kühn (s. A 7), S. 71.

Abb. 6: Schloßbrücke über den Kupfergraben in Berlin, Entwurf: Karl Friedrich Schinkel, 1821–24.

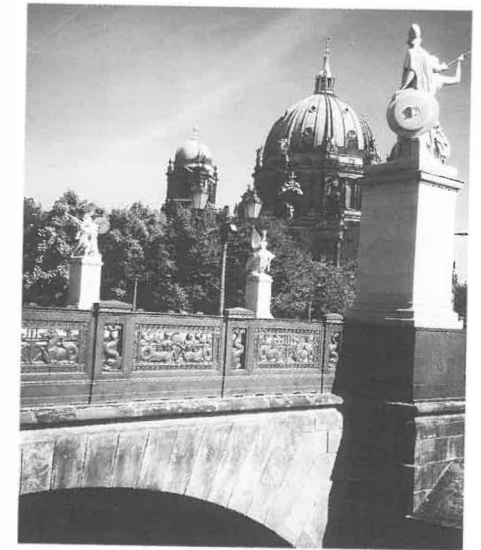


Abb. 7: Brüstungsgeländer der Anitschkow-Brücke in St. Petersburg, Architekt: Alexander Brüllow, 1841. Die verspielten Fischlein und Seepferdchen sind mit ihren Berliner Vorbildern identisch. Dagegen erfuhren die muskulösen Wassergeister von der Spree eine geschlechtliche Umwandlung und mutierten in Petersburg zu etwas molligen Nixen.



detailliert ausgearbeiteten Pläne, ergänzt durch farbige perspektivische Zeichnungen, führen uns einen großartigen Palast vor Augen. Eine von rhythmisch gegliederten Mauern umgebene Stützenkonstruktion wird von einem tempelartigen Aussichtspavillon überragt und mit den sich zum Meer öffnenden Räumen im Untergeschoß verbunden. Dort sollte sich das private und gesellschaftliche Leben der Zarenfamilie abspielen. Zugleich war die Herrscherresidenz als Museum der Krim und der Kauka-



Abb. 8: Bankowski-(Greifen-)Brücke über den Gribojedow-Kanal (früher: Katharinenkanal), eine der fünf Hängebrücken, die der Ingenieur *Willhelm von Traitteur* 1825–26 für Petersburg konstruierte. Das Greifenmotiv ist vermutlich ein Import aus seiner badischen Heimat.

sischen Provinzen gedacht: Eine Ausstellungshalle nahm im unteren Stockwerk die Mitte des Gebäudes ein. Auf einem Gebirgsplateau »auf malerischer Höhe am Meer« sollte ein Schloß entstehen, das an Baumasse und Wirkung alles, was Schinkel bis dahin geschaffen hatte, überbieten würde.

Daß Schinkel »den hohen architektonischen Anspruch nicht als Repräsentation, sondern ethisch-idealistisch verstanden hat«²⁰, erläutert er ausführlich in seinem Brief an die russische Kaiserin. Das ganze Unternehmen sollte eine Art architektonisches Manifest an das russische Volk werden, das »bei der Ausführung«, so Schinkel, »gewiß wohlthätig für das Allgemeine wirken« müßte.²¹ Wobei gerade die Ausführbarkeit seines Superprojektes für den preußischen Baumeister offensichtlich nicht den Ausschlag gab.

Die Zarin, die sich das alles um eine Nummer kleiner, »etwas wie Charlottenhof« wünschte,²² wollte derartige pathetische Gesten vermeiden. Möglicherweise kam bei ihr die Befürchtung auf, daß die heilende aufklärerische Botschaft, die Schinkel sich von seiner Architektur versprach, beim Schloß Orianda schon angesichts seines Bauvolumens leicht als schlichte Machtdemonstration gedeutet werden konnte. Eine

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd., S. 79.

²² W. Szambien, Karl F. Schinkel, Basel 1990, S. 104.

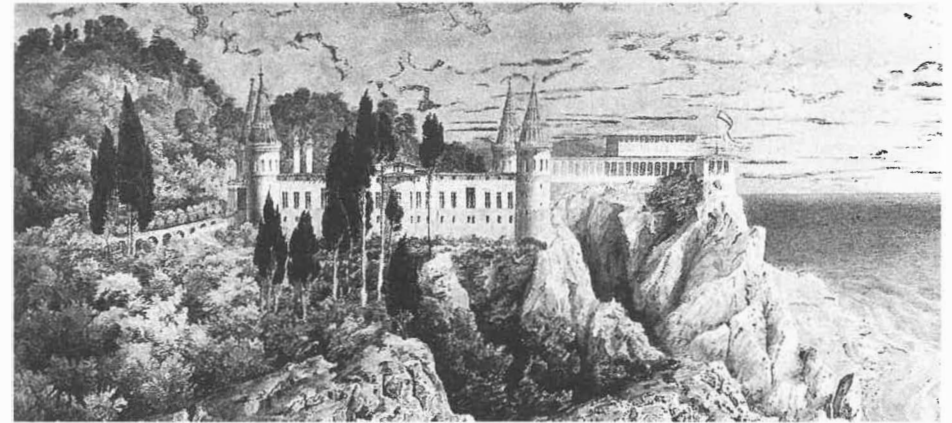


Abb. 9: »Moskowitischer« Entwurf Schinkels für Orianda, Schaubild des Schlosses. Aquarell aus: M. Kühn (s. A 7)

Fehleinschätzung, wie der Architekturkritiker Werner Szambien meint, denn auch ihre Zeitgenossen haben Schinkels Projekt nicht als »Ausdruck der Megalomanie eines alternden Architekten, sondern (als) ein gültiges, ein wahrhaft neu-griechisches Werk im Sinne des 19. Jahrhunderts« angesehen.²³ Dagegen stießen beiden russischen Intellektuellen Schinkels ideelle Vorstellungen über die erzieherische Potenz der Antike eher auf Ablehnung, »weil die bestehende Kultur nicht mehr auf dem Rußland fehlenden Bildungsgut der Antike beruhe«.²⁴ Bezeichnend dabei ist, daß man hier nicht den missionarischen Kulturimport als solchen ablehnte, sondern lediglich dessen Inhalte und Wirksamkeit in Frage stellte. Die Slawophilen bevorzugten eine Architektur, die sich ausschließlich mit »wahrhaft russischen« Bauformen zu artikulieren verstand (was immer man sich darunter auch vorstellte), und die sogenannten Westler hätten am liebsten direkt an die zeitgenössische westeuropäische Stilrichtungen angeknüpft. Dabei könnte Schinkels romantisierter »antiker Wunderbau« durchaus als vermittelnder Kompromißweg gedeutet werden: Einerseits stellte er den Bezug zur lokalen (jetzt auch russischen) Geschichte der Krim dar, lieferte aber zugleich ein Exempel moderner europäischer Architektur, das an Perfektion, Reife und Wirkung seinesgleichen suchte. Resümierend darf zu Schinkels Tätigkeit für Rußland festgehalten werden, daß seine beiden Projekte, die 1833 errichtete gotische Kapelle in Peterhof und der unausgeführte Orianda-Entwurf, den inneren Widerstreit zwischen dem romantischen und dem klassischen Geist seiner Epoche besonders gut veranschaulichen.

²³ Ebd.

²⁴ M. Kühn (s. A 7), S. 116.

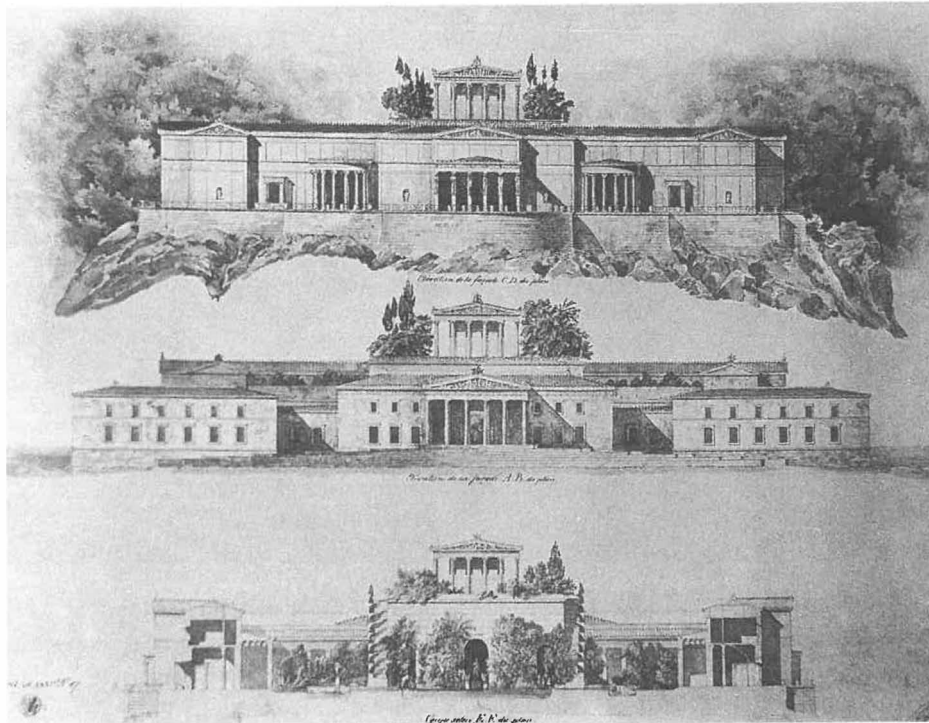


Abb. 10: Zweiter »antikischer« Entwurf Schinkels für Orianda, Aufriß der Fassade zum Meer und des Eingangflügels, Querschnitt durch den Kaiserlichen Hof. Feder und Aquarell aus: M. Kühn (s. A 7).

Später wurden an der Südküste der Krim Teile des Schinkelschen Entwurfes für andere Repräsentativbauten verwendet. Den eigentlichen Auftrag für das Schloß Orianda erteilte man jedoch 1840 dem russischen Hofarchitekten Andrej Iwanowitsch Stackenschneider (1802–65). Stackenschneider, der eigentlich mit Vornamen Heinrich Gustav Clemens hieß, wurde in der Nähe von Gatschina bei St. Petersburg in einem Vorwerk seines aus Braunschweig stammenden Großvaters geboren. Nach Ausbildung an der Petersburger Kunstakademie und einer Bildungsreise durch Westeuropa brachte er es zu einem der gefragtesten Architekten Rußlands. Vom Kaiser Nikolaus I. wurde er hochgeschätzt und konnte sich rühmen, sein Privatarchitekt zu sein. Für die Zarenfamilie und den hauptstädtischen Adel schuf Stackenschneider einige Prunkbauten, wie das Marien-Palais am Isaaksplatz, das Nikolaus I. 1839–44 für seine frisch verheiratete älteste Tochter Maria, Herzogin von Leuchtenberg, erbauen ließ und das heute als Rathaus von St. Petersburg dient.

Im Herbst 1841 besichtigte Stackenschneider zusammen mit seinem ständigen Begleiter und Mitarbeiter, dem Architekten August Lange, das künftige Baugelände in



Abb. 11: Marien-Palais am Isaaksplatz, 1839–44, Architekt: Andrej (Heinrich) Stackenschneider. Nikolaus I. ließ das Gebäude für seine Tochter Maria und ihren bayerischen Gatten Herzog Max von Leuchtenberg erbauen. Heute dient es als Rathaus von St. Petersburg. Im Vordergrund: Denkmal für den 1855 verstorbenen Kaiser Nikolaus I. Die Figur des Kaisers zu Pferde schuf Peter Clodt von Jurgensburg, der gesamte skulpturierte Schmuck mit den Reliefs am Sockel und den überlebensgroßen allegorischen Figuren der Kraft, der Weisheit, der Gerechtigkeit und des Glaubens stammt von Robert Johann Salemann. Den Allegorien wurden die Gesichtszüge von drei Töchtern des Verstorbenen und dessen Frau Alexandra Fedorowna, geborene Charlotte von Preußen, gegeben.

Orianda. Die Lage des Schinkelschen Palastes ist nicht anders als »atemberaubend« zu beschreiben, dagegen entschied sich Stackenschneider für einen weniger spektakulären, dennoch – allein schon der Meeresnähe wegen – durchaus exponierten Bauplatz. Seinen Schloßkomplex versuchte er über mehrere offene Terrassen und Loggien in die zuvor von ihm gestaltete Parklandschaft einzubeziehen. Zwischen 1842 und 1853 entstand hier unter der Bauleitung des Engländers William Hunt und des Deutschen Karl Eschlimann ein klassischer Palast mit strengen weißen Fassaden, welchen die farbenfrohe südliche Natur eine effektvolle Fassung bot. Leider ist von diesem Prachtbau nichts übriggeblieben. 1882 wurde das Schloß von einem Feuerbrand bis auf die Grundmauern verwüstet. Die notdürftig sanierte Ruine zog auch weiterhin Besucher an, bis sie 1948 ganz beseitigt wurde. Auf dem Platz steht jetzt ein Sanatorium, dessen Parkumgebung nur noch entfernt an die Arbeit von Stackenschneider erinnert.

Soweit die einzige Abbildung aus dem Jahr 1860 ein Urteil ermöglicht, ist in der Fassadengestaltung eine Verwandtschaft zum Schinkelschen Entwurf deutlich er-

kennbar. In der zeitgenössischen Presse hieß es, Stackenschneiders Neubau sei im griechischen, Schinkelschen Stil errichtet. Nach über einem Jahrhundert pflegt man dies etwas anders zu sehen. Einen Schinkel als vermeintliches Vorbild für den Petersburger Architekten lehnt Stackenschneiders Biographin T. Petrowa entschieden ab: »Er hatte es nicht nötig, den griechischen Stil bei Schinkel zu studieren, die antike Kunst kannte er sehr gut aus erster Hand.«²⁵ Der einzige Einwand, mit dem hier der »Russe« Stackenschneider vor dem Deutschen Schinkel in Schutz genommen wird, klingt ziemlich simpel. In der national-politisch geschwängerten Geschichtsschreibung der Sowjetzeit war solch ruppige Argumentation in der Fachliteratur keine Ausnahme.

Natürlich war Stackenschneider mit der Architektur der Antike bestens vertraut und hatte sich deren Formensprache schon immer bedient. Beim Schloß Orianda treten jedoch für sein Werk ganz neue Elemente auf: freier rationaler Grundriß, das Motiv der Ecktürme, homogene und enthaltsame Fassadengestaltung. Dies alles findet sich ebenso im Schinkelschen Entwurf wieder, den Stackenschneider sicher kannte. Der zweitürmige Bau mit dem hohen Sockel entbehrt außerdem nicht einer gewissen Monumentalität, die ihre Vorbilder kaum in Stackenschneiders eigener, mehr dem Barock verpflichteten Formensprache findet. Reminiszenzen an das Orianda-Projekt zeigen sich in Stackenschneiderschen Bauten der Petersburger Umgebung, wie dem Schloß in Sergiewka (1842) auf dem Landgut der Familie Leuchtenberg oder dem Schloß Belvedere (1852–56) in Peterhof. Auch nach Meinung von T. Petrowa ist das Peterhofer Belvedere besonders geeignet, von der Architektur des verschwundenen Orianda-Palastes eine Vorstellung zu vermitteln.²⁶ Beim Anblick dieses vor der Nordseeküste gelegenen Bauwerkes bleibt einem der Gedanke über so manchen Umweg des europäischen Architekturtransfers kaum erspart.

Trotz der erheblichen Reduzierung des Orianda-Projektes nahm seine Verwirklichung über zehn Jahre in Anspruch. Die Bauherrin Alexandra Fjodorowna hat ihre kaiserliche Residenz allerdings nie zu Gesicht bekommen.

²⁵ T. A. Petrowa, Andrej Schtakenschneider, Leningrad 1978, S. 100.

²⁶ Ebda, S. 106.

Bernard Marchand

Nationalsozialismus und Großstadtfeindschaft

0. Einleitung

Die faschistischen Regierungen, die in Westeuropa zwischen 1922 und 1945 bestanden haben, sind alle mit der Frage der Großstadt in Konflikt gekommen.¹ Die Stadt, und insbesondere die Großstadt, wies drei Eigenschaften auf, die den autoritären Regierungen unannehmbar waren: sie waren der Lieblingsort der Freiheit, des Weltbürgertums und der Neuerung.²

Die ersten beiden Merkmale standen im Gegensatz zu allem, was der Faschismus vertrat. Das dritte Merkmal, das der Neuerung, wurde aber nicht von allen Regierungen gleichmäßig abgewiesen. Der Wunsch, Deutschland und Italien auf die Zukunft vorzubereiten, stand im Gegensatz zu der Verehrung der Vergangenheit, die Pétain in Frankreich, Franco in Spanien und Salazar in Portugal an den Tag legten. In einem bemerkenswerten Artikel zeigt Manfred Walz,³ daß die Nationalsozialisten drei verschiedene politische Einstellungen gegenüber der Großstadt an den Tag legten:

1.) Während der Weltwirtschaftskrise gab sich die NSDAP in der Tat sozialistisch, um die mittelständischen, durch die Krise zu Grunde gerichteten Gruppierungen anzulocken, die einen großen Teil der SA stellten. Wichtige Vertreter dieser Richtung waren die Brüder Otto und Gregor Strasser sowie Gottfried Feder, damals Hitlers Wirtschaftsberater und Parteiprogrammatiker. Walter Darré, Reichsbauernführer und Minister in den ersten Nazi-Regierungen, war mit dieser Richtung verwandt. Im März 1934 wurde Feder zum Reichssiedlungskommissar ernannt. Sein Programm sah die Verlagerung der Großindustrie in neue und kleinere

¹ Vgl. z. B. R. Mariani, *Fascismo e »Citta Nuove«*, 1976; zu dem Thema »Großstadtfeindschaft« u. a. auch: O. Borst, *Babel oder Jerusalem. Sechs Kapitel Stadtgeschichte*, Stuttgart 1984; A. Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte*, Frankfurt 1965; D. Schubert, *Großstadtfeindschaft und Stadtplanung. Neue Anmerkungen zu einer alten Diskussion*, in: *Die alte Stadt* 1/1986, S. 22–41; W. Solfsky, *Der Untergang der Städte*, Frankfurter Hefte 6/1983.

² Ich danke Prof. Terttu Pakarinen von der TU Tampere, die mir nützliche Beziehungen aufgezeigt hat; ich bin insbesondere Professor Dieter Frick von der TU Berlin für seine Ratschläge und Verbesserungen im Text dankbar. Ich möchte ebenso meine Dankbarkeit dem DAAD ausdrücken, der die hier veröffentlichte Arbeit durch ein Stipendium ermöglichte.

³ M. Walz, *Gegenbilder zur Großstadt. Von den nationalsozialistischen Versuchen zur Auflösung der Stadt bis zu den Wiederaufbauphasen nach 1945*, in: *Bauwelt* 12/1980, S. 473–484.

Siedlungen, die Auflösung der Großstädte sowie den Kampf gegen die Landflucht vor.⁴

2.) 1934 erkannte Hitler, nachdem er die SA und den Mittelstand gebraucht hatte, um Deutschland zu gewinnen, daß er nun die Großindustrie und die Wehrmacht zufriedenstellen mußte, um Europa zu erobern. 1930 sollte O. Strasser die Partei verlassen, am 30. Juni 1934 wurden G. Strasser und Röhm ermordet. Feder verlor alle seine Stellen und wurde als Professor an die Hochschule abgeschoben. Deutschland bereitete unter Görings Vierjahresplan den Krieg vor, und da sich die Rüstungsindustrie überwiegend in den Großstädten befanden, wurden diese bei den Nazis wieder beliebt.

3.) Nach 1939, als die Wehrmacht Polen besetzt hatte, wurde durch die SS dort wiederum eine ganz andere Bevölkerungspolitik verfolgt. Es sollten neue, aber kleinere Städte gebaut werden. Walter Christaller und sein Vorgesetzter, der SS-Obersturmbannführer Karl Meyer hatten Gelegenheit, die Theorie der zentralen Orte anzuwenden.

In diesem Aufsatz soll versucht werden, anhand von Reden und Texten die nationalsozialistische Einstellung gegenüber der Großstadt näher zu beleuchten. Da wir an den ideologischen Grundlagen der Großstadtfeindschaft interessiert sind, werden wir nur die erste Richtung in Betracht ziehen. Die Anwendung der Theorien Christallers durch die SS soll in einem anderen Artikel behandelt werden.

Die verschiedenen Führer der NSDAP, insbesondere Walter Darré, haben die Großstadt als mögliche Gefahr gewöhnlich unter drei hauptsächlichen Gesichtspunkten betrachtet: ob sie die Macht des Reiches vergrößert oder mindert, ob sie dazu beiträgt, eine gesunde Rasse zu entwickeln und ob die Großstadt eine Gefahr für die politische Ordnung des Nationalsozialismus ist.

1. Die Großstadt und die nationale Macht

1.1 Das Überleben des deutschen Volkes: Die demographische Gefahr

In ganz Europa wurde die Großstadt für den Zusammenbruch der Geburtenziffern verantwortlich gemacht. In Frankreich nach dem 1870er Krieg, wie in Italien nach dem Ersten Weltkrieg, hatte die demographische Frage in den Staatserörterungen den ersten Platz eingenommen. Für die Rechte war es eine nationale Pflicht, viele Kinder, d.h. viele zukünftige Soldaten hervorzubringen. Dieser Wunsch wurde in den katholischen Ländern durch die gegen die Frauenfreiheit gerichtete Familienpolitik der Kirche verstärkt.

⁴ Vgl. G. Feder, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, München 1933.

Mehrere Bücher und Reden beschreiben die Großstadt als einen unfruchtbaren Ort, an dem es beinahe unmöglich ist, Kinder zu haben und zu erziehen. Mussolini schreibt: »Die Großstadt vermehrt sich durch die Anziehung des Landvolks, das, kaum ist es in der Stadt niedergelassen, so unfruchtbar wie die alten Einwohner wird. Das Land hat sich in eine Wüste verwandelt.«⁵ Noch 1947 schreibt J.-F. Gravier in seinem Buch, das obwohl (oder weil) es die Ideologie der Pétain-Zeit wiedergibt, die Bibel der französischen Regionalplanung für vierzig Jahre geworden ist: »So hat Groß-Paris seit 1850 nicht als ein Zentrum gewirkt, das sein Hinterland belebt, sondern als ein Monopolist, der den nationalen Stoff verschlingt.«⁶

Natürlich dürfen wir damit rechnen, solche Besorgnisse auch in der Nazi-Literatur zu finden. Seit Ende des 19. Jahrhunderts ängstigt sich auch in Deutschland die öffentliche Meinung über die Landflucht.⁷

1.1.1 Erster Beweisgrund: Die Großstadt zieht das Landvolk an und leert das Land aus

Friedrich Burgdörfer, während der NS-Zeit Präsident des Bayerischen-Statistischen Landesamts in München, sprach die gleichen Ansichten in ähnlichen Worten wie Gravier und Mussolini aus: »Die Großstadt ist Zuschußbetrieb. Sie verschlingt nicht nur wie früher den Bevölkerungsüberschuß des Landes, sondern greift – nachdem dieser Überschuß auf dem Lande immer geringer geworden ist – in die Substanz des Landvolkes ein und bedroht damit die wichtigste Grundlage der gesamten Volkskraft.«⁸

Im Sinne Graviers schrieb auch Professor W. Seedorf aus Göttingen: »Das Land ist von der Stadt seit jeher ausgebeutet worden und zwar an Menschen sowohl wie an Vermögen.«⁹ Darré fügt hinzu: »Es läßt sich heute eindeutig beweisen, daß die Städte nicht aus sich selbst am Leben erhalten werden können. Würden wir unseren Städten den Zuzug sperren, müßten diese an Entvölkerung in verhältnismäßig kurzer Zeit aussterben.« Und später: »Der Bauer setzt dem städtischen Ein- und Kleinkinderbrauch den Reichtum der kinderfrohen Ehe entgegen.«¹⁰

1.1.2 Zweiter Beweisgrund: Der Gesundheitszustand einer Großstadt ist unheilvoll

Dieses Argument wurde in Frankreich viel benutzt, obwohl eine Stadt wie Paris von 1890 an viel gesünder als kleinere Städte und als das von Alkoholismus geplagte Land war. Die Nazis, außer Darré, schienen diese Einstellung mit Vorsicht gebraucht zu haben: »Die Haupterben dieser Kaufleute, die in der Stadt blieben, starben in der drit-

⁵ B. Mussolini, in: Vorwort zu R. Korherr, *Regresso delle nascite: morte dei popoli*, Rom 1928.

⁶ J.-F. Gravier, *Paris et le désert français*, Le Portulan 1947.

⁷ Vgl. W. Seedorf, *Die Landflucht. Eine Bibliographie*, Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront, Berlin 1939.

⁸ Vgl. F. Burgdörfer, in: E. von Eickstedt, *Bevölkerungsbiologie der Großstadt*, Stuttgart 1941.

⁹ W. Seedorf, in: E. von Eickstedt (s. A 8).

¹⁰ W. Darré, Rede: Bauernschicksal, Bauernrecht, November 1933.

ten bis vierten Generation aus, die anderen, die mit Landgütern als Erbe ausgestattet waren, sind heute noch im mecklenburger Adel vertreten.« Nach Darré würden die in eine Stadt verziehenden germanischen Geschlechter sehr bald aussterben, während die auf dem Lande verbliebenen Seitenzweige ungeschwächt fortblühen. Dem Judentum hingegen würde das Stadtleben nichts schaden.¹¹

Der Rassetheoretiker Hans Günther versuchte gar das »Aussterben der bürgerlichen Sippen« zu beweisen: Die Namen der in großen Städten wohnenden Familien würden sehr schnell verschwinden. Günther glaubte daraus schließen zu dürfen, daß die Großstadt das Land erschöpfe.¹² Hier treffen wir wieder auf Mussolinis und Gravers abgedroschenes Argument. In einer erstaunlichen Rezension allerdings zeigte Erich Keyser, Professor in Danzig, daß Günthers Beweisführung wertlos ist: Viele Familiennamen würden sich verändern, da die verheirateten Frauen ihre Namen verlieren, und schließlich viele Zuwanderer in die Stadt nicht vom Land, sondern von anderen Städten kommen. Keyser fügte hinzu: »Es ist unzulässig, die Behauptung vom Aussterben der bürgerlichen Familien weiterzutragen, in der bisherigen Form zu begründen und als Agitationsmittel in dem überflüssigen Widerstreit zwischen Stadt und Land zu verwenden... Es ist ja überhaupt eine gänzlich unbegründete Vorstellung, daß die Landbevölkerung grundsätzlich gesünder wäre als die Stadtbevölkerung... Die Städte an sich sind nicht die Totengräber des Volkes gewesen; sie sind dies zum Teil durch die Vernachlässigung der Gesundheitsverhältnisse seit der Mitte des 19. Jahrhunderts geworden.«¹³

Sogar die Landflucht sollte nicht immer als ein großer Unglücksfall gelten: »Der landwirtschaftliche Kulturboden kann aber nur einer bestimmten Menge Menschen ausreichende Nahrung und ertragreiche Arbeit gewähren. Sobald diese Zahl erreicht ist und eine weitere Verdichtung der Bevölkerung eintritt, ergibt sich ein Notstand, der einen Teil der Bewohner, insbesondere des Nachwuchses, zur Abwanderung zwingen wird.«¹⁴ Dem Vorwurf, daß die Städte nicht ohne die ständige Zuwanderung vom Lande »leben« könnten, erwiderte Keyser, daß dadurch die Bedeutung der Städte für das Volksganze nicht gemindert, sondern tatsächlich erhöht würde, daß auch das Land nicht ohne die Stadt »leben« könne.¹⁵

Es sieht so aus, als ob während der NS-Zeit in Deutschland Großstadtfeindschaft als Angst vor dem Aussterben des Landvolkes viel weniger vorherrschend als in anderen Ländern wie Frankreich oder Italien war. Es gibt sogar Texte, in denen Landflucht als nützlich beschrieben ist. »Auch in diesem Falle kann es sich darum handeln, daß unbedingt eine Entlastung der Landbevölkerung von ihrem Bevölkerungsüber-

¹¹ Vgl. W. Darré, Rede: Die große Frage an die deutsche Jugend, 15. 3. 1939.

¹² Vgl. H. Günther, Das Bauertum, 1939.

¹³ E. Keyser, Grundfragen städtischer Bevölkerungsgeschichte, in: E. von Eickstedt (s. A 8), S. 73.

¹⁴ W. Seedorf (s. A 7), S. 56.

¹⁵ Vgl. E. Keyser (s. A 13), S. 75.

schuß stattfinden muß, so daß man das Ganze als einen Gesundungsvorgang im Landvolk bezeichnen könnte.«¹⁶

1.2 Die Autarkie-Frage: Die wirtschaftliche Gefahr

Da die Nazi-Regierung einen europäischen Krieg vorbereiten wollte, hätte die Autarkie eine große Wichtigkeit einnehmen sollen. In der Tat sagte Darré: »Die Frage der staatlichen Unabhängigkeit ist in erster Linie bedingt von der Möglichkeit, in der Ernährung der Bevölkerung unabhängig dazustehen.« Deutschland zu ernähren, sah er aber nur als eine der Pflichten des Bauern. Darré machte eine wichtige Unterscheidung zwischen Bauer und Landwirt. Der Bauer soll Nahrungsmittel und ganz allgemein wirtschaftliches Vermögen hervorbringen, der Landwirt aber habe eine andere Aufgabe, die Darré als viel wichtiger einschätzte. Diese seltsame Ansicht wurde von Darré so sehr übertrieben, daß er dem Bauern anriet, sich nicht um die Wirtschaft zu kümmern:

- »Wenn wir daher heute vor der Frage der Landflucht stehen, dann ist dies nicht so sehr eine Frage unserer nationalen Ernährungswirtschaft, es ist sozusagen keine landwirtschaftliche Frage, sondern die Landflucht ist die Daseinsfrage und Schicksalsfrage unseres Volkes schlechthin.«
- »Einen Siedler, der sich und seine Familie restlos von der Scholle ernährt, nennen wir einen Bauern.«
- »Es ist gerade das Kennzeichen echten Bauerntums, daß es im tiefsten Grunde seines Wesens unhändlerisch und also unjüdisch denkt, weil seine Arbeit nicht der Befriedigung eines Handelsbedürfnisses dient, sondern der Erhaltung des Geschlechts auf der Scholle.«¹⁷

Diese Reden Darrés, bereits vorgetragen zwischen 1932 und 1934 bevor die große Aufrüstungspolitik begann, wurden jedoch erst 1942 mitten im Krieg veröffentlicht.

Da Großstadt aber auch industrielle Macht bedeutet sowie den Hauptstandort der Rüstungsindustrie, hielt H. Schrepfer 1941 Wilhelm Heinrich Riehl, der die Städte 1853 getadelt hatte, entgegen: »Er übersah aber, daß sich in ihnen nicht nur die Schattenseite, sondern auch die beste Kraftpotenz eines Volkes sammelt. Er verkannte, daß auch der Großstadt produktive Kräfte innewohnen und daß sie kraft ihrer Dynamik Träger manchen gesunden Fortschritts geworden ist... Nicht die Großstadt an sich, wohl aber ihre überstürzte und ungeordnete Entwicklung ist die Ursache so vieler Übel geworden.«¹⁸

Solche Widersprüche in den nazistischen Reden und Schriften können leicht durch den offenbar mangelnden Zusammenhang im nationalsozialistischen Programm er-

¹⁶ Vgl. W. Seedorf (s. A 7), S. 57.

¹⁷ W. Darré, Um Blut und Boden, Berlin 1942, S. 16, 354, 221.

¹⁸ Vgl. H. Schrepfer, Großstadtlandschaft und Großstadtmensch, in: E. von Eickstedt (s. A 8), S. 107.

klärt werden. Es gibt aber noch eine andere und wichtigere Erklärung: die Besessenheit von Rassismus und »Blutreinheit«.

2. Die Großstadt und die »Blut und Boden«-Ideologie

Die weltbürgerliche Großstadt erschien den Nationalsozialisten für die »Reinheit des deutschen Blutes« eine beständige Gefahr. Einerseits brachte die Landflucht deutsche Menschen in Berührung mit »unsauberen« Ausländern, andererseits reiste durch die Stadt eine Reihe von »unreinen« Wanderern.

2.1. Das Überleben des Volksgemeinschaft

Nach Darrés Vorstellungen, wonach das Land die »ewigen Blutswerte« unseres Volkes »mehrt«, die Stadt hingegen »zehrt«, kam die »Volksgemeinschaft«, diese seltsame von den Nazis erdichtete Vorstellung, in Lebensgefahr: »Auf die Erhaltung des Blutes, des Geschlechts, kommt es an, nicht auf die Wirtschaftsform. Und dieses Blut läßt sich nach den Erfahrungen unserer Geschichte nur auf bäuerlicher Scholle, nicht auf städtischem Grunde durch Generationen hindurch erhalten... Der Begriff des Bauern hat seine Wurzel im germanischen Mythos von der Heiligkeit des Blutes und der Aufgabe des Bauern, dieses Blut durch Dienst an seinem Geschlecht rein und gesund auf der ihm vertrauten Scholle zu bewahren und zu sichern.«¹⁹

Demzufolge würden nach Darré die nordischen Völker nur so lange »gesund« und »rasserein« bleiben, als sie in enger Verbindung mit der Natur und »Mutter Erde« blieben: »Geht aber die Bodenständigkeit verloren, so tritt unweigerlich der Rasseverfall ein, oft mit erschreckender Schnelligkeit. Das Bauerntum ist tatsächlich der Lebensquell der nordischen Rasse.«²⁰

Im deutschen wie im französischen Rassismus haben »Blut und Boden« einen sehr ähnlichen Sinn. Beide verweisen zugleich an die vergangene Zeit und an das Leben an einem bestimmten Ort. Sie werden durch Entwurzelung zerstört: »Die Verwurzelung des Geschlechts mit der Scholle, die Einheit von Blut und Boden muß wiederhergestellt werden.«²¹

2.2 Die Entwurzelung in der Großstadt

Menschliches Leben und Natur verbanden sich begrifflich wie in einer umweltfreundlichen Weltanschauung, in der die Großstadt nur als schädliche Umwelt erscheinen konnte: »Großstadt bedeutet Lösung von der Scholle und räumliche und seelische Naturferne. Naturverbundenheit, Naturinstinkt, unmittelbare Anschauung

¹⁹ Vgl. W. Darré, Rede: Die Bodenfrage, 15. 4. 1934, Das Ziel, Juli 1932.

²⁰ W. Darré, Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse, München 1934.

²¹ W. Darré, Rede: »Die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes«, 1931.

der Naturkräfte und Respekt und Ehrfurcht vor dem Walten der Natur sind dem Menschen der Großstadt weitgehend verloren gegangen. In diesem Sinne ist in der Tat die Großstadt wurzellos; sie wurde Unterschlupf der Hefe des Volkes, Brutstätte der asozialen Elemente, zur Hochburg des internationalen Judentums. Nur in der Großstadt entstand das Proletariat.«²²

Das Proletariat als eine Großstadteigenschaft erscheint hier wie eine direkte Folge der Entwurzelung. Das Wort »Scholle« hatte für die Nationalsozialisten denselben heiligen Beiklang wie es in Frankreich das Wort »la glèbe« für die französische Rechte gehabt hatte: »Der Bauer muß unter für ihn erträglichen Lebensbedingungen arbeiten und werken können und seinem Geschlecht die mit seinem Schweiß und dem Schweiß seiner Ahnen geheiligte Scholle vererben dürfen.«²³ Schon vor dem Ersten Weltkrieg schrieb der französische Dichter Charles Péguy: »Ein Mann von unserem Haus, von der fruchtbaren Scholle.«²⁴

Der Zerstörer dieser Naturverbundenheit war für die Nationalsozialisten natürlich der »ewige Wanderer«, der Jude, der ein Mann der Großstadt ist: »Dieser Lebensverbundenheit des deutschen Volkes mit Grund und Boden steht polar gegenüber das Judentum, das jahrhundertlang in Deutschland städtisch gewesen ist und auch auf dem Lande dauernd in städtischen Verhältnissen gelebt hat, ohne an die Scholle gefesselt zu sein.«²⁵

Auch in Frankreich findet man dieselben Begriffe: »Es ist offensichtlich, daß eine Rasse mit wesentlicher Neigung zur Wanderung wie die jüdische Rasse von Natur ganz unfähig ist zu begreifen, daß die Verbindung zur Scholle und eine auf ein strenges Landbauleben gegründete wirtschaftliche Existenz die Grundlage des Lebens anderer Rassen bildet. Die Landpolitik der Nazi-Regierung ist ein Schlag gegen den kapitalistischen Liberalismus, gegen eine Lehre der zerstörenden Selbstsucht und gegen die jüdische Wanderlust, die an dieser Ausartung Schuld ist.«²⁶

Da sich nach Ansicht der Nationalsozialisten die Großstadt wegen der Entwurzelung ihrer Bewohner in die Juden förmlich hineindachte, lag hier der größte Ansatzpunkt der Nazis gegen die Großstadt und die hauptsächliche Rechtfertigung ihrer Verurteilung. Henry Pourrat schreibt: »Auf der einen Seite der Instinkt Mensch, d.h. für Darré das deutsche Volk, das unter allen großen Völkern am engsten mit der Natur verbunden ist. Auf der anderen der Geldhändler, der Rechenmensch, der von dem hebräischen Volk abstammt, von einem Stadtvolk, das sich nie an die Scholle an-

²² H. Schrepfer (s. A 18), S. 107.

²³ Vgl. W. Darré (s. A 10).

²⁴ »Un homme de chez nous, de la glèbe féconde«, in: Présentation de la Beauce à Notre Dame de Chartres. Péguy hatte vornehmlich Einfluß auf den katholischen Sozialismus in Frankreich und insbesondere während der Pétain-Regierung (1940–1943) auf die Schule für Führungskräfte in Uriage, wo Hubert Beuve-Mery, der Gründer der Zeitung Le Monde, stellvertretender Leiter war.

²⁵ W. Darré (s. A 11).

²⁶ Vgl. *Retour à la terre*, Editions de l'Europe Future, 30 p (sans Date), S. 9.

hängt, sogar wenn es auf dem Lande wohnt. Ja, der Jude, der Intellektuelle höchsten Grades, der immer, wegen seiner Rasse, von Grund auf gegen den Bauern steht, und der sich von seinem ganzen Wesen dem Juden widersetzende Deutsche, im höchsten Grad Naturmensch, der in einem sehr eigentümlichen Verhältnis zu Gott und der Welt lebt... In dieser Weise trägt der Nazismus eine Bauernphilosophie in sich.«²⁷

3. Die Großstadt und die nationale Ordnung

In Italien wie in Frankreich war die Großstadtfeindschaft in der Furcht vor den dort herrschenden revolutionären Richtungen begründet. Mussolini wie Pétain fürchteten sich vor den Stadtbevölkerungen. Im »Dritten Reich« wurde die Großstadt ebenfalls für eine politische Gefahr gehalten, die Gründe dafür aber waren ganz verschieden.

Der von Darré vertretene Nazismus war über den geschichtlichen Zusammenhang der Rasse begründet. Die Verbindung zwischen der Vergangenheit und der Zukunft erschien als die wichtigste Bedingung für das Überleben eines Volkes.

3.1. Die Stadt und das Land

Wie Gravier in Frankreich so warfen die Nazis der Stadt vor, daß sie das Land zugrunde richte, es ausbeute sowohl an Menschen wie an Vermögen. Zieht man jedoch die enormen Zuschüsse in Betracht, die in beiden Ländern von den Städten an die Bauern gezahlt wurden, erscheint dieser Vorwurf ziemlich merkwürdig.

Auf der einen Seite verabscheute der gute Nazi-Bauer die Großstadt, auf der anderen Seite aber verstanden die Nazis, daß es gefährlich wäre, die Stadt gegen das Land zu stellen. In einer erstaunlichen und der französischen Haltung entgegengesetzten Weise versuchten sie, die Kluft zu überbrücken. Über die Grundlagen deutscher Handelspolitik formulierte Darré: Nach dem Weltkriege verkrampfte sich der Gegensatz des Landwirtschaftsschutzes und der Handelsförderung zu scheinbar endgültiger Unüberbrückbarkeit. Es schien nur ein Entweder-Oder, wonach entweder die deutsche Landwirtschaft oder der deutsche Ex- und Importhandel zum Sterben verurteilt war, zu geben... Heute hat die neue deutsche Agrarpolitik den Ausweg aus diesem Labyrinth gefunden und wieder eine Brücke zwischen den beiden Gegensätzen geschlagen.«²⁸

Nach Darré wäre der gefährliche Gegensatz zwischen Stadt und Land von den Juden künstlich entwickelt worden, da »erst das jüdische Prinzip [des Liberalismus; V.] siegen mußte, ehe es möglich war, innerhalb des deutschen Volkes einen Gegensatz zwischen Handarbeiten in der Stadt und Bauern zu konstruieren. Nach deutscher

²⁷ H. Pourrat, *L'homme à la bêche, histoire du paysan*, Flammarion 1940, S. 223 f.; H. Pourrat, ein katholischer und für Regionalismus schwärmender französischer Schriftsteller, erlangte 1941 den Prix Goncourt.

²⁸ W. Darré, Rede: Die Grundlagen deutscher Handelspolitik, 29. 5. 1935.

Wirtschaftsauffassung gibt es keinen Gegensatz zwischen Bauer und Arbeiter, denn beide sind nur arbeitsteilige Funktionen in der Wirtschaft ihres Volkskörpers und sind daher auch in allen Angelegenheiten auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen.«²⁹ An »die deutsche Jugend« appellierte Darré, gründlich mit den liberalistischen Machenschaften aufzuräumen, »die aus dem deutschen Bauerntum eine wirtschaftliche Sondergruppe machten, zwischen Stadt und Land immer wieder unüberbrückbare Klüfte aufrissen und damit den für das deutsche Volk so verhängnisvollen Klassenkampf entflammt«. ³⁰ Die Ausflucht auf einen jüdischen Sündenbock erscheint hier besonders bequem.

Ein anderer wichtiger Unterschied zwischen Stadt und Land lag für Darré in den jeweiligen Zeitvorstellung: »Der Nomade lebt dem Tage, der Bauer der Zukunft. Der nomadisch denkende Mensch ist daher durch und durch »ungeschichtlich«. Ein sesshafter Mensch, ein Bauer im Besonderen, braucht aber die Erfahrungen der Vergangenheit, um seine Maßnahmen für die Zukunft treffen zu können.«³¹

Hier stoßen wir auf einen wichtigen Begriff: Zeit ist nicht die Aufeinanderfolge verschiedener Augenblicke, sondern ein unterbrochener Stoff, der sich vom Ursprung her abspielt und nie zerrissen werden soll. Die Zukunft kann nur mit Hilfe der Vergangenheit erobert werden. Dieser Begriff läuft völlig der Stadtzeit zuwider, die wie ein aus abgesonderten Momenten zusammengesetzter Strom zu denken ist: Wechsel, Erneuerung und Bruch sind einige der wichtigsten Eigenschaften der Großstadt. Der Wunsch der Nazis, eine moderne Rüstungsindustrie mit konservativen Landgruppierungen in Übereinstimmung zu bringen, konnte sich nur auf solche Trugschlüsse stützen.

3.2. Das Ich und der Staat

Die Großstadt erschien auch mittelbar als Gefahr für den nationalen Staat, indem sie als Heimat des Liberalismus und Brutort der Ichsucht angesehen wurde. Liberalismus und Bauerntum waren polare Gegensätze. Der Liberalismus wurde als nichts anderes als die »jüdische Inthronisierung der Ichsucht« angesehen. Die »Entfesselung des Ich« ging auf Kosten von »Blut und Boden«. Durch die Weltanschauung der Französischen Revolution sah man das Ich aus seinen Bindungen gegenüber Familie und Stand losgelöst.

Dies fand auch Anklang in Frankreich: »Auf dem Land ist das Einzelwesen nicht bedeutend, sondern die Familie. Mehr noch ist es die enge Verbindung zwischen Familie und Gewerbe, die so viele günstige Folgen für beide hat.«³²

²⁹ W. Darré, Rede auf dem zweiten Reichsbauerntag in Goslar, 18. 11. 1934.

³⁰ Vgl. ebda.

³¹ W. Darré (s. A 20), S. 297.

³² R. Preaud, *Quelques traits essentiels d'une politique agricole française*, Imprimerie Nationale 1944, S. 12.

4. *Schlußfolgerungen*

Freiheit, Weltbürgertum und Neigung zur Neuerung sind die wichtigsten Eigenschaften der Großstadt. Wie alle faschistischen Regierungen in Europa während der 1930er Jahre haben die Nationalsozialisten eine gewisse Feindschaft gegen die Großstadt ausgedrückt. Dieses Verhalten war aber weniger stark als in anderen Ländern und auch viel veränderlicher und widersprüchlicher. Während in Frankreich die Pétain-Regierung die Städte ständig als gefährliche Feinde betrachtet hat, haben die Nazis lange gezögert und ihre Politik verändert.

Das städtische Bedürfnis nach Freiheit hat die Nazis wenig beunruhigt. Sie hatten in den Städten allen bestehenden Widerstand so schnell und so brutal vernichtet, daß sie keine Gründe mehr hatten, sich davor zu fürchten.³³

Die mutmaßliche Unfruchtbarkeit der Großstadt war ein viel bedeutenderer Vorwurf. Erich Keyser's Bemerkungen aber zeigen, daß sogar nach acht Jahren Diktatur sich immer noch abweichende Meinungen zu diesem Thema finden. Es sieht so aus, als ob die Nazis sich nur für die Folgen dieser Unfruchtbarkeit interessierten, während die Franzosen nicht nur die Folgen, sondern viel mehr die moralischen Gründe unterstrichen haben. Unter diesem Gesichtspunkt war die Großstadtfeindschaft im Nazi-Deutschland gemäßiger als im Frankreich Pétains.

Mehr als die Großstadt anzugreifen, haben die Nazis das Bauerntum verherrlicht. Es gibt wesentlich mehr Ausführungen, die das Landleben preisen als Reden, die die Stadt tadeln. Bauerntum erscheint als die wichtigste Bedingung des nationalen Überlebens. Moltke sagte: »An dem Tage, an dem das deutsche Bauerntum zugrunde geht, geht das ganze deutsche Volk ohne einen Kanonenschuß zugrunde«, und Hitler: »Daß unser Volk ohne Städter bestehen kann, das wissen wir aus der Geschichte; daß es ohne Bauern bestehen kann, ist unmöglich.«

Obwohl sie das Bauernleben ständig hochhielten, gestanden die Nazis teilweise sogar ein, daß die Stadt viel verlockender sei. So forderte Darré, man müsse versuchen, »die Nachteile, die heute dem Landleben gegenüber dem Stadtleben noch anhaften, soweit wie möglich zu beseitigen«. Im Unterschied dazu legten die Franzosen Nachdruck auf die sittlichen Werte des Landlebens im schroffen Gegensatz zum Stadtleben. In seinem Werk über Vichys Kulturpolitik folgert Christian Faure: »Bauerntum vertritt Naturordnung, eine soziale und sittliche Ordnung, eine Ordnung des Hauswesens im Gegensatz zum Stadtleben, das Individualismus, Unordnung, Zügellosigkeit, Ehescheidungen und Streit befördert.«³⁴

Für die NSDAP war es offenbar leichter, die Stadt und das Land wieder einander anzunähern; eine Politik, die aus zwei Gründen notwendig wurde: Erstens galt es, die

³³ Vgl. H. Göring, *Aufbau einer Nation*, Berlin 1934.

³⁴ Chr. Faure, *Le project culturel de Vichy. Folklore et révolution nationale (1940–1944)*, Presses Universitaires de Lyon 1989, S. 120.

Einheit des »Dritten Reiches« zu befestigen: »Es ist ein Irrsinn zu glauben, daß ein Berufsstand von der deutschen Volksgemeinschaft sich ausschließen darf, und ein Verbrechen, Landvolk und Städter gegeneinander zu hetzen, die beide doch auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind.«³⁵ Zweitens wollten die Nazis die deutsche Rüstungsindustrie entwickeln, um den Krieg vorzubereiten. Dafür brauchten sie notwendigerweise die Großstädte.

Sogar die »Blutreinheit« erschien ihnen weniger bedroht, als sie am Anfang dachten: »Die durch den Liberalismus in die Städte abgedrängte Bevölkerung ist ja rassistisch nicht gerade immer die schlechteste gewesen, und also ist aus rein rassenbiologischen Erkenntnissen heraus die Rückverheiratung wertvollen städtischen Blutes auf das Land zu begrüßen.«³⁶

Im Nazi-Deutschland wie im Vichy-Frankreich hatten beide Regierungen dasselbe Ziel: Etwas Heiliges aus der Vergangenheit zu behüten und, um die Zukunft zu sichern, es den nächsten Geschlechtern zu überliefern. Was sie übertragen wollten, war jedoch nicht dasselbe. In Deutschland galt die Hauptsorge der »Blutreinheit«. Die Großstadt an sich war nicht das Übel, sondern nur die Brutstätte des Judentums. Nachdem die Stadt durch die jüdischen Deportationen »gereinigt« worden war, gab es auch keine Rechtfertigung mehr für Stadtfeindschaft. In dieser Weise bot der rassistische Wahn der Nazis eine einfache Lösung durch Beschwörung: einen Sündenbock zum Opfer bringen. Sodann war es möglich, die Wanderung in die Großstädte zu vergrößern, um die Rüstungsindustrie wieder zu entwickeln.

In Frankreich war das Gegenteil der Fall, obwohl das Regime durchaus ebenfalls rassistisch war. Doch »Blutreinheit« bedeutete nicht die erste Sorge. Die von Pétain gegründete »Nationale Revolution« wollte etwas Geistiges, Unkörperliches erhalten und übertragen, d.h. die katholische Sittenlehre, die Gewalt eines undemokratischen Staates und die Macht der Landhonoratioren. Unter diesem Gesichtspunkt ist das auf der »heiligen Scholle« lebende Volk der echte Kern der Nation: »Die Scholle lügt nicht«, verkündete Pétain. Die Stadt an sich, insbesondere die Großstadt, galt als entartet. Nichts konnte die offizielle Stadtfeindschaft mindern.

Die Pétain-Regierung war so konsequent in ihrer Leidenschaft für das Landleben, daß am 9. Juli 1940 ein von der französischen Regierung erarbeiteter Entwurf für eine Verfassungsänderung vorschlug, Frankreich solle seiner Industrie entsagen: »Das wirtschaftliche Leben unseres Vaterlandes wird eine andere Richtung einschlagen; das in ein kontinentales Produktions- und Handelssystem integrierte Frankreich wird, übrigens in einer vorteilhaften Weise, wieder ein Bauern- und Feldland werden.«

³⁵ G. Feder, *Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken*, München 1933, S. 120.

³⁶ W. Darré, Rede 1. 3. 1934.

Das Ziel war aber keine Besserung der Lebensbedingungen der Bauern: »Frankreich muß nicht unbedingt eine Lebensstandarderhöhung des Bauern anstreben, die eine Einkommensminderung der Armen bedenken würde, die sich mit der Produktion beschäftigen.«³⁷

Der Gegensatz zwischen der opportunistischen und widersprüchlichen Nazi-Politik und der auf einer tiefen Ideologie gegründeten Vichy-Politik war schon 1935 von Max Hermant klar begriffen worden. Hermant, der Hitlers Landpolitik gegenüber feindselig war, weil die Nazis überwiegend die Landwirtschaft auch für eine Industrie hielten, sagte: »Wenige Menschen in Deutschland sind im Stande gewesen, das einfache und friedliche Bauernideal wirklich zu begreifen, ein Ideal, auf das die Großartigkeit des Bauernlebens gründet; diese Menschen haben sich nicht an die Hitlerische Regierung angeschlossen. Ihr Ideal ist nicht das Nazi-Ideal. Heute ist es sein Gegenteil.«³⁸

³⁷ Vgl. R. Preaud (s. A 32), S. 7.

³⁸ Vgl. M. Hermant, Vorlesung an dem Institut National d'Agronomie, 1935; Conferences de l'INA 1935, S. 227.

Ulrich Hieber

Stadtsanierung und Stadtentwicklung gestern und morgen*

Viele Städte stehen gegenwärtig in einem Umbruch. Die Nutzungen zahlreicher Kernstädte schwinden, und Ratlosigkeit breitet sich aus, wer und was die Innenstädte auf Dauer am Leben erhält. Probleme entstehen dabei nicht nur in vernachlässigten Stadtquartieren, sondern auch in gepflegten Innenstadtbereichen; dort schrumpfen die Nutzungen ebenfalls. Als wir vor knapp 30 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland mit der gezielten Stadterneuerung begannen, haben wir uns diese Entwicklung nicht träumen lassen. Der Umbruch hat sich nicht laut und vernehmlich angekündigt, er ist vielmehr leise und schleichend in die Städte eingedrungen. Niemand hat die Nutzungsreduktion gezielt herbeigeführt, aber viele haben die Dynamik der Veränderung unterschätzt.

Stadterneuerung ist Teil der kommunalen Selbstverwaltung. Wann, wo und wie sie von den Städten und Gemeinden wahrgenommen wird, entscheiden diese selbst. Sie können Stadterneuerung punktuell verstehen und sich darauf beschränken, hier und dort einzelne stadtprägende Baumaßnahmen durchzuführen; sie können Stadterneuerung sektoral betreiben und sich etwa nur der Reduzierung des fließenden Verkehrs zuwenden oder sie können Stadterneuerung in anderer selbst gewählter Weise angehen.

Seit Beginn der 70er Jahre ist in der Bundesrepublik nur in soweit eine Einschränkung der kommunalen Dispositionsfreiheit eingetreten, als sich die Kommunen in den Fällen, in denen sie auf komplexe und schwierige Innenstadtsituationen das besondere rechtliche Instrumentarium des Baugesetzbuches – früher des Städtebauförderungsgesetzes – anwenden und dabei staatliche Förderung in Anspruch nehmen wollen, auf konkrete, abgegrenzte Gebiete konzentrieren und dort die Beseitigung der Mißstände zügig, d. h. in etwa 10 Jahren, bewältigen müssen.

Stadterneuerung nach dem Städtebauförderungsgesetz begann 1971 stadterhaltungsfeindlich. Pflege und Erhaltung standen nicht im Vordergrund der Vorstellungen des Gesetzgebers und seines wissenschaftlichen und publizistischen Umfeldes. Die Zentren der großen Städte wiesen damals keine dringlichen Probleme mehr auf. Mißstände hatten sich dort bereits aufgrund der Attraktivität der Lagen ohne finanzielle Hilfen von außen beseitigen lassen. Man wandte sich stattdessen mit der Stadtsanierung den desolaten Wohnverhältnissen in schäbigen Wohnquartieren der Großstädte zu.

* Der Text beruht auf einem Referat des Verfassers bei der Sädtertagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. am 10. 10. 1998 in Ladenburg.

Im Vordergrund stand zu Beginn kein städtebaulicher, sondern ein sozialpolitischer Ansatz. Die ständig zitierten Beispielfälle, die verschiedenen Planspiele und die zahllosen Fachaufsätze bezogen sich Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre nahezu ausschließlich auf große, aber schlechte Wohnviertel in Berlin, in Hamburg und in den Ruhrgebietsstädten. Im dritten Hinterhof einer Berliner Mietskaserne, wo sich kaum die Feuerwehrleiter drehen ließ, war es ausgeschlossen, zeitgemäße Wohn- und Lebensverhältnisse durch erhaltende Erneuerung zu schaffen. Dort konnte nur Abriss und Neubau, d. h. das Prinzip der Flächensanierung, helfen. Fatal war zu Beginn der Stadtsanierungsanstrengungen nur, daß nicht differenziert wurde zwischen Gebieten, wo allein Flächensanierung wirksam werden konnte, und daneben solchen, wo erhaltende Erneuerung in Betracht kam. Mit der Wucht einer Dampfwalze beherrschten die Flächensanierer das Feld. Das kleine Pflänzchen der »Stadterhaltung« hatte es daneben anfangs schwer.

Wer sich in den Jahren um 1970 zur Stadterneuerung kündigt machen wollte, der fand zu städtebaulichen Fragen wenig. Was er fand, waren Darstellungen zur Ausgestaltung des Sozialplans. Das leuchtete ein, wenn man sich die Mustergebiete der ersten Stadterneuerungsmatadore vor Augen hielt. In den schlechten Wohnquartieren der Großstädte mußten zunächst schonend eine große Zahl von Bewohnern umgesetzt werden, denn ohne deren Umzug war kein Gebäudeabriss möglich. Dieser Schwerpunkt hatte zur Folge, daß oft jahrelang vorbereitende Untersuchungen, Sozialplanung und Härteausgleich dominierten, während Stadtplanung und realisierter Städtebau warten mußten.

Doch auch aus den neuen Wohngebäuden auf flächensaniertem Gelände wuchsen vielfach die Probleme. Es ging dabei nicht mehr um Licht und Luft, aber die Massierung der Wohnungen zu Wohngebirgen schuf neue Reibungen. Noch beim Abschluß-Kongreß der »Europäischen Kampagne zur Stadterneuerung« des Europarats im März 1982 in Berlin wurde rückblickend beklagt, daß man da und dort unmenschliche Kolossal-Erneuerungen vorgenommen und dabei fast nur an das Gebaute, kaum aber an den Menschen gedacht habe. Daraus folgernd wurde auf dem Berliner Kongreß u. a. gefordert, den Bürger verstärkt zu beteiligen, die Entwicklung der Städte menschlichen Dimensionen anzupassen, die Erneuerung vorhandener Bauten vordringlich zu betreiben, die Verbesserung der innerstädtischen Umwelt zu fördern und dabei Anreize für private Investitionen zu schaffen. Das waren goldene und richtige Worte, die nur – wie bei übergeordneten Gremien eben häufig – sehr spät kamen.

In der Praxis hatte sich zunächst unauffällig, dann aber bald meinungsprägend neben den großvolumigen Flächensanierungen eine ganz andere Stadterneuerungskultur gebildet. Hier in Baden-Württemberg hatten wir nur ein einziges Gebiet, das man dem frühen Schwerpunkt der großräumigen Flächensanierung zurechnen konnte. Das war das Karlsruher »Dörfle«. Und auch dieses war kein echter Beispielfall, denn er

war schon Jahre vor Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes als sog. Studien- und Modellvorhaben begonnen worden.

Zu Beginn der 70er Jahre bestand in Baden-Württemberg ein sehr merkwürdiger Zustand, denn viele redeten von Stadterneuerung, aber kaum eine Kommune wurde aktiv. Die Städte und Gemeinden meldeten nur seltsam ausgewählte, kleine Gebiete zur Förderung an. Diesen Quartieren war anzumerken, daß die Kommunen die neue Aufgabe der Stadtsanierung – wenn überhaupt – nur in irgendwelchen Ecken, die zwar heruntergekommen waren, aber nur wenig störten, erproben wollten. Darüber hinaus kamen selbst von diesen dubiosen Kleinquartieren so wenige zusammen, daß die verfügbaren Fördermittel gar nicht sinnvoll eingesetzt werden konnten. Eine aus der Sicht späterer Jahre fast aberwitzige Situation.

Wo lag das Problem? Was war zu tun? Der Verfasser war damals schon für die Stadterneuerung in Baden-Württemberg verantwortlich. Zusammen mit einem Kollegen unternahm er 1972/73 viele Wochen lang Rundfahrten zu den Städten und Gemeinden, die ein Gebiet zur Förderung angemeldet hatten, und auch zu solchen, bei denen Mißstände zu vermuten waren. Bei diesen Besuchen stellte sich sehr rasch heraus, weshalb die Stadterneuerung nicht anlaufen wollte. Die Bürgermeister der Mittel- und Kleinstädte erklärten nahezu einhellig: Bei uns gibt es keine großen Quartiere, die flächensaniert werden müßten, dafür ist die vorhandene Bebauung zu gut und zu wichtig. Auch mit großen Sozialplanüberlegungen können wir wenig anfangen. Unsere Zentren veröden, die dort verbliebenen Bewohner kennen wir alle persönlich. Die Umsetzung mehrerer 100 Leute kommt bei uns nicht vor. Unsere Verhältnisse sind kleinteiliger. Die riesigen Sanierungsgebiete norddeutscher Großstädte liegen in einer anderen Welt.

Es forderte lange Überzeugungsarbeit, bis die Kommunalpolitiker akzeptierten, daß das Gesetz und das Land keine bestimmte Vorgehensweise forderten, daß vielmehr die Auswahl der Gebiete und die Art und Weise des Vorgehens kommunale Selbstverwaltungsaufgabe sei. Das Eis schmolz langsam. Als es dann aber geschwunden war, nahm die Stadterneuerungsbereitschaft der Kommunen lawinenartig zu. Zeitlich eingeordnet war dies etwa ab dem Jahr 1975 der Fall. Die mit Ernst betriebenen Sanierungsmaßnahmen – die Probemaßnahmen in den Versuchsecken wurden meist beendet – waren nahezu alle kombinierte Maßnahmen mit hohen Anteilen erhaltender Erneuerung, daneben allerdings auch mit Elementen der Flächensanierung, wo eben abgängige Bausubstanz einzubeziehen war.

Es ist das maßgebliche Verdienst der Kommunalpolitiker, daß die Städte und Gemeinden in ihrer Maßstäblichkeit und Gestalt sowie das Architekturerbe in seiner Substanz im wesentlichen erhalten blieben und ergänzt wurden. Die Denkmalpfleger haben die notwendigen Entscheidungen zwar unterstützt, sie waren aber in den ersten Jahren gezielter Stadterneuerung noch nicht sonderlich präsent. Erst als sich die Probleme zu »Abriss oder Pflege« zusammenballten, lenkte die Denkmalpflege ihr Inter-

esse auch auf die unscheinbaren Zeitzeugen der Baugeschichte in den Stadterneuerungsgebieten.

Im Mittelpunkt standen über lange Jahre die Stadt- und Ortskerne. Vorrangiges Ziel war die Aufwertung der meist verödungsgefährdeten Kernlagen. Daneben standen als weitere Ziele: Die Verbesserung der Wohnverhältnisse, die Verlagerung störender Betriebe, die Beschäftigung des Baugewerbes, die Ausweitung der Einkaufsmöglichkeiten und vieles andere. Diese weiteren Gründe waren aber nur dienende Ziele im Verhältnis zu dem alles überragenden Wunsch, eine attraktive, lebenswerte, urbane, von den Bürgern geschätzte Mitte zu schaffen.

Stadterneuerung ist insoweit ein Phänomen, als sie höchst selten zu kommunalpolitischen Auseinandersetzungen führt. Keine andere kommunale Großaufgabe wird politisch so einmütig bewältigt, wie die der Stadterneuerung. Gleichzeitig ist dies vermutlich der Grund dafür, daß es der Stadterneuerung nie gelungen ist, politisch Schlagzeilen zu machen. Eine Aufgabe, die zwar unter großen Anstrengungen, aber in Harmonie wahrgenommen wird, bietet nur wenige Ansatzpunkte zur Profilierung auf Landes- und Bundesebene.

An Investitionsbereitschaft hat es in den Sanierungsgebieten der letzten 20 Jahren kaum einmal gemangelt. Auch die Zuzugsbereitschaft war bei attraktiven Innenstadtwohnungen und Büroräumen gegeben. Wenn die Rahmenbedingungen stimmten, war die Innenstadt gern gewählte Alternative zu anderen Wohnstandorten und gewerblichen Niederlassungsplätzen. Was die Dichte der Ansiedlung in den Innenstädten anlangte, so konnte sich auch die Stadterneuerung nicht dem allgemeinen Auflockerungstrend entziehen. 38 qm Wohnfläche je Person, die wir heute im Durchschnitt haben, wirkten sich auch in den Sanierungsgebieten aus. Das fiel allerdings nicht sonderlich auf, denn jede Wohnung fand ihre Nutzung, und ausgehend von der zuvor bestehenden Verödung war auch eine kleine Zunahme ein Zuwachs.

Die Verbindung zwischen Stadterneuerung und Denkmalpflege wurde mit der Zeit enger. War man sich anfangs unsicher, wie weit man aufeinander zugehen konnte und mußte, so erkannten die Eigentümer und Investoren wenigstens zum großen Teil sehr bald, daß eine Stadt wesentlich von ihrem Architekturerbe geprägt wird und davon zehrt. Das Verständnis für die Notwendigkeit eines pfleglichen Umgangs mit diesem Erbe gewann deshalb rasch an Boden. Umgekehrt akzeptierten die Denkmalpfleger, daß ein Baudenkmal dauerhaft in der Regel nur gesichert werden kann, wenn es auch genutzt wird, wobei die Nutzung ihren Tribut fordert. Probleme im Einzelfall blieben. Die Denkmalpfleger sprachen mit Sorge immer wieder von »übernutzten« Baudenkmalen oder von einer »Zerstörung ohne Abbruch«, wenn etwa ein Aufzug in ein mittelalterliches Spital eingebaut wurde. Konflikte lassen sich nicht schönreden, sie müssen ausgetragen und im Einzelfall durch einen Kompromiß gelöst werden. Dieser Weg wurde zunehmend beschritten.

Ab Mitte der 70er Jahre eroberte sich die Stadterneuerung neue Gebietstypen. Sie drang über die Stadt- und Ortskerne hinaus und erreichte auch Mischgebiete und ältere Wohngebiete. Es ging dort um die Verbesserung der Lebensverhältnisse für die vorhandene Wohnbevölkerung, aber auch um das Anwerben zusätzlicher Bevölkerungsgruppen. Die großen Städte, die in den Kernlagen keine Sanierung begonnen hatten, wandten sich von vornherein diesen Gebieten zu. Als der Schritt aus den Zentren heraus getan war, zeigten sich Probleme: Das rechtliche Gerüst des Städtebauförderungsgesetzes wollte nicht mehr passen. Der Gesetzgeber war der Überzeugung gewesen, daß man Stadtsanierung nur in hochbelasteten Gebieten mit zahlreichen Bewohnern betreiben würde, und solche Quartiere lösten nach seinen Vorstellungen hohen personellen und finanziellen Einsatz auf relativ kleiner Fläche aus. Dementsprechend war das Gesetz gefaßt. Sanierung in briefmarkengroßen Gebieten nannte man das damals abschätzig.

In den Wohn- und Mischgebieten war diese Sanierung hoher Intensität nicht der richtige Weg. Dort genügte oft Wohnumfeldverbesserung und Ergänzungen der Infrastruktur. In die Wohn- und Betriebsgebäude selbst mußte nicht unbedingt »hineingewirkt« werden. Entweder waren sie ohnehin in ordentlichem Zustand, oder der Anstoß durch die Wohnumfeldverbesserung reichte aus, um bei den Hausbesitzern Eigeninitiative auszulösen. Ein zweiter Grund, Sanierungsmaßnahmen mittlerer Intensität anzustreben, war die Erkenntnis, daß sich die Stadterneuerungsprobleme in ihrer Großflächigkeit niemals bewältigen ließen, wenn man nicht die pingelige Genauigkeit in den Kleingebieten der Anfangsjahre überwand.

Das Städtebauförderungsprogramm wurde erst Mitte der 80er Jahre geändert, solange dauerte es, bis ein vereinfachtes Verfahren in das Gesetz eingefügt wurde. Hier in Baden-Württemberg wollten wir diese Zeit nicht abwarten. Schon 1976 kreierten wir deshalb mit Landesmitteln ein eigenes Programm für die großen Städte, das wir 1981 zu einem allgemeinen Wohnumfeldprogramm ausweiteten. Das Städtebauförderungsgesetz mit seinen zu engen Rechtsvorgaben umgingen wir, indem wir in den Förderrichtlinien das Gesetz schlicht für unanwendbar erklärten.

Im Zusammenwirken zwischen Land und Kommunen setzten sich im Laufe der Zeit auch einige Prinzipien durch, die die Realisierung von Stadterneuerungsmaßnahmen erleichterten und beschleunigten. So begriffen die Kommunen rasch, daß man Stadterneuerung am besten nicht in der schwierigsten Ecke einer Altstadt beginnt, da es dort zu lange dauert, bis sich baulich etwas ändern läßt; inzwischen kann das Wohlwollen der öffentlichen Meinung, das man für jede Sanierungsmaßnahme braucht, geschwunden sein. Die erste Realisierungsmaßnahme war deshalb sinnvollerweise eine solche mit höchstens mittlerer Schwierigkeit. Häufig boten sich dafür Verbesserungen im öffentlichen Raum an.

Auch schworen die Gemeinden bald dem Prinzip deutscher Gründlichkeit ab, indem sie nicht mehr alle Einzelprobleme zunächst in der Theorie lösten, bevor sie die

ersten Maßnahmen praktisch umsetzen. Stadterneuerung lebt vom Beispiel und vom Vorbild. Die erste, gelungene Instandsetzung eines Baudenkmals auf kommunale Veranlassung bewirkte mehr als 20 ausführliche Beratungsgespräche.

Stadterneuerung ist für die Kommunen, für die vor Ort Betroffenen und für die hinzukommenden Investoren eine anstrengende und langwierige Aufgabe, die Ausdauer und Kompromißfähigkeit fordert. Die arbeitsintensiven und schwierigen Schritte der Vorbereitung und Durchführung müssen in jedem einzelnen Erneuerungsverfahren durchgehalten werden; gelingt dies nicht, bleibt die Erneuerung ein Torso. Rückblickend auf die letzten 25 Jahre ist es erstaunlich, wie wenige Maßnahmen abgebrochen wurden. In Baden-Württemberg mit seinen rd. 1650 Stadterneuerungsgebieten liegen die abgebrochenen Maßnahmen nur im Promillebereich. Im Ganzen gesehen rundet sich die Stadterneuerung zur Erfolgsstory. In zweieinhalb Jahrzehnten ist es gelungen, attraktive Stadtkerne und Stadtteilzentren zu gestalten, das Architekturerbe zu bewahren, den Bürgern eine Mitte zu bieten, mit der sie sich identifizieren können, Wohnraum und Arbeitsplätze in nicht geringer Zahl neu zu schaffen und dem Baugewerbe über lange Jahre gesicherte Beschäftigung zu bieten. Viele Städte und Gemeinden der Bundesrepublik erreichten in ihren Kernen eine lebendige, tragfähige Mitte und zugleich einen städtebaulichen Standard, den sie in ihrer Geschichte zuvor nie erlangt hatten.

Gegen Ende der 80er Jahre kam ein neuer Schwerpunkt hinzu: Die arbeitsplatzorientierte Sanierung von Gewerbegebieten und insbesondere von Gewerbebrachen. Es ist ein Streit um Worte, ob man diese Aufgabe als Stadterneuerung oder als Stadtumbau bezeichnen will. Auch brachgefallene Gelände und kümmernde gewerbliche Nutzungen stellen städtebauliche Mißstände dar, denen man nach allgemeinem Verständnis mit städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen zu Leibe rücken kann. Gestaltungsfragen spielen zwar bei diesen Sanierungsvorhaben nur eine bescheidene Rolle, es bleibt aber die Aufgabe, Strukturverbesserungen zu erreichen: Verbesserungen für die Stadt, für die Arbeitsplatzsituation und für die Entwicklungschancen der Betriebe.

Zusammen mit dieser Ausweitung auf die Brachen ergeben sich für die Gegenwart zwei Schwerpunkte der Stadterneuerung: Einmal die herkömmlichen, innerstädtischen Aufgaben, die vor allem in den neuen, aber auch in den alten Bundesländern lange noch nicht abgearbeitet sind. Und daneben die Brachen, die in fast erdrückendem Ausmaß den Städten und neuen Investoren angedient werden. Es sind Brachen der Bahn, der Post, des Militärs, aber auch des Gewerbes und der Industrie. Sie sind zum Teil so groß, daß wesentliche Teile einer Stadt dort neu untergebracht werden können. Und das schafft Kopfzerbrechen, denn es geht dort nicht nur um das herkömmliche »Wie« einer Neugestaltung, sondern es geht dort zunächst und vor allem um die elementare Frage, »was« auf diesen Flächen geschehen kann. Und diese zu beantworten, ist heute oft sehr schwierig.

Das Überangebot an Brachflächen kommt zur Randwanderung der Nutzungen hinzu. Beide Entwicklungen gefährden die Innenstädte. In den 60er Jahren war es die Unwirtlichkeit der Innenstädte, die eine außerordentlich große und erfolgreiche Welle der Erneuerung und Rückbesinnung auf die Zentren auslöste. Heute sind die Innenstädte durchaus »wirtlich« und dennoch stehen wir vor dem Problem der schwindenden Nutzungen.

Wenn es alle diejenigen, die den Innenstädten und der Stadterneuerung verbunden sind, auch wenig erfreut, so müssen sie doch zur Kenntnis nehmen, daß die Mitte der Stadt ihre zentrale Stellung schon geraume Zeit zu verlieren droht. Von einer umfassenden Zentralität haben sich die meisten Innenstädte bereits verabschieden müssen. Auch die Stadterneuerung bewirkte keine Trendwende; sie vermochte aber durch attraktive Angebote in den Innenstädten einen Teil der Nutzungen zu halten und neue anzuziehen. Bisher fiel die Auslagerung von Nutzungen in nicht integrierte, neue Standorte nicht sonderlich auf, weil für die Innenstädte noch genügend übrig blieb. Gegenwärtig und in absehbarer Zukunft geht es aber kaum noch um die Befriedigung bisher nicht abgedeckter Nutzungswünsche, sondern vorrangig um die Umverteilung von räumlich an anderer Stelle bereits verankerten Nutzungen. Die Ansiedlung einer Nutzung an neuem Ort zieht Nutzungen am alten Ort – und das sind sehr häufig die sanierungsrelevanten Quartiere – ab. Daß es kaum noch um die Ansiedlung ungedeckten Mehrbedarfs, sondern vornehmlich um die Neuverteilung der bereits etablierten Potentiale geht, hat seine Ursache vor allem in den stagnierenden Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte.

Und ein zweiter nachteiliger Umstand kommt hinzu: Verödung und Ausdünnung sind immer schon weniger die Folge schwindender Nutzungen als vielmehr die Konsequenz ausbleibender Nachfolgenutzungen. Wechsel und Austausch bilden das Normale. Probleme tauchen auf, wenn neue Nutzungen ausbleiben. Die ohnehin bescheiden dimensionierten neuen Nutzungen suchen heute vielfach ihren Weg direkt in das Umland, zum Nachteil der Innenstädte. Dies ist ein relativ neues, heute aber durchaus zu gewichtiges Faktum.

Die zentrifugale Kraft der Randwanderung betrifft Betriebe, sie betrifft das Wohnen, vor allem aber betrifft sie den Einzelhandel und die Dienstleistung. Die wachsende Mobilität der Kunden und die Verlagerung ihrer Wohnstandorte nach außen veranlaßte großflächige Einzelhandelsunternehmen, ihnen bis an die Stadtperipherie zu folgen. Auf Seiten der Baurechtsbehörden bestimmen dazu sog. Einzelhandelserslasse schon seit langen Jahren die Diskussion. Regelungen zur Steuerung und Größe der Einkaufszentren sowie zu sog. innenstadtrelevanten und nicht innenstadtschädlichen Warengruppen wurden dabei versucht. Erfolge zum Schutz der Innenstadt hatten sie nur begrenzt.

Die Einzelhandelsflächen an nicht integrierten Standorten wachsen weiter und von selbst dürfte diese Entwicklung so schnell nicht enden. Die Projektleiter neuer Märkte

sind findig. Sie mehren die Verkaufsflächen, erweitern das Sortiment und verknüpfen die Geschäftszweige zu rentablen Nachbarschaften. Im »Vorkassenbereich« großer Einkaufszentren, neudeutsch »Mall« genannt, werden ergänzend Waren und Dienstleistungen angeboten, die früher typisch für die Nutzungsvielfalt rund um den zentralen Marktplatz waren: Reinigung, Bank, Bäcker, Schuhmacher, Friseur und Gaststätte bieten sich jetzt ergänzend vor dem Supermarkt an. Die Entwickler neuer Einkaufszentren haben beim Kunden den Wunsch entdeckt, in einer Atmosphäre der Verfügbarkeit aller Bedarfsgegenstände einzukaufen. Ein Wunsch, der sich früher nur in der Stadtmitte realisieren ließ, wurde eilends in den Pseudo-Marktplatz der Vorkassenzone transformiert. Ein weiterer Qualitätssprung ist mit der Ansiedlung anspruchsvoller Dienstleistung getan. Es gibt bereits Einkaufszentren auf grüner Wiese, die im Obergeschoß Steuerberater und Arzt beherbergen.

Neben dem Einzelhandel wandern gelegentlich Freizeiteinrichtungen innenstadtschädlich an verkehrsgünstige Standorte in der Agglomeration ab. Großkinos, Freizeitparks, Musical-Centers erobern die Peripherie, während traditionsreiche Theater in den Innenstädten schließen.

Hinzukommt, daß viele Innenstädte und gerade auch Sanierungsgebiete Opfer ihrer eigenen Attraktivität werden können. Die dort zu verzeichnende, hohe Besucherfrequenz und die mit ihr verbundene Umsatzerwartung haben die Bodenpreise und Mieten mancherorts bis über die Grenze der Zahlungsfähigkeit mittelständischer Betriebe hinaus in die Höhe getrieben. Filialisten und Fastfoodketten, die in der Regel bereit sind, auf steigende Mietforderungen einzugehen, haben sie ersetzt. Eine Banalisierung des Angebots, das aus heutiger Sicht nur die Vorstufe einer neuen Verödung sein kann, setzt ein.

Zur Randwanderung der Nutzungen kommt als zusätzliches Problem die schon erwähnte Verfügbarkeit großer Brachen hinzu. Diese können durchaus integriert gelegen sein – z. B. das Gelände von Stuttgart 21 –, die Ansiedlung von Nutzungen auf diesen Brachen saugt aber die sanierten Innenstädte gleichermaßen leer wie die Einkaufs- und Erlebniszentren auf grüner Wiese.

Innenstädte und Sanierungsgebiete wären nicht einseitig auf den Verbleib des Einzelhandels und der Dienstleistung angewiesen, wenn es eine sinnvolle substituierende Nutzung gäbe. Eine solche ist aber kaum erkennbar. Für das Wohnen sind dort die Grundstückspreise und Mieten zu hoch. Gewerbebetriebe und Dienstleistungen suchen die Mitte nur noch sehr begrenzt und nur bei guter Erreichbarkeit auf. Für Freizeiteinrichtungen gilt Ähnliches. Es bleibt danach nur, festzustellen, daß es um die Innenstädte und viele Sanierungsgebiete prekär bestellt ist, wenn es nicht gelingt, ihnen herkömmliche Nutzungen zu sichern.

Innenstadt ist allerdings zum Glück nicht gleich Innenstadt und Sanierungsgebiet nicht gleich Sanierungsgebiet. Es gibt zahlreiche Städte, die erfolgreich und konsequent Innenstadtpolitik betreiben, ihre Ränder abschirmen und auch heute noch

wichtige Nutzungen neu nach innen lenken. Dabei gibt es seit Jahren eine wachsende Zahl von Sanierungsmaßnahmen, bei denen Einzelhandel und Dienstleistung nicht im Vordergrund stehen. Wohnen, Arbeiten, Kultur, Freizeit gestalten in einem Stadtquartier der kurzen Wege dort die Schwerpunkte; diese Vorhaben laufen nach wie vor erfreulich gut.

Für die Mehrzahl der Innenstädte bleibt aber der Nutzungsschwund eine drängende Frage. Wohin entwickelt sich in solcher Situation das Städtische? Städtische Öffentlichkeit, Attraktivität und Urbanität begründet entscheidend die offene Begegnung der einzelnen städtischen Kraftfelder (Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, kulturelles Angebot, Freizeit verbringen u. a.). Deshalb trifft der mit der Ausdünnung verbundene Verlust die Innenstädte substantiell. Er ändert das städtische Leben und erreicht mit Zeitverzögerung auch die Pflege der Gebäude, der Straßen und der Plätze. Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen? Bei einer Tagung von Regional- und Stadtplanern aus ganz Deutschland sagte Mitte September 1998 ein Teilnehmer: »Alles ist passiert aus Schlamperei«. Er fand große Zustimmung. Jedenfalls sind Kräfte mit großem Durchsetzungsvermögen am Werk.

Man könnte manchmal meinen, das Problem der neuen Verödung käme mit der gleichen Unabänderlichkeit über die deutschen Innenstädte wie ein Hurrikan über die Inseln der Karibik. Doch dem ist nicht so. Unter Fachleuten der Regionalplanung und der Bauleitplanung bestehen keine Zweifel, daß die rechtlichen Instrumente ausreichen, um den zentrifugalen Kräften zu begegnen. Jede Stadt hat die Befugnis, alte Bauungspläne zu ändern und auf die neueste Fassung der Baunutzungsverordnung umzustellen, die die Ansiedlung großer Einkaufszentren außerhalb eigens festgelegter Kerngebiete oder Sondergebieten entsprechender Zweckbestimmung nicht mehr zuläßt. Daneben ist jede Stadt nur dann zur Bauleitplanung verpflichtet, wenn dies erforderlich ist (§ 1 Abs. 3 BauGB). Ist ein legitimer Bedarf zu befriedigen, wenn eine in der Stadt längst abgedeckte Nutzung nur in anderer, großräumiger Weise neue Ansiedlung sucht? Doch Instrumente wirken nicht, es sei denn, man wendet sie an! Und daran fehlt es gelegentlich. Wobei das Hauptproblem im Konkurrenzdenken der Kommunen und ihrer nicht ausreichend abgestimmten Entwicklung liegen dürfte.

Hinzu kommt, daß Kommunalpolitiker, die heute im Amt sind, die Stadterneuerung der letzten knapp 30 Jahre ganz überwiegend nicht mehr selbst gestaltet haben. Sie kennen die Anstrengung und die Mühe, aber auch den Stolz über das in den Stadtzentren Erreichte nur vom Hörensagen. Sie erheben keine Einwendungen gegen die Taten ihrer Vorgänger, aber zu einer Verteidigung reicht es kaum einmal.

Arbeitsplatzdenken und interkommunale Konkurrenz stehen heute im Vordergrund. Die Regionalplanung zieht war ein Stück weit Grenzen, sie kann und will aber nicht so weit gehen, daß sie sich gezielt und einseitig stadterneuerungsfreundlich auswirkt. Außerdem finden geschickte Projektentwickler im Zusammenwirken mit geneigten Bürgermeistern manche Lücke. – Das Arbeitsplatzargument ist meist unzu-

treffend, denn im kleinteiligen Einzelhandel der Innenstadt gehen wesentlich mehr Arbeitsplätze verloren, als im Einkaufszentrum am Stadtrand hinzukommen.

In Nordrhein-Westfalen hat man sich entschlossen, den Städten, die ihren eigenen Innenstädten durch Nutzungen am Stadtrand gefährliche Konkurrenz bereiten, den Entzug ausbezahlter Städtebauförderungsmittel anzudrohen. Ein interessantes Signal, wenn es auch Zweifel an seiner Realisierbarkeit gibt. Was auf grüner Wiese und auf Großbrachen neu entsteht, sind keine Schwarzbauten. Bauleitplanung und Baugenehmigung liegen jeweils zugrunde. Es wirkt sehr befremdend, wenn eine Stadt, die einen großen zweistelligen Millionenbetrag an Städtebauförderungsmitteln verbaut hat, an einer Autobahneinfahrt ein großes Einkaufszentrum und in dessen Obergeschoß mehrere Arztpraxen zuläßt. Die nordrhein-westfälische Reaktion ist deshalb verständlich.

Es kann sein, daß die gewaltigen Einkaufszentren, die am Ortsrand und auf Branchen entstanden und noch entstehen, ein Spuk von kurzer Dauer sind, weil Teleshopping ihnen bald das Wasser abgräbt. Es mag außerdem sein, daß es nur wenige Freizeitzentren in den Agglomerationen geben wird, weil die Banken wegen deren kurzer Lebensdauer nur selten zur Finanzierung bereit sind. Sehr viel sinnvoller als das bescheidene Hoffen auf bessere Zeiten ist aber eine Neuordnung der kommunalen Innenstadtpolitik. Meist vermissen Investoren, Betriebe und Bewohner, wenn sie Innenstädte meiden, dort Vitalität, Flexibilität und Erreichbarkeit. Ein strenges und teures Parkierungssystem spielt dabei eine große Rolle. Ältere Menschen wünschen sich zudem mehr Sicherheit in den Städten. Und nur selten wird der Versuch unternommen, Immobilienbesitzern zu verdeutlichen, daß sie langfristig den Wert ihres Eigentums schmälern, wenn sie horrenden Mieten verlangen, die allenfalls noch Filialisten für einige Zeit bezahlen.

Die Sanierungsergebnisse der letzten Jahrzehnte sind – noch – nicht gefährdet. Eine große Zahl von Stadterneuerungsgebieten wird voll genutzt und ihre Gebäude sowie der umgebende öffentliche und private Raum werden gepflegt. Hinzu kommen gerade in jüngster Zeit zahlreiche Um- und Ausbaumaßnahmen in zuvor meist gewerblich genutzten Baudenkmalen. Die Innenstädte und ihre markanten Bauten haben noch Freunde. Daneben ist die Nachfrage der Städte und Gemeinden nach weiteren Städtebauförderungsmitteln ungebrochen. In Baden-Württemberg können nur $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{4}$ der Antragsvolumina berücksichtigt werden.

Es gibt aber daneben sanierte Gebiete, bei denen die Nutzung bröckelt. Und es gibt außerdem Innenstadtbereiche, die nicht erneuert werden, weil ihre spätere Verwendung nicht prognostizierbar ist. Eine rechtzeitige Besinnung auf diese für Stadtgestalt und städtisches Leben meist wichtigen Quartiere könnte wesentlich größere Schäden in der Zukunft vermeiden.

Gotthard Voss

Altstadtsanierung in den neuen Bundesländern

*Materielle Bestandsnot und Altstadtverständnis 1989/1990**

Noch vor zehn Jahren hatte eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft »Die alte Stadt« hier in diesem Land, das Deutsche Demokratische Republik hieß, keinen Platz in unserem Vorstellungsvermögen. Heute ist eine solche Zusammenkunft Realität. Diese in so kurzer Zeit vollzogenen unvorstellbaren Veränderungen sind es wert, sie stets voller Dankbarkeit zu nennen, auch um uns immer besser verstehen zu lernen mit dem gegenseitigen Erzählen selbst erlebter geschichtlicher Vorgänge. Heute begegnen wir uns ungehindert in diesem Land, das wieder den Namen Sachsen-Anhalt trägt, in diesem wunderbaren Landstrich zwischen Saale und Unstrut und in dieser Stadt, im Schutze der großartigen Burg. Beide, die Burg und die Stadt, haben wieder eine Chance. Es macht mich froh und als Denkmalpfleger auch stolz, daß Sie alle, die Sie sich hierher auf den Weg gemacht haben, einer Stadt begegnen, die den Neuanfang genutzt hat und sich heute in einer Gestalt zeigt, die unseren früheren Hoffnungen entsprach, einer Hoffnung, die wir bei aller Aussichtslosigkeit nie aufgegeben hatten und die unser Handeln prägte und bis heute bestimmt.

Freyburg ist eine Stadt, die Zeugnis ablegt für den Neuanfang, für ein tatkräftiges Zupacken. Freyburg verbreitet Zuversicht mit ihrer Altstadt am Fluß. Sie steht mit den Geschichten erzählenden Narben zu ihrem Alter. Freyburg, die das in Jahrhunderten Gewachsene nicht unter einer alles übertünchenden Saubermachhülle verbirgt, Freyburg mit ihren das Unstruttal prägenden Weinbergen und mit der Neuenburg, der Krone dieser Stadt, hoch oben auf dem Berg. Freyburg ist ein guter Ort, um darüber zu berichten, was während der zurückliegenden Jahre in den Altstädten von Sachsen-Anhalt geschehen ist.

Mir wurde die Aufgabe übertragen, als Denkmalpfleger etwas über die Ausgangslage 1989/90, bezogen auf die Altstädte, zu berichten. Ich stelle mich, wenn ich auch weiß, wie sehr man der Schönfärberei oder auch der Schwarzmalerei beim Blick von heute auf das Ende der DDR und den Neuanfang bezichtigt werden kann. Der Vorwurf der Undankbarkeit, der Ostalgie oder auch die Zuordnung zu irgend einer politischen Gruppierung ist schnell gemacht. Es wird immer vom räumlichen Standort des Betrachters und dem ganz persönlichen Standpunkt eines jeden abhängen, wie der Bericht über geschichtliche Begebenheiten ausfällt. Ich stehe seit 1965 mitten drin in der Denkmalpflege hier in diesem Land, das mir Heimat ist.

* Der Text beruht auf einem Vortrag des Verfassers bei der Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. am 7. Mai 1998 in Freyburg.

Im Herbst 1989 war eine Baupolitik, die den Altstädten schweren Schaden zugefügt hatte, zusammen mit einem unüberwindbar scheinenden Gesellschaftssystem an ihr Ende gekommen. Ein Experiment war gescheitert und damit der Weg frei für einen Neubeginn. Für uns, die wir hier gelebt haben, kam der Wechsel in rasantem Tempo und traf uns in allen Lebensbereichen total unvorbereitet. Wir wußten, was wir hinter uns hatten, und daß wir auf keinen Fall ein Zurück wollten. Die Zukunft aber lag ungewiß vor uns. In unserer Vorstellung war sie überladen mit Hoffnungen und Erwartungen. Wir glaubten, endlich mit unserem eigenen Erfahrungspotential handeln, für die Baudenkmale, für die Altstädte vieles nachholen zu können. Waren es Illusionen? In den ersten Monaten ganz sicher nicht, denn wir spürten die gute Ausgangslage. Wir hatten einen großen Sieg errungen. Ein System, das hoch bewaffnet war, dessen Sicherheitsapparat perfekt funktionierte, wurde ohne Widerstand hinweggeblasen. Dieser einmalige Erfolg machte uns zunächst selbstbewußt. Wir, die wir mit Erfolg trotz großer Probleme viele Baudenkmale gerettet hatten, glaubten wirklich, den Weg guter denkmalpflegerischer Arbeit nun ungehindert gehen und mit den erhofften finanziellen Zuwendungen den noch erhaltenen Bestand unserer Altstädte retten zu können. Für diesen Weg gab es aber weder Konzepte, noch ahnten wir etwas von den verschiedenen Abhängigkeiten und von den neuen Gegebenheiten, die uns den Weg sehr steinig machen würden. In den ersten Monaten konnten wir uns an der neuen Situation so recht freuen. Die Tore standen offen, und wir waren mit unserem Optimismus noch weitgehend unter uns. Es herrschte eine echte Aufbruchstimmung. So war für uns die Ausgangslage sehr hoffnungsvoll, denn der Wille zur Tat war an vielen Orten groß und das Interesse an dem Fortbestand der Altstädte breit gestreut. Der bis dahin sich zusehends verschlechternde Zustand unseres gebauten Lebensraumes und die Tatenlosigkeit der Regierenden hatten die Menschen ermutigt und gedrängt, demonstrierend auf die Straße zu gehen. Lichterketten um viele gefährdete Stadtviertel waren der beste Ausdruck für ein ernst zu nehmendes Altstadtverständnis. Viele Menschen waren bereit, sich zu engagieren, auch ganz konkret für die Häuser, in denen sie all die Jahre gewohnt und sich häufig für die Erhaltung sehr aktiv eingesetzt hatten. Sie mußten aber bald erfahren, wie ihr in die Zukunft reichendes Engagement von vielen Faktoren abhängig wurde, bei denen sie zumeist schlechte Karten hatten.

Aus der Sicht von heute sehe ich für die neue Ausrichtung der Entwicklung den Zeitpunkt, als der Drang nach Freiheit in einem materiellen Interesse für jeden real werden konnte und die Möglichkeit einer Teilhabe am Wohlstand des bisher anderen Deutschland in greifbare Nähe gerückt war. Die vom Volk geforderte und von den beiden Regierungen verhandelte und erreichte Vereinigung trug den Namen Beitritt mit allen Konsequenzen. Die Sieger erlebten sich vielfach als die Besiegten. Ein in jeder Beziehung wehrloses Land wurde überrollt. Da konnten die einen nicht schnell genug ihre Märkte hier etablieren und die anderen ihr Verlangen nach dem bisher

Vermißten befriedigen. Für den aufmerksamen Begleiter war es erschreckend, wie schnell eigene Identität und Selbstbewußtsein aufgegeben, aber auch in welchem Ausmaß der hier ins Land drängenden Wirtschaft freie Bahn gelassen wurde. Der alleinige Maßstab war das im westlichen Deutschland Bestehende, ohne daß die Chance Raum bekommen hätte, Erscheinungen zu hinterfragen oder die Möglichkeit zugelassen worden wäre, auch Brauchbares des Ostens vor der Totalaufgabe zu bewahren. Da konnte es nicht ausbleiben, als Beweis für die Qualität des Bestehenden hier Vorhandenes zu erniedrigen. Die historische Bausubstanz war dafür besonders geeignet. Ihre zum Teil wirklich erschreckenden Zustände wurden zu einem sehr medienwirksamen Thema, das seine Wirkung nicht verfehlte. Wir Denkmalpfleger sahen selber die bedrohliche Situation mit anderen Augen, hatten doch auch wir uns an bestimmte Gegebenheiten gewöhnt. Unser Blick schärfte sich aber, als wir endlich das Reisen nutzen und den Ergebnissen der Erhaltungsbemühungen in den westlichen Ländern begegnen konnten. Wir stellten viele Fragen nach dem Verbleib originaler Substanz, nach den Instandsetzungsmethoden und erhielten bereitwillig Antwort. Sie endeten häufig in der Aufforderung »Macht nicht die gleichen Fehler, die wir gemacht haben.« Mit diesem gut gemeinten Rat kamen wir zurück und freuten uns der Vielfalt des überall noch originär Erhaltenen. Wir sahen uns in unserem Ziel bestärkt, möglichst viel von der originalen Substanz, dazu von den städtebaulichen Situationen in vielen Altstädten und Dörfern zu erhalten. Unsere Einblicke in die Zusammenhänge der Verhältnisse, denen wir beigetreten waren, reichten aber noch nicht aus, um zu begreifen, daß das neue System das Bauwesen und damit auch die Denkmalpflege verändern sollten. Das Verhindern schon gemachter Fehler lag am wenigsten in unserer Hand. Der einseitige Transfer brachte sie einfach mit.

Für die Zeit nach dem ersten Aufbruch ein Altstadtverständnis zu verallgemeinern, fällt mir schwer. Es war ganz sicher ausgeprägt, konnte sich aber noch nicht genügend öffentlich, z. B. in Vereinen, artikulieren. Wo ich dieses Altstadtverständnis mit Freuden feststellen und erleben konnte, war in den Städtepartnerschaften, die sich in dieser Zeit wirklich bewährten und auch in einigen Stiftungen, die hier sehr schnell wirksam wurden. Bei diesen war keine Siegerpose zu spüren. Es ging um echte Beratung unter gleichberechtigten Partnern. Nicht der Profit stand im Vordergrund, sondern die ehrlich gemeinte Hilfe vor dem Hintergrund der eigenen Verlust Erfahrungen. Die Empfehlung zur Behutsamkeit konnten wir immer wieder vernehmen. Die Propheten wurden aber nicht gerne gehört, wie es überhaupt eine schlechte Zeit für Mahner gewesen ist. Es sollte alles ganz schnell gehen, damit man die »blühenden Landschaften« bald durchwandern könnte. Sehr viel Geld wurde bereitgestellt, doch fehlte es zumeist an den Voraussetzungen, es koordiniert, sinnvoll und auch sparsam auszugeben. Um die Städte entstanden Einkaufs- und Gewerbegürtel und zerstörten dort Landschaften, die zuvor vielerorts alljährlich geblüht hatten. Beinahe jeder Stadtein- gang wird nun auch im Osten von unkoordiniert nebeneinandergestellten Auto- und

Möbelhäusern, Baumärkten, Gartencentern und Einkaufstempeln geprägt. Die Märkte draußen wurden für so manchen Altstadt kern zu einem chancenlosen Zuspät. Waren hier Berater gekommen mit einem Altstadtverständnis? Wohl nicht! Hier nutzten vielmehr Leute die Gunst der Stunde, die allein auf den Konsum und damit die eigene Produktion zur Profitsteigerung ausgerichtet war. In dieser Situation hätten wir uns mehr Schutzmaßnahmen von der Politik gewünscht.

Daß von den Landesregierungen und den Landesparlamenten in den östlichen Ländern die Gefahren für den wertvollen historischen Bau- und stadtkünstlerischen Bestand erkannt wurden, war ein wirklich sichtbarer und hilfreicher Beitrag zum Altstadtverständnis. In Sachsen-Anhalt wurde schon im Herbst 1991 ein Denkmalschutzgesetz verabschiedet, das sich seit dieser Zeit zugunsten der Altstädte sehr bewährt hat. Dieses Gesetz trug dazu bei, in vielen Städten und Dörfern neben einer Fülle von Kulturdenkmälern ganze Stadtensembles so zu erhalten, daß sie auch wiederzuerkennen sind. Heute gerät die Altbausubstanz und damit auch das Denkmalschutzgesetz allerdings erheblich unter Druck. Das Zurückbleiben der Altstädte hinter der »Grünen Wiese« und die Entvölkerung vieler Altstädte zwingt zu schnellem Handeln, doch sollte dabei der Erhaltung der historischen Substanz auch weiterhin ein hoher Stellenwert beigemessen werden. Kurzfristige Eingriffe in wirklich hilfreiche Regelungen könnten zu unwiederbringlichen Verlusten führen. Die Denkmale dieses Landes sind ein einmaliger Schatz. Inzwischen wissen wir um den Anteil dieses Schatzes an der wirtschaftlichen Entwicklung.

Für die Altstädte wurden auch andere Erscheinungen zu einem großen Problem. Das Eigentum an Grund und Boden mit seinen Möglichkeiten aber auch Verpflichtungen hatte in diesem Land seine Bedeutung verloren. Das Wort Immobilie, die sich auch noch rechnen sollte, war aus unserem Sprachschatz verschwunden. Seine übergroße Bedeutung wurde uns bald von vielen gelehrt, die kamen, um Immobilien als günstige Anlage zu erwerben oder um ihren angestammten Besitz an Grund und Boden, dazu die darauf stehenden Häuser zurückzufordern. Sie wußten nicht, was sie hier erwartete. Viele hatten die Häuser inzwischen zum Teil vergessen und hätten überrascht sein müssen, daß sie überhaupt noch existierten, obwohl sie sich all die Jahre nicht darum gekümmert hatten. Es waren häufig die Bewohner, denen die Erhaltung ein wichtiges, oft ein sehr kostenintensives Anliegen war. Diese wurden plötzlich rechtlos und auch ohne Anspruch auf eigene, zuvor getätigte Investitionen.

Wir mußten in diesem Zusammenhang auch lernen, daß die Erhaltung und die Anschaffung von Häusern mit sehr viel Geld verbunden ist. Dieses war und ist hier im Osten bis auf ganz wenige Ausnahmen nicht vorhanden. Deshalb blieb der Immobilienmarkt für die Ostdeutschen, es sei denn, sie verfügten selber über Eigentum, wie z. B. in kleineren Städten und Dörfern, weitgehend verschlossen. Das Geld, das Kapital wurde zum Bestimmer der Altstadtentwicklung. Da hatte es das Verständnis für

historische Gegebenheiten und Traditionen schwer, sich zu behaupten. Ich kenne z. B. keinen Kaufhausnamen, den es nur im Osten gibt. Dafür sind Geschäftsnamen mit Traditionen, die sich selbst über DDR-Zeiten erhalten hatten, aus so manchem Stadtbild verschwunden. Sie mußten den Platz räumen für Schlecker's, Roßmann's, Fielmann's, McDonalds, Aldi's und so weiter und so weiter ... Um wieviel interessanter wäre es gewesen, hätte der Osten ein bunteres Bild bekommen. Allein mit politischen Mitteln durchgesetzten Schutzmaßnahmen wäre diese viel zu einseitige Besitznahme zu verhindern gewesen. Sie blieben aus. Der Weg war frei für wenige, die in den Städten, z. B. in Wittenberg und Halle, vieles erwerben konnten. Da für sie die Höhe der Rendite im Vordergrund steht, die nicht allein mit Wohnungen zu erreichen ist, blieben Impulse zur Innenstadtbelebung und für das Entstehen von Bürgersinn auf der Strecke. Die Altstädte brauchten und brauchen natürlich erhebliche Summen an Finanzkapital zu ihrer Sanierung. Aus dem Osten konnte und kann es schwerlich kommen, bedenkt man zusätzlich die industrielle Entwicklung und den hohen Stand der Arbeitslosen. Doch hätte der Besitz breiter gestreut sein müssen.

Zum Zeitpunkt der Wende war das Bild der einzelnen Kulturdenkmale und auch das der Städte sehr unterschiedlich. Während eine erhebliche Zahl großer Monumente wie die Dome in Halberstadt und Magdeburg, auch die Liebfrauenklöster in beiden Städten, die Dome in Havelberg, Stendal, Naumburg und Merseburg, dazu das dortige Schloß, auch viele Stadt- und Dorfkirchen, Schlösser, Burgen, Rathäuser, Stadttore in einem verhältnismäßig guten Zustand waren und von gelungenen denkmalpflegerischen Leistungen Zeugnis ablegten, bestimmte in vielen Städten der Verfall das Stadtbild. Ganze Stadtviertel glichen einer Geisterstadt, andere waren abgerissen worden, oder diese Aktion stand kurz bevor, so in Stendal, Bernburg, Burg, Aschersleben, Halberstadt, Halle, Merseburg, Weißenfels und Zeitz, um sie für die sozialistische Umgestaltung – wie diese Aktion damals genannt wurde – und zur Errichtung von Plattenbauten vorzubereiten. Diese Zerstörungen waren in solchen Orten ausgeprägt, die durch Wohnsiedlungen große Erweiterungen und damit einen Leerzug der Altstädte erfahren hatten. In Halberstadt, Stendal, Halle und Zeitz waren derartige Erscheinungen besonders zu beobachten.

1989 stand der vielfach zu beklagende Zustand historischer Bausubstanz vor allem in den Städten und Dörfern am Ende einer langen Entwicklung. Sie begann nicht erst 1945, sondern der Mangel an Reparatur hatte schon Jahrzehnte zuvor älteren Gebäuden sehr zugesetzt. Der als grobe Faustregel geltende dreißig- bis vierzigjährige Werterhaltungszyklus war in seiner Kontinuität längst unterbrochen.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges sahen wir uns in den Zentren von Magdeburg, Halberstadt, Dessau und Zerbst – um nur die am schwersten bombardierten Städte zu nennen – heute kaum noch vorstellbaren Zerstörungen gegenüber. In diesen Städten stand nicht mehr die Pflege im Vordergrund, sondern die Rettung der noch erhaltenen Reste und der Wiederaufbau. Dagegen waren wir in den erhaltenen Stadtzen-

tren mit Bauzuständen konfrontiert, die umfangreiche Sanierungen erforderlich gemacht hätten.

Aus heutiger Sicht ist es erstaunlich, was der Aufbauwille nach den Jahren des Schreckens auch hier im Osten bewirkte. Viele schwerstbeschädigte Baudenkmale wurden wieder aufgebaut, aber auch viele Bürgerhäuser einer nochmaligen Reparatur unterzogen. Dieses war möglich, weil die Baustruktur noch funktionierte. Es gab Handwerksbetriebe mit Tradition und Improvisationsvermögen. Die Reparatur und nicht das Erneuern stand im Vordergrund. Die Not machte erfinderisch. Freie Architekten konnten zunächst noch ihre Büros weiterführen und an vielen Orten bauleitend tätig sein. Für die Denkmalpfleger, wie sicher auch für viele Menschen, war es bei aller Not eine gute Zeit. Nicht das Geld stand als Maß aller Dinge im Vordergrund, sondern der Wille zu dem lange ersehnten Neuanfang. Auf diesem Grundanliegen, das damals alle Deutschen betraf, lassen sich in den wiederbelebten Städten für die ersten Nachkriegsjahre viele Gemeinsamkeiten feststellen.

Die Entwicklungen gingen auseinander, als in den 50er und verstärkt in den 60er Jahren hier im Land ideologische Ziele zum Auslöschung des Handwerks sowie der freien Berufe und damit auch der selbständigen Architekten führten. Gemeinschaftliches Eigentum sollte den neuen, den sozialistischen Menschen formen. Die industrielle Bauproduktion trat an die Stelle handwerklicher Arbeit, Großplattenbauten und Siedlungen wurden in großen staatlichen Büros vorbereitet und in Kombinat hergestellt. Diese totale Umstellung des gesamten Bauwesens ist sicher eine der Hauptursachen für die zunächst schleichende und dann beinahe ungehindert fortschreitende Verschlechterung der Bausubstanz in den Altstädten. Viele große Planungen, die aus den Altstädten neue sozialistische Städte mit einem neuen gewandelten Gesicht entstehen lassen sollten, wurden glücklicherweise nur in seltenen Fällen ausgeführt. Dennoch haben die geplanten Flächenabbrüche mit zum Teil radikalen Eingriffen in die Altstadtstrukturen zur Perspektivlosigkeit der noch brauchbaren Bausubstanz geführt. Die alten, mit inzwischen vielfach eingetretenen Mängeln behafteten Häuser wurden abgewohnt und nach dem Auszug sich selbst überlassen. Dort, wo sie stehen blieben, verhinderte der Mangel den Verlust originaler Zustände. Die Städte veränderten sich vor allem durch die Verschlechterung und Dezimierung historischer Bausubstanz. Wie gut, daß die betroffenen Menschen selber diesem Mißstand ein Ende setzten. Die DDR hatte nicht mehr die Kraft, der historischen Substanz noch eine Perspektive zu geben.

1989/90 war die materielle Bestandsnot groß. Dennoch konnten die Fachleute trotz der drängenden Frage nach der Überwindung dieser Lage dem Zustand der Städte, nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern in der gesamten ehemaligen DDR auch viel Positives abgewinnen. So heißt es in einem Erfahrungsbericht der Beraterkommission Historische Stadt- und Ortskerne des Landes Nordrhein-Westfalen zu Brandenburgischen Städten, denen wir die von Sachsen-Anhalt durchaus hinzugesellen

können: »Das Land verfügt noch über einen großen Bestand wertvoller alter Stadtgrundrisse und Bausubstanzen. In vielen Fällen haben die natürlichen Gegebenheiten dazu geführt, daß historische Stadtgrundrisse in ihren Umrissen weitgehend erhalten sind und die Stadtsilhouette noch unbeschädigt ist. Viele Stadtmauern haben die Jahrhunderte in seltener Vollständigkeit überstanden, desgleichen eine Reihe prächtiger Stadttore und -türme. In den Belägen von Straßen und Gehwegen sind noch Werte vorhanden, für deren Wiedererlangung die Städte und Gemeinden in westlichen Ländern heutzutage hohe Preise zahlen müssen. Viele Straßenzüge sind noch geprägt von historischer Bausubstanz in seltener Geschlossenheit bezüglich Maßstab, Material, Konstruktion und Details. Dabei sind die einzelnen Gebäude in Maßstab und Architektur zumeist bescheiden und zurückhaltend. Um so stärker fällt aber die Qualität der Fenster- und Türdetails ins Auge. Hinzu kommen herausragende Einzelbauwerke von höchster bau- und kunstgeschichtlicher Bedeutung, wie Rathäuser, Kirchen, Klöster usw.«

Die vielen originär noch vorhandenen Werte über die große Aufgabe einer Beseitigung der Bestandsnot hinweg zu erhalten, ist eines der Ziele der Denkmalpflege. Auf dem Weg dorthin sind wir inzwischen ein gutes Stück vorangekommen. Und dennoch müssen wir leider den schleichenden Fortgang des Verlustes an Denkmalsubstanz feststellen, nicht allein durch Abbrüche, sondern vielmehr durch erheblich in den Bestand eingreifende Erneuerungsmaßnahmen. Von diesen Gefahren ahnten wir wenig, als viele mit großem Altstadtverständnis daran gingen, die materielle Bestandsnot zu lindern. Heute können wir uns über viele Erfolge freuen, doch der Fachmann darf nicht nachlassen, immer wieder die Qualitätsansprüche zu formulieren und diese auch einzufordern. Altstadtsanierung heißt nicht nur Erneuerung, sondern Erhaltung des Bestehenden und Weiterbauen unter Beachtung und Einbeziehung des historisch Gewachsenen. In Freyburg und in vielen anderen Städten im Osten Deutschlands ist dieses in beispielhafter Weise gelungen.

Nikolaus Niederich

»Das einzig Beständige ist der Wandel«

Denkmalschutz und »Stuttgart 21«

Erwiderung auf Winfried Mönch, Das Dunkel am Ende des Tunnelgebirges. Denkmalschutz und »Stuttgart 21«. Eine Polemik und ein Literaturhinweis, in: Die alte Stadt 2/98, S. 131–140.

Es wäre Winfried Mönch zunächst ganz grundsätzlich entgegenzuhalten, ob das vermeintlich kämpferische »alles oder nichts« und das fatalistische »man kann sowieso nichts machen« im Schlußsatz seines Beitrags dem Anliegen des Denkmalschutzes förderlich ist. Sollte stattdessen nicht überlegt werden, wie die Entwicklung einer Stadt und die Bewahrung ihrer überkommenen Substanz in Einklang gebracht werden könnten.

Die teilweise unsachlichen Attacken Winfried Mönchs gegen das Projekt Stuttgart 21 sind bei einer solchen Fragestellung wenig hilfreich, weil sie eine kritisch-sachliche Diskussion dieses auch für Planer wichtigen Themas erschweren. Die in Teilen diffamierenden Angriffe Mönchs gegen die Protagonisten von Stuttgart 21 fördern den notwendigen Diskurs in keiner Weise, Schwarz-Weiß-Zeichnungen werden – wie alle Klischees – den Realitäten nicht gerecht.

Unbestritten ist, daß das Erscheinungsbild Stuttgarts nach der Realisierung des Projekts Stuttgart 21 – Bahn- und Städtebauprojekt zusammengenommen – völlig anders sein wird als vorher. Dies gilt in ganz besonderer Weise natürlich für den Stuttgarter Hauptbahnhof. In jeder Hinsicht unangemessen ist es dabei aber, als Beweggründe für das Projekt Stuttgart 21 per se unlautere Motive zu vermuten. Richtig ist vielmehr, daß die Planungsgeschichte des Bahnprojekts Stuttgart 21 bis in die 1980er Jahre zurückreicht und das heute vorliegende Konzept das

Resultat gewissenhafter verkehrlicher, städtebaulicher, technischer und selbstverständlich auch wirtschaftlicher Überlegungen einer Vielzahl von Akteuren ist. Die Entscheidung für Stuttgart 21 ist nicht allein ein unternehmerischer Entschluß der Deutschen Bahn AG, sondern wurde und wird durch gewählte Parlamente bestätigt und ausdrücklich gewünscht. Die mit diesem Konzept verbundenen Auswirkungen auf die denkmalgeschützten Anlagen des Stuttgarter Hauptbahnhofs wurden bei diesem Entscheidungsfindungsprozeß gesehen und aus einer Vielzahl von Gründen in Kauf genommen. Dies gilt nicht zuletzt für die einstimmige Entscheidung der Jury im Realisierungswettbewerb zum neuen Stuttgarter Hauptbahnhofsgebäude.

Unter Beachtung denkmalpflegerischer Belange ergeben sich weitergehende, zugegebenermaßen zugespitzte Fragestellungen, die über die rechtlichen Kriterien des Denkmalschutzgesetzes hinausgehen, in einer öffentlichen Diskussion aber thematisiert werden sollten. Bedeutet die strenge Beachtung konservatorischer Kritiken nicht zwangsläufig den Verzicht auf jegliche grundlegende Veränderung unserer Städte? Wenn diese Frage bejaht werden sollte, würde dann die Mißachtung der Bauleistungen vergangener Generationen nicht abgelöst durch ein Gestaltungsverbot für die heutige und die künftigen Generationen? Wenn, wie fast immer, die Wahrheit zwischen den Extremen liegt, wo genau läge denn diese Mitte? Anders gesagt, wie wäre im Konflikt zu entscheiden, ob die Bedürfnisse und Vorstellungen der Gegenwart, dem Schutz überkommener Bauwerke vorzugehen haben?

Eine geradezu geschichtsphilosophische Frage wäre schließlich, ob der überstarke Bewahrungswillen bestehender Gebäude und Anlagen vor dem Hintergrund einer im Mittelalter



Abb.: »Stuttgart bekommt einen neuen Bahnhof mit eigener Formensprache und Philosophie«, heißt es im *Projektmagazin*, Frühjahr 1998 der DB Projekt-GmbH Stuttgart 21. – »Die Oberlichter des neuen unterirdischen Bahnhofs werfen »Maulwurfshügel auf und zerstören damit den bestehenden Park«, heißt es bei W. Mönch, in: *Die alte Stadt* 2/98, S. 137.

begonnenen Entwicklungsgeschichte unserer Städte überhaupt gerecht wird. Wäre nicht vielmehr die strikte Konservierung eines steingewordenen Status quo, das Ende der Geschichte? Diese letztgenannte Frage, die eigentlich eine These ist, läßt sich nicht zuletzt an einem Überblick über die Entwicklungsgeschichte des Stuttgarter Hauptbahnhofs seit den 1840er Jahren exemplarisch darstellen.

Zu der Zeit als die Eisenbahn von Cannstatt her kommend Stuttgart erreichte, waren der Rosensteinpark, die Villa Rosenstein, der Schloßgarten und die Friedrichsvorstadt bereits gebaut. Die neuen Bahnanlagen zerschneiden diese in Längsrichtung, große Teile der Friedrichsvorstadt wurden Bahngelände. Der Ausbau der »Württembergischen Centralstation« im Laufe der folgenden rund fünfzig Jahre nahm immer größere Flächen innerhalb des Stadtgebietes in Anspruch. Traditionelle, das Stadtbild seit langem prägende Nutzungen, Wein- und Obstgär-

ten sowie eine ganze Reihe alter Gebäude fielen dem Verkehrswegebau zum Opfer. Noch gravierender waren jedoch die Eingriffe als Folge des Bahnhofsumbaus seit etwa 1914, deren Ergebnis die heutigen Bahnanlagen sind: Die ursprünglich mit einer hölzernen Fachwerkskonstruktion versehene Neckarbrücke mußte weichen, ebenso etliche Gebäude im noch einmal verkleinerten Mittleren Schloßgarten – z. B. die Orangerie und die Meierei, die Reiterkaserne und die Zuckerrfabrik, um nur die wichtigsten Gebäude zu nennen.

Die Friedrichsvorstadt änderte ebenfalls vollständig ihre Gestalt, neben dem Königstor, das 1922 abgerissen wurde, verschwanden auch viele kleinere Gebäude im Bereich des heutigen Arnulf-Klett-Platzes, nicht zuletzt deswegen, weil sie in ihrer Lage und Gestaltung dem monumentalen Bonatzgebäude im Wege standen bzw. architektonisch nicht entsprachen. Der alte Hauptbahnhof in der Bolzstraße, damals noch

Schloßstraße, blieb zwar als Fassade stehen, jedoch ohne seine eigentliche Funktion. Weite Teile der Stuttgarter Bevölkerung dürften wohl gar nicht wissen, um was für ein Gebäude es sich hier handelt.

Letzteres übrigens ist ein Schicksal, das der Bonatz-Bau mit seinem Vorgänger nicht teilen wird, denn im Gegensatz zur Darstellung Winfried Mönchs behält der Bonatz-Bau seine Funktion als Bahnhofsgebäude. Dabei ist nicht zu leugnen, daß sich sein Erscheinungsbild und der architektonische Ansatz von Bonatz und Scholer grundlegend verändert. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß Bonatz und Scholer ihr Empfangsgebäude für einen Kopfbahnhof konzipiert haben. Die Veränderungen sind ganz überwiegend eine Anpassung der Form an die Funktion.

Diese kurze Darstellung soll aber hauptsächlich noch einmal verdeutlichen, daß auch die heutigen Verkehrsanlagen, so bedeutsam sie auch ohne Zweifel sind, nur durch die Zerstörung bzw. grundlegende Veränderung von historischer Substanz entstehen konnten. Hier könnte die spekulative Frage erlaubt sein, welchen Anfechtungen sich wohl Bonatz und Scholer aussetzen würden, wollten sie ihr Bahnhofprojekt heute realisieren! Ohne auf Mutmaßungen angewiesen zu sein, belegen die zeitgenössischen Quellen, daß deren Vorstellungen aus ähnlichen Gründen wie heute Stuttgart 21 nicht unumstritten waren. Der architektonische und technische Stellenwert des heutigen Stuttgarter Hauptbahnhofs war keineswegs von Anfang an Gemeingut. Warum, um noch einmal zu spekulieren, sollte nicht das Bahnprojekt Stuttgart 21 von der großen Mehrheit der Nachgeborenen eine vergleichbare Bewertung erfahren, wie dies bei den heutigen Bahnanlagen der Fall ist?

Ähnliches wie für die Bahnanlagen läßt sich im übrigen für die städtebauliche Gestaltung Stuttgarts im 19. und 20. Jahrhundert allgemein feststellen, denn auch hierfür gilt, daß die Stadterweiterungen der letzten gut einhundert Jahre das überkommene Stadtbild vollständig verändert haben. Ganz überwiegend sind diese Stadterweiterungen, hervorzuheben sind hier die großen Stadtquartiere im Westen und Osten der

Stadt, planmäßig durchgeführte Bebauungen, die in wenigen Jahrzehnten realisiert wurden. Diese Veränderungen wurden auch von den damaligen Zeitgenossen nicht widerspruchslos gutgeheißen und doch sind sie heute kennzeichnend für die Stadt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die Bahnanlagen wie die Stadt selbst in einem seit über hundert Jahren sich beschleunigenden Wandel begriffen sind, der gezielt herbeigeführt wurde und dessen vorläufiger Endpunkt die Stadt ist, die wir heute kennen. Stuttgart 21 ist daher keineswegs ein Bruch bisheriger Traditionen, sondern nur ein weiterer, wenn auch bedeutsamer Meilenstein in der Stadtbaugeschichte Stuttgarts. Ebenso wie die Umgestaltungen und Erweiterungen der Vergangenheit, werden als Folge des Projekts Stuttgart 21 wertvolle vorhandene Strukturen durch neue Gebäude und Anlagen ersetzt werden. Ob diese dann den von Mönch aufgeführten Bausünden, die noch um einige andere Beispiele zu erweitern wären, hinzuzurechnen sind, kann zwar heute diskutiert, sicher aber nicht entschieden werden. Allerdings darf vermutet werden, daß – wie schon in der Vergangenheit – neben gelungener auch weniger gelungene Architektur in den Stadtquartieren des frühen 21. Jahrhunderts zu sehen sein werden.

Beschränkt man den Begriff des Denkmalschutzes allein auf die materielle Erhaltung des kulturellen Erbes, dann bedeutet der Ersatz überkommener Situationen einen Verlust, der durch eine Anpassung überlieferter Substanz an neue Bedürfnisse und Vorstellungen verringert werden kann. Wird Denkmalschutz außerdem erweitert und ergänzt um die Kategorie des Wissens um Zustände zu bestimmten Zeiten kann dieser Verlust ebenfalls vermindert werden. Dieser Zielsetzung folgt die DBProjekt GmbH Stuttgart 21 indem sie als Planerin des Bahnprojekts Stuttgart 21 eine umfassende Dokumentation aller durch die Umgestaltung des Bahnknotens berührten Anlagen und Gebäude vornimmt, die auch langfristig die Möglichkeit bietet, die Entwicklung Stuttgarts – die mit Stuttgart 21 sicher nicht endet – nachzuvollziehen.

Diese Vorgehensweise bietet den Denkmal-



Abb.: Bebauungsplanentwurf »Stuttgart 21«. Im Vordergrund rechts der »neue« Bahnhof. Dunkel die Gebäude des neuen Stadtteils über den bisherigen Gleisanlagen. Aus: Stuttgart 21, Amtsblatt Sonderdruck vom 25. Juni 1998.

schützer n zwar nicht die Gelegenheit in die Rolle des Richters zu schlüpfen, um einen Vergleich des Aufsatzes von Winfried Mönch auszugreifen, sie zwingt sie aber auch nicht in die Rolle des Pflichtverteidigers, sondern bietet ihnen die Position der Sachverständigen. Ihnen obliegt zwar

kein Urteil – im Sinne dieser rechtlichen Metapher – wohl aber eine erhebliche Mitwirkung im Prozeß der Wahrheitsfindung. Die Aufforderung, diese Rolle anzunehmen und konstruktiv auszufüllen, ist das Fazit dieser Erwiderung auf den Aufsatz Winfried Mönchs.

Autoren

HEINRICH HEIDEBRECHT (1958), geb. in Nowosibirsk, Studium der Architektur an der Nowosibirsker Ingenieurschule, danach Tätigkeit am dortigen Projektinstitut für Hochbau. 1986 Aussiedlung nach Deutschland. Zur Zeit Tätigkeit als Architekt in Stuttgart.

ULRICH HIEBER ist als Ministerialdirigent Abteilungsleiter für Baurecht, Städtebau, Wohnungswesen und Denkmalpflege im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg und Honorarprofessor am städtebaulichen Institut der Universität Stuttgart.

STEFAN KRÄTKE (1952) ist Professor für Wirtschafts- und Sozialgeographie an der Europa Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und leitet dort die Forschungsstelle für europäisch vergleichende Stadt- und Regionalforschung. Er publizierte einige Bücher und Artikel zur Stadt- und Regionalentwicklung im neuen Europa.

BERNARD MARCHAND (1943) studierte Geographie und arbeitete in Frankreich und Venezuela als Universitätsprofessor und Planungsbeauftragter. Lehrtätigkeit u. a. in den USA, Kanada, Brasilien und der Türkei. Seit 1978 Professor am Französischen Institut für Stadt- und Raumplanung der Université de Paris VIII. Forschungen zur Stadtgeschichte und zum Einsatz der EDV in Stadtplanung und Stadtverwaltung. Software-Programmierungen für Stadtsimulation.

NIKOLAUS NIEDERICH. Studium der Geschichte und Volkswirtschaftslehre. Promotion 1995 zum Thema »Stadtentwicklung und Nahverkehr: Stuttgart und seine Straßenbahnen 1868 bis 1918. Referent beim DBProjekt GmbH Stuttgart 21.

GOTTHARD VOSS (1938), Architekturstudium an der TU Dresden und seit 1965 in der Arbeitsstelle Halle tätig, dem damaligen Institut für Denkmalpflege der DDR. Denkmalpflegerische Betreuung u. a. der Dome in Merseburg, Magdeburg und Halberstadt sowie vieler Stadt- und Dorfkirchen. Seit 1992 Landeskonservator und Leiter des Landesamtes für Denkmalpflege Sachsen-Anhalt in Halle.

Besprechung

RALF ROTH, *Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main. Ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgergesellschaft 1760–1914 (Stadt und Bürgertum, Bd. 7)*, R. Oldenbourg Verlag, München 1996, 804 Seiten, DM 128,-.

Ende der achtziger Jahre machte sich in Frankfurt eine Forschergruppe um Lothar Gall an eine Ehrenrettung des Stadtbürgertums. Das Stadtbürgertum war im Zuge des zunehmenden Forschungsinteresses am Bürgertum seit Anfang der achtziger Jahre ins Blickfeld gerückt. Bielefelder Historiker entwarfen dabei idealtypisch eine Dreiteilung des Bürgertums in Stadtbürgertum, Wirtschaftsbürgertum und Bildungsbürgertum. Die beiden letzteren Formationen galten als »Agenten der Moderne«, während dem Stadtbürgertum eine »traditionale Beharrungsmentalität« (Hans-Ulrich Wehler) unterstellt wurde. Diese Zusammenhänge zu wissen, ist notwendig, wenn man die umfangreiche Studie Ralf Roths über »Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main« in die Hand nimmt. Explizit weist der Autor in seiner Einleitung auf diese Forschungs-kontroverse hin und setzt sich dabei pointiert und polemisch mit den Bielefelder methodischen Ansätzen auseinander (S. 16–19, 261 ff.).

Um die Bedeutung des Stadtbürgertums, seine Wandlungsfähigkeit und Beharrungskraft innerhalb der städtischen Gesellschaft Frankfurts deutlich machen zu können, wurde von Roth »mit Bedacht ein langer Untersuchungszeitraum gewählt« (S. 24): Von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis an den Vorabend des Ersten Weltkriegs reicht das Panorama, das er entfaltet. In seinem Schlußkapitel wagt er zusätzlich einen Ausblick in die Jahre der Weimarer Republik.

Stadtbürgertum, das ist nach Roth vor allem eine Personengruppe, die sich »in der konkreten sozialen Interaktion formiert und abgegrenzt hat.« (S. 30). Aus einer Fülle individualbiographischer Daten wird dieses Zusammenspiel rekonstruiert. Definitiv wird Stadtbürgertum an einen breit gefaßten Elitenbegriff angelehnt: »Zur Elite wird [...] nicht nur der enge Kreis der politischen Führungsschichten gerechnet, sondern sie wird weiter gefaßt und auf die wirtschaftlich, sozial, politisch und kulturell führende Kreise des städtischen Bürgertums bezogen« (S. 30). Roths Arbeit ist damit nicht nur ein Beitrag zur Bürgertumsforschung, sondern auch eine Studie über Elitenbildung im 18. und 19. Jahrhundert.

Der Stadt Frankfurt als Untersuchungsrahmen kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie bis 1866 als »Freie Stadt Frankfurt« einen selbständigen Stadtstaat bildete, ehe sie dem preußischen Staat einverleibt und auf »den Status einer preußischen Provinzstadt ohne nennenswerte Verwaltungsfunktionen« degradiert wurde (S. 20). In ihrer langjährigen selbständigen Tradition verfügte die Stadt über eine Reihe Selbstverwaltungsinstitutionen, die sich als äußerst flexibel erwiesen und den jeweiligen (außerstädtischen) politischen Rahmenbedingungen angepaßt wurden.

Das Quellenmaterial, das gesichert wurde, um der amorphen Masse der städtischen Elite ein Gesicht zu geben, ist beeindruckend breit. Zehntausende Personen wurden in einer Datenbank erfaßt: Von den politischen Vertretern in den Selbstverwaltungsgremien der Stadt, über die Mitglieder der verschiedenen wirtschaftlichen Interessengruppen bis zu den Mitgliedern aus Dutzenden von Vereinen, Logen und Stiftungen reicht das Spektrum, um die zahllosen Verflech-

tungen zwischen den einzelnen Institutionen, aber auch zwischen den Eliteangehörigen herausarbeiten. Dabei gelingt es dem Autor, diese Materialfülle nicht in einem Konvolut aus Zahlen, Daten und Tabellen auseinandertreiben zu lassen, sondern themenzentriert und reflektiert erzählend den Lesern anschaulich näher zu bringen. Natürlich müssen dann immer noch 56 Tabellen und 31 Graphiken im Text untergebracht werden; aber es bleibt auch Platz für illustrierende Marginalien wie dem Verbot des Tabakrauchens aus dem Jahr 1785, um auf die weitreichenden Regelungsmöglichkeiten des Frankfurter Rates als der zentralen Selbstverwaltungsinanz hinzuweisen (S. 103).

Roth hat seine Darstellung sowohl chronologisch als auch sachlich gegliedert. »Aufbruch aus der ständischen Welt« (S. 33–260) behandelt den Zeitraum von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis ca. 1820; »Die Stadt als Experimentierfeld der bürgerlichen Gesellschaft« (S. 269–489) widmet sich den Jahren bis zur Einverleibung der Stadt in den preußischen Staat im Jahr 1866; der dritte Teil »Preußische Stadt mit besonderer politischer Kultur« (S. 490–670) schließlich behandelt die Jahre des deutschen Kaiserreichs. Die jeweiligen Teile sind nicht symmetrisch gegliedert, allerdings kehren für die jeweils behandelten Zeitabschnitte die gleichen Analyseebenen immer wieder. Dies ist vor allem die präzise Darstellung der politisch, wirtschaftlich und kulturell dominierenden bürgerlichen Kreise sowie ihre Verflechtungen untereinander.

Vor allem für die Konsolidierungsphase kann Roth entgegen der weitverbreiteten Meinung eine enge Verflechtung der Fabrikanten mit der stadtbürgerlichen Gesellschaft belegen. Modernisierung durch Industrialisierung wurde so in die städtische Tradition eingebunden (S. 287 f.). Konfessionelle Spannungen konnten in dem ausgeprägten Netzwerk an Vereinen immer mehr eingedämmt werden (S. 316) – wengleich die Integration der jüdischen Bürger in die bürgerliche Gesellschaft erhebliche Probleme bereitete. Obwohl Roth dezidiert die These der stadtbürgerlichen Einheit und Kontinuität vertritt, ist er nicht blind für gegenläufige Entwicklungen. Das Patriziat, der Stadtadel, verabschiedete sich

Mitte des 19. Jahrhunderts endgültig aus den Entscheidungsgremien der Stadt und orientierte sich hin zu Hof und Staat mit ihren neuen Aufgaben- und Berufsfeldern (S. 350 f.). Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde der Rückzug der wirtschaftlichen Oberschicht aus politischen Ämtern und Organen immer deutlicher: »Politik und Reichtum oder besser politische Führungsschicht und wirtschaftliche Oberschicht hatten sich relativ weit voneinander entfernt.« (S. 590)

Weiteres zentrales Anliegen in Roths Darstellung ist es, die Reformfähigkeit, Flexibilität und Integrationsfähigkeit des Stadtbürgertums darzustellen. Möglich war eine solche auf Einheit gerichtete Politik da immer wieder der Konsens gesucht wurde: »Diese Fähigkeit zu einer Kompromißpolitik, die die Gesamtheit der Bürger einschloß, machte die Stadt zu einem einzigartigen Experimentierfeld der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurts Weg in die Moderne unterschied sich beträchtlich von dem anderer Regionen, insbesondere von dem Preußens. Frankfurt war kein Mikrokosmos der deutschen Gesellschaft, kein Abbild im kleinen, eher ein Gegenbild« (S. 261). Als eines von vielen Beispielen führt Roth die Diskussion um die Gewerbefreiheit an, die »nicht auf einen kleinen Kreis von Großkaufleuten und Fabrikanten« beschränkt blieb, »sondern entsprechend den entwickelten politischen Strukturen, öffentlich ausgetragen (wurde). Sie schloß neben den Handelsbürgern und Juristen gleichermaßen die Handwerker als Betroffene des Modernisierungsprojektes ein« (S. 272). So überzeugend die These im einzelnen ist und Frankfurt in der Tat als Gegenbild zu dem durch die preußische Entwicklung dominierten Deutschlandbild gesehen werden darf – an manchen Stellen entsteht der Eindruck als überziehe Roth seine These. Beispielsweise, wenn Roth die Industrialisierung und Gewerbeansiedlung in Frankfurt gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit den Worten zusammenfaßt: »Es siedelte sich in Frankfurt also vor allem eine Industrie an, die auf einem Potential hochqualifizierter Facharbeiter und technischer Angestellter beruhte, also genau der Teil der sich herausbildenden Arbeiterklasse, der den Idealen von Bildung und bürgerlicher Lebensführung noch am

nächsten kam und somit am leichtesten für ein wenn auch modifiziertes Modell von klassenloser Bürgergesellschaft, das auf mittleren Existenzen beruhte, gewonnen werden konnte« (S. 570). Sollten Industrieansiedlung und »Modell von klassenloser Bürgergesellschaft« tatsächlich in solch enger Verknüpfung gestanden haben? Soll es neben diesen Arbeitereliten – wobei technische Angestellte zu jener Zeit sich garantiert nicht zur Arbeiterklasse zählten – nicht auch in Frankfurt tausende oder gar zehntausende ungelerner Arbeiter gegeben haben, die außerhalb der »klassenlosen Bürgergesellschaft« standen?

Roth entwirft ein Bild von den Frankfurter

Stadtbürgern, die die Geschicke ihrer Stadt in hervorragender Weise leiteten und in geradezu perfekter Weise Tradition und Moderne in Einklang zu bringen wußten. So überzeugend dies im einzelnen ist – insgesamt gesehen entsteht der Eindruck, als wäre Roth der Faszination des Ideals der bürgerlichen Gesellschaft erlegen. Denn die Frage der Integrationsbereitschaft und -fähigkeit dieses Gesellschaftsentwurfs gegenüber nicht- und randbürgerlichen Gruppen bleibt eher unterbelichtet. Doch regt dies – wie Roth selbst betont (S. 657) – zu weiteren Forschungen an.

Berlin

Jürgen Schmidt

26. Jahrgang

2/99

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Thomas Adam

Kommunalisierung von Kunst und Kultur

Alena Janatková

Inszenierung der Nation in Prag und Brünn

Jürgen Trimborn

Das Denkmal im Zeitalter der virtual reality

HPC Weidner

Denkmalschutz und Stadterneuerung

Wilhelm Ribhegge

Verliert Nordrhein-Westfalen sein Gesicht?

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft
Die alte Stadt und in Verbindung mit
Ulrich Bauer, Helmut Böhme, Rudolf
Hillebrecht (†), Eberhard Jäckel und
Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Prof. em. Dr. OTTO BORST, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart (Herausgeber) – Prof. Dr. AUGUST GEBESSLER, Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N. (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft) – HANS SCHULTHEISS, Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N. (Chefredakteur).

Professor Dr. HARALD BODENSCHATZ, Technische Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Franklinstraße 28/29, 10587 Berlin – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbereich III: Geschichte, Universitätsring 15, 54286 Trier – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Universität Stuttgart, Fakultät für Architektur und Stadtplanung, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart – Dr. HELMUT HERBST, Museum und Galerie der Stadt Waiblingen, Postfach 1751, 71328 Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städtebauliches Institut, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart – Prof. Dr. RAINER JOOSS, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringer Straße 200, 73525 Schwäbisch Gmünd – Dr. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung, Schinkelstraße 1, 52062 Aachen – VOLKER ROSCHER, Bund Deutscher Architekten der Hansestadt Hamburg, Mittelweg 89, 20149 Hamburg – Prof. Dr. JOACHIM B. SCHULTIS, Erster Bürgermeister, c/o Stadtverwaltung Heidelberg, Baudezernat, Palais Graimberg, Kornmarkt 5, 69117 Heidelberg – Dr. DIETER SCHOTT, Technische Universität Darmstadt, Institut für Geschichte, Schloss, 64283 Darmstadt – Dr. HOLGER SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Institut, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Adresse der Chefredaktion erbeten: 73726 Esslingen am Neckar, Postfach 10 03 55, Tel. (07 11) 35 12-32 42, Fax (07 11) 35 12-24 18.

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mitgliederzeitschrift der ca. 160 Städte umfassenden Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. und erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 320 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 165,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 126,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 45,40 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart, Tel. 0711 / 7 86 30. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

Rudolf Hillebrecht in memoriam 77
Editorial 78

ABHANDLUNGEN

THOMAS ADAM, Die Kommunalisierung von Kunst und Kultur als Grundkonsens
der deutschen Gesellschaft ab dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Das Beispiel Leipzig 79

ALENA JANATKOVÁ, Inszenierung der Nation und staatliche Repräsentation.
Architektonische Programmatik in Prag 1895 und Brünn 1928 100

JÜRGEN TRIMBORN, Das Denkmal im Zeitalter der virtual reality.
Die moderne Medienwelt und ihr Einfluß auf die Inszenierung des öffentlichen Raums 117

HPC WEIDNER, Denkmalschutz und Stadterneuerung als Umgang mit der ganzen
Geschichte. Erhaltenswertes von Fachwerkfassaden bis Plattenbau 141

KLEINE BEITRÄGE

WILHELM RIBHEGGE, Verliert Nordrhein-Westfalen sein Gesicht? 152

AUTOREN 156

NOTIZEN 157

BESPRECHUNGEN

UTA LINDGREN (Hrsg.), Europäische Technik im Mittelalter. Tradition und Innovation
(Friedrich Mielke) 159

GERD KUHN, Wohnkultur und kommunale Wohnungspolitik in Frankfurt am Main
1880 bis 1930 (Harald Bodenschatz) 161

Rudolf Hillebrecht in memoriam



Rudolf Hillebrecht 1949 beim Preisgericht des Immenstadtwettbewerbs Hannover (Hist. Museum Hannover).

Am 6. März 1999, wenige Tage nach seinem 89. Geburtstag verstarb Rudolf Hillebrecht, Mitherausgeber der Zeitschrift »Die alte Stadt« seit ihrer Gründung vor 25 Jahren. Sein Wort aus der Gründungssitzung »Keine Nostalgie« ist dem verantwortlichen Herausgeber- und Redaktionskollegium stets vor Augen geblieben. Rudolf Hillebrecht blieb der Zeitschrift immer verbunden. Mußte er dem Kreis der Herausgeber- und Redaktionskonferenzen der letzten Jahre auch fernbleiben, den brieflichen Kontakt ließ er nie abreißen, stets gab er Anregungen und Fingerzeige für die immer fortdauernde Arbeit an der »Alten Stadt«.

Unter seiner Ägide als langjähriger Stadtbaurat von Hannover ist seine Heimatstadt nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererstanden. Schon während des Krieges angesichts der rauchenden Trümmer wurde in ihm der Wunsch lebendig, am Wiederaufbau mitzuwirken.

Nach seinem Studium der Architektur und des Städtebaus in Hannover und Berlin, wo Rudolf Hillebrecht Mitarbeiter von Walter Gropius war, wurde Rudolf Hillebrecht zum Stadtbaurat Hannovers gewählt, dessen Bild er 27 Jahre hindurch gestaltete und prägte. Als Städtebauer, der viele Länder bereiste, war Rudolf Hillebrecht zu Hause stets der Aufklärer, der sich um Interesse und Verständnis auch der Laien bemühte. Seine in Hannover verwirklichten Konzepte und städtebaulichen Details wurden Vorbild für den Wiederaufbau anderer deutscher Städte. Das »Wunder von Hannover« (DER SPIEGEL, 1959) war im wesentlichen das Ergebnis seines von klaren Zielvorstellungen gekennzeichneten Planens. Die Innenstadt, bis zum Krieg von überörtlichen Verkehrswegen durchzogen, sollte vom Durchgangsverkehr befreit werden und überschaubar bleiben. Mit seinem Konzept kreuzungsfreier Schnellwege und des City-Ringes war er seiner Zeit voraus.

Für seine Leistungen und Verdienste wurde Rudolf Hillebrecht mit dem »Pour le mérite für Wissenschaften und Künste« ausgezeichnet (1960), die Ehrenbürgerwürde Hannovers wurde ihm zum 70. Geburtstag verliehen (1980). Altbundeskanzler Helmut Schmidt würdigte Rudolf Hillebrecht als einen der wenigen großen deutschen Städtebauer nach dem Zweiten Weltkrieg, und Helmut Ahuis, der Präsident der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (deren Präsident Rudolf Hillebrecht zeitweise ebenfalls war), nannte den Verstorbenen einen beliebten Lehrer, der nie dem Zeitgeist verfallen sei.

Zu diesem Heft

Als man Kultur nicht als Kostenfaktor, sondern als bürgerlichen Standortvorteil schätzte, daran erinnert *Thomas Adam*, einer von drei jüngeren Wissenschaftlern in diesem Heft. Er beschreibt eine Gesellschaft, in der sich die kommunale öffentliche Hand noch gefüllt auszustrecken begann, um Kunst und Kultur in ihre Obhut zu bekommen, anstatt ihre Ansprüche abwehren zu wollen. – Wie Städte um die letzte Jahrhundertwende für die Inszenierung von Nation und staatlicher Repräsentation erhalten mußten, zeigt *Alena Janatková* am Beispiel von Prag und Brünn. – Schon fast in der Zukunft befindet sich *Jürgen Trimborn*, wenn er über die Veränderungen von Denkmalwahrnehmungen durch die moderne Medienwelt im Zeitalter der virtual reality spekuliert. In der Weise wie dort nur noch Abbilder statt Bilder wahrgenommen werden, steigt auch die Bereitschaft zu einer ganz und gar erträumten Denkmallandschaft.

Im wirklichen städtebaulichen Denkmalpflegegeschäft hingegen steht schon lange Jahre *HPC Weidner*. Sein Bezugspunkt ist nicht nur das Abbild, sondern die »ganze Geschichte«, wenn er in den Städten der neuen Bundesländer die Aufgabe hat, als Aufklärer schiedsrichtern zu müssen zwischen Kommerzdruck und historisch verantworteter Zukunftsgestaltung.

In den Besprechungen zeigt der langjährige Mitherausgeber dieser Zeitschrift *Friedrich Mielke* den Autoren des Bandes »Europäische Technik im Mittelalter« bei allem Respekt nicht nur einmal, was eine wissenschaftliche Harke ist und wundert sich, wie man den »Treppenbau« dort einfach vergessen konnte. Dennoch: Empfehlung als Handbuch. – Eine gleichermaßen für Historiker, Soziologen und Bauhistoriker interessante Neuerscheinung stellt Redaktionsmitglied *Harald Bodenschatz* vor. Sie führt zurück zu der Entwerferin der »Frankfurter Küche« sowie zur vermutlich letzten jüdischen Wissenschaftlerin, die im Nationalsozialismus an einer deutschen Universität promovierte. Thema: »Gestaltwandel der städtischen bürgerlichen und proletarischen Hauswirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Typenwandels von Frau und Familie zwischen 1760 und 1910.« – Empfehlung als Lektüre.

Hans Schultheiß, Chefredakteur

Thomas Adam

Die Kommunalisierung von Kunst und Kultur als Grundkonsens der deutschen Gesellschaft ab dem ausgehenden 19. Jahrhundert

Das Beispiel Leipzig

1. Die stadtbürgerliche Stiftungskultur im 19. Jahrhundert

Seit einigen Jahren gibt es aufgrund der hohen Verschuldung der »öffentlichen Hand« und ständig leerer Kassen bei Staat und Kommunen Versuche, andere Quellen zur Finanzierung von Kunst und Kultur zu erschließen. Immer wieder wird dabei auf das Beispiel der USA verwiesen, wo jährlich weit über 100 Milliarden Dollar für gemeinnützige Einrichtungen und Organisationen gestiftet werden. Der Wunsch, daß dies auch auf Deutschland übertragen werden könnte, ist dabei ebenso mitzuhören wie die Skepsis, daß dies gelingen könnte. »Daß ehemalige Studenten einer Universität, sofern sie zu Vermögen gekommen sind, oder Genesene eines Krankenhauses aus Dankbarkeit den ihnen so oder so verbundenen Institutionen namhafte Spenden zukommen lassen könnten, darauf muß man in Deutschland erst einmal kommen.«¹ In beiden Teilen Deutschlands – in der Bundesrepublik ebenso wie in der DDR – hat sich eine Mentalität herausgebildet, die sich grundsätzlich von der amerikanischen unterscheidet. »Denn anders als in Deutschland – und in Deutschland oft verkannt – versteht man in Amerika unter sozialem Engagement weniger die Bereitschaft, eine Sozialbürokratie zu finanzieren, als vielmehr persönliche Mitarbeit in dem Mikrokosmos, dem man angehört. Möglichst wenig staatliche Reglementierung und Bevormundung, lautet die Devise, möglichst viel Selbstverantwortung und bürgernahe Selbstbestimmung.«²

Doch das war in Deutschland nicht immer so. Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts war es für wohlhabende Bürger in den Städten selbstverständlich, daß sie Kapital zur Errichtung und der ständigen Erweiterung von Museen und Kunstsammlungen sowie für andere kulturelle Zwecke stifteten, um damit das Ansehen ihrer Stadt zu heben und sich selbst als Teil der stadtbürgerlichen Gesellschaft zu legitimieren. Stiftungen wie die des Verlegers Herrmann Julius Meyer in Leipzig³ oder des Bankiers Johann

¹ W. Klötzer, Über das Stiften – Zum Beispiel Frankfurt am Main, in: B. Kirchgässner / H.-P. Becht (Hrsg.), Stadt und Mäzenatentum, Sigmaringen 1997, S. 15; hierzu auch B. Hills Bush, Amerika, das Land der großzügigen Spender, in: F.A.Z. vom 9.2.1991, S. 13.

² B. Febr, Ein Mann krempelt eine Stadt um. Rudolph W. Giuliani und der Wiederaufstieg New Yorks, in: F.A.Z. vom 29.8.1998, S. 15.

³ Th. Adam, Das soziale Engagement Leipziger Unternehmer. Die Tradition der Wohnstiftungen, in: U. Hess / M. Schäfer, Unternehmer in Sachsen. Aufstieg – Krise – Untergang – Neubeginn, Leipzig 1998, S. 107–118.

Friedrich Städel in Frankfurt am Main⁴ waren nur die Leuchttürme einer ausgeprägten deutschen Stiftungskultur. Allein für Bayern wurden für das Stichjahr 1887 insgesamt 17 367 Stiftungen mit einem Gesamtvermögen von 573 490 827 Mark gezählt. In Sachsen gab es im Jahre 1909 insgesamt 578 Stiftungen mit einem Vermögensbestand von 50 892 283 Mark.⁵

Die Tradition der Stiftungen reicht bis in das Mittelalter zurück. Armen-, Schul- und Studienstiftungen lassen sich in den einzelnen Städten ebenso nachweisen wie Stiftungen für Kranken-, Waisen- und Versorgungshäuser für alte Frauen und Männer.⁶ Im 19. Jahrhundert wuchs die Zahl der Stiftungen enorm an, so daß in der Forschung allgemein von einer Stiftungswelle des 19. Jahrhunderts gesprochen wird.⁷ Es wuchsen nicht nur die Zuwendungen für Schulen, Theater, Bibliotheken und Museen, sondern auch die für soziale Einrichtungen wie Wohnstiftungen oder Kranken- und Altersfürsorgeeinrichtungen aufgewendeten Gelder. Die Industrialisierung und die dadurch hervorgerufenen sozialen Spannungen führten nicht nur dazu, daß die Zahl der Stiftungen enorm anwuchs, sondern auch neue Typen von Stiftungen – die Firmenstiftung⁸ und die soziale Stiftung (Wohnstiftungen)⁹ – ausgebildet wurden. Stiftungen waren aber nur eine von mehreren Instrumentarien (Bürger konnten ihr Geld in für die Kommune wichtige Institutionen oder Projekte über Schenkungen, Stiftungen, Vereine und Aktiengesellschaften fließen lassen.), derer sich das Stadtbürgertum

⁴ H.-J. Ziemke, Das Städelsche Kunstinstitut. Die Geschichte einer Stiftung, Frankfurt a. M. 1980; F. Gwinner, Kunst und Künstler in Frankfurt am Main vom dreizehnten Jahrhundert bis zur Eröffnung des Städelschen Kunstinstituts, Frankfurt a. M. 1862 (Neudruck Leipzig 1975), S. 555–563; L. Gall, »Der hiesigen Stadt zu einer wahren Zierde und deren Bürgerschaft nützlich«. Städel und sein »Kunst-Institut«, Frankfurt a. M. 1992.

⁵ M. von Heckel, Stiftungen, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften Bd. 7, Jena 1911, S. 1019; M. Meyer, Statistik der Stiftungen im In- und Auslande, in: Jb. für Nationalökonomie und Statistik Bd. 42, Jena 1911, S. 668 ff.

⁶ Vgl. hierzu z. B. H. M. Turck, Die Leidener Wohnstiftungen vom 15. bis 17. Jahrhundert, Aachen 1989; Leipzig leistete sich als eine der wenigen deutschen Städte ein Stiftungsbuch, das Ausweis der Wohltätigkeit des Leipziger Bürgertums sein sollte. Vgl. Stiftungsbuch der Stadt Leipzig, hrsg. von H. Geffcken / H. Tykorinski, Leipzig 1905.

⁷ Th. Schiller, Stiftungen im gesellschaftlichen Prozeß, Baden-Baden 1969, S. 158 f.; D. Hein, Das Stiftungswesen als Instrument bürgerlichen Handelns im 19. Jahrhundert, in: B. Kirchgässner / H.-P. Becht (s. A 1), S. 89; zur rechtlichen Seite vgl. H. Liermann, Handbuch des Stiftungsrechts, Bd. 1: Geschichte des Stiftungsrechts, Tübingen 1963, S. 230 ff.

⁸ Vgl. G. Schulz, Betriebliche Sozialpolitik in Deutschland seit 1850, in: H. Pohl (Hrsg.), Staatliche, städtische, betriebliche und kirchliche Sozialpolitik vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Stuttgart 1991, S. 137–176; W. Fischer, Die Pionierrolle der betrieblichen Sozialpolitik im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, in: H. Pohl (Hrsg.), Betriebliche Sozialpolitik deutscher Unternehmer seit dem 19. Jahrhundert (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte Beiheft 12), Wiesbaden 1978, S. 34–51; H. Berghoff, Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik. Industrieller Paternalismus: Höherer von 1857 bis 1918, in: Geschichte und Gesellschaft 1997, S. 167–204.

⁹ Es gibt bisher keine größere Darstellung zum Phänomen der Wohnstiftungen in der deutschen Stadt des 19. Jahrhunderts. Für Sachsen vgl. die erste Aufzählung bei M. A. Rusch, Die gemeinnützige Bautätigkeit im Königreich Sachsen, Dresden 1914, S. 52–57; für Leipzig: Th. Adam (s. A 3), S. 107–118.

bedienen konnte, um das Funktionieren der Kommunen zu sichern. Auf diesem Wege entstand in den Städten des 19. Jahrhunderts ein Versorgungssystem, das zwar nicht lückenlos war, das aber ein bis dahin so nie dagewesenes »soziales Auffangnetz« konstituierte, das durchaus mit dem später durch staatliche Intervention aufgebauten Sozialsystem konkurrieren konnte. Über diese Stiftungskultur, deren Leistungsfähigkeit, Umfang sowie über die Trägerschichten ist heute kaum noch etwas bekannt. Forschungen zu diesem Thema erschöpften sich bis vor kurzem – mit wenigen Ausnahmen – in positivistischen Beschreibungen.¹⁰

In dem vorliegenden Aufsatz soll das System der privaten Finanzierung von Kunst und Kultur im 19. Jahrhundert am Beispiel der Stadt Leipzig untersucht werden. Im Mittelpunkt der Darstellung werden drei für die Messestadt bedeutende Kultureinrichtungen – das Gewandhaus, das Kunstmuseum und die Bibliotheken – stehen. Auf der Basis der vorhandenen Quellen soll es um die Beantwortung der folgenden Fragen gehen. Wie funktionierte Kulturförderung im 19. Jahrhundert? Woher kam das Geld für die Errichtung und Unterhaltung der kulturellen Einrichtungen? Warum gaben Bürger Geld, um kulturelle oder soziale Einrichtungen zu finanzieren? Was war ihre Motivation dafür? Und welche Funktion besaß dies innerhalb der städtischen Gemeinschaft zum einen für den Geldgeber und zum anderen für die Kommune? Bis zu welchem Zeitpunkt waren Bürger bereit, Geld für die Unterhaltung kultureller und sozialer Einrichtungen aufzuwenden? Was beschreibt der Prozeß der Kommunalisierung? Wann setzte dieser Prozeß ein, und warum kam es dazu? Wer waren die Protagonisten? Gibt es in Deutschland die Möglichkeit, diesen Prozeß wieder umzukehren? Gibt es Wege, bürgerliches Engagement für die Gemeinschaft wieder zu aktivieren?

2. Das Gewandhaus und sein Orchester

Das Gewandhausorchester war das erste deutsche Orchester ohne finanzielle Unterstützung durch den Adel oder den Hof, und es war das letzte, das unter städtische bzw. staatliche Verwaltung gestellt wurde.¹¹ Es war zugleich die letzte kulturelle Einrichtung der Messestadt, die in städtische Verwaltung übernommen wurde. Bereits 1904 war das Grassimuseum,¹² 1909 das Kunstmuseum und 1910 das Theater¹³ kommunalisiert worden.

¹⁰ Exemplarisch dafür: C. F. Mautner Ritter von Markhof, Die Wiener Stiftungen. Ein Handbuch, Wien 1895; W. Niemyer, Wohltäter der Stadt Kassel und ihre Stiftungen. Eine Übersicht, Kassel 1960; Neuerdings scheint sich die Historiographie diesem Thema zuzuwenden. Vgl. die beiden Sammelbände: B. Kirchgässner / H.-P. Becht (s. A 1); J. Kocka / M. Frey (Hrsg), Bürgerkultur und Mäzenatentum im 19. Jahrhundert, Berlin 1998.

¹¹ M. E. Memminger, Art and Civic Patronage in Leipzig, 1848–1914 (unveröffentlichte Diss.), Cambridge/Massachusetts 1998, S. 216.

¹² Ebda., S. 71 ff.

¹³ F. Schulze, Hundert Jahre Leipziger Stadttheater. Ein geschichtlicher Rückblick, Leipzig 1917, S. 256 ff.

Am 26. September 1840 wurde das Theaterorchester als Kern des Gewandhausorchesters zum *Stadtorchester* erklärt. Mit dieser Benennung seitens des Stadtrates waren jedoch keine Konsequenzen hinsichtlich der Finanzierung des Orchesters verbunden. Lediglich der Pensionsfond wurde unter städtische Verwaltung gestellt. In den folgenden Jahrzehnten überwies der Stadtrat in unregelmäßigen Abständen größere Geldbeträge, die zumeist aus Stiftungen stammten, in diesen Fonds.¹⁴ Daß ein Orchester durch die Stadt zu finanzieren sei, befand sich zu dieser Zeit noch jenseits des Vorstellungsvermögens der Stadträte. Alle Institutionen – mit Ausnahme der Armenfürsorge – mußten sich selbst tragen, bzw. mit geringen Subventionen auskommen.

Den Plan, das Gewandhausorchester zu kommunalisieren, entwickelte als erster der Thomaskantor Wilhelm Rust.¹⁵ Dieser schrieb im Jahre 1885: »Richtige praktische Verhältnisse sind angebahnt, aber noch nicht vollendet. Wenn unser Orchester in Kirche, Konzert und Theater dienen soll, dann ist es richtig und praktisch, daß der hohe Rath Anstellungs- und Entlassungsbehörde ist. Vollendet ist das Verhältniß aber noch nicht, wenn die Anstellungsbehörde nicht zugleich auch die allein-zahlende ist. Es fehlt ferner in den dienstlichen Vorkommnissen der Centralpunkt, in welchem sich alle Fäden des weitläufigen Dienstes vereinigen müßten, um geordnet zu werden. Das kann nur durch eine Intendanz geschehen, die einen Zweig der städtischen Verwaltung bilden würde... So halte ich das auch für Vorurtheile, wenn freie Städte auf dem Gebiete der Kunst das nicht wagen wollen, was seit Jahrhunderten jeder Fürst thut.«¹⁶ Rust entwickelte damit als erster Vorstellungen darüber, wie eine Kommunalisierung des Gewandhaus-Orchesters aussehen könnte. Die Ursache für dieses Vorhaben lag in der schlechten finanziellen Stellung der angestellten Musiker. Das Orchester hatte – wie dies Rust ausführte – umfangreiche Verpflichtungen für die Stadt, wurde dafür aber nur ungenügend entlohnt. Allein von den Einnahmen aus der Orchestertätigkeit konnte ein Musiker seinen Lebensunterhalt jedoch nicht bestreiten, so daß er auf nebenberufliche Tätigkeiten – wie die eines Musiklehrers etc. – angewiesen war, diese aber nur in dem Umfange ausüben konnte, wie die Spielzeiten des Orchester es ihm gestatteten. Deshalb waren die Mitglieder des Gewandhausorchesters an einer Übernahme in städtische Dienste sehr interessiert, weil sie sich davon in erster Linie höhere und sicherere Gehälter versprachen. So hieß es in einer Eingabe von 1911 an den Rat: »Es bleibt in der Tat den meisten Mitgliedern unserer Körperschaft für Kleidung, Erziehung, Gesundheitspflege und die vielen in einem Haushalt und für die Interessen des Berufs sich nötig machenden Nebenausgaben so gut wie nichts übrig, und selbst

¹⁴ H.-J. Nösselt, *Das Gewandhausorchester. Entstehung und Entwicklung eines Orchesters*, Leipzig 1943, S. 136, 179.

¹⁵ Wilhelm Rust (1822–1892), wirkte ab 1880 als Thomaskantor. Zu seiner Biographie siehe ADB Bd. 53, Leipzig 1907, S. 653/654.

¹⁶ Zit. n. H.-J. Nösselt (s. A 16), S. 207.

für diejenigen, die nach 20jähriger Dienstzeit das Endgehalt erreicht haben, ist dieses zur Führung eines bescheidenen Haushalts in einer Großstadt wie Leipzig nicht mehr ausreichend.«¹⁷

Den ersten Schritt zur Kommunalisierung des Gewandhausorchesters unternahm der Stadtrat im Jahre 1896 im Zusammenhang mit der Einführung einer neuen Besoldungsordnung für das Orchester. Der Rat erklärte sich bereit, jährlich 12 000 Mark als Zuschuß bereitzustellen, nachdem eine Wahrscheinlichkeitsberechnung ergeben hatte, daß dieser Zuschuß ausreichen würde und die Stadt keine Verpflichtungen einging, die sich erheblich erhöhen würden. Es wurde eine Orchesterbesoldungskasse gegründet, die – und das war neu – von der Stadtkasse verwaltet wurde, und von der die monatlichen Einzelgehälter ausgezahlt wurden. Schnell zeigte sich jedoch, daß die Wahrscheinlichkeitsberechnung falsch war, da sich bereits 1902/03 ein großes Defizit auftrat. Der Rat deckte dieses aus Mitteln der Brandtstetter-Stiftung, und – was erstaunlich war – zog sich nicht aus der Finanzierung des Orchesters zurück, sondern engagierte sich stärker.¹⁸

Eine Umfrage des Statistischen Amtes der Stadt Nürnberg aus dem Jahre 1911 an 14 deutsche Städte über die Verhältnisse ihrer Orchester ergab, daß Leipzig die einzige Stadt war, die das Städtische Orchester nicht in städtische Verwaltung übernommen hatte. Die Einordnung des Orchesters in den Kommunaldienst wurde ausgelöst durch die 1913 eingeführte reichsgesetzliche Versicherungspflicht. »Eine Befreiung von ihr kann für die Orchesterglieder allerdings dadurch erwirkt werden, daß ihnen der Rat aus städtischen Mitteln Anwartschaft auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung gewährt. Dieses ›Geschenk‹ an das Orchester nimmt der Rat 1915 auch in Aussicht, jedoch nur gegen Überlassung des Pensionsfonds. Er soll bis auf einen Teil, der dem Orchester als Fonds für Ergänzungszahlungen belassen werden soll, der Stadt übereignet werden. Nachdem sich die Stadtverordneten endlich 1919 damit einverstanden erklärt haben, beschließt der Gesamtrat am 1. April 1920 die unmittelbare Übernahme des Orchesters in den Dienst der Stadt und für den 1. April 1921 seine Einbeziehung in die Ruhegehaltsordnung der städtischen Angestellten.«¹⁹

Im Zuge jener Kommunalisierung erhielten die Orchestermitglieder 1925 die Erlaubnis, die Amtsbezeichnung »Stadtkammermusiker« bzw. »Stadtkammervirtuos« zu führen. »Das Orchester selbst hatte die Behörde darum angegangen, nicht aus Titelsucht, sondern um einer Angleichung an die Dresdener Staatskapelle willen. War früher der Titel eines Kammermusiklers eine fürstliche Auszeichnung gewesen, jetzt sollte Staat und Stadt das Recht zugesprochen sein, sich der Dienstbezeichnung zu bedienen, um die Repräsentanten des öffentlichen Musikwillens zu kennzeichnen.«²⁰

¹⁷ Ebda., S. 211.

¹⁸ Ebda., S. 207–209.

¹⁹ Ebda., S. 224–225.

²⁰ Ebda., S. 225.

Nach der Beschreibung der Kommunalisierung des Orchesters soll es nun um die Finanzierung des Gewandhaus-Neubaues in den 1880er Jahren gehen. An diesem Beispiel soll gezeigt werden, wie die Errichtung von kulturellen Einrichtungen im 19. Jahrhundert finanziert wurde.

Bereits im Jahre 1865 hatte Wilhelm Seyfferth²¹ in einer als Manuskript gedruckten Broschüre sein Bauprogramm für ein neues Haus vorgelegt.²² Der Neubau, der nötig geworden war, weil die alte Spielstätte viel zu klein geworden war, wurde jedoch erst 1882 auf einem unweit des Johannaparks gelegenen Grundstück, das die Stadt unentgeltlich zur Verfügung stellte, begonnen. Es wurde zum Kristallisationspunkt für die Entstehung eines neuen Stadtteiles – des Musikviertels mit seinen Repräsentativbauten vom Reichsgericht über die Universitätsbibliothek bis hin zum Konservatorium. Die Kosten für den Bau wurden auf drei verschiedenen Wegen aufgebracht: a) durch 500 Stiftungsanteile in Höhe von jeweils 500 Mark »ohne Anspruch auf Verzinsung«, nur mit dem Vorrecht, einen ständigen Platz wählen zu dürfen«, b) durch 460 Anteilscheine in Höhe von jeweils 1000 Mark »mit einer Verzinsung von 2 Prozent, in Gegen-Abonnementskarten zahlbar« sowie c) durch einen Kapitalanteil über 400 000 Mark aus der Grassi-Stiftung.²³ Das nötige Kapital zum Neubau des Gewandhauses wurde mittels Stiftungskapital von den Bürgern der Stadt Leipzig zur Verfügung gestellt. Innerhalb kurzer Zeit war es dem Gewandhaus-Direktorium gelungen, von diesen über 760 000 Mark zu mobilisieren. Daß diese Summe jedoch nicht die gesamten Baukosten abdeckte, beschloß der Stadtrat, einen Teil des Grassischen Vermögens²⁴ für den Neubau aufzuwenden.²⁵ Das Gewandhaus wurde ausschließlich aus »privaten« Stiftungsmitteln ohne einen Zuschuß seitens der Stadt errichtet. Hier deutet sich eine Einstellung der Bürgerschaft zu ihren Aufgaben und Pflichten innerhalb der Kommune an, die beim Aufbau des Kunstmuseums noch zu diskutieren sein wird.

²¹ Wilhelm Theodor Seyfferth (1807–1881), nach der Einführung der Städteordnung von 1831 war er der erste Stadtverordnetenvorsteher, 1849–1856 Mitglied des Stadtrates, 1852–1881 Mitglied des Konzert-Direktoriums.

²² Vgl. hierzu M.E. Menninger (s. A 11), S. 240 ff.

²³ E. Kneschke, Hundertundfünfzigjährige Geschichte der Leipziger Gewandhaus-Concerte 1743–1893, Leipzig/New York 1893, S. 147; E. Creuzburg, Die Gewandhaus-Konzerte zu Leipzig 1781–1931, Leipzig 1931, S. 116.

²⁴ Franz Dominic Grassi (gest. 14. 11. 1880) hatte die Stadt zur Erbin seines gesamten Nachlasses – das Vermögen belief sich auf über 2,3 Millionen Mark – eingesetzt mit der Bedingung, daß das Geld verwendet werden sollte für »Annehmlichkeiten und Verschönerungen der Stadt«. Vgl. hierzu G. Wustmann, Die Gewandhauskonzerte, Leipzig 1884; Stiftungsbuch der Stadt Leipzig (s. A 6), S. 528 f.; M. E. Menninger, Städtische Kunstförderung, das sächsische Unternehmertum und der kaufmännische Geist Leipzigs am Beispiel des Grassi-Museums 1880–1900, in: U. Hess / M. Schäfer (s. A 1), S. 97–105.

²⁵ Das Neue Gewandhaus in Leipzig, Berlin 1887, S. 1/2.

3. Das Städtische Museum

Am 16. Februar 1837 gründeten namhafte Leipziger Bürgern wie Carl Lampe,²⁶ Gustav Harkort,²⁷ Heinrich Brockhaus,²⁸ Hermann Härtel²⁹ und Maximilian Speck-Sternburg³⁰ – um nur einige zu nennen – den Leipziger Kunstverein in der Form einer Aktiengesellschaft, mit dem Ziel, alle zwei Jahre Ausstellungen von Werken lebender Künstler zu organisieren und Kunstwerke anzukaufen, um sie zur Bildung eines Museums der Stadt Leipzig zu verwenden. Das explizite Ziel, ein *Städtisches Kunstmuseum* zu errichten, unterschied den Leipziger Kunstverein von denen anderer deutscher Großstädte, die sich auf die Begründung einer Aktien- und Verlosungsgesellschaft beschränkten.³¹

²⁶ Carl Lampe. Zu seiner Biographie vgl. K. Hommel, Carl Lampe. Ein Leipziger Bildungsbürger, Unternehmer, Förderer von Kunst und Wissenschaft zwischen Romantik und Kaiserreich (unveröff. Diss.), Berlin 1998.

²⁷ Gustav Harkort (1795–1865), siedelte sich 1820 in Leipzig an und gründete hier mit seinem Bruder das Handels- und Exporthaus Carl und Gustav Harkort. 1843 errichteten die Brüder eine Eisengießerei und eine Anstalt für Galvanoplastik. Er beteiligte sich 1838 an der Gründung der Leipziger Bank und der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt (ADCA) im Jahre 1856, deren vollziehender Direktor er wurde. Mit Wilhelm Seyfferth, Albert Dufour und Carl Lampe finanzierte er den Bau der ersten deutschen Fernbahnstrecke von Leipzig nach Dresden und war für die Liberalen Abgeordneter des sächsischen Landtages. Zu seiner Biographie vgl. NDB Bd. 7, Berlin 1966, S. 677/678. Vgl. auch H. Zwahr, Anpassung durch Imitation und Innovation als ständiges unternehmerisches Wagnis. Carl und Gustav Harkort in Leipzig in Briefen an ihren Vater Johann Caspar Harkort IV. und ihren Bruder Johann Caspar Harkort V. (1815–1865), in: H. Zwahr, Revolutionen in Sachsen. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte, Weimar/Köln/Wien 1996, S. 203–229.

²⁸ Heinrich Brockhaus (1804–1874), übernahm 1824 den Verlag des Vaters, 1848 war er Mitglied des Frankfurter Vorparlaments, 1858 engagierte er sich für die Gründung des Nationalvereins. Er gehörte dem Leipziger Stadtparlament an. Zu seiner Biographie vgl. NDB Bd. 2, Berlin 1955, S. 624–625.

²⁹ Hermann Härtel (1803–1875), 1835 übernahm er gemeinsam mit seinem Bruder den väterlichen Verlag (Breitkopf und Härtel). Vgl. ADB Bd. 3, Leipzig 1876, S. 296–303.

³⁰ Maximilian Speck von Sternburg (1776–1856). »Aufgewachsen als Sohn armer Eltern, rückte er vom Kommiss zum Geschäftsteilhaber in Leipzig auf. Zahlreiche Reisen führten ihn in der Zeit der napoleonischen Kriege durch England, Frankreich, Belgien und Holland, wo er nicht nur marktwirtschaftliche Kenntnisse erwarb, sondern auch den Grundstock zu seiner Kunstsammlung legte, für die sich in den vielen während der Revolution aufgelösten adeligen Sammlungen günstige Möglichkeiten boten. 1821 erwarb er das Rittergut Lützschena, das er zu einem nach wissenschaftlichen Grundsätzen arbeitenden Musterbetrieb für Schafzucht aufbaute. Als Grundherr war er einer der ersten in Sachsen, der die Abschaffung aller auf dem Landbesitz ruhenden Natural- und Geldabgaben einführte und sich für soziale Verbesserungen einsetzte, was auf der anderen Seite eine scharfe Ausbeutung seiner Landarbeiter und patriarchalische Herrschaft über alle Lebensbereiche miteinschloß.« Vgl. dazu: B. Rotbauer, Vom Stiftermuseum zur modernen Kunstsammlung. Bausteine zur Sozialgeschichte der Kunststiftungen in Leipzig, in: 150 Jahre Museum der bildenden Künste 1837–1987, Leipzig, S. 25; Zu seiner Biographie vgl. ADB Bd. 35, Leipzig 1893, S. 78.

³¹ J. Vogel, Das Städtische Museum zu Leipzig, Leipzig 1892, S. 28; Vgl. D. Gleisberg, Zwischen Progress und Konvention, in: 150 Jahre Museum (s. A 30), S. 5; Zur Geschichte des Kunstvereins zuletzt: A. Müller, Der Leipziger Kunstverein und das Museum der bildenden Künste. Materialien einer Geschichte (1836–1886/87), Leipzig 1995; K. Hommel (s. A 26), S. 118 ff.

Die von dem Verein ausgegebenen Aktien zu jeweils 3 Talern wurden dem Vereinsvorstand von der Leipziger Bürgerschaft fast aus den Händen gerissen. Innerhalb weniger Tage wurden über 500 Aktien gezeichnet. Bis zum 9. November 1837 zählte man 1474 Aktien, die sich in den Händen von 981 Mitgliedern befanden. Von diesen waren 649 Bürger Leipzigs, während 332 nicht aus Leipzig stammten – darunter befanden sich auch 24 Adlige. Die Einnahmen des ersten Geschäftsjahres, die sich aus den Aktienerträgen und den Eintrittsgeldern für die veranstaltete Ausstellung zusammensetzten, beliefen sich auf 7673 Taler, wovon 1408 Taler der Museumskasse überwiesen werden konnten.³²

»Gustav Moritz Clauss und Max Speck-Sternburg waren als umsichtige und geschickte Sammler bekannt, Gustav Harkort erfreute sich des Rufes eines bewährten Geschäftsmannes, der als Hauptbegründer der Leipzig-Dresdener Eisenbahn in der Verfolgung weitgehender Pläne rastlose Energie an den Tag gelegt hatte. Die Seele des Ganzen waren aber Carl Lampe und Hermann Härtel. Lampe (geboren in Leipzig 1804) war in einer Atmosphäre aufgewachsen, die seine Liebe zur bildenden Kunst schon frühzeitig erweckte, da der Vater im Besitz einer angesehenen, über zweihundert Bilder umfassenden Sammlung war. Seine kaufmännische Bildung hatte er in Hamburg, Bordeaux und Marseille erlangt, und frühzeitig hatte er nach dem Tode des Vaters die drei Geschäfte in Leipzig, Zwickau und Berlin übernommen. Aber trotz seines Berufes als Kaufmann war sein ganzes Leben der Öffentlichkeit, der Erreichung gemeinnütziger Zwecke gewidmet. Mit Großmann war er 1832 Mitbegründer des Gustav-Adolf-Vereins, später rief er mit den Turnverein ins Leben, und auch an der Gründung der Leipzig-Dresdener Eisenbahn hatte er einen wesentlichen Anteil.«³³

Im Kreis der Kunstvereins-Gründer lassen sich nach Rothbauer zwei Generationen erkennen: Die erste Generation war die der im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts Geborenen. Hier fanden sich Gelehrte, Akademiker, Buchhändler und Gutsbesitzer wie Johann Gottlob von Quandt.³⁴ Letztere waren »Vertreter des Neuadels, Söhne von Bürgerlichen, die nach dem 7jährigen Krieg als Käufer von Rittergütern auftraten.« Aus diesem Kreis ragt Maximilian Speck von Sternburg, den Rothbauer als den »Prototyp eines self-made-man« bezeichnete, heraus. Diese Generation verband Geschäftsgeist, Intellekt und künstlerische Interessen miteinander. Ein Teil von ihnen durchlief einen sozialen Aufstieg aus eigener Kraft und erwarb daraus Selbstbewußtsein. Sie stifteten, weil sie Bürgerlichkeit erwerben wollten, aber auch weil sie unter dem Einfluß feudaler Leitbilder standen.³⁵

³² J. Vogel (s. A 31), S. 29.

³³ Ebda., S. 31.

³⁴ Johann Gottlob von Quandt (1787–1859), wurde 1820 geadelt, 1830 kaufte er das Rittergut Dittersbach. Zu seiner Biographie vgl. ADB Bd. 27, Leipzig 1888, S. 11–12.

³⁵ Vgl. B. Rothbauer (s. A 30), S. 25/26.

Von dieser ersten Gruppe hob sich deutlich die Generation ihrer um 1800 geborener Söhne ab – »Männer von Bildung, Kapital und Ansehen«.³⁶ Carl Lampe, Gustav Harkort, Gustav Moritz Clauss,³⁷ Adolph Heinrich Schletter³⁸ und Heinrich Brockhaus – um nur einige zu nennen – gehörten dem Leipziger Handelsbürgertum an. »Die meisten von ihnen waren in einer oder der anderen Weise an der beginnenden industriellen Revolution der dreißiger Jahre beteiligt: Das väterliche Kapital wurde in industrielle Unternehmungen wie den Steinkohlenbergbau um Zwickau, Kammgarnspinnereien, Maschinenfabriken oder Druckerei-Großbetriebe gesteckt. Die Söhne der Großkaufleute wurden gleichzeitig die ersten Aktionäre der 1838 gegründeten Leipziger Bank und der Leipzig-Dresdener Eisenbahngesellschaft. Durch diese Umwandlung des Handelskapitals in produktives Industriekapital, die Verwandlung der Kaufleute in Unternehmer, kam in der ersten Jahrhunderthälfte jener ungeheure Kapitalzuwachs zustande, der sich später nicht zuletzt in den enormen Summen der Vermächtnisse manifestierte.«³⁹ Nach Menninger waren jedoch 44 Prozent der Mitglieder des Leipziger Kunstvereins zwischen 1850 und 1870 der Handelsbourgeoisie, aber nur 7 Prozent der Industriebourgeoisie zuzurechnen. Weitere 15 Prozent waren Beamte, 7 Prozent gehörten den freien Berufen (Rechtsanwälte etc.) an, 15 Prozent waren Akademiker und 11 Prozent Ärzte, Lehrer etc.⁴⁰

Rothbauer interpretierte das Engagement der wohlhabenden Bürger für kulturelle Einrichtungen lediglich als »ein Instrument der Selbstdarstellung«.⁴¹ Dies war es zweifelsohne, aber darüber hinaus diente es den Unternehmern, ihren Anspruch auf »Bürgerlichkeit«, auf einen Platz in der stadtbürgerlichen Gesellschaft zu erringen und zu bestätigen. Der »Bürger« des 19. Jahrhunderts galt, wie das Nolte für Baden feststellte, weniger als eine soziale oder rechtliche Kategorie, sondern als eine ganz spezifische Eigenschaft. Bürger zu sein bedeutete »Bürgertugend und Gemeingeist zu besitzen, sich für die öffentlichen Angelegenheiten zu engagieren«.⁴² In zeitgenössischen Lexika galt der Gemeingeist als »die von den Mitgliedern eines gemeinen Wesens oder einer Gesamtheit derselben liebend zugewandte Gesinnung, die Richtung des Gemüthes auf die Verfolgung allgemeiner oder gemeinsamer... Interessen« Gemeingeist spornte den Bürger an »zu reger und thätiger Theilnahme an allen Angelegenheiten des gemeinen Wesens, sei es durch bedachtsame und treue Ausübung des

³⁶ Ebda., S. 26.

³⁷ Gustav Moritz Clauss (1796–1871).

³⁸ Adolph Heinrich Schletter (1793–1853), er übernahm 1814 das von seinem Vater begründete Geschäft (eine französische Seidenhandlung), 1849 zog er sich ins Privatleben zurück. Zu seiner Biographie vgl. ADB Bd. 31, Berlin 1890, S. 465–466.

³⁹ B. Rothbauer (s. A 30), S. 26.

⁴⁰ M. E. Menninger (s. A 11), S. 94.

⁴¹ B. Rothbauer (s. A 30), S. 26.

⁴² P. Nolte, Gemeindeliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden 1831–1855, in: HZ 1991, S. 59–93, hier S. 77.

Stimmrechts, sei es durch Belehrung, Warnung, Befeurung der Mitbürger, sei es durch patriotische Gaben aller Art, durch Opfer von Zeit, Kraft oder Gut, überhaupt durch nimmer ermüdenden Eifer in Rath und That.«⁴³

Eine Stiftung erfüllte in diesem Zusammenhang eine integrierende Funktion. Sie erhielt somit oft auch den Charakter eines »Eintrittstickets« in die stadtbürgerliche Gesellschaft und konnte dem Stifter darüberhinaus den Zugang zu den begehrten »führenden Kreisen« ebneten. Zum Bürger »im zeitgenössisch-emphatischen Sinne wurde der erfolgreiche Bankier, Kaufmann, Fabrikant, Gastwirt oder auch Handwerker erst durch sein beständiges Engagement für das städtische Gemeinwesen, in Politik und Vereinen, durch Spenden und Stiftungen, eben durch seinen bürgerlichen Gemeinsinn und seine Bürgertugend.«⁴⁴ Über eine Stiftung erwarb oder bestätigte der Unternehmer, der Kaufmann oder der Rechtsanwalt *Bürgerlichkeit*. Er zeigte damit sein Verantwortungsbewußtsein für die Gemeinschaft und ordnete sich damit der bürgerlichen Führungsschicht, die diese Verantwortung für die Kommune als ihre uralteste Aufgabe betrachtete, zu. Nur die Bürger – so ihr Selbstbild – waren in der Lage, die Sorge für das Gemeinwohl zu übernehmen. Insbesondere diejenigen *Aufsteiger*, die nicht aus Leipzig stammten, sondern erst im Zusammenhang mit der Industrialisierung aus anderen Regionen zugewandert waren, wußten den Wert einer Stiftung als Instrument zur Etablierung im Leipziger Bürgertum zu schätzen.

Dies mag nun so klingen, als ob die Stiftung hier nur als ein Mittel betrachtet wird, mit dem Anerkennung und Bürgerlichkeit erkaufte wurde. Es kann und soll den Stiftern nicht abgesprochen werden, daß sie wohlwollend wirken wollten, um die Funktionsfähigkeit der Kommune zu gewährleisten. Denn es darf nicht vergessen werden, daß bis zur Jahrhundertwende die Kommunen nur deshalb funktionierten, weil sich die Bürger finanziell und persönlich für ihre Kommune engagierten. Stiftungen sind Ausdruck individuellen sozialen Handelns. Die Stifter stehen jedoch nicht isoliert, sondern sind Teil eines Personenverbandes. »Die Stadt erscheint aus dieser Sicht als Geflecht verantwortlich handelnder Personen, das in seiner jeweiligen Zusammensetzung die gesamtstädtische Entwicklung beeinflusste.«⁴⁵

Betrachteten die als Stifter auftretenden Bürger ihr Handeln als privat oder kommunal? Sahen sie in ihrem finanziellen Engagement eine private Finanzierung? Denkt man die von Ludwig vorgeschlagene Stadt-Definition konsequent zu Ende, dann war für die Bürger die *Stadt* nur über ihr Handeln existent. Eine Unterscheidung in private und kommunale Einrichtung hat es dann nicht gegeben. Dies erklärt die Benennung des Kunstmuseums und des Gewandhausorchesters als *städtisch*, obwohl sie – nach

⁴³ C. von Rotteck, Gemeingeist, in: C. von Rotteck / C. Th. Welcker, Staats-Lexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften Bd. 6, Altona 1845–48, S. 448–452.

⁴⁴ D. Hein, Das Stiftungswesen als Instrument bürgerlichen Handelns, S. 84.

⁴⁵ A. Ludwig, Die sozialen Stiftungen der Stadt Charlottenburg und ihre Träger im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jb. des Landesarchivs Berlin 1993, S. 64.

unserem heutigen Verständnis – als private Einrichtungen gelten würden. Letztlich stellt sich die Frage, ob der Terminus *Kommunalisierung* für die Übernahme kultureller Einrichtungen in städtische Verwaltung nach der Jahrhundertwende richtig gewählt ist. Denn *kommunal* oder *städtisch* waren diese Einrichtungen zumindest in dem Denken der Stifter und Financiers schon davor. Was sich verändert, ist das Verständnis von Stadt. Diese ist nun nicht mehr ein Personenverband von verantwortlich handelnden Bürgern, sondern eine bürokratisch organisierte und differenzierte Verwaltungskörperschaft.

Ein Museum oder eine Ausstellung eignete sich besser als etwa das Gewandhausorchester, um Stiftungen öffentlichkeitswirksam zu inszenieren. Wenn ein wohlhabender Bürger einen ansehnlichen Betrag zum Pensionsfonds des Gewandhausorchesters spendete, dann brachte ihm dies nur kurzfristig die Aufmerksamkeit und Anerkennung der Bürgerschaft ein. Anders bei Stiftungen in Form von Gemälden oder anderen Kunstgegenständen für ständige Ausstellungen. Dort wurde unter dem gespendeten oder gestifteten Objekt immer der Name des Schenkers oder Stifters angebracht, wo er über Jahrzehnte – in vielen Fällen über seinen Tod hinaus – für alle lesbar war. Daher erfuhr das Kunstmuseum ein ungebrochenes Interesse. »Das äußerte sich besonders dadurch, daß gleich in den ersten Jahren das Museum mit einer Reihe von Vermächtnissen bedacht wurde und sich so ein Brauch herausbildete, der für die Entwicklung und Erweiterung der Kunstsammlungen einer der wichtigsten Faktoren geworden ist. So hinterließ 1839 der Oberhofgerichtsrat Dr. Blümner dem Kunstverein ein Legat von fünfhundert Talern zum Ankauf eines Kunstwerkes für das Museum oder zu sonstiger Verwendung.«⁴⁶

In seinen Satzungen hatte der Kunstverein sich verpflichtet, daß »wenn die erworbenen Kunstwerke die Zahl 20 erreicht haben würden«, die Generalversammlung deren Abgabe zur Bildung eines »städtischen Museums« beschließen sollte. Diese Zahl war bereits 1846 weit überschritten worden. Daher wandte sich der Verein an den Stadtrat mit der Bitte, ihm Räume in einem städtischen Gebäude zur Verfügung zu stellen, in denen das Museum eingerichtet werden könnte. Im darauffolgenden Jahr stellte der Rat das erste Stockwerk im Westflügel der ersten Bürgerschule bereit. Zwischen Rat und Kunstverein wurde dazu ein Vertrag geschlossen. In diesem hieß es: »1) Der Rat gewährt dem Kunstverein für das von diesem begründete städtische Museum unentgeltlich ein geeignetes Lokal ... 2) Der Kunstverein überweist dagegen die für das Museum angekauften, durch Schenkung, Vermächtnis oder sonst erworbenen Kunstgegenstände sofort der Stadt, so daß sie schon jetzt in deren unbeschränktes Eigentum übergehen, jedoch nie anders als für ein städtisches Museum verwendet werden können. In gleicher Weise und unter gleichen Bedingungen werden die künftig für das Museum zu erwerbenden Kunstgegenstände, und zwar, was die

⁴⁶ J. Vogel (s. A 31), S. 32.

vom Kunstverein anzukaufenden anlangt, so lange die Bestimmungen der Statuten keine Änderung erleiden, Eigentum der Stadt.«⁴⁷ Der Kunstverein übergibt das von ihm erworbene bzw. ihm geschenkte Eigentum ohne große Bedenken der Stadt und erhält dafür als einzige Gegenleistung die Bereitstellung von Ausstellungsräumen. Dies scheint wieder auf die bereits diskutierte fehlende eindeutige Trennung zwischen *kommunalem* und *privatem* Vereinseigentum hinzudeuten. Vor dem Hintergrund der von Ludwig vorgeschlagenen Stadt-Definition für das 19. Jahrhundert erscheint dieses Vorgehen jedoch plausibel, da sich die in dem Kunstverein zusammengeschlossenen Bürger als integraler Bestandteil der Kommune begreifen und das Eigentum des Kunstvereins für sie schon *kommunales Eigentum* ist. Mit diesem Vertrag setzt die – wenn wir an dem Begriff festhalten wollen – *Kommunalisierung* des Kunstmuseums ein.

Den zweiten Schritt auf dem Wege der Kommunalisierung des Kunstmuseums ging die Stadt mit der Städteordnung von 1873, die eine Klärung des Verhältnisses zwischen Stadtverwaltung, Kunstmuseum und Kunstverein forderte.⁴⁸ Rat und Kunstverein unterzeichneten am 26. November 1877 eine Übereinkunft, die die Verwaltung des Museums »als eines der Stadt gehörigen Instituts« dem Stadtrat überantwortete und die Einflußmöglichkeiten des Kunstvereins beschnitt. Nach Menninger wurde das Kunstmuseum nun ein »städtisches Museum im eigentlichen Sinne des Wortes«. Das bedeutet konkret, daß die Stadt den Museumsdirektor anstellte und das Museum verwaltete. Das Gehalt für den Direktor und für seinen Assistenten oder Custos bezahlten der Kunstverein und die Stadtverwaltung gemeinsam im Verhältnis 2:3. Der Kunstverein behielt eine eingeschränkte Mitsprache für alle die Angelegenheiten des Museums betreffenden Beschlüsse des Direktoriums. Der Direktor des Museums war Mitglied des Vorstandes des Kunstvereins, durfte aber nicht zu dessen Vorsitzenden gewählt werden. Und der Kunstverein erhielt ein Mitspracherecht bei der Besetzung der Direktorenstelle.⁴⁹ Dieser Vertrag verwandelte den Kunstverein in einen Förderverein für das Kunstmuseum.

Den dritten Schritt auf dem Wege der Kommunalisierung bedeutete die Subventionierung des Museums durch den Stadtrat. Während bis zum Beginn der 1880er Jahre Ankäufe nur »aus dem Reinertrag aus den Einnahmen des Kunstvereins und aus Legaten ... gemacht werden konnten, hat seit dem Jahre 1886 der Rat der Stadt jährlich eine Summe von zehntausend Mark zur Vermehrung der Sammlungen in den Haushalt eingestellt.« Dazu kamen weiterhin private Gelder aus Vermächtnissen.

⁴⁷ Ebda., S. 36 f.

⁴⁸ Revidierte Städteordnung vom 24. April 1873, abgedruckt in: Die Gesetzgebung des Königreichs Sachsen, Dritter Band, Leipzig 1896, S. 178–192.

⁴⁹ Der Vertrag ist abgedruckt in: Verwaltungsbericht der Stadt Leipzig für das Jahr 1884, S. 129/130 (dort findet sich auf S. 126 ff. ein kurzer Abriß der Geschichte des Kunstmuseums); J. Vogel (s. A 31), S. 75–78; M. E. Menninger (s. A 11), S. 101 f.

Entscheidend war hier das Vermächtnis von Hermann Theobald Petschke.⁵⁰ Er vererbte der Stadt 500 000 Mark, um »dazu beizutragen, daß das schon jetzt der Stadt zur Ehre und Zierde gereichende Museum allmählich zu immer größerer Bedeutung gelange und in immer höherem Grade die Aufmerksamkeit und Beachtung der gesamten Kunstwelt auf sich ziehe.«⁵¹ Die Mittel, die ab 1886 dem Museum zur Verfügung standen, um Kunstgegenstände anzukaufen, kamen aus drei bzw. vier Quellen: 1. aus dem etatmäßigen Beitrag der Stadt (10 000 Mark), 2. aus den Zinsen der Petschke-Stiftung (ca. 20 000 Mark), 3. aus der vom Reinertrag des Kunstvereins aufgewendeten Summe (etwa 4000 Mark), 4. in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten kamen aus der Ferdinand Rhode-Stiftung 1500 Mark hinzu.⁵² Der Abschluß der Kommunalisierung des Museums wurde schließlich im Jahre 1909 erreicht.

Die Errichtung eines eigenen, nur für die Ausstellung von Gemälden gedachten Gebäudes war erst durch das Vermächtnis von Adolph Heinrich Schletter⁵³ möglich. Schletter, den Vogel mit Johann Friedrich Städel (Frankfurt), Wagener (Berlin), Johann Heinrich Richartz⁵⁴ und Ferdinand Franz Wallraf⁵⁵ (Köln) verglich, hinterließ der Stadt Leipzig seine umfangreiche Kunstsammlung sowie sein Hausgrundstück in der Petersstraße mit der Auflage, daß durch dessen Verkauf der Neubau eines Kunstmuseums innerhalb von fünf Jahren nach seinem Tode finanziert werden sollte. Für den Erweiterungsbau des Museums in den Jahren 1883–86 gewährte der Stadtrat aus dem Vermächtnis von Franz Dominic Grassi 600 000 Mark und gab aus dem Stadtvermögen 300 000 Mark dazu.⁵⁶

Nach der Eröffnung des neuen Museums erhielt dieses von zahlreichen Bürgern Schenkungen und Vermächtnisse. Der Regierungsrat Heinrich Dörrien vermachte dem Museum eine reichhaltige Sammlung von Handzeichnungen älterer Meister. Der Generalkonsul Gustav Moritz Clauss schenkte dem Museum 96 Ölgemälde, Heinrich Christian Demiani vererbte dem Museum seine 495 Blatt umfassende Sammlung von Aquarellen und Zeichnungen.⁵⁷ »Die schöne und edle Sitte bei letztwilligen Verfügungen des Museums zu gedenken, bürgerte sich, dank des hochherzigen Strebens,

⁵⁰ Dr. Hermann Theobald Petschke (1806–1888), seit 1833 Rechtsanwalt in Leipzig, 1865–1887 Mitglied des Direktoriums des Kunstvereins, seit 1869 als dessen Vorsitzender.

⁵¹ Zit. n. J. Vogel (s. A 31), S. 88; Stiftungsbuch der Stadt Leipzig, S. 603 f.

⁵² J. Vogel (s. A 31), S. 88–90.

⁵³ Zu seiner Biographie siehe ebda., S. 42–44; zu seinem Vermächtnis siehe Stiftungsbuch der Stadt Leipzig, S. 441.

⁵⁴ Richartz stiftete seiner Vaterstadt Köln das Geld für den Neubau eines städtischen Museums; vgl. ADB Bd. 28, Leipzig 1889, S. 421–423.

⁵⁵ Wallraf stiftete der Stadt Köln seine Kunstsammlung. Sie bildete den Grundstock des städtischen Museums und der Stadtbibliothek; vgl. ADB Bd. 40, Leipzig 1896, S. 764–766.

⁵⁶ J. Vogel (s. A 31), S. 42–53, 81; A. Müller (s. A 31), S. 86 ff.; M. E. Menninger (s. A 11), S. 96 ff.; K. Hommel (s. A 26), S. 145 ff.

⁵⁷ J. Vogel (s. A 31), S. 57 ff.; B. Rothbauer (s. A 30), S. 27; allgemein: A. Müller (s. A 31), S. 111 ff.

das sich für gemeinnützige Zwecke auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens regte, in den Kreisen der Kunstfreunde mehr und mehr ein.«⁵⁸

Doch dies hatte auch eine Kehrseite, da das Museum dazu angehalten war, alle Stiftungen und Schenkungen unabhängig von deren künstlerischem Wert anzunehmen und auszustellen. Das von Arnold Wilhelm von Bode⁵⁹ für Berlin ersonnene System der »gelenkten Stiftung« wurde zwar zum Teil auch auf die Messestadt übertragen, griff hier jedoch nicht so wie in der Hauptstadt. Eine erste Bereinigung der Kunstsammlungen erfolgte nach 1912. Julius Vogel sonderte die Gipsabgußsammlung aus, die er unter Protest der noch lebenden Stifter an Schulen und die Kunstakademie verteilte. Danach verbannte er die Bildnisse und Büsten der Stifter mit Ausnahme des Schletter-Bildnisses, die in der »Wohltäterhalle« aufgestellt worden waren, aus dem Museum. Dies hatte Auswirkungen auf die Bereitwilligkeit der Bürger, weiterhin als Stifter und Schenkgeber in Erscheinung zu treten. »Die Zeit des Stiftermuseums, die gekennzeichnet war von einer starken Identifizierung breiter bürgerlicher Schichten mit den Museumsangelegenheiten, war vorbei.«⁶⁰ Als sich der Fröbel-Verein Mitte der zwanziger Jahre beim Direktor Richard Graul darüber beschwerte, daß die von ihm dem Museum geschenkte Büste nicht öffentlich ausgestellt würde, beschied ihn Graul mit den Worten, »daß Geschenke zwar willkommen seien, die Schenker jedoch keinerlei Bedingungen über Aufstellungen und dergleichen zu stellen hätten.«⁶¹

»Für das Museum der bildenden Künste ergeben sich im Verhältnis zwischen Kauf und Geschenk als Erwerbungsart für die verschiedenen Zeiten folgende Zahlen: Von 1837 bis 1887 kamen 83% der Gemälde durch Geschenke ins Haus; von 1887 bis 1920 waren es 38%, von 1920 bis 1945 27%.«⁶² Wie aus diesen Zahlen deutlich wird, nahm das Engagement der Stifter für das Museum bereits ab den 1880er Jahren enorm ab. Dies deckt sich in etwa mit dem allgemeinen Rückgang der Stiftungen ab der Jahrhundertwende – also der Zeit, in der das tradierte Verständnis von Stadt als eines Personenverbandes von für die Gemeinschaft verantwortlich handelnden Bürgern abgelöst wurde durch ein modernes, nach dem die Stadt zu einer bürokratischen Verwaltungseinrichtung wurde. Dies hängt zusammen mit dem Ausbau der staatlichen und städtischen Aufgaben und der Übernahme von Funktionen, für die sich die Stadt bisher nicht verantwortlich fühlte. Die Einführung der staatlichen Sozialversicherungen schuf ein soziales Netz, das die bis dahin existierenden sozialen Stiftungen überflüssig machte, ihre Stifter verdrängte und den Bürger der Verantwortung für die Lösung der durch die Industrialisierung hervorgebrachten sozialen Probleme entthob. Diese Entwicklung griff auch auf das Gebiet der Förderung von Kunst und

⁵⁸ J. Vogel (s. A 31), S. 71.

⁵⁹ Vgl. NDB Bd. 2, Berlin 1955, S. 347/348.

⁶⁰ B. Rothbauer (s. A 30), S. 30.

⁶¹ Ebda., S. 31.

⁶² Ebda., S. 25.

Kultur über. Sie führte dazu, daß die bis dahin vorhandene »Stiftungsmentalität«⁶³ geschädigt oder gar zerstört wurde, und an dessen Stelle eine passive Haltung trat, nach der sich die bürgerlichen Pflichten im Steuern zahlen erschöpften und ein aktives Engagement für die Gemeinschaft nicht mehr nötig war, da der Staat bzw. die Kommune alle bisher durch das Stiftungswesen abgedeckten Aufgaben übernommen hatte. Eine Entwicklung die ihren Höhepunkt in der Gegenwart findet.

4. Die Bibliotheken

Am Ende des 19. Jahrhunderts verfügte Leipzig über eine große Zahl Bibliotheken, die nur in begrenztem Umfang der Öffentlichkeit oder nur für einen bestimmten Teil der Leipziger Bevölkerung zugänglich waren.⁶⁴ Zwischen 1543 und 1547 gelangte die Universität durch die im Zuge der Reformation aufgelösten Klöster in den Besitz kostbarer Klosterbibliotheken. Daraus entstand mit der Universitätsbibliothek die erste große Bibliothek Leipzigs. Die 1677 durch die Stiftung des Advokaten Huldreich Große begründete und 1711 für die Bürgerschaft eröffnete Leipziger Ratsbibliothek sammelte einen umfangreichen Buch-, Inkunabel- und Handschriftenbestand. In den folgenden zwei Jahrhunderten wurde durch weitere Stiftungen der Buchbestand der Stadtbibliothek erweitert und der Unterhalt der Bibliothekare gesichert.⁶⁵ »Die Bibliotheca Senatus Lipsiensis entwickelte sich im 18. Jahrhundert zum bürgerlichen Pendant einer fürstlichen Buch-, Kunst- und Raritätensammlung.«⁶⁶ Beide Bibliotheken waren ihrem Selbstverständnis nach wissenschaftliche Einrichtungen, die nicht für die breite Masse da sein wollten.⁶⁷ Ihre Zugänglichkeit blieb aufgrund der ungenügenden Erschließung durch Kataloge und eng begrenzte Öffnungszeiten stark eingeschränkt. Während die Universitätsbibliothek daher im Bewußtsein der Leipziger Öffentlichkeit keine wesentliche Rolle spielte,⁶⁸ besaß die Ratsbibliothek zumindest für die Selbstbestimmung und das Selbstwertgefühl des Leipziger Bürgertums eine enorme Bedeutung. »Das Leipziger Bürgertum, im Bewußtsein seiner wirtschaftlichen Stärke, hatte es nicht nötig, kulturell hinter der aristokratischen Dresdner Gesellschaft zurückzustehen. Theater und Orchester, die Kunstsammlungen und die Bi-

⁶³ W. Klötzer (s. A 1), S. 17.

⁶⁴ Vgl. für das folgende Th. Adam, »Was las der Arbeiter im Kaiserreich?« Die Leipziger Arbeiterbibliotheken zwischen 1861 und 1914, in: Mitteldeutsches Jb. für Kultur und Geschichte Bd. 5 (1998), S. 119–132.

⁶⁵ Stiftungsbuch der Stadt Leipzig (s. A 6), S. XXIII–XXIV.

⁶⁶ H.-Chr. Mannschatz, »... eine Zierde für die Stadt«. Bibliotheken, in: Leipzig als ein Pleißathen. Eine geistesgeschichtliche Ortsbestimmung, Leipzig 1995, S. 172–196, hier S. 174.

⁶⁷ H.-Chr. Mannschatz, Stadt und Bibliothek. Topographie einer Bibliothekslandschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Beispiel Leipzig (Vortrag zur 8. Jahrestagung des Wolfenbütteler Arbeitskreises für Bibliotheksgeschichte 2.–4. Mai 1994), S. 5.

⁶⁸ H.-Chr. Mannschatz (s. A 66), S. 174.

bliothek – all die berühmten, vom Hof initiierten und unterhaltenen Dresdner Kulturstätten, schuf sich das Leipziger Bürgertum aus eigener Kraft.«⁶⁹

Bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts waren öffentliche Leihbibliotheken noch nicht bekannt. Wer Bücher lesen wollte, mußte sich diese bei einem Buchhändler kaufen. Am Ausgang des 18. Jahrhunderts richteten findige Buchhändler sogenannten »Leihbibliotheken« ein. Für einen Groschen pro Buch und Woche konnte hier jeder, der es sich zu leisten vermochte, Bücher entleihen. Eine der ersten kommerziellen Leihbibliotheken wurde von dem Buchhändler Johann Gottlob Beygang 1795 in der Petersstraße eröffnet. Bis 1852 wuchs deren Zahl auf 32 Bibliotheken an.⁷⁰

Nach 1840 bereicherten die von Vereinen oder kommunalen Behörden in den sächsischen Städten eingerichteten Volksbibliotheken die Bibliotheken-Landschaft. Diese basierten auf den Ideen Karl Benjamin Preuskers.⁷¹ Dessen Volksbildungskonzept ging davon aus, daß »die Verbesserung der Lage der unteren Volksklassen allein durch Aus- und Weiterbildung ihrer einzelnen Angehörigen«⁷² erfolgen könne. »Die geistige Wandlung und Veredlung des Einzelnen sollte zur Überwindung der sozialen Gegensätze führen.«⁷³ 1848 gründeten Leipziger Bürger einen Volksbibliothek-Verein, der drei Jahre später die erste Volksbibliothek der Messestadt eröffnete. Die Finanzierung des Vorhabens wurde durch die Stiftung eines wohlhabenden Leipzigers gesichert. »Am 31. August 1850 verstarb in Leipzig der Gerichtsaktuar Christian Friedrich Gotthold Weinich. Er hinterließ ein ansehnliches Vermögen und verfügte testamentarisch, daß 1000 Taler zur Gründung einer öffentlichen und von jedermann unentgeltlich zu benutzenden Bibliothek in Leipzig zu verwenden sei.«⁷⁴ Aufgrund dieser Stiftung konnte die erste Leipziger Volksbibliothek 1851 in der Centralhalle am Place de repos (heute Dittrichring) eingerichtet werden.

Nachdem sich der Stadtrat entschlossen hatte – nach dem Vorbild Berlins –, keine eigenen Volksbibliotheken einzurichten, sondern Vereine zu fördern, die sich damit befaßten, erhielt der Volksbibliothek-Verein ab 1874 eine jährliche Unterstützung. Neben diesem richteten auch der aus dem Leipziger Zweigverein der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung hervorgegangene Verein für Volkswohl und der Verein für öffentliche Lesezimmer Bibliotheken ein. 1908 verfügten diese drei Vereine über insgesamt zehn Bibliotheken.⁷⁵

⁶⁹ H.-Chr. Mannschatz (s. A 67), S. 2; ders., (s. A 67), S. 5 ff.

⁷⁰ Ebda., S. 14 ff.

⁷¹ F. Marwinski, Karl Benjamin Preusker (1786–1871). Chronologie seines Lebens und Wirkens mit einer Bibliographie seiner Schriften und der über ihn erschienenen Literatur, Großhain 1986.

⁷² H.-Chr. Mannschatz, Am Anfang war Beygangs Museum, in: Leihbibliotheken Arbeiterbibliotheken Bücherhallen, Leipzig 1989, S. 16.

⁷³ Ebda.

⁷⁴ Ebda., S. 19.

⁷⁵ Ebda., S. 23–27.

Mit den Arbeitervereinigungen entstanden seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts auch die ersten »Arbeiterbibliotheken«. Der im Februar 1861 gegründete Gewerbliche Bildungsverein eröffnete zwei Monate später eine Bibliothek, die aus 350 gebundenen und 100 broschierten Büchern sowie 13 Zeitschriften bestand. Kein anderer als August Bebel wurde 1862 zum Vorsitzenden der Bibliothekskommission des Vereins gewählt. 1878 hielt die Bibliothek über 2040 Bände für ihre Leser bereit. Diese gingen dem Verein, der im selben Jahre auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst wurde, verloren. Als einzige Leipziger Arbeiterbibliothek konnte die des Arbeitervereins Thonberg vor der Beschlagnahmung durch die Polizei gerettet werden. Die Leser hatten alle Bücher mit nach Hause genommen und in ihren Wohnungen versteckt. Der ein Jahr später gegründete Fortbildungsverein für Arbeiter begann daher mit dem Aufbau einer Bibliothek erneut von vorn. Unterstützt wurde er durch zahlreiche Bücherspenden vor allem von Leipziger Buchhändlern. Besonders Wilhelm Friedrich, der Verleger der Jungdeutschen, spendete Bücher seines Verlages, so daß der Bücherbestand des Fortbildungsvereins von 574 im Jahre 1881 auf 1800 im Jahre 1890 anstieg. Zwischen 1894 und 1907 war die Bibliothek in »Deutrichs Hof« (Reichstr. 8) untergebracht. Nach der Errichtung des Volkshauses wurde ihr Bestand dorthin verlagert und bildete den Grundstock der neuen Zentralbibliothek. Neben der Bibliothek des Arbeitervereins hatten einzelne Gewerkschaften und die Ortsvereine der SPD mehr oder weniger große Bibliotheken aufgebaut. Die älteste Gewerkschaftsbibliothek Leipzigs besaß der »Fortbildungsverein für Buchdrucker zu Leipzig«. Diese wurde noch im Jahr der Vereinsgründung (1862) eingerichtet. Ein 1864 edierter Katalog verzeichnete 940 Bände. 1906 besaß diese Gewerkschaftsbibliothek insgesamt 38 000 Bände. 1884 richtete sich auch der Buchbinderverband eine eigene Bibliothek ein, die im Jahre 1902 über immerhin 860 Bände verfügte. Die dritte große Gewerkschaftsbibliothek war die des Metallarbeiterverbandes, die 1907 über 1425 Bände und 623 Leser zählte.⁷⁶

Daneben besaßen weitere 21 Gewerkschaften kleinere Bibliotheken. Im Jahre 1893 hielten alle Leipziger »Arbeiterbibliotheken« zusammen 2257 Bände für 572 Leser bereit. Ende 1907 bestanden in Leipzig und Leipzig-Land 55 Arbeiterbibliotheken mit einem Gesamtbücherbestand von 31 792 Bänden für eine Leserschaft von 8743.⁷⁷ Bis 1912 stieg die Zahl der Bibliotheken auf 59 und der Bücherbestand auf über 54 000 Bände, die von 16 015 Lesern gelesen wurden. Diese mußten gewerkschaftlich und politisch organisiert sein, um die Bibliotheken nutzen zu dürfen. Nur 16 Bibliotheken hatten ihre Bestände in eigenen Räumlichkeiten untergebracht.⁷⁸

⁷⁶ G. Hennig, Die Leipziger Arbeiterbibliotheken vor 20 Jahren und heute, in: Der Bibliothekar 1912, S. 388–391; H. Gebauer, Arbeiterbibliotheken in Leipzig, in: Leihbibliotheken Arbeiterbibliotheken Bücherhallen, Leipzig 1989, S. 31–41, hier S. 33.

⁷⁷ G. Hennig (Hrsg.), Jahrbuch für das Bibliothekswesen der Leipziger Arbeiterorganisationen, Leipzig 1911, S. 3–23.

⁷⁸ G. Hennig (s. A 76).

Nach der Gründung des Arbeiterbildungsinstitutes (ABI) im Jahre 1907 siedelte die Bibliothek des Arbeitervereins in das gerade neuerrichtete Volkshaus um. Sie bildete den Grundstock der neuen Zentralbibliothek. Diese wurde um die Bestände der kleineren Gewerkschaftsbibliotheken ergänzt und erweitert. Lediglich die drei großen Gewerkschaftsbibliotheken – des Buchdrucker-, Buchbinder- und Metallarbeiterverbandes – blieben bis 1933 als selbständige Einrichtungen bestehen.⁷⁹

Es brauchte nicht lange und die mangelnde Ausstattung der Stadt mit »neutralen« Volksbibliotheken wurde von konservativen Kreisen als Ursache des starken sozialdemokratischen Einflusses unter der Leipziger Arbeiterschaft benannt. Als sich 1910 der Vorsitzende des Bibliotheksausschusses des Vereins für Volkswohl, Schuldirektor Moritz Keller, an den Stadtrat wandte, um die Bewilligung einer einmaligen finanziellen Unterstützung von 2500–3000 Mark zur Einrichtung einer neuen Volksbücherei in Schleußig zu erhalten, argumentierte er, daß die von der SPD in den Vororten eingerichteten Leihbibliotheken eine »kräftige Entwicklung« genommen hätten und einen »starken Zuspruch« erführen.⁸⁰ Der Rat der Stadt war jedoch entgegen der bisher geübten Förderungspraxis nicht mehr bereit, der finanziellen Forderung Kellers nachzukommen und beauftragte den Leiter der Stadtbibliothek Ernst Kroker, die Grundzüge einer künftigen einheitlichen Gestaltung der Leipziger Volksbüchereien auszuarbeiten. Kroker verfaßte ein längeres Gutachten, das den Zustand der Leipziger Bibliotheken analysierte und Pläne für deren Ausbau entwickelte. Er schlug vor, die Zahl der Volksbibliotheken zu vermehren, deren Öffnungszeiten auszudehnen,⁸¹ die Gebühren für die Benutzung der Volksbibliotheken zu beseitigen⁸² und Lesehallen einzurichten. »Das Lesebedürfnis wächst im Herbst und Winter mit den immer früher hereinbrechenden Nächten; um aber das Lesebedürfnis befriedigen zu können, muß man nicht nur ein Buch, sondern auch ein warmes Zimmer und Licht haben. Viele haben das nicht und suchen das, was sie zu Hause nicht finden, in den bier- und tabakgeschwängerten Wirtschaften.« Insgesamt sollten in der Trägerschaft der Stadt vier mit Volksbibliotheken verbundene Lesehallen im Osten, Westen, Norden und Süden der Stadt eingerichtet werden. Bevor das Bibliothekswesen der Stadt weiter ausgebaut werden sollte, forderte Kroker, die bereits bestehenden Volksbibliotheken unter eine gemeinsame Verwaltung zu stellen.⁸³ Nach dem Gespräch zwischen Kroker und Keller vom 10. Februar 1911 gelangte Kroker zu der Ansicht, daß der Verein für Volks-

⁷⁹ Horst Gebauer, Zur Geschichte der Leipziger Arbeiterbibliotheken, in: Jb. der Deutschen Bücherei, 7. Jg. Leipzig 1971, S. 75–76.

⁸⁰ *StadtAL* Kap. 33 Nr. 10 Bd. 5 Bl. 1–3.

⁸¹ Die meisten Bibliotheken waren zu diesem Zeitpunkt wöchentlich dreimal geöffnet, zweimal an einem Wochentag von 19–21 Uhr, das dritte Mal am Sonntagvormittag nach der Kirche.

⁸² Die Einführung einer 10 Pfennig-Grundgebühr im Jahre 1903 führte zu einem Absinken der Leserzahl um 50%.

⁸³ *StadtAL* Kap. 33 Nr. 10 Bd. 5 Bl. 3–9.

wohl nicht im Stande sei, die Reorganisation der Volksbibliotheken aufzunehmen und durchzuführen. Daher kam er zu dem Schluß: »Es ist wohl notwendig, daß die Stadt selbst auf Grund der vom Verein für Volkswohl geschaffenen Einrichtungen den weiteren Ausbau des Volksbibliothekswesens übernehme, und es wird auch nicht zu umgehen sein, einen Mann besonders damit zu beauftragen.« Mit der Reorganisation des Leipziger Bibliothekswesens beauftragte der Stadtrat am 27. Februar 1912 Walter Hofmann.⁸⁴

Im Februar forderte der Stadtrat ein Gutachten über die Höhe der Ausgaben für Einrichtung und Unterhaltung der vier von Hofmann vorgeschlagenen Bibliotheken. Hofmann antwortete mit dem »Gutachten betreffend die Errichtung von Volksbibliotheken für die Stadt Leipzig«. Die städtischen Kollegien stimmten diesem Plan am 15. 1. 1913 zu. Noch im selben Jahre wurde Hofmann zum Leiter der Städtischen Bücherhallen berufen.⁸⁵

Die Stadtverordneten faßten in ihrer Sitzung am 15. Januar 1913 den prinzipiellen Beschluß, in den nächsten Jahren vier öffentliche Volksbibliotheken (Städtische Bücherhallen) zu errichten. Für die Einrichtung der ersten Bücherhalle in Leipzig-Reudnitz (Grenzstraße 3) – sie wurde noch 1914 eröffnet – bewilligten sie 51 000 Mark. Ihr folgte ein Jahr später die zweite Bücherhalle in der Zeitzer Straße 28. Ende der zwanziger Jahre zog sie in einen Neubau in der Steinstraße 56 um. Jede der Quartierbüchereien war für eine Leserzahl von maximal 4300 angelegt. Da in den folgenden Jahren bedingt durch Krieg und Inflation die weitere Verwirklichung des Projektes stockte, die Einwohnerzahl Leipzigs stetig im Steigen begriffen war und das Interesse am Bücherlesen wuchs, waren diese beiden Bücherhallen schon bald völlig überlastet. Trotz Einführung eines »bedingten Lesegeldes« und eingeschränkter Öffnungszeiten wuchs der Andrang zusehends. An den Ausleiheschaltern standen die Leser Schlange und einige Bücher waren ständig vergriffen, obwohl sie oftmals in 20 Exemplaren vorhanden waren. Damit wurde die Intention Hofmanns, der die Ausleihe individualisieren wollte, zunichte gemacht. Er drängte daher vehement auf die Errichtung der anderen zwei geplanten Bücherhallen im Westen und Norden der Stadt und entwickelte schon darüber hinausgehende Pläne zur Errichtung von »Peripheriebibliotheken«. 1925 wurde endlich die dritte Bücherhalle im Norden (Richtertstraße 3) und 1929 die vierte Bücherhalle im Leipziger Westen (Zschochersche Straße 14) eröffnet. Für die letzte wurde auf dem Gelände des alten Felsenkellers eigens ein Neubau errichtet, so daß diese das erste eigenständige Bücherhallengebäude der Stadt wurde.

⁸⁴ *StadtAL* Kap. 33 Nr. 10 Bd. 5 Bl. 11, 98–100.

⁸⁵ Vgl. zum Wirken Walter Hofmanns: D. Heinicke, Die städtischen Bücherhallen zu Leipzig unter Walter Hofmann. Bildungs- und kommunalpolitische Aspekte seiner Arbeit 1910–1933 (unveröff. Diplomarbeit), Leipzig 1983; P. Listewnik, Walter Hofmann als Repräsentant der deutschen Volksbildungsbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Leipzig 1986.

5. Zusammenfassung

Die Förderung von Kunst und Kultur im 19. Jahrhundert war nur möglich durch das überaus starke Engagement wohlhabender Bürger in den Kommunen. Über das Instrumentarium der Stiftung, Schenkung, Aktiengesellschaft oder Verein finanzierten sie die Erbauung und Unterhaltung von Museen und Ausstellungen ebenso wie soziale Einrichtungen wie Wohnstiftungen oder Krankenhäuser. Die dafür aufgewendeten Gelder stammten von Unternehmern und Bürgern, die zumeist durch die Industrialisierung ein Vermögen erworben oder erheblich erweitert haben und einen Teil von diesem wieder der Allgemeinheit zuführen wollten.⁸⁶ Darin sahen sie nicht nur eine Verpflichtung, sondern auch eine Chance, Anerkennung und Bürgerlichkeit zu erwerben. Die Motivation der Stifter war nicht nur dadurch bestimmt, sich selbst ein Denkmal zu setzen bzw. ihrer Familie einen Nachruhm zu sichern, sondern bestand vor allem darin, den sozialen Aufstieg mit einer gesellschaftlichen Anerkennung und Integration in die Bürgerschaft abzurunden. Für die wohlhabenden Bürger der Stadt des 19. Jahrhunderts war es selbstverständlich, Kapital zur Errichtung und der ständigen Erweiterung von Museen und Kunstsammlungen sowie für andere kulturelle Zwecke zu stiften, um damit das Ansehen ihrer Stadt zu heben und sich selbst als Teil der stadtbürgerlichen Gesellschaft zu legitimieren. Letzteres traf insbesondere dann zu, wenn sie nicht aus der jeweiligen Stadt stammten, sondern erst im Zuge der Industrialisierung aus anderen Regionen zugewandert waren und einen gesellschaftlichen Aufstieg erfuhren. Eine Stiftung erhielt somit oft auch den Charakter eines »Eintrittstickets« in die stadtbürgerliche Gesellschaft und konnte dem Stifter darüber hinaus den Zugang zu den begehrten »führenden Kreisen« ebnen.

Für die städtische Gemeinschaft des 19. Jahrhunderts war dieses bürgerliche Engagement unverzichtbar, da es andere als diese Förderungsmöglichkeiten noch nicht gab. Daß eine Stadt ein Orchester oder ein Museum finanzierte, war für die Bürger um die Mitte des 19. Jahrhunderts schlichtweg nicht vorstellbar. Für sie war dies keine Aufgabe, die von einer Stadtverwaltung zu leisten war. Dieses Selbstverständnis bildet sich erst allmählich heraus. Mit dem verstärkten Einsetzen sozialstaatlicher Intervention und der Ausdehnung jener Aufgaben die einer Kommune zugeschrieben wurden, verringerte sich die Bereitschaft der Bürger, Kapital für soziale oder kulturelle Zwecke bereitzustellen. Dies hing natürlich auch damit zusammen, daß die Verfügungsgewalt über die Stiftungsmittel – wie das Beispiel Kunstmuseums zeigte – zunehmend beschnitten wurden.

Wenn wir unter Kommunalisierung den Übergang von Institutionen aus privater in kommunale Trägerschaft verstehen, erfassen wir die Prozesse des späten 19. und

frühen 20. Jahrhunderts nicht adäquat. Es ging nicht einfach um eine Veränderung der Finanzierungspraxis, sondern um die Wandlung des Verständnisses, was kommunal bedeutet. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wandelt sich im Denken der Zeitgenossen die Vorstellung davon, was *Stadt* ist – weg von einer Gemeinschaft von Bürgern hin zu einem abstrakten, anonymen, differenzierten Verwaltungsapparat. Die Gründe für diesen Bewußtseinwandel liegen in der sozialstaatlichen Intervention, die unter Bismarck einsetzte, und der allmählichen Ausdehnung der Aufgabefelder, die nun dem Staat oder der Kommune zugeschrieben wurden. Die Protagonisten der Kommunalisierung finden sich wider Erwarten nicht (oder nicht nur) auf der Seite der Sozialdemokratie, sondern auf der Seite der bürgerlichen Parteien. Die Bestrebungen das Kunstmuseum zu kommunalisieren, waren von Anbeginn der Gründung des Kunstvereins nachweisbar. Doch zu dieser Zeit bedeutete kommunal noch etwas anderes als sieben Jahrzehnte später. Dennoch hielt der Kunstverein daran fest, weil er es als eine seiner Aufgaben auffaßte, das Ansehen der Stadt zu heben.

⁸⁶ Th. Adam, Allgemeine Ortskrankenkasse Leipzig 1887 bis 1997, Leipzig 1999, S. 32.

Alena Janatková

Inszenierung der Nation und staatliche Repräsentation Architektonische Programmatik in Prag 1895 und Brünn 1928

1. Einführung

Hauptstädte und regionale Metropolen Ostmitteleuropas, Ende des 19. Jahrhunderts zu Zentren nationaler Emanzipationsbestrebungen geworden, wurden nach dem Ersten Weltkrieg zu Repräsentationsorten der neuen Nationalstaatlichkeit. Am Beispiel zweier in Prag und in Brünn veranstalteter Ausstellungen wird im folgenden ansatzweise versucht, die Repräsentation der Tschechen und der Tschechoslowakei in der Architektur während der Zeitabschnitte »um 1900« und »um 1930« zu vergleichen.¹ Dabei geht es nicht um eine an sich gegebene, vielmehr um eine herangetragene Bedeutung von Architektur, wie sie von unterschiedlichen Interessengruppen zu Repräsentationszwecken propagiert wird.² Diese vergleichende Absicht³ ist dem Kunsthistoriker Günter Bandmann und seinem Verfahren verpflichtet, das er 1951 unter dem Titel »Mittelalterliche Architektur als Bedeutungsträger« einführte. Der theoretische Rahmen ist somit durch das Wesen der Bedeutung von Architektur bestimmt, das nach Bandmann aus ihrer Einordnung in einen größeren Sinnzusammenhang ersichtlich wird.⁴

Den Sinnzusammenhang bildet hier die tschechoslawische volkskundliche Ausstellung in Prag 1895 als eine Inszenierung der Tschechen, und die Ausstellung der zeitgenössischen tschechoslowakischen Kultur in Brünn 1928 im Sinne der Repräsentation des Staates Tschechoslowakei. Die beiden Ausstellungen sind Ausgangs-

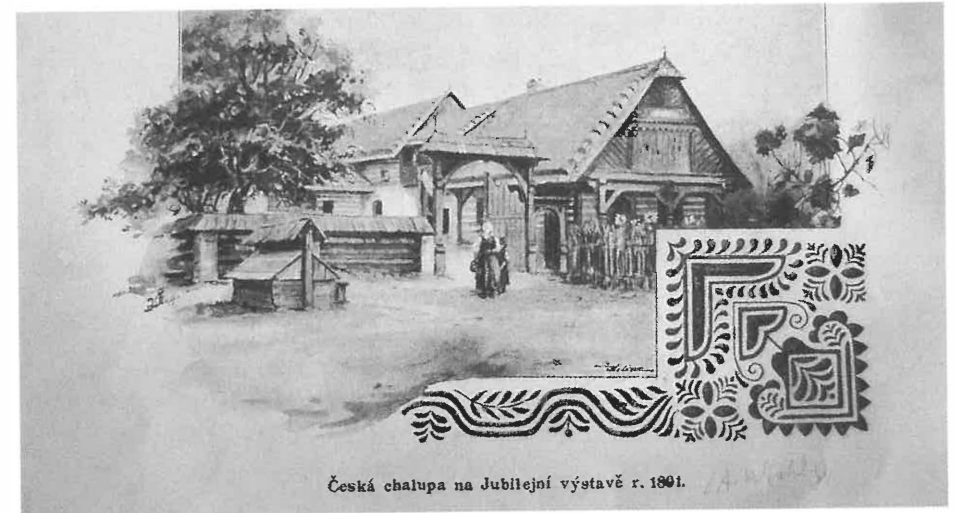


Abb. 1: Böhmisches Hütte, aus Ausstellungskatalog »Národopisná výstava československá«, Prag 1895.

punkt für einen ersten Vergleich von Prag und Brünn hinsichtlich der Repräsentation der Nation, der Nationalstaatlichkeit und internationaler Modernisierung.

Zunächst wird die volkskundliche tschechoslawische Ausstellung in Prag 1895 vorgestellt, und zwar die Ausstellungskonzeption gemäß den Interessen ihrer aus dem Kern der tschechischen Emanzipationsbewegung hervorgehenden Förderer. In einem zweiten Teil wird vergleichsweise die Ausstellung der zeitgenössischen Kultur der Tschechoslowakei von 1928 thematisiert als das Initialunterfangen der neuen Messestadt Brünn. Diese Ausstellung wird unter dem Aspekt von staatlicher Repräsentation gesehen.

2. Architektur wird zum Bedeutungsträger: Die Exposition der Nation und des Staates

Anlässlich der Jubiläumsausstellung in Prag 1891 wird das Projekt von Antonín Wiehls sogenannter Böhmischer Hütte (Česká chalupa) fertiggestellt. Entscheidendes Motiv ihrer Verwirklichung ist für Wiehl das – zumindest modellhafte – Bewahren der landesüblichen bäuerlichen Bauweise im Sinne einer nationalen Bautradition⁵ (vgl. Abb. 1).

⁵ Vgl. A. Wiehl, Česká chalupa na zemské jubilejní výstavě (Böhmisches Hütte auf der Landesjubiläumsausstellung), in: Zprávy spolku architektů a inženýrů v království Českém/časopis výstavní, 1891, S. 96–99.

¹ Der folgende Beitrag entstand im Rahmen eines im November 1998 veranstalteten Workshops der Projektgruppe »Kulturelle Pluralität, nationale Identität und Modernisierung in ostmitteleuropäischen Metropolen 1900–1930« (GWZO Leipzig, Projektleitung Prof. Dr. Wolfgang Höpken); er betrifft das Teilprojekt »Nationale Repräsentation und europäische Modernisierung in der Architektur der Metropolen Prag und Brünn«.

² Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auf Ergebnisse der von Michaela Marek am Collegium Carolinum konzipierten und 1997/98 in zwei Teilen durchgeführten Tagung »Bauen für die Nation – Strategien der Selbstdarstellung junger/kleiner Völker in der urbanen Architektur zwischen nationaler Identität und sozialer Ambition«. Architektur hat hiernach nicht per se eine nationale bzw. internationale Formensprache; die Zuordnung nationaler und internationaler Inhalte erfolgt vielmehr von außen durch andere Medien, und zwar insbesondere durch die Publizistik.

³ Die Begrifflichkeit ist dem von Frank Hadler herausgegebenen Band zur Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas entlehnt: vgl. F. Hadler (Hrsg.), Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in vergleichender Absicht, 1998.

⁴ Vgl. G. Bandmann, Mittelalterliche Architektur als Bedeutungsträger, Berlin 1951, S. 11.

1928 entsteht in Brünn die Baukolonie »Neues Haus« (nový dům). Der moderne Architekt – so die Begründung der Verantwortlichen – müsse sich der Frage des Einfamilienhauses stellen. Als Stellvertreter der Weltavantgarde sei dieser Architekt genötigt, der Bauaufgabe gemäß den Anforderungen des gegenwärtigen intensiven Lebens gerecht zu werden⁶ (vgl. Abb. 2).

Die angeführten Beispiele aus dem Bereich der Wohnarchitektur repräsentieren im Rahmen zweier Ausstellungen die Nation und den Staat: Wiehls »Böhmische Hütte« wird zum Anlaß und zum Hauptmotiv der volkskundlichen tschechoslawischen Ausstellung, einer 1895 auf dem Messegelände in Prag eingerichteten Darstellung der sogenannten tschechoslawischen Nation. Den neuen Stellenwert der Böhmischen Hütte offenbart das Titelblatt des von dem Verleger Jan Otto herausgegebenen Ausstellungskataloges. Es zeigt das Stifterbildnis einer Bäuerin, welche die »Böhmische Hütte« dem Hl. Wenzel, dem Landespatron Böhmens darbietet (vgl. Abb. 3).

Dreiunddreißig Jahre später, 1928, bedeutet die Bauausstellung »Neues Haus« einen wichtigen Bestandteil der in Brünn veranstalteten Präsentation von zehn Jahren zeitgenössischer Kultur der Tschechoslowakei. Die Bauausstellung repräsentiert nicht nur die von der Tschechoslowakei beanspruchte Wohnkultur, sie manifestiert zudem in diesem Rahmen eigens das Engagement der Brünnner Bauunternehmer und Architekten für die internationale Wohnreform.⁷

Die »Böhmische Hütte« wird zum Repräsentanten der Tschechen, und das »Neue Haus« der Tschechoslowakei, indem diese Bauwerke gemäß der jeweiligen Ausstellungskonzeption einen zugrundeliegenden Begriff von der »tschechoslawischen Nation« beziehungsweise von der »tschechoslowakischen Kultur« propagieren.

3. Die inszenierte Nation: Das Projekt aus dem Kern der tschechischen Emanzipationsbewegung

Die Idee einer volkskundlichen tschechoslawischen Ausstellung geht auf den damaligen Direktor des Prager tschechischen Nationaltheaters František Adolf Šubert zurück. Das Ausstellungsprojekt erfährt daraufhin rege Förderung aus dem unmittelbaren Kern der tschechischen Emanzipationsbewegung um das Nationaltheater, und die Finanzierung erfolgt größtenteils durch das Land Böhmen und die Stadt Prag.⁸

⁶ Vgl. Z. Rossmann / B. Václavěk (Hrsg.), *Výstava moderného bydlení nový dům*. V rámci výstavy soudobé kultúry českoslov. republiky v Brně 1928 pod protektorátem svazu čs, S. 7–8.

⁷ Katerina Ruedi hat den Widerspruch dieser Ambitionen im sozialen und kulturellen Kontext umrissen; vgl. K. Ruedi, Eine besondere Form der Blindheit. Internationalismus in der tschechischen Moderne, in: *Daidalos* 39 (1991), S. 80–87.

⁸ Das Ausstellungsprojekt wird am 28. 7. 1891 während einer Sitzung im Altstädter Rathaus bestätigt. Der in Prag daraufhin eingerichtete, zentrale Ausstellungsausschuß kooperiert mit den Regionalausschüssen, die vorbereitend regionale Ausstellungen einrichten; vgl. J. Kafka, *Vznik Národopisné výstavy československé*. (Die Entstehung der volkskundlichen tschechoslawischen

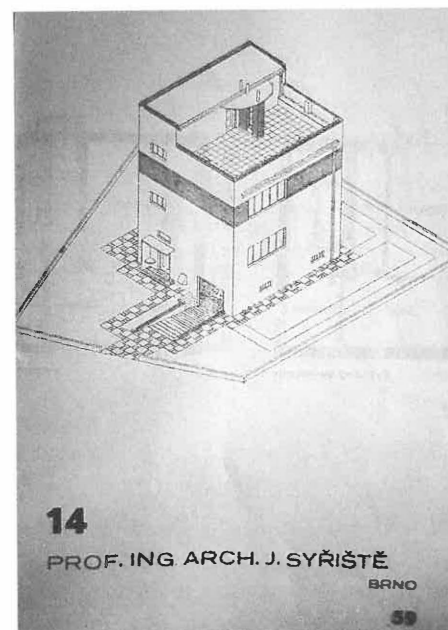


Abb. 2: J. SyříšřtĚ, Projekt für die Bauausstellung »Neues Haus« 1928, aus: Z. Rossmann (s. A 6).



Abb. 3: Titelblatt des Ausstellungskatalogs Prag 1895 (s. Abb. 1).

Über die Zielsetzung der Ausstellung heißt es, sie solle vor aller Welt bezeugen, daß »die Wurzeln der tschechischen Nation eigenständig und eigenwüchsig geblieben sind«. Zudem wird neues Material gesucht für die sogenannte nationale Wiedergeburt.⁹

Das Ausstellungsgelände der vormaligen Jubiläumsausstellung bietet in unmittelbarer Nachbarschaft zum Industriepalast das romantisierende Bild einer im ursprünglichen Volkstum der böhmischen Dörfer, Bauernhöfe, Kirchen und Hütten beheimateten Nation. (vgl. Abb. 4) Es ist ein in der tschechischen Nationalkultur eigens gepflegtes Bild, das gemäß dem Historiker Eugen Lemberg aus der Romantik und aus deren Begeisterung für das primitive, ursprüngliche Volkstum herrührt,¹⁰ und nach Jirí Rak seine Bedeutsamkeit durch die Gegenüberstellung zur vermeintlich fremden,

Ausstellung), in: J. Kafka (Hrsg.), *Národopisná československá výstava v Praze*. Hlavní katalog a průvodce, Prag 1895, S. 3–4.

⁹ Jirí Vladimír Lazansky, Vorsitzender des Ausstellungsausschusses. Vortrag anlässlich der Ausstellungseröffnung. – Gemäß dem Semiotiker Vladimír Macura sollte anstelle von »Wiedergeburt« von einer »Geburt« die Rede sein; vgl. V. Macura, *Znamení zrodu* (Zeichen der Geburt), Prag 1995.

¹⁰ Eugen Lemberg verweist grundsätzlich auf die Bedeutung der Wertmaßstäbe der Romantik für die Gestaltung der tschechischen Nationalkultur; vgl. E. Lemberg, *Geschichte des Nationalismus in Europa*, Stuttgart 1950, S. 173–177. Für diesen und weitere Literaturhinweise danke ich Christiane Brenner.

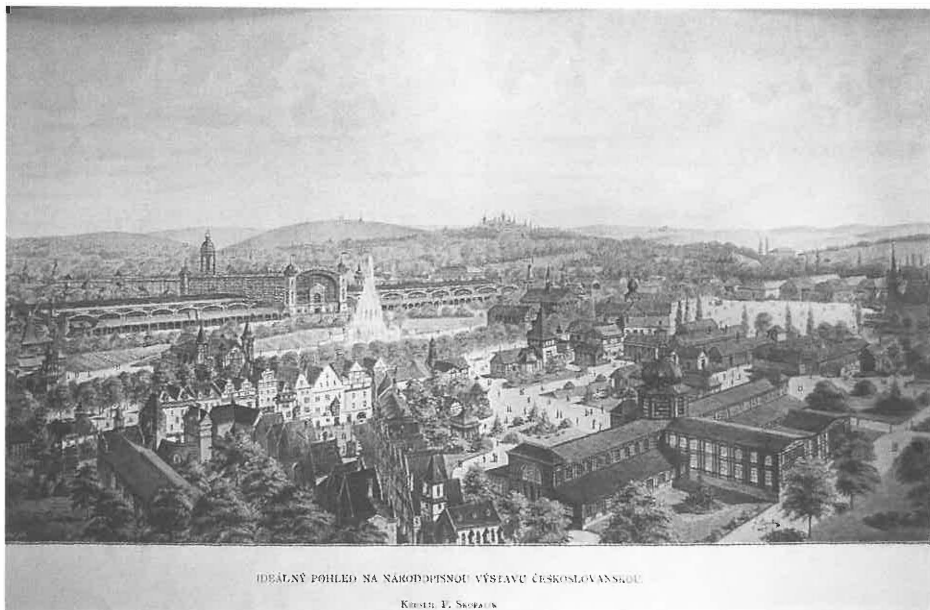


Abb. 4: Volkskundliche tschechoslawische Ausstellung, Idealansicht des Ausstellungsgeländes, aus: Ausstellungskatalog Prag 1895 (s. Abb. 1).

feindlichen Aristokratie speist.¹¹ Inszeniert wird hier die nationale Topographie Böhmens unter Einbeziehung Mährens, Schlesiens und der Slowakei, angereichert mit symbolischen Exponenten wie der angeblichen Kinderwiege des Historikers und Protagonisten der tschechischen Emanzipationsbewegung Frantisek Palacky.¹²

Das städtische Pendant zu den tschechoslawischen, böhmischen Dörfern bildet das Ausstellungsprojekt Altes Prag.¹³

4. Ausstellungsprojekt Altes Prag: Die nationale Bedeutung von Topographie und Geschichte

Das Sinnbild des Alten Prag ist auf den kleinen Ring am Altstädter Markt konzentriert, der fast lebensgroß nachgebildet erscheint. Die Rekonstruktion ist in die Re-

¹¹ Als Sinnbild von Wahrhaftigkeit und Ursprünglichkeit in der tschechischen Gesellschaft betrachtet Rak die »Böhmische Hütte«; vgl. J. Rak, *Bývali Čechové* (Sie waren Tschechen), Prag 1994, S. 83–95.

¹² Die Wiege steht neben dem Denkmal des Historikers als dem Mittelpunkt der Ausstellungsabteilung der Wallachei, in welcher Gegend Palacký geboren wurde.

¹³ Zu dieser Funktion des Ausstellungsbereiches »Altes Prag« vgl. J. Herain, »Stará Praha« (Altes Prag), in: *Narodopisná výstava československá*, Prag 1895, S. 396.



Abb. 5: Ausstellungsbereich Altes Prag, aus: Ausstellungskatalog Prag 1895 (s. Abb. 1).

gierungszeit Rudolph II. situiert. Vergegenwärtigt wird hier eine Epoche der »böhmischen Selbständigkeit ...«, als Prag die lauteste Stadt und sozusagen das Herz Europas war.¹⁴ Das Bild des Rudolphinischen Prag entsteht in historistischer Rekonstruktion vorwiegend nach Stichen aus der Mitte des 17. beziehungsweise 18. Jahrhunderts, die Südfront der Platzanlage wird wegen des fehlenden Bildmaterials hinzuerfunden. Die Rekonstruktion wird historisch ergänzt durch die seit 1800 nicht mehr existierende Kirche St. Linhart, der Gesamteindruck wird zudem optisch perfektioniert, beispielsweise durch ein neu ausgedachtes Stadttor¹⁵ (vgl. Abb. 5).

Das Ausstellungsprojekt Altes Prag bezieht seine nationale Bedeutung aus der Topographie als städtisches Zentrum einer sogenannten tschechoslawischen Nation.¹⁶ Die Vergegenwärtigung der Rudolphinischen Epoche verweist zugleich auf den europäischen Stellenwert des Alten Prag, ebenso sind auch die Vorbilder für das Ausstellungsprojekt im europäischen Zusammenhang zu suchen: Genannt werden entspre-

¹⁴ Vgl. J. Herain, ebda., S. 396.

¹⁵ Vgl. ebda., S. 397.

¹⁶ Hierzu der hoffnungsvolle Ausblick von A. Jirásek: Wir sind, ob in Schlesien, Mähren, der Slowakei oder in Böhmen wohnhaft, ein Körper, und gebe Gott, daß die volkskundliche Ausstellung dazu beitrage, aus uns noch mehr zu machen – nämlich ein Herz; vgl. A. Jirásek, *Starou Pahou a návsi* (Im alten Prag und auf dem Dorfplatz), in: *Zlatá Praha 12* (1895), S. 226.

chende – vergleichsweise mit Prag sogleich abgewertete – Rekonstruktionen in Paris (Weltausstellung 1889), Wien und Antwerpen.¹⁷

5. Das Ausstellungsprojekt Altes Prag und das nationale Denkmal Prag: Der zeitgenössische Kontext

Die unmittelbare Aktualität des Ausstellungsprojektes Altes Prag im Sinne eines nationalen Denkmals wird im lokalen und zeitgenössischen Kontext ersichtlich: der Sanierung von Prag, beginnend mit der Prager Josefsstadt und der Altstadt.¹⁸ (vgl. Abb. 6) Die hygienisch begründete und durch das Vorbild anderer europäischer Metropolen motivierte Modernisierung der Stadt¹⁹ gerät in Konflikt mit den retrospektiven Interessen von Protagonisten der tschechischen Emanzipationsbewegung. Das historische Prag, zu dieser Zeit das in seiner Substanz bedrohte Zentrum der tschechischen Emanzipationsbewegung, avanciert als Ganzes zum nationalen Denkmal.

1895, unmittelbar bevor die ersten Abrißmaßnahmen einsetzen, wenden sich die Künstlervereinigung Umělecká Beseda und der Architekten- und Ingenieurverband Böhmens in einer Denkschrift an den Stadtrat von Prag, um ihr Mißfallen an dem Sanierungsvorhaben insbesondere in der Prager Altstadt zu äußern und die mangelhafte Rücksichtnahme auf die historische Bausubstanz zu kritisieren.²⁰

Es ist sodann das alte Prag in seiner sinnbildlichen, nationalen Bedeutung, dessen Zerstörung der tschechische Schriftsteller Vilém Mrštík in dem 1897 veröffentlichten

¹⁷ Vgl. J. Herain (s. A 13), S. 396 u. 402. Zur Abwertung der Rekonstruktionsprojekte anderer europäischer Städte vgl. Z. Winter, Povšechný dojem Staré Prahy a život v ní (Eindruck vom Alten Prag und seinem Leben), in: Národopisná výstava československá, Prag 1895, S. 403.

¹⁸ Am 28. März 1885 wird durch die Gesundheitsabteilung der Stadtgemeinde Prag anempfohlen und am 4. Dezember 1886 durch die Regierung bestätigt, das ehemalige Judenghetto (derzeit »Josefov« genannt) sowie den unteren Teil der Altstadt abzureißen und auf der Grundlage moderner städtebaulicher und hygienischer Anforderungen eine neue Stadt auf Staatskosten auszubauen. 1893 wird das Sanierungsgesetz rechtskräftig, mit dem Abriß der ersten Altbauten wird Ende des Jahres 1896 begonnen; vgl. K. Bečková, Asanace – zatracovaný a obdivovaný projekt obce Pražské (Sanierung – das verdammte und bewunderte Projekt der Prager Gemeinde), in: Acta Musei Pragensis 93 (1993), S. 37–47; I. Gloc, Architektur der Jahrhundertwende in Prag. Zur Geschichte der Architektur zwischen Eklektizismus und Moderne im Spiegel der Sanierung der Prager Altstadt, in: VDG 1994, S. 34–37.

¹⁹ Kateřina Bečková hat nachgewiesen, daß die weit verbreitete Meinung, Spekulationsinteressen seien der ursächliche Grund für das Sanierungsprojekt gewesen, mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt (s. A 18).

²⁰ Vgl. Pamětní spis ve příčině úpravy Prahy (Denkschrift betreffend die Umgestaltung Prags), in: Zprávy Spolku architektů a inženýrů v království českém 29 (1895), S. 114. – Das Sanierungsvorhaben wird nochmals in April 1896 in einem an das »tschechische Volk« gerichteten, von Vilém Mrštík verfaßten und mit zahlreichen Unterschriften unterstützten Manifest vehement angegriffen, woraufhin eine bereits in der Denkschrift anempfohlene Kunstkommission mit beratender Funktion tatsächlich eingerichtet wird; vgl. K. Bečková (s. A 18), S. 45–46.



Abb. 6: »Gruß aus Prag«. Postkarte Ende 19. Jahrhundert.

Warnruf »Bestia triumphans« dem Prager Stadtrat zum Vorwurf macht: Die nationale Identität würde ersetzt, so Mrštík, durch die protzig stinkende Heuchelei der fremden Lügenkultur²¹ deutscher »Wohnmaschinen«.²² Die Abrißmaßnahmen in Prag werden auch 1898 in der humoristischen Zeitschrift Petrklíčes mittels eines gegen die Deutschen gerichteten Affronts karikiert: Ein Bettler, den Pickelhelm für die Kollekte bereithaltend über dem auf einer Landkarte eingezeichneten Prag, wird mit folgender Legende kommentiert: »Ach, deutsche Kultur, hast du nirgends zu beten und würdest dir gern eine Kirche bauen für tschechisches Geld? Wir geben keinen einzigen Penny, aber irgend eine abgetragene Kirche könnten wir dir schenken, wir haben davon genug und sie stehen angeblich im Wege. Willst du?«²³ (vgl. Abb. 7).

Das Ausstellungsprojekt von 1895 bringt die Bedeutung des alten Prag als eines nationalen Denkmals zur Anschauung,²⁴ eine Bedeutung, die bleibende Spuren in der

²¹ Vgl. V. Mrštík, Bestia triumphans Prag 1897, S. 16.

²² Ebda, S. 11 u. 14. – Mrštík beruft sich dabei auf Karel Havlíček, einen tschechischen Journalisten, der Mitte des 19. Jh. die Wohnbauten der tschechischen Städte gegenüber »der schönen architektonischen Formenvielfalt« russischer Städte als »Wohnmaschinen« bezeichnete. Dagegen fürchtet Mrštík wegen des »altertümlichen Charakters eines slawischen Prag« nunmehr die »deutschen Wohnmaschinen«; ebda., S. 22.

²³ In: Petrklíč 1.2 (1898): Insertní příloha.

²⁴ Der Ausstellungsbereich »Altes Prag« ist mit der historischen Stadt auch durch dasselbe historisie-

Auseinandersetzung um »das vergangene und das zukünftige Prag«²⁵ hinterläßt und auch nach der Gründung der Tschechoslowakei fortwirkt.

6. Die Messestadt Brünn: Der Veranstaltungsort der Ausstellung zeitgenössischer Kultur der Tschechoslowakei 1928

Die volkskundliche tschechoslawische Ausstellung von 1895 dürfte die letzte große Nationalpräsentation sein, die aus dem Kern der tschechischen Emanzipationsbewegung hervorgeht. Eine Zeitspanne von 33 Jahren trennt die volkskundliche tschechoslawische Ausstellung in Prag 1895 von der Ausstellung der zeitgenössischen tschechoslowakischen Kultur in Brünn 1928, sie umfaßt gesellschaftlich wie politisch so umwälzende Ereignisse wie einen Weltkrieg, den Zusammenbruch der Habsburgermonarchie und die Gründung der Tschechoslowakei.

Mit dem Wechsel von der Inszenierung der ethnisch begriffenen Nation zur staatlichen Repräsentation wird auch ein neuer Handlungsort gewonnen. Die Ausstellungsinitiative anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Tschechoslowakei erfolgt von Brünn aus, wo seit der Gründung der Tschechoslowakei Aufbruchsstimmung herrscht: Brünn sei eine unglückliche Stadt gewesen, so 1919 der Hauptverantwortliche der Zeitung Lidove noviny Arnošt Heinrich. Von niemandem geliebt, sei Brünn den Deutschen nur eine Vorstadt Wiens gewesen, und den Tschechen kein zuhause. Jetzt aber sei Brünn »unser«. Brünn – die gemäß Heinrich zweitwichtigste Stadt der Tschechoslowakei – berge für die notwendige Dezentralisation dank seines Standortes und seiner Voraussetzungen die hervorragendsten Chancen.²⁶

Verantwortlich für das Ausstellungsprojekt zeichnet der erste Sekretär des Landwirtschaftsrates und zugleich stellvertretender Bürgermeister von Brünn Jan Máša. Vorausgegangen ist die Einrichtung eines Messegeländes, auf dem die Ausstellung der zeitgenössischen tschechoslowakischen Kultur erstmals Brünn als Messestadt repräsentiert.

Eine Übereinkunft der Stadt Brünn mit dem Ministerium für Schul- und Volksbildung führt zur gemeinsamen Ausstellungskonzeption, welche unter dem Protektorat des Staatspräsidenten Masaryk die handfesten wirtschaftlichen Interessen Brünns an einer ganzstaatlichen Jubiläumsausstellung auf dem neuen Messegelände mit dem

rende Verhalten eng verbunden, das in Prag entsprechend in Form von Rekonstruktion beispielsweise an der Nordfront des Altstädter Marktes zum Tragen kommt. Dieselben Architekten- und Ingenieurverbandes von Böhmen sind hier teilweise – entwerfend oder beratend – tätig, namentlich Jan Koula, Rudolf Kríženecký, Jiří Stibral.

²⁵ Diesen Titel trägt der engagierte Artikel des Schriftstellers Jaroslav Hilbert für ein neues, modernes anstelle des alten Prag; vgl. J. Hilbert, Praha minulá a budoucí (Das vergangene und zukünftige Prag), in: Volné směry 4 (1899/1900), S. 62–69.

²⁶ Vgl. A. Heinrich, O místním vlastenectví (Über den lokalen Patriotismus), in: Lidove ranní noviny vom 23. 8. 1919. Zit. n. Bulletin moravské galerie 49 (1993), S. 73.



Ah, německá kulturo, nemáš se kde modlit a chtěla bys si postavit za české peníze chrám? Nedáme ani krejcaru, ale nějaký »bnošený« kostel bychom ti mohli darovat, máme jich dost a prý překážejí. Chceš? –

Abb. 7: Karikatur 1898: »Ach, deutsche Kultur« (s. A 23).

Ausstellungsvorhaben des Ministeriums zum Thema Bildungswesen in der Tschechoslowakei vereint.²⁷

7. Die ethische und die ästhetische Repräsentation des tschechoslowakischen Staates

Die Ausstellungskonzeption verleiht dem Zeitraum nach der Gründung der Tschechoslowakei eine völlige Eigenwertigkeit: »Der tschechoslowakische Staat ist in seiner jetzigen Form, Ausdehnung und Wirksamkeit zehn Jahre alt und besitzt somit keine Überlieferung. Sein kurzes Bestehen hat aber dennoch jenes ästhetische und ethische Moment hervorgebracht, das zur Repräsentation notwendig ist.«²⁸

²⁷ Vgl. J. Chylik, Úodem. – Jak došlo k výstavě (Einleitend. – Wie kam es zur Ausstellung), in: Hlavní průvodce. Výstava soudobé kultury v ČSR, Brünn 1928, S. 7–9.

²⁸ W. Bisom, Výstava soudobé kultury ČSR (Die Repräsentation von Staat und Wissenschaft), Brünn 1928, S. 27.

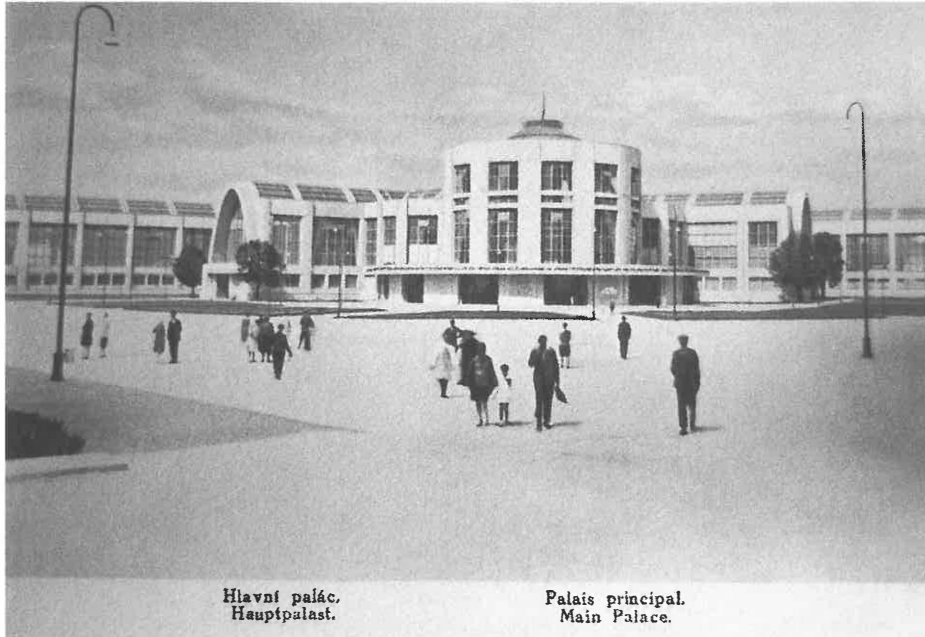


Abb. 8: Rotunde des Gewerbe- und Industriepalastes; Postkarte 1928.

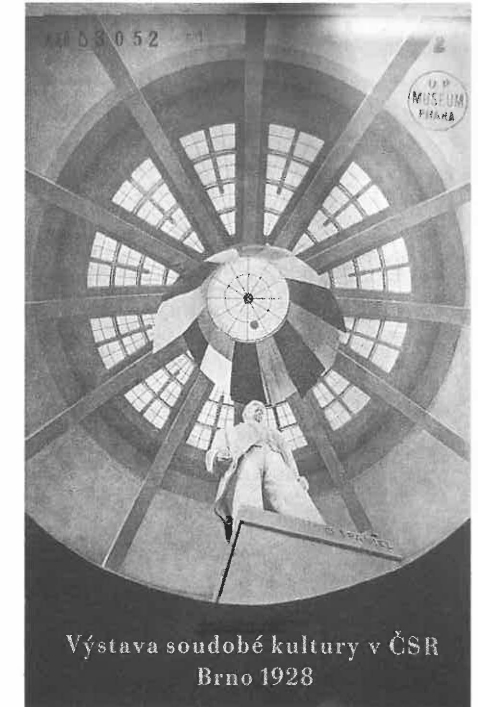
Innerhalb der Exposition der Wissenschaft als der – gemäß den Veranstaltern – wichtigsten Komponente der zeitgenössischen Kultur der Tschechoslowakei²⁹ wird die Hauptrotunde des Gewerbe- und Industriepalastes als das Herzstück der gesamten Ausstellung zum Darstellungsort der staatlichen Repräsentation (vgl. Abb. 8). Um das zentral aufgestellte Bildnis des Staatspräsidenten ist hier durch den Architekten Jiří Kroha die Schaulstellung der Entstehung und der Wirksamkeit des tschechoslowakischen Staates inszeniert. Die Titelseite des Hauptkataloges zur Ausstellung zeigt die Innenaufnahme der Rotunde in einer durch Untersicht verstärkt monumentalisierten Perspektive der Kuppelkonstruktion über dem Präsidentenbildnis (vgl. Abb. 9).

Die über massiven Betonstreben sichtbare Kuppelkonstruktion der Rotunde, die eigentlich eine statisch begründete Abwandlung des ursprünglichen Projektes wiedergibt,³⁰ wird zum architektonischen Sinnbild des Staates erklärt. Der Symbolgehalt soll

²⁹ Ebda., S. 25.

³⁰ Vgl. J. Štěpánek, *Výstava soudobé kultury v Brně* (Ausstellung der zeitgenössischen Kultur in Brünn), in: *Stavitel 9* (1928), S. 139.

Abb. 9: Titelblatt des Ausstellungskatalogs Brünn 1928 (s. A 27).



jedoch nicht – wie ausdrücklich betont wird – aus der Rezeption einer Pathosformel wie des Pantheonmotivs herrühren.³¹

Das ethische Sinnbild für die Tschechoslowakei soll hingegen – einem neuen Wertesystem zufolge – die »Werk-Stätte« sein, »in der bei Gedanken und Arbeit noch das tragende, stützende Gerüst steht, in der in untrüglicher Bildhaftigkeit Kopf und Hände jener merk- und sichtbar sind, die den tschechoslowakischen Staat schufen, weitergestalten, erhalten und seine Wirksamkeit überwachen.«³² »Diese Werk-Stätte ist ein Zeichen des ersten Jahrzehnts seiner ethischen Repräsentation.«³³

Die zeichnerisch zum entsprechenden Symbol reduzierte Kuppelkonstruktion gestaltet sodann die Titelseite des eigenen Ausstellungskataloges der Abteilung für Wis-

³¹ W. Bisom (s. A 28), S. 27.

³² Ebda. – Zu Masaryks Interesse an einer die Demokratie repräsentierenden Architektur und zu den divergierenden Ansichten über die Repräsentation von Demokratie durch Architektur nach der Gründung der Tschechoslowakei vgl. R. Švábka, *Česká architektura Plečnickovy doby a ideál demokracie* (Tschechische Architektur zur Zeit Plečniks und das Ideal von Demokratie), in: Josip Plečnik, *Architekt Pražského hradu*, Ausstellungskatalog, Prag 1996, S. 27–37.

³³ W. Bisom (s. A 28), S. 30.

senschaft, geistige und technische Kultur und Hochschulwesen. Die Kuppel (und die Ausstellungsarchitektur) wird zum Sinnbild, indem gemäß Ausstellungskommentar »die ganze Konstruktion ein Netz der einzelnen Konstruktionselemente bilde, deren Funktionen ineinanderlaufen und sich in den abstrakten Dienst der zur Schau gestellten Ideen stellen.«³⁴ Die Ausstellungskonzeption beansprucht somit, die vorgegebene Architektur neu deuten zu können.³⁵

8. Die Interessengruppen: Der Werkbund der Deutschen in der Tschechoslowakei und der tschechoslowakische Werkbund

Die Ausstellung soll die Tschechoslowakei als einen harmonischen Zusammenschluß unterschiedlicher Interessengruppen darstellen, der Ausstellungskonzeption zufolge sollen namentlich die deutschsprachigen Tschechoslowaken eigens vertreten sein.³⁶ Zwei Werkbundeinrichtungen repräsentieren hier beispielsweise die Tschechoslowakei, und zwar der Tschechoslowakische Werkbund und der seit 1926 bestehende Werkbund der Deutschen in der Tschechoslowakei. Der Werkbund der Deutschen wird auch durch einen Ausstellungspavillon, entworfen von Vinzenz Baier, vertreten, der größtenteils aus öffentlichen Mitteln errichtet die Kulturorganisation als eine seitens der Tschechoslowakei geförderte Einrichtung vorstellt (vgl. Abb. 10).

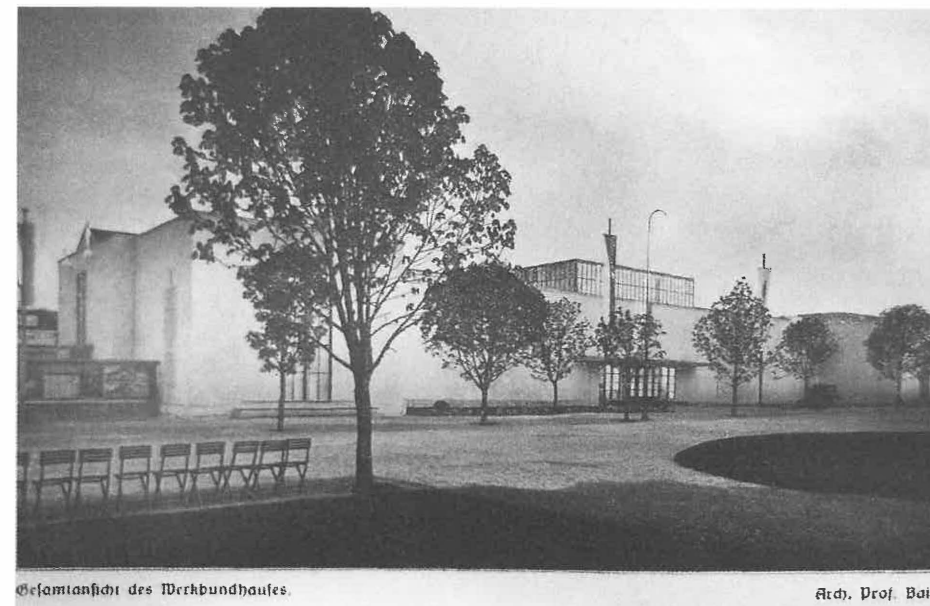
Der Prototyp der Werkbundeinrichtungen ist der Deutsche Werkbund, eine seit 1907 bestehende Interessengemeinschaft von Künstlern, Technikern und Kaufleuten zwecks ästhetischer Modernisierung der handwerklichen und industriellen Produktion. Dieser Zielsetzung sind beide Werkbundeinrichtungen gleichermaßen verpflichtet. Der Werkbund der Deutschen in der Tschechoslowakei jedoch setzt hier eindeutige nationale Vorzeichen: Ihm geht es um die Entwicklung eines selbständigen Zweiges der deutschen Kultur in der Tschechoslowakei, unter besonderer Beteiligung der im Lande gegenwärtigen deutschen Volkskunst und deutschen Industrie. Das kulturelle Aufblühen verschiedener Nationen soll dabei im Interesse »unseres«, eben des tschechoslowakischen Staates sein, namentlich im Interesse von Staatswirtschaft und Innenpolitik.³⁷ Die vom Werkbund der Deutschen in der Tschechoslowakei verfolgte

³⁴ Ebda., S. 36.

³⁵ Diesen ideellen Anspruch stellt Jiří Kroha insbesondere an die ephemere Ausstellungsarchitektur; vgl. *J. Kroha, Několik poznámek k výstavní architektuře* (Einige Anmerkungen zur Ausstellungsarchitektur), in: *Horizont 1* (1927), S. 99. – Wie fern die Sicht der Kuppelkonstruktion dem genannten Anspruch bleiben kann, zeigt – außer der bereits erwähnten Aufnahme auf der Titelseite des allgemeinen Ausstellungskataloges – beispielsweise ihre Bewertung durch Oldřich Starý, der sie zwar für interessant, aber dem modernen Fühlen für fern hält, und die Ausstellungsinstallation letztlich als störend empfindet; vgl. *O. Starý, Výstava soudobé kultúry v Brně* (Ausstellung der zeitgenössischen Kultur in Brunn), in: *Stavba 7* (1928), S. 35–36.

³⁶ Vgl. *J. Chylík* (s. A 27), S. 9.

³⁷ Hlavní průvodce. *Výstava soudobé kultúry v ČSR, Brunn 1928*, S. 174–175.



Gesamtansicht des Werkbundhauses.

Arch. Prof. Baier

Abb. 10: Ausstellungspavillon Werkbund der Deutschen, aus: Ein Führer durch das Haus des Werkbundes der Deutschen. Im Rahmen der Ausstellung Brunn 1928.

Strategie vereinbart somit die Abgrenzung in Kulturtradition und Kunstproduktion mit einer Solidaritätsbekundung auf Staatsebene.³⁸

Der Tschechoslowakische Werkbund (*Svaz československého díla*) als Vereinigung von Vertretern unterschiedlichster Institutionen wie der Industrie, des Handels und bildender Künstler, stellt sich programmatisch – im Bewußtsein der neuen Demokratie – auch »dem neuen Leben zu Diensten«.³⁹ Beispielhaft für das unternehmerische

³⁸ Oskar Schürer deutet diese Solidaritätsbekundung als eine durch die neuen Umstände gegebene Notwendigkeit: »Vor 1918 gravierten die deutschen Künstler in den Gebieten der heutigen Tschechoslowakei teils nach Wien, teils nach München, teils nach Berlin ... Seit 1918 nun sind diese Bestrebungen nach außen durch starke Grenzwälle, wenn nicht unterbunden, so doch erschwert. Die zentrierende Kraft einer sich bildenden Wirtschaftseinheit zog auch die materiellen Interessen der [deutschen] Künstler ins Land zurück, die ideellen folgten nach dem alten Gesetz. Wo auch immer sie sich zurückzubinden suchen, finden sie heute aber kein genügend gepflegtes Kraftfeld vor, das ihr Schaffen speisen könnte«; vgl. *O. Schürer, Moderne deutsche Kunst in der tschechoslowakischen Republik*, in: *Výstava soudobé kultúry v Brně 1928. Československé výtvarné umění 1918–1928*, S. 22.

³⁹ So der Titel des Katalogbeitrages des Oberkommissars des Kunstgewerbemuseums in Prag Karel Herain; der Text verweist auf den Zusammenhang von neuem Staat und Demokratie mit einem neuen Leben; vgl. *K. Herain, Služba novému životu* (Dem neuen Leben zu Diensten), in: *Katalog oddělení svazu ČSL.díla. Výstava soudobé kultúry v Brně 1928*, S. 16–19.

Engagement dieser Vereinigung sei der Vorsitzende der Niederlassung des tschechoslowakischen Werkbundes in Brünn Jan Vaněk angeführt, der zugleich als Leiter des Möbelunternehmens SBS (Standard, bytová společnost) und als Publizist auch mit der eigenen zweisprachigen Zeitschrift »Wohnkultur/Bytová kultura« für das moderne Wohnen eintritt.

Moderne Wohnkultur ist auch das eigentliche Repräsentationsthema des tschechoslowakischen Werkbundes auf der Brünner Ausstellung, exponiert in dem Ausstellungswohnhaus nach einem Entwurf von Josef Havlíček. (vgl. Abb. 11) Im Ausstellungskatalog werden die hier gültigen Prämissen von dem Architekten Karel Honzík pointiert formuliert: Dem in der Tschechoslowakei üblichen kleinstädtischen, kleinlichen Lebensniveau stehe derzeit mit dem Bewohner internationaler Großstädte der Menschentypus des vergleichsweise höchsten Lebensniveaus gegenüber. Was die tschechische nationale Eigenart genannt werde, sei im Bauerntum angesiedelt und daher zum Aussterben verurteilt. Jeglicher scheinbar eigenwillige tschechische oder Prager Typus sei kein Zeichen von Stammesstärke, so Honzík, er zeuge nur von mangelnder Informiertheit und Beschränktheit. Das Fazit über die soziale Verantwortung des modernen Architekten lautet letztlich, dieser solle wie Ford als Vermittler des höchsten Lebensstandards wirken.⁴⁰

Standard heißt das Stichwort, und, wie Jan Evagenlista Koula bereits 1923 in der Architekturzeitschrift »Stavba« feststellt, Standard ist der Pionier von Demokratie.⁴¹

9. Bauausstellung »Neues Haus«: Der Beitrag Brünns zur internationalen Wohnreform

Unter der Schirmherrschaft des tschechoslowakischen Werkbundes entsteht auch – von der privaten Brünner Baufirma Fr. Uherka und C. Ruller finanziert und unter Einbeziehung fast ausschließlich Brünner Architekten realisiert⁴² – die Bauausstellung »Neues Haus« (nový dům) als ein speziell Brünner Profilierungsprojekt in der Ausstellung der tschechoslowakischen Kultur.⁴³

Unmittelbares Vorbild ist die Bauausstellung »Die Wohnung« und ihre unter Beteiligung der europäischen Architekturavantgarde erstellte Siedlung »Am Weissenhof«,

⁴⁰ Vgl. K. Honzík, Bytová kultura (Wohnkultur), in: Katalog oddělení... (s. A 39), S. 24–27.

⁴¹ Standard je pionýrem demokracie; zit. n. R. Švácha (s. A 32), S. 36; vgl. J. E. Koula, Standard, in: Stavba 2 (1923–24), S. 10.

⁴² Beteiligt sind – mit Ausnahme von J. Štěpánek – die Brünner Architekten Hugo Foltýn, Bohuslav Fuchs, Jaroslav Grunt, Jirí Kroha, Miroslav Putna, Jar. Syříště, Jan Višek und Arnošt Wiesner; vgl. Z. Rossmann / B. Václavěk (s. A 6), S. 9–10.

⁴³ Ebda. S. 10; Zur Manifestation der lokalen Aktivitäten während der Ausstellung zeitgenössischer Kultur wurden – mit Ausnahme von J. Štěpánek – ausschließlich Brünner Architekten einbezogen. So wurde die Idee insgesamt konkret, die in den Augen des Auslands besonders bedeutend die tschechische Kulturproduktion im Bereich von Architektur charakterisiert.



Abb. 11: Ausstellungswohnhaus, aus: Ausstellungskatalog Brünn 1928 (s. A 39).

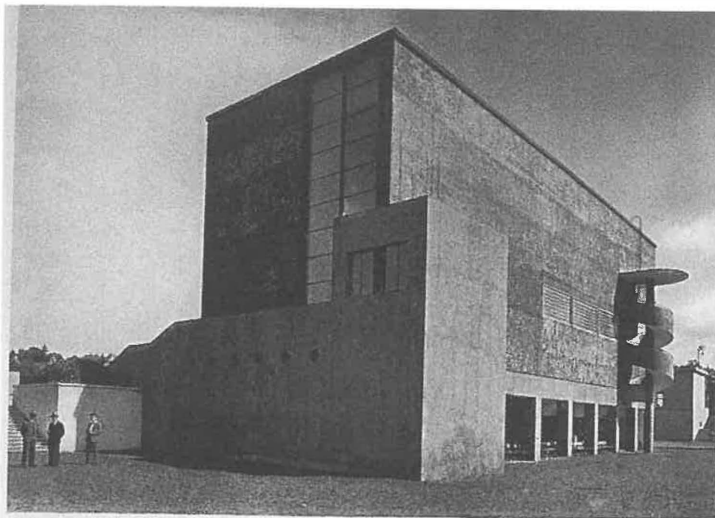
1927 in Stuttgart von der Stadt zusammen mit dem Deutschen Werkbund verwirklicht. Noch 1927 erscheint unter dem Titel »Der Sieg des neuen Baustils« Walter Curt Behrendts Streitschrift für die Weissenhofsiedlung,⁴⁴ und durch Ludwig Hilberseimer erfolgt im selben Jahr ihre Subsumierung unter den Begriff »Internationale neue Baukunst«.⁴⁵

Vor diesem Hintergrund wird der Stellenwert der Bauausstellung »Neues Haus« im Zusammenhang eines programmatischen Internationalismus in der Architektur deutlich. Der Ausstellungskatalog zum »Neuen Haus« schließt folgerichtig durch die Einbindung der präsentierten Projekte in eine international besetzte Anthologie zur modernen Architektur.

Als »internationaler Stil« wird die Architektur der Brünner Ausstellung von 1928 bei Hitchcock und Johnson 1932 rezipiert; namentlich der Ausstellungspavillon der

⁴⁴ W. C. Behrendt, Der Sieg des neuen Baustils, Stuttgart 1927.

⁴⁵ L. Hilberseimer, Internationale neue Baukunst. 2. Bauhausbuch, hrsg. vom Deutschen Werkbund, Stuttgart 1927.



BOHUSLAV FUCHS: PAVILION OF THE CITY OF BRNO AT THE BRNO EXPOSITION, CZECHOSLOVAKIA. 1928

Piers and lintels of the substructure are unduly heavy. The circular staircase is good decoration though its utility is doubtful. The windows adjacent to the staircase are of glass tiles which harmonize in size with the handsome orange red tile of the wall surface.

Abb. 12: Ausstellungspavillon der Stadt Brünn, aus: H. R. Hitchcock / Ph. Johnson, *The International Style: Architecture since 1922*, New York 1932.

Stadt Brünn von Bohuslav Fuchs erscheint in ihrem Buch »The International Style: Architecture since 1922« reproduziert (vgl. Abb. 12).

Abschließend ließe sich zusammenzufassen: Prag sei die in ihrer tschechisch nationalen Tradition befangene Metropole gegenüber Brünn als dem – in Konkurrenz zu Prag – ambitionierten Zentrum einer modernen Tschechoslowakei.⁴⁶ Derart äußert sich 1928 der Prager Architekt Jaroslav Rössler: In Prag wäre die Ausstellung tschechoslowakischer Kultur wohl weniger fortschrittlich ausgefallen, in Prag hätte sich aber auch das Vorbild Stuttgart weniger uniform durchgesetzt.⁴⁷ Zum Schluß aber bleibt zu fragen, inwiefern die ausgestellten »gesellschaftlichen Konstruktionen der Wirklichkeit«⁴⁸ mit anderen Wirklichkeiten konfrontiert werden.

⁴⁶ In dieser Wettbewerbssituation sieht der Journalist Arnošt Heinrich einen positiven Anreiz für alle Beteiligten; vgl. A. Heinrich (s. A 26), S. 74.

⁴⁷ Vgl. J. Rössler, *Výstava soudobé kultury v Brně* (Ausstellung der zeitgenössischen Kultur in Brünn), in: *Styl* 8/13 (1927–28), S. 166.

⁴⁸ Mit der Erforschung dieser Problematik befaßt sich derzeit der Spezialforschungsbereich »Moderne« an der Karl-Franzens-Universität Graz, vgl. dazu A. Senarclens de Grancy / H. Uhl, Konstruktionen von Modernität und Tradition. Ambivalente Positionierungen in der zentraleuropäischen Moderne um 1900, in: *newsletter Moderne* 1 (1998), S. 17–19.

Jürgen Trimborn

Das Denkmal im Zeitalter der virtual reality

Die moderne Medienwelt und ihr Einfluß auf die Inszenierung des öffentlichen Raums

Denkmale geraten in jüngster Zeit immer stärker in das Spannungsfeld zwischen Wirklichkeit und Traum. Denkmale sind grundsätzlich polyvalent rezipierbar und interpretierbar. Die Art der Rezeption und Interpretation der Denkmale bestimmt wesentlich den gesellschaftlichen Umgang mit ihnen. Grundsätzlich sind zwei unterschiedliche, gegensätzliche Lesarten, Denkmale zu rezipieren und zu interpretieren, möglich: Das Denkmal kann zum einen in seiner Realität als geschichtliches Dokument begriffen werden, oder aber andererseits als Traum verklärt, somit den Anforderungen der jeweiligen Gegenwart angepaßt werden und etwa der Illustration herbeigesehnter gesellschaftlicher Zustände dienen. Diesen beiden Lesarten liegen wiederum zwei unterschiedliche, antipodische »Daseinsebenen« von Denkmalen zugrunde: Der Schwerpunkt im Umgang mit Denkmalen kann »zum einen auf der mehr oberflächlich materiell ästhetischen und zum anderen auf der ideell symbolischen«¹ Ebene, also auf der Ebene der Wirklichkeit oder aber auf der Ebene des Traums liegen.

Das Denkmal, in seiner Wirklichkeit begriffen, ist ein authentisches, unverfälschtes, von der heutigen Gesellschaft und von den folgenden Generationen zu befragendes, über vergangene historische Epochen Zeugnis ablegendes Geschichtsdokument. Das Denkmal als Traum, als Utopie begriffen, berücksichtigt dahingegen nicht die historische Realität und Zeugnishaftigkeit des entsprechenden Denkmals und verkürzt dieses damit in letzter Konsequenz zur reinen inhaltslosen Dekoration. Das Denkmal als Realität zu begreifen erfordert eine, nicht nur von den zuständigen Fachbehörden der institutionalisierten Denkmalpflege, sondern auch von der bezüglich der Bewahrung des Kulturerbes im hohen Maße geforderten Öffentlichkeit anzustrebende, neutrale (was nicht heißt, eine emotionslose, sondern lediglich eine nicht emotionelle!) und weitmöglichst den Kategorien der Objektivität verpflichtete Herangehensweise an die Denkmale und damit auch an die in den Denkmalen sich auf spezifische Weise manifestierende Geschichte. Die Realität des Denkmals als erhaltens- und schützenswerte Kategorie zu erkennen, bedeutet in erster Linie, das Denkmal als Geschichtszeugnis zu akzeptieren. Es bedeutet, das Denkmal insofern ernst zu nehmen und jegliche denkbaren Verfälschungen im Bestand einer Denkmallandschaft mit größter

¹ U. Mainzer, Denkmäler zwischen Traum Wirklichkeit. Zum selektiven Umgang mit Geschichte, in: *Wallraf-Richartz-Jahrbuch*, Bd. LVII, 1996, S. 214.

Wachsamkeit zu beobachten, gegebenenfalls auf Mißstände hinzuweisen und einen selektiven und manipulativen Umgang mit den Denkmälern zu verhindern. Das Denkmal als Traum ist – politisch, religiös und ästhetisch wertenden – Kategorien zugeordnet und wird je nach dem augenblicklichen Zeitgeist umgestaltet, beseitigt, oder gar nach dem Untergang seiner materiellen Substanz – durch beabsichtigte oder unbeabsichtigte Zerstörung – nach Belieben wiederhergestellt. Das Denkmal als Traum begriffen überführt das Denkmal – und damit auch den kollektiven gesellschaftlichen Umgang mit dem Einzeldenkmal und mit den Denkmälern in ihrer Gesamtheit – somit in mythische und damit stark emotionalisierte Dimensionen.

Während das Denkmal als Realität möglichst in seiner ontologischen Gesamtheit zu begreifen versucht wird, wird das Denkmal als Traum auf seinen Symbolgehalt, auf die hinter seiner materiellen Existenz stehenden Sinngehalte und Intentionen reduziert. (So gelten in der Regel Denkmalschleifungen im Zuge revolutionärer Umstürze dem Regime, für das die Denkmale sinnbildhaft gestanden haben, zielen also ganz konkret auf den Symbolgehalt der Denkmale). Während die mythisch geprägte Rezeption eines Denkmals als Traum seine den Zeitläuften angepaßte Demontage oder Re-Inszenierung ohne weiteres duldet, beziehungsweise einen solchen selektiven Umgang mit Denkmälern sogar nahelegt und fördert, kann eine Rezeptionsweise, die Denkmale in ihrer Wirklichkeit begreift einen beliebigen, selektiven und manipulierenden Umgang mit Denkmälern in keiner Weise als akzeptable Lösung für die Gegenwart anerkennen.

1. Das erträumte Denkmal

Der heutige Umgang mit Denkmälern gibt auf sehr konkrete und anschauliche Weise Auskunft über gesellschaftliche Bedingtheiten, über das Geschichtsverständnis einer Gesellschaft sowie über deren dominierende politische und weltanschauliche Strömungen: Wird ein Denkmal in seiner historischen Realität als Zeugnis der Zeit seiner Entstehung und als Zeugnis der Zeit seines Bestehens akzeptiert und geduldet und damit als Geschichtszeugnis ernst genommen, so spricht dies sicherlich von einem positiv zu bewertenden, produktiven Geschichtsverständnis, während die – in beliebigen selektiven Eingriffen in die Denkmallandschaft manifest werdende – Nichtakzeptanz der historischen Realität, die in einem Denkmal auf sinnfällige Weise materialisiert ist, sicherlich von einem wesentlich fragwürdigeren Geschichts- und Gesellschaftsverständnis Zeugnis ablegt. Gerade die Betrachtung der Frage, ob ein Denkmal heute in seiner Wirklichkeit und Authentizität akzeptiert wird, oder aber als Traum verklärt und von der historischen Realität weitgehend losgelöst rezipiert wird, erlaubt auf sehr konkrete und äußerst anschauliche Weise Aussagen über den Zustand der Gesellschaft, die verantwortlich für den Umgang mit ihren Denkmälern zeichnet.



Abb. 1: Der Kaiser reitet wieder. Der Anfang der neunziger Jahre re-inthronisierte Wilhelm I. am Deutschen Eck in Koblenz.

Den Verlockungen eines erträumten Denkmals oder gar einer erträumten Denkmallandschaft zu widerstehen, bedeutet oftmals, auch unbequeme Kapitel der eigenen Geschichte anzuerkennen und ohne Wenn und Aber zu akzeptieren. Wer das Denkmal in seiner Wirklichkeit wahrnehmen will, muß sich folglich von den politischen und insbesondere von den emotionalen Sichtweisen so weit wie möglich freimachen und das Denkmal – auch wenn es »unbequem« ist, und unabhängig davon, ob es in seiner historischen oder politischen Aussage positiv oder negativ beurteilt wird – als reales, authentisches – und vor allem: unwiederholbares! – Geschichtsdokument zu begreifen versuchen. Die beiden konstatierten, potentiell möglichen Rezeptionsweisen haben jeweils – in Wellenbewegungen – alternierend Gültigkeit und bestimmen abwechselnd den Umgang einer Gesellschaft mit ihren Denkmälern, so daß das Denkmal alternierend mal als Wirklichkeit, als authentisches Geschichtszeugnis, mal als Traum und somit als Zeugnis einer ersehnten Vergangenheit rezipiert wird. Der Umgang mit Denkmälern wird also immer durch die in einer Gesellschaft dominierende Rezeptionsweise nachdrücklich geprägt und bestimmt. Die These der folgenden Ausführungen lautet, daß momentan in der Bundesrepublik Deutschland die Rezeption der Denkmale als Traum dominierend ist, Denkmale also oftmals (wenn glücklicher-

weise auch nicht ausschließlich) auf Kosten der Dimensionen ihrer Wirklichkeit und historischen Authentizität den gesellschaftlich herrschenden Wunschvorstellungen angepaßt werden, und die authentische Denkmallandschaft durch einen selektiven Umgang mit den einzelnen Denkmalen in eine erträumte, herbeigesehnte Dimension überführt wird. Folglich – so die These – ist der eingangs konstatierte Wandel im Umgang mit Denkmalen, denen eine historische und/oder politische Relevanz zukommt, durch das aufgezeichnete Spannungsfeld von Traum und Wirklichkeit geprägt: Da momentan die Rezeptionsweise als Traum dominierend ist, tritt zunehmend die gedachte Existenz von Denkmalen an die Stelle ihrer konkreten, faktischen Existenz: »In der Ablösung der physisch konkreten von der bloß gedachten Existenz liegt die Fatalität des modernen Umgangs mit den Gütern der Geschichte.«²

2. Die neue Unwirklichkeit der Denkmale im Medienzeitalter

Da man in der jüngsten Vergangenheit in Deutschland eine deutliche Tendenz ausmachen kann, Denkmale und Monumente im öffentlichen Raum nicht mehr in erster Linie als authentische und unwiederholbare Geschichtszeugnisse zu begreifen, sondern man sie vielmehr verstärkt zur reinen, scheinbar beliebigen Dekoration des öffentlichen Raums zu verkürzen versucht,³ und man hier durchaus auch auf allgemeine gesellschaftliche Tendenzen und Trends rückschließen kann, in denen die moderne, durch Massenmedien geprägte Gesellschaft alles zur reinen und letztlich beliebig manipulierbaren Unterhaltung werden läßt, erscheint die Hinzuziehung medienwissenschaftlicher Fragestellungen in den Denkmaldiskurs im höchsten Maße sinnvoll, um hier zu neuen Ansätzen, neuen Erkenntnissen und vielleicht auch zu wertvollen Anregungen für eine Veränderung des momentan problematischen, weil im höchsten Maße selektiven Umgangs mit Denkmalen gelangen zu können. Inwieweit haben die modernen Medienwelten speziell seit den Möglichkeiten der virtual reality des Computerzeitalters Einfluß auch auf unseren Umgang mit Denkmalen, auf unsere Einschätzung historischer Authentizität? Inwieweit beeinflussen sie, welchen Stellenwert wir Denkmalen im gesellschaftlichen Diskurs heute einräumen? Wie ist es um das Denkmal als authentisches Geschichtszeugnis bestellt, in einer Zeit, in der durch den Einfluß der Massenmedien alles zur Unterhaltung und zur reinen Dekoration ver-

² W. Pehnt, Dagegen aus Respekt, In: Das Schloß? Eine Ausstellung über die Mitte Berlins (Ausstellungskatalog), Berlin 1993, S. 111.

³ Vgl. zu Einzelbeispielen: J. Trimborn: Das »Wunder von Dresden«: Der Wiederaufbau der Frauenkirche. Ein kritischer Blick auf das größte Rekonstruktionsprojekt des Jahrhunderts, in: Die alte Stadt 2/1997; ders.: »Palast der Republik« oder preußisches Stadtschloß? Wie soll man mit Berlins Mitte umgehen?, In: Die alte Stadt 3/1998, S. 212–228 und zur generellen Problematik ders.: Denkmale als Inszenierungen im öffentlichen Raum. Ein Blick auf die gegenwärtige Denkmalproblematik in der Bundesrepublik Deutschland aus denkmalpflegerischer und medienwissenschaftlicher Sicht, Köln 1997.

kürzt wird, in einer Zeit der virtual reality, in der alles möglich und alles machbar zu sein scheint?

Wenn man – einem der fundamentalsten Axiome der Medientheorie Marshall McLuhans⁴ folgend – konstatiert, daß jedes sich neu konstituierende Medium Veränderung und Wandel von Weltsicht, Sehweisen und Blickwinkeln, eben von tradierten Wahrnehmungsschemata – nach sich zieht, so muß dies schlußfolgernd ganz besonders auch – im Einzelfall mehr oder weniger konkrete – Auswirkungen auf den Umgang mit den Manifestationen und Inszenierungen im öffentlichen Raum haben. Die Etablierung neuer Medien bewirkt jeweils radikale Einschnitte in bestehende Strukturen. Dies kann zum Teil massive Konsequenzen für die geltenden Gesetze des bisherigen Kommunikationsprozesses und damit auch für die diesem Prozeß zugrunde liegenden Gesellschaftsstrukturen haben. Konkret kann man bezüglich der Etablierung neuer Medien direkte Auswirkungen auf unsere visuelle und außervisuelle Logik, auf die Strukturen des kulturellen öffentlichen Diskurses feststellen. Ein Tatsachenbestand, der in noch potenziertem Maße für kulturelle Leitmedien, also für Medien von prononcierter gesellschaftlicher Relevanz, zutrifft: »Fernsehen als kulturelle Metapher heißt, daß wir die Welt so sehen, wie wir sie im Fernsehen sehen, auch wenn wir nicht fernsehen... Das Fernsehen zeigt uns die Welt so, wie wir sie im Fernsehen sehen wollen. Am Ende wollen oder können wir die Welt gar nicht mehr anders sehen, als wir sie im Fernsehen sehen.«⁵ Ein neues Medium etabliert also nicht nur neue Wahrnehmungsformen innerhalb des eigenen medialen Kontextes, sondern wirkt darüber hinaus mit seiner ihm immanenten umgestaltenden Kraft auf den generellen gesellschaftlichen Kontext ein: »Eine neue Technologie fügt nichts hinzu und zieht nichts ab. Sie verändert vielmehr alles.«⁶ Jedes neue Medium hat somit Welten entdeckt, die uns bis dahin verborgen gewesen waren. So ist etwa durch das potentiell Ausschnitthafte der Photographie die zu fragmentarisierende, nicht mehr nur in ihrer Gesamtheit wahrnehmbare Weltsicht längst zur täglich erfahrbaren Normalität geworden. Jedes sich bisher neu etablierende und konsolidierende Medium als Wegbereiter für neue Weltsichten hatte somit durch sein gesellschaftliches und kulturelles Veränderungs- und Umwälzungspotential direkten Einfluß auf die Grundbedingungen und zukünftigen Ausprägungen unserer Kultur. Ein neues Medium ist durch die Erweiterung der erfahrbaren Welt und durch die Ermöglichung neuer sinnlicher Erfahrungen durch die Ausweitung des allgemeinen Erkenntnisprozesses dazu in der Lage, die menschlichen Sinne mit Hilfe medialer Erfahrungen auszuweiten. Denn neu etablierte Medien »verlagern das Schwergewicht in unserer Sinnesorganisation oder

⁴ H. M. McLuhan, Die magischen Kanäle. Understanding Media. Düsseldorf 1969.

⁵ T. Meyer, Repräsentativästhetik und politische Kultur, in: A. Klein u. a. (Hrsg.), Kunst, Symbolik und Politik, Opladen 1995, S. 112.

⁶ N. Postman, Das Technopol. Die Macht der Technologien und die Entmündigung der Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1992, S. 22.

die Gesetzmäßigkeiten unserer Wahrnehmung ständig und widerstandslos.⁷ Neue Wahrnehmungsformen werden eingeübt und Verstehensmaßstäbe gesetzt, und da sinnliche Wahrnehmung das grundlegende Fundament der Erkenntnis im intelligiblen Bereich ist, bisherige Denkgewohnheiten erweitert: »Alle Kulturen und Zeitalter haben ihr besonders bevorzugtes Wahrnehmungs- und Erkenntnismodell.«⁸

Die Etablierung neuer Medien hat somit oftmals radikale Einschnitte in bestehende gesellschaftliche Strukturen im allgemeinen und zudem ganz konkrete Auswirkungen auf die geltenden Gesetze des bisherigen Kommunikationsprozesses und damit auch auf die Gesellschaftsstrukturen, auf die Weltsicht sowie auf die Norm- und Wertvorstellungen dieser Gesellschaft zur Folge. Letztendlich können sich durch die Etablierung eines neuen Mediums auch die generellen Formen der Kulturaneignung der Menschen verändern und einen neuen, modifizierenden Blick auf die Welt ermöglichen. Denn Medien »führen zu einer Verwandlung sowohl des Daseins als auch der Welt, in welcher es da ist.«⁹ Durch die Erschütterung und teilweise auch durch eine daraus resultierende Verdrängung des Tradierten kann sich das Verhältnis zur Wirklichkeit grundlegend ändern, die Einführung eines neuen Mediums mit der zum Teil fundamentalen »Veränderung der Wahrnehmung«¹⁰ bis an die Wurzeln unserer Welt- und Realitätserfahrung reichen. Die konkreten Auswirkungen der neuen Bildmedien auf die Grundzüge neuzeitlichen Denkens lassen sich in der Beobachtung festmachen, daß dadurch die Welt immer mehr als Bild, als Abbild der Welt, begriffen wurde, oder wie es Martin Heidegger bereits im Jahre 1938 formulierte: »Der Grundvorgang der Neuzeit ist die Eroberung der Welt als Bild.«¹¹ Während sich zuvor das Interesse noch auf die Welt selbst richtete, so richtete es sich nach der Etablierung der neuen Medien immer stärker auf das Abbild, während das hinter dem Abbild stehende optisch Un-erfahrbar immer mehr an Bedeutung verlor.

Ein neues Medium, das entwickelt wird, erfolgreich ist, von den Menschen angenommen wird und nur dadurch eine Veränderung der Weltsicht zu erreichen in der Lage ist, muß notwendig immer dem Denken und den bereits herrschenden Bedürfnissen einer Zeit entgegenkommen und diesen entsprechen: »Technische Erfindungen sind keine Zufälle, sondern sie sind Symbole. Eine Erfindung stellt sich immer nur dann ein, wenn sie einem inneren Bedürfnis entspricht. Man kann zu einer Zeit sagen: Sage mir, was du erfindest, und ich sage dir, was du bist.«¹²

⁷ H. M. McLuhan (s. A 4), S. 25.

⁸ H. M. McLuhan (s. A 4), S. 11.

⁹ V. Flusser, *Ins Universum der technischen Bilder*, Göttingen 1990, S. 114.

¹⁰ W. Benjamin, *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit*, Frankfurt a. M. 1963, S. 15.

¹¹ M. Heidegger, *Die Zeit des Weltbildes*, in: *ders.: Gesamtausgabe*, Bd. 5. Frankfurt a. M. 1977, S. 94.

¹² R. Alewyn, *Das große Welttheater. Die Epoche der höfischen Feste*. Nachdr. der 2. erw. Aufl. der Orig.-Ausg., München 1989, S. 72–73.

3. Der Einfluß der neuen Medien auf die Wahrnehmung

Im folgenden soll nun ein Blick geworfen werden auf die Zusammenhänge, die zwischen der modernen Medienwelt und ihren Einflüssen auf der einen Seite und den momentanen Entwicklungen im Denkmalsektor auf der anderen Seite bestehen könnten. Diesbezüglich soll insbesondere der Frage nachgegangen werden, welche eventuellen Ursachen der im gegenwärtigen Umgang mit Denkmälern zum Ausdruck kommenden Selektivität und Beliebigkeit im Mediensektor zugrunde liegen könnten, und welche Einflüsse hier konkret festzumachen sind. Den beliebigen Umgang mit Denkmälern als eine Inszenierung des öffentlichen Raums, der öffentlichen Bühne begreifend, und die theatralen Aspekte im Umgang mit Denkmälern wahrnehmend, soll hier speziell der Inszenierungsaspekt in den Mittelpunkt der Überlegungen gestellt und mit den Realitäten und Modalitäten der gegenwärtigen Medieninszenierungen konfrontiert werden. Denn es besteht – so die im folgenden zu verifizierende These – eine kausale Interdependenz zwischen kulturellen Äußerungen im öffentlichen Raum, Medien und Inszenierung: »Wer Kultur sagt, sagt Medien, und wer Medien sagt, sagt auch Inszenierung.«¹³ Die durch die technischen Möglichkeiten ausgesprochene »Einladung zur Inszenierung des Scheins«¹⁴ bleibt somit nicht nur auf das eigentliche Wirkungsfeld der Medien beschränkt, sondern hat darüber hinaus auch ganz konkrete Auswirkungen auf die allgemeinen Inszenierungen und kulturellen Äußerungen im öffentlichen Raum. Geht man davon aus, daß sowohl in den Medien, als auch in der Ausgestaltung des öffentlichen Raums die Inszenierung (also die bewußte In-Szene-Setzung eines bestimmten Sachverhalts zur Erlangung einer bestimmten Aussage) oberstes Prinzip ist, so muß der Frage nachgegangen werden, inwieweit und inwiefern insbesondere die Inszenierungsmodalitäten der dominierenden gesellschaftlichen Leitmedien die Modalitäten der Inszenierungen des öffentlichen Raums beeinflussen.

Die Tatsache akzeptierend, daß »es heute unmöglich ist, eine ›Theorie der Massenmedien‹ zu entwickeln«,¹⁵ muß bewußt sein, daß im folgenden lediglich einige für die Erfassung der hier zu untersuchenden Fragestellung fruchtbar erscheinenden, die exemplarischen und prototypischen Erscheinungen und Modalitäten der modernen Medien betreffende Bemerkungen gemacht werden können. Eine komplexe, Vollständigkeit beanspruchende Analyse der gegenwärtigen bundesdeutschen Medienlandschaft hingegen kann und soll hier keineswegs Zielpunkt der Überlegungen sein. Die grundlegende Frage lautet von daher: Welchen Einfluß hat die moderne Medienwelt auf die

¹³ S. Müller-Doohm / K. Neumann-Braun (Hrsg.), *Kulturinszenierungen*, Frankfurt a. M. 1995, S. 9.

¹⁴ T. Meyer, *Die Inszenierung des Scheins. Voraussetzungen und Folgen symbolischer Politik. Essay-Montage*, Frankfurt a. M. 1992, S. 66.

¹⁵ U. Eco, *Apokalyptiker und Integrierte. Zur kritischen Kritik der Massenkultur*, Frankfurt a. M. 1986, S. 34.

Inszenierung des öffentlichen Raums und speziell auf den Umgang mit authentischen Denkmälern und Geschichtszeugnissen?

Durch die Expansion der neuen Medien, die eine Erfahrung neuer Wirklichkeiten und neuer Weltansichten erlauben, und durch die Etablierung der Bilder als massenhaft zu reproduzierende und zu verbreitende Warenprodukte der Kulturindustrie, ist es zu einer »Potenzierung der visuellen Reize«¹⁶ gekommen, die schließlich durch eine immer weiter fortschreitende Perfektionierung der Illusionen, die diese Bilder im High-Tech-Zeitalter darzustellen in der Lage sind, noch weiter gesteigert wurde und immer weiter gesteigert wird. Die Bilder der neuen Medien zeigten von Beginn an eine besondere Affinität auch zur Projektion von illusionären, irrealen Darstellungen, die optische Erfahrungen außerhalb der tatsächlichen, alltäglichen Lebensrealität zulassen. Die Darstellung des Irrealen ist nicht unbedingt dominierend, und in den neuen Medien, gerade in der Photographie und im Film, herrschte in vielen Fällen – durch eine grundlegende »Affinität zur sichtbaren Welt«¹⁷ – eher das Interesse an der Realitätsabbildung, an der Annäherung an die Wirklichkeit und der »Errettung der äußeren Wirklichkeit«¹⁸ vor. Das Entscheidende ist jedoch, daß hier dennoch grundlegend ein Potential entstanden ist, neue Wirklichkeiten generieren zu können, ein Potential, das von der Kulturindustrie mit ihrem »permanenten Zwang zu neuen Effekten«¹⁹ immer wieder auch in Anspruch genommen wurde und wird.

Eine besondere Rolle spielt dabei die Möglichkeit, künstliche Wirklichkeiten aus dem Computer erzeugen zu können. Utopische und illusionäre Vorstellungen sind durch die entsprechenden Computersimulationen auf immer perfektere Weise »realisierbar« geworden. Die mit großer Überzeugungskraft wirkende, inszenierte Welt des Cyberspace ist an die Seite der realen Welt getreten. Es muß davon ausgegangen werden, daß das Potential der virtual reality letztendlich auch ganz konkrete Auswirkungen auf den Umgang mit der faktischen Realität haben wird bzw. bereits hat. Dieser Einfluß der künstlich inszenierten Welt auf die reale Welt soll hier in keiner Weise von einem kulturpessimistischen Ansatz aus bewertet werden, indem man von einer – mythisch überhöhten – entfesselten und entgrenzten Medien-Allmacht spricht, sondern diese Entwicklung soll vielmehr nur als Phänomen konstatiert werden, das einen wesentlichen Beitrag zum Weltbild und zum Verstehenshorizont der Gegenwart leistet. Es ist wenig sinnvoll, an dieser Stelle klären zu wollen, ob es sich bei der konstatierten Entwicklung um den Ausbruch einer beispiellosen, begrüßenswerten Kulturrevolution handelt (die letztendlich die Gutenberg-Revolution in ihrer weltverändernden

¹⁶ H. J. Scheurer, Zur Kultur- und Mediengeschichte der Photographie. Die Industrialisierung des Blicks, Köln 1987, S. 11.

¹⁷ S. Kracauer, Theorie des Films. Die Errettung der äußeren Wirklichkeit, Frankfurt a. M. 1993, S. 1.

¹⁸ S. Kracauer (s. A 17).

¹⁹ M. Horkheimer / T. Adorno, Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt a. M. 1988, S. 136.

Wirkung noch bei weitem in den Schatten stellen wird) oder aber um den Ausbruch eines zu bekämpfenden kollektiven Wahns, einer tiefen Kulturkrise und einem fundamentalen Verfall aller Kultur. Ein derartiger Ansatzpunkt einer übermäßig euphorischen oder einer übermäßig pessimistischen Sicht auf die gegenwärtigen Entwicklungen in der modernen Mediengesellschaft kann in keiner Weise als produktive Ausgangsbasis für weitere Fragestellungen angesehen werden. »Die Massenmedien wären nicht so, wie sie sind, ja sie existierten nicht einmal, hätten sie nicht die Billigung des Publikums.«²⁰ Nur eine wirklich ernsthafte Reflexion der derzeit zu konstatierenden Entwicklungen im Mediensektor kann hingegen als sinnvoll erachtet werden. Wichtig erscheint es vor allem, sich möglichst ohne Wertung und Vorurteile dieser Entwicklung zu nähern, um die tatsächlichen Konsequenzen vorurteilsfrei erfassen zu können.

Insbesondere soll hier nicht von einer ins Polemische gesteigerten Verdummungstheorie²¹ durch die neuen Medien ausgegangen werden, soll nicht von einer geheimnisvollen, sich »verselbständigenden Macht« gesprochen werden, »die moderne Technologien über uns Menschen gewinnen können.«²² Gerade mit Bezug auf die Möglichkeiten der virtual reality wird immer wieder ein kulturkritisches, apokalyptisches Szenario beschworen, in dem die neuen Medien, das Technopol, die Entmündigung der Gesellschaft zur Folge hat.²³ Es kann jedoch in keiner Weise als produktiv erachtet werden, eventuell vorhandene Ängste und Vorbehalte zu schüren, sondern auf mögliche und bereits ablesbare Konsequenzen in der Welt außerhalb der Medien hinzuweisen und diese vorbehaltlos vor Augen zu führen.

In diesem Zusammenhang soll von der Beobachtung ausgegangen werden, daß sinnliche Wahrnehmungen, die durch die Rezeption der virtuellen Realitäten im Computerzeitalter möglich geworden sind, auch ganz konkrete Auswirkungen auf das generelle Verhältnis zur Realität nach sich ziehen. Daß sich also auch hier eine Veränderung der Wahrnehmung durch neu möglich gewordene Sinneseindrücke ereignet hat, denn »Wahrheitsbegriffe sind jeweils sehr eng mit den Perspektiven bestimmter Ausdrucksformen verknüpft.«²⁴ Direkte Welterfahrungen sind somit vielfach durch indirekte, am Abbild orientierte Welterfahrungen ersetzt worden: »Problematik der Substitution originärer Erfahrungen durch Erfahrungen zweiter Hand.«²⁵ Durch die in der Bilderflut möglich gewordene Synthetisierung eigener

²⁰ G. Schulze, Das Medienspiel, in: S. Müller-Doohm (s. A 13), S. 365.

²¹ Vgl. N. Postman, Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie, Frankfurt a. M. 1988, S. 36.

²² D. Stolte, Fernsehen am Wendepunkt. Meinungsforum oder Supermarkt?, München 1992, S. 343–344.

²³ Vgl. N. Postman (s. A 6).

²⁴ N. Postman (s. A 21), S. 34.

²⁵ D. Stolte (s. A 22), S. 225.

Wirklichkeiten wird dem Abbild, dem Traum, der Utopie und der Illusion, letztendlich ein höherer Stellenwert zugeschrieben, als dem Original: »Die scheinwelterfahrene und -trainierte Gegenwart begnügt sich gerne mit dem (An-)Schein anstelle des wirklichen Seins... Eine Zeit wie die unsere, die sich fast alles leisten kann und in der fast alles machbar ist, hat Gefallen daran, Wirklichkeiten durch Träume zu ersetzen.«²⁶ Die unglaubliche Komplexität virtueller »Realitäten« durch Computersimulationen (und bald auch virtueller Charaktere in Echtzeitsimulation), diese künstlichen Weltbilder aus dem Computer und die scheinbar grenzenlose Umsetzbarkeit aller Wunschvorstellungen unseres Hochtechnologiezeitalters erlauben somit Denkbilder, die zuvor in traditionellen Denkschemata so nicht möglich gewesen waren. Die Simulationen erlauben Weltbilder, deren Grenzen nicht mehr in der gelebten und tagtäglich erfahrenen Welt liegen. Sie stellen nicht mehr wie frühere Bilder eine Bestätigung der Wirklichkeit dar, sondern im Gegenteil die Etablierung einer neuen »Wirklichkeit«. Diese aber ist letztendlich nur eine bewußte, im Endeffekt willkürlich inszenierte Imitation derselben. Bedeutete also das traditionelle Bild die Abbildung der realen Welt, so bedeutet das technische, elektronisch produzierbare Bild in erster Linie die Generierung einer neuen, eigenständigen Welt. Die virtuelle Welt stellt somit einen Gegenentwurf, eine zunehmend attraktivere Alternative zur realen Welt dar und suggeriert letzten Endes eine allgemeine Verfügbarkeit auch der realen Welt.

Trotz dieser grundlegenden Tendenz zur Unwirklichkeit kann hier jedoch nicht von einem totalen Realitätsverlust gesprochen werden. Menschen konsumieren und erleben die virtuellen Realitäten auch ganz bewußt als solche. Sie sind durchaus in der Lage, zwischen Realität und Fiktion zu unterscheiden. Doch gerade weil die virtual reality nicht die Wirklichkeit ist und mit ihr gerade ein vorübergehender, bewußter Ausstieg aus der Wirklichkeit möglich wird, wirken die virtuellen Realitäten so faszinierend und attraktiv. Das künstliche Konstrukt einer Ersatzwelt wird somit als solches erkannt – und gerade deswegen gewünscht. Der Schein wird, wie es Ernst Bloch formulierte »durchschaut und dennoch verteidigt.«²⁷ So manifestiert sich eine spezifische Aussage über die Befindlichkeit und das Realitätsbewußtsein einer Gesellschaft, wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt ein gesteigertes Bedürfnis nach einem Ausstieg aus der Wirklichkeit vorliegt und das zunehmende Bestreben besteht, »einen Wall der Unwirklichkeit zwischen uns und den Tatsachen des Lebens zu errichten.«²⁸ Die fundamentale Gefahr liegt hier in der Tatsache begründet, daß letztendlich die Fiktion die Realität an Attraktivität überholt. Die reale Lebensumwelt wird einer Pseudorealität anzupassen versucht. An die Stelle der Realität tritt dann endgültig das »als ob«, der Schein: »Originalwerte wiegen wenig, wenn der Schein genügt, um Erwartungen

²⁶ U. Mainzer (s. A 1), S. 220.

²⁷ E. Bloch, Das Prinzip Hoffnung, 3. Bde., 4. Aufl. Frankfurt a. M. 1993, S. 512.

²⁸ D. Boorstin, Das Image. Der Amerikanische Traum, Reinbeck 1987, S. 25.

zu befriedigen«;²⁹ »Schein ist der Verlust des Subjekts an das reine anschauungslose Denken. Es ist das Spiel der Begriffe, die sich von der Anschauung ablösen und alles und jenes beweisen.«³⁰

Angesichts der neuen technischen Wirklichkeiten werden zunehmend übertriebene Erwartungshaltungen an die tatsächliche Welt gestellt »hinsichtlich unserer Möglichkeiten, die Welt zu gestalten.«³¹ Übersteigerte Erwartungshaltungen haben wiederum einen erhöhten Bedarf an Illusionen zu Folge, die wir beliebig herzustellen in der Lage sind, was »uns in unserer Phantasie zu Herren eines gefügigen Universums«³² werden läßt. Letzte Konsequenz dieser Bestrebungen ist es, die reale Welt den erträumten Scheinwelten immer mehr anpassen zu wollen, also eine Welt zu schaffen, die überzeugender und gefälliger, dazu überschaubarer und beherrschbarer ist als die Wirklichkeit. Durch die immer stärker perfektionierten Möglichkeiten der Illusion und der Imagination kann es damit zum Prozeß der totalen Fiktionalisierung und damit einhergehend auch der zunehmenden Trivialisierung kommen, so daß an die Stelle der in den siebziger Jahren konstatierten Unwirtlichkeit der Welt nun als Antwort die Unwirklichkeit der Welt zu treten droht, bei der der »Grad des Genusses direkt vom Grad der Irrealität abhängt.«³³ Die Realität wird als Folge dessen immer mehr zum »Ergebnis einer mechanischen Manipulation«,³⁴ während die Bedeutung der Faktizität der Welt zunehmend in den Hintergrund tritt, bis schließlich »nur noch Fälschungen den unstillbaren Hunger nach Echtem befriedigen können«,³⁵ was sich letzten Endes gerade auch im Bereich des gesellschaftlichen Umgangs mit Denkmälern und der Inszenierung des öffentlichen Raums manifestiert: »Die Zukunft der Medienfaszaden, die digitale Visualisierbarkeit von Historie, die Hyperillusion einer virtual reality, die Welt der moving images, werden nicht nur unter dem Aspekt von Simulation und Indifferenz..., von Ironie, Zitat und Bluff zu disqualifizieren sein, sondern auch unter der Vorurteilslosigkeit einer möglichen faszinierenden Erweiterung des Denkmalpflegehorizonts zu befinden sein, im Wissen jedenfalls, daß diese neuen Medien auch den Blick aufs fiktiv Authentische verändern werden.«³⁶

²⁹ F. Mielke, Die Zukunft der Vergangenheit. Grundsätze, Probleme und Möglichkeiten der Denkmalpflege, Stuttgart 1975, S. 152.

³⁰ T. Meyer (s. A 14), S. 31.

³¹ D. Boorstin (s. A 28), S. 27.

³² D. Boorstin (s. A 28), S. 167.

³³ Vgl. B. Brecht, Schriften zum Theater, 21. Aufl., Frankfurt a. M. 1989, S. 17.

³⁴ U. Eco, Über Spiegel und andere Phänomene, München 1991, S. 88.

³⁵ A. Schopenhauer sprach diesbezüglich von der abstrakten »Welt als Vorstellung« (»ein sehenswertes Schauspiel«; A. Schopenhauer, Zur Metaphysik des Schönen und der Ästhetik, in: ders.: Parerga und Paralipomena. Kleine philosophische Schriften, Bd. 2. Zürich 1991, S. 363), die sich vor die konkrete »Welt als Wille« stellt und diese gleichsam verdeckt.

³⁶ W. Lipp, Vom modernen zum postmodernen Denkmalkultus?, in: M. Petzet (Hrsg.), Vom modernen und postmodernen Denkmalkultus. Denkmalpflege am Ende des 20. Jahrhunderts, München 1994, S. 11.

4. Der Verlust der Aura und die Absage an die Authentizität

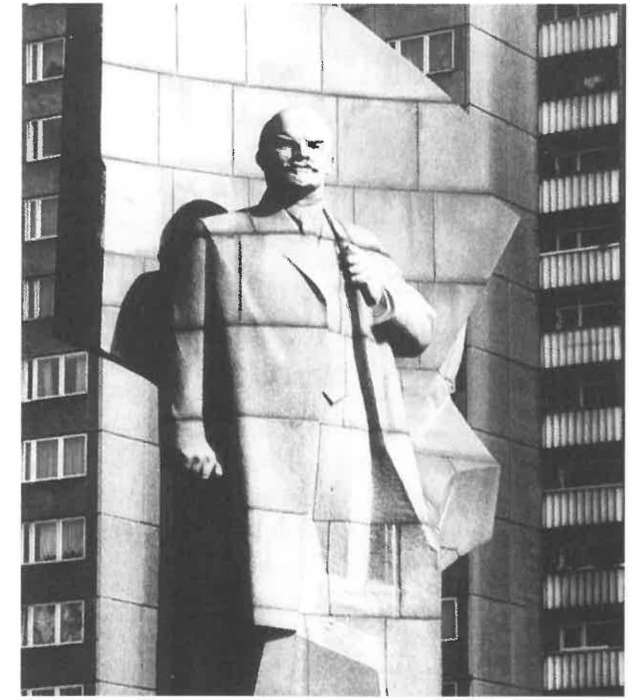
Durch die hyperrealen medienproduzierten Inszenierungen wird die Historizität und Authentizität originaler Objekte gerade auch im Denkmalsektor zum optischen Phänomen verkürzt: »Das Authentische des originalen Dokuments scheint immer weniger gefragt zu sein... Repliken werden unabhängig von Quellenlage und materiell erhaltener Substanz vorgenommen, als bestünde Historizität nur für die Optik.«³⁷ Wichtig ist dabei nur noch, daß etwas alt und historisch aussieht, nicht auch, daß es tatsächlich alt und historisch ist: Das Denkmal wird in dieser Folge zum beliebigen Spielball auf dem Feld unbegrenzter Möglichkeiten, die Popularität eines Denkmals, sein Unterhaltungswert und sein Schauwert werden zum einzigen Entscheidungskriterium des öffentlichen Umgangs mit ihm: Ist ein Denkmal plötzlich wieder populär wird es auch nach fünfzigjähriger Nicht-Existenz wieder beliebig re-inszeniert. Ist ein Denkmal aus den unterschiedlichsten Gründen unpopulär geworden, entfernt man es beliebig von der öffentlichen Bühne. Der Umgang mit Denkmälern ist somit vollkommen auf den schönen Schein, auf die Attraktivität für die Gegenwart reduziert, damit eine Umwelt inszeniert werden kann, die so erscheint, wie man sie von der heutigen Gesellschaft sehen möchte: »Was nicht ins schöne Bild paßt, hat keine eigenen Rechte mehr.«³⁸ Dadurch, daß dem Schauwert und dem ästhetischen Reiz der Denkmale Priorität eingeräumt wird, und folglich nur noch das fotogene Denkmal eine Chance hat, hat auf der anderen Seite in dieser Konsequenz nur das, was als interessant, ästhetisch und politisch opportun gilt, in der Gegenwart eine Chance auf Bestand. Alles Unbequeme und vermeintlich Häßliche wird so versteckt, wird zugunsten der in Szene gesetzten fotogenen Wunschbilder ausgeblendet, die sich zunehmend besser vermarkten lassen als die authentische Denkmallandschaft: »Die Priorität, die der Schauwert der Denkmale im allgemeinen Bewußtsein hat, erleichtert im hohen Maß deren Vermarktbarkeit. Die Lust an der Vergangenheit ist zum allseits befriedigenden Geschäft geworden, daß sich auch noch als Kulturtat beweihräuchern läßt.«³⁹ Das Denkmal wird somit leicht zum Objekt in einer reinen Scheinwelt: »Doch ist dieses optische Eintauchen in Scheinwelten, das die Lust auf deren begehrte und begierte Verwirklichung stimuliert, nicht die auswuchernde Realität der Gegenwart? Begnügten sich die Menschen angesichts der Misere nach dem Zweiten Weltkrieg noch mit den Traumfabriken ihrer Kinos als vergleichsweise harmlose Verdrängungskultur, so scheinen wir die teils grausamen Realitäten, die uns die Medien täglich ins behagliche Heim

³⁷ W. Pehnt, Die Erfindung der Geschichte. Aufsätze und Gespräche zur Architektur unseres Jahrhunderts, München 1989, S. 199–200.

³⁸ T. Meyer (s. A 14), S. 135.

³⁹ J. Habich, Von der Lust am Ausstieg aus der Vergangenheit, in: Kunst und Kirche, Heft 3/1988, S. 139.

Abb. 2: Die Beseitigung des unbequem gewordenen Denkmals von der öffentlichen Bühne. Das inzwischen demonitierte Lenin-Monument in Berlin-Friedrichshain.



einspielen, subtiler und nachhaltiger mit einem Verdrängungsprogramm durch alle Lebensalter und alle Lebenslagen hindurch zu bekämpfen.«⁴⁰

So dienen heute immer öfter nicht mehr nur die Produkte der Massenmedien als Fluchtpunkt aus der Realität, sondern vielmehr wird die gemäß der herrschenden Wunschvorstellungen und dominierenden Traumbildern umgestaltete, synthetisch aufbereitete Welt des öffentlichen Raums kurioserweise selbst zum Fluchtpunkt aus der Realität, so daß es zu einer immer weiter fortschreitenden irrealen Überzeichnung der realen Welt kommt: »Nie war die Erfahrung gesellschaftlichen Lebens unwirklicher als heute. Das ist nicht nur so, weil die gemachten Bilder das Leben beherrschen. Realstes Leben, das sich der Macht der glatten Bilder nicht fügt, verschwindet aus unserem Gesichtskreis. Immer mehr von dem, was das Leben selber ausmacht, oder die Art, wie wir leben, bedingt, wird aus unserer Lebenswelt entfernt. Indem diese aber verschweigt, was sie ausmacht, voraussetzt und bewirkt, wird soziale Welterfahrung selbst immer mehr zum Schein.«⁴¹ Indem man »ins Duplikat der Welt unauffällig ein-

⁴⁰ U. Mainzer (s. A 1), S. 218.

⁴¹ T. Meyer (s. A 14), S. 133.

zuschmuggeln« versucht, »was immer man für die reale zuträglich hält«,⁴² betreibt man letztlich die totale Zerstörung des Realen. An die Stelle der tatsächlichen Wirklichkeit tritt die erträumte Wirklichkeit, die dann ironischerweise wirklicher als die Wirklichkeit erscheint. Eine Vorstellung, von der gegenwärtig in immer noch steigendem Maße eine Verlockung auszugehen scheint: »Durch die Möglichkeiten der 3-D-Computertechnik in Gestalt der virtuellen Visualisierung ist jedes nicht oder nicht mehr existente Bauwerk in jeder Einzelheit, in jeder Position, in jedem geschmacklichen Outfit rasch so bezaubernd schön darstellbar, daß es einfach schwer fällt, der Versuchung zu widerstehen.«⁴³ Das Denkmal wird durch diesen modifizierten Blick entkontextualisiert und dem ursprünglich geltenden Sinn- und Wertzusammenhang entrissen. Eine Entwicklung, die letzten Endes dazu führt, daß beliebig zu generierende, zu steuernde und zu manipulierende Bildwelten an die Stelle von Weltbildern treten: »Es ist nicht unerklärlich, daß der reine Schauwert heute so eine Bedeutung hat. Die moderne visuelle Kommunikation ist am Bild, weniger an der Substanz interessiert. Die visuellen Botschaften von der Wirklichkeit, die die Medien verbreiten, ersetzen längst die Wirklichkeit. Daß dadurch unser Realitätssinn manipuliert wird, wissen wir, aber es beunruhigt uns nicht mehr.«⁴⁴

Folge dieser Entwicklungen ist eine Welt, in der auch die »Erfindung der Denkmäler«⁴⁵ denkbar und schließlich auch opportun wird. Durch die modernen Massenmedien und ein damit in Verbindung stehendes Management der Illusionen wird somit in der letzten Konsequenz Geschichte durch Anti-Geschichte, Kultur durch Anti-Kultur ersetzt. Die Konzentration auf die Oberfläche tritt somit immer häufiger an die Stelle der Konzentration auf die Tiefenstrukturen der Welt. Nicht mehr das ist wichtig, was jenseits der Oberfläche die eigentliche Wesenheit der Objekte ausmacht, da dies im Prozeß der Reproduzierbarkeit, der lediglich auf die Wiederherstellung der reinen Oberfläche zielt, nicht zu synthetisieren ist: Die Medienwelt zielt nicht auf Argumentation und Erörterung, sondern auf die bloße Wahrnehmung, nur noch der optische Eindruck zählt, nicht die dahinterstehenden Zusammenhänge, was zu einem zunehmenden Verlust einer fundamentalen Diskursivität führt: »Die Wahrnehmung herrscht, nicht der Diskurs. Geschichte und Kontext langweilen, lenken ab, verscherzen Aufmerksamkeit.«⁴⁶ »Es wird also keine Analyse geleistet, keine Vertiefung in die Probleme und Widersprüche des dargestellten Objekts, keine Recherche, sondern lediglich eine Repräsentation des Projekts an der Oberfläche, also die Reduktion kontroverser Probleme auf bloße »Standpunkte.«⁴⁷

⁴² T. Adorno, Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt a. M. 1963, S. 133.

⁴³ U. Mainzer (s. A 1.), S. 217–218.

⁴⁴ J. Habich (s. A 39), S. 138.

⁴⁵ W. Pehnt (s. A 37), S. 196.

⁴⁶ T. Meyer (s. A 14), S. 110.

⁴⁷ D. Prokop, Medien-Wirkungen, Frankfurt a. M. 1981, S. 20.

An die Stelle eines abgewogenen, verantworteten Umgangs mit den Denkmalen tritt von daher immer häufiger das Geschmacksurteil. Schon Kant formulierte diesbezüglich »daß in einem reinen Geschmacksurteil das Wohlgefallen an dem Gegenstande mit der bloßen Beurteilung seiner Form verbunden sei«,⁴⁸ während die Inhalte, für die der Gegenstand steht, bei der Betrachtung zunehmend vollkommen vernachlässigt werden.

5. Das Denkmal als Amüsement und Dekoration

Innerhalb einer Metamorphose der Weltwahrnehmung im »Universum der technischen Bilder«⁴⁹ werden Denkmale und Architekturen zu gebauten »Comic-Strips«, ohne Blick auf das Geschehen hinter der Oberfläche,⁵⁰ deren wichtigstes Ziel es ist, eine möglichst perfekte Illusion zu erreichen. In diesem Kontext kommt es – im Zuge eines »zweiten Verlusts der Aura«⁵¹ zur endgültigen »Liquidierung des Traditionswertes am Kulturerbe.«⁵² An die Stelle der Tradition tritt endgültig die Illusion inszenierter Traditionen: »Die Reproduktionstechnik, so ließe sich allgemein formulieren, löst das Reproduzierte aus dem Bereich der Tradition ab. Indem sie die Reproduktion vervielfältigt, setzt sie an die Stelle seines einmaligen Vorkommens sein massenweises. Und indem sie der Reproduktion erlaubt, dem Aufnehmenden in seiner jeweiligen Situation entgegenzukommen, aktualisiert sie das Reproduzierte.«⁵³ »Tradition hat alle Verbindlichkeit verloren«,⁵⁴ sie ist beliebig inszenierbar, re-inszenierbar, demontierbar geworden, was die gegenwärtige Rückkehr ins »Imaginäre, Magische und Mythische«⁵⁵ nachdrücklich beeinflusst hat. Durch die Imaginationleistungen der Computertechnik ist es potentiell für jeden beliebig möglich geworden, Bilder zu manipulieren und neue Wirklichkeiten, neue Welten selbst am Bildschirm zu generieren und zu synthetisieren. Über die scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten, durch die Animationen der Illusionsindustrie auf Tastendruck willkürlich über imaginierte Welten zu verfügen, gelangt man schnell zur Frage, warum man nicht auch in die tatsächliche Welt manipulativ eingreifen sollte, um sie den eigenen Wünschen gemäß anzupassen. Das Potential der vermeintlichen Beliebigkeit in der Medienwelt wird so zum alles beherrschenden Prinzip der Gegenwart erhoben. Durch die allgegenwärtige Präsenz inszenierter Welten des Scheins wird diese Inszeniertheit auch auf alle Erscheinungen der

⁴⁸ I. Kant, Kritik der reinen Vernunft, in: *ders.*, Die drei Kritiken, Hamburg 1993, S. 140.

⁴⁹ V. Flusser (s. A 9), S. 9.

⁵⁰ W. Durth, Die Dramaturgie der Städte. Stadtgestaltung als Showbusiness?, in: Und hinter der Fassade. Aspekte der Gestaltung der Umwelt durch Architektur und Stadtplanung, Köln 1985, S. 23.

⁵¹ T. Meyer (s. A 14), S. 121.

⁵² W. Benjamin, (s. A 10), S. 14.

⁵³ W. Benjamin (s. A 10), S. 13.

⁵⁴ T. Meyer (s. A 14), S. 130.

⁵⁵ V. Flusser (s. A 9), S. 9.

Realität zu übertragen versucht: »Alles ist möglich, alles scheint wirklich.«⁵⁶ Durch eine laufend erfahrbare ständige Möglichkeitssteigerung gewinnt der Glaube an ein anything goes immer mehr an Boden. In einer Welt, in der alles – was finanziell und technisch machbar ist – auch als erstrebenswert eingestuft wird, in der die technische und finanzielle Möglichkeit besteht, Träume Wirklichkeit werden zu lassen, vergißt man in vielen Fällen, überhaupt noch die Frage nach der moralischen Dimension dessen zu stellen, was man gegenwärtig anstrebt; eine grundlegende Problematik, auf die bereits Max Frisch verwies: »Wir können, was wir wollen, und es fragt sich nur noch, was wir wollen; am Ende unseres Fortschritts ... bleibt uns nur noch die sittliche Frage.«⁵⁷

Im Bezugsrahmen dieser Tendenzen wird schließlich auch das »Denkmal« zum Produkt einer Philosophie des Allesmachbaren. Auch ein Denkmalsurrogat erscheint so – wie jedes technisch manipulierte Bild auch – als wahr, wenn es schön, wenn es gefällig ist und eine erträumte Illusion auf perfekte Weise zu suggerieren in der Lage ist. Die einzige Forderung, die heutzutage oftmals an Denkmale herangetragen wird, ist die Forderung der »dekorativen« Wirkung, die eben letztendlich auch das bloße Abbild ohne Bedenken rechtfertigt, wenn es nur eine »dekorative« Wirkung aufweist. Diese Entwicklung ist auf eine grundlegende »Vorherrschaft des Effekts«,⁵⁸ auf den in der Medienwelt sich etablierenden »permanenten Zwang zu neuen Effekten«⁵⁹ zurückzuführen, der letzten Endes mit den Manifestationen der Realität nicht mehr auskommt, und sich so in die Serienproduktion des Fiktiven flüchtet, was wiederum eine Inflation von Surrogaten zur Folge hat, die gegenwärtig immer häufiger an die Stelle des Realen treten. Denkmale und Architekturen erscheinen im Bezugsrahmen dieser Entwicklung – durch die Tendenz einer grundsätzlichen »Entleerung der Symbole«⁶⁰ und einer grundsätzlichen »Surrogat-Anfälligkeit«⁶¹ – immer weniger als Bedeutungsträger historischer Wirklichkeit, sondern werden auf die Rolle ahistorischer Dekorationsobjekte reduziert: »Denn es gibt ja keine Geschichte mehr, es gibt nur noch eine im Gedächtnis verfügbare und also gegenwärtig gewordene Vergangenheit.«⁶² Diese fundamental ahistorische, Historizität jedoch vortäuschende Inszenierung des öffentlichen Raums zielt somit alleine auf die Oberfläche ab, und ist von daher auch nur in der Lage, lediglich oberflächliche Bedürfnisse zu befriedigen, was aber bedenkllicherweise in der Gegenwart zunehmend auszureichen scheint. Nicht das

⁵⁶ T. Meyer (s. A 14), S. 32.

⁵⁷ Zit. n. Z. Bauman, Gewalt – modern und postmodern, in: M. Miller u. a. (Hrsg.), Modernität und Barbarei, Frankfurt a. M. 1996, S. 36.

⁵⁸ M. Horkheimer / T. Adorno (s. A 19), S. 133.

⁵⁹ M. Horkheimer / T. Adorno (s. A 19), S. 136.

⁶⁰ N. Postman (s. A 6), S. 177.

⁶¹ B. Guggenberger, Wrapped Reichstag: An der Schwelle zur neuen Zeitordnung, in: A. Klein u. a. (s. A 5), S. 103.

⁶² V. Flusser (s. A. 9), S. 107.

Historische wird am Denkmal geschätzt, sondern das, was schöner denn je den Schein des Historischen hervorruft.

Das Denkmal – egal ob echt oder falsch – wird durch den grundlegenden »Prozeß der Fiktionalisierung«⁶³ zum bloßen Kulturklischee verkürzt, auf die schöne Oberfläche, die dekorative Erscheinung und auf seinen Ausstellungswert beschränkt. Es wird zum beliebig austauschbaren Stimmungshintergrund und, indem es als Mittel zum Zweck der ästhetischen Möblierung und Kostümierung des öffentlichen Raums degradiert wird, zum Reiz an sich: »Botschaften, denen keine Realität entspricht sind inzwischen ein Stilprinzip der neuen »postmodernen« Architektur. Dort geht man noch einen Schritt weiter, indem mit Stilzitate Bedeutung ohne jede Bedeutung signalisiert wird. Reize an sich.«⁶⁴ Die Inszenierung des Denkmals zielt im gegenwärtigen Kontext alleine auf den Gewinn an Schauwert im öffentlichen Raum ab, auf die Inszenierung einer der Gesellschaft das vertraute Bild einer historisch gewachsenen Umwelt vorspiegelnde Kulisse: Gerade von diesen Medien gehen veränderte Sehgewohnheiten und emotionale Surrogate aus. Die Frage nach der historischen Originalität von Objekten tritt so im Bewußtsein der Öffentlichkeit vollkommen in den Hintergrund. Im Vordergrund des Interesses steht alleine noch die Möglichkeit einer Rezeption der als schön, weil vermeintlich alt und original empfundenen Denkmale als Kulissen gegenwärtiger Geschichtsbildillusionen und gesellschaftlicher Wunschvorstellungen. Das somit vollkommen entkontextualisierte Denkmal wird so beliebig kopierbar, wiederherstellbar, versetzbar, demontierbar, kurz: aufgrund einer falsch verstandenen, grenzenlosen Libertinage wird es gegenwärtig einer vollkommenen Beliebigkeit preisgegeben. In dieser entkontextualisierten, ahistorischen Form soll es dann in der Gegenwart einen Sinnzusammenhang synthetisieren helfen, der vielfach – als Resultat einer grundlegenden Sinnkrise der Moderne – als verloren beklagt wurde: »Wenn der innere Zusammenhalt zerbrochen ist, muß häufig die äußere Welt als Ersatz herhalten.«⁶⁵ So tritt die Inszenierung des Scheins immer häufiger an die Stelle der Realität, wenn es um die gesellschaftliche Sinnproduktion geht: »Theatralität wird unter dem Einfluß des Fernsehens zur vorherrschenden Diskursform der Politikvermittlung... Das Ergebnis ist, daß eine theatralische Form politischer Ästhetik den politischen Diskurs beherrscht. Diese Inszenierung des Scheins ist der Konstruktion von Ideologien, die ehemals die argumentativen Diskurse in Dienst zu nehmen suchte, turmhoch überlegen, weil sie schon die Sinne in Dienst zu nehmen vermag und nicht erst die Köpfe gewinnen muß.«⁶⁶

⁶³ W. Pehnt (s. A 2), S. 111.

⁶⁴ J. Habich (s. A 39), S. 138.

⁶⁵ D. Bartecko, Endstation Sehnsucht. Bühnenbauten und postmoderne Architektur, in: Architektur-Jahrbuch 1985/1986, München 1986, S. 15.

⁶⁶ T. Meyer, Repräsentativästhetik und politische Kultur, in: A. Klein (s. A 5), S. 323.

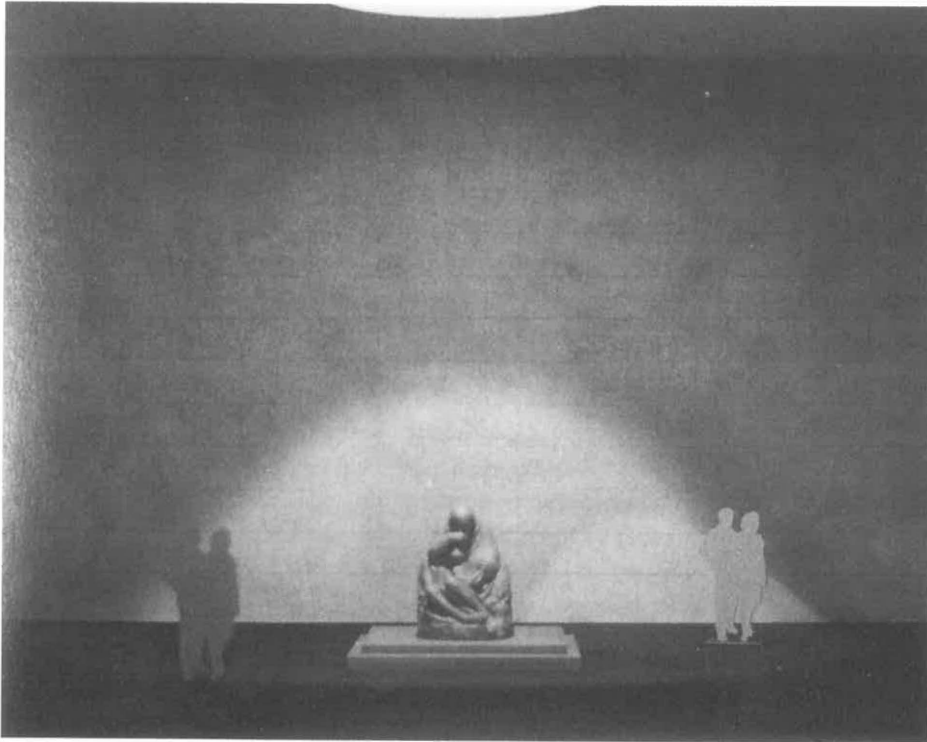


Abb. 3: Die Beliebigkeit des Denkmals im Zeitalter der virtual reality. Der Innenraum der Neuen Wache in Berlin mit der monumentalisierten Käthe-Kollwitz-Plastik.

Da das Denkmal gegenwärtig kaum mehr in seiner eigentlichen Realität wahrgenommen wird, sondern nur noch als Bild bestimmter Wunschvorstellungen Bedeutung erlangt, wird es somit zum »Surrogat der längst abgeschaffenen Tiefe«,⁶⁷ denn »mit der unkritischen Nachbildung verschwundener Bauten wächst die Tendenz, den Wert von Baudenkmalern nur am äußeren Bild zu messen.«⁶⁸ Die Denkmale werden im Bezugsrahmen dieser Inszenierungsmechanismen immer mehr zu Bildern, die Tradition und Geschichte nur bei oberflächlicher Betrachtung widerzuspiegeln scheinen, die in Wirklichkeit aber weder einen Blick in die Vergangenheit, noch einen Blick in die Zukunft erlauben, die letztendlich nur um ihrer selbst Willen existieren: »Das gegenwärtige Geschehen rollt nicht mehr irgendeiner Zukunft, sondern den technischen Bildern entgegen... Die Geschichte rollt, um sich in den Bildern zu drehen... Aus Ge-

⁶⁷ M. Horkheimer / T. Adorno (s. A 19), S. 160.

⁶⁸ G. Kiesow, Einführung in die Denkmalpflege, Darmstadt 1989, S. 119.

schichte ist Schauspiel[!] geworden.«⁶⁹ Durch das Streben in eine absolute, grenzenlose Künstlichkeit, mit dem Ziel, einen Zustand des öffentlichen Raums zu erreichen, in dem möglichst nichts mehr an die reale Welt erinnert, sondern nur noch das einen Platz hat, was der allgemeinen, durch den Medienkonsum quasi gleichgeschalteten Schaulust entspricht, durch dieses Streben in synthetische, inszenierte und artifizielle Welten läßt sich wiederum auch die vollkommene Ahistorizität der heute gültigen Bilder und Manifestationen erklären. Vilém Flusser verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß die Bilder und Erscheinungen im Medienzeitalter generell von einer totalen Ahistorizität geprägt sind, »daß es für die Bilder gleichgültig ist, ob sie sich von Gegenwart oder Vergangenheit nähren. Diese historischen Kategorien haben bei ihnen jede Bedeutung verloren. Das Universum der Geschichte ist für die Bilder nichts als ein Feld von Möglichkeiten, die ins Bild gesetzt werden können. Und einmal ins Bild gesetzt, ist alles gegenwärtig und dreht sich in ewiger Wiederholung des Gleichen... Damit verwandeln die Bilder die Vergangenheit rückgreifend in gegenwärtige Programme, deren Funktion es ist, Empfänger zu programmieren, während die Vergangenheit zur bloßen Bildfunktion zusammenschrumpft... Der gegenwärtige Verkehr zwischen Bild und Mensch führt zu einem Verlust des Geschichtsbewußtseins im Bildempfänger und infolgedessen auch zu einem Verlust jeder geschichtlichen Handlung, die auf den Bildempfang folgen könnte.«⁷⁰

Im heutigen »Zeitalter kommerzialisierten Attrappentums«⁷¹ und zunehmenden Kommerzialisierungsdrucks, in einem Zeitalter, das alles für machbar hält, weil es technisch, logistisch und finanziell machbar ist, geraten auch die Denkmale und alle anderen Manifestationsformen des öffentlichen repräsentativen Raums – wie die analysierten Fallbeispiele sinnfällig vor Augen geführt haben – immer mehr in das Bezugsfeld unbegrenzter Beliebigkeit und nahezu grenzenloser Willkürlichkeit. Dem Grundsatz: »Nicht alles, was man machen kann, soll man auch machen wollen«⁷² wird in der Gegenwart immer weniger entsprochen: »Offenbar glaubt unsere momentane übersattete Konsumgesellschaft, die (fast) alles für machbar, weil finanzierbar hält, mit historisierenden Architekturen, die sich decouvrierender Weise zumeist auf die Fassaden beschränken, das Lebensgefühl einer versunkenen, vermeintlich besseren Epoche vorgaukeln zu können. Mit diesem baumanipulativen Mißbrauch der Geschichte scheint sich ein Verdrängungsprozeß zu vollziehen: die vorgebliche Zuwendung zur Geschichte ist letztlich eine Flucht aus der Geschichte.«⁷³

⁶⁹ V. Flusser (s. A 9), S. 49.

⁷⁰ V. Flusser (s. A 9), S. 50–52.

⁷¹ W. Pehnt (s. A 2), S. 110.

⁷² W. Pehnt (s. A 2), S. 109.

⁷³ U. Mainzer, Ein altes Thema immer wieder neu. Alt und Neu im historischen Bestand, in: M. Jansen / K. Winands (Hrsg.), Architektur und Kunst im Abendland, Rom 1992, S. 202.

6. Von der Denkmallandschaft zu Disneyland

Wiederholt wurde in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, inwieweit durch die zunehmend willkürliche Inszenierung die ursprünglich authentische Denkmallandschaft in ein künstliches, inszeniertes, lediglich an der Oberfläche der Objekte interessiertes Disneyland überführt werde,⁷⁴ so daß an dieser Stelle näher auf diesen Vergleich eingegangen werden soll. »Die baulichen Ikonen des Bürgerstolzes und einer besseren Zeit werden in Fachkreisen oft vernichtend beurteilt und mit Hohn überschüttet. Bannflüche wie »Disneyland«, »Lüge«, »Flucht aus der Geschichte«, »Geschichtsklischee« und »heimattümelnde Kulissenschieberei« werden den Geschichtspanoramen entgegengeschleudert.«⁷⁵ Der Begriff Disneyland ist auf die bundesdeutsche Denkmallandschaft und speziell auf das hier angesprochene Problemfeld insofern anzuwenden, als daß auf beiden Seiten letztendlich auf die Inszenierung künstlicher, willkürlich ausgewählter Zusammenhänge abgezielt wird, wobei man allerdings die Qualität der Künstlichkeit und der Inszenierung jeweils unterscheiden sollte. Denn bei näherer Betrachtung lassen sich – schon alleine in der fundamentalen Intention – erhebliche Unterschiede zwischen dem tatsächlichen Disneyland und der selektiv aufbereiteten Denkmallandschaft aufzeigen. Während in Disneyland die Künstlichkeit um der Künstlichkeit willen inszeniert wird und darüber hinaus – und das ist das Entscheidende – diese Künstlichkeit auch gar nicht zu leugnen versucht wird, soll der Fakt der Künstlichkeit in der Manipulation der Denkmallandschaft so weit wie möglich ausgeblendet werden, um hier die Illusion der vermeintlichen Authentizität erreichen zu können: »Gegen »Disneyland« selbst als isoliertes Phänomen ist nämlich gar nichts einzuwenden: nicht nur darf jeder ohnehin nach seiner Façon selig werden, sondern auch unter dem Gesichtspunkt historischer Echtheit liegt kein Konflikt vor. Denn wo keine alten Bauten sind, da können sie auch nicht verfälscht oder zerstört werden.«⁷⁶ Insofern wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß der direkte, unmittelbare Vergleich mit Disneyland nicht möglich sei, daß der Vergleich mit Disneyland hinke, da dort insofern ehrlicher gearbeitet wird, da der Maßstab verändert wird und damit lediglich nur Erinnerungen wachgerufen werden, aber nicht ein Illusionsspektakel inszeniert werde.

Trotz dieser aufgezeigten Differenzen wird Disneyland auch in der heutigen Diskussion – gerade im Bezug auf die Re-Inszenierungsprojekte – immer wieder als Schlagwort für das Entstehende benutzt: »Die geleckte Republik wurde zum großen,

⁷⁴ Vgl. etwa T. Biller, Zwischen Denkanstoß und Disneyland, in: Denkmalpflege im Rheinland, Heft 1/1991.

⁷⁵ W. Schmidt, Der Hildesheimer Marktplatz seit 1945. Zwischen Expertenkultur und Bürgersinn, Hildesheim 1990, S. 20.

⁷⁶ T. Biller (s. A 74), S. 8.

flächendeckenden Disneyland«,⁷⁷ wobei der Prozeß der Disneyisierung nicht nur auf Deutschland bezogen wird, sondern durchaus als internationales Phänomen betrachtet und verstanden wird.⁷⁸ Dabei geht man zumeist von der Tatsache aus, daß mit Disneyland die höchste Stufe der Künstlichkeit und der Inszenierung erreicht ist: »Disneyland ist die Spitze der Künstlichkeit. Es ist absolut hyperreal, eine imaginäre Welt. In Disneyland geht es nicht mehr um die Frage von Original und Kopie, denn Disneyland ist das Original.«⁷⁹ Zieht man jedoch die von den Kritikern intendierte Parallele zwischen Disneyland als bewußter Illusion, als Inszenierung einer »Nostalgia for an imaginary past«,⁸⁰ auf der einen Seite und der selektiv aufbereiteten und manipulierten Denkmallandschaft auf der anderen Seite, so muß man konstatieren, daß Disneyland keineswegs die Spitze der Künstlichkeit ist, da dort eine Illusionswelt inszeniert wird, deren Künstlichkeit in keiner Weise zu verbergen versucht wird, während die durch Manipulationen modifizierte Denkmallandschaft hingegen als Pseudorealität rezipiert wird, deren als ob-Charakter möglichst verdrängt und verborgen werden soll. Während in Disneyland – durch das Eingeständnis und die Betonung des Irrealen, des Illusionären und der Imagination – also das Hyperreale ganz bewußt eingesetzt wird, um den Eindruck zu erlangen, daß alles, was außerhalb Disneylands inszeniert wird, real sei, wird im Gegensatz dazu diese in den gegenwärtigen Manifestationen im Denkmalsektor ebenso vorhandene Hyperrealität möglichst zu kaschieren versucht, indem man die Künstlichkeit nicht zugesteht. Wenn Disneyland tatsächlich das Original ist (das nicht vortäuscht, etwas anderes zu sein), dann gibt eine verfälschte, manipulierte und mit Rekonstruktionen aufbereitete Denkmallandschaft im Gegenteil dazu nur vor, ein Original zu sein, während sie in Wirklichkeit in diesem Moment – mit der behaupteten, aber faktisch nicht vorhandenen Originalität – folglich ein noch größeres Maß an Künstlichkeit besitzt als Disneyland selbst. »[Disneyland] wird als Imaginäres hergestellt, um den Anschein aufrecht zu erhalten, alles übrige sei real«,⁸¹ was wiederum direkte Auswirkungen auf die Wahrnehmung von inszenatorischen Akten generell hat: Disneyland »vermittelt die Botschaft, daß die Inszenierung besser sei als die Wirklichkeit, perfekter, schneller, bequemer, vollständiger, billiger, es ist tatsächlich ... «die Quintessenz der Konsumideologie.«⁸²

⁷⁷ R. Bentmann, Die Fälscherzunft – Das Bild des Denkmalpflegers, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, Heft 2/1988, S. 155–169.

⁷⁸ Als Beispiel für den internationalen Trend einer Disneyisierung kann etwa der Nachbau der Marksburg in Japan oder die originalgetreuen Nachbauten typisch deutscher Gebäude angesehen werden, die in Japan auf der Insel Miyako (Okinawa) im Kulturort Ueno in Form einer Touristenattraktion inszeniert werden. Für den Bereich des Städtebaus vgl. auch H. Bodenschatz u. a. im Themenheft »Alte Stadt – neu gebaut«, = Die alte Stadt 4/98.

⁷⁹ E. Sturm, Konservierte Welt. Museum und Musealisierung, Berlin 1991, S. 81.

⁸⁰ M. Webb, The City Square, London 1990, S. 205.

⁸¹ E. Sturm (s. A 79), S. 81.

⁸² E. Sturm (s. A 79), S. 83.



Abb. 4: Disneyland? Die neue alte Ortszeile des Römerbergs in Frankfurt a.M. mit ihrer anheimelnden Fassadenarchitektur.

Letzte Konsequenz der Disneysierung auch im Bereich des vormals Authentischen ist das Bestreben, daß sich die Realität an den Inszenierungsmöglichkeiten eines Phänomens wie des Disneyland zu messen beginnt, daß die inszenierte Musealisierung unserer Lebensumwelt – in Form einer absoluten Beliebigkeit – letztendlich keine Grenzen mehr kennt. Diese konkrete Ausstrahlung der Inszenierungsmechanismen Disneyland auf die reale Lebensumwelt wurde für die realen Städte der Vereinigten Staaten von Amerika bereits durchaus wiederholt konstatiert: »So have malls taken their cue from Disneyland, which is programmed to draw people through the maze while giving them little jolts of pleasure«. ⁸³ Insofern die Inszeniertheit und Künstlichkeit im Kontext der Denkmallandschaft und der realen Lebensumwelt nicht zugegeben und vom Großteil der Öffentlichkeit auch nicht wahrgenommen wird, wird in der sich gegenwärtig ereignenden Inszenierung des öffentlichen Raums mit Hilfe einer Flut von Re-Inszenierungsprojekten das Phänomen Disneyland also folglich noch bei weitem übertroffen: »Angesichts von Deutschlands Geschichtsparkallüren bleibt Dis-

⁸³ M. Webb (s. A 80), S. 205.

ney die Spucke weg«. ⁸⁴ Die fundamentale Gefahr dieser Tendenzen liegt gerade auch in der Tatsache begründet, daß die Fälschung, die Künstlichkeit, die Illusion hier nicht zugegeben wird, sondern man versucht, diese problematischen Manifestationen auf der öffentlichen Bühne als echt und als historisch zu vermarkten: »Das Gefährliche des nur im Überblick erkennbaren Phänomens ... ist die schon weit fortgeschrittene Verwischung der Grenze zwischen Echt und Falsch, zwischen geschichtlicher Realität und unterhaltsamer Fiktion«. ⁸⁵ Eine Entwicklung, deren Gefahr es wiederum ist, daß sich die echten Baudenkmäler heute der wachsenden Konkurrenz immer raffinierterer Neuschöpfungen ausgesetzt sehen, »die gekonnt auf die Wünsche des Massenpublikums zielen und deren professionell durchgeplante ›Erlebniswerte‹ auf den ersten Blick kaum zu schlagen sind«. ⁸⁶ Kann im Angesicht dieser weitreichenden Problematik tatsächlich immer noch konstatiert werden, daß es zwischen der populistischen Märchenwelt von Disneyland in Amerika und den rekonstruierten »Fassadenarchitekturen« bei uns wesentliche Unterschiede gibt? »Einer ist der, daß es im Prinzip noch immer darum geht, reale, wenn auch durch den Krieg zerstörte, historische Bauten wiederherzustellen. Insofern stehen diese Unternehmen im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der zerstörten und beschädigten historischen Städte und Baudenkmäler nach dem Krieg.« ⁸⁷ Stellt es nicht gerade die grundlegende Problematik dar, daß hier durch ein – nach mehreren Jahrzehnten – erfolgreiches Anknüpfen an frühere Zustände vermeintlich reale Objekte entstehen, die letzten Endes ebenso künstlich sind, wie die Produkte Disneyland? Während in Disneyland jedoch ausdrücklich Phantasie-Produkte generiert werden, deren Simulationsstatus nicht verleugnet wird, wird doch durch die Manipulationen unserer Denkmallandschaft darüber hinaus sogar noch auf vollkommen unehrliche Weise eine Realität vorzuspielen und ein als ob zu suggerieren versucht, das nichts mit der faktischen Realität zu tun hat. Es wird also ein Täuschungsversuch unternommen, der durch die Philosophie Disneyland hingegen ausgeschlossen ist.

Genau die Tatsache, daß Illusion einmal als Illusion anerkannt und rezipiert wird, und auf der anderen Seite als Realität verkauft und rezipiert werden soll, ist der fundamentale Unterschied zwischen dem letztendlich ehrlicheren Disneyland und einem gemäß heutiger Geschmacksvorstellungen manipulierten öffentlichen Raum: »Geschichte wird zum Selbstbedienungsladen einer geschichtslosen Generation, zum wahllosen Zusammentragen von Objekten, zum beliebigen Versatzstück, zur ›a-hi-

⁸⁴ W. Goetschel, Deckerinnerungen im großen Stil, in: Wettbewerb für das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas«. Eine Streitschrift, Berlin 1995, S. 54.

⁸⁵ T. Biller (s. A 74), S. 8.

⁸⁶ T. Biller (s. A 74), S. 8.

⁸⁷ J. Paul zit. nach D. Klose, Arbeitsprozesse zum Wiederaufbau des Knochenhauer-Amtshauses und des Bäckereiamtshauses, in: H.-G. Borck u. a., Der Marktplatz zu Hildesheim, Hildesheim 1989, S. 150.

storisch-ästhetischen Reizqualität degradiert, zur Geschichtsfälschung«. ⁸⁸ »Man beginnt also eine gefährliche Reise ohne Wiederkehr, bei der in der Art eines ›time-tunnel‹ die historische Projektionsebene absoluter Willkür und Beliebigkeit ausgesetzt wäre«. ⁸⁹ »Mit diesem Ausstieg aus der Geschichtlichkeit aller Dinge unter Mißbrauch der Geschichte geraten die Baudenkmale in den Sog virtueller Welten, die oberflächlich gesehen wenig von der Wirklichkeit trennt, die aber doch nur künstliche Welten sind«. ⁹⁰

⁸⁸ M. Fischer, Non possumus. Zur Phantomsimulation von drei Fassaden des ehem. Stadtschlusses am Marx-Engels-Patz in Berlin, in: Kunstchronik, Heft 10/1993, S. 592.

⁸⁹ M. Fischer (s. A 88), S. 596.

⁹⁰ M. Fischer (s. A 88), S. 603.

HPC Weidner

Stadterneuerung als Umgang mit der ganzen Geschichte

Denkmalpflege zwischen Fachwerkfassaden und Plattenbau ¹

Cord Meckseper zum 65. Geburtstag gewidmet

1. Einführung

Stadterneuerung meint Anpassung der alten Stadt an heutige bzw. zukünftige Bedürfnisse. Sie beinhaltet gewissermaßen die Fortschreibung der Geschichte einer Stadt in die Zukunft. Da die Aufgabe des Denkmalpflegers vor allem in der Bewahrung von Geschichte gesehen wird, wird sich seine Rolle im Planungsprozeß vor allem durch die Definition des zu Bewahrenden klären lassen. Eindeutig ist der Schutz und die Erhaltung von einzelnen Bauten, Ensembles oder Stadtbildtraditionen gegen Vernichtung, Zerstörung oder Überformung. »Wahrung« mit seinem Stamm »wahr« bedeutet aber auch Wahrheitssicherung und Schutz vor Fälschung.

Die Verständigung über die Rolle, die der Denkmalpflege beim Stadterneuerungsprozeß zufällt, ist nicht immer unstrittig, und entsprechend unterschiedlich fällt die Beurteilung der Ergebnisse aus. Der eine hält das denkmalpflegerische Bemühen für schlecht oder unzureichend; Geschichts- und Heimatfreunde, vor allem Stadthistoriker klagen über Zerstörung von Urkunden oder sprechen von Geschichtsfälschung. Vielen anderen macht der Konservator seine Arbeit zu gut und zu umfänglich, und es trifft ihn der Vorwurf des Verhinderers, der jeden Fortschritt hemme und über alles die Käseglocke stülpe. Der Standort, der dem Denkmalpfleger im Stadterneuerungsprozeß zugewiesen wird, ist durchaus vergleichbar mit einem schwankenden Boot auf bewegtem Wasser. Sein einziger Trost ist wohl die Tatsache, daß er nicht allein in diesem Boot sitzt. Ausstattung und Mitreisenden dieses Bootes, letztlich auch deren Stimmungslage sollen in der Folge einige Anmerkungen gelten.

Wenn ein Denkmalpfleger sich zum Thema »Stadterneuerung« äußert, darf im übrigen kein planungstheoretisches Grundsatzreferat erwartet werden. Mein Thema will ich insoweit einschränken, als hier Beobachtungen und Einschätzungen eines Landesdenkmalpflegers in einem östlichen Bundesland vorgetragen werden. Und natürlich geht es auch nur um die erhaltende Stadterneuerung, die sogenannte »städtebauliche Denkmalpflege«.

¹ Überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der Internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt zum Thema »Zwischenbilanz. Zum Stand der Altstadterneuerung in den neuen Bundesländern« vom 7. bis 10. 5. 1998 in Freyburg/Unstrut.

Als Gliederung dienen einzelne Beobachtungsfelder. Ich werde zuerst über das allgemeine Bewußtsein berichten, dann einige Ausführungen zu dem Erhaltungswerten selbst machen, die bestehenden Instrumentarien ansprechen und mich den Betroffenen zuwenden. Einige Anmerkungen zu den Problemen bei der Umsetzung, also dem denkmalpflegerischen Alltag auf der Baustelle, werden den Schluß bilden.

2. Denkmalpflegerisches Bewußtsein

»Die Wertung des Denkmalbegriffs« schreibt Paul Clemen bereits 1907 anlässlich der Gründung des rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz »ist mählich eine andere geworden. Nicht die Kunstformen allein machen die Bedeutung aus und nicht auch ausschließlich die großen und politisch wichtigen Erinnerungen, die mit einem Denkmal verbunden sind. Für die kleinsten Territorien und zuletzt für jeden Ort und jede Gemeinde, für jedes Dorf sind ihre Bauwerke eben die Denkmäler ihrer Vergangenheit; sie enthalten die Geschichte des Ortes, seines Auf- und Niedergangs, auch der geistigen Strömungen und Anschauungen, der wirtschaftlichen Kultur – und alles, was an Pietät für die geschichtlichen Überlieferungen in einem Ort lebt, schließt sich an diese steinernen Urkunden an, ist in ihnen verkörpert.«

Es ist sicher müßig, darüber zu reflektieren, ob Paul Clemen in seinen gedanklichen Ansatz zur Bewahrung einer umfassenden Geschichtlichkeit auch die Plattenbaukultur der DDR bzw. die Spezifik einer sozialistischen Idealen folgenden Denkmälersetzung im öffentlichen Raum einbezogen hätte. Wichtiger an diesem Zitat ist die Befreiung des Denkmalbegriffes von einem künstlerisch-patriotischen Ansatz, wie er das 19. Jahrhundert hindurch gang und gäbe war und wohl erst mit der Zuweisung der Denkmalpflege in den »Bereich des historisch-kritischen Denkens« durch Georg Dehio in seiner berühmten Straßburger Kaiserrede im Jahre 1905 ermöglicht wurde.

Diese Bewußtseinsqualität zu erhalten, gehört immer noch zu den besonders schwierigen Aufgaben jeden Denkmalpflegers. Immer noch steht im Vordergrund vieler die Vorstellung vom »schönen Denkmal«, und sie sehen die Hauptaufgabe der Denkmalpflege im stilgerechten Dekorieren der Freizeitlandschaft zu retrospektiv-geistiger Erbauung und – man lebt ja hier und heute – zur Förderung der Wirtschaft. Vielfältige Beispiele der Stadt- und allgemeinen Tourismuswerbung offenbaren diesen Ansatz, mit dem der *Bildfunktion* der Denkmale eine weitaus größere Rolle beigegeben wird als ihrem faktischen *Urkundenwert*. Die Lobby solcher Vorstellungen ist weitaus größer, als die der erfreulich gewachsenen Zunft der Heimatforscher, Stadtteilhistoriker und Zeitspurenwähler.

Bewußtsein kann jedoch, wie an einem Beispiel hier im Osten zu beobachten ist, einem schnellen Wandel unterliegen: Die Bau- und Städtebaupolitik der DDR war sicher nur partiell und nur zeitweilig eine böse/ideologische, in vielen Fällen eher Ergebnis eines provinziellen, zentralistischen und manchmal wohl auch hilflosen

Denkens. Sie zeitigte, wie bekannt, eine Reihe spektakulärer Denkmalzerstörungen, vor allem aber katastrophalen Denkmalverfall. Das Stoppen dieses Prozesses der willentlichen oder nur hingenommenen Aufgabe der geschichtstragenden Bausubstanz der Städte war deutlich hörbar *ein* Argument der Wendediskussionen mit ihren Forderungen nach Demokratie und menschlicher Politik. Was 1990 einen breiten Konsens hatte, wird heute von ähnlich breiten Mehrheiten als überzogen, Fortschritt hemmend und sozial unverantwortlich zurückgewiesen. Dabei wird überdeutlich, daß das denkmalpflegerische Bewußtsein einer bestimmten Öffentlichkeit wohl nicht nur im Kopf verankert ist, sondern entscheidend auch im Bauch.

3. Erhaltungsziele

Seit den 70er Jahren wurde die bereits Anfang des Jahrhunderts stark geführte Diskussion um einen das Stadtganze umfassenden Denkmalschutz wieder intensiviert. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung war das Europäische Denkmalschutzjahr 1975, das unter der Devise »Unser Lebensraum braucht Schutz, Denkmalschutz« sogar bis zu der immerhin von einem Bundespräsidenten vorgetragenen Feststellung vorstieß, Denkmalschutz bedeute aktive Sozialpolitik. Solche Einschätzungen waren wohlklingende Slogans im Protest gegen die Zerstörung preiswerten Wohnraums, gegen Verdrängungsmodernisierungen, gegen radikale Verkehrslösungen usw., dienten aber kaum der Lösung solcher Probleme. Sie führten eher zur Verunklärung von Verantwortlichkeit. Dem Denkmalpfleger wurde die Zuständigkeit für Erhaltung schlechthin zugewiesen. Aber ist denn die Erhaltung des sozialen Friedens, die Erhaltung eines vielfältigen Versorgungsangebots, die Abwehr von Unwirtlichkeit und der Erhalt von Lebensqualität ganz allgemein eine Aufgabe für den Konservator?

Die Gunst der Stunde hat damals den Denkmalpflegern zweifelsohne geholfen, ihr Haus zu richten. Das hohe Maß an Aufmerksamkeit – noch nie zuvor hatte Denkmalpflege so viele Zuhörer wie in jenen Tagen – brachte arbeitsfähige Strukturen für die Denkmalämter, brachte Geld und vor allem klare rechtliche Grundlagen. Es brachte aber auch das Nachdenken über die Inhalte dieser neuen Erhaltungsziele.

Waren sie denn neu? Die Erweiterung des Denkmalbegriffs über das klassische Kunstdenkmal hinaus war im großen und ganzen am Anfang des Jahrhunderts bereits erfolgt, zumindest auf der theoretischen Ebene, und äußerte sich in ersten Ansätzen durch die Öffnung zu den Ideen der Heimatschutzbewegung. Trotzdem war die Stadt als Ganzes und damit also Denkmalpflege in der Fläche bis weit in die 70er Jahre bestenfalls ein Thema für Stadtgestalter. Dem *Bild* der Stadt galt zunehmend das Bemühen, und erst allmählich begriff man, daß dieses Bild nicht nur ein ästhetisch/künstlerisches Ziel war, sondern daß es in der Lage war, Geschichte zu vermitteln, wenn es nicht verfälscht wurde. Hier wird im übrigen der enge Bezug deutlich, der zwischen Denkmalpflege und Geschichtsforschung immer besteht. Stadtgeschichts-

forschung auf der Grundlage nicht nur der Urkunden in den Archiven, sondern des gesamten überlieferten bzw. aufgedeckten Materials – und hier haben ja vor allem die Archäologen einen führenden Anteil – ist erst seit den 60er Jahren richtig in Gang gekommen. Erst jetzt fing man an, sich mit Parzellenstrukturen, Kellern, Gebäudestellungen, Bautypologien und topografischen Unebenheiten zu beschäftigen. Erst diese aus Forschungsergebnissen neu gewonnene Sensibilität gegenüber alten Straßennamen und überlieferten Nutzungen, ja eigentlich gegenüber allem, was da ist, unabhängig von seiner derzeitigen Bedeutung, hat die Denkmalpfleger gelöst aus ihrer vorrangig kunstwert-orientierten Vorgehensweise. Es ist im übrigen kein Zufall, daß in analogem Zusammenhang auch die technische Kultur den Denkmalpflegern als neues Arbeitsfeld zuwuchs.

4. Instrumente der Denkmalpflege

Mit den Denkmalschutzgesetzen der 70er Jahre erst wurden die verwaltungsmäßigen und vor allem rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, die es ermöglichten, daß der historische Bestand in der notwendigen Breite aufgearbeitet wurde. Es wurden eindeutig auf das Phänomen Stadt ausgerichtete Beschreibungsinstrumentarien entwickelt: das Projekt Denkmaltopographie der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger etwa oder den Stadtkernatlas Schleswig-Holstein, der leider nur in Baden-Württemberg eine Nachfolge gefunden hat.

So wie bisher ausgeführt, stellten und stellen sich die Dinge in Deutschland Ost nicht dar, auch wenn das Wollen und das Bewußtsein bei den Fachkollegen wohl kaum ein anderes war. Mit großem Respekt haben zum Beispiel die Kollegen in der »Arbeitsgruppe städtebauliche Denkmalpflege der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger« beim ersten »gesamtdeutschen« Treffen die von meinem heutigen Kollegen Dr. Schauer für die seinerzeitigen Bezirke Halle und Magdeburg angefertigten weit über 100 städtebau-denkmaltflegerischen Zielstellungen betrachtet, die unter ungleich schwierigeren Bedingungen erstellt ein analoges Ziel verfolgten, nämlich das Aufzeigen der Erhaltungswürdigkeiten im gesamtstädtebaulichen Zusammenhang. Viel war hier ausgesagt über den Wert des historischen Materials in der Fläche, und die Zielstellungen gingen weit über die mehr oder weniger politisch gesteuerten Unterschutzstellungen hinaus, wie sie im Rahmen des Denkmalpflegegesetzes der DDR möglich waren.

Ich spreche hier von den instrumentellen Möglichkeiten, die natürlich im Westen ungleich besser ausgebildet waren. Auch wenn rückblickend die 70er Jahre in mancher Hinsicht als zu planungseuphorisch angesehen werden müssen, wurde arbeits- teilig eine klare Gemeinsamkeit von kommunaler Stadtplanung und landesrechtlicher Denkmalpflege hergestellt, die hoffentlich noch Bestand hat. Doch wie sieht es hier in den sog. Neuen Bundesländern aus zwischen Fachwerkfassaden und Plattenbau?

1990 gab es keinerlei Tradition und Erfahrung mit kommunaler Planungshoheit und Satzungsrecht. Es gab so gut wie keinen Inventarisationsapparat in den Denkmalämtern. Denkmalverzeichnisse umfaßten, wie erste Stichproben sehr schnell ergaben, bestenfalls ein Viertel des vergleichbaren Bestands der westlichen Bundesländer. 1990 gab es aber besonders in den städtebaulichen Gesamtzusammenhängen (noch!) eine so dichte und wertvolle Befundlage, wie sie im westlichen Deutschland längst durch vielfältige Sanierungsmaßnahmen getilgt worden war. Fast störungsfrei seit der Zeit um den Ersten Weltkrieg präsentierte sich manches Ortsbild mit Bautypologien, Straßenräumen, Pflaster, Putzen, Farbigkeiten, Fenstern (nie vorher hatte ich auf so kleinem Raum eine solche Fülle an originalen barocken Fenstern gesehen, wie 1990 in Osterwiek), Dachdeckungen und Dachstühlen usw. Diesen sich offenbarenden Reichtum an Kulturdenkmalwertigkeit hatte man, aus westlicher Sicht, fixiert auf die spektakulären und entsetzlichen Flächenabbrüche, in der DDR nie erwartet. Und es gab dazu eine – wahrscheinlich im Wortsinn – phantastische Euphorie für ein großes Ziel: Alles, was durch List, Zufall und manchmal sogar Unvermögen geblieben war, das alles galt es erhalten.

Bau- und Planungsrecht und Denkmalschutzgesetze hatte man im Zuge der Vereinigung sehr schnell übertragen. Aber die perfekte Beherrschung solcher Instrumente, insbesondere die Erarbeitung der dazugehörigen Inhalte ist keine Sache von heute auf morgen.

- Was nützt das beste Planungsrecht, wenn es so kompliziert angelegt ist, daß der Plan erst nach -zig Jahren rechtsfähig wird?
- Was nützt ein Denkmalschutzgesetz, wenn die zu schützenden Denkmale nur zu einem Bruchteil bekannt sind?
- Was nützt die politische Macht, wenn die angestrebten Ziele nicht mehr gewollt oder auf andere Weise obsolet werden?

1993 waren wir noch mitten in der Aufbruchstimmung, als im Landtag von Sachsen-Anhalt ein Gesetzentwurf zur Investitionsbeschleunigung eingebracht wurde mit dem Ziel der Aufhebung des Denkmalschutzgesetzes, des Natuschutzgesetzes und wichtiger Paragraphen des Raumordnungsgesetzes. Der Entwurf wurde zum Glück ad acta gelegt, die Buhmann-Position blieb der Denkmalpflege jedoch erhalten. Sicher, die soziale Situation des Großteils der Bevölkerung ist seither nicht besser geworden, wir können jedoch etwas besser belegen, daß keine Investition grundsätzlich an denkmalpflegerischen Auflagen scheitert. Zu viele Beispiele gibt es inzwischen, an denen nachweisbar ist, daß das Zurücknehmen fachlicher Positionen nur der Sicherung einer Wertsteigerung von Grund und Boden, nicht aber der Realisierung einer aus kommunaler Sicht erhofften Baumaßnahme geführt hat.

Es wurde zuvor bewußt an die Situation in den 70er Jahren mit den so brauchbaren Regelungen für ein konstruktives Miteinander von Stadtplanung und Denkmalpflege erinnert, um deutlich zu machen, wie nötig die seinerzeit erarbeitete Vorge-

hensweise immer noch ist und wie sehr sie uns heute fehlt. Dies ist allerdings nicht ein Problem des fehlenden guten Willens, sondern es sind die Fakten der Verhältnisse im stadtplanerischen Alltag. Es fehlt leider überall noch an fundierten und detaillierten planerischen Festlegungen. Ja, in vielen Fällen fehlt es sogar immer noch am Banalsten, einer ordentlichen Bestandsunterlage, einem exakten Katasterplan 1:1000 oder einer Stadtkarte 1:5000. So muß hinsichtlich der Frage, ob dem Plattenbau oder der Fachwerkfassade die größere stadtplanerische Leitbildfunktion zukommt, mit Bitterkeit festgestellt werden, daß die Einfügungsregel des § 34 BauGB in vielen kleinen historischen Städten das derzeit wichtigste innerstädtische Planungsinstrument darstellt. Und damit wird dem Plattenbau ein eindeutiger Vorrang eingeräumt. Nicht das zwar verletzte aber möglicherweise doch begrenzt heilbare historische Ortsbild wird so an vielen Stellen zum Ausgangspunkt des zukünftigen Baugeschehens, sondern die Entgleisungen und Maßstabsverletzungen DDR-zeitlicher Bebauung. Und sogar dort, wo entsprechende Satzungen zur Erhaltung oder denkmalgerechten Gestaltung bestehen, werden diese oft nicht durchgesetzt.

Die Zeiten der Ahnungslosigkeit, in denen vor allem kleine Kommunen von cleveren Geschäftemachern zu unsinnigen Entscheidungen gebracht wurden, sind zwar vorbei. Aber die Kraft fehlt bei leider immer noch zu vielen, auch einmal »Nein« zu sagen oder den angestrebten Zielen eine planerische Verbindlichkeit zu geben – meistens aus Angst davor, daß sich gar kein Investor meldet. So wird aus notwendiger Offenheit für Entwicklungen leicht Konzeptlosigkeit. Der Denkmalschutz, dessen zweifelsohne retardierende Wirkung nicht zuletzt das Überlegen fördern soll und den Entscheidungsdruck auf ein paar mehr Schultern verteilt, wird mancherorts von vornherein verteufelt. Ein Grund für diese Mißstimmung sind die leider immer noch vorhandenen Lücken in der flächendeckenden Denkmalerfassung mit ihren dann natürlich nicht auszuschließenden Überraschungen. Ein anderer Grund muß aber auch in der unseligen Sprachlosigkeit zwischen Denkmalpflege und Kommune gesehen werden: Sachsen-Anhalt hat leider nicht, wie sonst üblich, die Zuständigkeit der fachlichen Beratung vor allem in der Form des Trägers öffentlicher Belange der Fachbehörde übertragen. Damit entfällt eine der wichtigsten und inhaltsträchtigen Gesprächsebenen. Da auch keine Beteiligung der Gemeinden bei der Aufstellung der nachrichtlichen Denkmalverzeichnisse vorgesehen ist, bedarf es viel guten Willens auf beiden Seiten, um überhaupt miteinander ins Gespräch zu kommen, bevor der Vorgang der denkmalrechtlichen Genehmigung nur noch Streit oder faule Kompromisse zuläßt.

Ein einziger Paragraph im sachsen-anhaltischen Denkmalschutzgesetz sieht einen direkten Kontakt zwischen Kommune und Landesdenkmalamt vor: § 8 Abs. 2 fordert im Rahmen einer Sollbestimmung den Gemeinden ab, sogenannte Denkmalpflegepläne nach Anhörung der Denkmalfachämter aufzustellen. Hierin wird eine große Verpflichtung der Gemeinden gesehen, aber vor allem auch eine große Chance, zu ei-

ner ganz neuen Qualität von Gemeinsamkeit staatlicher und kommunaler Verantwortung insbesondere bei stadtplanerischen Positionen zu kommen. Die Scheu der Kommunen ist verständlicherweise groß, nicht zuletzt besteht Unsicherheit, wie ein solcher Plan im Detail aussieht und was seine Regelungsinhalte sein können. Als Landesamt sind wir zur Zeit aktiv beteiligt an einigen ersten exemplarischen Arbeiten in Dessau, Wörlitz und Wittenberg, wo wir uns mit unserem Wissen einbringen.

5. Die Betroffenen

Glaubt man den Medien, dann sind die am stärksten vom Denkmalschutz Betroffenen die Investoren. Da ist von Einschränkung und von Verprellen die Rede, und es scheint, als läge das Heil einer Stadterneuerung in der möglichst ungezügelt Entfaltung der Kräfte des Marktes. Betroffen vom Denkmalschutz sind jedoch nach unserer Grundordnung vor allem zwei Gruppen in einer Stadt:

- Zum einen sind dies die Eigentümer von Haus, Hof und Grundbesitz mit ihren traditionellen Nutzer- und Gewerbeinteressen, denen durch die Bewertungen der Denkmalpfleger möglicherweise Einschränkungen bei der Verwertung ihres Immobilienbesitzes auferlegt werden.
- Zum anderen ist es die durch ihre demokratisch legitimierten Instanzen politisch agierende Gesamtheit einer Gemeinde, deren Grundrecht auf Gestaltungs- und Entwicklungsautonomie durch die rein landesrechtlichen Denkmalrechtspositionen eingeschränkt erscheinen.

Beide Konfliktbereiche sind so alt, wie die staatliche Denkmalpflege selbst. Noch nie sind die Konflikte jedoch so harsch und Ziele und Inhalte einer Denkmalpflege da und dort so grundsätzlich in Frage gestellt worden, wie zur Zeit.

Zur Frage der Konkurrenz zwischen kommunaler Planungshoheit und landesrechtlichem Denkmalschutz habe ich mich bereits geäußert. Was den Konflikt mit dem Privatbesitz angeht, ist ein Grund natürlich darin zu sehen, daß die Individualrechte heutzutage eine bislang nie gekannte Absicherung erfahren haben. Für den Denkmalpfleger als einem Vertreter öffentlicher Interessen bedeutet dies, daß Fragen nach der Rechtskonformität seiner fachlichen Positionen ihm zunehmend mehr Zeit abverlangt, und für die Klärung der Befundlage oder des historischen Kontextes immer weniger Zeit bleibt; ganz zu schweigen von den Aufgaben der konservatorischen Beratung.

Am besten und vor allem am konfliktfreiesten funktioniert das Zusammenspiel zwischen Denkmalpfleger und Eigentümer noch dort, wo die traditionellen Eigentumsstrukturen die DDR-Zeit überstanden haben bzw. wo ein Bauherr klar bestimmte Nutzungen den Zielsetzungen für ein Kulturdenkmal gegenüberstellen kann. Hier lassen sich eigentlich immer Lösungen finden, die den unterschiedlichen Interessen gerecht werden.

Oft scheint es jedoch so, als ob Begriffe wie »Denkmaleigentümer« und »Bauherr« der Vergangenheit angehören und nur noch über Investitionen geredet werden kann. Immobilien, unabhängig ob Denkmal oder nicht, werden zunehmend als brachliegende Kapitalwerte gesehen. Nicht ihre Nutzungsmöglichkeiten machen ihren Wert aus, sondern spekulative Zinsgewinne. Im Rahmen solcher Vorstellungen, die übrigens einen bundesweiten Trend darstellen und nicht ein spezifisches Problem der sog. Neuen Länder beschreiben, erscheint es dann auch logisch, wenn zentral gelegene Gebäude von ihren angestammten Nutzern zu Höchstpreisen abgestoßen werden, zu gunsten kostengünstiger Nutzungsmöglichkeiten an der Peripherie. Daß der angestammte Nutzer die Stadt selbst ist und das zentral gelegene Gebäude das Rathaus ist, wird, wie zu befürchten steht, kaum ein Einzelfall bleiben.

Das historische Rathaus zu erhalten, wird also nicht mehr als kulturpolitischer Auftrag gesehen, sondern einem »Investor« überlassen. Der wird sich natürlich nur dort engagieren, wo Renditeeinschränkung, Nutzungsbeschränkung und die Möglichkeit normüberschreitender Baukosten von vornherein ausgeschlossen werden. So gesehen steht jede Maßnahme an einem Kulturdenkmal mehr oder weniger in einer unlösbaren Konkurrenz zum sog. Bauen auf der grünen Wiese. Was bleibt, ist das Werben mit dem Prestige und Imagewert des Baudenkmals, der Appell an das kulturelle Bewußtsein.

Eine Stadt läßt sich ja nicht nur als Ort des Marktes beschreiben. Mindestens in gleicher Weise ist sie ein Ort der Kultur. Kultur, die immer ein Mindestmaß an Kontinuität und historischen Bezügen braucht. Nur als Kulturort und als historischer Ort ist die Stadt eine menschliche Stadt. Wir sollten die Auflehnung der Bürger gegen die marktkonforme Erneuerung der Städte in den 60er Jahren, die als unwirtlich empfunden wurde, nicht vergessen. Es fehlte die Fähigkeit der Identifikation mit der Umwelt. Die eigene Identität baut sich auf der persönlichen Vergangenheit auf, ist ohne Erinnerung nicht möglich und bedarf der Erinnerungszeichen, um sich in der Gegenwart zu verankern. So gesehen ist jeder Bürger einer Stadt ein Betroffener vom Denkmalschutz! Nun aber nicht mehr im belastenden Sinne, sondern in einer existenziellen Abhängigkeit. Möglicherweise ist es das, was Denkmalschutz zu einer Angelegenheit von öffentlichem Interesse befördert.

6. Die Partner der Denkmalpflege

Stadterneuerung ist nur partiell ein Tun des Planers und des Politikers. Erst mit der baulichen Umsetzung erreicht Stadterneuerung ihr Ziel. Der Denkmalpfleger in dieser Etappe sitzt nicht mehr am Schreibtisch, sondern er ist erst Architekt und dann Handwerker. Daß er dabei tunlichst weniger als »Erneuerer«, vielmehr als »Reparierer« auftreten sollte, gehört zum Selbstverständnis der Denkmalpflege seit weit über 100 Jahren. Doch wie sieht die Praxis aus?

Die DDR hatte stets nur wenige Architekten im Sinne des klassischen Verständnisses dieses Berufsbildes ausgebildet. Deren Ausbildung entsprach üblichem europäischem Standard. Und diese Architekten sind, wo brauchte man sie denn sonst schon in der DDR, in hohem Maße denkmal erfahren. Sie waren eine verschwindend geringe Minderheit, als der große Bauboom losbrach nach der Wende, und trotzdem gab es plötzlich ein Heer von »Architekten«, die Kammermitgliedsnummer stolz wie einen akademischen Grad auf der Visitenkarte führend. Ich frage mich seither, was uns denn heute noch geblieben ist von dem traditionellen Bild eines Berufsstandes, dem einstmals nach den Ärzten und Universitätsprofessoren die höchste Reputation nachgesagt wurde, gleichermaßen der Kunst, der Technik wie den sozialen Bedürfnissen der Menschen verpflichtet? Wo gibt es ihn noch, den Architekten, der sorgsam den Bau befehlt, den er herrichten soll. Eher einer Hinrichtungsplanung gleichen die im Genehmigungsverfahren üblicherweise vorgelegten CAD-Pläne, Ausdruck ignoranter Anmaßung statt sorgfältiger Bauvermessung und absolut ungeeignet, dem Handwerker klare Anweisungen oder dem beurteilenden Denkmalpfleger Sicherheit zu geben, daß die denkmalwerte Substanz überlebt. Nicht minder trostlos sind viele Vorschläge dort, wo die Lücke gefüllt werden muß, wo der Architekt nicht Heiler, sondern Schöpfer sein könnte.

Es scheint heute generelle Praxis zu sein, die Lösung der Detailfragen auf die ausführenden Handwerksfirmen zu übertragen. Wenn dies dann gekoppelt wird mit üblichen Vergabepraktiken, die dem billigsten Bewerber den Zuschlag sichern, ist es zwangsläufig, daß keine sachgemäße, also auf das Arbeiten am Denkmal abgestimmte Durchführung erfolgt. Die Schere, die sich zunehmend auftut zwischen moderner Bautechnologie und baudenkmalpflegerischer Konservierung, hat sowohl etwas zu tun mit Wissen, wie auch mit Geld. Das handwerkliche Wissen, das im Umgang mit historischer Bausubstanz gefordert wird und das leider als vermeintliches Spezialwissen immer weniger im Rahmen der normalen handwerklichen Ausbildung vermittelt wird, dieses Wissen kann wenigstens in Fortbildungsmaßnahmen, etwa zum »Handwerker in der Denkmalpflege« oder auf Meisterebene zum »Restaurator im Handwerk« erworben werden. Die Handwerkskammern stellen sich hier ihrer Verantwortung. Es ist zu hoffen, daß solche zusätzlichen Qualifikationen sich auch für die Handwerker auszahlen und das Wissen um die besonderen Anforderungen nicht zur Benachteiligung im Wettbewerb mit dem ignoranten Billiganbieter führt.

Denn eines ist nicht von der Hand zu weisen, das Festhalten an der historischen Bautechnologie, wie es dem Konservator nach den Grundsätzen der Charta von Venedig abverlangt wird, bedeutet zunehmend Mehraufwand, der ja nur begrenzt durch irgendwelche Zuschüsse und sonstige Vergünstigungen ausgeglichen werden kann. Die Kluft, die sich darüber hinaus auftut zwischen dem historischen Bestand mit seinen spezifischen Standards im Hinblick auf Bautechnik, Nutzung und Ausstattung wird immer größer. Selten sind die Erfolgserlebnisse, daß ein Streit, wie er zum Bei-

spiel in Magdeburg zwei Jahren lang mit aller Heftigkeit über die Zulässigkeit von Wärmedämmverbundsystemen an Baudenkmalen geführt wurde, zugunsten der eigentlich ja selbstverständlichen Forderung nach Erhalt, bzw. Wiederherstellung eines traditionellen Putzsystems entschieden wird.

Trotz solcher kleiner Erfolge gegen den Trend des Baumarktes und der Baumoden – manches was uns heute abverlangt wird, ist mit Sicherheit in zehn bis zwanzig Jahren technologisch überholt und wird zum Sanierungsanlaß zukünftiger Generationen oder vielleicht schon früher werden – und trotz der immer noch vorhandenen Überzeugung, daß das meiste, was unseren historischen Bauten nicht zuletzt in bautechnischer Hinsicht ihre Authentizität sichert, durchaus überlebensfähig ist, wächst die Unsicherheit, ob das große Ganze der alten Stadt unter Wahrung ihrer historischen Kontinuität in das 21. Jahrhundert hinübergerettet werden kann. Wenn ich von »die alte Stadt« spreche, meine ich nicht nur eine bestimmte obere Kategorie, zum Beispiel die Weltkulturerbestadt Quedlinburg. Angst muß man haben um alle, vorrangig natürlich um die weniger bekannten Städte, deren Qualitäten gleichermaßen von ihrer Geschichtlichkeit und ihren faßbaren Traditionen bestimmt werden und die dadurch ihren Bewohnern Heimat und Sicherheit geben. Unübersehbar sind die Auflösungssymptome wie Rückzug des Wohnens in die Einfamilienhaus«idylle« oder das Marktgeschehen auf der grünen Wiese, desgleichen immer größere Baufelder mit immer großräumiger werdendem Baugeschehen in den Altstädten. Und die Finanzmittel, die eine Wende solcher Tendenzen wie schon einmal Ende der 60er Jahre hilfreich unterstützen könnten, fehlen zunehmend.

7. Zusammenfassung

Mancher Denkmalpfleger stellt sich angesichts solcher wenig optimistischen Perspektiven die Frage, ob also Rückzug angesagt sei, und eine Konzentration aller Kräfte auf das Wertvollste, die Dome, Schlösser, Kirchen und ähnliche Bauten zu fordern sei. Bei aller sicher deutlich gewordenen Skepsis sollte der Resignation kein Raum gegeben werden. Im Gegenteil, es ist ja immer die Aufgabe der Denkmalpflege gewesen, sich für das besonders bedrohte Kulturgut einzusetzen. Und wer wollte bestreiten, daß die historischen Stadtbereiche heute zu den bedrohtesten Kulturgütern gehören.

Die alte Stadt läßt sich nur als Kontinuum, als Prozeß bewahren. Kontinuität in der Stadtentwicklung entsteht jedoch nicht durch Erhalt weniger herausragender Einzelobjekte, sondern durch möglichst viel historisches Material und der dazugehörigen Strukturen. Auch Teilsubstanzen haben dabei ihre Funktion, ohne daß ein solcher Hinweis nun als Befürwortung einer reinen Fassadendenkmalpflege mißverstanden werden darf. Teilsubstanzen sind zum Beispiel auch Hinterhäuser, Treppen, Kellergewölbe, ein übrig gebliebener Mauerrest und vieles mehr. Nicht wenige Fixpunkte schaffen Fläche, sondern viele kleine Punkte. Nicht Reduktion auf Weniges ist ange-

sagt, sondern die Erhaltung der Vielfalt. Nur so entsteht auch Offenheit für Neues aus der Sicherheit heraus, daß es eingebunden wird.

Stadterneuerung als Umgang mit der ganzen Geschichte spielt sich nicht nur in den hier kurz angerissenen Bereichen ab. Sie ist auch nicht nur eine Sache für die Augen. Die Erhaltung der Spuren der Geschichte in unseren Städten muß einhergehen mit dem Verstehen, das heißt also auch dem Verdeutlichen der geschichtlichen Zusammenhänge, unabhängig im übrigen davon, ob es sich um einen über 1000 Jahre alten Ort wie Quedlinburg handelt oder um Halle-Neustadt, das kürzlich seinen 30. Geburtstag feiern konnte. Dann wird die Stadt ein Ort des Lernens. Das Verstehen der Vergangenheit erklärt das Heute und ermöglicht eine verantwortungsbewußte Gestaltung der Zukunft.

Geschichte, vor allem die in unserer tagtäglichen Umgebung durch die Kulturdenkmale erfahrbare Geschichte, ist ein die eigene Lebenserfahrung erweiterndes Erfahrungspotential und eine stützende Position gegenüber Fremdbestimmung und Planungstechnokratie. Die Arbeit des Denkmalpflegers als Wahrer der ganzen Geschichte im Stadterneuerungsprozeß dient so nicht der Dekoration einer Konsumlandschaft, sondern der sozialen Aufklärung.

Wilhelm Ribhegge

Verliert Nordrhein-Westfalen sein Gesicht?

In Cappenberg, nicht weit von Dortmund gelegen, kann man den aktuellen Konflikt, der in Nordrhein-Westfalen zwischen dem Land und seinen Landschaftsverbänden ausgebrochen ist, in seiner historischen Dimension symbolhaft studieren. Die Nordwanderung des Kohlebergbaus, die von der NRW-Landesregierung durchgesetzt wurde, untergrub die Fundamente von Kloster und Schloß Cappenberg. Die Gebäude bekamen Risse. Sie mußten abgestützt werden, um sie vor dem Zusammenbruch zu schützen.

Die Kohle steht – genauer: stand – für moderne Industrie und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Klosterkirche stammt noch aus dem Mittelalter, und das Schloß war der Alterssitz des Freiherrn vom Stein. Mit Stein verbindet man die bekannten preußischen Reformen. Der alte Stein, der 1831 starb, war in seinen letzten Lebensjahren der Präsident des westfälischen Provinziallandtags gewesen. Stein hat von den Höhen von Cappenberg das Aufkommen der Ruhrindustrie im nahen Dortmund nicht mehr beobachten können. Aber die Entstehung der modernen Industrielandschaft an Rhein und Ruhr, die 1946 in der Gründung des Landes NRW gipfelte, stand unmittelbar bevor. Cappenberg steht für die Konfrontation von alt und modern, aber auch von modern und postmodern.

Nordrhein-Westfalen ist eine Kunstschöpfung der britischen Besatzungspolitik des Jahres 1946. So mag es scheinen, als sei es ein Land ohne Geschichte. Aber der Schein trügt. Es sind die heutigen Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen, die sich als die Verwalter des geschichtlichen Erbes der Landschaft Nordrhein-Westfalen verstehen, einer Tradition, die bis in das Mittelalter reicht. Die Landschaftsverbände entstammen der Selbstverwaltungstradition Preußens im 19. Jahrhundert. In diesem

Jahr erinnert der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mit einer Ausstellung an die historische Begegnung Karls des Großen mit Papst Leo III. in Paderborn im Jahre 799.

Tatsächlich beginnt die Geschichte des heutigen Landes NRW nicht erst 1946. Geschichtliche Kontinuität gibt es am Mittel- und Niederrhein und in Westfalen vom frühen Mittelalter bis heute. Mit der Gründung der Bistümer und Pfarrgemeinden nach der Christianisierung der Sachsen unter Karl dem Großen entstanden die ersten Institutionen, die jedenfalls im Prinzip bis heute bestehen. Durch die Eingliederung der westfälischen Bistümer in das Erzbistum Köln wurden bereits um 800 erstmals diejenigen Landesteile als Verwaltungseinheit zusammengefügt, die heute das Land NRW bilden. Es sind die Landschaftsverbände, nicht das Land NRW selbst, die heute das historische Erbe der Landes NRW verwalten und weitergeben. Dabei geht man bis in die Römerzeit zurück. In dieser kulturellen Aufgabenteilung unterscheidet sich NRW von anderen Ländern wie beispielsweise Bayern, Baden-Württemberg und den neuen Bundesländern, die »zentralstaatlich« das geschichtliche Erbe des eigenen Landes pflegen.

Erst wenn man diese besonderen Verhältnisse in NRW berücksichtigt, wird die ganze Dimension des Konflikts zwischen dem Land NRW und seinen Landschaftsverbänden deutlich, der durch den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung ausgelöst wurde. Zweifellos haben die Landschaftsverbände in diesem Streit keine leichte Position. Zwar gilt die Selbstverwaltungsgarantie des Grundgesetzes auch für die Landschaftsverbände, die schließlich älter sind als das Land NRW. Aber die Landschaftsverbände werden in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen

und die Phalanx ihrer entschiedenen Anhänger und Verteidiger dürfte nicht übermäßig groß sein.

Woher kommen die Landschaftsverbände? 1815 nach der Beendigung der Herrschaft Napoleons hatte der Wiener Kongreß das Territorium Preußens im Westen bis an die Grenzen der Niederlande und Frankreichs ausgedehnt. Preußen wurde in zehn Provinzen eingeteilt. Darunter befanden sich auch die neugeschaffene Provinz Westfalen mit dem Sitz in Münster und die Rheinprovinz mit dem Sitz in Koblenz. Die Provinzen waren zunächst Verwaltungseinheiten mit dem Oberpräsidenten an der Spitze und unterteilt in Regierungsbezirke. Neben der staatlichen Verwaltung der Provinz gab es die Einrichtungen der kommunalen Selbstverwaltung, die durch die Steinschen Reformen wiederbelebt worden war. Die kommunale Selbstverwaltung hatte drei Ebenen, die der Städte und Gemeinden, die der Kreise und die des Provinzialverbands, der seit 1823 eine eigene »landständische« Vertretung erhielt, den Provinziallandtag. Der Provinzialverband übernahm kommunale Aufgaben, die über die örtliche Zuständigkeit der Gemeinden und Kreise hinausgingen. Aus den Vertretungen der Selbstverwaltung in Stadt, Kreis und Provinz entstanden die ersten Ansätze der späteren parlamentarischen Demokratie. Hier finden sich auch die Anfänge der politischen Vereine und der politischen Parteien.

Dies zeigte sich im Jahr 1847, als der preußische König sich gezwungen sah, sämtliche Provinziallandtage Preußens zum »Vereinigten Landtag« nach Berlin einzuberufen. Die nächste Etappe war die Revolution von 1848, die Einberufung einer preußischen Nationalversammlung in Berlin und einer deutschen Nationalversammlung in Frankfurt. In beiden Parlamenten spielten Politiker, die aus der Selbstverwaltung der beiden preußischen Westprovinzen hervorgingen, eine führende Rolle.

Obwohl es seit 1849 einen preußischen Landtag gab, blieben die Provinzialverbände mit ihren Vertretungen als Einrichtung der kommunalen Selbstverwaltung weiter bestehen. 1886/87 wurde ihre Zuständigkeit durch die Provinzialordnungen für Westfalen und für die

Rheinprovinz neu geordnet. Die Sitzungen des Provinziallandtags waren öffentlich. Der Provinzialverband übernahm die Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung im Bereich des Wegebbaus und der Fürsorge. Dazu erhielt er eine eigene Verwaltung. Über die Provinz und den Provinzialverband entstanden Ansätze eines rheinischen und westfälischen Regionalbewußtseins, das es vor 1815 wegen der politisch-territorialen Zerklüftung des Rheinlands und Westfalens nicht gab.

Wie die Kreistage, so wurden auch die Provinziallandtage bis 1918 nicht demokratisch, sondern nach einem ständischen Prinzip gewählt. Das alles änderte sich durch die Revolution von 1918. Preußen wurde demokratisch und an die Stelle der Hohenzollernmonarchie trat die Republik, die sich Freistaat Preußen nannte. Preußen wurde jetzt von der Weimarer Koalition aus SPD, den christlichen Demokraten, der Zentrumsparterie und den Linksliberalen regiert. Die neue Verfassung Preußens vom 30. November 1920 übernahm die Provinzialverbände als Einrichtung der kommunalen Selbstverwaltung. Die Verfassung übertrug ihnen die Doppelaufgabe der Selbstverwaltung einerseits und der (staatlichen) Auftragsverwaltung andererseits. Für die Wahlen zu den Provinziallandtagen galt fortan das allgemeine und das gleiche Wahlrecht. Die Kommunalwahl fand also jeweils auf drei Ebenen statt: als Wahl zur Stadtverordnetenversammlung, als Wahl zum Kreistag und als Wahl zum Provinziallandtag. Art. 127 der Weimarer Verfassung garantierte die Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die preußische Monarchie war gegenüber jedem Sonderbewußtsein der Provinzen mißtrauisch gewesen, weil sie darin eine Gefährdung der preußischen Staatlichkeit sah. Das änderte sich jetzt. Seit den 1920er Jahren gingen die Provinzialverbände dazu über, bewußt das regionale Geschichtsbewußtsein zu pflegen, und man förderte die regionale Volkskunde. Dabei lehnte man sich an die damals aufkommenden Volkstumsideologien an. Ausdruck dieser Wende war zum Beispiel das sogenannte westfälische »Raumwerk«. Die ersten Bände der wissenschaftlichen Reihe »Der Raum Westfalen« er-

schiene 1931, 1932 und 1934. Auch nach 1945 wurde die Reihe fortgesetzt. Der letzte Band »Fortschritte der Forschung und Schlußbilanz« erschien 1989. Die bemerkenswerte Kontinuität des »Raumwerks« zeigt, daß man sich nach 1945 schwertat, sich von früheren ideologischen Verstrickungen zu lösen. Auch sollte es noch Jahrzehnte dauern, bis zum Beispiel die Anwendung des nationalsozialistischen Euthanasieprogramms in den Landeskrankenhäusern des Provinzialverbandes Westfalen wissenschaftlich-kritisch erforscht und dargestellt wurde.

Nach Auflösung Preußens 1947 und der Gründung des Landes NRW kurz zuvor stellte sich erneut die Frage, ob die Provinzialverbände, die jetzt den Namen Landschaftsverbände erhielten, überhaupt noch nötig wären. Hatte nicht der neue NRW-Landtag in Düsseldorf auch Funktionen der beiden früheren Provinziallandtage von Westfalen und der Rheinprovinz übernommen? Auch saß die Landesregierung nicht mehr fernab in Berlin, sondern im nahen Düsseldorf. Das neue Land NRW entschied sich aber für den Fortbestand der Provinzialverbände, wie dies schon nach 1918 im republikanischen Preußen geschehen war.

Durch drei Gesetze, die Gemeindeordnung, die Kreisordnung und die Landschaftsverordnung wurde die überkommene preußische Dreigliederung der kommunalen Selbstverwaltung übernommen. Diese drei Ebenen der kommunalen Selbstverwaltung stellen das traditionale Element in dem Verwaltungssystem des Landes NRW dar, während die Staatlichkeit des Landes immer als eine »Neuschöpfung« verstanden wurde. Für die Landschaftsverbände änderte sich allerdings das Wahlrecht zur Vertretungskörperschaft, die jetzt Landesversammlung hieß. Es gab nur noch indirekte Wahlen. Die Mitglieder der Versammlungen der Landschaftsverbände werden durch die Vertretungen der Kreise und kreisfreien Städte gewählt. Diese scheinbar harmlose Veränderung des Wahlsystems hat zweifellos mit dazu beigetragen, in der Bevölkerung das Bewußtsein um die Existenz der Landschaftsverbände weitgehend verblasen zu lassen. Auch ließ die abgeschwächte Form demokratisch-parlamentarischer Kontrolle eine gewis-

sen Honoratiorenmentalität aufkommen, die mit einer Neigung zur Selbstgefälligkeit und Selbstgenügsamkeit einherging. Genau das wird den Landschaftsverbänden jetzt zum Vorwurf gemacht.

Die Landschaftsverbandsordnung weist den Landschaftsverbänden vier Aufgabenbereiche zu: 1. Soziale Aufgaben, Jugendhilfe und Gesundheit (überörtliche Sozialhilfe, Fürsorge, Landeskrankenhäuser für Psychiatrie, Kur- und Heilfürsorge und Sonderschulen). 2. Straßenwesen, 3. landschaftliche Kulturpflege, Landes- und Landschaftspflege, 4. Kommunalwirtschaft (Beteiligungen an der Westdeutschen Landesbank und an den Provinzialversicherungen, Beteiligung an Versorgungsunternehmen der VEW und RWE, kommunale Versorgungskassen). Ihr besonderes Profil erhalten die Landschaftsverbände zweifellos durch »Kulturpflege«. Dazu zählen vor allem die Landesmuseen, die im unmittelbaren Kontakt zur Bevölkerung stehen. Das Interesse der Öffentlichkeit am Straßenbau, an den Landeskrankenhäusern und an den Sonderschulen ist natürlich geringer als das an der Kultur. Die Auflösung Preußens 1947 hat es mit sich gebracht, daß die Landschaftsverbände – neben den Schulen, Hochschulen und Städten – die wichtigsten Träger der Vermittlung des kulturellen Erbes des Landes NRW geworden sind. Dies wurde kürzlich noch einmal durch die Ausstellung in Münster zum Westfälischen Frieden unterstrichen.

Dewegen geht die derzeitige Diskussion um die Modernisierung der Verwaltung an einem entscheidenden Punkt vorbei. Wer soll künftig für die Vermittlung des kulturellen Erbes des Landes Nordrhein-Westfalen zuständig sein? Soll man die Auseinandersetzung um und mit der Vergangenheit allein der Kompetenz und der Zuständigkeit einiger weniger Verwaltungsfachleute überlassen?

Unklar ist anscheinend auch die politische Philosophie, die hinter dem Begriff der »Modernisierung der Verwaltung« steht. Offensichtlich wird auf die Zeit der 1970er Jahre zurückgegriffen, die die große kommunale Neugliederung in NRW brachte. Ist aber das, was damals modern war, auch heute noch »modern«, oder ist es be-

reits veraltet? Die Philosophen von heute, die sich allerdings zugegebenermaßen weniger für Politik und Verwaltung interessieren, diskutieren darüber, ob nicht schon längst die »Moderne« von der »Postmoderne« abgelöst wurde. Wenn gewisse Formen der »Moderne« in Bausstil und Architektur an Überzeugungskraft verloren haben, so stellt sich die Frage, ob das nicht möglicherweise auch für die inzwischen bereits vergangene »Moderne« der Verwaltungsreform der siebziger Jahre gilt?

Zu den Erfahrungen, die seitdem gemacht wurden, zählt auch die deutsche Einigung. Das Gebiet der ehemaligen DDR, dessen Bevölkerungsgröße der des Landes NRW entsprach, wurde in fünf neue Länder gegliedert. Jedes dieser Länder ist demographisch kleiner als die jeweiligen Landesteile Rheinland und Westfalen in NRW. Aber jedes der fünf neuen Länder hat eine eigene Verfassung, einen eigenen Landtag, eine eigene Landesregierung und Landesverwaltung. Das NRW benachbarte Holland hat knapp 15 Millionen Einwohner. Aber es gliedert sich in 12 Provinzen. Belgien, der andere europäische Nachbar, mit seinen 10 Millionen Einwohnern gliedert sich in drei Regionen. Wenn NRW die regionale Selbstverwaltung der Landschaftsverbände abschafft, um die Zentralstaatlichkeit des Landes zu stärken, so bewegt sich eine solche Politik in eine Richtung, die zu allen vergleichbaren gegenwärtigen Tendenzen der Verfassungs- und Verwaltungsreform in Deutschland und Europa gegenläufig ist.

So ist »Cappenberg« gleichsam der Symbolfall für den Konflikt zwischen Moderne und Postmoderne. Mancher fragt sich, warum Cappenberg durch den Kohlebergbau untergraben werden mußte, den eigentlich kaum noch jemand will. Es geht, so heißt es, bei der Modernisierung letztlich um die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Aber um welche? Sollen neue Arbeitsplätze für das Medienzeitalter geschaffen werden, um über das Medienzentrum Köln vermehrt Seifenoper-

in das deutsche Heim zu bringen? Oder gilt auch die Stärkung der Lebensqualität in den Städten, Kreisen und Regionen des Landes als produktiv? Hängt die zunehmende Neigung zu Fernreisen im Urlaub nicht möglicherweise auch damit zusammen, daß die eigenen Städte und Landschaften als unattraktiv, langweilig und wenig anregend empfunden werden?

Der alte Sinn der kommunalen Selbstverwaltung ist ja darin begründet, daß man aus der Nähe die tatsächlichen Wünsche und Bedürfnisse der Menschen besser erkennen und ihnen entsprechen kann. Das Schlagwort von der »Effizienz« der Verwaltung, auf das sich die Modernisierer berufen, wird dem nur begrenzt gerecht. Effizienz ja, aber für wen? Und vor allem, wer bestimmt, was effizient ist? Der Grundsatz der Subsidiarität hat in Politik und Verwaltung des Landes NRW immer eine ganz zentrale Rolle gespielt. Seine Beachtung hat entscheidend dazu beigetragen, daß das Land das geworden ist, was es heute ist. Die Subsidiarität wurde das nordrhein-westfälische Erfolgsprinzip, mit dessen Hilfe es gelang, die Landesteile des größten Landes der Bundesrepublik mit heute 18 Millionen Einwohnern zusammenzufügen.

Heinrich Böll hat die Geschichtlichkeit des Landes 1960 in einem Aufsatz über »Nordrhein-Westfalen« plastisch beschrieben: »In diesem Bundesland Nordrhein-Westfalen hat Europa die Spuren seines Reichtums und seiner Fülle hinterlassen und die Spuren all seiner Krankheiten; hier sind unzählige Herzogtümer, Bistümer, Städte und Reiche immer wieder auseinandergerissen, immer wieder zusammengeflickt worden, und an den Nahtstellen schmerzt es noch immer. Durch die einheitliche Farbe, die das Bundesland Nordrhein-Westfalen kennzeichnet, schimmert noch das fleckige, vielfältige Gebilde des späteren Mittelalters hindurch, das wie ein Narrenkleid aussah«. Wird dieses historisch gewachsene und farbige Land Nordrhein-Westfalen also sein Gesicht verlieren?

Autoren

THOMAS ADAM (1968). Studium der Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften an der Universität Leipzig. 1995–1998 Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung und Promotion zum Thema »Arbeitermilieu und sozialdemokratisch orientierte Arbeiterbewegung in einer Großstadt«. Das Beispiel Leipzig. 1999/2000 Forschungsaufenthalt an der University of Toronto mit einem Feodor Lynen Stipendium der Alexander von Humboldt-Stiftung.

ALENA JANATKOVÁ (1960). Studium der Kunstgeschichte, Psychologie, Philosophie und Denkmalpflege an den Universitäten Bochum, Bamberg, Berlin und Zürich. 1996 Promotion an der ETH Zürich. Seit 1988 als wissenschaftliche Angestellte in verschiedenen Forschungsprojekten tätig zu den Schwerpunkten: Baugeschichte und Theorie der Denkmalpflege in Mittel- und Osteuropa.

WILHELM RIBHEGGE (1940), lehrt deutsche und europäische Geschichte an der Universität Münster. Zu seinen stadtgeschichtlichen Veröffentlichungen zählen »Geschichte der Universität Münster. Europa in Westfalen« (1985), »Geschichte der Stadt und Region Hamm im 19. und 20. Jahrhundert« (1991) und »Europa-Nation-Region. Perspektiven der Stadt und Regionalgeschichte« (1991).

JÜRGEN TRIMBORN (1971). Studium der Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft, Kunstgeschichte und Germanistik an der Universität Köln. Promotion über »Denkmale als Inszenierungen im öffentlichen Raum«. Mehrere Fachveröffentlichungen zum gesellschaftlichen Umgang mit Denkmälern sowie Artikel und Ausstellungen im Bereich der Medienwissenschaft. Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft der Universität zu Köln. Arbeit an medienwissenschaftlicher Habilitationsschrift.

HPC WEIDNER (1940). Diplom in Architektur 1967, anschließend wiss. Assistent am Institut für Baugeschichte und Bauaufnahme der Universität Stuttgart. 1974 Wechsel in die staatliche Denkmalpflege des Landes Niedersachsen, Schwerpunkt städtebauliche Denkmalpflege, 1987 bis 1991 Geschäftsführer der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der BRD. Seit 1993 am Landesamt für Denkmalpflege Sachsen-Anhalt als Leiter der Abteilung Bau- und Kunstdenkmalpflege und stellv. Landeskonservator. Mitglied der Koldewey-Gesellschaft und des deutschen Nationalkomitees von ICOMOS.

Notizen

Erster FH-Studiengang Stadtplanung in Nürtingen

Als einzige bundesdeutsche Fachhochschule bietet die FH Nürtingen nun einen Studiengang Stadtplanung an. Nach acht Semestern Regelstudienzeit wird den Absolventen der Titel »Diplom-Ingenieur/in (FH)« verliehen. Neben planerischen, technischen und gestalterischen Lehrinhalten werden den Studierenden auch Kenntnisse aus Ökologie sowie den Sozial- und Rechtswissenschaften vermittelt. Praxisbezug und betriebswirtschaftliche Lehrinhalte vermitteln für das Berufsfeld Stadtplanung auch Fertigkeiten für zielgerichtetes Projektmanagement.

Eine Bedarfsanalyse ergab, daß im öffentlichen Dienst und im privaten Sektor ein Bedarf an praxisnah ausgebildeten Stadtplanern besteht. Der baden-württembergische Städtetag, der Gemeindegremien, die Architektenkammer und eine Reihe von Verbänden haben die Fachhochschule Nürtingen bei den Planungen des neuen Studienangebots unterstützt und weitere Kooperationen zugesagt. Die Chancen für den Arbeitsmarkt werden als gut eingeschätzt.

Kontakt: FH Nürtingen, Studentensekretariat, Neckarsteige 6–10, 72622 Nürtingen, Fax: (0 70 22) 201-303

Ausstellung: »Von Babylon bis Jerusalem«

Geblichen ist von den ersten Großstädten vor allem der Name: Ur, Ninive, Babylon usw. Lediglich Jerusalem, die Heilige Stadt, ist bewohnt bis auf den heutigen Tag. Eine Ausstellung im Mannheimer Reiß-Museum schickt sich nun an, diese versunkene Welt wiederzubeleben, zumin-

dest einen Eindruck davon zu vermitteln, wie es in den altorientalischen Königsstädten zugegangen sein mag. Der Bogen spannt sich von Uruk, der Euphrat-Stadt, in der die erste Schrift entstanden sein soll, über Hattusa, die Hauptstadt der Hethiter, in die ägyptische Kurzzeit-Residenz Achetaton, nach Tanis im Nildelta, ins anatolische Sam'al bis hin nach Susa, der persischen Metropole.

Jeder Schauplatz wird mit einem Gipsmodell vorgestellt, das einen Überblick über Topographie, Ausdehnung und Gestalt dieser ersten Großstädte geben sollen. Anschauung von den Kulturleistungen des frühen Morgenlandes liefern die vielen Grabungsfunde. Besonders eindrucksvoll die gekachelten Löwen aus Babylon oder auch der Deckel eines mumienförmigen Sarges aus Tanis. Dazu der erhaltene Godeschmuck aus Susa oder die elfenbeinernen Schmuckeinlagen, der Greif, die Sphinx, die einst Möbel geziert haben.

Die vielen kleinteiligen Exponate (insgesamt rund 400 Objekte), die aus Scherben zusammengefügt sind, Töpfen, Krügen und Schmuckstücken oder auch die in Stein gehauenen Fragmente des Gilgamesch-Epos, wenden sich dagegen eher an den mit der Materie vertrauten Wissenschaftler.

(Mannheim, Reiß-Museum; bis 18. Juli 1999, Katalog DM 70,-).

Die Stadt als Stätte der Zuflucht

Ein Jahr nach der Gründung des Internationalen Schriftstellerparlaments (ISP) 1993 hatte man das Netzwerk »Städte der Zuflucht« ins Leben gerufen, deren erste Mitglieder Straßburg und Berlin waren. Mittlerweile haben sich 24 europäische Städte dem Netzwerk angeschlossen, welche der Inspiration des französischen Philo-

sophen Jacques Derrida und der ursprünglichen Idee folgen, die alte Stadtidee »Stadtluft macht frei« wiederzubeleben. Man wollte sich bei der Unterstützung verfolgter Autoren nicht mehr auf staatliche Institutionen verlassen. Die Mitglieder gewähren für zunächst ein Jahr einem politisch verfolgten Schriftsteller Wohnung und Stipendium, wobei nicht allein das finanzielle Engagement ausschlaggebend ist, sondern der Autor in einer Art Patenschaft betreut und integriert wird.

Für die Autoren, so das Ergebnis der diesjährigen Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung »Berlin - Stadt der Zuflucht«, ist es wichtig, nicht nur als Verfolgte, sondern eben auch als Schriftsteller wahrgenommen zu werden und als solche sich auch in den deutschen Medien äußern zu können. Faradsch Sarakuhi, dessen Zeitschrift »Adineh« Anfang Februar im Iran endgültig verboten wurde, beklagte, immer nur zu Gefängnis, Folter und Zensur befragt zu werden, niemals aber zu seinen Texten selbst, deretwegen er verfolgt werde. So beklagte sich auch der algerische Filmemacher Abderrahmane Bouguerrouh über das sehr einseitige westliche Interesse an ihm und seinem Herkommen. Ganz im Gegensatz zu seinem Heimatland, wo man sich sehr für Deutschland interessiere, seien umgekehrt die hiesigen Vorstellungen über die algerische Kultur, insbesondere die der Berber, für die er sich engagiere, nur sehr vage und würden von Klischees sowie einer gewissen »Sensationsgier des guten Willens« bestimmt.

In den kleineren Städten fehle es an der nötigen Infrastruktur, um den Autoren das richtige Umfeld zu bieten, so der Bonner Stadtdezentern. Berlin werde zwar noch kein zweites Stipendium einrichten können, dafür werde sich nun aber die Stadt Hannover am Netzwerk beteiligen.

Symposium »Stadt und Verkehr« in Stuttgart

Am 10. und 11. Juni 1999 veranstalten das »Institut für Straßen und Verkehrswesen«, das »Städtebauliche Institut« sowie das »Institut für Volkswirtschaftslehre und Recht« der Universität Stuttgart das Symposium »Stadt und Verkehr«.

Die Verkehrsprobleme der Ballungsräume, der Bedeutungswandel der Zentren, die disperse Siedlungsstruktur und das Aufkommen neuer Beschäftigungsformen machen es notwendig, grundsätzlich über den Komplex »Stadt und Verkehr« nachzudenken, so die Veranstalter.

Damit die Aspekte künftiger Organisation von Verkehr in Ballungsräumen umfassend dargestellt werden, wird auf die internationalen Entwicklungen eingegangen und insbesondere mit Stadt- und Verkehrsplanern der USA ein enger wissenschaftlicher Austausch hergestellt.

Mit der Beteiligung von Praktikern aus einem der dynamischsten Ballungszentren, der Region Stuttgart, ist auch für eine Umsetzung der erarbeiteten Perspektiven gesorgt.

Kontakt: Institut für Straßen und Verkehrswesen, Universität Stuttgart, Tel.: (0711) 121-24 82, Fax: (0711) 121-24 84.

Kursprogramm des Instituts für Städtebau Berlin

Im 2. Halbjahr 1999 führt das Institut für Städtebau der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung Berlin u. a. die Kurse durch:

- Städtebau und Recht, 27. 9. bis 1. 10. 1999.
- Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, 8. 11. bis 10. 11. 1999.
- Wertemittlung nach dem Baugesetzbuch, 10. 11. bis 12. 11. 1999.
- Naturschutz und Baurecht, Herbst 1999.

Kontakt: Institut für Städtebau Berlin, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Tel.: (030) 23 08 22-0, Fax: (030) 23 08 22-22.

Herbsttagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt

Die Herbsttagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt findet vom 15. bis 17. Oktober 1999 in der Mitgliedsstadt Ludwigslust (Mecklenburg-Vorpommern) statt. Thema: »Zwischen Barock und Plattenbau«.

Kontakt: Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N., Tel.: (0711) 35 12-32 42, Fax: (0711) 35 12-24 18.

Besprechungen

UTA LINDGREN (Hrsg.), *Europäische Technik im Mittelalter. Tradition und Innovation, Berlin: Gebrüder Mann, zahlr. sw-Abb. und Farbtafeln, Glossar, Bibliographie und Register, 624 S., Leinen, ÖS 947,-, SFr 116,-, DM 128,-.*

Es ist ein gewichtiges Buch, fünf Pfund schwer. Den Inhalt der 23 Kapitel teilen sich etwa 50 Autoren. Einige Verfasser haben zwei oder mehr Aufsätze übernommen. Alle werden in Kurzbiographien vorgestellt.

Die Themen konzentrieren sich auf »Maschinen, Werkzeuge und technische Verfahren« und sind zu großen Gruppen zusammengefaßt: Bauwesen, Agrartechnik, Metallhandwerke, Antrieb und Energie, Bergbau und Verhüttung, Kriegstechnik, Schifffahrt, Vermessung des Himmels und der Erde, Technik der Buchherstellung, Haustechnik, Vermittlung des Wissens um Technik, Ausblick und Übergang zur Renaissance. Alle Artikel werden deutsch geboten, nur der Beitrag von Robert I. Burns »Paper comes to the west. 800-1400« ist englisch gedruckt. Es darf bezweifelt werden, ob Leser den fremdsprachlichen Ausführungen folgen können und wollen. Umgangssprachlich reicht nicht, die Terminologie des Spezialisten ist gefordert. Überblickend muß jedoch festgestellt werden, daß die meisten Autoren erfolgreich bemüht waren, ihr Thema ebenso fachkundig wie allgemeinverständlich vorzuführen. Alle disziplinierten ihre Darstellung aufs Äußerste. Vermutlich war die Herausgeberin, Frau Professor Dr. Lindgren energisch genug, jede Weitschweifigkeit ihrer Mitarbeiter zu vermeiden, ohne Wesentliches auszulassen. Die in der Regel jedem Kapitel beigegebene reichhaltige Bibliographie und die zahlreichen Anmerkungen

der Verfasser kompensieren die Knappheit der Texte und können den Leser in nahezu allen Fällen zufriedenstellen.

Ein besonderes Lob hat sich der Verlag verdient. Das Buch macht einen vorzüglichen Eindruck. Das Layout ist großzügig, der Druck sorgfältig. Modische Mätzchen, zum Beispiel in der Anordnung der Seitenzahlen sind ausgeschlossen. Die Beigabe von Autor und Thema auf jedem Seitenpaar ist zu begrüßen.

Die Rezension wäre einseitig, wollte man nur die »Sonnenseiten« des Werkes herausstellen. Es gibt auch Schatten, beziehungsweise andere Auffassungen und Erkenntnisse. Daß sich ins Paradies der Satan einzuschleichen bemüht ist, weiß man. Gleich auf den ersten drei Seiten der kundig geschriebenen Einleitung hat der Setzfehler-teufel vier Pannen produziert, die einem aufmerksamen Korrektor nicht hätten entgehen dürfen. Vielleicht war dieser Anfangs noch nicht ganz in Form. Später ist dergleichen kaum noch zu entdecken.

Eberhard Knobloch wäre zu fragen, was er unter einem »mechanischen Techniker« versteht (S. 46). Einen Roboter etwa? Das waren Heron von Alexandria und Philon von Byzanz gewiß nicht. Zu widersprechen ist auch seiner Apodiktik »Die mittelalterlichen Zeichnungen waren nie konstruiert« (S. 54). Er möge sich den sog. Klosterplan von St. Gallen genau ansehen, und er wird auf ihm zahlreiche Einstiche von Zirkeln finden. Auf S. 66 ist ein »Flaschenzug mit Holzverkleidung« abgebildet. Jeder, der einen Flaschenzug kennt, weiß, daß diese »Verkleidung« keine Kaschierung der Konstruktion darstellt, sondern eine technische Notwendigkeit ist, um die Rollen zu fixieren.

Unkenntnis beweist Günther Binding, wenn er behauptet, daß die »Backsteine erst seit der

Mitte des 12. Jahrhunderts ... zum bestimmenden Baustoff entwickelt werden«. Ein Blick in das »Lexikon der Weltarchitektur« 1966/1987 (S. 61) hätte ihn belehren können, daß es den Backsteinbau seit dem 6. Jh. v. Z. in Babylon, im antiken Rom, im frühchristlichen Byzanz, in Ravenna und seit dem 10. Jh. in der Lombardei gegeben hat. Auch die von ihm beschriebene wechselnde Schräge aufeinanderfolgender Mauer-schichten dürfte nichts mit dem »Ausgleich des so vorhandenen Schubes« zu tun haben. Ein Versuch könnte überzeugen.

Mit ihrer Berufung auf den römischen Baumeister Vitruvius Pollio und seine Schrift »De architectura libri decem« sind zwei Autoren in die Irre gegangen (S. 93 u. 391). Im Mittelalter hatte man nichts von seinem Werk gewußt, erst um 1415 wurde es entdeckt. Nördlich der Alpen lernte man Vitruvs Werk noch später kennen. 1543 erschien die erste Ausgabe der »architectura« außerhalb Italiens. In lateinischer Sprache hatte sie Gualtherus Hermenius Rivius (Walther Hermann Ryff) in Straßburg publiziert. 1548 veröffentlichte V. Teutsch die erste deutsche Übersetzung. Es ist ein Anachronismus, die Kenntnis des Vitruv schon für das 11. Jahrhundert in Anspruch zu nehmen.

Falsch ist auch Huckers Deutung eines Rostocker Spruches als Wahrzeichen (S. 532). Es werden in ihm zwar 7 x 7 »Kennwahrden« genannt, doch sind die Kennzeichen der Stadt eine Opposition gegen die Vorherrschaft Lübecks im Ostseeraum, das als »Haupt der Hanse im wendischen Quartier« allein über sieben Wahrzeichen im Stadtbild verfügen durfte. Rostock wurden nur fünf Wahrzeichen (St. Marien, St. Petri, St. Nikolai, St. Jakobi, Kröpeliner Tor) zugestanden. Stralsund und Wismar hatten je drei ragende Kirchtürme (St. Marien, St. Nikolai, St. Jakobi bzw. St. Georg). Die Türme waren Seezeichen, Wahrzeichen und Zeichen des Ranges zugleich. Um den eigenen Rang zu erhöhen, ersannen die Rostocker den erwähnten Vers, in dem alle möglichen Dinge der Stadt zur Siebenzahl addiert werden, um wenigstens numerisch mit Lübeck gleichziehen. Es handelt sich also um das, was man heute als Protestsong bezeichnen würde.

Auch das Glossar muß sich Fragen gefallen lassen: Als Brakteaten werden »meist silberne Hohlpfennige« bezeichnet. In »Meyers Enzyklopädischem Lexikon« sind die Münzen jedoch mit Goldplättchen überzogen. Verblattete Hölzer werden nicht »verknüpft«. Das ist unmöglich! Die Knüpftechniken gehören in den Bereich der Textilien. Will man eine Zapfenverbindung, ist die Kreuzung der Hölzer ausgeschlossen. Hier und bei anderen bautechnischen Details wird offenbar, daß dem betreffenden Verfasser jede handwerkliche Praxis fehlt. Es empfiehlt sich, einen Zimmermann zu konsultieren.

Das in dem Buch gebotene Spektrum ist breit und interessant. Von der Bautechnik bis zur Harzgewinnung, vom Mühlenwesen über die Chemie und die Farbenherstellung bis zu den Frauen im Handwerk wird ziemlich alles geboten, was sich unter den Begriff »Technik« subsumieren läßt. Nur ein großer Bereich fehlt. Er ist bereits im »Lexikon des Mittelalters« des Artemis-Verlages unterschlagen worden, und man sucht ihn auch hier vergebens: der Bereich des Treppenbaues. In der sonst erfreulich umfangreichen Bibliographie fehlt jede Angabe über Treppen. Die 741 Titel im »Handbuch Treppenkunde« (Hannover 1993) sind offenbar den Autoren dieses Buches unbekannt geblieben.

Treppen sind nicht weniger wichtig und aufschlußreich als andere Bestandteile des Bauens. Sie hätten in den Kapiteln »Bautechnik-Steinbau« und »Holzbau« ihren Platz finden müssen. In dem hier abgesteckten Zeitraum des Mittelalters vollziehen sich nämlich grundlegende Wandlungen des Treppenbaues von den geradarmigen Treppen zu den gewendelten, beziehungsweise umgekehrt, und in der Konstruktion von den steigenden Ringtonnen zu den selbsttragenden Stufen. Mit diesem Wandel war ein bedeutsamer Schritt von der Fertigung auf der Baustelle zur Vorfertigung in der Werkstatt getan. Eine technische Revolution, die sich sowohl auf den Zeitplan als auch auf die Kosten ausgewirkt hat. Kein Wort davon bei Binding, der sich für diesen Themenbereich zuständig hält. Auch wäre zu untersuchen gewesen, warum diese Neuerung zur Zeit der Kreuzzüge und der Kontakte mit den Arabern auftrat. Thomas Hänseroth und Klaus Mauers-

berger schreiben zwar von einem »Zwang zur Rationalisierung«, von einer »notwendig gewordenen Qualifizierung der Bauplanung« (S. 88) und von einer »Vorfertigung in der Hütte« (S. 90), wissen aber nicht, daß die Typisierung im Treppenbau ein entscheidender Beitrag gewesen ist. Harald Witthöft unterstreicht die »geradezu revolutionäre Entwicklung von Handel und Gewerbe seit dem 11. und vor allem im 12./13. Jahrhundert« (S. 383) ohne zu erwähnen, daß sie mit den nicht minder revolutionären Änderungen im Treppenbau parallel läuft. Auch Thomas Biller macht sich keine Gedanken darüber, wie die Bewohner der von ihm sachkundig beschriebenen Burgen (S. 95 ff.) von einem Geschoß zum anderen gekommen sind. Er übersieht, daß es die Treppen waren, die allein durch ihre Konstruktionsweise, durch ihre Enge und Laufführung, wichtige Faktoren der Verteidigung gewesen sind. Als dann durch Feuerwaffen eine Nahkampfabwehr illusorisch wurde, mußte sich der Charakter der Treppen zwangsläufig ändern. Man baute sie breiter, bequemer, heller und prunkvoller.

Über die Entwicklung der Waffentechnik informiert dieses Buch ausgiebig. Ihre Folgen im Bauwesen, speziell im Treppenbau bleiben unberücksichtigt. Man sage nicht, daß das Thema »Treppe« zu speziell sei oder sich nicht mit dem Titel des Buches vertrage. Dann müßte man auch auf die Darstellung des Deichbaues (S. 110 ff.) und des Hafengebäues (S. 105 ff.), auf die Behandlung der Münztechnik (S. 137), von Braunfirnis (S. 147 ff.) und keramischen Glasuren (S. 287) verzichten. Angesichts dieser Techniken für sehr spezielle Berufe ist das Gebiet des Treppenbaues allgemein, alltäglich und für die gesamte abendländische Menschheit nützlich gewesen. Es in einem derart ambitionierten Werk einfach wegzulassen, ist in höchstem Grade zu bedauern. Am Platzmangel kann es nicht liegen. Im Prospekt wurde das Buch mit ca. 800 Seiten angekündigt. Erschienen ist es mit rd. 150 Seiten weniger.

Das Buch »Europäische Technik« im Mittelalter 800–1400« ergänzt das Anliegen der Stadterhaltung und Denkmalpflege in nützlicher Weise. Es sollte jedem Fachmann und Laien zur Hand sein.

Konstein

Friedrich Mielke

GERD KUHN, *Wohnkultur und kommunale Wohnungspolitik in Frankfurt am Main 1880 bis 1930. Auf dem Wege zu einer pluralen Gesellschaft der Individuen* (Veröff. des Instituts für Sozialgeschichte e.V. Braunschweig – Bonn), Bonn: Verlag J. H. Dietz Nachfolger 1998, 452 S.

Hinter dem etwas sperrigen Titel verbirgt sich eine höchst interessante Geschichte der Wohnungspolitik und der Wohnungskultur am Beispiel Frankfurts in der Epoche der »Klassischen Moderne«. Ausgangspunkt des Buches, einer überarbeiteten geschichtswissenschaftlichen Dissertation, ist die wohnungspolitische Wende im Ersten Weltkrieg. Es folgen zwei Kapitel über die Rationalisierung der Wohnkultur und die sozialorientierte kommunale Wohnungspolitik. Nach einer Diskussion der gemeinnützigen Wohnungsbauträger erwartet den Leser ein Ausblick »Städtische Visionen und die Konstruktion der gesellschaftlichen Mitte«. Das Buch ist – wenn auch zurückhaltend – bebildert und mit Tabellen angereichert. Die oft kritisierte Methode, lange Zitate zu präsentieren, erweist sich bei diesem Buch aufgrund der geschickten Argumentationsmontage als außerordentlich fruchtbar, sie erleichtert einen Einblick in die Zeit.

Gerd Kuhn ist es tatsächlich gelungen, eine Dissertation lesbar und spannend zu machen, und zwar bis zum Ende, das erst nach 452 Seiten erreicht wird! Auf der Grundlage intensiver Archivrecherchen und kenntnisreicher Auseinandersetzung mit der Sekundärliteratur wird ein breites Panorama historischer Veränderungen entfaltet, das nicht nur für Historiker, sondern auch für Soziologen und Bauhistoriker von Interesse ist. Welcher Bewunderer von Ernst Mays Frankfurter Siedlungen weiß denn schon, was für Hoffnungen, Sehnsüchte, Perspektiven und Konflikte mit solchen Siedlungsprojekten verbunden waren. Ausgeklammert bleiben allerdings die architektonischen und städtebaulichen Aspekte, mit einer Ausnahme: Das Thema Wohnungsgrundriß wird breit und anregend entfaltet.

Nicht zu kurz kommen die zeitgenössischen Akteure wie Interpreten: etwa Max Weber, Antonio Gramsci, Siegfried Kracauer, Bruno Taut, Ernst Bloch, selbstredend Ernst May und viele andere mehr. Eindrucksvoll wird die Bedeutung der Frauen für die Modernisierung des Wohnens herausgearbeitet, so etwa der Wohnungspflegerinnen Lina Kaysser und Anny von Schulzen, der Soziologin Margarethe Sallis-Freudenthal, der Hauswirtschaftspropagandistin Erna Meyer und – natürlich – der Architektin Margarethe Schütte-Lihotzky, der Entwerferin der »Frankfurter Küche«. Eine besondere Entdeckung ist die nur SpezialistInnen bekannte Soziologin Margarethe Sallis-Freudenthal. Sie begann 1930 ihr Soziologiestudium bei Karl Mannheim und promovierte im Dezember 1933 »wahrscheinlich als letzte Jüdin an einer deutschen Universität« (S. 105). 1934 emigrierte sie nach Palästina. Was sie für Gerd Kuhn so interessant macht, ist ihre Dissertation mit dem Titel »Gestaltwandel der städtischen bürgerlichen und proletarischen Hauswirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Typenwandels von Frau und Familie, vornehmlich in Süddeutschland zwischen 1760 und 1933. I. Teil von 1760 bis 1910«. Der zweite, die Zeit bis 1930 diskutierende Teil, wurde zwar »nahezu fertiggestellt«, gilt aber als verschollen.

Im Laufe der Lektüre des Buches wird dem geneigten Leser immer klarer, daß die Wahl Frankfurts keineswegs zufällig oder willkürlich war. Frankfurt war nicht nur eine herausragende Stadt des Neuen Bauens, sondern ein Hort von Reformstrategien überhaupt. In dieser Stadt wird die »Modernisierung« einer städtischen Gesellschaft über abstrakte Begriffe hinaus lebendig. Das Neue Frankfurt mit der ersten »voll-elektrifizierten Siedlung« Deutschlands, der Sied-

lung Römerstadt, wird als »Amerika vor den Toren« vorgeführt. Allerdings mußten Familien in dieser Siedlung ihren bislang gewohnten »Badetag« aufgeben, da wegen der Kapazität des Speichers eine Verteilung der Bäder über verschiedene Wochentage notwendig wurde (S. 173). Auch der Elektroherd veränderte die Lebensgewohnheiten: »Dieser Wandel äußerte sich in der Zubereitungsart der Speisen (leichte Kost) oder im Tagesrhythmus der Nahrungsaufnahme (abends »kaltes Essen«)« (S. 177).

Die Siedlungen des Neuen Frankfurt erscheinen dem Autor schließlich als »Vororte einer zukünftigen modernen Gesellschaft der Mitte« (S. 390), als Boden einer Kultur der Toleranz und des zivilen Ausgleichs, die in der Weimarer Republik aber zum Scheitern verurteilt war. Neue Mitte? Das betrifft nicht nur die Bewohner – die Angestellten, Beamten und Facharbeiter. Kuhn insistiert darauf, daß die neuen Siedlungen sich wohnkulturell weder am Mindestwohnstandard der Arbeiterklasse der Vorkriegszeit noch an bürgerlichen Standards orientierten (S. 390). »Architekten und Grundrißwissenschaftler gaben als Choreographen des Wohnalltags die Bewegungslinien vor und setzten moderne technische Standards in der Wohnung durch, die alltägliche Wohnweisen revolutionierten... Durch die Übertragung der Kategorie der Effizienz auf die Hausarbeit konnte auch die Frauenarbeit im Haus neu legitimiert und erneut geschlechtsspezifisch festgeschrieben werden« (S. 390 f.).

Die Ende 1995 an der TU Berlin eingereichte Dissertation wurde von der Nassauischen Heimstätte mit dem Ludwig Landmann-Preis ausgezeichnet.

Berlin

Harald Bodenschatz

Tilman Harlander (Hrsg.)

Stadt im Wandel – Planung im Umbruch

1998. 320 Seiten. Kart. DM 89,-/ÖS 650,-/sFr 81,- ISBN 3-17-015478-8

Welche Folgen für Planungspraxis und Planungskultur hat der tiefgreifende Strukturwandel unserer Städte, der seit den 80er Jahren zu beobachten ist? Wie verändern Prozesse den verschärften Standortwettbewerb oder das Vordringen der Informations- und Kommunikationstechnologien das überkommene Bild von Stadt und Planungsverständnis? Welche Orientierungspunkte, welche Utopien zukünftiger städtischer Entwicklung haben Bestand?

Wissenschaftler und Planungspraktiker stellten sich diese Fragen auf einem Symposium in Aachen mit dem Ziel einer interdisziplinären Bestandsaufnahme.

Kohlhammer Architektur

Stadt im Wandel – Planung im Umbruch

Herausgegeben von Tilman Harlander

Mit Beiträgen von
Frank Sailer, Herold Busperharts, Ingrid Brechner,
Adolf von Evers, Carl von Foh, Kay Friedrich,
Heiner Hoffmann, Lutz Hoffmann, Ingrid Kuhn,
Ulrich von Pelt, Frank Pflüger, Marianne Rodenstein,
Juan Rodriguez-Lorenzo, Klaus Sailer, Gisela Schmidt,
Hildegard Schüttler-von Brandt und Michael Wegener

**Kohlhammer**

W. Kohlhammer GmbH · 70549 Stuttgart · Tel. 0711/78 63 - 280 · Fax 0711/78 63 - 430

LUTZ REICHARDT

Ortsnamenbuch des Ostalbkreises**Teil I: A - L**419 Seiten. Fester Einband/
Fadenheftung DM 74,-
ISBN 3-17-015351-X**Teil II: M - Z**402 Seiten. Fester Einband/
Fadenheftung DM 74,-
ISBN 3-17-015352-8**Gesamtwerk**ISBN 3-17-015353-6
DM 136,-

In bewährter Weise setzt der Autor die Reihe baden-württembergischer Ortsnamenbücher fort. Ausgehend von einer Aufreihung historischer Ortsnamenformen mit Quellennachweis und unter Berücksichtigung der mundartlichen Form wird die sprachgeschichtliche Entwicklung jedes Ortsnamens dargestellt.

Kohlhammer

W. Kohlhammer GmbH · 70549 Stuttgart · Tel. 0711/78 63 - 280 · Fax 0711/78 63 - 430

26. Jahrgang

3/99

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Helmut Böhme

Harald Bodenschatz

August Gebeßler

Jörg Leist

Eugen Schmidt

Rosemarie Wilcken

Kohlhammer

Die Erfindung der »Alten Stadt«

Otto Borst
zum
Fünfundsiebzigsten

Herausgegeben von Hans Schultheiß



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft
Die alte Stadt und in Verbindung mit
Ulrich Bauer, Helmut Böhme, Rudolf
Hillebrecht (†), Eberhard Jäckel und
Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Prof. em. Dr. OTTO BORST, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart (Herausgeber) – Prof. Dr. AUGUST GEBESSLER, Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N. (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft) – HANS SCHULTHEISS, Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N. (Chefredakteur).

Professor Dr. HARALD BODENSCHATZ, Technische Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Franklinstraße 28/29, 10587 Berlin – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbereich III: Geschichte, Universitätsring 15, 54286 Trier – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Universität Stuttgart, Fakultät für Architektur und Stadtplanung, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart – Dr. HELMUT HERBST, Museum und Galerie der Stadt Waiblingen, Postfach 1751, 71328 Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städtebauliches Institut, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart – Prof. Dr. RAINER JOOSS, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringer Straße 200, 73525 Schwäbisch Gmünd – Dr. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung, Schinkelstraße 1, 52062 Aachen – VOLKER ROSCHER, Bund Deutscher Architekten der Hansestadt Hamburg, Mittelweg 89, 20149 Hamburg – Prof. Dr. JOACHIM B. SCHULTIS, Erster Bürgermeister, c/o Stadtverwaltung Heidelberg, Baudezernat, Palais Graimberg, Kornmarkt 5, 69117 Heidelberg – Dr. DIETER SCHOTT, Technische Universität Darmstadt, Institut für Geschichte, Schloss, 64283 Darmstadt – Dr. HOLGER SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Institut, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Adresse der Chefredaktion erbeten: 73726 Esslingen am Neckar, Postfach 10 03 55, Tel. (07 11) 35 12 - 32 42, Fax (07 11) 35 12 - 24 18.

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mitgliederzeitschrift der ca. 160 Städte umfassenden Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. und erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 320 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 165,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 126,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 45,40 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart, Tel. 07 11 / 7 86 30. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

HANS SCHULTHEISS, Otto Borst zum Fünfundsiebzigsten 165

HELMUT BÖHME, Otto Borst zum Dank 168

ABHANDLUNGEN

HELMUT BÖHME, Die Erfindung der »Alten Stadt«. Begriffsbegründung und Begriffswandel im Spiegel ihrer Störungen 169

AUGUST GEBESSLER, Zum Denkmalthema in der »Alten Stadt« 193

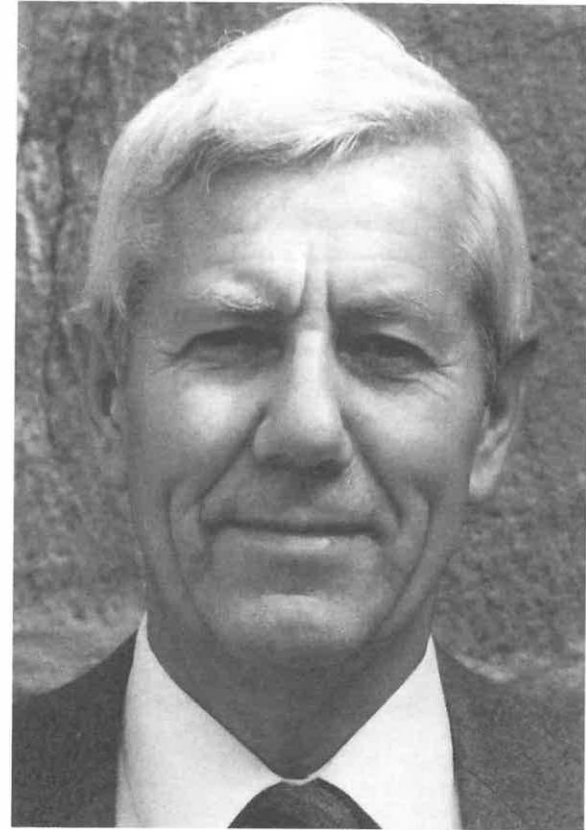
HARALD BODENSCHATZ, 30 Jahre Kampf um die »Europäische (Groß)-Stadt« 205

EUGEN SCHMID, Altstädtische Urbanität heute und morgen. Erfahrungen eines Kommunalpolitikers 210

JÖRG LEIST / JOACHIM SCHEIBLE, Altstadtsanierung Wangen im Allgäu. Ein vorläufiges Endergebnis 219

ROSEMARIE WILCKEN, Sieben Jahre Stadterneuerung Wismar. Erfahrungen aus der Sicht eines Kommunalpolitikers 226

AUTOREN 234



Otto Borst

Die Erfindung der
»Alten Stadt«

OTTO BORST
zum
Fünfundsiebzigsten

Hans Schultheiß

Otto Borst zum Fünfundsiebzigsten

Wenn Pioniere sich aufmachen, Ideen umzusetzen, schreibt die Presse Sätze wie diesen: »Die weitere Entwicklung der Dinge wird man aufmerksam verfolgen müssen.« So geschehen im Jahre 1960, als Otto Borst im Rathaus des badischen Gengenbach 16 ehemals Freie Reichsstädte zu einem Interessensverband zusammenführte. Im Protokoll der damals gegründeten »Arbeitsgemeinschaft für reichsstädtische Geschichtsforschung, Denkmalpflege und bürgerschaftliche Bildung« fand sich der Leitsatz, gerade Gengenbach sei »verpflichtendes Vorbild, das jeweilige Stadtbild zu erhalten«. Was heute gang und gäbe ist, dürfte damals den meisten freilich als ein antiquiertes, ja hoffnungsloses Unternehmen erschienen sein, feierte doch die »autogerechte Stadt« soeben ihre Triumphe.

Um so mehr hielt Otto Borst dagegen, und die weitere Entwicklung der Dinge ist längst aktenkundig. Otto Borst begann Stadtbaumeistertagungen zu organisieren, versammelte Stadtplaner und Architekten mit verantwortlichen Kommunalpolitikern und sensibilisierte für die historisch gewachsenen Baulichkeiten der Städte – als Historiker, der in ihnen gebaute Geschichte sah, die es nicht abzuräumen galt, sondern in ihrem baulichen Erbe zu retten und in ihrem jahrhundertelangen bürgerschaftlichen Städtegeist zu erfassen.

Was folgte, ist eine Erfolgsgeschichte der Arbeitsgemeinschaft und ihres Gründers. Sieben Jahre später wurden nach einer Tagung in Ravensburg die »Ravensburger Thesen« bekannt, Vorschläge zur Erhaltung der Innenstädte. Und noch bevor sich im Jahre 1975 der Vorhang zu einem Europäischen Denkmaljahr heben sollte, war man längst eine AG geworden, die allen Städten mit historischer Bausubstanz im deutschsprachigen Raum offenstand und deren Zeitschrift die F. A. Z. beschied: »Ein unentbehrliches Instrument zur Stadterneuerung«. In das Herausgeberkollegium berief Otto Borst so prominente Mitverfechter wie Alexander Mitscherlich und Rudolf Hilbrecht.

Der nun aber auch miteinsetzenden Folklorisierung von Denkmalpflege, Stadterneuerung und Stadtgeschichte begegnete Otto Borst mit seiner Streitschrift »Über den Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben«. Denn, wo etwas zum Betrieb wird, wird der Gesellschafter Otto Borst stutzig. Geister, die er einst mitgerufen hatte, begannen ihr Werk nun mechanisch zu verrichten. Sanierungen vom Band drohten die originären Stadtgesichter abermals zu verwischen. »Stadtidentität« und »Sanierung von der Stange« lauteten deshalb seine Tagungsthemen jener Zeit, kurz

vor der deutschen Wiedervereinigung, als sich der Westen nur deshalb so über die Berichte verfallener Altstädte im Osten empören konnte, weil man die eigenen inzwischen selbst als sanierte Markenartikel hochhielt. Otto Borst gab einen Solidaritätszuschlag eigener Art. Schon fast abenteuerlich unbürokratisch lud er gleich auf die erste Arbeitstagung nach der Wende Städteterpräsidenten und Referenten aus den späteren neuen Ländern nach Ravensburg ein. Nicht als Besserwessi, sondern als Städter.

Und ganz gewiß hat einer großen Anteil an dem Städter Otto Borst: Carl Jacob Burckhardt, der sich mit Stolz einen »Civis Basiliensis« nannte und in den fünfziger Jahren vom leeren Bildungsbetrieb der Städte, von ihrer städtischen Zersetzung im Humanen sprach. Betrachtungen, die den jungen Esslinger Studienrat Otto Borst, der über einer Stadtgeschichte Esslingens saß, mehr als nur nachdenklich gestimmt haben dürften. Und so wie daraus ein Esslinger Städter heranwuchs, dem eben nicht nur die Mauern seiner eigenen Stadt am Herzen lagen, so führte ihn sein bewahrendes Wirken für die deutsche Geistes- und Kulturgeschichte und die südwestdeutsche Stadtgeschichte im besonderen beruflich geradezu zwangsläufig auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für Landesgeschichte an der Universität Stuttgart. Neben vielen Ehrenämtern, verliehener Auszeichnungen, erhaltener Preise und großem publizistischem Œuvre – seine »Alltagsgeschichte des Mittelalters« etwa ist nunmehr im zweistelligen Auflagenbereich – ist und bleibt die »Alte Stadt« ein Lebenswerk pionierhafter Weit-sichtigkeit, deren Gründungsmaximen nach wie vor aktuelle Gültigkeit besitzen. Was heutzutage scheinbar en vogue mit »Netzwerken« bezeichnet wird, war für die Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt schon immer »interdisziplinärer Diskurs«, das Zusammenbringen von Wissenschaft und kommunaler Praxis für den urbanitären Lebensraum Stadt. Eine Klammer, die bis heute hält und deren Ertrag gerade in dieser besonderen Nummer der Zeitschrift »Die Erfindung der Alten Stadt – Otto Borst zum Fünfundsiebzigsten« zum Ausdruck kommen soll:

HELMUT BÖHME hat auf der diesjährigen Internationalen Städtetagung der AG sich nicht an einem heutigen Begriff von Altstadt aufgehoben, sondern aus einem historisch-phänomenologischen Betrachtungswinkel eben ihren Begriffs-Wandel erörtert. Sein abgedruckter Vortrag zeigt: Alte Stadt ist nicht nur Bild-Gestalt, Bau-Rest oder Bau-Kunst, sondern mehr. Sie ist nicht nur ein baulich-technisches Ensemble, sondern auch ein kulturell-politisches, aufgeladen mit Emotionen, mit Wertungen. – Was es davon baulich zu erhalten gilt, durch Umnutzungen mit Emotionen und Wertungen weiterzufüllen, thematisiert AUGUST GEBESSLER für die Denkmalpflege. Die Frage, was ist sinnvoll, lenkt er um in die Frage nach dem »Geschichts-Charakter« und dem »Stiften von Erinnerungsfähigkeit«. Hält uns ein Schriftsteller wie Peter Härtling dabei vor, unsere Städte wären nunmehr so schön geworden, wie sie vordem nie gewesen sind, hilft dies wenig weiter, sondern ist Nostalgie, mit der er gefangennimmt. Steht man in der Verantwortung, macht man es richtig und läßt dabei auch *neue* Ge-

schichte zu. – Dies ist bis in stadtsoziologische Hinsichten hinein das Thema von EUGEN SCHMID aus seiner 24jährigen Oberbürgermeister-Erfahrung der Universitätsstadt Tübingen heraus, der kürzlich von Focus die beste Lebensqualität in ganz Deutschland attestiert wurde, nimmt man Umwelt, Gesundheit, Sicherheit und Kultur als Maßstab. Bedenkt man dabei noch sein Resümee, daß sich bei allen Planungsanstrengungen am Ende ebenso sehr das Ungeplante durchgesetzt habe, so darf sich eine Stadt im Nachhinein glücklich schätzen, unsichtig wenigstens in die richtige Richtung geplant zu haben. – Der Beitrag von JÖRG LEIST, Oberbürgermeister seit 31 Jahren, zeigt den Gewinn daraus für eine Stadt wie Wangen, die von ihrer vor 20 Jahren eingeschlagenen Sanierungsphilosophie niemals abrücken mußte. Ein Weg, der in die Region ausstrahlte und eine »Allgäuer Altstadt-fibel« zeitigte. – Naturgemäß jünger ist die erst nach der Wende im Osten angelaufene Stadterneuerungswelle. Was es heißt, wenn die Altstädte nicht nur von der »Grünen Wiese« kalt erwischt werden, thematisiert ROSEMARIE WILCKEN, seit 1990 Bürgermeisterin der Hansestadt Wismar.

Als Zeitschrift, die sich mit dem Komplex »Stadt« beschäftigt, hatte »Die Alte Stadt« seit jeher auch die Großstadt und deren Entwicklungen mit im Blick. HARALD BODENSCHATZ resümiert in dieser Nummer somit auch den parallelen Kampf um die Erhaltung der Europäischen Großstadt in den letzten 30 Jahren. Ein Fazit auch hier: Viel Erklärungsbedarf seit dem plakativen Denkmalschutzjahr 1975. – Ein Weg, den die Arbeitsgemeinschaft mit ihrem Gründer und Herausgeber der »Alten Stadt« Otto Borst weiterhin beschreiten wird.

Esslingen, den 30. Juli 1999

Helmut Böhme

Otto Borst zum Dank

Mit der Stadt, der »alten Stadt« ist ein Bild und die Vorstellung verbunden, die einen Geist beschwört, der Zukunft im Humanen, im Maß, im Aushandeln, Hinhören, im Genossenschaftlichen begründet. Immer ist dies auch eine Machtfrage.

Für den Umschlag städtebaulicher Leitbilddiskussion und realisierter Bautätigkeit in den 70er Jahren können viele Gründe aufgeführt und angezeigt werden. Vielleicht ist aber der Verweis auf einen nicht sehr spektakulären, aber entscheidenden Beitrag sehr wichtig, um angemessen diesen Paradigmenwechsel zu beurteilen. Seit 1956 gibt es die »Esslinger Studien«, seit 1965 das »Jahrbuch der Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte«, seit 1974 die »Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege«, seit 1978 »Die Alte Stadt«.

Die »Erfindung der alten Stadt« hat also einen Erfinder, einen, der zäh Bewußtsein von Stadt, von alter Stadt produzierte und einübte, verschmitzt und treu als hohelohes Geist bemüht war, Esslinger Gewächse zu pflegen, Reichsstädtisches, Altstädtisches, Städtisches: Otto Borst. Wir haben ihm zu danken, daß er nie aufhörte, den Firn abzutragen und das Alte stets neu uns zu zeigen, nicht als Altstadt, sondern als junge Stadt wegen ihres Alters.

Helmut Böhme

Die Erfindung der »Alten Stadt«

Begriffsbegründung und Begriffswandel im Spiegel ihrer Störungen¹

I.

»Wir unterscheiden«, notieren Jacob und Wilhelm Grimm in ihrem deutschen Wörterbuch, 1854, »das junge vom neuen, stellen aber beiden das alte entgegen«. Und wortgeschichtlich präzise belegen sie ihre These, sehen den Gegensatz von got. »juggs« (jung) zum got. alpeis (alt), im griech. »archaios« abgebildet, während got. »niujs«, also neu, dem got. »fairnis«, dem lange Bereiteten, dem schon lange Gemachten, dem Erfahrenen gegenübersteht, griech. »palaios«; alpi also ist das Erwachsene, es steht dann jung alt gegenüber, während das lang Gereifte, das Langgekelterte, Versiegelte »fairni«, »firni« (ahd) dem »niuwi« Gegensatz bietet.

Und heute heißt noch ein Greis alt, aber ein alter Wein hat Firn. Im Zuge der weiteren Sprachentwicklung spezialisierte sich »firn«, wird eingeeengt; »alt« dagegen wächst an Bedeutungsumfang gegen jung und neu. Was bei Notker noch als »firnen und alten« für senescere und veterascere übersetzt wird, verliert sich im Neuhochdeutschen und hat doch seine Bedeutung.

Parallel zur Auflösung der alteuropäischen politischen, sozialen, geistigen und wirtschaftlichen Ordnungen, dem Zusammenbruch des »ganzen Hauses«, als ideologischem Organisations- und Ordnungsmodell von Gesellschaft, dem Ende auch einer Stadt, eines Stadtbildes und eines Stadtbegriffes, der auf den Bürger, auf civitas gründet, auf Eigen- und Gemeinverantwortung, auf Macht – wenn auch immer abgeleitet –, auf Sicherheit, auf Schutz, auf eine räumliche und bauliche Organisation einer größeren menschlichen Ansammlung abhebt, mit meist geschlossener Bauform und Ortsbild, gekennzeichnet von höherer Menschen- und Bebauungsdichte und von einer – eben städtischen – Arbeitsteilung, parallel hierzu, erhält »alt« in seinem Bezug zu »neu« und »jung« eine neue Bedeutung und steht im Blick auf die »alte Stadt« in mehrfachen Bezügen. Auf agrarischen dominanten Grundlagen ruhend, gekennzeichnet von Handel, handwerklicher Produktion, von Verwaltung und besonderem städtischen Geist, ist diese Stadt letztlich bestimmt von einem zäh verteidigten, ursprünglich angemaßten Zustand, von einem Gegen- und Miteinander von Menschen in Ständen, Gruppen und Schichten, formiert als »Adel«, »Kirche« und »Bürger«. Und sie ist von Interessen be-

¹ Vortrag bei der Internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt vom 6.–9. Mai 1999 zum Thema: »Vom Umgang mit Störungen«.

stimmt, die wirksam Jahr um Jahr eingeschworen, immer Interessenausgleich und Bändigug bedeuteten. Keinen »reizenden« Anblick bot diese Stadt – schon gar nicht »grün bepflanzte Plätze«, keine »zutraulichen Wohnungen« nur »schön gekleideter Bürger«.

Die Brüder Grimm sehen »alt« mit Distanz. Sie wissen vom Bild und der Überlieferung erkämpfter Rechte, von vielfältigen Grundstrukturen, von Stadtgestaltungen und dem ideologischen Siegel der hochgebauten Stadt, von penibel überwachten und stets erkämpften Baufreiheiten und Bürgerorganisation. Sie heben ab auf ein Bewußtsein, das sich stets anzupassen hatte, flexibel sein mußte bis hin zur Labilität, – »wazzer gît für wîn« –, wo jedes Stadtreiment wußte, daß seine Selbständigkeit letztlich »delegierte Verwaltung« war, wie Otto Borst es nannte. Stadt also kein organisches Produkt zufälligen, gar noch natürlichen Wachstums, sondern gemeinschaftliche Leistung durch die Zeit, beharrend und sich wandelnd, Prozeß und Produkt von fürstlichen, geistlichen und bürgerlichen Kräften, die sich »in der Idee der Genossenschaft, in immer neuen Gewandungen« (O. Borst) fand und begriff.

Stadt, die dauernde Herausforderung, wurde »Altstadt«, als man ihr städtisches Erbe zur politischen Reformstabilität einsetzte. Vom Stein setzte am Ende der alten Reichs- und Stadtzeit auf sie, weil, wie er schrieb, man hier »in seinen Kleinen und Kleinsten Staaten und Städten ... Sittlichkeit und das Gefühl der persönlichen Würde zu wahren gewußt« habe. Im großen Umbruch, der Vorstellung neuer politischer, ökonomischer und sozialer Rahmenordnungen wurden die Städte in revolutionärer Herausforderung und als Idealstadtentwurf »alt« und damit »neu« definiert. Ambivalent geschah dies, entsprechend der Doppelherkunft von alt aus der Wurzel »alpis« und »fairnis«.

Blickt man in die Texte zu dieser Jahrhundertwende, klassische zumal, dann stellt man fest, daß die Gegensetzungen von »alt« zu »jung« und von »alt« zu »neu« der Bedeutung nach noch erkennbar sind und einen entscheidenden Zutritt zu unserem Thema markieren: erstens, alt im Gegensatz zu jung, also »alpeis«; alt zu frisch, zu lebendig. Im »altgewordenen«, »steinuralten«, im Verrotteten zeigt dieses »alt« auf Kraftloses, Müdes, wohl zäh im Beharrenden, jedoch Absterbenden. Dieses »alt« bezeichnet Widerständliches, Überständiges, erfaßt das Historische als Last und gibt ihm den Wert des Vergeblichen: »Alte Leute schwatzen«. Dieses »alt« verbindet sich mit arm und krank und geht auf den Tod, das Ende zu, stirbt ab und hat dem Jungen zu weichen. Ein Lebensgesetz!

Andererseits nun der zweite Gegensatz von »alt« zu »neu«. Es ist nicht die natürliche, die junge, die unbewußte Kraft, sondern das Neue, das Unbekannte, es ist das Herausfordernde, das, was den Umbruch trägt. Das Neue also, die Revolution, der neue Bau der Staaten, die neue Industrie und neue Gesellschaft, steht gegen das Alte. In diesem Kontext lebt der »alte Gott« noch, das »alte Wissen«. Es steht die »alte Ehe« der »neuen Kreatur« gegenüber, es kennt den »alten Wein«, die »alte Münze«, die »alte Stadt«, das »verfallene alte Haus«. Die »alte aber ehrliche Haut« zwingt zu

Auseinandersetzung. Dieses »alt« leitet sich von »fairnis«, von »firni« ab: dem Gemachten, dem Standhaften. Alt in diesem Sinne stirbt nicht ab, erneuert sich, ist Anhalt, ist Vorbild und Unruhe. Es gilt den Firn abzuheben, die »alten Fürsten gegen die Neugebackenen« zu wägen, das »alte Geschlecht gegen die Neuen«. Gegen und mit dem Neuen zeigt Firn, zeigt »alt« sein zähes Gesicht, ist Widerstand, Erfahrung, Erinnerung, Revolution, Jakobiner, Industrie, Reform, Profiteur, Massenbewegung in Heer, Krieg, Peuplierung und Armut.

»Neu«, das war keine Sicherheit, aber Chance, kein Schutz, aber Forderung. Freigesetzt zu sein wurde das Schicksal – entlassen; »befreit« hieß es später, gar Freiheit. Man wurde mobil gemacht und pauper. Der Städter wird zur Hoffnung; nicht mehr Nahrungssicherheit, sondern Gewinn zuerst, Auflösung also, Individualität, Bildung, Fortschritt, Industrie – und wie die Schlagworte alle heißen – gleichzeitig aber Hunger, Übermaß und Schwindsucht. Der Umbau von Stadt und Leben unter dem neuen Axiom von Eigentumsrechten, Industrialisierung und Beschleunigung aller politischen und sozialen Prozesse erfaßt alle Ordnungen. Das Neue war vielgestaltig. Aber das Neue ruhte eben auch im Alten, war vom »Gemachten« bestimmt, von alter Politik und Überkommenen, es war gleichsam »Firn«, der abgehoben werden mußte, um sich dem Neuen zu »enthüllen«. Das Erbe wurde nicht zum Denkmal, sondern die vorindustrielle Substanz »bereitwillig« umgegossen, überführt, aufgegeben. »Alt« und »alt« sind eben verschieden zu deuten. Unterschiedlich sah zudem »das Erbe« von Stadt im Kontext von Umbau aus. In England war dies anders gelagert als auf dem Kontinent, in Frankreich anders als in Preußen oder Württemberg, auf dem Land, in Ost und West anders als in der Stadt, in London anders als in Paris, Glasgow, Lille, Minden, Esslingen oder Ladenburg. »Mag alles durcheinandergehen / doch nur zu Hause bleibs beim Alten«. Soweit Goethe im Goethejahr. Und gleichzeitig derselbe: »Ruhig war er nicht dabei / liesz es nicht beim Alten«.

Aus dieser Spannung, aus und mit und im Alten als einem hergestellten Erbe, konfrontiert mit dem Neuen, mit der »neuen Stadt« um 1800, entstand »die Altstadt« – abgesetzt, aber nicht abgestorben, Last und Chance zugleich. Zum ersten Mal wurden begrifflich Stadt und ihre Ensembles, ihre Gestalt und ihre Geschichte neu als »alt« begriffen, und zwar als »alt« im doppelten Sinne des Alten, als »alpis« und im Sinne von »fairnis«, also dem neubegriffenen historischen Zusammenhang von Staat, Volk, Individuum, Industrie und Kapital auf der Suche nach Leitbildern und »intersubjektivem Konsens« (G. Albers).

Dabei zeigte sich nun etwas Entscheidendes: Während das Denkmal, die baulichen Einzelwerke, vom Firnis entblättert, alt im Sinne der Herausforderung des Alten wie des Altertums bewertet wurden, der Klassik zumal, und die Architekten Schinkel oder Moller ein »ausgeprägtes Verhältnis« zum »Denkmal«, zu dessen Pflege unterhielten, diese Zeugnisse gleichsam Bestand wurden, um historischen Rückgriff als vorweisende Utopie zu interpretieren, wurde die Stadt: Altstadt. Während also das Denkmal

Hoffnung, Stolz und Chance trug und die Disziplin Denkmalpflege bereits 1843 ihren Konservator erhielt, 1877 ihr erstes Inventar und 1902 in Hessen nach dem ersten »Tag für Denkmalpflege« ein Gesetz zum Schutz »der Überreste alter Baukunst« (1907 folgte Preußen, nachdem schon 1903/4 das Fach als Hochschuldisziplin eingerichtet worden war), wurde »die Stadt« als Gesamtlage dem Zeitgeist von Industrie, neuer Bürger-, Verwaltungs-, Handels und Repräsentationsstadt hingegeben, wurde »alt« zum Gefäß, ja zum Alibi historisierender ausgewählter Illusionen. Die Beseitigung der echten historischen Substanz wurde – so schien es – mehr als aufgewogen in den neuen Stilen, ja besser, perfekter, stilreiner in der aktuellen Ausführung ersetzt. Die neue »Stadt«, die sich über die »Altstadt« legte oder sie links liegen ließ, gehörte nicht in dieses Interessenspektrum von Denkmaligem. Und das zeigte sich auch im ganz Allgemeinen. Bis heute hat »Stadt« keinen historischen Begriff im historischen Lexikon unserer historischen, politischen, sozialen Sprache gefunden. Dort finden wir Artikel zu »Arbeiter« und »Autorität«, zu »Staat«, »Nation« und »Monarchie« – aber nichts zu »Stadt«, noch gar zur »alten Stadt«; ein Faktum, was gut zu dem im juristischen Sinne seit 1935 nicht mehr existierenden Begriff »Stadt« paßt.

Im Umbruch der Zeit, dem Ende Alteuropas, entstand also die alte Stadt als »Altstadt« abgehoben von der »neuen« Stadt, allerdings nicht als Begriff, sondern als »Fakt«. Gleichzeitig verschwand »Stadt« als politisches Grundelement europäischer, nicht nur Bau-, sondern allgemeiner Geschichte. Stadt wurde »umgepolt«, »überholt« von den neuen Prinzipien und Leitbegriffen, von »Staat«, von »Nation«, von »Ökonomie« und dem »Wachsen müssen«, dem metropolischen und heute megalopolischen Prinzip der radikalen Aufhebung jener Maxime, die, um nochmals Goethe zu zitieren, der aus der Schweiz kommend aufschrieb, am: »Überkommenen« festhalten, »wo alles sich zum Verändern drängt«. Oder um es mit Karl Gruber, dem Darmstädter Städtebauer zu formulieren: Die Stadt des XIX. Jahrhunderts ist nur »Zerstörung«, weil »der modernen Stadt des 19. Jahrhunderts ... jene geistige Ordnung der Gesellschaft« fehlte, die die Stadt getragen hätte. War »Stadt« im Mittelalter für Gruber noch Gottesdienst gewesen, im Absolutismus Fürstendienst, so nun bloßer Kapitaldienst: »Irgend etwas Geistiges«, so sein vernichtendes Urteil, das Generationen von Architekten und Städtebauern in Form seiner »Gestalt der deutschen Stadt« eingezeichnet wurde, »vermag deshalb das Stadtbild der modernen Stadt nicht mehr auszudrücken«. Alles ist ihm, und er steht hier in einer reformästhetischen deutschen Architekten- und Städtebautradition, die auf »Unverwechselbarkeit« setzten, also die Camillo Sitte, Theodor Fischer, Schultze-Naumburg, Muthesius u. a., »maßstabslos« geworden, »unsinnig«, »groß«, »vielstöckig«, »schamlos«, »widerwärtig«, »ohne Wohnkultur«, »ohne Macht und Würde«, ausgeliefert dem »würdelosen Radau des großstädtischen Verkehrs«. »Aus der ungebundenen Freiheit des neuzeitlichen Liberalismus entstand«, so Grubers Worte, »die Unordnung der modernen Stadt«, einer Stadt »ohne religio«, »ohne Ordnung aus der Macht«: ein nicht lebens-

wertiger Haufen, deswegen »zum Abriß«, zum »Abschuß freigegeben«, unlebenswert. Da an die Stelle »des Ritters« »der Manager« getreten sei, sei keine Hoffnung: »Wir leben wirklich am »Ende der Neuzeit«, zitiert Guber Guardini, oder »wir ahnen ein »Neues Mittelalter«, so Berdjadew, oder wir wissen, so Sedlmaier, von dem »Verlust der Mitte«.

1952 geschrieben, resümiert Karl Gruber, unter den Nationalsozialisten kaltgestellt, und nun nach 1945 erneut erfolglos in seinem Bemühen, Kleinteiligkeit als Prinzip und Lebenssinn in das Zentrum der Stadterneuerungsdebatte zu stellen, mit den großen Leitfiguren damaliger Philosophie, Geschichts- und Kunstgeschichtsdiskussion, die auf erneuerte Sinnstiftung setzende Zeitgeistsituation von 1945, die mit »Altstadt« erneut Kontinuität, Aufbruch und Vergessen diskutieren wollten und an ihr die unmittelbaren Nachkriegsjahre reflektierten.

Diese Debatte stand nun bereits in großer, ja radikaler Opposition zu den Bauvorstellungen einer Moderne, die endlich die autogerechte Stadt nicht nur planen, sondern realisieren wollte, die lichtluftige Stadt, wo Wohnen, Arbeit, Freizeit und Verkehr getrennt sein sollten und die eine preis- und bauorganisatorisch optimierte Wiederaufbau- und Sanierungsmentalität favorisierte, die gründlicher hoffte als je aufzuräumen mit den Produkten und Resten einer feudal-aristokratischen Erziehungswelt. Da war wenig mehr von einer ersten »Stadtidee« vorhanden, die sich auf Persönlichkeiten bezog, die an die alte »Stadt« »angeschlossen, gesättigt« waren – wie es C. J. Burckhardt, Bürger Basels, sagte – »vom ausgeprägten Gebilde, das man mit Recht eine Stadt nennt und die einen mit einer ganz bestimmten Anima begaben«.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verblaßten diese Ahnungen sehr rasch. Die Deutschen, deren Architekten einer zur Herrschaft gekommenen Moderne bei dem »Abreißen von Traditionen« Schule bildend seien, sahen im Technisch-effizienten ihre Planungsaufgabe; im Zeichen von Erkennen, Wissen und Machen. Sie hingen sich an das Gesetz von Schnelligkeit und Machbarkeit: »Der Verkehr war das Thema dieser Jahre«, schlicht das Moderne, Neue, Internationale, nicht das »Humane«.

Unterschiedlich verstand man nach dem Zweiten Weltkrieg die Zeichen des Bombenkrieges: Die einen hofften angemessenen zu bewahren, wiederaufzubauen, die anderen neu zu bauen, endlich aufzuräumen, endlich Zukunft zu planen, endlich Stadtentwicklung nicht mehr nach dem Modell »Himmlisches Jerusalem« voranzutreiben, sondern Reihenhauser, Wohlstand und Aufbau zu garantieren. Die Altstadt, meist zerbombt, wurde nun auf alle Fälle zum Problemfall, Sanierungsfall mit Einzelobjektschutz oder Neubau auf erbombter oder hergestellter tabula rasa. Doch davon später.

II.

Warum diese lange, wortgeschichtliche, den Begriff »alt« umkreisende Einleitung bei einem Thema und einer Tagung, die sich mit aktuellen Problemen beschäftigen will,

wissen will, was alles zur »Altstadt« zählt und wie mit »Störungen« umzugehen sei? Die Antwort: Ich wollte darauf hinweisen, daß »alt« eben mehrere Bedeutungen und Herkünfte zeigt, was sich im Verständnis von »alter Stadt« belegen läßt. Ich wage also, am Altstadtbegriff zu »pröbeln«. Dabei waren und sind mir die Vorbemerkungen des Geschäftsführers und Tagungsmentors August Gebeßler wichtig, der vorab schon schrieb: »Die Tagung in Minden wird natürlich am Altstadtbegriff nichts ändern oder neu interpretieren«. Soweit so gut. Mir fiel nur auf, daß die Tagung von »Altstadt« redet, von Umgang mit »Störungen«. Ich aber rede über die »alte Stadt« und ihre Erfindung, also nicht über die »Altstadt«. Wohl ist mein Blick auf die Altstadt gerichtet, also jenes Gebilde, das »aus historischer Gründung entstanden« ist und das im Grundrißgefüge mit geschichtlich gewachsenem Baubestand abhängig von Stadtgröße und ökonomischer Entwicklungsfunktion als »Kernstadt«, als »Ensemble« oder »Gesamtanlage« erkennbar ist. Aber für mich ist, im Blick auf das 19. und 20. Jahrhundert, »alte Stadt« mehr. Sie ist differenzierter zu sehen, umfassender. Sie ist nicht nur ein bauliches, ein technisches Ensemble, sondern auch kulturelles und politisches Phänomen, aufgeladen mit Emotionen, mit Wertungen. »Alte Stadt« ist nicht nur »Bild-Gestalt«, nicht nur Bau»rest«, »Baukunst«, sondern mehr.

Erhaltung oder Abriß, Umbau oder Inszenierung, so wichtig diese Fragen sind, mein Kontext, in den ich die »alte Stadt« stelle, überschreitet und weitet den Begriff »Altstadt«. »Störungen« sind für mich nicht nur Aufbrüche, Durchbrüche, nicht nur Niederlegungen, Umbau oder Umwidmungen, Neuerschließungen, Ausweitungen im Zeichen von Verkehrs-, Industrie- und Verwaltungsbauten, nicht nur Ringstraßen, Versorgungszentren, Kasernen, Bahnhöfe, Parks, Entsorgungs- und Versorgungseinrichtungen, nicht nur Bildungseinrichtungen oder in den Metropolen durchweg »Störungen« um der Machtdemonstration, der Repräsentation willen wie Parlamente, Regierungsviertel, Justizgebäude, oder Ausdruck bourgeoiser Kultureifrigkeit in Theatern, Opernhäusern, Museen, nicht nur »Störungen« der ökonomischen Fortschrittlichkeit wegen durch Weltausstellungen, Wettbewerbe, Produktionsstätten immer voluminöserer Fabrikhallen und Maschinen von stadtlandverbrauchender Industrie, von Wohnmaschinerien. Für mich ist Stadt auch nicht nur im »Sonntagskleid« wichtig. Ihr städtebaulicher Raum ist sicher nicht nur in ästhetischer Genußoptimierung zu erfassen, sondern sie ist auch und ganz entscheidend Teil von Profitstreben und Profitsteigerung, neuer aber notwendiger und ständiger und stets beschleunigter Kapitalsammlung, Disposition und Kapitalverwertung, und dies nicht nur lokal, regional oder national.

Nein, Stadt ist im Blick auf »alte Stadt« entscheidend Kulturarbeit der Moderne und dies im umfassenden Sinne. Die »neue Stadt« des 19. und 20. Jahrhundert, sei es Industriestadt oder Handels-, Banken-, Residenz- oder Militärstadt, sei es Verkehrs-, Militär-, Eisenbahn- oder Produktionsknoten, war als profitierende Stadt auf explosives Wachstum angelegt, gekennzeichnet durch hohen Bodenverbrauch, durch inten-

siven Menschenverbrauch, durch profitablen Kapitaleinsatz. Und diese »neue Stadt« war von ständigem Legitimationsverlust bedroht, vom Verlust ihrer politischen Bedeutung. Denn im Unterschied zu früheren Zeiten stand sie in ständiger Konfrontation mit einem auf Wachstum getrimmten, neuen nationalen Staat. Nur so konnte dieser Staat seiner zunehmenden Interventionsfunktion nachkommen, nur so seine nationalen, schließlich imperialen, auf jeweilige Hegemonien gerichteten politischen Ziele notwendig auch gegen die Städte durchsetzen, da er nur so seine mobile Gesellschaft, seine auf Partizipation drängende Bevölkerung einzubinden in der Lage war, um soziale Disziplinierung, wirtschaftliche Massenproduktion und -nachfrage zu organisieren, zu koordinieren. Die Herstellung von Wohlstand durch Kommunikation und Produktion war nicht mehr vor allem Stadt-, sondern Staatssache geworden. »Störungen« der Altstadt und der Umgang mit ihnen zwangen, die »alte Stadt« zu erfinden. Denn die Störungen zeigen auf politische Grundverwerfungen, sie verweisen und enthüllen im Umgang mit der Altstadt die grundsätzliche Orientierung einer Gesellschaft zu einem politisch-historischen Zeitpunkt. Die Erfindung und der Umgang mit der »alten Stadt« setzt auf den Dialog zwischen Gestaltern und Gestaltetem, zwischen Politik, Interesse und Betroffenen, will Bewußtseinswandel im Bauen und Planen motivieren, will umlenken. So ist z. B. die Absage an die Originalsubstanz mehr als nur ein Planungsproblem. Dabei sind nicht nur Architekten oder Bauingenieure gefragt, Städtebauer, Historiker, Geographen, Denkmalpfleger, Bauorganisatoren, Investoren, Kommunalpolitiker, oder wer auch immer an diesem Geschäft der Herstellung, der Verteilung von Lebensgrundbedingungen beteiligt ist, sondern auch der Stadtverbraucher. Die Herstellung von Öffentlichkeit als Störung zu begreifen, fordert »die Erfindung der alten Stadt«.

Die »Erfindung der Alten Stadt« ist also nicht nur die Summe, wenn auch eine wichtige, von Erforschung, Erfassung und Vermittlung, von Nutzung, Restauration und Funktionalisierung von Altstadt. Sie zielt nicht nur auf die Erhaltung von Substanz, sondern vor allem auf die Herstellung von Verständnis, Betroffenheit und Bewußtsein. Sie setzt auf Begeisterung, auf das Engagement vor Ort. Die Erfindung war und ist nicht nur notwendiges Mittel, sondern auch Katalysator, »Altstadt« als Kernwert bewußt zu halten. »Störungen« sind deswegen nicht als Zumutung zu begreifen, sondern als Chance. »Die Erfindung der Alten Stadt« ist ein – oder hat ein entschiedenes Politikum zu sein. Mit dieser Erfindung ist nicht nur gegen Traditionslosigkeit vorzugehen, sondern mehr, sie hat in der Diskussion um die Maximen des Städtebaues mitzubestimmen, und sie hat politisch in der Diskussion um Prioritäten in der allgemeinen Planungs-, Haushalts-, Werte-, Leitbild-, Leitprojekt- oder Stadtentwicklungsdebatte mitzuwirken. Mit dem Begriff der »alten Stadt« werden zugleich Rahmenbedingungen für grundsätzliche Veränderungen von Raumbedeutungsveränderungen im politisch-sozialen Kontext reflektiert und politisch aufgeladen. Auf die »geprägte Form, die lebend sich entwickelt«, ist allein und schon gar

nicht elitär zu setzen; auch nicht auf die Entfaltung des *genius loci* ist zu hoffen. Im Gegenteil.

Im Zuge der immer neuen Interpretationen von Stadt seit der Entdeckung des unterschiedlich Alten wurde am Komplex »Altstadt« nicht nur »Modernität« oder »Tradition« definiert, sondern auch grundsätzlich die kollektiven, »stadtbildenden Kräfte«, eine Diskussion, die momentan wieder einmal aktuell ist, weil derzeit einerseits angenommen wird, daß die sozio-kulturellen, partikularen Kräfte von sich aus kein »kollektiv verbindliches Stadtganzen mehr erzeugen, sondern eher zu einer Auflösung der Stadt führen« – so Th. Sieverts, und andererseits die Vertreter des »New Urbanism« wahllos auf die Wiederentdeckung der »Qualitäten der historischen Stadt« als »der besseren Stadt« im Mix setzen: »Geltung der europäischen Stadt« heißen die Schlagworte, »Neuer Klassizismus«, »Regionalismus«, »Heimatschutz« und schließlich »Kritische Rekonstruktion der Stadt«. Die Antagonien sind deutlich: Zielen die einen auf Idyllen, zögern die anderen überhaupt, noch Rat und Planung zu geben.

Eines scheint deutlich: Momentan ist die Stadt der Moderne out, sie hat offenbar »ihre Faszination« verloren. Die Absicht, Stadt nicht zu heilen, sondern abzuschaffen, ihre alten Grundrisse aufzulösen, ist zumindest umstritten. Sie steht mit ihren Unfähigkeiten, City-Funktion zu schaffen als »Sinnbild von Zerstörung« und Kälte da. Bewußt geworden war dieser Wandel und zur politischen Aktion gekommen spätestens in den Kämpfen gegen die Kahlschlagsanierungen. Andererseits wird aber in den »ungestalteten Peripherien« gerade die neue Hauptaufgabe von Stadtbau gesehen, und dies mit wissenschaftlichen Methoden der vielkritisierten Moderne. In diesem Zusammenhang sehe ich die »Erfindung der alten Stadt«. Sie ist ein junges Produkt. Sie entstand im Umgang mit »Störungen« im allgemeinen Sinne und nicht nur im baulich planerischen der diversen Schulen; sie ist begründet und aktuell auch als Frage politischer Zielsetzung eines Städtebaues, der nicht nur Nachhaltigkeit als agenda promoviert, sondern städtebauliche Probleme als politische und historische erfaßt, um entsprechend handeln zu können.

In den Strategien zur Bewältigung von »Störungen« in der Stadt (also nicht nur der Altstadtprobleme) auf veränderte, zeitgeistige Rahmenbedingungen von Stadt, leistet dieser Begriff eine kritische Argumentation, gegen die Auffassung zu opponieren und zu operieren, Städtebau sei nur rationale Organisation der Funktionen des kollektiven Lebens. Mit der »alten Stadt« wurde und konnte reagiert werden auf jene monotonen Funktionalisten, die von der »Entkopplung der Raumnutzung und Zeitwängen« lebten, indem dieser Stadtbegriff die Vielfalt und »tendenzielle Auflösung von Stadt« (Bandstadt, Regionalstadt, Randstadt, Stadtrandstadt) die Störungen immer auch als Chance künftiger Stadtentwicklung begriff. Indem Kerne, die historische Substanz, bewußt als entscheidende Stadtsubstanz angesehen wurden, mit denen die europäischen Städte lebten: – Rettet die Stadt jetzt! – konnte Stadt als »alte Stadt«

Vorbild werden und Haltung, Erbe und Zukunft, Kulturprodukt in Anschauung und Erfahrung. Auf dem Weg zur ständig neuen Stadt ist das Prinzip Baudelaires »au fond de l'inconnue pour trouver du nouveau« eben nur eines, wenn auch ein wichtiges und immer und bis heute Mode und Stimulans. In radikaler Erneuerung urbaner Szenarien für wohldefinierte Menschenbedürfnisse zu schaffen, korreliert diese Auffassung meist mit neuem Bauen nach Kriegen, nach Krisen und immer erneuten »Wendezeiten«. So war es nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Bauhaus eines Gropius, eines Mies. Vor allem eines Corbusier. Sie nutzten die Zeit der enthistorisierten Bauidee schlagkräftig. Nach dem Zweiten Weltkrieg, seiner Bombenchance, erlaubte ein radikaler Neuanfang der Stadtmoderne Bau- und Planungsaufgaben bis hin zur lodernden Erschöpfung und Mißvergnügen am kubischen Grün, das nun heute virtuell vernetzt als erneuerte »Neustadt« erscheint. Aber diese Bauidee der funktionalen Stadt ist eben nun ein Prinzip. Ihm steht entgegen die immer vorhandene, unterschiedlich akzentuierte Sichtweise des evolutionären, des ständigen Erneuerns und Überlagerns, aus dem Prinzip des Vielfältigen, Geschichteten, Zeitgefilterten und Skeptischen, nicht Reaktionären: Die historische Dimension also, die mit der »Erfindung der alten Stadt« äußerlich aber entscheidend im europäischen Denkmaljahr 1975 in mehrfacher Weise die Pendelbewegung angab, wieder deutlicher die Maßstäbe auch unter der Erfahrung von Geschichte zu sehen, nicht unter Nostalgie und Talmilookhistorie, sondern des historisch geprägten Raumes, der Fülle an Austausch und Erlebnis, dem Schatz an räumlicher Konfiguration.

Die Zukunft »der alten Stadt«, die mehr ist als Altstadt, kein bloßer Bau und Gefüge, kein Sanierungsfall, sondern Leben, kein Museum, keine Sterilität am Tropf und draußen die mall auf der Wiese, die Center, und drinnen der tote Kern, wird entschieden werden, sofern sie ein überzeugendes Dokument von vielfachen Lösungen darstellt im Blick auf »Störungen«. Ich gehe soweit zu sagen und als These zu formulieren: Die »Störungen«, die die Altstadt fordern und forderten, sind notwendig, um die Potenzen der alten Stadt in die Methoden und Maximen des Städtebaues von heute einzubringen und dies weder in neotraditionalistischer Weise noch bloß inszenatorisch als Effekt, Mac Disney oder Don Altland. Es ist dies eine Grundsatzfrage. Wohin es gehen kann und wird mit der Altstadt, ist demnach zugleich eine Antwort auf die allgemeine Frage, wohin es gehen wird mit dieser Republik und ihrer Ordnung. Der Staat als Rahmengerber steht erneut in der Herausforderung der »Alten Stadt«, der europäischen alten Stadt, deren Pendelschlag allerdings nicht überzogen werden darf. Und dies bedeutet nichts weiter als: die »historische Dimension der Stadt wieder in den Mittelpunkt der Betrachtung zu rücken« (Benevolo), wobei dies die Stadt in ihrer ganzen Geschichte, also nicht nur ihrer vorindustriellen Phase, betrifft, und auch nicht mit der Perspektive, Gegenwärtiges festzuschreiben. Das Alte im Sinne von »fairnis« gilt es, als »tragende Stütze«, als hohen, höheren Stellenwert zu erkennen und ständig zu aktivieren. Nicht die Altstädte müssen dem Bankenlook von

Ungastlichkeit, den Bildungsbetonwüsten von Bedrückung angepaßt werden, sondern umgekehrt. Der Geist der alten Stadt hat den Rand zu beflügeln, die Brachen, die Wüsteneien. Der Geist der Vorsicht, der Vielfalt, des zeitlich Geschichteten, der in ständigem Wechsel von Kompromiß und Entscheidung entstandenen Stadt. Deswegen kann Konservierung oder Idyllisierung weder Schutz noch Ziel in einer Welt sein, wo es keinen Teil gibt, der unabhängig vom Ganzen wäre. Das Netz ist in der Stadt erfunden. Städtenetze bildeten Regionen lange vor unserer Zeit. Städte haben eine längere Geschichte als die Staaten und ihre Grenzen. Städte füllten die Erde, Städte vermischten, zogen an, saugten auf. Städte bildeten Einheiten. Ihre Qualität war immer der Wechsel von Ordnung und Spontaneität, der Bedrohung und der Verquickung von Öffentlichkeit und privatem Interesse.

Es nützt relativ wenig, auf Karl Grubers »Ritter« zu hoffen. Auch ist es müßig, den »Verlust der Mitte« zu beklagen oder die Traditionslosigkeit. Das Historische im Städtebau ist eben auch immer eine Frage des Bewußtseins, der erfundenen Vorstellung von Zukunft, die begeistert. Auch der Geist der Zeit ist letztlich immer eine Frage »der Truppen, die jemand aufbieten kann, um Legitimation und Leitbild zu stützen – im Vergleich zu den Truppen derjenigen, die dies in Zweifel ziehen.«² Es geht also, im Blick auf die »alte Stadt«, nicht nur um Philosophie. Es geht um Interessen, um »Kultur und Mammon« oder seit Beginn der »Altstadt« erkennbar um den Zusammenhang von Ökonomie, Politik und »der Fundierung von Kulturschutz«, von alter Stadt als das Eigene und Andere. Seitdem Stadt in das Spannungsfeld von privatem und öffentlichem Interesse gestellt ist, geht es um die Frage der Verarbeitung von »Störungen«, die mehr und drängender aus kapitalistischen, industrieunternehmenden Interessen, oder aus schlichter Armut, Wohnungsnot und Überleben herühren.

Die neue Bewertung von »Alt-Stadt« als Stadt wird Ende des 19. Jahrhunderts unter dem Aspekt von Kosten, Nutzen, Aufwendung und Ertrag zum politischen Thema. Die Frage, wieviel Wert »alte Stadt« für wen sein konnte, definierten die unterschiedlichen Expertenlager. Und sie war Anlaß verbissener kontroverser Lagerbildung voll ideologischem Feuer. Die Frage nach Nutzen und Nachteil für die »alte Stadt« schied die Truppen von augensinnlichen Bewahrern, ökonomischen Bewertern und radikalem Neuanfang im Zug neuer Wirtschaftsorganisationen und Interessenbildung, aber auch neuer Bewegungen wie »Jugendstil«, »Gartenstadt«, »Wandervogel«, »Lebensreform«. Aus dem illusionären, eigentümlich gebrochenen Unverhältnis von »neuer« Stadt und »alter« Stadt im 19. Jahrhundert, wo wie selbstverständlich Altstadt umgebaut, umgeformt, überlagert wurde, wurde um die Jahrhundertwende ein spannungsgeladenes Verhältnis von sehr heftiger Auseinandersetzung. Dabei wur-

² Vgl. E. Mohr / J. Schmidt, Die Bataillone des Kulturschutzes in der Ära des New Public Management, in: Die alte Stadt (25), 3/98, S. 229.

den nun konkurrierende Prioritäten auch zwischen »Architekten« und »Ingenieuren« immer deutlicher. Das »Altstadtverständnis« wurde erstmals zum kontroversen Thema von Stadtbaukunst, Kulturarbeit und moderner Entwurfs- und Ingenieurleistung. Es beflügelte die Debatte, die unter unterschiedlicher Akzentsetzung geführt wurde: einmal romantisierend, die soziale Befriedung, das kulturelle Erbe in der vorindustriellen Stadt suchend, um so den industriellen, ökonomischen Druck gleichsam zu umgehen, andererseits suchte man mit der zentralen Frage von Gesundheit, Hygiene und Wohnen den sozialen Frieden (Kathedersozialisten) städtebaulich zu erreichen. Vor allem begann aber eine neue Architekturauffassung und Stadtvorstellung die Diskussion um Zeilenbau und Baublock zu beeinflussen, und die Hinwendung zu freiplastischen Kuben mit zumeist strenger geometrischer Anordnung wurde zum Sujet dramatique. Man entdeckte das historische Erbe als Last und als Heimat, verteidigte es und kämpfte dagegen an, erinnerte und verbrämte den »Geist«, das Erbe der Altstadt, man verfluchte ihre historischen Kulissen, höhnte die »alten Beziehungen vom Sinn und Rhythmus des Lebens der Stadt« als eine Chimäre. Ein neuer Stil wurde gesucht. Es sollte nicht mehr die Frage sein, in welchem Stil sollte gebaut werden, sondern wie und warum eine neue Sprache notwendig war, materiell, planmäßig, umfassend. Beide Richtungen wollten soziale Spannungen und Verwerfungen lösen, die einen gegen, die anderen mit der Altstadt.

Die Grundüberzeugungen im Umgang mit »Altstadt« wurden nun auch in Deutschland formuliert. Zugleich ist die deutsche Debatte wieder Teil des internationalen Gesprächs (und einer immer stärker auftrumpfender nationalen Konkurrenz). Um die Jahrhundertwende folgte eine Tagung der anderen. Die Diskussionen um »Altstadt« und »Denkmal« sind dabei – und dies weltweit – von einer Thematik bestimmt: Umbauen, Erweitern, Liegenlassen, Umgehen. Diese Tagungen summieren dabei die Erfahrungen und Fakten in Bau und Stadt und Denkmal des vergehenden Jahrhunderts, aber sie konzentrieren sich auf soziale und politische, aber auch auf ökonomische Probleme, die in der Entwicklungsphase von Industrialisierung als »Wohnungsfrage«, als »Traditionspflege«, als »Substanzerhaltung« erkennbar geworden waren. Sie ziehen eine erste Bilanz. Damit wurde der Grund gelegt für den weiteren Umgang mit »Störung« und »Altstadt«.

III.

Überblickt man nun diese stadtpolitische Beurteilung von Altstadt als historisches Erbe, so werden zwei Grundmodelle erkennbar und vier – zum Teil ineinander verschränkte – Entwicklungsstufen oder Zeitabschnitte, die das spannende Verhältnis von Umbau, Neubau und Erweiterung von Altstadt unter politischen und kulturellen Gesichtspunkten beschreiben.

Die Grundmodelle entstehen und prägen das 19. Jahrhundert, und sie kommen im

20. Jahrhundert zur vollen Entfaltung: Da ist einmal das Modell der kapitalistischen »Stadt-Produktion«, die über die Altstadt kommt. Diese kapital- und interessengeleitete Produktion ist sowohl stückwerkprofitbestimmt als auch demonstrationssüchtig. Mit einem Bündel von Aktionen sollte aus der »häßlichen«, »verrotteten Stadt«, den – wie es hieß – »schlimmsten Schmutzflecken Europas« die »schönste und spannendste Stadt« werden. So hieß es in Paris. Oder London. Die Stadt sollte profitabel sein, lifestyle opulent, der Welt-, Markt- und Bankplatz. Die Bündel von Umbaumaßnahmen waren dabei mehrfach geschnürt. Aus der Altstadt sollte eine neue Stadt werden, um weniger der Last der Geschichte, sondern mehr der Probleme von Wohnungsfrage, Bodenfrage, Hygienefrage und Transportfrage Herr zu werden. Man suchte mit »Verschönerungs- und Aufwertungsstrategien«, dann mit der Auflösung von Elendsquartieren, mit Umsiedlungen, »Sanierungen« genannt, unter profitablen Vermietern, Vermarkter- und Spekulantengesichtspunkten, mit neuen Verkehrsstrategien die Altstadt verkehrsmäßig aufzustören, sie für die neuen Massenbedürfnisse von Kommunikation und Versorgung einer mobilisierten Gesellschaft zuzurichten, niederzulegen, zu untertunneln, zu überbrücken. Gleichzeitig wurde dem neuartigen Verkehr, der in diese »Altneustadt« hineinführte, die Altstadt mit Wall und Tor, Platz und Straße preisgegeben. Mit anderen Städten verbunden, sollte die »umgebaute Stadt« geöffnet sein für die neue Welt umfassender Kommunikation eines mehr und mehr weltweiten Handels, einer voluminösen Produktion, eines intensiven Austausches mit der Region, der Nation. Eisenbahn, Kanal, Hafen und Bahnhof wurden die neuen kapitalen »Kristallisationszentren« der Stadt. Die Stadt wurde geöffnet, enteignet, freigeräumt, privatisiert. Und schließlich, letztlich kam zum Umbau die Hinzugewinnung von Bauland, das spekulativ verwertbare Terrain.

Dieses metropolitane Modell stellte Bausteine für eine interessengeleitete, kapitalorientierte Stadtbaupolitik dar. Es diente und war Ausfluß beschleunigter Akkumulation einer neuen »Unternehmung«, Stadtproduktion im Zeichen von Wachstum, Vergnügen und Machtdemonstration. Ob Paris, London, Brüssel, Barcelona: Überall ordnete sich der enteignende Eingriff der neuen öffentlichen Hände dem anlagesuchenden Kapital unter. Dabei wurde dies nicht nur als keine unzulässige Einmischung verstanden, sondern als Hilfe und Stütze gesehen. Auf dem Weg zu »Selbstbestätigung«, zu unternehmerischer Freiheit boten die »Störungen« Arbeitsplätze, Steuererkommen und Prestige. Die alte »Altstadt« war eher Schrecken gewesen, Not, Gestank und Enge; ihr Alter sollte durch das Neue veredelt werden. Die Hauptaufgabe war, dem Drang der Unternehmung, dem neuen Reichtum freie liberale Luft zu geben, oder der Machtdemonstration populistischer Kaisertaten. Störung also als »Fortschritt«, als Anlaß zu einem Stadtumbau im profitablen, im verkehrs- und sicherheitsmäßigen Sinne, dem Effekt nach nicht nur Demonstration, sondern auch lukrative Investitionen und Rendite.

Das andere Modell ist von ökologischer Spätentwicklung geprägt, also von man-

gelndem ökonomischem Druck. Diese vor allem kontinentale, zentral europäische Industriestadt, die später kam, lebte von angeworbener Geschäftswelt und von einem hierauf abgestimmten Verkehr. Und diese andere Neustadt fand Platz neben der Altstadt. Altstadt wurde von dieser Industrialisierung wenig oder nicht berührt und deswegen nicht zum Umbau gezwungen. Im Gegenteil: Bahnhöfe, Wohnungen, Geschäftsviertel wurden als »Kristallisationskerne in Wartestellung« produziert. Auf Anwerbung wurde hingearbeitet, auf Investorenmentalität und entsprechende Interessen reagiert. Diese Städte suchten den Gründerboom spekulativ zu nutzen. Man bot Entwicklungsgebiete an, »Neustädte«, Industrie- und Handelsanreiz bestimmte die Stadtentwicklung, die Altstadt beließ man in der Regel als »Traditionsinsel«, der »Ruhe hingegeben«. Mit ganz wenigen Ausnahmen war ein Umbau weder zu forcieren noch zu bezahlen. Die Altstadt nicht »aufwecken« hieß es, noch aufstören. Im Blick auf das London-/Parismodell stand z.B. die Wohngebietssanierung im Zeichen von Aufwertung oder Neubau ziemlich am Anfang des Umbaus. Beim Spätentwicklermodell wird dies erst am Ende des Jahrhunderts relevant. Ausnahmen waren Hamburg, Straßburg, Stuttgart; erst ab 1918 kann man überhaupt von einer »Sozialsanierung« reden.

Und weiter: Erst ab 1873, also mit dem Einsetzen der später »Große Depression« genannten Periode, begann man auf eine »Erweiterung« der Altstadt im Sinne einer »inneren Stadterweiterung« zu setzen. Auch dies »störte« allerdings die Altstadt auf dem Kontinent wenig. Denn auch bei diesem Konzept konnte auf Randzonen ausgewichen werden, auf Randgebiete, vollgestellt mit Mietskasernen und zugleich neu definierten Grüngürteln. Durchbrüche waren selten und Störungen gering. Diese kamen später, als die sich ausdehnende Stadt von »Anbauten« gestört wurde. Die Neigung, die Innenstadt zu schonen, ist deutlich. Die planerische Kraft wird in das Neue gelegt. Der grenzenlose Stadtentwurf führte auf dem Kontinent auf die Entlastungscities hin, zu neuen Stadtkronen. Die Altstadt wurde umgangen oder »dem Zeitgeist« mehr als bereitwillig hingegeben. Erst 1889 setzte die Kritik mit Camillo Sitte ein und seinen von Architekten begeistert aufgenommenen Klagen ob der »Motivarmut moderner Stadtanlagen«. Und noch viel später, 1917, las man die Kritik eines Theodor Fischer, der vom Bauboom nach 1871 sprach, »der uns ein beträchtliches Maß unserer anständigen Kultur gekostet hat«, und der nun bereits in »der Verkehrswut« den Grund sah, »daß viele unserer alten Städte unwiederbringlich zerstört worden sind«. »Spießbürgerlich« fauchte er, »klein war im Grunde die Gesinnung dieses Aufschwungs«. Bei Theodor Fischer ist bereits die um die Jahrhundertwende manifest gewordene Kritik und Abwehr gegen Industrie und ihre Stadt gespeichert. Die erste Welle »des Mißkredits« gegen die Neustadt, weniger gegen die Altstadt belegt, daß gegen »die unmittelbar vorangegangene Zeit gekämpft« wird (G. Albers). Trotzdem blieb die Traditionslinie des Umgehens dominant. Sehr deutlich hat dies 1931 Fritz Schumacher festgehalten, als er schrieb, daß es nicht nur »der Maßstab der Bauwerke

untereinander« sei, der das Problem bei der Erhaltung der Altstadt darstelle, »sondern darüber hinaus handelt es sich um den Maßstab der Struktur eines Stadtgebildes«. Dieses »Alte« läßt sich, so Schumacher, nicht »wirklich schützen«: »Wirklich schützen kann man es nur, wenn man versteht, die Lebensfunktionen, die das Alte nicht mehr zu leisten vermag, auf neue Glieder des Organismus zu übertragen, die dafür geeignet sind«. Und für diese Übertragung wurden nun Begriffe wie »Ausschalten«, »Umschalten« gewählt, und zwar so, »daß man die zerstörende Kraft des neuen Lebens schonend um das Alte herumführt«: »Umleitung der Lebensströme ist das einzige wirkliche Heilmittel«.³

In diesen Bemerkungen zum »Generalsiedlungsplan für Bremen« ist der alte Zug kontinentaler Vermeidungs- oder Umgehensstrategie deutlich. Aber nun geht es 1931 nicht mehr um »Altstadt«, sondern um »Lebensströme«, es geht um Substanz- und Strukturhaltung, sofern die städtebauliche Konzeption Nutzung und Funktion dem historischen Bereich Priorität zusprach, ihm »Werte«⁴ gab. Kein Wunder, daß die Lösung in aller Regel »Abwarten« hieß, »Vermeiden«. Dies änderte sich, und dann mit brutaler Gewalt nach den Bomben des Zweiten Weltkrieges. Nun teilte sich der Städtebau nicht in akademische Lager, die sich kraß und erbittert bekämpften, sondern nun wurden die alten Schlachten an konkreten Bauaufgaben von Wiederauf- oder Neubau geschlagen, um die grundsätzliche Richtung von Stadtbaupolitik auszutragen. Aktuell wurde dabei auch die Debatte im Umgang mit Geschichte, einer Geschichte, die nicht mehr nur die Taten Bismarcks kannte, die Weimarer Hoffnungen und Schwierigkeiten, sondern Adolf Hitlers Planungen, Taten und Grausamkeiten, aber auch die effiziente Planungswirklichkeit der NS-Nachkriegsstadtplanung einbezogen. Und es gab keine Stunde Null. Die großflächig zerstörten Stadtkerne boten »Chancen«, wie es hieß. Unter den politischen Bedingungen materieller und geistiger Veränderungen gewann die alte Auseinandersetzung zwischen den Anhängern einer eher traditionellen Planungs- und Bauauffassung, die aus »den großartigen Bauwerken der Vergangenheit die Kraft schöpfen« wollten, um »die zukunftsweisende Aufgabe« zu meistern,⁵ und jenen Vertretern – speergeschult – einer internationalen Moderne, die ahistorisch mit neuen Baukonstruktionen, Bautechniken und Baustoffen nicht nur das alte Bau- und Planungs-Instrumentarium abschaffen wollten, sondern auch mit neuen Verkehrsführungen, mit »Großräumen« und mit »Großformen« eine

³ Th. Fischer, Sechs Vorträge über Stadtbaukunst, München/Berlin 1922, S. 26; C. Sitte, Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien 1889; J. Stübgen, Der Städtebau, Darmstadt, 1890, S. 405.

⁴ G. Albers, Über den Rang des Historischen im Städtebau, in: Die Alte Stadt (11), 3/84, 527 ff; ders., Bewahrung und Wandel im Blick der Stadtplanung, in: Die Alte Stadt (16), 2/89, S. 164 ff.

⁵ K. Gruber, Die Gestalt der deutschen Stadt, München 1976, 2. Aufl., S. 6; V. M. Lampugnani / R. Schneider (Hrsg.), Moderne Architektur in Deutschland 1900–1950, Reform und Tradition, Stuttgart 1992.

Stadt bauen wollten, in der die Altstadt aufgehoben sein sollte, an Schärfe, Heftigkeit und »Heilsgewißheit«.

Die Auseinandersetzung war kurz und ihr Ergebnis klar. »In wenigen Jahrzehnten wandelte sich«, so notierte 1976 R. Hillebrecht,⁶ »nicht nur das architektonische Erscheinungsbild von Gebäuden, Straßen- und Platzräumen, das Stadtbild und die Stadtsilhouette, sondern es veränderte sich auch das städtebauliche Gefüge der Stadt, die Grundlage der Stadtgestalt wie nie zuvor«. Man war der Geschichte müde geworden, hatte das Interesse, den Firn abzuheben, verloren und gab »bedenkenlos« Traditionen hin, die man als Fessel empfand. In nacheilender Hektik saugte Enthistorisierung die ehemaligen »Fluchtpunkte« auf. Die Suche nach der Modernität und Internationalität setzte auf die »autogerechte Stadt«, auf »verdichtetes Bauen«, »der Funktionalismus feierte verspätete Erfolge«, und was nur entfernt an alte bauliche Traditionen anzuknüpfen suchte, z. B. in Münster, Freudenstadt oder Grubers Darmstadtträume, wurde abgelehnt.

Mit Traditionalisten, aber auch »ästhetischen Fundamentalisten« wurde »aufgeräumt«. Endlich nüchtern wollte man bauen und ordnen, »sachlich«, »schlicht«, »wahrhaft« und »unaufdringlich«, eben zeitgemäß gegen »Illusionen«, »Fassadenkunst«, »Düsternis«, »Sentimentalität«, gegen »Blockbebauung« und »Symmetrie« angehen.⁷ »Die historische Stadt galt es, nicht zu heilen, sondern abzuschaffen, die alten Grundrisse aufzulösen und zu überformen«.⁸ Oder noch krasser bei Le Corbusier: »Der Kern unserer alten Städte mit ihren Domen und Münstern muß zerschlagen und durch Wolkenkratzer ersetzt werden«.⁹ Die Welt war, wie 1925 schon beschworen, zur »Schädelstätte« geworden, »bedeckt mit dem Schutt toter Zeiten. Ein Versuch ist unsere Pflicht: den Rahmen unseres Lebens aufzubauen. Wegzuschaffen aus unseren Städten die Gebeine, die in ihnen faulen und die Städte unserer Zeit aufzurichten.«¹⁰ Nun wurde nachgeholt.

Auch diese Moderne war erneut Reaktion (mit wieder entsprechender Kontroverse der »Gegenmoderne«), mit Geschichtsfeindlichkeit als Ansatz und »Öffnung« und »Befreiung« als Ziel; man wollte zu einem Städtebau der rationalen »Organisation der

⁶ R. Hillebrecht, Wertmaßstäbe im Bereich von Architektur und Städtebau der Gegenwart, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege (3) 1976, S. 262 ff.

⁷ H. B. Reichow, Die autogerechte Stadt. Ein Weg aus dem Verkehrschaos, Ravensburg 1959; W. Durth / N. Gutschow, Träume in Trümmern, Braunschweig 1988; K. von Beyme u. a., Neue Städte aus Ruinen, München 1992.

⁸ Vgl. M. Metschies, Die Tradition der Traditionslosigkeit. Zu Denkmalbewußtsein und Denkmalverständnis in den sechziger und siebziger Jahren, in: Die Alte Stadt (25), 3/1998, S. 245 ff; ders., »Erweiterter«, gewandelter oder unveränderter Denkmalbegriff. Zur Kontroverse um einen neuen Begriff des Denkmals, in: Die Alte Stadt (23) 3/1996, S. 220 ff; W. Lipp, (Hrsg.), Denkmal-Wertgesellschaft. Zur Pluralität des Denkmalbegriffs, Frankfurt a.M. 1993; ders. / M. Petzel (Hrsg.), Vom modernen zum postmodernen Denkmalkulturs?, München 1994.

⁹ Zit. nach E. Weinbrenner, Die Kunst, eine Lücke zu schließen, in: Die Alte Stadt (7), 2/1980, S. 56.

¹⁰ Le Corbusier, Städtebau, Berlin 1929, S. 205.

Funktionen des kollektiven Lebens« hinführen, Abschied endgültig nehmen von Konvention, »Heimat«, architektonischem Historismus.¹¹

IV.

Da die Moderne hier als Reaktion eingeführt wird, bedarf es der kurzen Information, auf was sie reagiert und welchen Stellenwert sie im Umgang mit der »Altstadt« hat. Ich sprach von einer vierfachen Stufung in der Behandlung von Altstadt im Blick auf »Störung«. Dies will ich noch kurz erläutern.

Knapp resümiert sehe ich die erste Stufe um 1800 einsetzend. Das Alte, der historische Kern wird als alt erkannt, als es ihn nicht mehr gibt. »Alt« wird allerdings nicht im Sinne des Abgestorbenen, sondern »alt« im Sinne des neu entdeckten, des vom Firn befreiten, des in der Veränderung erneuerten Wertes, nicht als Gegenwelt beurteilt. Der Erhalt ist durch Wandel bestimmt, den Ausbau der Formensprache. Nicht Stadt als Gefüge, als Gestalt, als Substanz und Wert ist das Thema, sondern unter ökonomischen und demonstrativ politischen, unter Verwertungsinteressen wird Altstadt verwertet und interessant oder liegengelassen. Es gibt große Unterschiede bei diesem Altstadtum- und neubau, je nach ökonomischem Druck. Aber um die Originalsubstanz der Stadt als Gesamtanlage geht es nirgends. Dies ändert sich erst am Ende des Jahrhunderts, als das liberal ökonomisch verwertete Gefäß Stadt zum Problem wird, zum intensiv, allerdings in Deutschland eher akademisch diskutierten Richtungsstreit.

Damit setzt die zweite Stufe um 1900 im Umgang mit »Altstadt« ein. Die Erhaltung wird zum Problem. Altstadt wird zum Thema mit Eigenwert. Die kritische Aufarbeitung eines Erbes, auch in Konfrontation mit dem Pathos der »structure nouvelle« wird dominant. Um die Jahrhundertwende trennte sich gleich mehrfaches und wurde neu sortiert: Architektur, Denkmalpflege, Ingenieur, Städtebauer und -planer. Es trennen sich »schöpferische Kreativität« und »baumeisterliche Disziplin und Können«, wie es hieß, es trennte sich in der jeweiligen unbedingten Prioritätensetzung »erhaltende« und »erneuerte« Originalsubstanz. Architekt, Ingenieur und Denkmalpfleger.

¹¹ T. Wolfe, *From Bauhaus to Our House*, New York 1981; H. Klotz (Hrsg.), *Die Revision der Moderne*, München 1984; K. von Beyme, *Der Wiederaufbau*, München 1987; G. Rabeler, *Wiederaufbau und Expansion westdeutscher Städte 1945–1960 im Spannungsfeld von Reformideen und Wirklichkeit*, Bonn 1990; G. Fehl, *Kleinstadt, Steildach, Volksgemeinschaft. Zum »reaktionären Modernismus«*, in: *Bau- und Stadtbaukunst*, Braunschweig 1995; F. Klüeting, (Hrsg.), *Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und die Probleme des Denkmalschutzes*, Münster 1960; Chr. Machat, *Denkmalpflege und Wiederaufbau*, in *Jb. d. Rheinischen Denkmalpflege*, Bd. 36, 1993, S. 237 ff; W. Pehnt, *Das Ende der Zuversicht. Architektur in diesem Jahrhundert*, Berlin 1983; Th. Hilpert, *Le Corbusiers, »Charta von Athen«*, Braunschweig 1984; M. Steinmann, (Hrsg.) *CIAM. Dokumente 1928–1939*, Basel 1980; C. Meckseper/H. Siebenmorgen, *Die alte Stadt: Denkmal oder Lebensraum?*, Göttingen 1985.

Generell öffnete sich der Graben zwischen reformbestimmter Erneuerung einer Baukunst, die sich als Überwindung von Formalismus und Eklektizismus verstand und einer revolutionärradikalen Absage, dem entschiedenen Bruch mit dem Alten, Vergangenen. Im Zeichen einer Avantgarde architektonischer und städtebaulicher Leitideen, vor deren Auge alle Reform nichtig wurde und das Überkommene sinnlos, gewann Stadtbau als Neubau eine neue Dimension, die weit über die Behebung von städtebaulichen Mißständen hinausging. Stoff, Farbe, Konstruktion werden zum Gegenstand von Leitvorstellungen, die in der Altstadt und ihrer Denkmäler nicht mehr wie Stübben noch »ehrwürdige Zeugen der Geschichte« sehen, »kraftvolle Verschönerungen der Stadt«. Im Gegenteil. Städtebau in neuem und radikalen Sinne wird Teil einer umfassenden Zivilisationskritik, die sich radikal vom überlieferten Formenkanon zu lösen sucht. Nur die Vorläufer der eigenen Moderne werden noch studiert, gelehrt und weitergegeben.¹²

Doch die Zeit ist ambivalent. Der ersten Welle dieser Moderne entspricht auch eine Welle des Rückgriffs auf eine vorindustrielle, durch historische und städtebauliche Kritik beurteilte Vergangenheit, die sich an den »Störungen«, an Gleichmacherei oder Nivellierung, an den Zerstörungen von Altstadt festmacht und mit Entschiedenheit gegen die Fortschrittseuphorie technischer Rasanzen opponiert, sich zu »Denkmalpflege«, zu Heimatschutz hinwendet und gegen das »Entfallen von Bindungen« wehrt, weil dies »der Willkür die Bahn« öffne, »und der Willkür folgt unausbleiblich das Schema, die Manier«. ¹³ So werden z. B. 1906 neue »Grundsätze des Städtebaues« vom Verband der Architekten und Ingenieure beschlossen und festgehalten, daß im »Städtebau ... technische, ästhetische, soziale und wirtschaftliche Rücksichten zu beachten und zu vereinigen (sind)«. Städtebau wird in diesem Sinne zur umfassenden »Kulturarbeit« (Schultze-Naumburg): »In ästhetischer Beziehung handelt es sich um die architektonische Raumgestaltung und um landschaftliche Wirkung, dabei insbesondere auch um Denkmalschutz und Heimatpflege«. ¹⁴ In den Zwanzigern wird bei schrumpfendem Altbestand die Bewahrung des Vorindustriellen in der Stadt in Konkurrenz zur Moderne auch zum städtebaulichen Ziel, ein Ziel allerdings, das später unter nationalsozialistischen Randbedingungen politisch und ideologisch zugesichert wurde. Dabei geriet die »innere Stadterweiterung«, die nun als »Altstadtsanierung« interpretiert wurde, immer mehr in einen politisch zugerichteten Traditionstext. Trotzdem, das kämpferische Nebeneinander von »evolutionärer Tendenz« mit deutlichem Geschichtsbezug (Th. Fischer, F. Schumacher) und radikaler Avantgarde

¹² M. Metschies, *Die Tradition* (s. A 8), S. 253; G. Stübben (s. A 3), S. 405; G. Albers, *Bewahrung* (s. A 4), S. 165.

¹³ Th. Fischer (s. A 3), S. 52; ders., *Altstadt und neue Zeit*, München 1928, S. 20; P. Schultze-Naumburg, *Kulturarbeiten*, Bd. IV, Städtebau, München 1906; G. Albers, *Bewahrung* (s. A 4), S. 166.

¹⁴ M. Metschies, *Die Tradition* (s. A 8), S. 252 f., H. Freyer, *Die deutsche Stadt. Geschichte und Gegenwart*; P. Schultze-Naumburg (s. A 13).

als »heraufkommender Moderne« (E. May, M. Wagner, L. Hilbesheimer) blieb. Einig in der Ablehnung der Stadtentwicklung des 19. Jahrhunderts, einer vehementen Großstadtkritik, trennten sich ihre Wege deutlich in der Frage der Beurteilung und Realisierung, als es darum ging, »endgültig die mittelalterliche Kapsel zu sprengen«.¹⁵ Beide Strömungen sind nach 1945 noch manifest, doch die Ansichten der Modernen, die des verkehrs-, funktionsgerechten, die des städtebaulichen Neuanfangs dominierten. Man träumt nun nicht mehr nur von einer städtebaulichen Sanierung der »Gründerzeitviertel«. Man wollte die Altstadt gleich mit »realisieren«, wobei sich allerdings eine ahistorische Sanierungsdominanz, die verknüpft war mit der Hinnahme historischen Verlustes, nicht unmittelbar nach 1945, sondern erst später radikal ausprägte.

Die dritte Stufe der Städtebauprinzipien, vorformuliert schon seit Beginn des Jahrhunderts, präzisiert und diskutiert und teilweise auch Realität geworden, wird nun dominant. Aus der futuristischen Stadt wird Schritt für Schritt durch die Bombenchance nach dem Eintritt in die »scene urbaine« die funktionelle Stadt. Neue Baukonstruktion, -stoff und -technik werden umgesetzt. Der Maßstab wird gesprengt, die gewohnten Proportionen lösen sich auf. Bauen wird zu einer schlicht massenhaften additiven Zusammensetzung von standardisierten Konstruktionselementen und normierten Bauteilen, gleichförmig und austauschbar. Die Anforderungen von Banken, Versicherungen, Wohnungsgesellschaften, eine neue Heimat rasch, großräumig und großförmig zu schaffen, ließen Begreifbarkeit und Sinnfähigkeit alter Stadt verloren gehen, ihre Lokalität dahinschmelzen, ihren Ort aufgeben.¹⁶ Die »Machbarkeitseuphorie«, die neuen technischen Möglichkeiten faszinierten. Sie verführten und beschleunigten eine Bau- und Planungsidee, im Sinne eines urbanisme scientifique zu bauen, die cité industrielle anzuwenden, die »décomposition« als Auftrag zu nehmen, eine »nature urbanité« als »l'ordre moderne« der Stadt zu verordnen. Die Altstadt wird Teil dieser Idee: »La ville réseau de communication«. Von Ensemble keine Spur mehr, die Stadt wird ein Haus, ja eine Wohnung, »habitations«, sie soll nur noch neu sein und abgeschafft.

Nun nach 1945 war es die gegliederte, gelockerte, die total neue, die verlegte, die umgelegte Stadt, die die Stadt und ihre Zukunft bestimmen sollte. Zuerst waren es Pläne, »München an den Starnberger See«, Utopien, dann wurden den Träumern die immateriellen Werte der Stadt bewußt, die Merkmale der alten Erinnerungswerte, dann die materiellen Konditionen von technischer Infrastruktur, dann die Gegnerschaft gegen Wilhelminisches, aber auch gegen die Gigantismen und Radikalismen eines Corbusier, Marcel Lods oder Pinguisson. Und schließlich erneuerte sich die alte

¹⁵ Th. Hilpert (s. A 11), S. 294 f.; H. R. Hitchcock / Ph. Johnson, The International Style, 1932, New York 1966; B. Taut, Die Auflösung der Städte oder die Erde eine gute Wohnung oder der Weg zur alpinen Architektur, Hagen 1920.

¹⁶ J. Fehl / J. Rodriguez-Lores, Stadt-Umbau. Die Planmäßige Erneuerung europäischer Großstädte zwischen Wiener Kongreß und Weimarer Republik, Basel/Berlin/Boston 1995, S. 16 f., S. 20.

Tradition des »neuen Bauens« in sozialdemokratischer Sicht als Wohnungsbaupolitik. »Low rise, high density« boten für den tastenden Wieder- und dann entschlossenen Neuaufbau die Anknüpfungspunkte, die in bester Speerstab-Kontinuität organisiert wurden. Und überall mußte gespart werden. Entsprechend sprach viel für eine zentrale Planung, die schließlich – so Gropius – auf seinen Vorschlag eines »Bauzentalkomitees« hinauslief. Der Ruf nach einem »Baugesetz« war Thema. Rudolf Hilbrecht forderte spruchbandwirksam: »Parlamente aller Länder vereinigt Euch und schafft ein neues Bau- und Bodenrecht«. Jedoch Städtebaupolitik und Wohnungsbaupolitik gingen verschiedene Wege. Was im Westen nur zögernd gelang, qualitativ sich allerdings im direkten Mitteleinsatz als »Aufbauwunder« niederschlug, wurde im Osten »zum Dorado für Stadtplaner«.¹⁷ Noch war das Land nicht so geteilt, als daß nicht das Band des neuen Bauens gehalten hätte, zumal sozialistisches Bodenrecht durchaus den Westreformbauern Vorbild gewesen war. Bis 1957 blieb »diese Einheit«, wobei in der DDR der Konsens mit dem »organischen Städtebau« im Gegensatz zum abstrakt schematischen Wohnzellen- oder Scheibenhochhausbau viel deutlicher war. Abrupt war dann der Wechsel ab 1959. Nun begann die Vormacht der Peripherie und deren neue Trabantsiedlungen in Großplattenbauweise. Die Vorstellung der Neustadt als Platte wurde Realität, die Altstadt entweder liegengelassen oder ab 1956, wie zuvor schon im Westen, in modernem Zuschnitt als »Neugestaltungsaufgabe« begriffen. »Altstadt« war nun auch hier »Attrappe und Panoptikum« (Rheinische Zeitung 1946), »museale Lüge und Kulisse«.

»Wir können nichts wiederherstellen«, das war das Urteil im Blick auf die Altstadt. »Konservatorische Sorgen um Bauwerke und Städte entbehren für das historische Zukunftsbewußtsein eines verantwortlichen Sinnes.«¹⁸ Das war die Losung und Überzeugung. Sie wurde zur Leitlinie, sofern die Bewohner der Stadt und ihre Repräsentanten dieser Idee folgten und sich von ihren »Schandflecken« Altstadt lösten, wie z. B. einhellig in dem so modernistisch bemühten Darmstadt. Die Variationen im Nachkriegsneuaufbau waren wohl erheblich; jedoch dominierte das Leitbild von aufgelöster Blockstruktur, von Verwaltungs- und Forschungssolitären, von licht-, luft- und gründurchwobenem Zeitenbau, die Abkehr von Korridor, Straße und zentraler Platzbildung. Überall dort, wo ökonomischer Druck und Brache die Chance der Zerstörung, neue Formen zuließ, wurde die »Stadtlandschaft« zum geflügeltem Wort. Nie wieder sollte »die steinerne Stadt« mit ihrem Hinterhof und Korridor, nie mehr die Mietskaserne entstehen. »Das Jammern nach der »Tradition«, stellte der ehemalige Werkbundsekretär, nunmehr Bundespräsident, Theodor Heuss, auf der Interbau 1957 fest, »bleibt echolos«. 1957 erschien das Schlagwort: »Die gegliederte und aufgelockerte Stadt« als Buch, 1956 verkündete Göderitz das »Ende des Wiederaufbaus«

¹⁷ G. Fehl (s. A 11), S. 10 ff.

¹⁸ K. von Beyme (s. A 7); W. Durth (s. A 7), S. 9 ff.

und 1959 Reichow: »Die autogerechte Stadt«. Le Corbusiers Überzeugung: »Die Stadt der Geschwindigkeit ist die Stadt des Erfolges«, triumphierte.¹⁹

Und doch setzte am Ende dieses Jahrzehntes die erste Kritik ein. Trotz der übermächtigen Dominanz funktionalen Bauens begann mit leisen Tönen eine Neuorientierung. Auf der 11. Hauptversammlung (1960) des Deutschen Städtetages stellte Walter Schmidt in seinem Einführungsvortrag im Blick auf die neue Stadt die Frage, ob nicht »manch gegenwärtige Tendenz über das Ziel hinausschießen würde?« Und: »Scheint man es nicht zuweilen geradezu auf die Zerschlagung der Stadt als einer mit Sinnen erfassbaren Einheit abgesehen zu haben?«: »Stadterneuerung könne nur betrieben werden als Erneuerung und nicht als Verneinung der Stadt und ihres Gefüges.«²⁰ Das waren Akzente, die neu klangen. Ein Richtungswechsel kündigte sich an: die Wiederbelebung einer politischen Kultur in der Stadt und ihrer Bürger (E. Salin), die »behutsame Erneuerung«, die immer deutlicher gegen einen »Vulgärfunktionalismus« von Bauhausepigonen gesetzt wurde, die mehr und mehr mit der »Unwirtlichkeit« ihrer Städte konfrontiert wurden und denen eine »Fortsetzung des Krieges mit den anderen Mitteln der Architektur« vorgeworfen wurde. »Weg mit dem Betonfaschismus« wurde gesprüht, von der »zweiten Zerstörung der Städte« war die anklagende Rede. Die Vorstufen zur »Erfindung der alten Stadt« waren geschrieben. Doch es bedurfte noch eines intensiven Bau-, Planungs- und Kahlschlagsanierungsschubes der mit den innerstädtischen, funktionsschwachen Kerngebieten aufräumen sollte und für eine zügige Erschließung der in zentraler Lage konzentrierten Nutzungen sorgen sollte«, ehe diese »Erfindung« nicht nur stattfand, sondern auch Wirkung zeigte.²¹

Und dieser Schub wurde 1971 mit dem Städtebauförderungsgesetz initiiert. Dieses Gesetz, das auf den Vorstufen von 1961, 1965 aufbauend Stadt – auch Altstadt – wissenschaftlich von ihrem historischen Erbe abhängte und Stadt als »ein zusammenhängendes Ganzes« zu erkennen glaubte und entsprechend planen und realisieren wollte, setzte die Widerlager außer Kraft. Modernisierung total war angesagt, Altstadt war ein weiteres Mal zur Disposition gestellt. Dabei wurden die Beispiele als planerische und bauliche Alternativen sehr kraß deutlich: Österreichischer Platz in Stuttgart oder Regensburgsanierung, die Auslöschung oder die Wiedergewinnung des Historischen: »Eine Stadt muß mehr sein als brauchbar, erst dies Mehr gibt ihr Glanz und Ausstrahlungskraft.«²² Der Primat von Wirtschaft und Funktion kippte. 1975 im Europäischen Denkmalschutzjahr hieß das Motto: »Eine Zukunft für unsere Vergangenheit«. Nun war die alte Stadt »erfunden«, der Widerstand der historischen Stadt

¹⁹ Ebda., S. 16 ff; M. Metschies (s. A 8).

²⁰ Vgl. O. Baretzko, Verbaute Geschichte, Stadterneuerung vor der Katastrophe, Darmstadt 1986, S. 121.

²¹ E. Schleich, Die zweite Zerstörung Münchens, Stuttgart 1981.

²² Ebda., S. 28 f.

war nicht nur formuliert, sondern er wurde Bauaktionsprogramm. 1976 wurden in die Novellierung des Bundesgesetzes die »erhaltenswerten Ortsteile, Bauten, Straßen und Plätze« im Katalog aufgenommen und das Instrument einer »Erhaltungssatzung« geschaffen, das 1986 noch eine Ergänzung erhielt.

V.

»Nachdem alles durchschritten war«, schrieb Roland Ostertag 1996 rückblickend in seiner Abschiedsvorlesung, »blieb nur noch das Maßlose«, das »Zu-viel an Größe«, der »unangemessene Pathos«. Aus dem »Denken ohne Bauen« sei ein »Bauen ohne Denken« geworden. Man hätte nicht mehr entworfen, so nochmals Ostertag, sondern nur noch geplant. An die Stelle der Methode sei die Reduktion auf nur formale Aussagen getreten.²³ Offensichtlich war man 1975 erkennbar an einer nicht nur architekturgeschichtlichen, sondern auch politischen und ideenzäsurierenden Wegmarke angekommen. Die »alte Stadt« war die Antwort auf einen degenerierten Funktionalismus, der nur noch störte, sie war die Antwort auf eine rein formale Künstelei, die störte, auf eine Moderne, die ermüdete, ängstigte, die in ihrem Fett des Großbaufolges erstickt war und die durch die ökonomische Krise, eine Strukturkrise dazu noch, im Sinne der Kondratiewschen Konjunkturzyklentheorie an der Ressourcen-grenze ihrer eigenen Ökonomie angekommen war.

1975 begann nicht nur eine neue andere Rückeroberung, sondern eine Grundierung für neue Einstellungen und neue Aufgaben. Dabei wurde keineswegs der Zwiespalt von »alt« und »neu« überdeckt, sondern eher noch verschärft, denn das Alte, die Tradition »heilte« mitnichten: Erst die Störung, »die Erfindung der alten Stadt«, die der bloß noch leeren und nicht funktionalen Moderne gegenübergestellt wurde, macht ihre Funktion, Dialogpartner zu sein, bewußt. Ich rede bewußt von einem Dialog, von der Vorsicht, den Pendel nicht überschlagen zu lassen, wie es die Traditionslosigkeit eines propagierten neotraditionalistischen Städtebaus deutlich macht, jene Chimäre von »new urbanism«.²⁴ In Beachtung dieser Begrenzung ist auszuloten, wie eine neue, globale und kriegsbelastete zukünftige Stadtwelt beiden Sichtweisen entsprechen kann, um europäisches, historisches Stadterbe nicht zur bloßen Illusion werden zu lassen. Nur dann wird ein Modell von gebauter Ordnung, von Gebäuden und Plätzen, von Zwängen und Freiheiten in die Maximen des Städtebaus von heute eindringen, die Stadt nicht nur inszenatorisch illuminieren als Bühne, als Effekt, MacDisney und Don Altland, sondern als ökonomische, als soziale, als politische, ästhetische und nachhaltige Potenz von ständiger Erneuerung, Auseinandersetzung und Weiterentwicklung.

²³ R. Ostertag, in: DAB, Texte 1994–1998; DAB 3/98, DAB 5/97.

²⁴ Vgl. H. Bodenschatz u. a. in dem Themenheft »Alte Stadt – neugebaut«, in: Die alte Stadt (25) 4/98.

Was ich damit meine, sei an wenigen Elementen verdeutlicht. Ich meine, daß alte Stadt eine Forderung an die heutige Stadt formuliert, die besagt, daß ihre gebauten Strukturen, Gebäude und Ordnungen gestalterisch so ausdrucksstark sein müssen, so emotional besetzt, so kostbar, daß nicht nur elitäre Expertenmeinung ihren Abriß verbietet. Zeitbeständigkeit von Stadt bewährt sich nicht an Theorien, sondern an einem »Bedeutungsüberschuß an Gebautem und Ordnungen«, der »unterschiedliche Interpretationen« zuläßt – wie es Thomas Sieverts formuliert.²⁵

Diese Varianz unterschiedlicher Nutz- und Interpretierbarkeit belegt eben die alte Stadt. Ihr Raumgerüst, das durch »Störungen« gefordert, in Erneuerungsfähigkeit zu reagieren hatte und ein Denken forderte, das auch in anderen Zeiträumen dachte, als nur im Blick auf Nutzung oder Abschreibung. Und schließlich das Nacheinander: die historische Aufsummierung, die zeitliche Schichtung, das Nebeneinander von Ungleichzeitigem, der »Mut zur Brache«, zur Zwischenlösung, zur Armut. Altstadt sollte »belohnt« werden, Spielraum bilden für das Andere, das Kleinere, das Geringere, Beispiel sein und Beleg einer anderen, nicht mechanischen Zeitauffassung von Gewinn und Politik. Die alte Stadt ist als Denkanstoß und Gestalt, in anderer Weise aber immer als »Störung« zu erfassen.

So schön die oben zitierten Sätze Karl Grubers in seinem Verdikt über die neuen Städte auch klingen, die Grundlage und die ideologische Zielsetzung ist ein tief skeptischer Zug gegen die Moderne, gegen Aufklärung, Skepsis, Persönlichkeit, Individualität, Menschenrechte. Diese sind aber Prinzipien unserer säkularen Welt, der es nach wie vor aufgegeben ist Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit nicht herbei zu bombardieren. Die Stadt aus dem »ordo der religio«, der Macht, das antike, das mittelalterliche Erbe, das europäische, sind vergangen, ihre Aneignung kann nicht sentimental erfolgen. Die »Wachstumsgesetze« der Bürgerstadt oder der Städte des 17. und 18. Jahrhunderts mit ihren Raumfolgen, Achsen, ihren totalen Plänen, auch die alten Gefüge, die Bautypen, Maßstab und Rhythmus, die »Rangordnung der Werte«: sie stehen solange für sich und sind höchstens akademisches Gut, solange sie nicht aktuell und politisch werden. Diese Werte bleiben steril, wenn sie nicht in die aktive Entdeckung und Konfrontation mit dem nicht Jungen, aber stets Neuen einbezogen werden. Die »Einheitlichkeit« der mittelalterlichen Weltanschauung ist eben ein Konstrukt, wenn auch ein offenbar notwendiges, um mit Zuversicht den Umbruch zur Moderne zu meistern. Aber es nützt wenig, Erinnerung für Konstruieren zu fordern und gegen den Rationalismus zu wettern, zu beklagen, daß »der autonome Mensch« diese alte Stadt getötet hätte, ebenso wie den »freien Bau« anzuprangern, daß dieser, als er in die Stadt gezogen sei und »als Industriearbeiter, unter Preisgabe von Volk und Heimat«, die Stadt ausgelöscht habe. Diese Sätze, geschrieben 1952, sind so problematisch wie der Glaube, mit neuer Architektur den Menschen zu erziehen, ihm eine

²⁵ Th. Sieverts (Hrsg.), *Zukunftsaufgaben der Stadtplanung*, Düsseldorf 1990, S. 6 ff.

heile Welt zu bauen, um ihn selbst zu heilen. Wer im »Kapitaldienst«, im »Nebeneinander von Hellenentum und Romantik«, im Brandenburger Tor, der Werderschen Kirche, in den Schinckelschen Arbeiten »kaum fassende Widersprüche« erkennt und nach einer »Rückkehr zum körperlichen und wesenhaften Bauen« ruft, aber von »städtebaulicher Raumschöpfung« in der neuen und alten Stadt »nichts zu spüren« glaubt, muß in der Tat einen erheblichen Firnis abtragen, um in der Erfindung »der alten Stadt« nicht nur das Ensemble, als umfriedete Einheit, unversehrt und heil zu sehen, sondern in den »Störungen« den Anlaß einer Ausweitung des Altstadt- und Bestandsbegriffs hinzunehmen. Dies erst erlaubt, »der Moderne« zu begegnen und sie herauszufordern.

Dabei soll und darf nicht vergessen werden, daß Stadt, also die alte, unsere Erfindung, schon immer und insbesondere am Anfang der Neuesten Zeit, immer Neuerung war, immer, ob kleinräumige oder Großburg Stadt, angewiesen war auf Zuzug, auf Toleranz, auf Zeitoptimierung um der Sicherheit willen, der Produktivität des Friedens. Die Stadt, so hat es Otto Borst formuliert, und ich hebe ihn in diesem Zusammenhang bewußt nochmals hervor, als einer, der nicht nur Brücken, Tore, Esslingen, oberschwäbische Städte, »Stadtmäuse« erfand, sondern intelligente, närrische, naseweis interessierte Städter: »Die Stadt hat gar keine Gelegenheit zur Absage an irgendwelche »andere«: man braucht sie alle zur Erledigung der Arbeit«. Stadt lebte und lebt von Investition, Innovation, vom jeweiligen Vorankommen. Stadt lebt nicht vom Gestern, Alten, nicht vom Besitz, sondern vom jeweils Zeitgemäßen, vom Neuen, vom jeweils Modernen, nicht vom Einigeln. Alte Stadt mußte sich immer öffnen, sichern, teilnehmen, fortentwickeln und nicht ersticken am Kleinnützigen, Abseitigen, sie wollte Gewinn, Profit, Erfolg, nicht Almosen. Ohne diesen Ansporn wurde sie alt, starb ab. Den Firnis abzuheben, war Pflicht, dem Neuen die Chance zu geben, Kontraktum des Alten zu sein. Paris sonnte sich Mitte des Jahrhunderts an Napoleon III. und Haussmanns Taten, nicht weniger London mit seinen erheblichen »Verschönerungen«, hygienischen Taten und Stadterweiterungen. Weniger war dies bei der kontinentalen Stadt der Fall, die alt war, die dem Neuen spät und wenig Widerspruch bot. Der Umgang mit den Stadtbefestigungen zeigt dies: Barriere zuerst, Hemmnis und dann Geschichtszeugnis und Verkehrschance, die Stadt zu entwickeln.

Immer war es die Veränderung, der Umbau, die Herausforderung, den gesellschaftlichen Wandel aufzuarbeiten, das war die Aufgabe, ihn in und mit der Stadt zu deren Nutzen und Profit einzubinden oder ihn nur resignativ hinzunehmen und abzusterben. Die alte Stadt war schließlich erst dann zum Widerpart gezwungen, als sie drohte, ausradiert zu werden. Im Blick auf behutsame Erneuerung oder Abriß, im Blick auf Architektenschulen und Ingenieurleistung ist der Umgang mit der Altstadt zum Scheidewasser neuer Orientierungen geworden. Die »Erfindung von alter Stadt« als eine sozial-kulturelle, als ökonomische, nachhaltige und ästhetische Strategie ist also letztlich politisch zu bestimmen. Im Umgang mit der alten Stadt, der Verarbei-

tung von empfundenen und registrierten Störungen im Stadtgefüge oder ihrer Nutzung zeigt sich wie in einem Spiegel Stadterhaltungspolitik als Umbauneubelebung, Ausrottung oder Dauerschlaf. Es ist nicht nur »der Rang des Historischen im Städtebau«, der hier zu beachten ist (G. Albers), sondern auch die Leistungsfähigkeit und Grenzen von Leitbildern und Einflußmöglichkeiten von Architekten und Planern, von Investoren und Interessenten. Im Städtebau als einer nicht bloß ästhetisch-organisatorischen, technisch-kalkulierenden oder ökonomisch-politischen Aufgabe, sondern auch einer intellektuell-diskursiven zeigt sich im Umgang mit Stadterbe und Altstadt die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft nachhaltig. Die erkennbare Auseinandersetzung mit der alten Stadt ist schließlich die Zukunft von Stadt.

August Gebeßler

Zum Denkmalthema in der »Alten Stadt«

1. Standortbestimmung einer Disziplin

Rückschau ist immer auch Standortbestimmung in der Gegenwart. In diesem Sinne könnte das bald 40jährige Bestehen unserer Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt dazu ermuntern, über die Entwicklung und das Wirken der Alten Stadt nachzudenken.

Die bislang vorliegenden Betrachtungen zur Vergangenheit der Alten Stadt belegen den Gewinn aus solchen Unternehmungen. So hat beispielsweise Otto Borst, dem dieses Heft gewidmet ist, 1980 zum damals 20jährigen Bestehen unserer Vereinigung Rückschau gehalten; er hat dabei vor allem auch die bedenkenswerten, inzwischen vielfach in Vergessenheit geratenen Umstände der Gründungssituation erinnert.¹

1994 wurde unter Bezugnahme auf unsere damals 20jährige Zeitschrift die interdisziplinär-thematische Bandbreite der publizierten Beiträge in der »Alten Stadt« durchleuchtet und summiert. Entsprechend den im Untertitel der Zeitschrift aufgeführten Fachgebieten referierten damals Hermann Korte zum Bereich Stadtsoziologie und Jürgen Reulecke zu den inhaltlichen Trends der Stadtgeschichtsforschung.²

Allerdings wurde im dritten Beitrag nicht, wie eigentlich zu erwarten war, über den Arbeitsbereich Denkmalpflege berichtet, sondern über »Stadterneuerung«. Egal zunächst, aus welchen Gründen dies so gehalten wurde – immerhin verdanken wir diesem Umstand den Vortrag von Stadtplaner Gerd Albers mit seinen ebenso grundlegenden wie bedenkenswerten Beobachtungen zur Stadterneuerung.³ Eine ebenso differenzierte Rückschau auf das Denkmalthema in der Alten Stadt steht aber noch aus.

Wer darüber referieren wird – dies allerdings auch unter Bezug auf unsere Arbeitstagungen –, muß mitbedenken, daß dabei die Rolle der Denkmalpflege derjenigen der anderen Fachdisziplinen nicht vergleichbar ist. Zwar tragen auch die Konservatoren bei zur Wissensvertiefung in der Stadtgeschichte, zur Erschließung der sozialen Dimension im Stadtleben und zur Beratung in allen einschlägigen Sektoren städtischer

¹ O. Borst, Bericht über die zwanzigjährige Entwicklung und Wirksamkeit der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V., in: Die alte Stadt (7), 2/1980.

² Vgl. J. Reulecke, Das Exemplarische und das Besondere: 20 Jahre Stadtgeschichtsforschung in der Alten Stadt; H. Korte, Stadtsoziologie und Alte Stadt, beide in: Die alte Stadt (22), 2/1995, S. 126 bzw. 136 ff.

³ Vgl. G. Albers, ebda., S. 111 f.

Fachplanung. Der wesentliche Unterschied liegt jedoch in der Tatsache: Die Denkmalpflege ist im interdisziplinären Partner-Feld der Alten Stadt als einzige Fachvertretung auch behördlich institutionalisiert.

Sie ist zwar gleichfalls mit Vorträgen, Zeitschriftenbeiträgen und mit Exkursionsführungen an der fachlichen Gemeinschaftsarbeit beteiligt. Sie sitzt also »mit im Boot«, dies aber – sei es selbst verursacht oder sei sie mehr von den Partnern gedanklich dort angesiedelt – doch oft genug (um im Bild zu bleiben) auf einer gesonderten Bank.

Das hat zunächst schon damit zu tun, daß unsere Mitglieder in der Hauptsache Städte sind, die mit den jeweils zuständigen Vertretern der Denkmalpflege täglich und vielfältig in der Auseinandersetzung oder sogar im Konflikt stehen. Auch im Zusammensitzen und Zusammenwirken innerhalb unserer Tagungen lassen sich die zu meist zweierlei Positionen im Verhältnis Stadtpolitik und Denkmalpflege nicht ausblenden.

So hat zum einen die kommunale Verantwortung bei allem Denkmalwollen eben auch die Gesamtheit stadtnotwendiger Maßnahmen, wirtschaftliche Überlegungen und Entwicklungsvorstellungen zu bedenken. Aus einigem Abstand zu den Realitäten gibt es zu diesem Sachverhalt die wohlwollende Umschreibung: Kommunalpolitiker haben nicht nur Geschichte zu bewahren, sondern ihrerseits auch immer wieder von neuem Geschichte zu bewirken.

2. Im Spannungsfeld von Stadtpolitik

Selbst denkmalfreundlich weiterplanende Stadtpolitik stößt im Geschichtsbestand immer wieder an »überzogene« Grenzen, die der Denkmalpfleger zu vertreten hat. Der wiederum wird – oder zumindest sollte es nicht dabei bewenden lassen, im Denkmaldissens seine fachliche und nicht selten unbequeme Auffassung nur zu behaupten oder in der Form von Auflagen zu präsentieren und alles weitere an Konfliktbewältigung der Entscheidung den Denkmalschutzbehörden zu überlassen. – Im Gegenteil: Zumindest für den ernsthaften Konservator beginnt ja die eigentliche Aufgabe erst dort, wo der fachliche Stempel »erhaltenswert« beim Stadtpartner eben nicht auf Anhieb Akzeptanz finden kann, und das Denkmalwerte daher über die wissenschaftlich-gescheite Begründung hinaus erst einmal allgemeinverständlich vermittelt sein will; und sie beginnt zum anderen dort, wo nur geduldig-gesprächsweise auszuloten ist, auf welche Weise die kommunalen Anliegen mit dem Denkmalbedarf in Einklang zu bringen sind.

Denkmalpflege ist nun einmal kein Harmonieunternehmen, sondern von jeher eine Auseinandersetzung zwischen einerseits Gegenwartsbedürfnissen und andererseits den ebenso legitimen Denkmalbelangen. In diesem Sinn wird auch die heutige Denkmalpraxis in den Altstädten weiterhin getragen von Konfliktbereitschaft – oder bes-

ser noch: vom politisch-Denken. Und politisch-Denken heißt noch immer zuerst mit dem Kopf des Anderen denken.

Es gibt mittlerweile aber auch gegenteilige Beobachtungen. Dies beispielsweise auf der Stadtseite, wo die aktuelle Berufungsmöglichkeit auf wirtschaftlich-existenzielle Notwendigkeiten, auf Haushaltsfragen, auf Arbeitsplätze usw. im Denkmalkonflikt zu einer spürbar schärferen Gangart geführt hat. Zudem begegnet der Denkmalpflege inzwischen dort und da auch eine jüngere Bürgermeistergeneration, der weder die hautnahen Erfahrungen aus den stadtzerstörerischen Nachkriegsjahrzehnten geläufig sein kann, noch die daraus resultierende seinerzeit pionierhafte Altstadtzuwendung ihrer Amtsvorgänger – und so auch nicht der lohnende Sinn stadtdenkmalpflegerischer Herausforderung.

Gerade vor diesem Hintergrund bieten unsere Tagungen durch die sozusagen geballte Präsenz von Mitgliedsstädten wohl eine einzigartige Möglichkeit zum Austausch in Stadtdenkmalfragen, um mehr Verständnis für begründete Auffassungen im Konservatorenauftrag zu gewinnen und um über die Anliegen und Besorgnisse der Städte wenigstens ins Gespräch zu kommen.

Ob es überhaupt erstrebenswert sein soll, im Verhältnis Stadtpolitik und Denkmalpflege zu einer uneingeschränkten Arm-in-Arm-Unternehmung zu kommen, das sei hier offen gelassen. Auseinandersetzungen um Denkmalfragen haben – soweit es nicht gerade um handfeste Abbruchfragen geht – mitunter nicht nur einen gewissen Unterhaltungswert; vielmehr wird damit die Denkmalfrage, für deren Praxis es – wie mit der Charta von Venedig – zwar Leitgesichtspunkte, aber keine Rezepte gibt, stets von neuem und als Herausforderung für beide Seiten virulent gehalten.

3. Zur Rolle des Geschichtlichen im Konservatorenauftrag

Die Erfahrung lehrt: Geschichtsdenkmale werden trotz gutem Denkmalschutzgesetz und trotz Steuerpräferenzen oder Zuschußhilfen letztendlich nur dort sinnvoll erhalten, wo man sie auch erhalten will. Jedes Harmonisierungsbestreben stößt zudem spätestens dort an eine Grenze, wo das Wirken und der Auftritt der Fachdenkmalpflege immer auch mitbestimmt wird vom schon zitierten Zuschnitt des Amtlichen, des Behördlichen und in diesem Rahmen auch von der ständigen Berufungsmöglichkeit auf das Denkmalschutzgesetz.

Das hat natürlich zunächst auch damit zu tun, daß Konservatoren ihre fachlichen Vorgaben mitunter allzu kurzfristig zu amtlichen Auflagen formulieren und schon auf das Gesetz verweisen oder mit rechtlichen Verfahrensbestimmungen argumentieren, noch bevor sie alle Chancen ausgelotet haben, in verständlicher Vermittlung ein emotionales Denkmalverständnis der Öffentlichkeit mit den fachlichen Kriterien in Einklang zu bringen.

Und was die heutigen Denkmalschutzgesetze anbelangt: Gerade unsere Mitglieds-

städte wissen aus unmittelbar nachwirkender Anschauung heraus sehr wohl um die Ursachen, die in den 60er und 70er Jahren im Zusammenhang mit der damals zerstörerischen Denkmalgleichgültigkeit, ja Denkmalfeindlichkeit, überall zum Erlaß von Schutzbestimmungen geführt haben. Heute hingegen, d. h. zu Zeiten eines guten Denkmalklimas, ist es mitunter schwer nachvollziehbar, warum etwa der Neuanstrich am alten Fensterladen, der Dachausbau oder die Erhaltung von alten Putzresten genauso mit dem hoheitlichen Zeigefinger rechtlicher Bestimmungen abgehandelt werden muß wie der Konflikt um das kaltschnäuzige Abbruchvorhaben.

In der Tat: Es gehört zu den wichtigsten und gleichermaßen schwierigsten Facetten im Konservatorenalltag, den Umgang mit nicht nur verfügbar, sondern auch verpflichtenden schutzrechtlichen Bestimmungen so zu halten, daß die Vermittlung begründeter denkmalpflegerischer Forderungen nicht im fachlichen Rechthaben steckenbleibt, sondern beim Denkmaleigentümer auch Einsicht und Akzeptanz gewinnt. Es führt allerdings nicht weiter, wenn vor dem Hintergrund solcher Schwierigkeiten die denkmalpflegerischen Anliegen in der »Alten Stadt« förmlich warnend abgerückt werden von der institutionalen Eigendynamik »drückender« oder »überzogener« staatlicher Denkmalpflege.

In diesem Sinne wurde auch in unserer Zeitschrift das Wirken »machtvoller« Denkmalämter und mehr noch das denkmalpflegerische Hantieren mit einem (behördlich verordneten) Geschichtsbegriff kritisch kommentiert, der – unterstelltermaßen – nur auf »museale Festschreibung«, auf »Käseglocke«, auf »unabdingbare« Erhaltung, auf Neuherstellung von längst Vergangenen und so auf Verhinderung von Gegenwart ausgerichtet sei.⁴ Die Vorbehalte gegen das Behördliche heutiger Denkmalpflege sind mitunter tief verankert.

Nun wird die institutionalisierte Konservatorenarbeit kritische Herausforderungen nicht nur hinnehmen; im Gegenteil: sie braucht sie. Generalisierende Kritik ist allerdings dort schwierig zu diskutieren, wo sie als Ineinander von emotionalen Vorbehalten, von Mißverständnissen zur Rolle des Geschichtlichen im Konservatorenauftrag und als Verallgemeinerung von überzogenen Einzelfällen eingebracht wird.

Hingegen wird es lohnend sein, der Konservatorenpraxis dort nachzugehen, wo sie mitunter in gewandelten Fachpositionen auftritt. Schließlich sind es gerade die alten Städte als Dauerpartner der Denkmalpflege, denen die konservatorischen Maßgaben zwar nicht von heute auf morgen, aber im Lauf der letzten Jahrzehnte mit deutlich gewandelten Leitvorstellungen begegnen. Wo noch vor wenigen Jahren in der Althausinstandsetzung der neuwertig-ursprüngliche Zustand als denkmalpflegerische Leistung gefeiert wurde, ist heute behutsame Reparatur des überkommenen Bestandes angesagt. Für Neubauten in der Altstadtücke war noch vor 20 Jahren überwiegend

⁴ Vgl. u. a. O. Borst, Vom Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben, in: Die alte Stadt (15), 1/1988.

möglichst unauffälliges Einordnen, ja gestalterisches Versteckspiel gefordert; inzwischen wird der kreativ neu erkennbaren Gegenwartsarchitektur das Wort geredet.

War Fachwerkfreilegung vorgestern auch denkmalpflegerisch noch »der Renner« in der Altstadterneuerung, so wird heute überwiegend nur Verputzreparatur gefordert. Dieselbe Konservatorensseite, die einst in großem Zeitaufwand mit dem verbissenen Streit um Sprossen- und Ganzscheibenfenster beschäftigt war, sitzt heute mit in der Tischrunde für Stadtentwicklungsthemen und fragt nach den Auswirkungen der FOC-Probleme für die Kernstadt.

Viele unserer Städte habe diese Entwicklung in Ursache und Wirkung mitgedacht und dort mitgetragen, wo ihnen die neuen Fachakzente nicht einfach präsentiert, sondern wo sie informiert und mit einbezogen wurden in jenen ständigen Klärungsprozeß, mit dem die Denkmalpfleger selbst in der ständigen fachlichen Auseinandersetzung stehen um den richtigen Weg zur sinnvollen Pflege und Weitergabe ihrer Schützlinge.

Andere wiederum zitieren diesen Wandel kurzfristig im Sinne des Beliebigen als Moden. Selbstverständlich ist der sogenannte Wandel immer wieder auch Gegenstand theoretisch-abgehobener Betrachtungen. In diesem Sinne wurde in unserer Zeitschrift über den »Wandel« sogar im Denkmalverständnis und im Denkmalbegriff reflektiert.⁵ Es sei allerdings dahingestellt, wie weit derlei Nachdenklichkeiten für den denkmaloffenen Stadtpolitiker und für den Fachpartner auf der Baustelle in der Altstadtpraxis wirklich hilfreich, bzw. für den Sinn der Denkmalbetreuung auch klärend sein können.

Nun gibt es seit den Anfängen der Denkmalpflege vielerlei und glückliche Formulierungen zum Grundsinn des Denkmalthemas und so als Begründung für Denkmalpflege und Denkmalschutz. Aber unabhängig von jeder Theoriediskussion ist doch fraglos die Tatsache, daß Geschichtsdenkmale vielfältige Erfahrung aus der Vergangenheit vermitteln, unverzichtbare Erfahrung darüber, wie die Menschen früher ihre Lebensverhältnisse bewältigten, wie sie zu allen Zeiten gesellschaftlichen Bedeutungen baulich oder künstlerisch Ausdruck gegeben haben. Sie stifteten Erinnerungsfähigkeit und gleichermaßen jene Orientierungsmöglichkeit in Zeit und Raum, mit denen schließlich – bewußt artikuliert oder unbewußt empfundene – Grundbedürfnisse des Menschen eingelöst wurden.

Nun hat in diesem Sinn noch jedweder Umgang mit Denkmälern – ausgenommen die Demolierung – für sich in Anspruch genommen, im Denkmal zuallererst dem Geschichtsdenkmal verpflichtet zu sein. Aber aus Erfahrung heraus wird allerdings auch gesagt: Denkmalpflege ist eine Verhaltensweise zur Geschichte, eine Sache also des

⁵ Vgl. u. a. M. Metschies, »Erweiterter«, gewandelter oder unveränderter Denkmalbegriff, in: Die alte Stadt (23), 3/1996; ders., Die Tradition der Traditionslosigkeit. Zu Denkmalbewußtsein und Denkmalverständnis in den sechziger und siebziger Jahren, in: Die alte Stadt (25), 3/1998.

jeweiligen Geschichtsverständnisses. Denn in der Denkmalpraxis begegnen seit ihren Anfängen unter Berufung auf das Stichwort Geschichtszeugnis immer auch höchst unterschiedliche Handlungsziele und dementsprechend Resultate. So zum einen das Bestreben, an und mit den Denkmalen Historisches, Vergangenes oder Verdecktes, wieder schaubar zu machen, »ursprüngliche Schönheit« originalgetreu als Geschichtsbild wiederherzustellen – bis hin zu jenen auch heute wieder aktuellen Rekonstruktionen, mit denen nicht nur die scheinbar beliebig machbare Wiederholbarkeit von längst Verlorenem demonstriert, sondern schließlich auch der Sinn der mitunter schwierigen Original-Erhaltung schlichtweg ausgehebelt wird. Zum anderen, und ebenfalls zu allen Zeiten das Bestreben, das ständige Anmahnen bzw. die Rückkehr zu jenem schlichten in-Ordnung-bringen, das bau-ästhetisch und baupflegerisch zwar allen Schäden und Notwendigkeiten Rechnung trägt, aber so viel wie vernünftig möglich auch der Erhaltung der Alters- und Gebrauchsspuren. »Erst die Originalität der Bausubstanz in ihrer ablesbar handwerklichen Handschrift und mit den mehr oder minder ausgeprägten Spuren des Alters dieser Gebäude ist die Geschichte selbst.«⁶

4. Denkmalpflegerische Handlungsmöglichkeiten

Auch in den unterschiedlichen Erneuerungsergebnissen aus dem mittlerweile 40jährigen Sanierungsgeschehen spiegelt sich die hier nur in den Eckpositionen anskizzierte Bandbreite denkmalpflegerischer Handlungsmöglichkeiten. Und wie im Zeitraffer begegnen uns in den erst wenigen Sanierungsjahren der ostdeutschen Altstädte dieselben Beobachtungen. Der Wechselweg von der allzu gründlichen »Runderneuerung« hin zu den Anliegen einer »sanften« Instandsetzung ist in unseren alten Städten hinreichend bekannt. Ebenso die heutige konservatorische Vorgabe für die Althauserneuerung, die mit gründlicher Voruntersuchung, mit spezieller Hausforschung und mit Achtsamkeit auch auf den sozialen Charakter des Althauses zwar schon vom Zeitaufwand her dort und da zunächst nur widerwillig eingelöst, die in ihren immer wieder überraschenden Erkenntnissen aber schlußendlich dann doch mitgetragen werden.

Wie weit mit der bloßen und mitunter allzu emotionalen Abkehr von den Kulissensanierungen der 70er und 80er Jahre überall auch schon die tragfähige Einsicht in den Sinn schonender Praxis und daraus weniger attraktiver Denkmalergebnisse erreicht wurde, dazu sollte man auch in diesem Zusammenhang offenen Fragen nicht ausweichen. Verräterisch ist zumindest schon einmal das süffisant-arrogante Vokabular, mit dem die Praxis des »Erstrahlt in neuem Glanze« durch Schlagworte wie

⁶ A. Gebeßler, Altstadt und Denkmalpflege, in: Eine Zukunft für unsere Vergangenheit, Ausstellungskatalog Europäisches Denkmalschutzjahr 1975, München 1975.

»Puppenstube«, »Disneyland« oder »historisches Trachtenfest« inzwischen abgetan wurde.

Auch auf unserer Jahrestagung 1987 in Ladenburg wurde die Praxis allzu neuwertiger Vorweisergebnisse mit überraschender Einmütigkeit abgeurteilt. »Überraschend« jedenfalls bei jenen Mitgliedsstädten, deren Sanierungserfolge in der breiten Stadtöffentlichkeit immerhin mit der Akzeptanz gerade solcher Beispiele zu tun hatten. Im Festvortrag brachte es der Schriftsteller Peter Härtling auf den Nenner: »Unsere Städte werden so schön, wie sie vordem nie gewesen sind.«⁷ Diese Art Kritik hatte zugegebenermaßen auch einen gewissen Unterhaltungswert. Sie sollte allerdings dort nachdenklich stimmen, wo damit dreierlei ausgeblendet wurde:

Zum einen die Tatsache, daß in den Anfängen der Stadterneuerung die vordem jahrzehntelang vernachlässigten Stadtkerne gerade durch die neuwertig-ansehnswert wieder hergestellten Althäuser von der Stadtbevölkerung endlich wieder als Lebensraum begriffen, angenommen und so auch erhaltende Zuwendung gewinnen konnten. Zweitens: Erst in der Folge war aus der Not eine Tugend geworden. Der öffentliche Beifall für die wiedergewonnene Schönheit am einen Haus wurde zum opportunistischen Handlungsbedarf am nächsten. Die damals Fachverantwortlichen, gerade auch so manche Denkmalpfleger müssen sich fragen lassen, wie weit sie die emotional begeisterte Zustimmung in populistischer Weise mit als Veranlassung wahrgenommen haben, die maroden Althausgesichter nicht nur auf wieder-ansehnswert zu behandeln, sondern sie auch weiterhin mit der bekannten Berufung auf »historisch befundgetreu« um 300 oder 400 Jahre zurückzurestaurieren. Schließlich ist für die weitere stadtdenkmalpflegerische Praxis als drittes nachdenkenswert die Rolle des Stadtbildthemas. Stadtbildpflege ist in den Kommunen heute vielfach institutionalisiert. Sie ist von ihren Anfängen an Begleiter der Stadterneuerung und ist dort Bestandteil der Stadtdenkmalpflege – und nicht umgekehrt –, wo sie ihren legitimen Auftrag im gegenwartsoffenen Einwirken auf (was immer das heißt) störungsfreies Einordnen neugestalterischer Notwendigkeiten wahrnimmt.

In der jeweiligen Stadtpolitik ist Stadtbildpflege insofern besonders konsensfähig, als sie darüber hinaus, inzwischen mehr noch als Instrument, zur gestalterischen Stadtbereicherung und -aufwertung gesehen wird. Die in diesem Sinn attraktiven, mitunter fragwürdigen Aktivitäten sind hier nicht zu werten, sondern nur dort anzumahnen, wo dieser Trend direkt oder indirekt auch weiterhin auf so manche Baudenkmalanierung, d. h. auf den Zugewinn an sehenswert renovierten, vordem »verschütteten« bzw. seit Generationen so nicht mehr gekannten Hausgesichtern weiterwirkt.

Rückschauend wird man sagen müssen: die Denkmalseite hat es von Anfang an versäumt, das Zweierlei von Stadtbildpflege und Stadtdenkmalpflege und damit einen

⁷ Vgl. P. Härtling, Stadtgedächtnis – gedachte Stadt, in: Die alte Stadt (14) 3/87, S. 229 ff.

kritischen Kernpunkt in der Stadtsanierung einsichtig zu vermitteln oder zumindest an der Denkmalbaustelle immer wieder ins Gespräch zu bringen.

Zwar wurden gerade auch in unserer Zeitschrift schon frühzeitig – schon im ersten Beitrag des ersten Heftes (!) – wiederholt und eindringlich die vielfältig nachteiligen Auswirkungen angemahnt, die sich für die materiellen Geschichtswerte in der Stadtbau-landschaft aus der Dominanz des Gestalterischen im Stadtverständnis ergeben – aus der »merkwürdigen Unsicherheit gegenüber dem Problemkomplex Stadtgeschichte«.⁸

Aber erst die schrittweisen Erfahrungen aus der Praxis haben schließlich die problematischen Auswirkungen des Stadtbildthemas inzwischen minimiert. Erst die unmittelbare und staunende Begegnung beispielsweise mit der Fülle anschaulich vermittelter Geschichtsspuren selbst im unscheinbaren Handwerkerhaus hat mittlerweile dazu geführt, daß nun auch baugestalterisch anonyme bzw. für das Stadtbildanliegen wenig attraktive Hausgestalten als erhaltenswert gelten.

Gleichwohl: beide Seiten, Stadtpolitik und StadtDenkmalpflege, werden auch künftig kraft der Eigendynamik des Stadtbildthemas und auch über spontane Bekundungen wie die aus der zitierten Ladenburg-Tagung hinweg mit Konflikt-Zündstoff versorgt.

Nicht anders wird es beim Neubauthema sein. Es liegt offenbar in der Natur der Sache, daß neue Bauvorhaben weiterhin nicht zuerst anhand der neuen Nutzung und deren Altstadtverträglichkeit kritisch befragt werden, sondern zumeist allein unter gestalterischen Gesichtspunkten. Wirklich irritierend daran ist heute – und in wieviel altstädtischen Bauwettbewerben zu beobachten – die mutwillige Verkürzung komplexer gestalterischer Orientierungspunkte auf die abstrakte Forderung nach Qualität.

Unter dem Eingangs-Stichwort Standortbestimmung sollte es hilfreich sein, rückschauend auch in diesem stadtDenkmalpflegerischen Aufgabenfeld zumindest die Anfänge, die »Wandlungen« und die Entwicklungsschritte zu erinnern. Schließlich hat die uralte Aufgabe der baulichen Stadt-Fortschreibung inzwischen auch in unseren Jahren zu kreativ-beachtlichen und ideologisch unverkrampften, ja bemerkenswert schönen Neubauleistungen mit bewußt nachbarschaftlichem Grundverhalten geführt. Umso mehr ist selbst bei ernsthaften Architekten und bei so manchem Stadtbauverantwortlichen die Maßgabe kritisch zu markieren, wonach für den »Neubau im historischen Zusammenhang« zuallererst Qualität und nichts als Qualität einzufordern sei.

5. Geschichtszeugnisse und Altstadtverständnis

Nun stehen das Erhalten von Geschichtszeugnissen und das neue Bauen bekanntlich schon von Anbeginn des Denkmalthemas in einer Wechselwirkung zueinander. Die-

⁸ Vgl. C. Meckseper, Stadtbild, Denkmal und Geschichte. Zur Funktion des Historischen, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege (1) 1974, S. 2.

selben inhaltlichen Anliegen, mit dem Denkmalpflege das Erhalten begründet – sei es im 19. Jahrhundert die Bezugnahme auf mittelalterliche Größe, oder sei es später das Deutsche und das Heimatliche in der überlieferten Baukultur – begegnen als Zeitströmung auch in der jeweiligen Neuarchitektur.

Seit der Nachkriegszeit hingegen ist das Bauen in der alten Stadt, überhaupt die wachsende Stadtgestaltungseuphorie und auch das Altstadtverständnis weithin gekennzeichnet von rein formalästhetischen Gesichtspunkten – durch eine »erstaunliche Nichtbeachtung von inhaltlichen Aspekten formaler Qualitäten«.⁹ Mit ausschlaggebend dafür ist das sattsam bekannte Baugeschehen der 60er und 70er Jahre.

Das erschreckende Übermaß an Abbruch und Neubau und mehr noch die rücksichtslose, nachbarschaftsblinde Art und Weise der Baugestaltung haben damals auch in der breiten Öffentlichkeit die Persönlichkeit und die Verletzlichkeit altstädtischer Baulandschaft schlagartig bewußt gemacht.

Das Aufbegehren richtete sich allerdings nicht gegen die eigentlichen Ursachen in jener Stadtpolitik, die sich am Ziel dynamisch-wirtschaftlicher Aufwertung oder an der Sanierungsideologie von Licht, Luft und Sonne orientierte, sondern an den im Stadtbild überall sichtbaren Resultaten dieser Politik. Als plakative Feindbilder wurden also die Architekten markiert. Der Stuttgarter Oberbürgermeister konnte damals unwidersprochen behaupten: Schuld an der Misere in unseren Innenstädten sind nicht die Gemeinden, sondern die Architekten.

Rückschauend auf die folgende Zeit bis in die 80er Jahre ist die Altsstadtdiskussion und der praktische Umgang mit Altstadt – in arger Verkürzung gesagt – letztlich ein Reagieren auf diesen Neubaueinbruch. Die damalige Denkmalpflege war noch nicht in der Lage, über die sog. Prinzipalstücke in der altstädtischen Baulandschaft hinaus, d. h. neben Kirche, Rathaus und repräsentativen Bürgerhäusern auch den abbruchbedrohten einfacheren Hausbestand in seiner Bedeutung für das Stadtganze zu erschließen bzw. in seinem Zeugniswert auch geltend zu machen.

Sie setzte vielmehr einerseits in mitunter populistischer Weise auf das unerhörte Echo aus dem gestalterischen Zugewinn renovierter Fassadenbilder, die in der Stadtöffentlichkeit vor allem Akzeptanz gewinnen konnten als humane Alternative zum bedrohlich uniformen Neubaugeschehen. Andererseits und intensiver noch versuchten so manche Konservatoren mit formalen Korrekturen auf die Altstadtverträglichkeit des Neuen einzuwirken. In eben solchem Aufgabenverständnis wurden sie als bald und rechtens kritisch apostrophiert als »Tekturbüro in Sachen historisch«.

5.1. Gestaltungssatzungen: Königsweg oder Sackgasse?

Selbstkritische Nachdenklichkeit stellte sich erst dort ein, wo die Denkmalpflege in der Rolle gestalterischer Altstadtfürsorge von der Architektenseite sozusagen über-

⁹ Ebda., S. 2.

holt wurde. Ausschlaggebend dafür war die Masse jener Bauanträge, die mit altstädtischer Anpassung vorgelegt wurden in der nicht unbegründeten Erwartung, daß mit Dachkörper, kleinmaßstäblicher Anbietung bis hin zur allzu durchsichtigen Kopiebereitschaft der Abbruch- und Neubuantrag umso eher den Weg über den Amtschreibtisch nehmen konnte.

Der Erlaß von städtischen Gestaltungssatzungen und daraus die nicht unbegründete Befürchtung normierter »Gemeinderatsarchitektur« hat die Jahrzehnte hindurch währende Dauerbrennerdiskussion um dieses Thema zusätzlich polarisiert. Vor dem Hintergrund derart fragwürdiger Entwicklungen ist es jedenfalls nachvollziehbar, wenn ersthafte Architekten über das Selbstverständliche dieser Auffassung hinaus programmatisch für Qualität votierten.

Wo allerdings diese Forderung, wie es dort und da geschieht, aus ideologischer Grundposition heraus behauptet wird, dort setzt sie das Gebot der Auseinandersetzung, das »Vorgespräch« mit der vorhandenen Baunachbarschaft als die wesentliche Voraussetzung für nachbarschaftliches Kontextverhalten leichtfertig außer Kraft und transportiert noch immer belastende Mißverständnisse. Gefährlich beispielsweise in der verbreiteten Auffassung, wonach das abbruchbedrohte Denkmalgebäude dort dann auch wirklich ausgespielt hat, wo die geplante Ersatzarchitektur mehr (funktionale und) Gestaltqualität verspricht. Würde diese Auffassung unwidersprochen allgemein Geltung gewinnen dürfen, müßte über die Hälfte der Kulturdenkmale schon vorsorglich abgeschrieben werden.

Die bloße Berufung auf Gestaltqualität und damit die Vernachlässigung geschichtlicher Qualität führt mitunter zu absurden Wegen, die sogar das Selbstverständnis heutiger Architektenschaft in Frage stellen lassen. So wird man sagen müssen, wenn nicht etwa Denkmalpfleger, sondern namhafte Architekten unter Berufung auf Qualität beispielsweise in Berlin mit der Schinkelschen Bauakademie ebenso zur Rekonstruktion längst verlorener Bauwerke auffordern – wie in den 80er Jahren schon das Preisgerichtsvotum eines Neubauwettbewerbes in Frankfurt zur Nachbildung der Römerberg-Bebauung geführt hatte.

Zumindest hat die bedachte Denkmalpflege in diesem Streitfeld längst – zwar nicht aus modischem Wandel, sondern aus Erfahrung heraus – wieder zu jenem Aufgabenverständnis gefunden, das ihr nicht von der Gestaltungsseite, sondern vom Denkmal her aufgetragen ist: Zuallererst die Erschließung der noch vorhandenen Denkmalnachbarschaft in ihrem geschichtlich begründeten Bauarakter, sodann dessen verständliche Vermittlung in einer Weise an den Architekten, daß sein Neubau mit dem Alten kreativ in Dialog treten und damit Stadtfortschreibung leisten kann.

In diesem Sinne hat beispielsweise die Lüneburg-Tagung unserer Arbeitsgemeinschaft zum »Bauen in alter Umgebung«¹⁰ beides deutlich gemacht: Einerseits die be-

¹⁰ Vgl. M. Sack, Bauen in der alten Stadt, in: Die alte Stadt (23), 4/1996, S. 332 ff.

gründete Absage an jedes gestalterisch anbietende »Nachsingen« – bis hin zur Demaskierung aktueller Rekonstruktionsunternehmungen, andererseits die beispielhafte Veranschaulichung zum Entstehen von Qualität auch durch die fragende Begegnung mit dem Älteren durch jenes »zuerst Umschauhalten«, wie es Max Bächer genannt hat. Gegenwartsarchitektur in der Altstadt nicht als Neubauen verstanden, sondern als Weiterbauen. Qualität durch die Qualitas, der Auseinandersetzung mit der Denkmalnachbarschaft.

Mit dem bisher Gesagten sollte klar sein: Denkmalpflege hat weder im wiederherstellenden Umgang mit ihren Schützlingen noch in der Neubaufgabe nach Gestaltqualität zu fragen, sondern allem anderen voraus nach den Auswirkungen auf den Geschichtscharakter. Aus dieser Position ergibt sich im Vergleich zu den weithin plakativ geführten Auseinandersetzungen etwa im Denkmalschutzjahr 1975 zwar nur noch wenig an attraktivem Streitwert – dafür umso mehr an ständigem Erklärungsbedarf.

In diesem Sinne haben Konservatoren immer dort hinterfragend und klärend einzuwirken, wo die gute Einzellösung von Denkmalnöten allzu vorbehaltlos als genereller Erfolgsweg verstanden und praktiziert wird. Dies gilt beispielsweise für das Großthema der Denkmalumnutzung. Sie ist in unseren Städten aktuelles Hauptproblemfeld und soll deswegen, auch unter dem Stichwort »Wandel« nicht ausgeklammert werden.

5.2. Umnutzung und Geschichtscharakter

Noch vor zwei, drei Jahrzehnten hat der tiefgreifende Wandel gesellschaftlicher Nutzungsbedürfnisse bekanntlich unendlich viele bauliche Geschichtszeugnisse soz. ins Abseits gebracht. Zudem wurde jene gängige Auffassung bedrohlich, für die sich das »nutzungslos« handbreit daneben mit »nutzlos« verbindet. Vor diesem Hintergrund gehört es heute zum wohl größten Fortschritt im Denkmalthema, daß durch intelligente Um- oder Neunutzung mittlerweile mancher Abbruchkandidat eine Erhaltungschance gewinnen konnte. Und mehr noch: Vielfach führte der nutzungsbedingte maßvolle Umbau dazu, daß das Baudenkmal durch das – im Notwendigen erkennbare – neugestalterische Zutun um eine zusätzlich ablesbare Geschichtsschicht bereichert wurde.

Inzwischen ist auch in diesem Aufgabenbereich aus der Not eine Tugend geworden, eine Art Umnutzungseuphorie: Die Umbaunotwendigkeit wurde vielfach als Gestaltungschance begriffen, als Möglichkeit zum ästhetisch-faszinierenden Neben- oder Ineinander von unterschiedlichen Zeitschichten, aus der sich mittlerweile fast eine neue Art Architekturgattung entwickelt hat. In unserer Mosbach-Tagung 1997 wurde auf diesen Sachverhalt kritisch differenzierend aufmerksam gemacht.¹¹ Ohne Rezepthaftigkeit wurde jene immer schwierige Schwelle zwischen Denkmalvorteil und

¹¹ Vgl. U. Kerkhoff, Denkmal-Nutzung zwischen Chance und Verfremdung. Das Beispiel Festung Gernersheim, in: Die alte Stadt (25), 2/1998, S. 121 ff.

-nachteil spürbar gemacht, wo die grundsätzlich begrüßenswerte Neunutzung umkippt zum verletzenden Eingriff und zur Verfremdung. Schließlich gibt es neben den vielfach bereichernden Neunutzungslösungen inzwischen hinreichend Beispiele (und dies nicht nur im bekannten Umbau nutzungsloser Scheunen zu chicen Wohnungen), wo das Denkmalgebäude nach der Umnutzung nur insofern noch erhalten ist, als es nicht abgebrochen wurde.

Es gibt von ernsthafter Konservatorensseite den Satz, wonach das Denkmal nicht nur das Recht hat auf Erhaltung und auf Vergänglichkeit, sondern gegebenenfalls auf Veränderung, wenn es – und nur mit der Ergänzung ist dieser Satz auch zitierfähig – nach der notwendigen Veränderung immer noch befragbar ist auf seinen geschichtlichen Charakter. Was dies genau heißt, das läßt sich, wie all die vielartigen Fachfragen in der alten Stadt, nur in geduldiger Annäherung am konkreten Objekt verdeutlichen. Unser Tagungslokal in Mosbach, die Alte Mälzerei, war dafür ein vorbildlich anschauliches Beispiel. Aber mehr noch, inwiefern hier durch maßvoll gestalterisches Zutun die neue funktionale Bestimmung als kernstadtnahe Stadthalle mit gesamtstädtischen Nutzungsbedürfnissen eingelöst wurde.

6. Zeitbedingtheit in der Denkmalpflege

Unsere Altstädte haben – gleichermaßen wie die Institution Denkmalpflege – dauerhaft mit Denkmälern zu tun. Sie sollten gleichermaßen immer wieder mitbedenken, daß der Umgang mit Geschichtszeugnissen inzwischen selbst eine Geschichte hat. Jedes bedachte Denkmalhandeln orientiert sich zwar an den sinnstiftenden Grundanliegen des Denkmalthemas, wie sie in diesem Zusammenhang angesprochen wurden. Aber in jeder Praxis muß auch in zweifacher Hinsicht das Zeitbedingte ihrer Möglichkeiten bewußt bleiben. So ist zum einen der Umgang mit Kulturdenkmälern immer auch abhängig von zeitbedingt wechselnden Herausforderungen, von Erfahrungen aus Beispielen vorangegangener Ergebnisse, von der öffentlichen Denkmalerwartung, von technischen Erkenntnissen und von den Mechanismen im Wandel des Geschichtsverständnisses.

Zum anderen ist die Erhaltung und Weitergabe von Denkmälern immer auch Daseinsvorsorge für die Zukunft. Auch künftige Generationen werden aus ihrem Geschichtsverständnis heraus wie wir einen Anspruch auf möglichst unversehrte und unverfälschte Zeugnisse aus ihrer Vergangenheit – auf Denkmale – erheben.

Daran sollte ebenfalls gedacht werden. Das Wissen um Zeitbedingtes im jeweiligen Denkmalverständnis und um das zeitbedingt Begrenzte fachtechnischer Möglichkeiten erfordert behutsames Handanlegen am Alten; und vom Neuen in der alten Stadt werden auch künftige Generationen nicht Imitationen von längst Vergangenen, sondern wiederum anschauliche Begegnungsmöglichkeit mit unserer Gegenwart erwarten. Dies steht im Hintergrund, wenn eingangs für das Wirken der Alten Stadt chronikalische Rückschau reklamiert wurde – auch als möglicher Gewinn für den heutigen Umgang mit materieller Stadtgeschichte.

Harald Bodenschatz

30 Jahre Kampf um die »Europäische (Groß-)Stadt«

Vor 30 Jahren wurde in (West-)Europa eine neue Ära der Großstadterneuerung eingeleitet: Damals erarbeitete das »rote Bologna« ein Planwerk (»Plan für das historische Zentrum« 1969, »Plan für den sozialen Wohnungsbau im historischen Zentrum« 1972/73), das radikal mit der bis dahin dominanten Kahlschlagsanierung der Nachkriegszeit brach, die im Abriß der »Gorbals« in Glasgow (seit 1957) und des Stadtteils um die Brunnenstraße in West-Berlin (seit 1963) einen gewaltsamen Höhepunkt erreicht hatte. Bolognas eurokommunistische Alternative zum (oftmals sozialdemokratischen) Kahlschlag war folgende: baulicher Erhalt des als städtebauliches Denkmal begriffenen historischen Zentrums, sozialer Erhalt billiger Wohnungen für die in der Altstadt lebenden Bewohner, strikte Begrenzung von Neubauten, die nur in typologischer Rekonstruktion zugelassen waren. Weitergehende Ziele in Richtung einer Kommunalisierung des Wohnungsbestands im Zentrum scheiterten schon bei der Planerarbeitung.

Bologna wurde zur Mitte der 70er Jahre zu einem Wallfahrtsort für Architekten, Stadtplaner, Sozialplaner und Politiker aus aller Welt. Die Faszination des »Modells Bologna« beruhte vor allem auf dessen doppelter Orientierung: zum einen als gestalterische, bildvermittelte, denkmalgerechte, also gebäudebezogene Politik, zum anderen als sozialbezogene Politik hinsichtlich der Nutzung der Gebäude und des Stadtraums. Stadterneuerung, das war das Ziel, sollte die weniger Besitzenden nicht verdrängen. Aber selbst diese doppelte Politik konnte erst durch den Gegenstand selbst ihre suggestive Wirkung entfalten – durch die Altstadt von Bologna, eine der größten und schönsten Altstädte Europas. Damit ist aber zugleich eine Grenze des Bologneser Modells benannt: Die Stadt des 19. Jahrhunderts blieb außen vor, die Stadterneuerung beschränkte sich auf die vorindustrielle Stadt.

Das galt auch für eine andere, osteuropäische Großstadt, die ebenfalls zu den großen Vorbildern einer neuen Kultur der europäischen Stadterneuerung gerechnet werden muß: Krakau. Doch in Krakau korrespondierte eine denkmalpflegeorientierte Stadterneuerung auf höchstem Niveau mit einer traditionellen Sozialstrategie: Die Arbeiterbevölkerung wurde aus der Altstadt verdrängt, nicht durch den Markt, aber durch den Plan. Die Krakauer Stadterneuerung war auf dem sozialen Auge blind.

Wurde in Bologna und Krakau, aber auch in Amsterdam eine neue, großstädtische Altstadterneuerung begründet, so erweiterte sich das Feld der neuen Politik bald, um die Mitte der 70er Jahre, auf die »Stadt des 19. Jahrhunderts«. Hier waren andere



Abb. 1: Bologna. Modellstadt der Großstadterneuerung der 70er Jahre (Foto: H. Bodenschatz, 1975).

Städte beispielgebend: Rotterdam, Glasgow, Wien und West-Berlin. Das nicht mehr ganz so »rote« Wien entwickelte eine Stadterneuerung vor allem im Interesse der Mieter. Rotterdam wurde für umfassende Bewohnerbeteiligung berühmt, setzte aber in baulicher Hinsicht ein Abriß/Neubau-Programm fort. West-Berlin und Glasgow sind vor allem Beispiele einer Wende weg vom Kahlschlag hin zu einer behutsamen Stadterneuerung, Beispiele auch für die Schwierigkeiten solcher Wendungen. Insbesondere in West-Berlin zeigte sich, daß der Abschied von der Kahlschlagsanierung nicht nur der Abschied von einer

Sanierungsvariante war, sondern die Neuorientierung eines gewaltigen Verwaltungsapparates zur Voraussetzung hatte. Wieder war es das Ziel, ärmere Bevölkerungsschichten vor der Verdrängung zu schützen.

Diese Neuorientierung dauerte viele Jahre – und wurde erst durch massive soziale Konflikte und fachliche Proteste erzwungen. Amsterdam, Rotterdam, London und West-Berlin waren Hochburgen der neuen städtischen Bewegungen, die die 70er Jahre prägten: Bewegungen des Kampfes um preiswerte Wohnungen und gegen Abrisse von Altbauten, des Kampfes der Bürgerinitiativen und Hausbesetzer. Die Stadt des 19. Jahrhunderts wurde vor allem zum Gegenstand einer sozialen Erneuerungsstrategie, während ihre Gestalt zwar kulturell rehabilitiert wurde, aber keine vergleichbare Begeisterung wie die Gestalt der vorindustriellen Altstädte entfachen konnte.

In den neuen städtischen Bewegungen spiegelte sich eine säkulare Trendwende hinsichtlich der Wahrnehmung und Nutzung der europäischen Stadt wider. Zur Erinnerung: Seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts verließ das Bürgertum die alte, historische Stadt, die partiell zur City, partiell zu einem Verfallsgebiet wurde. Der bauliche und städtebauliche Bestand des Zentrums wurde – mit wenigen Ausnahmen (Kirchen, öffentlichen Gebäuden und anderen klassischen Baudenkmalern) – als wertlos und nicht erhaltungswürdig angesehen. Die neuen Arbeiterwohngebiete des späten

19. Jahrhunderts galten seit Baubeginn als menschenunwürdig, d. h. als unakzeptabel für die »besseren« Schichten. Diese kulturelle Entwertung der historischen Stadt blieb – mit geringen Modifikationen – bis in die 60er Jahre unseres Jahrhunderts vorherrschend. Die Krise der Kahlschlagsanierung vor 30 Jahren war zugleich eine Krise dieser säkularen Sichtweise. Die neue Wahrnehmung äußerte sich in der Fachwelt bereits vereinzelt in den 60er Jahren – man denke nur an die provozierenden Texte »Leben und Tod großer amerikanischer Städte« von Jane Jacobs (1961) und »Die gemordete Stadt« von Wolf Jobst Siedler (1964), Texte, die ein großes Echo hatten.

Hintergrund der säkularen kulturellen Wende waren gesellschaftliche Umwälzungen, deren Tragweite erst sehr viel später sichtbar wurden. Mitte der 70er Jahre endete nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland die Nachkriegsprosperität, es begann die Ära des Kapitalexports, die Zeit der Energiekrisen. Die Deindustrialisierung der Städte nahm ihren Lauf, die Zeit der Vollbeschäftigung und des dauernden Wachstums der Masseneinkommen war zu Ende. Die industrielle Gesellschaft transformierte sich in eine postindustrielle Gesellschaft. Dieser Wechsel begann im westlichen Europa, vollzog sich aber auch mit einer gewissen Zeitverzögerung im kommunistischen Ost-Europa. Dazu kamen weitere Faktoren – vor allem die Desillusionierung über die Qualitäten der »modernen Stadt«, die an die Stelle der »alten Stadt« trat. Aus dem Traum von der besseren Stadt war im Zuge von deren praktischem Bau mehr und mehr ein Alptraum geworden. Die Krise der »modernen Stadt« zeigte sich allerdings weniger in Deutschland als etwa in Frankreich und Großbritannien: Dort waren die »Großsiedlungen« spätestens an der Schwelle zu den 80er Jahren zu den sozialräumlich problematischsten Stadtteilen geworden. In der Bundesrepublik Deutschland blieb die Krise der Großsiedlungen auf eine Imagekrise beschränkt, in der DDR waren die Großsiedlungen noch immer attraktiv.

Die kulturelle Umwertung des städtebaulichen Bestands förderte so nicht nur den Abschied von der Kahlschlagsanierung, sondern zugleich das Interesse der Mittelschichten an der historischen Stadt, an der Altstadt wie auch an der Stadt des 19. Jahrhunderts. Das war aber nicht nur ein platonisches Interesse. Die Mittelschichten begannen, die historische Stadt als Wohnort für sich selbst zu entdecken – die behutsam sanierte Stadt mit allem Komfort. Die soziale Aufwertung, von Soziologen gerne »Gentrification« genannt, ist der ungebetene Begleiter der Neuorientierung der europäischen Stadterneuerung – trotz aller gegensätzlichen politischen Ziele. Die historische Stadt wurde seit den 70er Jahren großflächig durch neue, wohlhabendere Schichten angeeignet, die sich durchaus nicht immer für eine sozialräumliche Säuberung aussprachen, die aber faktisch eine soziale Verdrängung durchsetzten. Die Pariser Innenstadt ist ein Paradebeispiel dieser Entwicklung, aber auch München und selbst Bologna: Wer heute durch das historische Zentrum der Hauptstadt der Emilia Romagna flaniert, wird diese soziale Aufwertung eindringlich erleben.

Die Wiederaneignung der historischen Stadt durch die Mittelschichten unterschei-



Abb. 2: Lyon. Modellstadt der Großstadterneuerung in den 90er Jahren (Foto: H. Bodenschatz, 1997).

det die europäische von der US-amerikanischen Großstadt, wenngleich weder diesseits noch jenseits des Atlantiks die Verhältnisse so eindeutig sind. Die Altstädte von Palermo und Genua beispielsweise werden immer noch von den Mittelschichten gemieden. Hier handelt es sich offensichtlich um relativ große Altstädte, die in vorindustrieller Zeit von einem einflußreichen Feudaladel (Palermo) bzw. einem reichen Handelsbürgertum (Genua) geprägt waren, heute aber an wirtschaftlicher Bedeutung erheblich verloren haben und denen daher potente Nachfolgeschichten fehlen. Venedig ist zwar in einer ähnlichen Situation, ist aber durch fluktuierende internationale Mittelschichten übernommen worden.

Im Zuge der Aneignung der historischen Stadt durch die Mittelschichten veränderten sich auch die Schwerpunkte der Stadterneuerung: Verkehrsberuhigung und Stadtgrün haben nicht nur in Bologna das Thema sozialorientierte Wohnungspolitik in den Schatten gestellt. Die neuen sozialen Schichten entwickeln ja nicht nur andere Interessen, sondern auch die Kraft, ihre Interessen in Politik umzumünzen und sich im Verteilungskampf um schrumpfende Mittel zu behaupten. Besonders deutlich wurde das an der Definition dessen, was als ökologische Stadterneuerung gelten soll: etwa Verkehrsberuhigung und Stadtbegrünung. Das sind zweifellos positive Ziele. Allerdings bleibt die für den Lebensstil der Mittelschichten konstitutive, ökologisch aber besonders bedenkliche Praxis, immer mehr Wohnfläche pro Person zu beanspruchen, tabuisiert. Die Subventionierung des steigenden Flächenkonsums wird stillschweigend

akzeptiert – ein Vorgang, der sozial nicht nur die Verdrängung »einkommensschwacher« sozialer Gruppen und die Knappheit im Segment der Billigwohnungen fördert, sondern auch die Entleerung der historischen Stadt, selbst wenn einige Dachgeschosse ausgebaut werden.

Seit den 80er Jahren veränderten sich vor dem Hintergrund der Deindustrialisierung, sozialen Destabilisierung und technologischer Neuerungen die Schwerpunkte der Großstadterneuerung in Europa. Nicht mehr so sehr die Erhaltung historischer baulicher wie sozialer Milieus stand auf der Tagesordnung, sondern mehr und mehr die Frage des Umgangs mit nicht mehr genutzten großen Flächen in der Stadt: mit ehemaligen Industrieflächen, ehemaligen Hafenumgebungen, ehemaligen Eisenbahnflächen, ehemaligen Flughafenflächen usw. Die zunehmende Stadtfucht der Mittelschichten in den suburbanen Raum und der Bau von großen Shoppingcentern außerhalb der Städte bedrohten die überkommenen historischen Städte. Zugleich spitzten sich die sozialen Konflikte in manchen Großsiedlungen an der Peripherie zu. Großstadterneuerung mußte nun auch einen aktiven Beitrag dafür leisten, die Mittelschichten in der historischen Stadt zu halten oder erst dorthin zu locken. In diesem Kontext erhöhte sich auch die Aufmerksamkeit für die städtische Peripherie, und es wurde nach Alternativen für suburbia gesucht.

Damit verschob und erweiterte sich das Themenspektrum des Kampfes um die Europäische Stadt erheblich. Für diese neue Politik der Großstadterneuerung stehen etwa Barcelona, Lyon und Lissabon, aber auch – seit dem Fall der Mauer – Berlin. Die zweite Periode der Großstadterneuerung ist aber durch eine große programmatische Zersplitterung gekennzeichnet. Es gibt keine relativ einheitliche, organisierte Bewegung zur Rettung der europäischen Stadt. So grenzen sich etwa die Vertreter der nachhaltigen Stadt, der sozialen Stadt, der traditionalistischen Stadt, die Vertreter der Stadterneuerung und der Erneuerung der »Zwischenstadt« sehr hart voneinander ab. Allerdings wächst der kulturelle Konsens darüber, daß der Grundriß der historischen Stadt bewahrt oder wiederhergestellt werden soll. Vor diesem Hintergrund erscheint es mir als wichtigste Aufgabe, das Programm zur Rettung der europäischen Großstadt zu flexibilisieren, insbesondere die Konfrontation zwischen der Erneuerung der historischen Stadt und der Erneuerung der Peripherie abzubauen. Dafür bedarf es eines erweiterten Konzepts von Nachhaltigkeit, das ökonomische und kulturelle sowie prozessuale Aspekte einbezieht.

Eugen Schmid

Altstädtische Urbanität heute und morgen

Erfahrungen eines Kommunalpolitiklers¹

I.

Das Thema hat offensichtlich objektive und subjektive Komponenten, und sie sind voneinander nicht immer scharf zu trennen.

Was das »Altstädtische« angeht, so bedarf dies im Umfeld eines Vereins, der sich »Die alte Stadt« nennt, wohl kaum einer Interpretation. Der Begriff ist sowohl geschichtlich wie gegenwärtig bestimmt; was er umfaßt, was er ausschließt, ist europaweit notorisch, hier vielleicht etwas deutsch dominiert, wenngleich nicht im nationalen Sinne. Merian vor allem hat die »Alte Stadt« mit ihren Mauern und Türmen, Schlössern und Kirchen, Häusern und Plätzen unserem Gedächtnis unverrückbar eingepägt. So gewann die »Alte Stadt« in unserer Vorstellung feste Umriss. Und doch bleiben Fragen, örtliche wie zeitliche: Wo hört die alte Stadt auf, wo beginnt die neue? Welche der in diesem und im letzten Jahrhundert zugewachsenen Quartiere zählen zur »Alten Stadt«? Überhaupt: Wie alt muß eine Stadt sein, um eine »Alte Stadt« zu sein? Doch dies alles sei nur am Rande erwähnt und deshalb, weil die alten Mauern und Stadttore, die einst klar zwischen drinnen und draußen, zwischen Stadt und Land schieden, weitgehend geschleift worden sind, so daß Unschärfen und offene Stadtstrukturen, gleichsam ausgefranste, tintenklecksartige Siedlungsformen entstanden.

Während also die Sinnbilder von der »Alten Stadt« und somit auch vom »Altstädtischen« dem Meinungsstreit weitgehend entrückt sind, ist der ebenfalls gängige Begriff der »Urbanität« durchaus zwiespältiger, und der Vorstellungen, die sich mit ihm verbinden, sind viele. Diese zu beschreiben ist gar nicht einfach. In zwei verbreiteten Lexika habe ich nachgeschlagen, um mich kundiger zu machen, als ich zu sein glaubte – und siehe da, in keinem tauchte das Stichwort auf. Dies überraschte. »Urban«, dieses Adjektiv war umschrieben als fein, gebildet, weltgewandt und – etwas blasser und abgeschwächer – als in der Stadt üblich. Auch »Urbanisation« findet sich, ein Kennwort mit Varianten, die eher polarisierend den Gegensatz von Land und Stadt, auch seine Nivellierung, anklingen lassen. Auf die »Urbanität« aber, diesen doch wohl positiv besetzten Sammelbegriff für das dichte Gewirr von verschiedenen, ja widersprüchlichen und konfliktreichen Lebensformen und Kulturen, die sich auf

engem Raume drängen, darauf kann und muß sich also jeder seinen eigenen Reim machen. Entsprechend zahlreich sind die Empfindungen, und sie werden wiederum mit Begriffen umschrieben wie Toleranz und Aufgeschlossenheit, Emanzipation und Gleichheit, Bürgerlichkeit und Geselligkeit, Provinzialität und Universalität, Liberalität und Aufklärung, Integration und Segregation. Solche Beliebigkeiten oder auch Vor- und Nachrangigkeiten machen die Sache mit der »Urbanität« nicht einfacher: In Wirklichkeit ist sie wohl ebenso zeitlos wie zeitbedingt und vielleicht im Ganzen, je nach nach persönlicher Neigung, häufig nur mehr Traum denn Wirklichkeit.

Scheinbar Objektives entpuppt sich so rasch als etwas höchst Subjektives. Jeder verbindet mit der Stadt, der alten Stadt im besonderen, entsprechend seinen Empfindungen auch seine eigenen Vorstellungen von Urbanität. Dabei ist die Spannweite der Möglichkeiten, auf denen sich Urbanität entfalten kann, groß. Sie reicht vom Ideal der geometrisch geordneten bis zur faszinierend chaotischen Stadt, vom hochgebauten Jerusalem gleichsam bis zum sündhaften Babylon, von der Kälte der nicht mehr überschaubaren Metropole bis zur Wärme der mittelalterlichen Fachwerk- und Spitzgiebelstadt. Urbanität mag in allen diesen Prototypen möglich sein, flächenhaft sogar, jedenfalls nischenhaft, aber jede konkrete Stadt hat eben jeweils ihre eigene Urbanität oder auch keine.

Unstreitig subjektiv ist der zweite Thementeil. »Erfahrungen des Kommunalpolitiklers« sind allemal höchst persönlich, und zwar so sehr, daß von der eigenen Stadt nicht abstrahiert werden kann. Seit über 22 Jahren ist dieser reale Ort für mich Tübingen, eine traditionelle deutsche Universitäts- und Behördenstadt in Europa, die im Jahre 1078, soweit wir wissen, erstmals urkundlich erwähnt ist und in den letzten sechs Jahrzehnten zweimal großes Glück hatte: Im Zweiten Weltkrieg und beim Einmarsch blieb die Stadt unzerstört, und in der Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders, das mehr städtebauliche Substanz zerstörte als der Krieg, wurde sie nicht »flächensaniert«. »Die alten Straßen noch, die alten Häuser noch...« für das bucklige und krumme Tübingen, für seinen Kern jedenfalls, ist dieser nostalgische Vers bis heute wirklich und wahr.

II.

Als Tübingen in den sechziger und siebziger Jahren vor der Frage stand, was aus der überkommenen, denkmalträchtigen, aber auch vernachlässigten und in Teilen heruntergewirtschafteten Altstadt werden soll, waren die Überlegungen belastet mit Planungen, die mit dem Begriff der »autogerechten Stadt« umschrieben werden können. Neue Straßenschneisen sollten die Altstadt nicht nur tangieren, sondern auch durchqueren. Zudem war das verwinkelte Zentrum, gerade wegen der verkehrlichen Beeinträchtigungen, in Gefahr, seine Attraktivität immer mehr zu verlieren, zum Ghetto für Randgruppen abzusinken und in seiner Qualität und seinem Ambiente hinter be-

¹ Vortrag, gehalten bei der Internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt zum Thema »Die alte Stadt morgen« vom 24.–27. April 1997 in Esslingen a. N.

nachbarte, periphere Quartiere zurückzufallen. In dieser Situation kreierte die Stadt ein »Sonderamt für Altstadtsanierung«. Das neue Amt war ein konzeptioneller und personaler Glücksgriff. Es negierte von Anfang an die Prinzipien der »Charta von Athen«, dieses, wie Kritiker heute sagen, Musterbeispiel eines irrenden Planes, der das Heil der Städte in ihrer Atomisierung sah und von gläubigen Stadtplanern und Politikern, religiösen Eiferern gleich, nach dem Zweiten Weltkrieg teilweise unkritisch exekutiert wurde. Tübingen setzte im Gegensatz dazu und der urbanen, europäischen Tradition getreu auf die Mischung städtischer Lebensformen und knüpfte damit auch an spezifische Gepflogenheiten an; so wurde etwa die Universität bei allen ihren exorbitanten Entwicklungssprüngen nie völlig aus der Stadt in einen abseitigen Campus entlassen, sondern immer wieder eingeholt und in Wohn- und Arbeitsplätze eingebettet.

Die Ziele der Tübinger Altstadtsanierung waren in einem Rahmenplan festgehalten, der nach einem langen öffentlichen Diskussionsprozeß vom Gemeinderat als politische Leitlinie für die Erneuerung und Wiederbelebung der ehemals ummauerten Altstadt und einiger vorgelagerter Flächen beschlossen worden war. Darin heißt es beispielsweise:

»Aufgabe der Sanierung ist es, die Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse im Sanierungsgebiet zu verbessern. Hierzu gehört vor allem das Nebeneinander von Wohnen und einer Vielfalt von gewerblichen und kulturellen Tätigkeiten. Das Sanierungsgebiet nimmt überörtliche Versorgungsaufgaben wahr. Die Erhaltung von Handwerksbetrieben ist erwünscht. Die Universität soll ihre historischen Gebäude in der Altstadt weiter nutzen. Ein Ersatz alter Gebäude durch Neubauten soll nur in begründeten Ausnahmefällen vorgenommen werden. Die Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnraums dürfen im Interesse einer ausgewogenen Sozialstruktur nicht dazu führen, daß ansässige Bevölkerungsgruppen, seien es Alte, Kinderreiche, Ausländer oder Studenten, hinausgedrängt werden. Durch die Festlegung von Geschossen, die nur Wohnzwecken dienen dürfen, soll erreicht werden, daß die Bewohner der Altstadt erhalten bleiben. Öffentliche kulturelle und soziale Einrichtungen sind mit Vorrang in historischen Gebäuden unterzubringen. Das Angebot an Wohnfolgeeinrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen, Schülerhorte, Jugendhäuser, Altenzentren und Sozialstationen ist zu erweitern. Der Fahrverkehr ist soweit wie möglich aus dem Innern des Gebiets herauszunehmen und, wie auch größere Parkieranlagen, an seinen Rand zu verlagern. Fußgängerzonen sind zu schaffen und ihre Andienung ist auf bestimmte Tageszeiten zu beschränken.«

III.

Diese inhaltliche, altstadtpolitische Konzeption, vor jetzt gerade zwanzig Jahren beschlossen, wurde zur Grundlage für die Aufstellung von Bebauungsplänen und für die

Durchführung von Ordnungsmaßnahmen, insbesondere im Bereich der mit Schuppen und Hütten zugebauten Innenhöfe und des historischen, weitgehend versteckten und verdeckelten, mitten durch die Stadt führenden Ammerkanals. Sie wurde flankiert von einer Stadtbildsatzung, die die äußere Gestaltung der Gebäude regelt, und von einem progressiven denkmalschützerischen und denkmalpflegerischen Konsens: Das Typische der Tübinger Altstadt sollte bewahrt werden. Alle diese Ziele waren kommunalpolitisch kaum umstritten.

Mißt man heute die Realität an diesen Grundsätzen, die mit den finanziellen Möglichkeiten des Städtebauförderungsgesetzes und anderer Sanierungsprogramme umgesetzt wurden, dann ist unschwer festzustellen, daß Plan und Vollzug, nicht zuletzt auch dank eines Bewußtseinswandels der Bevölkerung, einen hohen Identitätsgrad erreicht haben. Die Tübinger Altstadt blieb oder wurde jedenfalls wieder »urban«. Bürger, Gäste und Besucher anerkennen, daß Tübingen sein junges Gesicht und seine alte Geschichte pflegt; sie sind von den sichtbaren Erfolgen und von der verbesserten sozialen und kulturellen Ausstattung begeistert. Ein renommierter, ebenso weltläufiger wie kritischer Journalist verstieg sich sogar zu der schmeichelhaften Formulierung, Tübingen könne zum erstenmal in seiner Geschichte eine wahrhaft schöne Stadt genannt werden, in der sich das Alte auf glückliche Weise mit jungen Lebensformen verbinde. Dies stand im »GEO«. Und »Focus« attestierte Tübingen erst kürzlich gar die beste Lebensqualität in ganz Deutschland, wenn man Umwelt, Gesundheit, Wohlstand, Sicherheit und Kultur vergleiche.

In der Tat: Auch wenn die Tübinger diese Hitliste gelassen zur Kenntnis nahmen, die Altstadt jedenfalls hat ihren Wert als öffentlicher Raum, der in den sechziger Jahren im Autoverkehr zu ersticken drohte, zurückgewonnen. Ihre Qualität und ihr Charme bestehen wieder oder immer noch darin, daß in ihr gewohnt, gearbeitet, gehandelt, flaniert, gefestet und konsumiert werden kann – und dies alles durch- und nebeneinander. Das ist es ja wohl, was altstädtische Urbanität meint, nämlich die gedrängte Mischung von Vielem, auch Gegensätzlichem und Nonkonformistischem, die Offenheit der Mehreren für Fremdes und Eigenartiges, für die Moschee ebenso wie für die Synagoge, für die maßvolle Tolerierung von Unordentlichem, Störendem und Konflikträchtigem, vor allem aber für die Lust und Freude am vielfältigen vitalen historischen Erbe.

IV.

Schöne, heile Welt also? Keineswegs. Bekanntlich ist nicht alles Gold, was glänzt, und eine künstliche Stadtidylle war ohnehin nie angestrebt. Die neue oder wiedergewonnene Attraktivität der Altstadt hat ihren Preis und durchaus ihre Schattenseiten. Millioneninvestitionen wollen und müssen sich rentieren. Die Grundstückspreise sind infolge der Sanierung gestiegen und mit ihnen die Mieten, sowohl für private wie für geschäftliche Räume. Tübingen, eh schon eine Stadt mit hohen Lebenshaltungsko-

sten, wurde noch teurer. Eine solche Entwicklung verändert Strukturen. Dort, wo einst nur Bauern, Handwerker und kleine Angestellte zuhause waren, in der unteren Stadt also, nisteten sich jetzt auch Professoren, höhere Beamte und Künstler ein. Die Schickeria wurde neugierig auf die Tübinger Altstadt und verdrängte alte, gewachsene Milieus. Auch das Warenangebot wechselte. Zunehmend ersetzen moderne, uniforme Handelsketten die Vielfalt der früheren mittelständischen Spezialgeschäfte. Der Trend zur Filialisierung des Einzelhandels führte zu Niveauverlusten, zur Banalisierung des Angebots und zur Eintönigkeit von Fußgängerzonen. Und die Liebhaber bürgerlicher Stadtfeste schließlich, die Veranstalter neuzeitlicher Kulturfestivals vor allem, aber auch Straßenmusikanten, soziale Randgruppen und gesellschaftliche Außenseiter, wie neuerdings die Punks, sie alle entdeckten den Reiz der alten Gassen und Plätze. Damit kam Unruhe in die Altstadt, heilsame sowie störende, Unordnung auch Dreck, insbesondere aber Lärm; und alle diese Veränderungen lösten teils heftige Gegenreaktionen der alten, noch mehr aber der neuen Bewohner aus. Wo die Jugend warme Sommerabende auf dem Pflaster des Marktplatzes hockend und trinkend, summend und gesprächig, insgesamt aber doch gedämpft zelebriert und genießt, da ärgern sich die Anlieger ob solch italienischem Ambiente, weil sie nicht schlafen können und morgens früh aufstehen müssen. Wo die technikverstärkte open-air-Musik die ganze Stadt durchdröhnt, da klagen Tübingens Schöngeliebte, würden ihre literarischen und geistigen Meditationen getrübt. Also mußte die Stadt in das neuartige Geschehen korrigierend und kontingentierend eingreifen, damit das Gleichgewicht der gewünschten vielfältigen Nutzung nicht kippte. Manchmal gelang dies, aber es glückt nicht immer.

V.

Stadterhaltung, Stadtsanierung, Stadterneuerung sind also nie zu Ende. Der Kenner weiß, daß »Urbanität« dauernd durch neue Entwicklungen bedroht und ihre Bewahrung deshalb ein unendlicher Prozeß ist. Die Stadtdebatte ist ungebrochen und sie ist so alt wie die Städte selbst. Wie oft wurden diese schon totgesagt? Sie würden, so wird heute vielfach befürchtet, ihre traditionelle Mitte, ihre politische und wirtschaftliche Funktion verlieren und zum Ort bloßer Zerstreung und des totalen Vergnügens werden. Mit der Ablösung der klassischen Industriegesellschaft durch die Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft, mit der gewachsenen Mobilität und der internationalen Migration würden ihre sozialen Systeme zerstört.

Im wesentlichen sind es die Verkehrsprobleme und die landflächenfressende Siedlungspolitik, die heute die Innenstädte bedrohen. Zugespitzt formuliert: Das Auto und die »Grüne Wiese« sind die Feinde der altstädtischen Urbanität. Und das eine bedingt das andere; es gäbe keine »Grüne Wiese«, könnte man nicht mit dem Auto dorthin fahren.

Der Verkehr, insbesondere der Autoverkehr, war und ist ein schwärendes politisches Dauerthema. Wer in der Altstadt wohnt, wer sie besuchen will oder dort sein Geschäft hat, der kommt heute (immer noch) in aller Regel mit dem Auto. Gerade die Altstädte sind aber für deren Massen nicht gebaut.

Das Problem ist übrigens, wie alles, was uns heute freut und plagt, nicht neu. Schon Cäsars Gemeindeordnung für Rom verbot für die ersten zehn Tagesstunden, die Zeit des stärksten Fußgängerverkehrs, jeglichen nicht durch Ausnahmegenehmigung bewilligten Wagenverkehr innerhalb der Ewigen Stadt. Praktisch bedeutete dies ein allgemeines Fahrverbot von Sonnenaufgang an für den weitaus größten Teil des Tages. Ausgenommen von dem Verbot blieben die Baumaterialtransporte für die öffentlichen Bauten und die durch den Brauch geheiligten Wagenfahrten bestimmter Magistraten und Priester sowie die Fahrt des triumphierenden Feldherrn im vierspännigen, vergoldeten Wagen über die Via sacra hinauf zum Kapitol. Für den privaten Wagenverkehr, wie für den Reiseverkehr, den Gepäcktransport, die Warenlieferungen der Geschäfte, die Umzüge und die Materialtransporte für private Bauten standen also nur die beiden Abendstunden vor Sonnenaufgang und die Nacht zur Verfügung. »Park an Walk« hieß es also schon im alten Rom; man ging zu Fuß.

Die Konflikte sind prinzipiell immer noch dieselben, auch wenn es heute nicht mehr um Pferdefuhrwerke geht. Das Auto, und nichts mehr als das Auto beschäftigt die Kommunalpolitik permanent in allen seinen Facetten, vom Fahren bis zum Parken, von der Ökonomie bis zur Ökologie. Es gibt inzwischen, ganz einfach gesagt, zu viele davon, jedenfalls für die städtischen Zentren. Die Fülle machte die einst ingeniöse Wohltat, die das Auto war, zur aktuellen urbanen Plage. Die Städte wehren sich dagegen, weil sie sonst ersticken würden. Sichtbar begann dieser Kampf gegen das Auto mit der Befreiung der alten Marktplätze, die zu Parkplätzen verkommen waren, setzte sich fort mit der Einrichtung von Fußgängerzonen und ging weiter mit den verkehrsberuhigten Bereichen, dem Rückbau von Straßen, der Einführung von 30-km-Zonen und, flankierend dazu, der Förderung des Öffentlichen Nahverkehrs und dem Ausbau von Radwegen. Derzeit wird der öffentliche Parkraum von Städten mehr und mehr »bewirtschaftet«, also bürokratisch verwaltet und damit verteuert.

Dies alles sind Maßnahmen, die dem Anspruch eines »stadtverträglichen Verkehrs«, wie es heute heißt, genügen, also die Lebensqualität, die Funktionsfähigkeit, die Erreichbarkeit und die Wirtschaftlichkeit der Städte erhalten sollen. Freilich, es sind auch Krücken, gegen die sich insbesondere die Geschäftsleute der Innenstädte nach wie vor wehren, weil sie sich gegenüber ihren Konkurrenten auf der »Grünen Wiese« benachteiligt fühlen. So sehr deshalb Stadtsanierung und Verkehrsberuhigung die Innenstädte wieder lebenswert und attraktiv gemacht haben, so drängend bleibt, den Wirtschaftsverkehr der Zentren zu optimieren. Denn auch davon leben die Städte, daß der »notwendige« Verkehr sie erreichen kann; andernfalls wandern ganze Branchen aus, und die gewünschte städtische Vielfalt leidet. Diese komplexe Proble-

matik wird zu keinem Zeitpunkt endgültig gelöst sein; sie verändert sich auch mit den Verhältnissen. So werden beispielsweise Lieferzeiten in Fußgängerzonen von 5.00 Uhr bis 10.00 Uhr dann zunehmend fragwürdig, wenn die Läden immer später öffnen; sie müssen angepaßt werden. Auch neue Ideen bedürfen der steten Erprobung, etwa das City-Logistik-Konzept, die Einrichtung von Güterverkehrszentren oder die Telematik. Jedenfalls wird die Diskussion um verkehrsbeschränkende Maßnahmen in den Städten schon deshalb weitergehen, weil der Verkehr, insbesondere der Autoverkehr, nach wie vor zunimmt. Die Konsequenzen für die Umwelt, den Städtebau und den Einzelhandel werden noch viel politischen Zündstoff liefern.

Während zwischen den Bedürfnissen eines möglichst ruhigen und gesunden Wohnens, Lebens und Arbeitens in den Innenstädten einerseits und den geschäftlichen Interessen der Unternehmer an einem funktionierenden Wirtschaftsverkehr andererseits derzeit eine einigermaßen fragile Balance gefunden zu sein scheint, bleibt alles, was mit der Entwicklung auf der »Grünen Wiese« bezeichnet wird, eine ernsthafte Bedrohung für die Lebensfähigkeit der Zentren. Auch diese Gefahr ist nicht neu. Die Bevölkerungsexplosion, der wissenschaftliche und technische Fortschritt, die Industrialisierung vor allem, haben schon im letzten Jahrhundert bewirkt, daß die Mauern der alten Städte gesprengt wurden. Was bis dahin jahrhundertlang städtisches Umland war, wurde zu neuem städtischen Entwicklungsgebiet. Wo einst landwirtschaftliche Kulturen zuhause waren, siedelten sich Fabriken an. Die alten Städte, ehemals klar markiert, breiteten sich breitartig aus und verloren zunehmend an Kontur. Begünstigt wurde diese Zersiedelung der Landschaft, die bis heute ungebrochen ist, durch ein beträchtliches Preisgefälle zwischen Stadt und Land sowie durch die wachsende Mobilität der Bevölkerung. Diese Verflachung und Nivellierung dessen, was Urbanität meint, hat inzwischen bedrohliche Ausmaße angenommen. So heißt es etwa in Eingliederungsverträgen, die vor 25 Jahren im Rahmen der Verwaltungsreform zwischen Städten und umliegenden Ortschaften geschlossen wurden, daß in einem überschaubaren Zeitraum vergleichbare Lebensbedingungen im gesamten Stadtgebiet geschaffen werden sollen. Auch die Ansprüche, die sich mit den Programmen für den »ländlichen Raum« verbinden, tendieren – bewußt oder unbewußt – auf eine Einebnung von Stadt und Land. Eine solche Entwicklung muß sowohl aus ökonomischen wie ökologischen Gründen mehr Sorge als Freude bereiten. Denn, wenn auch der Satz »Stadtluft macht frei« inzwischen museal klingen mag, so kann es doch weder politisch noch kulturell erstrebenswert sein, die mancherlei Vorzüge und mancherlei Nachteile des Landlebens dadurch aufzuheben, daß dem Dorf städtische Strukturen überstülpt werden. Wohnen in ländlicher Idylle und das Gymnasium um die Ecke, die billige Miete also und der Nulltarif für die Fahrt in die Stadt – beides geht wohl nicht zusammen. Wo die Stadt in die Fläche auswandert, verflacht die Urbanität.

Die Rettung der Innenstädte vor der Konkurrenz auf der »Grünen Wiese« mit ihren unbestreitbaren preislichen, baulichen und verkehrlichen Wettbewerbsvorteilen ist,

nicht zuletzt durch die Entwicklung in den neuen Bundesländern, wieder zu einem heißen, aktuellen politischen Thema geworden. Der Deutsche Städtetag hat ein Positionspapier zur »Entwicklung städtischer Zentren« verabschiedet, und die Ministerkonferenz für Raumordnung sowie die Konferenz der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister der Länder haben eine gemeinsame Entschließung verfaßt mit dem Titel: »Innenstädte als Einzelhandelsstandorte erhalten«. In beiden Papieren kommt die Sorge zum Ausdruck, daß durch die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsunternehmen auf der »Grünen Wiese«, die überwiegend auf kurzfristige Erfolgserwartungen und steuerliche Abschreibungszeiträume ausgerichtet sind, die Innenstädte ihrer Entwicklungschancen beraubt werden.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Heute gibt es über 200 Einkaufszentren auf der »Grünen Wiese« mit Einzelhandelsflächen von jeweils 15 000 Quadratmetern und mehr. Weitere rund 50 sind geplant. Allein 87 solcher Shopping-Centers finden sich in den neuen Bundesländern. Hier schossen sie wie Pilze aus dem Boden, weil Einzelhandelsflächen in den alten Städten knapp und die Eigentumsverhältnisse oft unsicher waren, weil bundesdeutsches Baurecht noch nicht griff und exzessive Steuervorteile lockten.

Unbestreitbar gefährden die riesigen Einkaufszentren an der Peripherie die wirtschaftliche Entwicklung der Innenstädte und führen längerfristig zu volkswirtschaftlich schädlichen stadtstrukturellen Veränderungen. Da helfen auch die jetzt oft beschworenen Sortimentsbeschränkungen für die großflächigen Fachmärkte nichts; sie sind kaum praktikabel und letztlich nicht durchzuhalten. Was also bisher durch große politische Anstrengungen und teure Sanierungen für die Innenstädte erreicht wurde, ist vor einer Verödung nicht mehr sicher. Die jüngsten Investitionsentscheidungen großer Kaufhäuser belegen dies ebenso wie viele besorgte Warnungen mittelständischer Unternehmer in Klein- und Mittelstädten. Die Kernstädte, die traditionell das Umland versorgten, laufen plötzlich Gefahr, vom Umland versorgt zu werden. Eine solche Umkehr wäre für die Städte alarmierend. Sie können ohne den Handel nicht leben. Wirtschaft, Kultur und Geselligkeit sind seit Jahrhunderten rund um den Marktplatz angesiedelt. Wandern sie aus, dann meiden auch die Bürger und Besucher die Innenstädte. Deren Urbanität, also die hohe Intensität städtischer Lebensformen, würde schwinden.

Was also tun zur Rettung der Innenstädte? Letztlich gibt es drei prinzipielle Möglichkeiten, steuernd in den Prozeß des dauernden Wandels, der dem Handel eigen ist, einzugreifen mit dem Ziel, die Urbanität gegenüber der Ruralität zu schützen. Die erste liegt in den Händen des Handels selbst. Er kann versuchen, durch Neuorganisation seiner Flächen unter einem Dach eine Nutzungsvielfalt zu erzeugen und Raum für Freizeitaktivitäten und scheinbar nicht ökonomische Nutzungen zu gewinnen. Dies kann die Vielfalt und Lebendigkeit urbaner Erlebnisräume und Einkaufsmöglichkeiten erhöhen. Auch mit dem »ästhetischen« Kapital, das eine revitalisierte Alt-

stadt bildet, kann er vielfältig werben und wuchern. Die zweite Möglichkeit haben die Kommunen. Immer dort, wo sie Grundstückseigentümer sind, können sie selbst fördernd oder hindernd den Wandlungsprozeß beeinflussen. Schließlich und drittens muß mit den bekannten hoheitlichen raumordnerischen, planerischen und stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen hantiert werden. Dazu zählen auch Einzelhandelskonzepte, vor allem aber die interkommunale Zusammenarbeit. So sieht beispielsweise das Baugesetzbuch in seinem Paragraph 2 Abs. 2 eine solche zwischengemeindliche Abstimmung bei der Bauleitplanung vor, eine Bestimmung, von der in der Praxis immer noch zu wenig oder gar kein Gebrauch gemacht wird, weil sie zu Einmischungen in die Planungshoheit benachbarter Gemeinden führt – was in der Regel politisch nicht genehm ist.

VI.

Die Stadt ist ein unendliches Thema. Faszination und Haß halten sich bei ihrer Betrachtung die Waage. Sie ist etwas Künstliches, Widernatürliches. Städtische Lebensweise sei, so las ich einmal, der Triumph über die Abhängigkeit des Menschen von der Natur. Stadt ist Stein, und doch wandelt sie sich im Mahlstrom der Zeit ununterbrochen. Die überschaubare Polis der Antike explodierte mit der wachsenden Zahl der Menschen zur unheimlichen Megalopolis. Gleichwohl sind die alten Städte, die wir mögen, nicht nur Erinnerung an vergangene Zeiten, Traumstädte sozusagen, sondern gerade wegen ihrer Dichte und Enge, wegen ihrer Vielfalt und Flexibilität nach wie vor lebendige, liebenswerte Gegenwart und unseres steten Bemühens wert.

Eines aber habe ich auch immer wieder erfahren: So sehr sich die Menschen anstrengen mögen, ihre Städte zu planen, so stark setzt sich am Ende das Ungeplante durch. Maliziös könnte man sagen: Die Irrtümer der Planer sind die Launen des Zeitgeistes. Das mag, auf unser Thema bezogen, nachdenklich stimmen, ist aber irgendwo und irgendwie auch tröstlich. Deshalb und nach allen gesellschaftlichen Erfahrungen wage ich, den modernen Gefahren zum Trotz, locker zu prophezeien, daß – Planungen hin, Fügungen her – à la longue die quicke »Grüne Wiese« wieder vergeht, die urbane »Alte Stadt« aber besteht.

Jörg Leist / Joachim Scheible

Altstadtsanierung Wangen im Allgäu

Ein vorläufiges Endergebnis

1. Leitbilder

Die Zeit der Altstadtsanierung neigt sich in Wangen im Allgäu nach über zwanzig Jahren dem Ende zu. Nach mehrjähriger Vorbereitungszeit, die zur Unterschutzstellung des Altstadtensembles nach dem baden-württembergischen Denkmalschutzgesetz und zur Erprobung einer ziemlich detaillierten Gestaltungssatzung für den Innenstadtbereich genutzt worden war, ist die Altsanierung 1979 mit einem ursprünglichen Förderrahmen von 10 Millionen DM begonnen worden. In Heft 3/1988 dieser Zeitschrift haben wir über die ersten 10 Jahre des Sanierungsverlaufs berichtet, unsere Rezeptur, unsere »Philosophie« und unsere Wunschziele beschrieben.¹ Nach weiteren 10 Jahren dürfen wir eine vorläufige Bilanz ziehen.

Wenn jemand seine eigene Altstadtsanierung lobt, darf man ihm ruhig mißtrauen. Wir laden aber gerne zum Besuch, zur kritischen Betrachtung und zum Gespräch ein.²

Eine unserer Sanierungsmaximen war von Anfang an, den Dingen und den handelnden Personen ausreichend Zeit zu geben, für Stetigkeit und Gleichmaß zu sorgen. Sicher hat es im Sinne dieser Maxime während der vergangenen 20 Jahre eine gewisse Rolle gespielt, daß Oberbürgermeister und Sanierungsbeauftragter nicht gewechselt haben. Und sie waren sich, was wohl nicht weniger wichtig ist, über Aufgabe und Vollzug einig. Wir haben unsere »Sanierungsphilosophie« – dargelegt im zitierten Heft dieser Zeitschrift – nicht verraten müssen. Allerdings hat auch der Gemeinderat die gemeinsame Linie zu jeder Zeit mitgetragen, und die Stadt durfte sich jederzeit des Wohlwollens von Regierungspräsidium und Ministerium sicher sein.

1. In der Praxis haben wir während der ganzen Sanierungsjahre der Förderung von privaten Maßnahmen Priorität gegeben. Stadteigene Sanierungsvorhaben wurden vornehmlich zur Verstetigung des jährlichen Mittelbedarfs angepackt, wenn der Jahresförderrahmen von den Privaten nicht ausgeschöpft werden konnte.
2. Leitziel war stets – eher mit zunehmender Tendenz im Lauf der Jahre – eine behutsame substanzschonende Erneuerung.

¹ Vgl. J. Leist / J. Scheible / Herbert Weiß, Altstadtsanierung: zum Beispiel Wangen im Allgäu, in: Die alte Stadt (15) 3/88, S. 303–322.

² Telefon des Oberbürgermeisters: (0 75 22) 7 41 01; des Sanierungsbeauftragten: (0 75 22) 7 41 85.

3. Was die sichtbare Gestalt der Gebäude anbelangt, galt die Devise »Finden statt Erfinden«. Die sanfte, manchmal auch überraschende Farbigekeit des Stadtbilds, die feinkörnige, handwerkliche Tradition bewahrende Erscheinungsform der Altstadt mag mit diesem Grundsatz zusammenhängen. Daß es gerade in diesem Bereich auch sichtbare Pannen gab, ist wohl kaum verwunderlich.
4. Ein weiterer Grundsatz war es, mit gleicher Behutsamkeit wie die denkmalgeschützten Gebäude, die persönlichen Belange der Altstadtbewohner zu behandeln und nachbarliche Beziehungen zu bewahren. Vor allem galt es immer, die Besitzfreude des Eigentümers am eigenen Haus in der Altstadt zu erhalten.

Wie darf man heute das Ergebnis sehen? Unter den sanierten Städten des Landes hat die Stadt einen ordentlichen Ruf. Große Patzer konnten vermieden werden. Die Stadt hat Flair und Gemütlichkeit behalten. Die Altstadt ist noch immer der anerkannte und lebendige Mittelpunkt, gleichermaßen geschätzt von Jung und Alt. Dies hängt damit zusammen, daß parallel zu den Sanierungsbestrebungen stets mit aller Macht versucht wurde, ausufernde Geschäftstätigkeit »auf der grünen Wiese« zu blockieren. Im Gegenzug wurde zur Stärkung der Altstadt ein neues Einkaufszentrum unmittelbar »Unter den Mauern«, aber mit denkmalpflegerischem Respektsabstand von der Stadtmauer, erbaut. Das Parkplatzangebot in fußläufiger Entfernung rund um den Stadtkern wurde inzwischen ganz beträchtlich erhöht. Es ist das Größte in weitem Umkreis. Parallel zur Vermehrung des Parkplatzangebots rund um den Stadtkern wurde schon bald nach Sanierungsbeginn eine Fußgängerzone eingerichtet, die im wesentlichen der Dimension des uralten Mittwochmarktes entspricht. Es gab deshalb kaum Akzeptanzprobleme. Doch so wie den einen aus ideologischen Vorstellungen die Fußgängerzone noch zu klein ist, erscheint sie gelegentlich solchen, die es eigentlich besser wissen müßten, als Mobilitäts- und Umsatzhindernis. Mit langem Zeigefinger wird auch auf den einen oder anderen leerstehenden Laden hingewiesen und der Untergang der Altstadt prophezeit. Sie bedenken nicht, daß die Geschäfts- und Büroflächen im Zuge der Sanierung wesentlich vergrößert und verbessert worden sind, auch in traditionell zweitklassigen Lagen. Genau betrachtet, sind die Verpachtungsprobleme hauptsächlich in den ganz wenigen Gebäuden aufgetreten, bei denen die Sanierung, aus welchen Gründen auch immer, in den letzten Jahren verpaßt worden ist. Daß die Flächenvermehrung die Pachterwartungen gedämpft hat, ist wohl zutreffend. Je nach Blickwinkel positiv oder negativ zu vermerken ist, daß insbesondere der Tagestourismus als Auswirkung der Stadtsanierung erheblich zugenommen hat. Allein auf Grund des dadurch bewirkten Geldzuflusses, rechnen sich die für das Stadtbild gemachten Ausgaben, gesamthaft gesehen, locker.

In diesen Zusammenhang gehört auch eine wichtige, bei der Sanierung gemachte Beobachtung. Es gab, vor allem entlang der denkmalgeschützten Stadtmauer, wenigstens zwei größere Bauquartiere, die sich einer geschäftlichen Nutzung weitgehend

entzogen. Der historisch wichtige Baubestand war so, daß er im Falle geschäftlicher Nutzung rettungslos verloren gewesen wäre. Dies zwang zu sanfterem Umgang. Das eine Gebiet hat sich zu unserer »Museums-, Galerie- und Archivecke« entwickelt, aufgelockert durch bescheidene Gastronomie und kleine Geschäfte, das andere kann man als »Volksbildungs-, Vereins- und Kleinkunstflanke« bezeichnen. Schöne Auswirkung dieser sanften Nutzung: Ein ganz spezieller, sehr angenehmer, Personenkreis wird den ganzen Tag über in diese Bereiche der Altstadt gezogen.

Das Sanierungsprogramm hat es auch ermöglicht, im Bereich der alten Stadtgräben den baulichen Wildwuchs der letzten 150 Jahre zurückzuschneiden. Eine größere Anzahl von schlechten Gebäuden machte Grünanlagen Platz. Der Umriss der Altstadt wurde wieder klar definiert. Vor allem ist es durch ganz systematisches Vorgehen möglich geworden, den an sich ganz bescheidenen Baubestand zu eindrucksvoller Wirkung zu bringen, neue reizvolle Zugangsmöglichkeiten in die Stadt zu schaffen und die traditionellen Eingangsbereiche anziehend und neugierig machend zu gestalten.

2. Stadtbildpflege und »Allgäuer Altstadtfibel«

Stadtbildpflege ist wohl ein neuer Begriff, der in den 70er Jahren landauf landab immer größere Bedeutung gewann. Indessen hat in Wangen die Stadtbildpflege eine viel längere Tradition. Schon in den alten Akten der Jahrhundertwende stoßen wir auf Auseinandersetzungen über Gestaltung zwischen Stadtverwaltung und der bauenden Bürgerschaft. Wangen hatte mit seinen Stadtbaumeistern Glück, andererseits war für nachhaltige Zerstörungen in der bescheidenen Kleinstadt auch nicht genug Geld verdient worden. So konnte die spätmittelalterliche Struktur und das Allgäuer Gepräge in der Zeit starker Veränderungen zwischen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und heute bewahrt werden. Im Rahmen der Stadtsanierung sind einige unauffällige Neubauten inmitten des alten Bestandes entstanden. Sie reihen sich ein in einen Stil, den man wohlwollend als »traditionelles Bauen« bezeichnen könnte und der in der Geschichte der Stadt wie ein roter Faden das Baugeschehen bestimmt hat. Internationale Baustile, seien es Renaissance, Barock oder Klassizismus, haben sich nur in wenigen repräsentativen Einzelbauten in der Altstadt dokumentiert. Solche Aufgaben stellten sich im Rahmen der Sanierung allerdings nicht.

Neben der Unterschutzstellung fast des ganzen Sanierungsbereichs nach dem baden-württembergischen Denkmalschutzgesetz (Ensemble-Schutz), hat die bereits erwähnte Gestaltungssatzung bei der Erhaltung des Stadtbilds eine wichtige Rolle gespielt. Sie wurde bekannt unter dem Namen »Allgäuer Altstadtfibel« und als gemeinsame Satzung der bauverwandten Städte Wangen, Leutkirch und Isny im Jahre 1982 rechtskräftig. Es wurde mit dieser Baufibel ein damals neuer Weg beschritten, in dem neben dem rechtlichen Text erläuternde und animierende Beispiele aufgenommen

wurden. Diese Fibel hat Verständnis und Bewußtsein der Bürgerschaft mitgeprägt. Wir sind im Augenblick dabei, die Satzung nach 17jähriger Laufzeit fortzuschreiben und der heutigen, auch rechtlich geänderten Situation anzupassen.

Trotz des Bestehens dieser Satzung haben wir es weitestgehend vermieden, den »Knüppel aus dem Sack« zu holen. Beratung der Bauherren und Überzeugungsarbeit durch gute Beispiele konnten viele Bauherren zu teurerer und aufwendigerer Gestaltung anspornen. Gestaltung ist immer ein kreativer Arbeits- und Entwicklungsprozeß. Sie entwickelt sich nicht aus einer Rechtsverordnung. Diese kann aber notfalls »Schlimmeres« verhindern. Der kreative Vorgang bedarf einer sicheren, begleitenden Hand. Die Eigendynamik der Bauvorbereitungen ortsfremder Bauherren oder Handwerker, aber auch Unwilliger und Unerfahrener, ist nicht zu unterschätzen. Es gilt zu erkennen, wo und wann Wesentliches vor sich geht und vor allem, wer an der Ausführung beteiligt ist. Wo ist Vertrauen möglich und wo ist Eingreifen nötig? Ortskenntnis heißt also nicht nur Kenntnis über das Gebäude, sondern auch Kenntnis über den Bauherrn, die beteiligte Handwerkerschaft und den Baumeister.

3. Sanierung, Erhalt, Neunutzung

Es ist zur Selbstverständlichkeit unserer Sanierung geworden, Erhaltbares auch wirklich zu erhalten. Das war ein schwieriger Lernprozeß, denn die Meinungen darüber gingen oft weit auseinander. Der eine oder andere Baumeister hat es am Ende auch vorgezogen, doch lieber auf dem freien Feld als in der Altstadt zu bauen. Grundsätzlich gab es zwei Faktoren, die zum Abbruch eines Gebäudes führen konnten:

1. die mit einer künftigen Nutzung unvereinbaren Geschoßhöhen und
2. der substantielle und konstruktive Zustand des Gebäudes.

Reichte unseren Vorfahren noch das Anheben der Türstürze als Reaktion auf das Anwachsen der Körpergröße, so müssen wir heute neben der Größe der jüngeren Generation auch noch das Anwachsen der Geschoßdeckenhöhen bewältigen. Der Altbau kann die Forderung nach schwingungsfreien Decken, nach Berücksichtigung des Körper- und Trittschalls und nach perfektem Brandschutz nicht erfüllen. Bei mangelnden Geschoßhöhen über mehrere Geschosse können Probleme entstehen, die einen Abbruch bedingen.

Der schlechte Allgemeinzustand eines Hauses kann zur Unwirtschaftlichkeit und so zum Abbruch führen. In fast allen Fällen können jedoch Bauelemente ergänzt, ausgetauscht, repariert oder instandgesetzt werden. Auch die Ableitung von Lasten ist, auf welchem Weg auch immer, leistbar. Gleichmaßen ist der Wärmeschutznachweis nicht ausschlaggebend für den Erhalt oder Nichterhalt eines Gebäudes.

Der Abbruch ist also eher bedingt durch die künftigen Nutzungsanforderungen und die zu erwartende Körpergröße künftiger Generationen als durch technische oder substantielle Mängel.

Mit dem Erhalt des aus dem Jahre 1342 stammenden Weberzunfthauses hat die Stadt Wangen ein Extrembeispiel vorgeführt. Das Haus, in der Bevölkerung spöttisch als Geröllhalde bezeichnet, wurde mit Injektionen, Korsettierung und orthopädischem Geschick nicht nur als herausragendes Kulturdenkmal per se erhalten, sondern auch für eine sicher sehr lebendige Zukunft gerüstet. Das reichhaltig ausgemalte Haus dient heute als Altentreff und Volkshochschule, der Saal wird für Veranstaltungen und als Versammlungsstätte genutzt. Nach wie vor bleibt ein solches Haus jedoch ein hochempfindliches Relikt, welches in seiner Belastbarkeit (Heizung, Luftfeuchtigkeit, Beanspruchung) Nutzungseinschränkungen erfahren muß. Was für einen Oldtimer als selbstverständlich erachtet wird, muß im Umgang und Gebrauch von alten Gebäuden erst gelernt werden.

4. Aspekt der Wirtschaftlichkeit

Die gebietsimmanenten Investitionskapazitäten einer Altstadt sind überschaubar und wären nicht ausreichend, um eine Sanierung durchzuführen. Die erhöhten Abschreibungen gemäß § 7h EstG, Aufmerksamkeit erregende Zuschußerwartungen und der gute Standort einer Immobilie sind Anlaß für Investitionen in der Altstadt. Dieser vitalisierende Effekt birgt jedoch auch erhebliche Gefahren in sich. Das Bauvorhaben wird als wirtschaftliche Investition gehandhabt. Es entsteht ein Zeitdruck auf das Bauvorhaben, da dieses baldmöglichst Ertrag bringen soll. Die Wirtschaftlichkeit aus Sicht des Kaufmanns erzwingt Rhythmen, die einem behutsamen Umgang mit den alten Gebäuden entgegenlaufen. Die sorgfältige Bauvorbereitung, das Öffnen des Baus, das Hinnehmen eines Leerzustandes, das Fortschreiben der Planung, das Reagieren auf ständig neu auftauchende Befunde und Probleme während des Bauens stehen einem präzisen Terminplan entgegen. Das frühzeitige Festlegen eines Fertigstellungstermins widerspricht oft der Sorgfaltspflicht und führt zu falschen oder unausgegorenen Lösungen.

Die Betrachtungsweise unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit erzwingt in der Regel einen Nutzungsdruck, dem die alten Gebäuden nicht gewachsen sind. Je höher der Druck ist, desto mehr leidet das Gebäude. Anders verhalten sich Bauherren beim Bau ihres Einfamilienhauses. Renditeberechnungen sind hier nachrangig. Deshalb legen wir großen Wert darauf, daß die Hauseigentümer ihr Altstadthaus selbst bewohnen.

In der Altstadt Wangen sind im Verlauf von 20 Jahren über 200 Millionen DM investiert worden. Beispielhaft spiegelt sich der Nutzungsdruck im Ausbau der Dachgeschosse wider. Nur ein gewisser Teil der umgebauten Häuser wurde im Dachgeschosß nicht ausgebaut. Die Perforationen der vor der Sanierung noch im wesentlichen ungestörten Dachlandschaft stellen ein großes Problem der Sanierung dar. Einerseits ist das Wohnen in der Altstadt ein zentrales Ziel der Erneuerung, andererseits sind An-

forderungen aus der Landesbauordnung an gesundes Wohnen im Dachgeschoßausbau schwer zu erfüllen. Die Konfliktlösung »Licht, Luft, Sonne, Dachterrasse und intakte Dachlandschaft« ist bei jedem Haus eine neue Herausforderung.

5. Die Altstadtbewohner

In der drangvollen Enge der ummauerten Stadt lebten im Mittelalter ca. 1500 Menschen. Zu Sanierungsbeginn waren es 1980 noch knappe 1200 Einwohner. Trotz gesamtstädtisch seit Jahren stagnierender Einwohnerzahl geht die Zahl der Altstadtbewohner jetzt wieder gegen 2000. Auch die Anzahl der Einzelhandelsgeschäfte und Dienstleistungsbetriebe hat sich im Sanierungszeitraum erhöht. Durch die verstärkte Wohnnutzung ist wieder eine wesentlich stärkere Sozialkontrolle von Straßen und Plätzen gegeben. Dies kommt dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen in der Altstadt sehr entgegen.

Ein ernstzunehmendes Problem für die Altstadtbewohner ist die Stellplatzfrage. Ohne Bereitstellung von Parkraum würde das Wohnen derart entwertet, daß seine Existenz auf Dauer gefährdet wäre. Das Problem ist allerdings, daß bei dem Erwerb von Eigentumswohnungen in der Regel nicht der reelle Wert für die Garage bezahlt wird, d. h. die Garage wird zu einem Preis unter den Gestehungskosten, zum Beispiel für 20 000 DM oder 25 000 DM, veräußert. Der überschießende Betrag wird in den Kaufpreis der Wohnung eingerechnet. Der Herstellungsaufwand für eine Tiefgarage ist in einer Kleinstadt wie Wangen mit ca. 35 000 DM aufwärts zu veranschlagen. Der Mietpreis von 70 DM monatlich ist selbstverständlich nicht kostendeckend. Gerade in der Endphase der Sanierung sind wir bemüht, das Stellplatzdefizit für Bewohner durch den Bau von Anwohner Tiefgaragen zu mindern.

6. Sanierungsbilanz

Die Altstadtsanierung (Förderrahmen 32,6 Mio. DM) hat zu einer Gesamtinvestition von ca. 200 Mio. DM geführt. Einer solchen Investitionslawine wird die Altstadt mit einem Sanierungsgebiet von 14,28 ha wohl nie wieder ausgesetzt sein: Es entfallen auf private geförderte Baumaßnahmen ca. 92 Mio. DM, auf private nichtgeförderte Maßnahmen 57,6 Mio. DM. Öffentliche Baumaßnahmen der Stadt sind mit 27,7 Mio. DM beteiligt, kirchliche Baumaßnahmen mit 6,2 Mio. DM. Im Bereich des Tiefbaus einschließlich der Fußgängerzonen und Grünzonen sind Kosten von 13,2 Mio. DM angefallen.

Bei der Sanierung mit Privatleuten wurden 150 Sanierungsverträge abgeschlossen, 106 Maßnahmen liefen ohne Verträge. Die Zuschüsse aus SE-Mitteln betragen von 1979–2000 über die Laufzeit hinweg durchschnittlich 9,8%, wurden aber in den letzten sechs Jahren auf durchschnittlich 3,2% gesenkt. In der Endphase der Sanierung

spielte die erhöhte Abschreibungsmöglichkeit im Rahmen der Sanierung eine größere Rolle als die Zuwendungen.

Am Ende der Stadtsanierung steht die Frage nach dem Ausgleich sanierungsbedingter Bodenwertsteigerungen. Die Antwort ist nicht einfach und letztendlich noch offen. In der Altstadt sind nahezu alle Grundstücke überbaut. Grunderwerbspreise beinhalten daher stets unaufgeteilt Gebäude- und Bodenwert. Innerhalb der Stadtmauern herrscht die geschlossene Bauweise, außerhalb die offene. Beide Bereiche sind strukturell nicht vergleichbar. Die Bodenwerte werden folglich durch den Gutachterausschuß festgesetzt.

Die Sicherung der Altstadt als zentraler Standort wurde maßgeblich durch übergeordnete Maßnahmen erreicht und beeinflusst. Besonders hervorzuheben sind zunächst die Verkehrsentlastung und -beruhigung durch den Bau einer Ringstraße, sowie die bauleitplanerischen Festsetzungen zur Verhinderung von Lebensmittelmärkten in altstadtfernen Bereichen.

Atypisch und kaum nachvollziehbar ist die Feststellung, daß die Bodenpreisentwicklung in den Randbereichen der Altstadt, also außerhalb des Sanierungsgebietes, größer war als innerhalb des Gebietes.

Inwieweit sanierungsbedingte Bodenwertsteigerungen nachweis- und feststellbar sind, werden in Arbeit befindlichen Analysen ergeben.

Rosemarie Wilcken

Sieben Jahre Stadterneuerung Wismar

Erfahrungen aus der Sicht eines Kommunalpolitikers¹

1. Einführung

Viele Besucher unserer Stadt sind hellauf begeistert, wenn sie auf unserem Marktplatz aus dem Reisebus steigen. »Ihr Marktplatz ist aber schön geworden«, höre ich beinahe täglich, und es klingt ehrliche Bewunderung für unsere Stadtsanierung heraus. Wohl keiner ahnt, daß sein Kompliment bei mir nicht die gewünschte Freude auslöst. Aber schließlich habe ich durch siebenjährige Erfahrung gelernt, daß Stadtsanierung etwas völlig anderes ist, als nur den Marktplatz herausputzen.

Im Alltagsgebrauch wird das Wort »Stadtsanierung« meist mit Altstadtsanierung gleichgesetzt. Auch ich werde mich in meinen Ausführungen vorrangig auf unsere Erfahrungen bei der Sanierung unserer historischen Altstadt konzentrieren. Lassen Sie mich dennoch einfürend betonen, daß Stadtsanierung in Ostdeutschland derzeit alle Bereiche städtischen Lebens betrifft. Sie beschränkt sich also mitnichten auf die Altstadt, sondern umfaßt die einzelnen Stadtteile, Gewerbe- und Industriebrachen sowie die Infrastruktur.

In meiner Stadt Wismar, und das ist in vielen ostdeutschen Städten ähnlich, wohnen sieben von acht Einwohnern nicht in der Altstadt, sondern zum großen Teil in Neubaugebieten aus DDR-Zeiten. Wir stehen vor zwei mehr oder weniger gleichrangigen Aufgaben:

Es gilt, die Lebensqualität in den Stadtteilen zu verbessern. So haben wir beispielsweise seit 1990 zwölf Millionen DM in die Wohnumfeldverbesserung in unserem größten Neubaugebiet Friedenshof gesteckt. Hinzu kommen weitere Millionen für die Sanierung der Wohnungen und der Straßen.

Ein weiteres Problem der Stadtsanierung will ich ebenfalls nur andeuten: In vielen ostdeutschen Städten hat die russische Armee innerstädtische Konversionsflächen hinterlassen – und dies nicht in dem Zustand, wie die Engländer oder Amerikaner ihre Liegenschaften verlassen haben. Wir haben in diesem Jahr einen 20 ha großen ehemaligen GUS-Schieß- und Truppenübungsplatz für die Ansiedlung eines Industriebetriebes saniert, und so kann ich für dieses Problem überhaupt noch nicht über-

¹ Für den Druck überarbeits Vortrag, gehalten auf der Internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt zum Thema »Zwischenbilanz. Zum Stand der Altstadterneuerung in den neuen Bundesländern« vom 7.–10.5. in Freyburg/Unstrut.

schaubare Dimensionen voraussagen. Denn die gesamte GUS-Fläche von 300 ha ist viermal so groß wie die Altstadt. 200 ha davon liegen zwischen zwei Stadtteilen.

Parallel zu all diesen gesamtstädtischen Aufgaben heißt es, die Innenstadt zu revitalisieren und zum wirklichen multifunktionalen Stadtzentrum zu entwickeln.

2. Altstadtsanierung und Immobilienmarkt

Ich möchte mich im folgenden auf die Problematik der Altstadt konzentrieren und dabei noch weiter einschränken: nämlich auf die Sanierung der Bausubstanz und der Erschließung.

Derzeit erscheint mir und meinen Mitarbeitern die Entwicklung der Altstadt wie ein Wettlauf mit der Zeit, von dem wir nicht wissen, ob wir ihn gewinnen können. Bevor ich über die Jahre seit dem Start zur Altstadtsanierung und über ihr Ziel berichte und versuche, die Erfahrungen und Ergebnisse aufzuzeigen, möchte ich mit wenigen Sätzen die Ausgangssituation beschreiben.

Der Niedergang der DDR war nirgendwo deutlicher ablesbar als an den ostdeutschen Altstädten. Wer immer konnte, hatte seinen Wohnsitz in Neubaugebieten mit Zentralheizung und Warmwasser verlegt. Geblieben waren »unverbesserliche« Eigentümer, die dem Druck des Eigentümergeverlichtes standhielten; es blieben alte Menschen oder vom Staat Eingewiesene, wie junge Familien oder Kinderreiche. Nicht ohne Grund waren die Altstädte ein Thema der Protestaktionen, war ihre Rettung ein Ziel des Jahres 1989.

Die Mangelwirtschaft der DDR hat zwar Altstadtmodernisierungen in Größenordnungen, wie sie in den westdeutschen Städten erfolgten, nicht ermöglicht. Dennoch glaube ich nicht, daß der Satz »Armut ist der beste Denkmalspfleger« ernst genommen werden sollte. Manche Altstädte könnten noch stehen, zum Beispiel Greifswald.

Es ist auch heute nicht abzusehen, ob für alle vernachlässigten Gebäude Rettung bevorsteht, oder ob es für manche nicht schon zu spät ist. Als 1990 die neuen politischen Eliten an die Macht kamen, waren die Ziele klar: »Rettung der Altstädte, Eigentumsbildung für die Bevölkerung, westdeutsche Städte als Vorbilder.« Die Chancen schienen nicht schlecht zu stehen, zumal sich die ostdeutschen Altstädte trotz ihrer Erbärmlichkeit eines erhalten hatten: ihre Zentrumsfunktion.

Der Start war furios. In kürzester Frist wurden die Sanierungsvoraussetzungen von Flächennutzungsplan über Rahmenplan-Altstadt bis hin zu Erhaltungs- und Gestaltungssatzungen geschaffen. 1991 waren dann mit den Städtebauprogrammen und der Investitionspauschale auch die finanziellen Voraussetzungen für uns Städte gegeben. Wir wollten ein Sprint hinlegen. Schnell, ästhetisch, das Ziel in der Nähe. Darum wurden unsere Altstädte fast alle zu förmlichen Sanierungsgebieten erklärt. In Wismar beispielsweise 76 ha mit 1.500 Vorderhäusern, davon 400 Denkmale.

Als erste große Hürde für private Bauherren ebenso wie für die öffentliche Hand er-



Abb. 1: Wismar, Königsspeicher an der Grube vor der Sanierung.

wiesen sich die ungeklärten Eigentumsverhältnisse. So waren die Kommunen über das Vermögensgesetz gehindert, sanierungsbedürftige Häuser unkompliziert zu veräußern und so einer Sanierung zuzuführen. Als weiteres Problem stellten sich die Sanierungsträger heraus. Durch die Städtebaurichtlinien wurden uns Städten sogenannte »erfahrene« private Sanierungsträger als Treuhänder der Sanierung quasi aufgezwungen. Damit bin ich – und ich weiß mich da mit vielen meiner Kollegen einig – nicht einverstanden. Viele von uns haben sich bis heute nicht damit abgefunden, daß Sondervermögen und Städtebaufördermittel durch ungeliebte Sanierungsträger verwaltet werden. Keine glückliche Voraussetzung für die Zusammenarbeit.

Um das Sanierungsziel zu erreichen, wurden in den Städten unterschiedliche Wege beschritten. Viele Städte zogen ihre sanierungsbedürftigen Häuser frei und betrieben erheblichen Aufwand zur Sicherung. In Wismar entschieden wir uns für den Weg, die Einwohner bis zum Beginn der Sanierung möglichst in den Altstadthäusern zu belassen. Die Sanierung begann im Jahr 1992 überall gleichzeitig. So schrieb ich denn auch zufrieden in meine Stadtentwicklungskonzeption: »Altstadt: keine besondere Aufmerksamkeit, entwickelt sich sehr gut«. – Wie ich mich getäuscht hatte:

Mit der Eröffnung der peripheren Einkaufszentren gerieten die Innenstädte unter massiven wirtschaftlichen Druck und drohten, ihre jahrhundertealte Zentrumsfunk-



Abb. 2: Wismar, Königsspeicher an der Grube nach der Sanierung.

tion zu verlieren. Mit der Vervielfachung der Autos kollabierte der innerstädtische Verkehr. Seitdem war das Thema Verkehr das Reizthema der Altstadtbewohner und Altstadtwirtschaft. Mit City-Bus, zentrumsnahen Parkplätzen und ganz bewußt ohne Anwohnerparkplätze haben wir die Situation entschärft.

Immer deutlicher wurde auch klar, daß die Gebäudesanierung im wahrsten Sinne des Wortes nur die Spitze vom Eisberg ist, daß die Erneuerung der Erschließungsanlagen Grundvoraussetzung der Sanierung sein muß. Die Kanalisation in Wismar hatte gerade 120. Geburtstag und galt, so lange ich denken kann, als rüstig. Ausgerechnet in meiner Amtszeit erwies sie sich als altersschwach und dringend erneuerungsbedürftig. So schaden wiederum nun die Aufgrabungen dem geschwächten innerstädtischen Einzelhandel und der Wirtschaft. – Aus dem Sprint war buchstäblich ein Langlauf mit Hürden und Gräben geworden.

Noch einmal zurück zum Grundstücksproblem. Zwischen 1991 und 1995 boomte der private Grundstücksverkehr. Gerade in 1A-Zonen langten Immobilienfirmen hin, indem sie zurückübertragene Häuser gleich straßenweise ankauften. Durch die Sonderabschreibungsregelungen, KfW-Kredite und Städtebaufördermittel war bis 1997 selbst für professionelle Immobilienfirmen die Sanierung eigentlich unrentierlicher repräsentativer Bauten lukrativ.

Folge dieses unregulierten Immobilienmarktes sind Konzentration der interessanten Objekte auf wenige Eigentümer, hohe Mieten mit den bekannten Negativeffekten für den innerstädtischen Einzelhandel. Hier behaupten sich ebenfalls Ketten- und Billiganbieter. Gute Sortimente als echtes Gegengewicht zur »Grünen Wiese« fehlen. Dabei müssen wir einem unserer zwei Immobilienhaie in Wismar auch noch dankbar sein, weil er alle Häuser saniert und die Auflagen erfüllt hat. Ein zweiter hingegen hat aufgekauft, weiter veräußert und zum Teil finanziell belastet und unsaniert liegen gelassen.

Wir stehen heute an einem Scheidepunkt, an dem die unterschiedlichsten Gebäudetypen offenbar unterschiedliche Schicksale erwarten.

Typisch für unsere nordischen Städte sind die Kaufmannshäuser als Generationenhäuser. Ihr aufwendiges Ambiente ist heute allenfalls für Liebhaber oder Freiberufler nutzbar. Gaststätten gibt es in solchen Häusern bereits genug, mehr als 120 in Wismar. Oder die zahlreichen Speicher in der Innenstadt. Wofür sind diese mit ihren niedrigen Deckenhöhen, zum Teil ohne richtiges Treppenhaus und einer Gebäudetiefe von 20 m, nutzbar? Auf meiner Liste mit Problemgebäuden in der Altstadt stehen sechs riesige Innenstadtspeicher und 14 prächtige Bürgerhäuser. Werden wir sie retten können? Und wenn, wann und wofür? Der Versuch einer Sicherung ist mehr als überfällig und duldet keinen Aufschub mehr.

Besser geht es den 800 kleinen und mittleren Häusern. Diese werden teilweise seit Generationen, den 80er Jahren und jetzt wieder neuentdeckt und können ihren Weg als selbstgenutztes innerstädtisches Ein- und Mehrfamilienhaus gehen, wenngleich auch ihre Veräußerung aus städtischem Besitz und die Sanierung wegen fehlender Nachfrage immer komplizierter werden.

Da sind auch noch die riesigen Stadtkirchen, die ohne öffentliche Hilfe dem Verfall preisgegeben sind. Sie sind im eigentlichen Sinne Stadträume, die angesichts der sinkenden Zahl kirchlich gebundener Einwohner auf Nutzung warten.

Wir alle, die wir mit Altstadtsanierung zu tun haben, sind uns klar darüber, daß aus unserem als Sprint begonnenen Lauf ein Marathon wird, der längst die geordneten Bahnen des Stadions verlassen hat und durch unwegsames Gelände führt. Aber auch ein Marathon hat ein Ziel, und mit guter Kondition und der richtigen Taktik stehen die Erfolgchancen nicht schlecht. Was ist nun unsere Taktik, von der man uns manchmal nachsagt, daß sie uns von anderen Städten unterscheidet?

1. Denkmalpflege hat einen hohen Stellenwert in der Stadt, wird gleichberechtigt bei allen Themen zur Innenstadtentwicklung einbezogen und ist dennoch um Nutzbarkeit und Wirtschaftlichkeit für die Bauherrn bemüht. Denkmalpflege ist mit vielen Bereichen der Verwaltung verzahnt.
2. Die Denkmalpflege – und das hat sich bewährt – ist in Wismar der Verwaltungsspitze direkt unterstellt. Ich stehe gleichzeitig hinter und vor meinem Denkmalpfleger, gelegentlich auch über ihm. Aber Stadtplaner, Denkmalpfleger und ich zie-

len in der Regel alle in die gleiche Richtung und wissen uns dabei noch mit Kollegen der anderen Ressorts gleichgesinnt.

Glauben Sie aber nun nicht, daß immer Friede, Freude, Gemeinsamkeit bei uns herrscht. Im Gegenteil. In vielen Fällen wird hart gestritten, in manchen Fragen vertreten wir unterschiedliche Auffassungen. So haben z. B. die Stadtplaner eine andere Auffassung zum Parken innerhalb der Quartiere als Denkmalpflege und ich. Es ist meine große Sorge, daß die jahrhundertealte Struktur der Innenhofbegrünung jetzt dem ruhenden Verkehr geopfert wird.

Eines wird immer deutlicher: Ohne Städtebauförderung ist eine kontinuierliche Sanierung unserer ostdeutschen Städte nicht denkbar!

Erst in ca. zehn Jahren wird ein Stand erreicht sein, der zum Substanzerhalt »nur« die normale Wartung einer Routine-Instandhaltung und nicht Grundsanierung beinhaltet. Bis dahin werden aber auch die DDR-Innenstadtbauten überholungsreif, denn gegenwärtig vernachlässigen wir diese Bauten in den Innenstädten fast vollständig – und dies nun auch schon wieder über acht Jahre.

3. Fördermittel

Mit der jetzigen Vorgehensweise werden wir die Zeit nicht überlisten, Verfall nicht verhindern können. Die Gesamtzahl der sanierten Innenstadtbauten in Wismar hat längst die Zahl 600 überschritten. »Halbzeit« oder »Bergfest« ist aber noch immer nicht in Sicht. Meines Erachtens ist daher der Einsatz der Städtebauförderungsmittel noch effektiver zu gestalten.

So ist mir aufgefallen, daß die Anzahl der Dach- und Fassadensanierungen überproportional vertreten sind im Vergleich zu den Gesamtmaßnahmen. In Wismar wurden 108 private Maßnahmen über Städtebaufördermittel unterstützt, jedoch nur 36 davon als Gesamtmaßnahme. Dem stehen 72 private Dach- und Fassadensanierungen gegenüber. Dabei sollte es doch eher umgekehrt sein.

Schwierige Gesamtsanierungsmaßnahmen müssen daher der Schwerpunkt für Städtebauförderung sein, denn diese sind oftmals ohne finanzielle Hilfe nicht zu realisieren, werden also gar nicht erst angepackt. Fassadensanierungen sind für die Optik zwar wichtig, sollten aber in der Förderung gegenüber Dach, Fenster, Sanitär und Heizung zurückstehen. Sie könnten bei der Gesamtsanierung zur Herstellung der Wohnbarkeit der Häuser gegenüber anderen Bauschäden nachrangig saniert werden. Problematisch ist in diesem Zusammenhang, daß viele Eigentümer keine Finanzierung für ihr zu sanierendes Haus zustande kriegen, weil die Besicherung im Grundbuch wegen des schlechten Zustandes nicht die notwendige Kredithöhe für die Sanierungsaufwendungen erreicht.

Dazu ein Beispiel: Die Sanierung eines Hauses kostet 2,3 Millionen DM. Die Beleihbarkeit wird aber nicht auf den zukünftigen Endwert, ähnlich wie beim Eigen-

heim, sondern auf den Restwert festgelegt, z. B. 500 000 DM. Der Bauherr bekommt 30% Städtebauförderung, also 600 000 DM. Woher nimmt er die fehlenden 900 000 DM, die ihm keiner finanziert? Bauzeit ein Jahr, ohne Einnahmen aus der Immobilie, aber bei Kapitaldienst.

Hinzu kommt ein weiteres Problem. Die Zuschüsse werden erst nach Prüfung der Rechnungen durch die Landesförderinstitute ausgereicht, müssen also auch noch durch den Bauherrn vorfinanziert werden. Warum kann man Städtebauförderung nicht in die Alleinverfügbarkeit der Städte geben? Dort sind sie am besten aufgehoben und am einfachsten einsetzbar. Sanierungsträger kosten nur zusätzlich Geld.

Eine weitere Erfahrung ist: Sanierung mit Städtebaufördermitteln kostet zuviel Zeit. Man stelle sich vor: Mittel werden bereitgestellt, bewirtschaftet und kontrolliert von Kommunen, Treuhändern, Land, Landesbauförderinstitut. Das ist für mich wahrlich kein Beispiel von Verwaltungsvereinfachung.

Was erwarte ich von Städtebaufinanzierung? Vorfinanzierung zu günstigen Zinsen, lieber als Darlehen denn als verlorenen Zuschuß, lieber auch in hohen Anteilen und Gesamtfinanzierungen, als jetzt die Darlehensausreichung ausweist. Nur so können auch Einwohner in den Altstädten ihre Häuser sanieren. Auch könnte ich mir Städtebauförderung als Bürgschaft für die Beleihung bis zur Gesamtkostenhöhe vorstellen.

Wichtig ist, daß auch etwas mit den Häusern geschieht, auf die noch keine öffentliche oder private Sanierung und Nutzung wartet. So verfolgen wir alle mit großem Interesse den Versuch in Stralsund, Genossenschaftsmodelle auch für die Altstadt zu entwickeln. Wir werden dies ebenfalls versuchen. Der dritte Weg wäre, daß durch Kommunen nicht gleich zu verwertende Objekte selber saniert werden.

Ich möchte noch einmal mein Bild des Laufes bemühen: Es ist dringend notwendig, nochmals durchzustarten. Auch das ist aber noch nicht der Endspurt. Maximal einer von noch vielen erforderlichen Zwischenspurts. Nocheinmal will ich darauf hinweisen, daß unser Ideal das selbstgenutzte Wohn- und Geschäftshaus in der Innenstadt ist und bleibt. Nur dies bietet Gewähr für eine immerwährende Sanierung.

4. Zukünftiges Wohnen in der Altstadt

Derzeit beobachten wir, daß die Altstadt zur Single-City wird. Es ist heute schon abzusehen, daß die teuren Wohnungen, die wir heute in die prächtigen Bürgerhäuser bauen und welche die alten, großzügigen Wohnflächen in kleine, abgeschlossene Wohnungen unterteilen, für Familiennutzungen zu klein werden. Zwar besteht derzeit Bedarf an kleinen Wohnungen, doch wird das immer so bleiben? Ich selbst bin davon überzeugt, daß das Wohnen in der Altstadt auch wieder attraktiv für Familien werden kann.

Die letzten Zahlen für die Wismarer Altstadt sind erfreulich. 6200 Menschen leben im Zentrum von Wismar. Der Exodus scheint gestoppt. Trotzdem beobachten wir viel

Leerstand. In die sanierten Häuser sind zusätzliche Wohnungen gebaut worden. Fast jedes Dachgeschoß ist ausgebaut. So ist die Anzahl der Bewohner zwar gleich, aber gerade große sanierte Wohnungen stehen leer.

Eine Vielzahl der Altstadteinwohner lebt in den kommunalen Nachkriegsbauten und Ersatzbauten aus DDR-Zeiten, während in den prächtigen Wohntagen der Bürgerhäuser Bewohner eher die Ausnahme sind. Hoffnungsvoll ist aber auch die Aussage der Statistik, daß sich die Anzahl der Bauanträge nicht verändert hat, sondern eher noch im Ansteigen begriffen ist.

Jeder Gang durch meine Stadt wird für mich zum Wechselbad der Gefühle. Natürlich bin ich stolz auf meine Stadt, auf das, was wir geschafft haben. Natürlich bin ich hoffnungsvoll, daß der eingeschrittene Weg richtig ist und zum Ziel führt. Aber zugleich erfüllt mich die bedrückende Sorge, wir könnten den Wettlauf mit dem Verfall verlieren. – Ich hoffe, wir haben genug Kondition.

Autoren

HELMUT BÖHME (1936) ist Inhaber des Lehrstuhls für Neuere Geschichte an der Technischen Hochschule Darmstadt, deren Präsident er lange Jahre war. Verschiedene Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zu sozialgeschichtlichen und wirtschaftspolitischen Aspekten vorwiegend des 19. und 20. Jahrhunderts. Seit 1980 als Honorarprofessor Vorlesungen und Seminare zur europäischen Stadtbaugeschichte im Fachbereich Architektur. Seit 1984 Mitherausgeber der Zeitschrift *Die alte Stadt*.

HARALD BODENSCHATZ (1946); Stadtsoziologe und Stadtplaner. Lehre an der RWTH Aachen und an der TU Berlin. Seit 1995 Professor für Planungs- und Architektursoziologie an der TU Berlin. Planerische Praxis in der Stadterneuerung. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Stadterneuerung, Stadtbaugeschichte und Architektursoziologie. Seit 1993 Mitglied der Redaktion der Zeitschrift *Die alte Stadt*.

AUGUST GEBESSLER (1929); Dr. phil., Honorarprofessor an der Universität Karlsruhe, ist seit 1995 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft *Die alte Stadt*. Ab 1943 Ausbildung im Flugzeugbau. Nach dem Krieg in München Studium der Kunstwissenschaft, der Klassischen Archäologie und der Geschichte. Ab 1958 im Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege. 1977–1994 Präsident des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg. Seit 1995 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft *Die alte Stadt*.

JÖRG LEIST (1935); Nach seiner Promotion 1962–1968 in der Landesverwaltung Baden-Württemberg tätig. Seit 1968 Oberbürgermeister der Stadt Wangen im Allgäu. – JOACHIM SCHEIBLE (1945); Studium der Architektur an der Universität Stuttgart; seit 1979 Freier Architekt und Sanierungsbeauftragter der Städte Wangen im Allgäu und Saulgau sowie seit 1987 der Stadt Ravensburg.

EUGEN SCHMID (1942), Bankkaufmann, Studium der Rechte in Tübingen und Kiel, Richter und Ministerialbeamter, Oberbürgermeister der Universitätsstadt Tübingen von 1975 bis 1999 und Vorsitzender des Städtetags Baden-Württemberg von 1995 bis 1999.

ROSEMARIE WILCKEN (1947); nach Studium der Humanmedizin Praktische Ärztin in Wismar 1973–1990. Wahl zur Bürgermeisterin der Hansestadt Wismar 1990 und Wiederwahl 1994. SPD-Mitglied seit 1989; politische Vorbilder: Helmut Schmidt, Uwe Ronneburger und Herbert Wehner. Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, Mitglied des Verwaltungsrates des NDR Hamburg, Mitglied des Nationalkomitees HABITAT II.

26. Jahrgang

4/99

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Mentale Konstruktion von Stadt

Mai Lin
Tjoa-Bonatz

Singapur und Penang.
Zwei Wege der Vermarktung

Michael Tokya-Seid

Nachkriegsplanungen für die historischen
Kerne von Köln und Bristol

Dieter Schott

Stadtprofile durch südwestdeutsche
Stadtverwaltungen vor 1914

Fred Kaspar

Altstadt – wissenschaftliche Fiktion oder
sentimentales Bild?

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft
Die alte Stadt und in Verbindung mit
Helmut Böhme, Eberhard Jäckel,
Jürgen Zieger und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Prof. em. Dr. OTTO BORST, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart (Herausgeber) – Prof. Dr. AUGUST GEBESSLER, Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N. (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft) – HANS SCHULTHEISS, Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N. (Chefredakteur).

Professor Dr. HARALD BODENSCHATZ, Technische Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Franklinstraße 28/29, 10587 Berlin – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbereich III: Geschichte, Universitätsring 15, 54286 Trier – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Universität Stuttgart, Fakultät für Architektur und Stadtplanung, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart – Dr. HELMUT HERBST, Museum und Galerie der Stadt Waiblingen, Postfach 1751, 71328 Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städtebauliches Institut, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart – Prof. Dr. RAINER JOOSS, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringer Straße 200, 73525 Schwäbisch Gmünd – Dr. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung, Schinkelstraße 1, 52062 Aachen – VOLKER ROSCHER, Bund Deutscher Architekten der Hansestadt Hamburg, Mittelweg 89, 20149 Hamburg – Prof. Dr. JOACHIM B. SCHULTIS, Erster Bürgermeister, c/o Stadtverwaltung Heidelberg, Baudezernat, Palais Graimberg, Kornmarkt 5, 69117 Heidelberg – Dr. DIETER SCHOTT, Technische Universität Darmstadt, Institut für Geschichte, Schloss, 64283 Darmstadt – Dr. HOLGER SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Institut, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Adresse der Chefredaktion erbeten: 73726 Esslingen am Neckar, Postfach 10 03 55, Tel. (0711) 35 12-32 42, Fax (0711) 35 12-24 18.

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mitgliederzeitschrift der ca. 160 Städte umfassenden Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. und erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 320 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 165,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 126,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 45,40 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart, Tel. 0711 / 7 86 30. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

Die mentale Konstruktion der Stadt

DIETER SCHOTT, Editorial 235

ABHANDLUNGEN

MAI LIN TJOA-BONATZ, Singapur und Penang. Zwei Wege zur Vermarktung einer
Geschichte 240

MICHAEL TOKYA-SEID, Welche »Alte Stadt« für die Stadt? Nachkriegsplanungen
für die historischen Kerne von Köln und Bristol 259

DIETER SCHOTT, Kunststadt – Pensionärsstadt – Industriestadt. Die Konstruktion von
Stadtprofilen durch südwestdeutsche Stadtverwaltungen vor 1914 277

FRED KASPAR, Altstadt – wissenschaftliche Fiktion oder sentimentales Bild? Plädoyer
für den bewussteren Gebrauch eines vertrauten Begriffes 300

AUTOREN 316

TAGUNGSBERICHT

»Ludwigslust zwischen Barock und Plattenbau«,
Die Herbsttagung 1999 der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. 317

KLEINE BEITRÄGE / BESPRECHUNGEN

HARALD BODENSCHATZ / JOHANNES GEISENHOF / ERICH KONTER, Deutschordensresidenz
Ellingen. Eine Ausstellung anlässlich der 1100-Jahrfeier der Stadt Ellingen 320

FRANK BETKER, Geschichte des Wohnens im bürgerlichen Zeitalter 322

Dieter Schott

Die mentale Konstruktion von Stadt

Editorial

Im Zeichen einer zunehmend medial überformten und durchdrungenen Kultur hat in den letzten Jahren Image-Arbeit für Städte eine noch gesteigerte Wertigkeit erhalten. Weil sich Städte, je nach Größe und Bedeutung in der regionalen, nationalen oder europäisch/globalen Standortkonkurrenz um Betriebe und Investoren, potente öffentliche Institutionen oder kaufkräftige hochqualifizierte Arbeitskräfte sehen, werden große Anstrengungen unternommen, das vermeintliche oder tatsächliche Image einer Stadt, das meist von Meinungsumfragern und Werbeagenturen ermittelt wird, zu korrigieren und positiv zu gestalten. Herausragendes Beispiel aus den letzten zwei Jahrzehnten ist etwa der sehr bewusst inszenierte Image-Wandel von Frankfurt, Anfang der 1980er Jahre noch als »Bankfurt« oder »Krankfurt« geschmäht, über das aufwendige Programm des Museumsufers, der »Alten Oper« und einiger hochkarätiger Bauten sich das Image einer »Kulturstadt« mit metropolitanem »Life-Style« zu geben. Dieser Imagewandel war tatsächlich, was die Wahrnehmung Frankfurts in der Bundesrepublik und auch im Ausland angeht, relativ erfolgreich, auch wenn sich an vielen der städtischen Grundtatbestände, die einst zu dem negativen Image beitrugen – hohe Kriminalitätsrate, hoher Ausländeranteil, Drogenszene, Dominanz der Banken als Wirtschaftsfaktoren – substanziell nicht viel geändert hat.

Ähnliche Prozesse der materiellen wie mentalen Umgestaltung von Stadtlandschaften vollzogen sich in den letzten Jahren in zahlreichen Städten des Ruhrgebiets, die einerseits durch die rapide Deindustrialisierung den auch räumlich stadtgestaltenden Kern ihrer wirtschaftlichen Identität verloren haben, andererseits durch aufwendige Sanierungsprogramme wie die IBA Emscherpark und Landesprogramme die Chance erhielten, lange Zeit einer urbanen Nutzung unzugängliche und kontaminierte Areale wieder nutzen zu können. Etliche der Revierstädte (z. B. Bochum, Duisburg) versuchen nun mit wechselndem Erfolg, durch vermeintlich publikumswirksame Spielstätten von Musicals Touristen in die Stadt zu ziehen, oder durch aufwendige Konsumtempel neue zentrale Attraktionspunkte zu schaffen (Oberhausen – »CentrO«), um so nicht nur die Kaufkraft der Festival-Besucher und Konsumenten abzuschöpfen, sondern darüberhinaus den positiven Wandel der Landschaft – »das Ruhrgebiet wird grün« – gegen das immer noch außerhalb des Reviers vorherrschende Negativ-Image zu verbreiten und zu popularisieren.

Das vielleicht eklatanteste und auch politisch am meisten aufgeladene Beispiel von Image-Politik sind die Debatten, die sich in den letzten Jahren um Berlin entfalteten.

Ausgelöst vom Beschluss des Deutschen Bundestags von 1991, den Regierungssitz gemäß der Festlegung im Grundgesetz nach Berlin zu verlegen, setzte baulich eine gewaltige Umgestaltung der alten »Mitte« ein, die zum Regierungs- und Kommerzviertel umgemodelt wurde, andererseits entzündete sich aber auch eine heftige politische wie wissenschaftliche Debatte über das Image von Berlin. Galt Berlin bis zur Wende als eine zwar kulturell attraktive, wirtschaftlich aber völlig im Windschatten der deutschen und europäischen Entwicklung gelegene Großstadt, die im Zeichen massiver Subventionen bis zur deutschen Vereinigung eine Paradiesvogel-Existenz als »Sozialbiotop« und multikulturelles Experimentierfeld (»Kreuzberg«) geführt hatte, so wurde jetzt debattiert, ob Berlin dank der neuen Hauptstadtfunktionen und der damit verbundenen auch wirtschafts-politischen Zentralität (Verbände, Lobbyisten) wieder zu einer europäischen Metropole werden könne, der im Hinblick auf die Osterweiterung der EU eine wachsende politische und wirtschaftliche Bedeutung zukomme. Dabei wurden auch spezielle Phasen der Berliner Geschichte, insbesondere die 1920er Jahre stark ins öffentliche Bewusstsein gehoben als Periode einer metropolitanen Zentralität und Ausstrahlungskraft, an die man gerne anknüpfen möchte. Speziell in diesem Fall gewann die Image-Arbeit auch eine eminent politische Dimension, wurden in der Debatte über »Bonner« und »Berliner Republik« auch die Städte als »Chiffren« jeweils bestimmter historischer Tradition gehandelt, Berlin hier von den Kritikern einer Hauptstadtverlegung als Abkürzung der preußisch-deutschen autoritär-militaristischen Tradition.

Schwerpunktthema dieses Heftes der »Alten Stadt« ist die »Stadt im Kopf«, die »mentale Konstruktion«, d. h. die Entstehung und Veränderung von »Bildern« von Stadt und ihrer Teile, die wiederum die Prozesse der Nutzung und Aneignung von Stadt, vom Umgang mit städtischem Erbe wesentlich bestimmen. Im Einklang mit neueren kulturgeschichtlichen Ansätzen in der Geschichtswissenschaft gehen die Autoren davon aus, dass sich die Wahrnehmung von Städten, deren Nutzung, und letztlich insbesondere auch der Diskurs über ihre Veränderung und Fortentwicklung über bereits vorgeprägte »Bilder« im Sinne von Wahrnehmungsmustern vollzieht, Stereotypen, ohne dass allerdings diese »Bilder« notwendig fixiert, stabil sind. Weil zumindest bei den Bewohnern einer Stadt und ihren Besuchern neben der »Stadt im Kopf« auch die »Stadt zu den Füßen«, also die benutzte, durchquerte, erlittene und stimulierende Stadt in einer unauflösbaren Spannung steht, kann sich die »Stadt im Kopf«, sollte sie nicht zu einem bloßen, letztlich für lebensweltliche Orientierung untauglichen Klischee verkommen, nie völlig von der materiellen Stadt lösen. Deshalb wird es in den Beiträgen auch nicht nur um Ideologieproduktion, um Visionen, sondern auch um städtebaulich-räumliche Veränderungsprozesse gehen, die für die mentale Konstruktion von Stadt jeweils neue Herausforderungen darstellen.

Wenn man kommunale Debatten in deutschen Städten z. B. vom Ende des 19. Jahrhunderts analysiert, stellt man schnell fest, dass den Positionen, Argumenten und Ent-

scheidungen der Akteure meist bestimmte, harmonisierende oder auch konkurrierende »Bilder« und »Vorstellungen« von ihrer Stadt zugrunde liegen. Diese Bilder sind das Resultat sozialer Konstruktionsprozesse. Bilder, »Images«, »mental maps« entstehen im Zuge diskursiver Prozesse, durch Interaktion zwischen den Bewohnern einer Stadt, durch Kontrastierung von Selbst- und Fremdwahrnehmung, durch Selektion bestimmter als besonders wichtig oder typisch erachteter physischer oder auch sozialer Merkmale. Die Herstellung solcher Bilder, solcher »mentaler Karten« hilft – wie Jürgen Reulecke betont – »bei der Verständlichmachung von Welt, liefert also Sinn und besitzt insofern eine strukturierende Funktion. Es macht die Umwelt »lesbar«, gibt Sicherheit, liefert die Grundlage für Handlungspotentiale.« Diese Bilder – so Detlef Briesen – besitzen eine »Realität für sich«, sie verweisen auf soziale Lebensformen und gebaute Umwelt, repräsentieren diese jedoch nicht im Sinne eines wahrheitsgetreuen Abbildes. Sie sind Produkte menschlicher Imagination, die mehr oder weniger mit der realen Welt in Einklang stehen. Sie werden vor allem von den kulturellen und politischen Eliten produziert, um bestimmte Bedürfnisse wirtschaftlicher Vermarktung oder auch kulturelle Mode zu befriedigen.

»Bilder« von Stadt beziehen sich auf Zeit und Raum. In der Zeitdimension wird jedes »Bild« von Stadt auch ein »Geschichtsbild« enthalten. Und die historische Dimension des »Bildes der Stadt« dürfte umso differenzierter, detaillierter und bedeutsamer sein, je stärker und weitreichender die Verflechtung der persönlichen bzw. familiären Biographie mit der Stadtgeschichte empfunden wird. Aus dem Geschichtsbild werden häufig auch Aussagen über die gegenwärtige Lage und die erwartete, erwünschte oder befürchtete zukünftige Entwicklung der Stadt abgeleitet, Wunsch- oder Schreckens-Szenarios entwickelt.

Räumlich beziehen sich »Bilder« von Stadt auf die physische Struktur der Stadt, ihre naturräumliche Lage, ihre Topographie, ihre Straßen, Plätze, Häuser und Anlagen. Stadt wird in solchen »Bildern« mental konstruiert; die Bilder repräsentieren die individuelle wie gesellschaftliche Auseinandersetzung und Aneignung der jeweiligen »Bild«-Produzenten mit Teilen der Stadt wie auch ihrem Ganzen. Orte in der Stadt tragen Bedeutungen, sind verknüpft mit je spezifischen Erinnerungen. Im Verfall, Abriss, Neubau, Umbau verändert sich die physische Stadt, und dieser Wandel provoziert Reinterpretation, Akzeptanz oder Ablehnung, Neudefinition von mentalen Grenzen, sozialen Hierarchien, funktionalen Verteilungsmustern.

In ein »Gesamtbild« von Stadt fließen auch Vorstellungen ein, die sich aus primären oder sekundären Erfahrungen mit anderen Städten speisen, aus hegemonialen normativen Überzeugungen darüber, was eine »Stadt« ist, bzw. wie sie sein sollte. Jenseits je spezifischer, von Schicht, Geschlecht, Alter, Wohnort und anderen Variablen abhängiger »Bildkonstruktion« einzelner Städte vollziehen sich intersubjektive Kommunikationsprozesse, die zu einer ansatzweisen Verständigung über diese Gesamtbilder, zu allgemein akzeptierten, d. h. hegemonialen Interpretationen führen. Die

»Alte Stadt« gewinnt für dieses »Gesamtbild« im 20. Jahrhundert eine besondere Bedeutung, wobei sich diese Bedeutung vielfach erst historisch, im Prozess der kriegsbedingten oder auch planmäßigen Zerstörung und Eliminierung der alten Bestandteile von Stadt herauskristallisierte, wie der Beitrag von Michael Toyka-Seid am Beispiel von Köln und Bristol zeigt. Die »Erfindung der Alten Stadt« war dann – so argumentiert Helmut Böhme – »die Antwort auf einen degenerierten Funktionalismus, der nur noch störte« (vgl. Die alte Stadt 3/1999). Die Erfahrungen mit Stadtsanierung, behutsamer Stadterneuerung und Denkmalpflege der letzten 20 Jahre in Westeuropa zeigen, dass dieses Bedürfnis nach einem Stadtbezirk, der gewissermaßen in sich die historische Tradition verkörpert, offenbar weit verbreitet ist. Solche »Haltepunkte« historischer Identitätsstiftung werden teilweise sogar, wie die berühmte Fachwerkzeile auf dem Frankfurter Römerberg, ex nihilo und mit modernen Baustoffen rekonstruiert.

Mit den hier versammelten Beiträgen soll zum einen die Frage nach der »mentalen Konstruktion von Stadt«, nach den Bildern, die das städtische, auch denkmalpflegerische Handeln mitbestimmen, regional ausgeweitet werden, um auch nach dem Umgang mit historischem baulichen Erbe in multiethnisch geprägten ehemaligen Kolonialstädten Südostasiens zu fragen. Der Beitrag von *Mai Lin Tjoa-Bonatz* ist hervorgegangen aus einem von der DFG geförderten Forschungsprojekt an der TU Darmstadt zu »Wohnen in historischen Kernstädten Südostasiens«, das das Ziel verfolgte, die Prozesse der Umnutzung und Verdrängung traditioneller Formen von funktional gemischtem Wohnen und Arbeiten aus den historischen Kernstädten zu dokumentieren, die Einstellungen der Bewohner zu erfragen und diese Verdrängungs- und Umnutzungsprozesse auf einer strukturellen Ebene mit bereits früher vollzogenen Stadtbau-Prozessen in Europa zu vergleichen. Tjoa-Bonatz identifiziert nun die Triebkräfte für die Entdeckung der »Alten Stadt« in Singapur und Penang im Tourismus. Erst der wirtschaftliche Druck nachlassender Attraktivität Singapurs für Touristen bewog die Regierung zu einer Kurskorrektur in der rigorosen Sanierungspolitik.

Die ebenfalls aus dem Forschungsprojekt hervorgehende Studie von *Michael Toyka-Seid* fragt nach der Bedeutung von historischen Kernstadtquartieren, von Elementen der »Alten Stadt« für Stadterneuerung und Stadtentwicklung in Köln und Bristol. Das Äquivalent des Bristol Hafens stellt in Köln das bereits in den 1930er Jahren »wieder-erfundene« Martinsviertel am Rhein dar, das ungeachtet relativ freizügiger Rekonstruktionsweisen heute für die Kölner und die Touristen ihre »Altstadt« konstituiert, nach Toyka-Seid ein Prozess der »selektiven Historisierung«.

Der Beitrag des Verfassers, ebenfalls am Forschungsprojekt beteiligt, untersucht die »Konstruktion von Stadtprofilen durch süddeutsche Stadtverwaltungen vor 1914« am Beispiel der Städte Darmstadt, Mannheim und Mainz. Es wird gezeigt, wie auf allgemein-urbanisierungsgeschichtlicher wie auch individuell-städtischer Ebene um die

Jahrhundertwende ein gesteigertes Bedürfnis nach einer bewussten »Image-Politik« der Stadtverwaltungen sich entwickelt hatte.

Aus der Jahrestagung der »Alten Stadt« in Minden Mai 1999 resultiert der Beitrag von *Fred Kaspar*, der als Denkmalpfleger nach dem Gehalt von »Altstadt – wissenschaftliche Fiktion oder sentimentales Bild?« fragt. Ausgehend von praktischen Beispielen bei der Erarbeitung eines baugeschichtlichen Inventars für die Stadt Minden erläutert Kaspar an vielen Beispielen wie sehr in praktische Vorgaben von Bauforschung letztlich unhinterfragte Vorannahmen über den Charakter von Altstadt mit einfließen, etwa die Annahme, vorindustrielle Bausubstanz gebe es nur innerhalb der ehemaligen Stadtmauer. Kaspar fordert, in unser Bild der »alten Stadt« Wandel und Dynamik mit aufzunehmen, zu akzeptieren, dass die noch funktionierende Stadt ständigen Umbau- und Umnutzungsprozessen unterworfen war.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Beiträge in Methode, Raum und Zeit dürfte doch als gemeinsamer Nenner die große Bedeutung der Konstruktion von »Bildern« von Stadt für den jeweiligen Umgang mit Stadt, Stadtveränderung und Stadtbau deutlich werden. Aufgrund der Tatsache, dass die »Bilder« der herrschenden Akteure in der Regel wesentlich besser dokumentiert sind, auch vielfach die städtebauliche Praxis entscheidend prägten, wurde ihnen höhere Aufmerksamkeit geschenkt, was aber, wie das Beispiel steckengebliebener oder gescheiterter Planungen wie der Hafenumbau von Bristol zeigt, keineswegs bedeutet, dass die »Bilder« der städtischen Bevölkerung irrelevant wären. Allerdings entsteht ein Spielraum für Partizipation, für das aktive Einbringen eigener »Bilder« in den städtischen Entscheidungsprozess erst dann, wenn es zu Elitendissens kommt, oder wenn – wie in Singapur – wirtschaftliche Erwägungen zu einem Politikwechsel beitragen, der dann in einer strukturell begrenzten, autoritären Öffentlichkeit Denkmalschutz zum legitimen Gegenstand öffentlicher Debatten macht. Es bleibt zu hoffen, dass trotz Überflutung mit virtuellen Bildern und unverkennbaren Tendenzen zur »Disneylandisierung« von Stadt (vgl. Die alte Stadt 4/1998) die Widersprüchlichkeit und Vielschichtigkeit der realen Städte einer durchgängigen »Virtualisierung« von Stadt entgegenzuwirken vermag.

Mai Lin Tjoa-Bonatz

Singapur und Penang

Zwei Wege zur Vermarktung einer Geschichte

1. Einführung – Denkmalpflege und Tourismuskonzept

Georgetown auf der malaysischen Insel Penang¹ und der Stadtstaat Singapur sind britische Handelsgründungen an der Straße von Malakka, deren Geschichte seit Kolonialzeiten eng verwoben ist. Seit 1826 bildeten Penang und Singapur, zusammen mit der älteren Stadt Malakka, den Städtebund der »Straits Settlements«. Bei der nachkolonialen Staatswerdung erhielt die Bewertung ihrer multi-ethnischen Stadtkultur eine neue Sinnggebung. Ein wesentliches Anliegen des 1957 gegründeten Bundeslandes Malaysia und des seit 1965 unabhängigen Stadtstaates Singapur war hierbei die staatliche Ethnien- und Tourismuspolitik. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung seit den 70er Jahren setzten die Regierungen beider Länder zunehmende Akzente auf die nationale Sinnstiftung, die in einer allgemein verbindlichen Bezugnahme auf eine ethnisch-definierte Kultur- und Wertetradition gesucht wurde. Seit Mitte der 80er Jahre wurde die städtebauliche Denkmalpflege als Leitkonzept zur Tourismusförderung und Imagepflege dienstbar gemacht.

Der Städtevergleich² beleuchtet die Vermarktungsstrategie des Denkmalschutzgedankens unter zwei Aspekten. Zum einen bietet das Erhaltungskonzept einen Rahmen für die Tourismusförderung, die sich der Revitalisierung der Altstadtgebiete verschreibt, zum anderen spielt die ideologische Aufladung städtebaulicher Maßnahmen in der öffentlichen Diskussion wie auch innerhalb der administrativ-politischen Entscheidungszirkel eine große Rolle. Die Gewichtung der denkmalschützerischen Maßnahmen verlief in den beiden Kolonialgründungen unterschiedlich. Die Altstadtsanierung kann in Singapur als abgeschlossen gelten, während in Penang der Versuch der innerstädtischen Erneuerung noch in den Anfängen steht. Die südostasiatischen Stadtbeispiele machen deutlich, dass der Kulturtourismus als Mittel der nationalen

Sinn- und Identitätsstiftung von der ethnischen Politik nicht zu trennen ist und die Richtung der städtischen Erhaltungspolitik maßgeblich lenkt.

Das heutige Georgetown auf der knapp 300 km² großen Insel gehört mit seinen fast 400 000 Bewohnern zu den am dichtesten besiedelten Räumen Malaysias. Die Altstadt besitzt – unvergleichlich im südostasiatischen Raum – eine noch umfassend erhaltene Wohnhausarchitektur, die sich deutlich vielgestaltiger zeigt als es in der über-sanisierten Innenstadt der »Global City«-Singapur noch zu finden ist. Seit 1992 gab es daher intensive Bemühungen, Penangs Altstadt unter den UNESCO-Status eines Weltkulturerbes zu stellen. Die Größe des unter Denkmalschutz gestellten Gebietes (150,7 ha) erreicht nur einen kleinen Prozentsatz von dem Gesamtumfang in Singapur (2 600 ha), wäre aber aufgrund der reichen Altstadtsubstanz in Georgetown auf weite Teile der Stadt auszudehnen. Singapur hat mit seinem Nachbarland Malaysia nicht mehr viel gemein. Die »Löwenstadt«, wie der Stadtname auf Sanskrit übersetzt heißt, entwickelte sich innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte zu einer der wohlhabendsten Gesellschaften der Region. Der flächenmäßig winzige Stadtstaat, dessen Landesfläche kleiner als die Fläche der Hansestadt Hamburg ist, bildet mit dem geschäftigsten Hafen der Erde eine internationale Drehscheibe des Handels und kann über mehr als drei Jahrzehnte hinweg trotz der Wirtschaftskrise im Herbst 1997 ein steigendes Wachstum verzeichnen. Ohne Vergleich ist, dass Singapur 87% seiner fast drei Millionen Einwohner im öffentlichen Wohnungsbau versorgen kann. Die Effizienz des Planungsinstrumentariums und die zielgerichtete Implementierung der Denkmalschutzmaßnahmen besitzen Modellcharakter.

2. Grundzüge der Stadtgeschichten

1786 wurde die Insel Penang, die den Namen der Betelpflanze »Pinang« trägt, vom Verwaltungsbeamten der East India Company, Sir Francis Light, als erster britischer Stützpunkt östlich von Indien gegründet.³ 1819 wurde Singapur als zweite britische Hafenstadt etabliert, für deren Ausbau sich Sir Stamford Raffles verantwortlich zeigte.⁴ Beide Gründungen weisen bis zum heutigen Tag strukturelle Merkmale einer multi-ethnischen Kolonialstadt auf.⁵ Zum Gründungszeitpunkt waren beide Inseln bis auf einige Fischerdörfer unbewohnt. Die Siedlungen entstanden also praktisch »ex nihilo«. Beiden war von Anfang an die schwache indigene Prägung gemein. Die Ein-

¹ Im folgenden meint Penang vor allem die Stadt, wobei Bezüge auf die Insel oder den Staat Penang ausgewiesen werden. Seit 1947 bildet die Insel und die Provinz Wellesley auf dem malayischen Festland den gleichnamigen Bundesstaat von Malaysia.

² Die Auswahl der Städtebeispiele geht auf das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützte Projekt »Wohnen als Problem in historischen Kernstädten Südasiens« an der Technischen Universität Darmstadt zurück, das von 1994–1998 einen interdisziplinären Kreis an Wissenschaftlern vereinte (DFG-Abschlussbericht 1999). Hier bildeten die Singapur-Forschungen von Dr. Toyka-Seid eine wesentliche Quelle der Anregung.

³ J. Küchler, Penang Kulturlandschaftswandel und ethnisch-soziale Struktur einer Insel Malaysias, Gießen 1968; S.H. Hoyt, Old Penang, Singapur 1991.

⁴ C. M. Turnbull, A History of Singapore 1819–1988, Singapur 1989; M. Perry / L. Kong / B. Yeoh, Singapore. A Development City State, Chichester 1997.

⁵ A. D. King, Colonialism, and the World-Economy. Cultural and Spatial Foundation of the World Urban Systems, London 1991; D. Schott, Zur Genese der Kolonialstadt in Südostasien. Batavia und Singapur, in: TRIALOG 56/1 (1998), S. 14 mit Stadtplan.

wanderungspolitik der Engländer verschaffte den Inseln schnell einen rasanten Bevölkerungsanstieg. Neben den europäischen Kolonialherren zählten zu den ersten Siedlern die aus Südchina und vornehmlich aus Südindien Zugewanderten. Es folgten Malaien vom Festland, arabische Händler und andere aus dem Inselarchipel, die eine religiöse wie sprachlich heterogene Migrantengesellschaft entstehen ließen. Unterschiedliche kulturelle Verhaltensmuster, Siedlungskonzepte und institutionelle Formen existierten nebeneinander. Die Chinesen, die verstärkt im Verlauf des 19. Jahrhunderts einwanderten, übertrafen bald zahlenmäßig alle anderen ethnischen Gruppen. Heute machen sie immer noch die städtische Bevölkerungsmehrheit beider Städte aus, was in Malaysia allerdings nicht der Verteilung des Staates entspricht.⁶

Diese sozio-ökonomischen Merkmale einer Kolonialstadt lassen sich in Penang wie in Singapur auch stadträumlich veranschaulichen. Beide orientieren sich zum einen als Hafenstädte zur Küstenlinie, zum anderen weisen sie eine Trennung zwischen dem europäisch geprägten Verwaltungszentrum, einschließlich des europäischen Wohngebietes und den asiatischen Wohnquartieren der verschiedenen Einwanderungsgruppen mit ihren jeweiligen religiösen und wirtschaftlichen Mittelpunkten auf, die sich bis zum heutigen Tage erhalten haben. An der Nordostspitze der Insel wurde die Stadt Georgetown südlich der Militärfestung angelegt. Der Gründungsvater Sir Francis Light benannte die Ansiedlung nach George III. von England. Die großzügige Planung der breiten Straßen, das Schachbrettmuster mit der Festlegung der wichtigsten öffentlichen Bauten entsprachen den europäischen Gestaltungsprinzipien. Auf Sir Stamford Raffles geht der erste Stadtgrundriss von Singapur zurück, auf dem er bereits die bis heute im Stadtbild nachvollziehbare Segregation der Stadt in ethnische Viertel skizziert hatte: Chinatown jenseits des Singapore River am Hafen, das europäische Viertel mit den prominenten Verwaltungsbauten, weiter östlich das indische und das malaiische Viertel. Wie in Penang konzentrierten sich die Inder um die Marktstätten, während die Malaien die halb-ländlichen Gebiete am Stadtrand bewohnten und das chinesische Geschäftsviertel direkt am Hafen lag. Die Chinesen prägten das städtische Gebiet mit ihrer Hausbauweise der Shophouses,⁷ die sich deutlich von den Pfahlbauten der Malaien absetzen.

⁶ Die Hauptbevölkerung bilden die als »Söhne der Erde« bezeichneten »bumiputras« (Malaien und indigene Gruppen) mit 61,7%. Minderheiten sind Chinesen (29,7%) und Inder (8,1%); nach: Internationales Handbuch-Länder aktuell: Munzinger-Archiv 29 (1996).

⁷ Die singapurische Forschung hat den Bautypus als kulturelles Erbe der »Straits Settlements« in Anspruch genommen. Da die im Jahr 1822 von Sir Stamford Raffles erlassene Bauordnung eine einheitliche Fassadengliederung mit einem Laubengang bestimmte, wurde die Bauform auch als »Shophouse Rafflesia« bezeichnet. Neueste Forschungsergebnisse zeigen allerdings, dass die Bauweise in der älteren Gründung Penang schon mindestens drei Jahrzehnte früher existierten. Vgl. J. S. H. Lim, The »Shophouse Rafflesia«. An Outline of its Malaysian Pedigree and its subsequent Diffusion in Asia, in: Journal of the Malaysian Branch of the Royal Asiatic Society 66/1 (1993), S. 47–66; M. Tjoa-Bonatz, Ordering of Housing and the Urbanisation Process. Shophouses in Colonial Penang, in: Journal of the Malaysian Branch of the Royal Asiatic Society 71/2 (1998), S. 125.

Gekennzeichnet ist dieser städtische Haustyp durch die namensgebende Vermischung von Wohnen und Arbeiten. Abgeleitet vom südchinesischen Hofhaus modifizieren westlich geprägte Rahmengesetze (Bauflichtlinien, Brandschutzgesetze) und Maßnahmen der technischen Infrastruktur (öffentliche Fußwege, Sanitärausstattung) die Bauform. In beiden Gründungen prägten die Ordnungsvorstellungen der Kolonialherren den städtischen Raum und begründeten die ethnisch segregierten Wohnquartiere, die neben berufs- und sprachbedingten Verbindungen auch sozio-ökonomische Hierarchien widerspiegeln.

Die Stadt Penang wurde wegen ihrer klimatischen Vorzüge und ihrer landschaftlichen Einbettung bald als bevorzugter Luftkurort im anglo-indischen Kolonialreich bekannt, was den Reisetourismus bereits im frühen 19. Jahrhundert in diese Region in Gang setzte. Die Insel wurde zum regionalen Brückenkopf der nördlichen malaiischen Halbinsel ausgebaut, während sich Singapur, das verkehrstechnisch günstiger für den Schiffsverkehr lag, schnell zu einem wichtigen internationalen Umschlagplatz im Asien-Europa-Handel entwickelte. Die Eröffnung des Suez-Kanals 1869 und die Einrichtung einer regelmäßigen Dampfschiffahrtlinie trugen zum weiteren Aufschwung bei. Der enge Wirtschaftsaustausch zum Mutterland leitete seit 1874 den Abschöpfungskolonialismus des Imperialismus ein.⁸ Die steigende Nachfrage der Industriestaaten des Westens nach Agrar- und Tropenprodukten bescherte den »Straits Settlements« in den ersten Dekaden des 20. Jahrhunderts eine wirtschaftliche Blüte. Die einsetzende Urbanisierungsphase ist nicht nur auf den anhaltenden Wanderungsstrom, sondern auch auf die verstärkte Sesshaftwerdung und gefestigte Familiengründungen zurückzuführen. An der Wende zum 20. Jahrhundert zielten die Bemühungen der Kolonialverwaltung darauf, ihre südostasiatischen Gründungen zu britischen Musterbeispielen zu machen. Städtebauliche und gesundheitliche Konzepte veränderten das Stadtbild entscheidend. Dennoch konnten die ersten städtischen Maßnahmen die Begleiterscheinungen der Verstädterung, eine hohe innerstädtische Bevölkerungsdichte, Wohnungsnot und unzureichende Hygienebedingungen nicht in den Griff bekommen.⁹ Die Suburbanisierung beschleunigte den Verfall der historischen Bausubstanz in der Kernstadt.

3. Die frühen Jahre der Unabhängigkeit

Die kurze japanische Besatzung beendete die britische Zeit der »Straits Settlements«, die allerdings erst 1957 von der Kolonialmacht in die Unabhängigkeit entlassen wur-

⁸ Der Ostasien-Handel war von der Zielsetzung bestimmt, Waren und Profite nach Europa zu leiten. Vgl. D. Schott (s. A 5); J. Osterhammel, Kolonialismus: Geschichte-Formen-Folgen, München 1995.

⁹ B. S. A. Yeob, Contesting Space. Power Relations and the Urban Built Environment in Colonial Singapore, Kuala Lumpur 1996.

den. Zum Zeitpunkt des Austritts von Singapur aus dem malaiischen Staatenbund 1965 waren beide Städte durch eine extrem hohe Einwohnerdichte und Squattersiedlungen geprägt. Die Verwaltung sah sich vor die gleichen vordringlichen Probleme gestellt: Lösung der Wohnungsnot, Modernisierung der Wirtschaft und Kernstadterneuerung. Die 1970er Jahre markierten für beide Städte den Übergang von der ad hoc-Planungspraxis der kolonialen Zeit zu einer Konzeptplanung. Als Hauptschwierigkeiten bei der Belegung des städtischen Wohnungsmarktes erwiesen sich der Mangel an Privatkapital, die zersplitterten Besitzverhältnisse und die noch in kolonialer Zeit festgesetzte Mietpreisbindung. In Singapur wurde mit dem Stadtentwicklungsplan von 1971 eine Dezentralisierung durchgesetzt und die historische Innenstadt vorrangig als Dienstleistungszentrum konzipiert. Die Baulanderschließung erfolgte durch den Abriss innerstädtischer Bausubstanz und einer Hochhaus-Überbauung sowie durch eine stadtrandnahe Neulanderschließung für großflächige Wohnungsbauprogramme. Die Slumbereinigung und die öffentliche Wohnraumversorgung übernahm seit 1974 die staatliche Wohnungsbaugesellschaft. Mit dem nationalen »Zwangssparen« (»Central Provison Fund«), das in gleichen Teilen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeführt wird und heute 20% des Einkommens beträgt, wurde seit 1968 eine neue Politik zur Förderung des privaten Eigentums eingeführt. In Singapur wurde bereits zu Beginn der 80er Jahre mit einer umfassenden Wohnraumversorgung, dem Ausbau eines öffentlichen Nahverkehrssystems und städtetechnischer Infrastruktur die Altstadterneuerung eingeleitet.

Auch auf Penang wurde mit dem seit 1972 betriebenen Ausbau von exportorientierten Produktionszweigen ein beachtlicher Aufschwung eingeleitet. In der europäischen Tagespresse wurde die Insel mit ihrem Beinamen »silicon island«¹⁰ als einer der wichtigsten Industriestandorte Malaysias bekannt. Der Stadtentwicklungsplan von 1973 reflektiert bereits die als fortschrittlich zu bewertenden Bemühungen der Planer, das städtebauliche Erbe zu bewahren. Die historische Kernstadt wurde als Denkmalgebiet zonierte, und in einem ausgewiesenen innerstädtischen Erneuerungsgebiet entstand ein neues Verwaltungs- und Einzelhandelszentrum, dessen 65-stöckiger Turm weithin das Wahrzeichen der Stadt bildet. Die ökonomischen Boom-Jahre der 70er und 80er Jahre ermöglichten eine gute städetechnische Grundversorgung, wenn auch bis zum heutigen Tag gravierende innerstädtische Probleme bestehen blieben wie die unzureichende Wohnraumversorgung für mittlere und untere Einkommensschichten, strukturelle Defizite (Verkehrsplanung, Hochwassergefahr) und Folgeschäden, die sich mit der dynamischen Neulanderschließung ergaben (ökologischer Raubbau, Versorgungsengpässe). Das Bundesland Penang war 1980 mit 743 Einwohnern pro km²

¹⁰ J. Kynge, Penang finds it tough staying on Top, in: Financial Times 14.8.1996; N. Fold / A. Wangel, Sustained Growth but Non-Sustainable Urbanisation in Penang, in: Third World Planning Revue 20/2 (1998), S. 165–177.

die am dichtesten besiedelte Region Malaysias. Der nationale Durchschnitt lag bei 67 Einwohner pro km².¹¹

In den Jahren der Unabhängigkeit fehlte in beiden Städten ein probates Instrumentarium für eine kontrollierte Entwicklungsplanung. Anstelle von Sanierungsmaßnahmen für eine Wohnraumverbesserung bestimmten der flächendeckende Abriss der heruntergekommenen Bauten und Umsiedlungsmaßnahmen die Planungspraxis. Die mit der Geschichte der Kolonialzeit verbundenen Shophouses verkörperten Armut, Rückständigkeit und Überfüllung – kurzum: Sie widersprachen dem Bedürfnis nach Modernität und Fortschritt.¹² In Penang versuchten die Stadtväter, sich durch die Umbenennung von Straßennamen der leidvollen Kolonialgeschichte zu entledigen. Die Umwidmung betraf insbesondere commemorative Straßenbezeichnungen, die der Kolonialgesellschaft ein Namensgedächtnis setzten. Pitt Street mutierte zur Jalan Mesjid Kapitan Kling, Northam Road wurde zur Jalan Sultan Ahmad Shah. Die neuen Namensgeber sind malaiische oder andere asiatische Würdenträger des kommunalen Lebens, die die Gedächtnismarker der nationalstaatlichen Ausrichtung bezeichnen. In der Alltagssprache haben sich die wenig eingängigen Namen nicht durchgesetzt. Ähnlich wie in der Kolonialzeit, in der die ethnischen Gruppen unabhängig voneinander ihre Systematisierung der Straßenbezeichnungen etabliert hatten, bleiben auch im heutigen Penang neben den offiziellen die historischen Namen im Sprachgebrauch erhalten.

4. Städtebaulicher Denkmalschutz im Zeichen der Tourismusförderung

Die in den 1980er Jahren eingeleitete Wende der Stadterneuerungspolitik zum städtebaulichen Denkmalschutz – zunächst in Singapur, dann auch in Malaysia – muss in engem Zusammenhang mit der Tourismusentwicklung gesehen werden. Die Tourismusförderung spielte eine entscheidende Rolle für die Bewertung und den Umgang mit dem historischen Erbe. Die Aufwertung der urbanen Kulturlandschaft wurde in zwei Richtungen dienstbar gemacht. Die nach außen getragene Imagepflege war für den Prozess der Nationalstaatsbildung in diesen noch relativ jungen Staaten ein hilfreiches Mittel der ideologischen Sinndeutung. Die Umorientierung erfüllte damit das Streben beider Länder nach einer stabilen nationalen Identität. In beiden multi-kulturellen Staaten fehlten die übergreifenden identitätsstiftenden Faktoren für die nationale Gemeinschaft. Die seit der Kolonialzeit vorgegebenen sprachlich-kulturellen

¹¹ Goh Ban Lee, Urban Environmental Problems. A New Challenge to Local Government. The Case of Penang Island, in: J. Rüland (Hrsg.), Urban Governmental Development in Asia, München 1988, S. 210, Tab. 1.

¹² J.C. Jackson, The Chinatowns of Southeast Asia. Traditional Compounds of the Citys Central Area, in: Pacific Viewpoint 16 (1975), S. 45–77; A. Viaro, A la recherche d'un patrimoine perdu. La politique de conservation de Singapour, in: P. Clément / S. Clément-Charpentier / C. Goldblum (Hrsg.), Cité d'Asie, Paris 1995, S. 160.

Loyalitäten und religiösen Bindungen waren weiterhin ausgeprägt. Dieser Ethnozentrismus verstärkte die gesellschaftliche Fragmentierung des Staates und bot die Gefahr von ethnischen Spannungen. In beiden Städten stand desweiteren die ökonomische Nutzbarmachung der innerstädtischen Denkmalpflege im Vordergrund. Der Tourismus bildete eine der wichtigsten Devisenquellen. Der Massentourismus in den asiatisch-pazifischen Raum begann in den 70er Jahren und wuchs seitdem rapide an: 1970 entfielen 3% des Welttourismus auf die Region. Bis 1980 verdoppelte sich dieser Anteil. 1993 verzeichnete der ostasiatisch-pazifische Raum bereits 16% des Weltreiseverkehrs.¹³ Dieser Trend hält weiterhin an.

5. Denkmalschutzpolitik in Singapur

Der Umschwung zur städtebaulichen Denkmalpflege zu Beginn der 80er Jahre hatte mehrere Ursachen. 1983 gab der Rückgang der prognostizierten Touristenzahlen um 3,5% den Anstoß für ein Umdenken. Deren Wachstumsrate hatte zwischen 1976 und 1980 bei durchschnittlich 11% pro Jahr gelegen, war dann allerdings 1981 bereits leicht rückläufig gewesen. Auch die Hotelbelegung blieb unter der Zielvorstellung der Tourismusbehörde; einige Neubauprojekte mussten ganz eingestellt werden.¹⁴ 1986 erwirtschaftete die Tourismusindustrie 13,2% der gesamten Deviseneinnahmen.¹⁵ 1982 waren es zuerst Denkmalschützer aus dem privaten Sektor, die die Wiederbelebung traditioneller chinesischer Gewerbe in Zusammenhang mit der Entwicklung des Tourismus brachten. Zwei Jahre später wurde ein staatlich gefördertes Tourismusprogramm vorgelegt, in dem erstmals die städtebauliche Denkmalpflege favorisiert wurde: »In our effort to build up a modern metropolis, we have removed aspects of our Oriental mystique and charm, which are best symbolized in old buildings, traditional activities and bustling roadside activities.«¹⁶ Diese offizielle Selbstkritik der

¹³ P. Mullins, Consumerism, International Tourism and the Cities of Southeast Asia, unveröffentlichter Vortrag anlässlich des »Urban Dynamics Symposium of the University College London« 1996, Tab. 2.

¹⁴ Die Negativprognosen für die Folgejahre, einer Hotelbelegung von unter 50% für 1985, traten jedoch nicht ein. Vielmehr stiegen die Zahlen wieder seit 1987 auf 55%, sogar im Folgejahr auf 73%. Vgl. R. A. Smith, The Role of Tourism in Urban Conservation. The Case of Singapore, in: Cities (August 1988), S. 250.

¹⁵ Singapur verzeichnete die meisten Fernreisenden aus dem asiatischen Raum, die 1992 rund 30% des Touristenaufkommens im Stadtstaat stellten. 17% kamen aus Japan in das Einkaufsparadies, vergleichsweise wenige Touristen aus Australien (6%) oder Großbritannien (5%). Eindrucksvoll sind nicht nur die konstanten Zuwachsraten dieser Jahrzehnte, sondern auch das ungleichgewichtige Verhältnis von Touristen und Einwohnern. 1984 kamen auf 2,4 Mio. Einwohner 2,99 Mio. Touristen. 1993 waren es bereits doppelt so viele (6,4 Mio. zu 3,1 Mio. Einwohnern). Vgl. Department of Statistics (Hrsg.), Statistical Highlights. A Review of 30 Years Development. Singapore 1965–1995, Singapur 1996, S. 50–51.

¹⁶ K. C. Wong / Ministry of Trade and Industry (Hrsg.), Report of the Tourism Task Force, Singapur 1984, S. 6.

Verwaltung am Fortschrittsparadigma begründet sich darin, dass das modernisierte Singapur mittlerweile von den Reisenden als langweilig, sogar steril empfunden wurde und seinen asiatischen Charakter eingebüßt hatte. Deutlich vielfältiger wird das Image der Stadt im Tourismusentwicklungsplan für 1986–90 formuliert: »Tropical Island Resort, Clean and Green Garden City, International Sporting Events, Theme Park, Exotic East and Colonial Heritage«. Neben dem Unterhaltungs- und Erholungsprogramm umwirbt Singapur den Reisenden mit kulturell-historischen Werten. Die damit betriebene Vermarktungsstrategie des Kulturtourismus wird als »Ethno-Tourismus«¹⁷ bezeichnet, wenngleich der Einwanderungsstaat nie eine indigene Bevölkerungsgruppe besaß.

Die Zusammenführung der verschiedenen kulturellen Merkmale erfolgt nach der nationalen »CMIO« (Chinese, Malay, Indian, Other)-Selbstdefinition, die eine ausgleichende Ethnienpolitik im Vielvölkerstaat anstrebt. Das seit der Kolonialzeit vorgegebene Kategorisierungsschema reduziert die ethnische Vielfalt, die sich sehr viel kleinteiliger in unterschiedliche Sprach- und Religionszugehörigkeiten auffächert, in die drei rassistisch definierten Großgruppen. Die »CMIO«-Formel ist ein formales Zugeständnis an die ethnische Heterogenität, die einen Ausgleich zwischen der dominanten Gruppe der Auslandschinesen (77,7%) und der malaiischen (14,7%) bzw. indischen Minderheit (6,3%) sowie anderen Zuwanderergruppen (1,3%) sucht. Im staatlichen Wohnungsbau erfolgt die Einwohnerverteilung selbst auf der Hausebene nach dem in der Gesamtgesellschaft vertretenen Ethnienproporz. Die frühe Denkmalpolitik reflektiert dasselbe Bemühen um den gleich gewichteten Erhalt des multi-kulturellen Erbes. Mit der Etablierung der innerstädtischen Denkmalgebiete – dem malaiischen »Kampung Glam«, »Little India« und »Chinatown« – bekam jede der drei großen Bevölkerungsgruppen einen Kulturmittelpunkt in der Stadt zugewiesen. Die hier klar identifizierbaren touristischen Attraktivitäten bilden die Merkformel für die jeweiligen geschichtlichen Wurzeln, Festivals und Küchen – kurz gesagt: die gesamte städtische Kultur. Das Tourismuskonzept nutzt diese griffige Formel als Kulturmarker den Besuchern gegenüber. Der Gründungsgedanke von Sir Stamford Raffles wird mit der Aufteilung in ethnisch-definierte Viertel als historisches und damit bewährtes Prinzip bemüht.

Mit der 1964 gegründeten staatlichen Touristenbehörde wurden nicht nur die Auswirkungen des Tourismus gesteuert, sondern zugleich das touristische Angebot Singapurs als Teil der nationalstaatlichen Imagekampagne propagiert wie »Keep Singapore Clean« und »Towards a Green Garden City« im Jahre 1965, deren Ziel es nach Aussage der Behörde war, »to stimulate public interest to »Keep Our City Clean«, especially in places frequented by tourists.«¹⁸ Die zum nationalen Ethos erhobenen

¹⁷ L. Wai-Teng Leong, State and Ethnic Tourism in Singapore, in: M. Picard / R. E. Wood, Tourism, Ethnicity, and the State in Asian and Pacific Societies, Honolulu 1997, S. 85–88.

¹⁸ Singapore Tourist Association 1966/67, nach: L. Wai-Teng Leong, ebda., S. 78.

Sauberheitskampagnen dienten zur Abgrenzung gegenüber den Nachbarstaaten und zur Schaffung eines gleichermaßen auf asiatische wie westliche Touristen zugeschnittenen Images. Die enge Verbindung zwischen touristischen und sozialmoralischen Motiven verdeutlichen die zusammengeführten Begrifflichkeiten von Sauberkeit, Zivilisation und einer sozialen Gesundung der Stadt im Rahmen der erzieherischen Propaganda-Maßnahmen. Die ideologisch aufgeladenen »asiatischen Werte« (konfuzianischer Familiensinn, Gemeinschaftswille etc.) wie die Ordnung des städtischen Raumes mit der Verbannung des informellen Sektors oder der Fahrraddiebstahls von den Straßen entspringen derselben Politik für eine öffentliche Reinlichkeit.

Das Modernisierungsparadigma der städtischen Planung erhielt mit der Denkmalpflege eine neue Sinnggebung, die darin bestand, mit Hilfe einer nebulösen Rückwärtsgewandtheit eine nationale Identitätsstiftung zu kreieren.¹⁹ Das romantisch geprägte Nostalgie-Sentiment evoziert das Verlorene anhand verklärender Bilder aus der Geschichte. Der Stellenwert des Historischen kommt in den Kriterien, die der staatlichen Auswahl der Denkmalgebiete zugrundeliegen, zum Ausdruck. Nach einem unveröffentlichten, als »confidential« bezeichneten Bewertungskatalog wurden denkmalwürdige Bauwerke vorrangig nach ihrer ästhetischen und historischen Bedeutung evaluiert (65%), während der Seltenheitswert (20%) und das städtebauliche Ensemble zweitrangig blieben (15%).²⁰ Damit wurden zwei Leitbilder verfolgt: Zum einen trug das ästhetische Bemühen um die Fassadengestaltung (Farbe, Ornamentik, Sauberkeit) zur Popularisierung des Denkmalgedankens bei, zum anderen wurden gemeinsame Erinnerungswerte für die gesamte Staatsgemeinschaft geschaffen. Das ideologische Identifikationsmuster soll die Singapurer an ihr nächstes Umfeld, ihre Stadt und letztlich an ihre Nation binden. Hierbei dient das landestypische, wenngleich chinesische Shophouse als sinngebende Metapher, und die Gründungslegende von der prosperierenden Handels- und Hafenstadt bildet den ideologischen Rahmen.

Seit 1986 wurde das erste staatliche Pilotprojekt unter der nationalen Bau- und Planungsbehörde (»Urban Redevelopment Authority« kurz: URA) saniert. Die stärkere Berücksichtigung der Innenstadterneuerung fließt bereits in den »Masterplan« von 1986 ein, in dem erstmals innerstädtische Sanierungsgebiete zoniert werden. Denkmalschutz wird in diesen Planungsgrundsätzen sehr umfassend verstanden. Neben Erhalt und Sanierung des Baubestandes wurden auch Nutzungsverordnungen zum Schutz des traditionellen Gewerbes erlassen. Trotz der weitreichenden Reglementie-

rung und strengen Bauüberwachung wurden genügend finanzielle Anreize für eine denkmalgerechte Sanierung der Altstadt Häuser geschaffen. Neben der Befreiung von Entwicklungssteuer und der Stellplatzverordnung leitete die bereits 1988 erfolgte Aufhebung der Mietpreisbindung, die in Malaysia erst Ende 1999 geschehen soll, die Revitalisierung der Altstadtviertel ein. Als Vermittlerinstitution der damit eingeleiteten Umsiedlungsmaßnahmen von Altmietern beschleunigte die URA die radikale Veränderung des Bodeneigentums.

1989 wurde die URA zur nationalen Denkmal- und Planungsautorität erhoben, die, ausgestattet mit einem großen Mitarbeiterstab, folgende Verwaltungsbereiche zentralisiert: Bauleitplanung, Denkmalpflege, staatliche und teilstaatliche Projektbetreuung, Raum- und Entwicklungsplanung. 1991 wurden von der URA insgesamt 20 Denkmalgebiete ausgewiesen. Trotz der unbestreitbaren Erfolge der Innenstadterneuerung ist festzuhalten, dass die URA eine rein technokratische Planungsbehörde darstellt. Die quartiersbezogenen Sachbearbeiter wissen bezeichnenderweise nur wenig über die geschichtliche Entwicklung der ihnen zugewiesenen Viertel oder über das sozio-kulturelle Umfeld der ansässigen Bewohner, wie die im Rahmen des Darmstädter Forschungsprojektes ausgeführten Experteninterviews gezeigt haben.²¹ Die gesetzliche Verankerung der Denkmalpflege, zusammen mit einer Zentralisierung der Behördenstruktur und des Planungsinstrumentariums, ermöglichen eine rasche Implementierung. Diese zielgerichteten Durchsetzungsmöglichkeiten zeichnen die singapurische Altstadtanierung aus und bilden den fundamentalen Gegensatz zum zweiten Stadtbeispiel Penang.

Für die Tourismusbehörde Singapurs besteht das primäre Ziel in der ökonomischen Revitalisierung der Innenstadt durch die Ausweisung von tourismusorientierten Nutzungszweigen. Beispielhaft für diese Strategie sind die seit Beginn der 90er Jahre etablierten »Boutique Hotels«. Die zumeist als Familienunternehmen geführten Hotels in renovierten Shophouses sprechen mit ihrer exklusiven und individuellen Ausstattung eine wohlhabende Klientel des internationalen Tourismusmarktes an. Ihr Angebot verschreibt sich einer lokalen Prägung, die vorgeblich typisch für das Wohnen im vergangenen Singapur war. Das Ambiente wird in den Werbeleitbildern dementsprechend vage umrissen: »the new-meets-the-old« oder »East-meets-West«. Eine Hotelbesitzerin in Chinatown sieht in ihrem Unternehmertum eine Aufwertung des Viertels verwirklicht, das die damit verbundenen Verdrängungsmechanismen der Wohnbevölkerung aufwiegt: »Conservation has done good to the area because previously the place was all dilapidated. As for Singaporeans having a sense of affiliation to China-

¹⁹ B.S.A. Yeoh / L. Kong, The Notion of Place in the Construction of History, Nostalgia and Heritage in Singapore, in: Journal of Tropical Geography 17/1 (1996), S. 52–65; M. Toyka-Seid, Neue Freude am alten Singapur. Städtebaulicher Denkmalschutz als Teil einer urbanen Vision für das 21. Jahrhundert, in: TRIALOG 6/1 (1998), S. 20–24.

²⁰ Urban Redevelopment Authority (Hrsg.), Methodology for Selection, Assessment and Categorization of Buildings for Preservation and Conservation, adopted in 1992.

²¹ 1996 wurden Akteure der Stadterneuerungspolitik befragt, u. a. kommunale Entscheidungsträger, Architekten, Planer und Nichtregierungsorganisationen. Daneben wurde eine Haushaltsbefragung im Sanierungsgebiet »Blair Plain Area« in Singapur und im Altstadtrastr von Penang durchgeführt. Die qualitative und quantitative Auswertung dieser Daten liegt im DFG-Abschlussbericht 1999 (s. A 2) vor.

town, it's only the few old residents living here, and they are prepared to leave anyway.«²² Nutznießer der Vermarktungsstrategie des Kulturerbes ist also der Privatsektor, das Hotelwesen, die Gastronomie und das tourismusorientierte Kleingewerbe.

Die sozio-ökonomischen Auswirkungen der Altstadtsanierung werden in Singapur kontrovers diskutiert. Dabei geht es zum einen um die Frage, ob die Denkmalpflege die Erhaltung historischer Bausubstanz oder doch nur eine Fassadenkosmetik zum Ziel hat, zum anderen um den gesellschaftlichen Nutzen, ob die Stadterneuerung nur den Touristen oder auch den Bewohnern dient. Die einen unterstreichen, dass die lokale Bevölkerung von den eingetretenen Veränderungen ökonomisch profitieren kann. Die positiven Auswirkungen des Tourismus werden an der Revitalisierung, überhaupt dem Erhalt der Altbauten, an der Steigerung der Wohnqualität und der Schaffung kultureller Sichtmerkmale festgemacht. Eine 1989 durchgeführte Meinungsumfrage bestätigt die hohe Akzeptanz der Denkmalpflege als nationale Aufgabe.²³ Die anderen vertreten die Ansicht, die Altstadterneuerung habe nicht zu einer allgemeinen Steigerung der urbanen Lebensqualität beigetragen.²⁴ Die Kritik der Anwohner bezieht sich auf die Kommerzialisierung der Denkmalidee und die fehlende Authentizität der Renovierungen. Der neue Charme der alten Viertel sei lediglich für Außenstehende, Touristen oder Vorstadtbewohner, die die potentiellen Konsumenten der innerstädtischen Denkmalgebiete bilden, überzeugend.

Die öffentlich geführte »Heritage«-Diskussion leitete zu Beginn der 1990er Jahre eine Wende in der Denkmalschutzpolitik Singapurs ein. Seit 1991 wurden auch peripher gelegene Wohn-Enklaven zu Sanierungsgebieten erklärt, in denen den Anwohnern größere bauliche Gestaltungsmöglichkeiten zugestanden wurden. In den letzten Jahren findet die Gestaltung des öffentlichen Raumes in den Denkmalzonen eine stärkere Beachtung. Wurden die Straßenaktivitäten noch in den 80er Jahren verbannt, versprechen sich nun die städtischen Behörden durch eine Wiederbelebung des Kleingewerbes und der Schaffung von Freizeitanlagen im Außenraum eine Attraktivitätssteigerung entlang der fußläufigen Touristenwege. Die Entwicklungskonzepte zur Außenraumaufwertung, die u. a. eine Freiraumerweiterung, Platzgestaltung, Revitalisierung der rückwärtigen Erschließungsstraßen an den Shophouses umfassen, werden in der von der URA herausgegebenen Zeitschrift »Skyline« im März/April 1998 vor-

²² T. C. Chang, Heritage as a Tourism Commodity. Traversing the Tourist-Local Divide, in: Singapore Tropical Geography 18/1 (1991), S. 56.

²³ B. S. A. Yeoh / L. Kong, Urban Conservation in Singapore. A Survey of State Policies and Popular Attitudes, in: Urban Studies 31/2 (1994), S. 253–254.

²⁴ Kritische Beiträge von B. S. A. Yeoh / S. Huang, The Conservation-Redevelopment Dilemma in Singapore. The Case of the Kampung Glam Historic District, in: Cities 13/6 (1996), S. 411–421; A. R. Lew, Tourism and Quality of Life in Cities. Friend or Foe?, in: School of Building and Real Estate, National University of Singapore (Hrsg.), Proceedings of the 1st Conference on Quality of Life in Cities. Issues on Perspectives. Bd. 1, Singapur 1998, S. 431–439.

gestellt. Diese neuesten Aspekte der städtebaulichen Planung beweisen erneut die flexible Anpassungsstrategie und den Pragmatismus der städtischen Maßnahmen. Gleichzeitig stellt die durch die Kommerzialisierung eingeleitete Gentrifizierung der Innenstadt die Nachhaltigkeit der Konzepte, die im alleinigen Interesse der Tourismusförderung stehen, in Frage. Mittlerweile haben sich einzelne staatliche Sanierungsprogramme, wie das erste in »Tanjung Pagar«, als ökonomische Fehl kalkulationen erwiesen.²⁵ Der singapurische Architekt William Lim, einer der Mitbegründer der singapurischen Denkmalschutzbewegung, zeigt sich enttäuscht über das Resultat der Sanierungsabsichten und gesteht den Denkmalgebieten keinerlei historischen Charakter zu: »Chinatown is a big bluff for tourists. It has nothing to do with genuine conservation in the historical sense.«²⁶

6. Städtebauliche Entwicklungsplanung in Penang

Ähnlich wie in Singapur – wenn auch zeitlich versetzt – gaben Mitte der 80er Jahre Vertreter einer kulturbewussten Elite den ersten Anstoß für eine Initiative zum städtebaulichen Denkmalschutz in Penang. Die stärkste Stimme bildeten Denkmalgruppen mit ihrer massiven Kritik am Abriss kolonialzeitlicher Häuser, die vielgeschossigen Dienstleistungsgebäuden, wuchtigen Apartment- oder Hotelanlagen weichen mussten. Noch 1991 war der flächendeckende Abriss in Penang an der Tagesordnung, wie die Schlagzeile »Six historic buildings destroyed every week« der lokalen Zeitung »New Straits Times« beweist.²⁷ Die Aufklärungsarbeit der aktiven Verfechter des Stadterhaltungsgedankens blieb nicht ohne Folgen. Eine stärkere Berücksichtigung des Denkmalschutzes zeichnete sich auch unter den Architekten ab. Die Rückbesinnung auf das malaiische Architekturerbe in der Entwurfspraxis reflektiert die offizielle politische Linie, die sich gegen die Internationalisierung und Bevormundung des Westens wendet, um auch in der malaiischen Architektursprache einen eigenen Weg einzuschlagen. 1987–1993 unterstützten deutsche Entwicklungsgelder das Denkmalschutzkonzept. Nicht zuletzt dank der hiermit erreichten internationalen Lobby – auch hier ist eine Parallele zu Singapur zu erkennen – wurde ein Umdenken eingeleitet.

Die Denkmalpflege war zunächst auf die bauliche Instandsetzung von einzelnen, isoliert betrachteten und ästhetisch ansprechenden Gebäuden beschränkt. Zu Beginn der 80er Jahre wurden einige wenige Nationalmonumente unter Denkmalschutz ge-

²⁵ B. S. A. Yeoh / Lau Wei Peng, Historic District, Contemporary Meanings. Urban Conservation and the Creation and Consumption of Landscape Spectacle in Tanjung Pagar, in: B. S. A. Yeoh / L. Kong (Hrsg.), Portraits of Places. History, Community and Identity in Singapore, Singapur 1995, S. 46.

²⁶ W. S. W. Lim, 1995 zitiert in: E. Waller, Challenge of Tourism. A Comparison of Chinatown in Singapore and Melaka, in: Landscape East. Landscape Architects 6 (1997), S. 29.

²⁷ New Strait Times, 7. 3. 1991.

stellt. Mit dem Entwurf des städtischen Konzeptplans aus dem Jahr 1987 nahm die innerstädtische Entwicklungsplanung ihren Anfang. Hierin wurden die Altstadt als Denkmalgebiet ausgewiesen und Gestaltungssatzungen rechtsverbindlich niedergelegt. Neben dem Erhalt der Nutzungsmischung stand eindeutig die gewerbliche Entwicklungsförderung im Vordergrund. Eine fünfgeschossige Aufstockung und Gebäudebreiten von bis zu 12 m sind in der Altstadt zulässig. Angesichts der hier vorherrschenden zweistöckigen Niedrigbebauung und einer traditionellen Parzellenbreite von 4–6 m der Shophouses kann von einer Denkmalschutz(!)ordnung nicht die Rede sein. Die Merkmalsausprägungen, die entsprechend der historischen Textur des Stadtgefüges verordnet werden – wie Ziegeldeckung, Satteldach und Laubengang – sind nur architektonische Zitate, welche die zulässige Unverhältnismäßigkeit zu den umliegenden Gebäuden nicht ausgleichen können. Auch die seit 1996 überarbeiteten Konzepte zu neuen Ortssatzungen, die auch nur wieder maßstäbliche Auflagen in den Volumina und Proportionen verordnen, bringen nichts Neues im Hinblick auf ein stringentes Denkmalschutzkonzept für die Altstadt. Die Bauordnungen bewahren ebensowenig den Denkmalbestand mit seinen bislang durchgehenden Shophouse-Strukturen wie sie die gewachsenen Stadtbildqualitäten schützen.

Der Tourismus bildet für ganz Malaysia einen der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren. 1990 bildete er die zweitwichtigste Devisenquelle für Penang.²⁸ Ziele der Touristenströme sind die Städte Malaysias, so dass der Städtetourismus, der offiziell als Kulturtourismus unterstützt wird, ein wichtiges Konzept der nationalen Tourismusförderung darstellt. Die Städte Malaysias sind von Chinesen geprägt. In der Innenstadt von Penang bilden sie 66,6% der Bevölkerung, hiernach folgen zahlenmäßig die Malaien mit 22,3%, dann die Inder mit 10,4% (Zensusdaten von 1991). Diese ethnische Verteilung bestätigt sich auch in der Tourismusbranche: 1982 sind 73% Chinesen, 23,6% Malaien, 2,7% Inder und 0,7% andere als Fremdenführer und in der Hotel- oder Reisebürobranche tätig.²⁹

Seit der Einführung der staatlich verordneten Rassenpolitik in den 70er Jahren stärkt die offizielle Regierungspolitik den Einfluss der Malaien in der Wirtschaft und

²⁸ Als Folge der Werbekampagnen »Visit Malaysia Year« stiegen die Touristenzahlen nach Penang von 1.86 Mio. im Jahr 1990 auf 3,44 Mio. im Jahr 1996. 1994 waren 12% der erwerbstätigen Bevölkerung in der Tourismusbranche der Provinz Penang beschäftigt. Damit erwirtschaftete der Tourismus in Penang etwa 15% des Bruttoinlandsproduktes. Vgl. M. Oppermann, Tourismus in Malaysia. Eine Analyse der räumlichen Struktur und intra-nationaler Touristenströme unter besonderer Berücksichtigung der entwicklungstheoretischen Problematik, Saarbrücken 1982. Tab. 9; C. Cartier, Conserving the Built Environment and Generating Heritage Tourism in Peninsula Malaysia, in: Tourism, Recreation, Research 21/1 (1996), S. 45–53, Diagramm S. 47; Leong Yueh Kwong, Economic Growth Environment and Quality of Life, in: Tan Pek Leng (Hrsg.), Proceedings of the 1st Penang Economic Seminar of 4. 5. 1996, S. 70; M. Emmanuel, Penang to promote Heritage Tourism and Development, in: New Straits Times 4.3.1997.

²⁹ Abdul Kadir Hj. Din, Differential Ethnic Involvement in the Penang Tourist Industry. Some Policy Implications, in: Akademika 29 (1986), S. 13.



Abb. 1: Die »Beach-Street« gehört zu den ursprünglichen, im Kolonialraster angelegten Straßen und entwickelte sich im 20. Jahrhundert zum Bankenviertel. Im Hintergrund noch links und rechts der Straße die typische zweigeschossige Shophouse-Bebauung.



Abb. 2: Die »Beach-Street«, das Bankenviertel von Penang 1992. Deutlich wird die unmaßstäbliche Nachverdichtung einzelner Parzellen, die auf die übrige Bausubstanz keinerlei Rücksicht nimmt.

Kultur.³⁰ Diese »New Economic Policy« strebt an, die Staatsmehrheit der Malaien und indigenen Bevölkerungsgruppen stärker am gesamtwirtschaftlichen Aufschwung zu beteiligen. Ihr geringer Wirtschaftsanteil, insbesondere im Produktionssektor, und die hohe ländliche Armut unter diesem Bevölkerungsanteil waren die maßgeblichen Gründe für die damit eingeleitete Förderung der malaiischen Komponente in der Staatswirtschaft.³¹ Im städtischen Penang allerdings wurde die geforderte Wirtschaftsbeteiligung nie erreicht. Angesichts dieses staatlichen Rahmenkonzepts stellt sich die Frage, wie das in Penang vorherrschende chinesische Erbe in einem Staat gewichtet werden kann, der die malaiisch – angeblich indigene – Kultur zu fördern trachtet. Mitte der 70er Jahre wurden zunächst nur die Natursehenswürdigkeiten der Insel angepriesen (»beautiful scenery and exotic flora«) sowie die Hotel- und Freizeitkomplexe an den Stränden ausgebaut. Die Ethnienpolitik steht hier im Konflikt mit der nationalen Bewertung des städtischen Erbes.

Seit 1990 trat jedoch der Kulturtourismus an die erste Stelle und der Denkmalschutzgedanke wurde dafür nutzbar gemacht. Die Denkmalschutzbewegung gab den gedanklichen Anstoß zur Instrumentalisierung des baulichen Erbes. Die Entwicklungsstrategien für Penangs Innenstadt richteten sich auf eine privatwirtschaftliche Revitalisierung durch Umnutzung von Wohnhäusern in Hotels. Die staatlichen touristischen Entwicklungsausgaben für 1990–94 sahen eine Infrastrukturförderung (Flughafen- und Straßenausbau) vor. Die Modernisierung der Altstadt im Zusammenhang mit der Tourismusförderung geht Hand in Hand mit Interessengruppen, die den Standort der Altstadt kapitalisieren wollen. Die starke Lobby der Wirtschaftsverbände und Baugesellschaften verfolgt ihre Interessen an der Bauspekulation, indem sie sich durch eine Kapitalisierung im Sinne eines »living heritage« größeren Spielraum für bauliche Investitionsmöglichkeiten erhofft. Das Eigenbild für Penang als adrettes »Shopping-Paradies« erinnert an ähnliche Aussagen zur sauberen »heritage«-Welt von Singapurs Touristenmeile: »Penang will then become famous for its walking tours in the historic city, where well-presented heritage sites are linked by clean pedestrian malls.«³² Die für den Tourismus geschaffenen Eigenbilder, die auch in die deutsche Tagespresse einfließen, vermarkten Penang als »the Pearl of the East«.³³ Der damit beschworene Orient-Charme steht weiterhin in der kolonialzeitlichen Tradition einer romantisch-verklärenden Stadtrezeption, die schon der Reisechriftsteller Hermann Hesse bei seinem Penang-Besuch im Jahr 1911 vermittelte:

³⁰ J. S. Kahn, *Culturalizing Malaysia. Globalism, Tourism, Heritage, and the City in Georgetown*, in: M. Picar/R. E. Wood (Hrsg.), *Tourism, Ethnicity, and the State in Asian and Pacific Society*, Honolulu 1997, S. 99–127.

³¹ J. Eyre / D. Dwyer, *Ethnicity and Industrial Development in Penang, Malaysia*, in: D. Dwyer / D. W. Drakakis-Smith (Hrsg.), *Ethnicity and Development*, New York 1996, S. 182.

³² A. Ong, *What George Town can offer the Tourist*, in: *The Star* 24. 9. 1992.

³³ L. Siegele, *Keine Angst vor großen Taten*, in: *Die ZEIT* 29. 11. 1996.

»Die Stadt ist drollig elegant, eine Art Pseudorenaissance an allen Amts- und großen Kaufhäusern, die Chinesenhäuser einfach, leicht hübsch ... Dann tolle Rikschahfahrt durch die Stadt: überall brennendes Leben, Chinesen- und Malaien- und Hindustraßen ... Dann tauchte mitten in der grünen Tropenwildnis plötzlich eine Trambahn auf.«³⁴

Die Erneuerungsprojekte sind für die einzige innerstädtisch-malaiische Kulturreine, das »Armenian«-Denkmalschutzgebiet bislang am weitesten gediehen. Dies mag neben der ideologischen Aufladung auch daran liegen, dass in dieser Wohngegend der Entwicklungsdruck nicht so stark ausgeprägt ist wie in der Kernstadt. Die propagandistischen Züge der Vermarktungsstrategie erwecken fast den Anschein, als könne die positive Resonanz dafür herhalten, nicht noch andere Gebiete in gleicher Weise schützen zu müssen. Für diese Denkmalzone wird die tourismuswirksame Formel eines kulturellen Schmelztiegels (»Penangs Historic Melting Pot«) gefunden und das Typische in seiner »Straits-Born-Category« beschrieben. Diese Worthülse definiert den kleinsten gemeinsamen Nenner lediglich in der geographischen Einheit und vereint hiermit alle Kulturen der an der Straße von Malakka gebürtigen Siedler, ohne dabei konkret das Kulturerbe der größten Zahl der Migranten – nämlich das der Chinesen – benennen zu müssen. Plötzlich mutieren die chinesischen Shophouses zu typisch indischen Häusern, die euphorisch unter der Schlagzeile »Reviving the Glory of Little India Shopping« propagiert werden.³⁵ Die Innenstadt mit ihrem chinesischen Erbe ist in der Tourismuspolitik nicht thematisierungsfähig. Selbst die Altstadtbeschreibung als »Chinatown« in Analogie zum benachbarten Inderviertel »Little India« wird auf dem offiziell empfohlenen Touristenpfad durch das Gebiet nicht genannt. Beispielhaft für die Missachtung chinesischer Sichtmarken als die wesentlichen Komponenten der Stadtbildqualitäten ist die Verkehrsführung im Altstadttraster. Das Einbahnstraßensystem bedingt, dass der Verkehr auf der ehemaligen Hauptstraße des Chinesenviertels dem ältesten chinesischen Tempel den Rücken kehrt.

Anstelle einer eindeutigen Position für eine bestimmte kulturelle Prägung wird ein allgemein-unverbindliches Ambiente von kulturellem Erbe gesucht. Diese Haltung, die als Zugeständnis an die ethnische Vielfalt des Landes zu interpretieren ist, führt zu einer vorsichtigen Behandlung von Kultur und Geschichte, um nicht die nationale Ausrichtung des Staates auf das malaiisch-islamische Kulturerbe zu unterwandern. Die Vision für das 1999 als Penang-Jahr erklärte Motto »timeless impressions« ist genauso nichtssagend und leer wie das gesamte Potpourri der Touristenwerbesprüche für die Stadt, Penang sei ein »tropical wonderland«, »diversity and colour«. Die ambivalente Haltung zur kolonialen Vergangenheit wird durch die Überbetonung von naturverbundenen Stadtbildqualitäten ausgeglichen. Die auch in Singapur häufig

³⁴ H. Hesse, *Aus Indien*, Frankfurt 1980, S. 138–140.

³⁵ A. Chew, *Reviving the Glory of Little India Shopping*, in: *The Star* 7. 11. 1994.

bemühte tropische Gartenstadt-Idee, die mit dem Öko-Tourismus einen neuen Freizeitwert gewann, dient als städtisches Leitbild.³⁶ Beispielhaft ist die Fixierung der Stadtväter auf eine Stadtlandschaft mit Rasenflächen als pro-forma-Natur. Man erinnere an die Warntafeln »Beware of Falling Coconuts« an den Kokospalmen des Naturparks von Singapur! Nicht zuletzt diese fürsorglich gemeinten Hinweisschilder lassen Zweifel an einer natürlichen Umwelt aufkommen. Die ästhetisierende Park- und Raumgestaltung hat ihre Ursprünge im 19. Jahrhundert, und die Reiseberichte aus dieser Zeit, die die Einbettung Penangs in die üppige Vegetation rühmen, werden in den Werbebroschüren auch heute noch gerne zitiert. Die Natur-Bilder evozieren eine vorgebliche Harmonie und Einträglichkeit, gleichbedeutend mit der gewünschten Verbindlichkeit als kultureller Wert für die multi-ethnische Gesellschaft.

Die Modernisierung der Altstadt im Zeichen der Tourismusförderung treibt zuweilen groteske Blüten. Der 1996 von Australiern erstellte staatliche Entwicklungsplan für das »Armenian«-Gebiet verdient unter zwei Aspekten besondere Erwähnung, wengleich nichts von alledem gesetzlich verankert noch praktisch umgesetzt wurde. Als erstes ist bezeichnend, dass erst mit Hilfe einer internationalen Lobby der Blick der Penang-Bewohner wieder auf »ihre« Stadt gelenkt wird und sich die relevanten Gruppen erneut gemeinsam an einen Tisch setzen. Als zweites verdeutlichen die lediglich auf die Fassadenästhetik und Außenraumaufwertung abzielenden Gestaltungsvorgaben (Internet-Cafés, historisierende Straßenmöblierung mit poppiger Pflasterung und reicher Bepflanzung) die Einseitigkeit der westlich-orientierten Raumgestaltung. Die Modernisierungsvorstellungen der Kurzzeitexperten stellen weder eine Problemlösung für die eigentlichen Strukturdefizite der Innenstadt dar, noch bringen sie ein Kulturverständnis für die Potentiale der bestehenden Wirtschafts- und Sozialstruktur des Viertels auf.

Der Städtewettbewerb zwischen Penang und Singapur ist ein wichtiger Aspekt für die Ausbildung der städtischen Identität. Mehr als ein Drittel der Touristen nach Malaysia stammen aus den Nachbarstaaten, wovon die Singapurer allein zwei Drittel stellen.³⁷ Die kulturelle Identitätsschaffung ist reziprok, zum einen wird das Andersartige und Besondere von den Besuchern in leicht erkennbaren Schemata gesucht, zum anderen werden diese Bilder erst von den sie aufnehmenden Ländern gefunden oder erfunden. Die Abgrenzung zu den Nachbarstaaten spielt hierbei eine große Rolle. Das Kontrastbild Singapur, das sicherlich auch die außenpolitischen Spannungen der beiden Nachbarstaaten reflektiert, verhilft zur Eigendefinition in der Suche nach dem Authentischen und Eigenen von Malaysia. In bewusster Abgrenzung zu

³⁶ Vgl. L. Kong / B. S. A. Yeoh, Social Constructions of Nature in Urban Singapore, in: Southeast Asian Studies 34/2 (1996), S. 402–423; A. Körte, Singapur-Tropical City of Excellence, in: Der Architekt 2 (1998), S. 112–116.

³⁷ Vgl. J. Urry 1990, nach V.T. King, Tourism and Culture in Malaysia, in: Southeast Asian Journal of Social Science 20/1 (1992), S. 2.

Singapurs Ordnungspolitik und der Luxussanierung werden in Penang die Stadtbildqualitäten in der noch bestehenden Altbaustruktur und dem traditionellen Straßengewerbe gesehen. Ähnlich wie in Singapur gab es zu Beginn der 90er Jahre Tendenzen, den Straßenhandel als unmodern erachtete Gewerbeform aus der Altstadt zu verbannen. Hygienestandards und gesundheitliche Argumente dienten dazu, das Gewerbe zu diffamieren. Die Straßenhändler, die »Hawker«, wurden unter dem Vorwand von der Straße geholt, ihnen bessere Gewerbebedingungen in den »Hawkerzentren« zu ermöglichen.

Seit der tourismusorientierten Entwicklungsförderung der Innenstadt dienen Straßenstände wieder als durchaus willkommene Gewerbeform im Innenstadtbild und als kulturspezifisches Charakteristikum. Der Staatsminister gibt das Beispiel ab: »We have been making hawker food ›the official menu‹ at ›formal functions for foreign dignitaries«.

Im Gastronomie-Gewerbe bilden die Straßenhändler den wichtigsten Anteil: 1998 zählten hierzu rund 18 000 Beschäftigte auf der Insel.³⁸ Die chinesischen Gaststätten der »coffee shops« erfuhren in gleicher Weise eine Wiederbelebung in der Stadtkultur. Von einem neu erwachten Selbstbewusstsein zeugen die Werbestrategien der Vereinigung ihrer Betreiber, die die »heritage features« im Gegensatz zu den westlich geprägten Restaurants als Marktchance entdecken.³⁹ In der Kernstadt konzentriert sich das gastronomische Angebot in der Nähe der religiösen Kultstätten und chinesischen Landsmannschaften, die bis heute die traditionellen Sozialisationspunkte in der Stadt bilden. Die »coffee shops« und die daran angegliederten Essensstände auf der Straße besitzen nicht nur einen schichtenübergreifenden Freizeitwert, sondern sie versinnbildlichen auch die traditionelle Alltagskultur und die gemeinschaftsorientierten Werte der guten alten Zeit. Getragen vom nostalgischen Sentiment für Vergangenes bilden diese Einrichtungen mittlerweile wieder einen integralen Bestandteil des kollektiven »heritage«-Pakets.

Ausblick

In Penang kann man schwerlich von einer Denkmalschutzpolitik sprechen, da die Entwicklungsperspektiven für die Altstadt von sehr unterschiedlichen Leitzielen geprägt sind. Die politischen Entscheidungsträger oktroyieren nationale Konzepte, die im Zusammenhang mit der Förderung des malaiischen Kulturerbes stehen, so dass die chinesisch geprägte Innenstadt nicht jene ideelle Wertschätzung erlangen kann wie in Singapur. Anders als dort gibt es in Penang keine zentralisierte oder einflussreiche

³⁸ Lee Feng Fatt, State drawing up Strategy for Hawking Sector, in: New Straits Times 13. 4. 1998.

³⁹ Sitzungsbericht der »Province Wellesley Cafe Association«, in: The Star 16. 4. 1998. Zur Nostalgie der »coffee-shop«-Kultur vgl. Chua Beng-Huat, Political Legitimacy and Housing. Stakeholding in Singapore, London 1997, S. 152–167.

Denkmalbehörde wie die URA, die sich gleichzeitig für die kontrollierte Entwicklungsplanung wie die Vermarktung des kulturellen Erbes zuständig erklärt. Mangelhafte verwaltungstechnische und planungsrechtliche Voraussetzungen lassen in Penang zu, dass sich die städtische Entwicklungsdynamik verselbständigt (Korruption, illegale Abrissmethoden). Auf diese Weise und durch die nationale Tourismusförderung treibt die Regierung die Ökonomisierung der Altstadt voran. Mit der Aufhebung der Mietpreisbindung zur Jahrtausendwende ist eine Überbauung der historischen Altstadt zu erwarten, die die Zerstörung der historischen Bausubstanz besiegelt. Nicht von ungefähr wurde Penang jüngst in die offizielle Liste der gefährdeten Kulturstätten des »World Monuments Watch« aufgenommen. Die Bewusstseinsbildung für den Erhaltungsgedanken und damit die Wertschätzung der eigenen Stadtkultur ist in Penang noch wenig ausgeprägt.

Trotz der gemeinsamen Geschichte haben beide Städte in den letzten zwanzig Jahren verschiedene Konzepte zur Verwertung ihrer kulturellen Wurzeln gefunden. Der städtische Wettbewerb hat die beiden Chinesenstädte letztlich wieder zusammengeführt: Während der im April 1998 abgehaltenen Konferenz »Heritage and Habitat« der Technischen Universität Darmstadt in Penang wurde vorgeschlagen, Singapurern sollten als Ausgleich für den Verlust ihrer eigenen Kultur als Entwicklungshelfer in Penangs Erbe investieren: »Now Singaporeans are willing to invest in George Town's heritage conservation to preserve the past we have lost. Maybe Penangites can visit Singapore to see the future they do not want.«⁴⁰ Im Zuge der visionären Touristenpläne der Metropole für das 21. Jahrhundert, in denen der Stadtstaat die gesamte asiatisch-pazifische Region als Marketingpartner in seine Produktpalette einbezieht, scheint eine erneute Annäherung der beiden Kolonialgründungen für eine gemeinsame Geschichte als kollektives Produkt kein abwegiges Ansinnen mehr zu sein.

⁴⁰ Ang Su Ching / S. Habibu, Preserving Penangs Soul, in: The Star 5. 4. 1998.

Michael Toyka-Seid

Welche »Alte Stadt« für die Stadt?

Nachkriegs-Planungen für die historischen Kerne von Köln und Bristol

1. Einleitung

Das Alte auf keinen Fall auferstehen zu lassen – das war das Ziel vieler Architekten und Städtebauer, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg daran machten, die zerbombten Städte im alten Europa neu zu bauen. Aber die »Träume in Trümmern«¹ der Fachleute entstanden nicht auf einer Tabula rasa: Eine »Stunde Null« hat es in städtebaulicher Hinsicht nicht gegeben.² Ökonomische, rechtliche und bürokratische Rahmenbedingungen waren in Westdeutschland weitgehend intakt geblieben, ebenso die im 19. Jahrhundert entstandene unterirdische Infrastruktur der Städte. Nicht zuletzt gab es mentale Prägungen, die dem Traum einer von allem Bisherigen losgelösten »Neuen Stadt« entgegenstanden.

In den Leitbildern, welche die Aufbauplanungen der Nachkriegszeit prägten, erschien der historische Kern der Städte bestenfalls als eine vernachlässigbare Variable. Dennoch soll im folgenden der Umgang der Planer und Politiker mit der Alten Stadt im Zentrum stehen. Am Beispiel von zwei bedeutenden sekundären Städten, deren heutige Stellung auf ihre Rolle als mittelalterliche Handelszentren zurückgeht, wird gezeigt, in wie unterschiedlicher Weise die Verantwortlichen in Politik und Stadtplanung das historische Erbe der Städte in die Aufbauplanungen einbezogen. Als Ausgangspunkt der Darstellung dienen dabei neben der in Kürze skizzierten historischen Entwicklung von Stadt und Stadtbild die schon in den Vorkriegsjahren in Gang gekommenen grundsätzlichen Überlegungen zur Stadterneuerung. Diese erfuhren vielfach bei der Neugestaltung der Städte nach 1945 eine Neuauflage – ungeachtet der Tatsache, dass die Zerstörungen der Kriegsjahre zur »Korrektur« mancher vor 1939 als unbefriedigend empfundener Lösung hätten beitragen können. Weiterhin soll gefragt werden, wie die Reaktion der städtischen Öffentlichkeit auf diese Entwicklungen ausfiel und wie heute, ein halbes Jahrhundert nach dem Beginn des Wiederaufbaus, die Bilanz für die Alte Stadt ausfällt.

Die folgenden Überlegungen gehen auf das DFG-Forschungsprojekt »Wohnen als Problem in historischen Kernstädten Südostasiens« an der Technischen Universität

¹ W. Durth / N. Gutschow, Träume in Trümmern, 2 Bde., Braunschweig 1988.

² Vgl. Die Legende von der »Stunde Null«, in: Bauwelt 75 (1984), H. 11; K. von Beyme (Hrsg.), Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit, München 1992.

Darmstadt zurück, das die Prozesse von Stadterneuerung und Kernstadtsanierung im südpazifischen Raum aus historischer und architektonisch-stadtplanerischer Perspektive in Augenschein nahm.³ Als ein wichtiger Teilaspekt dieser Entwicklungen erschien der Zwiespalt zwischen dem lebhaften regionalen Städtewettbewerb sowie der den Städten im Kontext der nationalen Sinnstiftung zugewiesenen Bedeutung einerseits, und dem geringen Interesse von Staat, Stadt und Gesellschaft an der kulturellen und mentalen Bedeutung des gebauten und belebten historischen Erbes der Städte andererseits. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte mit der Alten Stadt im Okzident lassen erkennen, dass gerade in einer von tiefgreifenden Veränderungen erfassten Welt das Erinnern an frühere Erfahrungen nötig ist, sollen die Städte nicht im Chaos der »unbeabsichtigten Stadt« versinken und damit zugleich ihre Individualität verlieren.⁴ Es lag somit nahe, nach den Lehren – guten wie schlechten – zu fragen, die sich aus den Erfahrungen mit der Alten Stadt im Westen für die Erhaltung der historischen Kernstädte Südostasiens ziehen lassen. Anregungen lassen sich dabei, wie im Verlauf der Projektarbeit deutlich wurde, in erster Linie auf der Ebene von »Stadtbildern«, städtischer Identität oder der mentalen Konstruktion der Stadt finden, wobei die aus der Vielfalt der städtischen Entwicklung im Westen geronnenen allgemeinen Feststellungen als eine flexible, für vielfältige Fragen und Anforderungen offene Folie für die in Südostasien ablaufenden urbanen Prozesse dienen können.

Die Wahl von Bristol und Köln für die historische Vergleichsstudie des Projektes ergab sich aus einer Reihe von Kriterien: Beide Städte können auf eine lange und bedeutende Geschichte zurückblicken und haben zugleich die Transformation zu modernen Dienstleistungsmetropolen des ausgehenden 20. Jahrhunderts in den letzten Jahren recht erfolgreich vollzogen. Köln wie Bristol erfuhren zu einem nicht allzu lange zurückliegenden Zeitpunkt ihrer jüngeren Geschichte einen nennenswerten Veränderungsdruck im historischen Zentrum, der vielfältige Überlegungen zum Stadtumbau auslöste. Schliesslich waren beide Städte als Opfer des Bombenkriegs in den Nachkriegsjahren mit der Frage konfrontiert, wie historisch begründete Stadtidentitäten im Zuge der Stadterneuerung zu bewahren, respektive neu zu definieren waren, und welche Rolle der Alten Stadt oder Elementen der historischen Kernstadt in diesem Prozess zufallen sollte.

2. Bristol: Die langsame Umgestaltung eines mittelalterlichen Handelsplatzes

Bristol, im 11. Jahrhundert als »Bridg-stow« (der »Platz an der Brücke«) erstmals erwähnt, ist von seiner Gründung an ein Platz des lokalen und überregionalen

³ Eine Übersicht über wesentliche Ergebnisse dieses Forschungsprojektes finden sich in der dem Thema »Altstadterneuerung in Südostasien« gewidmeten Ausgabe der Zeitschrift TRIALOG 56/1 (1998).

⁴ M. Mönninger (Hrsg.), Stadtgesellschaft, Frankfurt/M. 1999.

Handels gewesen.⁵ Mit dem Ausgreifen Englands auf die außereuropäische Welt wurde die Stadt an der Mündung des Frome in den Avon auch zu einer Drehscheibe des weltweiten Warenaustauschs. Tabak aus Virginia, Zucker aus der Karibik, Gewürze aus Südostasien und nicht zuletzt der einträgliche Sklavenhandel ließen Bristol im 17. Jahrhundert zur zweiten Stadt im britischen Weltreich aufsteigen.⁶ Zwar folgte auf die kulturelle Blüte der Stadt⁷ unter der Herrschaft von König George III. am Ende des 18. Jahrhunderts mit der Industrialisierung eine Zeit des relativen Rückgangs, verursacht durch den Bedeutungsverlust des Hafens und die aufgrund der hügeligen Lage der Stadt eingeschränkten industriellen Ansiedlungsmöglichkeiten. Im späten 19. Jahrhundert aber gewann Bristol mit einer diversifizierten industriellen Produktion Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung und firmiert heute als Finanz- und Medienzentrum wieder als eine der führenden »provincial cities« im Vereinigten Königreich.

Die Stetigkeit der städtischen Entwicklung, die auch im Ausbleiben größerer sozialer Spannungen und kriegerischer Einwirkungen zum Ausdruck kommt, spiegelt sich in der lange Zeit gewahrten städtebaulichen Kontinuität wider. Bis in dieses Jahrhundert hinein waren die historischen Ursprünge Bristols im Stadtbild unschwer zu erkennen. Über die Brücke, die der Stadt den Namen gegeben hatte, gelangte man in das von Avon und Frome umflossene, von vier rechtwinklig angelegten Straßen gegliederte historische Zentrum – bis zum Zweiten Weltkrieg der Haupteinkaufsbezirk der Stadt. Von dieser Keimzelle aus war die Stadt seit dem 13. Jahrhundert die umliegenden Hügel hinauf- und schließlich mit dem Bau der berühmten Brunel'schen Hängebrücke in den 1870er Jahren schließlich auch über den Avon hinübergewachsen. Benjamin Donnes Plan aus dem Jahre 1773, eine der frühesten maßstabsgetreuen Karten der Stadt, vermittelt eine Vorstellung von diesem physischen Wachstum der mittelalterlichen Gründung.

Die Insignien des historischen Bristol – neben dem Altstadt kern und dem Hafen die Türme der zahlreichen städtischen Kirchen und nicht zuletzt »in the middle of the street, as far as you can see, hundreds of ships, their masts as thick as they can stand by one another«⁸ – waren noch in der neuzeitlichen Stadt unschwer zu identifizieren und den Bürgern Anlass zum Stolz auf »ihre« Stadt.⁹ »Stadterneuerung«, der großflächige Abriss historischer Wohngebäude zugunsten »moderner« Handelskontore und

⁵ Vgl. zur Geschichte Bristols allgemein B. Little, The Story of Bristol. From the Middle Ages to Today, Bristol 1991.

⁶ D. H. Sacks, The Widening Gate. Bristol and the Atlantic Economy 1450–1700, Berkeley 1991.

⁷ P. Gripiaios u. a., The Role of Inward Investment in Urban Economic Development: The Cases of Bristol, Cardiff and Plymouth, in: Urban Studies 34 (1997), S. 579–603.

⁸ A Pope, zit. n. J. H. Batty, Bristol Observed. Visitors' Impressions of the City from Doomsday to the Blitz, Bristol 1986, S. 69.

⁹ Vgl. J. Barry, Bristol Pride: Civic Identity in Bristol, c. 1640–1775, in: M. Dresser / P. Ollerenshaw (Hrsg.), The Making of Modern Bristol, Bristol 1996, S. 29 ff.

Verwaltungsbauten im Zentrum, war allerdings auch schon im 18. Jahrhundert ein Thema, wie einem Bericht des zeitgenössischen Sozialreformers Sir Frederick Morton Eden zu entnehmen ist.¹⁰ Die mittelalterlich geprägte Morphologie der Stadt aber blieb unangetastet, die zentralen Orientierungspunkte der städtischen Bevölkerung im Umfeld der alten Bristol Bridge waren intakt, wie ein 1870 gefertigter Blick auf Bristol aus der Vogelperspektive zeigt (vgl. Abb. 1).

Erst in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden baulich und infrastrukturell Fakten geschaffen, die Bristol weit von seinen historischen Ursprüngen entfernen. Im Zentrum der angestrebten Modernisierung stand die Lösung der Verkehrsfrage im engen Bristol Stadtkern. Träger der Entwicklungen war die städtische Verwaltung, die kurz vor dem Ersten Weltkrieg die Überbauung des letzten noch offenen Teilstücks des Frome im Stadtzentrum beschloss. In vergangenen Jahrhunderten hatte die Kanalisierung und allmähliche Abdeckung des Flusses den Weg für die räumliche Expansion der Stadt bereitet – jetzt nahm Bristol Abschied von einem wesentlichen Teil seiner maritimen Tradition. An die Stelle der Kaianlagen trat das »Centre«, Bristols geschäftige Straßenbahnumsteigestelle, ein Scharnier zwischen dem historischen Stadtkern und dem »neuen« Bristol. Mit dem historischen Stadtzentrum hatte dieses »Zentrum«, das schnell zur Hauptverkehrsader für den innerstädtischen Autoverkehr und zur Drehscheibe des städtischen Kulturlebens mutierte, allerdings wenig gemein. Unverkennbar aber begannen sich die städtischen Bezugspunkte zu verschieben.

Nicht minder symbolträchtig war die zweite »Großtat« der Stadtväter in jenen Tagen: 1935 wurde eine diagonale Schneise durch Bristols weithin gerühmten Queen Square geschlagen, der baumbestandene Platz – entstanden durch die Trockenlegung der Sümpfe am Zusammenfluss von Frome und Avon – dem stetig wachsenden Autoverkehr geopfert.¹¹ Der öffentliche Widerstand gegen dieses Zugeständnis an »the interests of that civilisation whose watchword is speed«, wie der lokale Poet Arthur L. Salmon schrieb,¹² blieb allerdings gering. Die Meinung der Mehrheit in der Stadt brachte ein als »Forward Bristol« zeichnender Korrespondent der Lokalzeitung mit seinem Angriff auf eine »mentality which wishes to preserve something on account of age« zum Ausdruck, die ihm nicht fortschrittsgemäß schien: »At present not one Bristolian in a hundred sees the beauty of Queen Square once a year; but with a new main road running through it, thousands will see it daily«.¹³

¹⁰ J. H. Batty (s. A 8), S. 91.

¹¹ Vgl. zur Geschichte dieses Platzes, der im topographisch benachteiligten Bristol eine der wenigen öffentlichen Freianlagen für die Bewohner der zunehmend verdichteten Innenstadt bildete, E. Ralph, Queen Square, in: Bristol & West County Illustrated News, April 1979.

¹² A. L. Salmon, The Spoliation of Bristol. A Protest, in: Bristol Evening Post 15. 9. 1936.

¹³ Leserbrief »Forward Bristol«, in ebda. 10. 9. 1936.

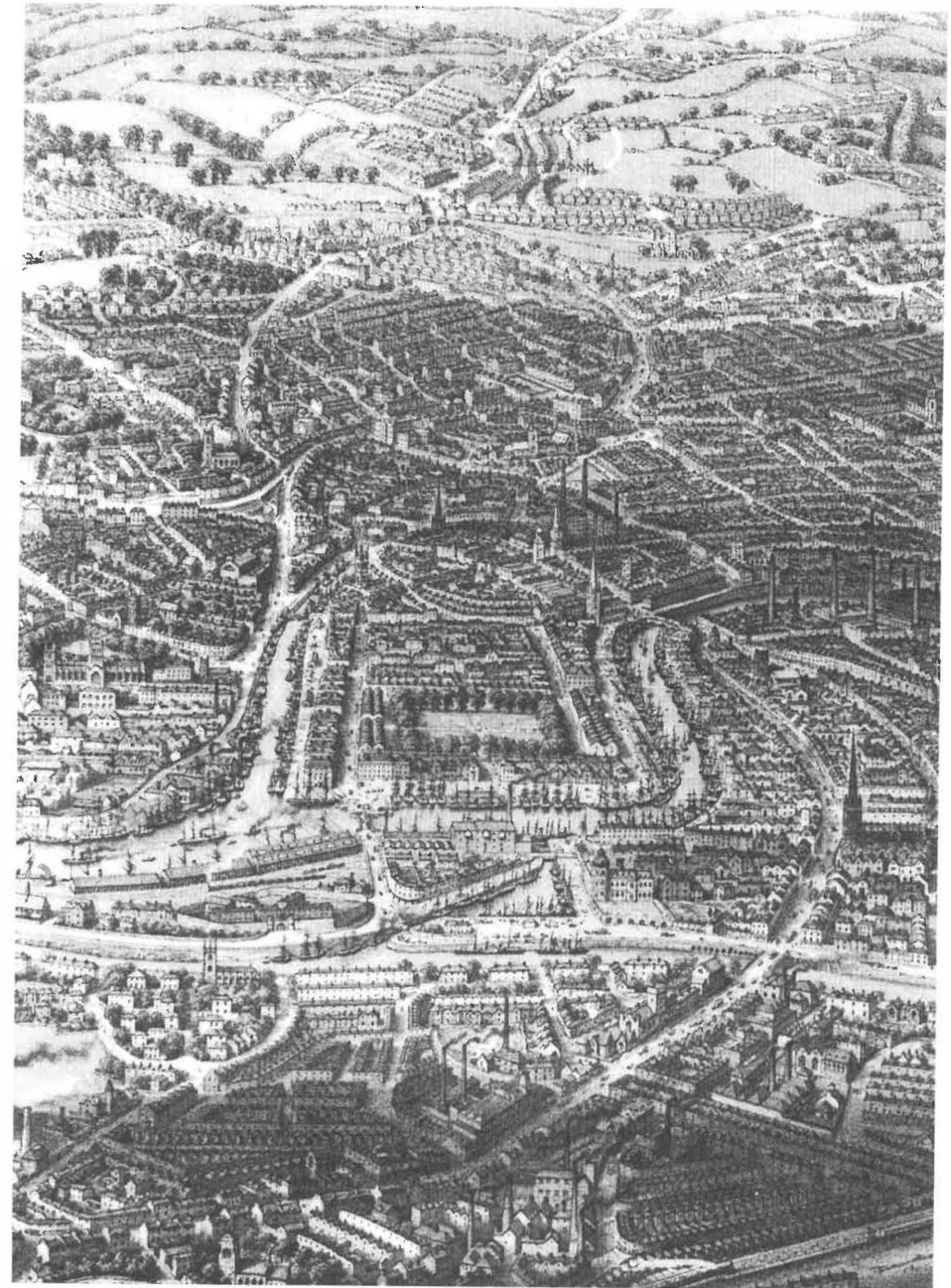


Abb. 1: Lavar's Panoramic View of Bristol from the South, 1870 (Ausschnitt; Quelle: Donald Jones, Bristol. A Pictorial History, Chichester 1991, Nr. 110).

3. Köln: Eingeschränkte Stadtentwicklung in der alten Römerstadt

Wie ihr englischer Gegenpart in dieser Untersuchung ist die rheinische Metropole Köln als Handelsstadt entstanden und groß geworden.¹⁴ Als römische Gründung aus vorchristlicher Zeit erlebte die Stadt ihre größte Blüte im hohen Mittelalter. Aus dieser Epoche datiert auch der greifbarste Beweis für enge Handelsbeziehungen zwischen den beiden früh kosmopolitisch geprägten Städten, eine Nachbildung des Kölner Dreikönigenschreins an einem Bristoler Armenstift. Fast zeitgleich mit der Überführung der Gebeine der Heiligen an den Rhein entstand an der Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert auch jene halbkreisförmige Stadtmauer, deren Präsenz fortan von der politischen und ökonomischen Macht des Kölner Bürgertums kündete und den Willen der Städter zum Widerstand gegen alle von außen hereinbrechenden Kräfte symbolisierte.¹⁵ Innerhalb des anfangs weit überdimensionierten Mauerrings wuchs die Stadt in den folgenden Jahrhunderten. Der Blick vom rechtsrheinischen Ufer auf die Rheinfassade mit dem unvollendeten Dom, den zahllosen Kirchtürmen und den im Hafen ankernden Schiffen, wie ihn die »Städtebücher« der beginnenden Buchdruck-Ära überlieferten, prägte fortan das Bild des »Heiligen Köln« nach außen wie auch im Selbstverständnis der Stadtbewohner¹⁶ (vgl. Abb. 2).

Wie Bristol zählte die Stadt am Rhein anfänglich zu den Verlierern des industriellen Umbruchs. Die mittelalterliche Stadtmauer, die durch den Ausbau Kölns zur preußischen Festungsstadt seit 1817 noch einmal verstärkt worden war, erwies sich als gewaltiges Entwicklungshemmnis. Der Anschluss an das wirtschaftlich prosperierende Umland unterblieb, zudem nahm mit dem rapiden Bevölkerungswachstum die Enge innerhalb der mittelalterlichen Stadtmauer dramatische Formen an: Zur Mitte des 19. Jahrhunderts wohnten mehr als 100 000 Menschen auf einem Areal von nur 400 ha.

Die Vollendung des gotischen Domes, symbolische Großtat eines neu erwachten deutschen Nationalbewusstseins im 19. Jahrhundert, rückte die Stadt am Rhein wieder in die erste Reihe der deutschen Städte. Das Schleifen der Stadtmauer in den 1880er Jahren eröffnete dann den Weg für die räumliche Expansion und den wirtschaftlichen Aufstieg Kölns.¹⁷ Begleitet wurde der städtische Aufschwung in städtebaulicher Hinsicht von einer Reihe bedeutender Stadtbaumeister, namentlich Joseph

¹⁴ Vgl. zum folgenden allgemein P. Fuchs, Chronik zur Geschichte der Stadt Köln, 2 Bde., Köln 1994.

¹⁵ P. Johanek, Die Mauer und die Heiligen – Stadtvorstellungen im Mittelalter, in: W. Behringer / B. Roeck (Hrsg.), Das Bild der Stadt in der Neuzeit: 1400–1800, München 1999, S. 28–32.

¹⁶ H. Borger, Die Stadt als Kunstwerk: Stadtansichten vom 15.–20. Jahrhundert, Köln 1982, S. 52–61; W. Herborn, Köln, in: W. Behringer / B. Roeck (s. A 15), S. 256–63; vgl. zum »Bild« der Stadt auch allgemein S. Kostof, Das Gesicht der Stadt – Geschichte städtischer Vielfalt, Frankfurt a. M. 1992.

¹⁷ K. Jasper, Der Urbanisierungsprozess dargestellt am Beispiel der Stadt Köln, Köln 1977, S. 21–36.



Abb. 2: Prospekt des Kölner Stadtpanoramas mit Dom, Groß St. Martin und Rheinhafen von Anton Woensam, 1531 (Ausschnitt; Quelle: P. Fuchs, Köln 2000 Jahre. Die Bildchronik, Köln 1997, S. 60).

Stübben in den 1880er Jahren sowie Fritz Schumacher in der Zwischenkriegszeit; als erste Stadt im Deutschen Reich richtete Köln auch im Jahre 1912 das Amt eines Stadtkonservators ein.¹⁸ Priorität besaßen in diesen Jahren allerdings die Stadt- und Grünflächenentwicklung, die Förderung der wirtschaftlichen Chancen sowie der soziale Wohnungsbau. Die in Stübbens Erweiterungsplan von 1881 vorgeschlagene Entdichtung des Geschäftsbereichs oder die bei Schumacher skizzierten Entwicklungsmöglichkeiten für die Kernstadt blieben dagegen stadtplanerische Gedankenspiele. Die begrenzten rechtlichen Kompetenzen der Stadtverwaltung, vor allem aber die organisierten Interessen der alteingesessenen Geschäftsleute im Zentrum Kölns verhinderten diese Stadtbau-Pläne der Experten.¹⁹ Aber auch ohne großräumige planerische Eingriffe veränderte die Alte Stadt im Gefolge der ökonomischen Veränderungen der Jahrhundertwende ihren Charakter: Das alte Köln innerhalb der neuen, an die Stelle

¹⁸ H. Kier, Köln – Denkmalpflege in einer 2000 Jahre alten Großstadt, Köln 1982, S. 121.

¹⁹ E. Illmer, Stadtkern und Stadtteile: Das Beispiel Köln. Von der Stadterweiterung 1881 bis zum Ersten Weltkrieg, in: B. Kirchgässner / H. Schmitt (Hrsg.), Stadtkern und Stadtteile, Sigmaringen 1991, S. 70–74.

der alten Stadtmauer getretenen Ringstraße wandelte sich zum Innenstadtbereich mit zentralen Funktionen für die schnell wachsende Großstadt.²⁰

Es blieb der nationalsozialistischen Stadtplanung vorbehalten, einschneidende und – ungeachtet späterer Kriegszerstörungen – dauerhafte physische Veränderungen im historischen Kern der Stadt vorzunehmen.²¹ Bezeichnenderweise waren es nicht die grandios maßlosen Umgestaltungspläne für die »Gauhauptstadt« Köln, die im Zeichen der nationalsozialistischen Neugestaltungspläne Gestalt annahmen: Weder das geplante »Gauforum« am rechtsrheinischen Deutzer Ufer noch die monumentalen Aufmarschplätze der Diktatur wurden tatsächlich gebaut, die »praktische Durchführung der nach der Anordnung des Führers zu erfüllenden Aufgaben für die Neugestaltung Kölns«²² blieb in Ansätzen stecken. Nur die Schneise der Ost-West-Achse für den innerstädtischen Durchgangsverkehr wurde noch vor Kriegsausbruch geschlagen – eine sicherlich nicht ganz zufällige Parallele zu den fast gleichzeitigen verkehrstechnischen »Modernisierungen« in Bristol.

An einer Stelle der Kölner Altstadt jedoch brach sich der nationalsozialistische Umgestaltungswille ungehindert Bahn: im »Rheinviertel« oder »Groß-St.-Martin«. Betroffen von der Sanierungsmaßnahme war ein Gebiet, das »im toten Winkel der Veränderungsinteressen und -prozesse des 19. Jahrhunderts«²³ gelegen, über die Jahrhunderte hinweg einen steten Abstieg erlebt hatte. Dessen ungeachtet zählte das Rheinviertel, südlich der romanischen Kirche Groß St. Martin situiert und vom Rhein nur durch die Rheinuferstraße getrennt, zu den historisch bedeutendsten Quartieren der Kölner Altstadt, eines der frühesten Siedlungsgebiete im nachrömischen Köln, war es doch zur Zeit der Blüte der Stadt im hohen Mittelalter ein zentraler Bereich der Kernstadt. Im Bild der Stadt, das Zeichner und Grafiker über die Jahrhunderte hinweg in die Vorstellungswelt der gebildeten Öffentlichkeit eingemeißelt hatten, bildeten die Fassaden des Martinsviertels, bis weit ins letzte Jahrhundert hinein noch von Hafenanlagen und Kauffahrtsschiffen verziert, neben Dom, Rathausturm und Groß St. Martin einen fast unverzichtbaren Bestandteil.²⁴

Nicht erst den Nationalsozialisten war der bauliche Verfall des im Windschatten der Kölner Citybildung befindlichen Quartiers ins Auge gefallen. Schon Schuma-

²⁰ K. Menne-Thomé, City-Bildung in der mittelalterlichen Altstadt. Zum langsamen Umbau von Köln, in: G. Fehl / J. Rodrigues-Lores (Hrsg.), Stadt-Umbau. Die planmäßige Erneuerung europäischer Großstädte zwischen Wiener Kongress und Weimarer Republik, Basel u. a. 1995, S. 153 f.; J. Klersch, Von der Reichsstadt zur Großstadt. Stadtbild und Wirtschaft in Köln 1794–1860, Köln 1925, S. 70 ff.

²¹ Vgl. zum folgenden W. Hagspiel, Die nationalsozialistische Stadtplanung in und für Köln, in: Geschichte in Köln 9 (1981), S. 89–107.

²² Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1938/39, S. 84.

²³ U. von Petz, Gegen »Dirnen« und »Verbrecher«: Altstadtsanierung in Köln in nationalsozialistischer Zeit, in: Geschichte in Köln 30 (1991), S. 5.

²⁴ Vgl. Abb. 4.

cher, sonst grundsätzlich kein Freund »künstlerischer Sanierungen«, hatte für behutsame Sanierungsmaßnahmen zur Sicherung der Rheifront plädiert, die ihm als wesentliches Element des Gesamtpanoramas erhaltenswürdig erschien.²⁵ Kurzfristig hatten die neuen Machthaber allerdings den Abriss des baulich und sozial »heruntergekommenen« ehemaligen Hafenviertels der wiederbelebten »Hansestadt Köln« ins Auge gefasst, auch um »Störungen« der neuen Blickachse vom »deutschen« Dom zum geplanten Gauforum zu beseitigen. Letztlich setzte sich aber die Idee einer Sanierung und Rehabilitierung in historisierendem Gewand durch, die »nicht nur die bauliche Sanierung des historischen Bestandes, sondern auch die Sanierung ihrer Nutzung« zum Ziel hatte.²⁶ Charakteristischerweise firmiert die Sanierung des Martinsviertels in praktisch allen zeitgenössischen Schriften unter den euphemistischen Begriffen »Altstadtgesundung« oder »Gesundungsmaßnahme«.²⁷ De facto bedeutete die in den Jahren nach 1935 durchgeführte »Erhaltungsmaßnahme« in der überwiegenden Zahl der Fälle einen weitgehenden Abriss und Neubau der Häuser, einzig die Fassadenteile wurden im großen und ganzen im ursprünglichen Zustand belassen. Die historischen Vorgaben wurden dabei als beliebig zu variierende Manövriermasse verstanden, die mittels moderner technischer und planerischer Methoden in dem von den Nationalsozialisten favorisierten »historischen« Stil aufgehen konnte.²⁸

Am Erfolg der Maßnahmen gab es, soweit es die Zielsetzungen der nationalsozialistischen Verwaltung und ihrer Zuarbeiter in der Kölner Architekten- und Planerzunft betraf, kaum Zweifel: Die ästhetische Wirkung der Rheinfassade wurde gesteigert, störende Bevölkerungssegmente konnten »umgesetzt«, das gewünschte bürgerliche und Handwerker-Milieu zur Ansiedlung im Martinsviertel gewonnen und der Wert des Areals gesteigert werden. An der »Altstadtgesundung« gesundete so auch die städtische Finanz-Kasse. Ein langes Leben war dem wieder-erfundenen »mittelalterlichen« Martinsviertel allerdings nicht beschieden. Wie fast die gesamte Altstadt fielen die Gebäude am Rheinufer dem alliierten Bombenhagel zum Opfer.

²⁵ F. Schumacher / W. Arntz, Köln. Entwicklungsfragen einer Großstadt, München 1923, S. 169; vgl. dazu auch M. Kröger, Kontinuität in der Kölner Architekturgeschichte. Ein Beitrag zu Fritz Schumachers Stadtentwicklungskonzept in den frühen 20er Jahren, in: Geschichte in Köln 12 (1985), S. 32.

²⁶ U. von Petz (s. A 23), S. 15 f.

²⁷ Zwei Beispiele von vielen: Füllenbach, Die Kölner Altstadtgesundung, in: Bauamt und Gemeindebau, Heft 24 (1937), S. 247–249; H. Vogts, Gesundungsmaßnahmen für das Kölner Rheinviertel, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 1935, S. 105–109.

²⁸ Einen Überblick über das neu geschaffene Ensemble gibt der vom Architekten- und Ingenieurverein Köln e.V. in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Köln herausgegebene Band: Köln – seine Bauten 1928–1988, Köln 1991.

4. Wiederaufbau und Modernisierung im kriegszerstörten Köln

Das städtebauliche wichtigste »Vermächtnis« der Nationalsozialisten für die Stadt war, wie es Werner Heinen formuliert hat, die völlige Zerstörung des alten Köln.²⁹ Mehr als 250 Luftangriffe mussten die Einwohner über sich ergehen lassen. Zu Kriegsende waren rund 90% der Häuser in der Altstadt unbewohnbar, gerade noch 10 000 Menschen fristeten ihr Dasein in der »lebensfeindlichen Trümmerwüste« des von den alliierten Bomben zerstörten historischen Zentrums.³⁰ Der Schriftsteller Stephen Spender schrieb erschüttert: »In Köln war es, wo ich erfasste, was völlige Vernichtung bedeutet ... Die äußere Zerstörung ist so groß, dass sie nicht geheilt werden kann, und das Leben rundum im übrigen Land kann nicht einströmen und die Stadt wiederauferstehen lassen, die nicht nur zertrümmert, sondern auch zerstückelt und vom übrigen Deutschland wie von Europa abgeschnitten ist.«³¹

Der Wiederaufbau kam aber sogar schneller in Gang, als es jener Beobachter gehofft haben mochte, der in der Wüstenei der Kölner Altstadt die Chance gesehen hatte, Köln am alten Platz wiederzuerrichten, »im großen und ganzen mit demselben historischen Zug der Straßen, jedoch mit Bauten eines Stils, der auf neue Weise die alten Ansprüche erfüllt, die von den Kölnern an ihre Stadt gestellt werden.«³² Zwar waren die geostrategischen Voraussetzungen durch die Lage der Stadt am Rand der britischen Besatzungszone und die Bevorzugung des neuen Provinz-Zentrums Düsseldorf wenig verheißungsvoll.³³ Aber der kommunale Apparat hatte die Wirnisse der Kriegsjahre wie andernorts auch überraschend unbeschadet überstanden,³⁴ und mit der noch im November 1945 eingerichteten Wiederaufbaugesellschaft stand auch schon bald ein Instrument bereit, das sich inmitten der Trümmer an die systematische Neuplanung des zerstörten Köln begab. Anfängliche Widerstände gegen die aus der nationalsozialistischen Planungs-GmbH hervorgegangene privatwirtschaftlich organisierte Gesellschaft, insbesondere seitens der besitzbürgerlich ge-

prägten »Gesellschaft der Freunde des Wiederaufbaus der Stadt Köln«, wurden spätestens mit der Berufung von Rudolf Schwarz in die Leitung der Gesellschaft überwunden. Unter dem Kirchenarchitekten Schwarz, der bis 1953 mit der Leitung des Wiederaufbaus in Köln beauftragt war und selbst maßgeblich an der Renovierung einiger schwer kriegszerstörter Kirchen mitwirkte, knüpfte die Stadtplanung für die Gesamtstadt dort wieder an, wo auch schon Schumacher in den 20er Jahren das zukünftige Köln imaginiert hatte: Köln solle, so Schwarz, zu einem »Städtebund« umgeformt werden, zugleich zu einer funktional klar gegliederten »Doppelstadt«, in der der wiederaufgebauten Innenstadt die Rolle des kulturellen Zentrums zukommen sollte.³⁵

Die Hoffnung der Planer jener Jahre auf weitgehende planerische Freiheit sollte sich nicht erfüllen.³⁶ Gegen ihre von einem Gesamtbild der Stadt getragenen Vorstellungen setzte sich schnell der Pragmatismus der Einwohnerschaft durch, die – auch gegen die Vorgaben der Besatzungsmacht – in den Trümmern neues Leben installierte. Allerdings versuchte sich Schwarz solchen Entwicklungen auch gar nicht erst entgegenzustellen: Gerade im Altstadtbereich war offenbar Pragmatismus gefragt, wie er dann auch die Anlage der neuen Durchfahrtsstraßen kennzeichnen sollte.³⁷ Weitgehende Übereinstimmung in der öffentlichen Diskussion, wie sie sich in Kommentaren und Leserbriefen der Lokalpresse spiegelt, herrschte ohnehin darüber, dass das alte Köln im neuen erkennbar bleiben müsste: Der aus der römischen Zeit überkommene Stadtgrundriss, dieses »ehrwürdige Dokument einer langen und glorreichen Geschichte«,³⁸ stellte dann auch in allen Umbauüberlegungen eine Konstante dar und bedingte beispielsweise auch die Wiederbelebung der für den modernen Individualverkehr ungeeigneten Hohen Straße als Haupteinkaufsbezirk. Auch sollte die mittelalterliche Korrespondenz der Kirchen im »heiligen Köln« nicht durch Hochhausbauten gestört werden, um die vertrauten Orientierungsmuster der Einwohner intakt zu halten. Bei der Zonierung kernstädtischer Bereiche wurden historische Bezüge zugrunde gelegt, allerdings in einer an die neuen städtebaulichen Vorstellungen angepassten Form. Weitere Beispiele für diesen ästhetisch schwerlich als gelungen zu be-

²⁹ W. Heinen, Köln. Moderne für die Römerstadt, in: K. von Beyme (s. A 2), S. 219; eine eindrucksvolle Dokumentation des Ausmaßes der Schäden bietet H. Claasen, Nichts erinnert mehr an Frieden. Bilder einer zerstörten Stadt, Köln 1985.

³⁰ Dazu allgemein Köln 1945 – Zerstörung und Wiederaufbau. Beiheft zur Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln in der Stadtparkasse Köln, Köln 1985, S. 2 f.; G. Bönsch, »Alles leer, öde, zerstört.« Köln 1945, in: W. Malanowski (Hrsg.), 1945. Deutschland in der Stunde Null, Reinbek 1985, S. 63–94.

³¹ Ebda., S. 122.

³² J. Molitor, Zerbrochene Stadt, doch ungebrochene Menschen. Erlebnisse und Betrachtungen zu Füßen des Kölner Domes, in: Die Zeit 12. 9. 1946.

³³ D. Wiktorin, Der Wiederaufbau nach dem Untergang. Versuch einer Bilanz, in: G. Mölich / S. Wunsch (Hrsg.), Köln nach dem Krieg. Facetten der Stadtgeschichte, Köln 1995, S. 140 f.

³⁴ H. Matzerath, Zusammenbruch oder Neuordnung? Rheinisch-Westfälische Städte nach den beiden Weltkriegen, in: Geschichte in Köln 15 (1984).

³⁵ Vgl. W. Heinen (s. A 29), S. 221–24; D. Wiktorin (s. A 33), S. 151–154. Schwarz' »Doppelstadt« sah parallel zum Halbkreis des alten Köln am linken einen industriell geprägten Halbkreis am rechten Rheinufer vor; beide Halbkreise zusammen hätten dem neuen Köln einen S-förmigen Grundriss verliehen.

³⁶ Vgl. dazu zusammenfassend J. M. Diefendorf, Städtebauliche Traditionen und der Wiederaufbau von Köln vornehmlich nach 1945, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 55 (1991), S. 252–273; H. Kier, Der Wiederaufbau von Köln, 1945 bis 1975. Eine Bilanz aus kunsthistorischer Sicht, in: Die Kunst, unsere Städte zu erhalten, Stuttgart 1976, S. 231–248. Als zeitgenössische Sicht des Geschehens ist in diesem Zusammenhang auch lesenswert E. Michel, Die Altstadt von Köln und ihr Wiedererwachen nach der Zerstörung, Remagen 1955.

³⁷ Vgl. M. Hemmersbach, Zur Verkehrsplanung im Wiederaufbau der Stadt Köln. Die Ost-West-Achse 1945, in: Geschichte in Köln 30 (1991).

³⁸ Stadt Köln (Hrsg.), Das neue Köln. Ein Vorentwurf, Köln 1950, S. 54.

zeichnenden »Wiederaufbau zwischen Konzeption und Kompromiss« (Wiktorin) sind die Nicht-Verlegung des Hauptbahnhofes – unmittelbar nach Kriegsende war diese Verlegung von praktisch allen Stadtplanern als »sine qua non« jeglicher zukunftsfähigen Entwicklung der Stadt angesehen worden – und das Griechenmarktviertel, das auf historischem Grundriss und in überkommener Baugröße, aber in äußerlich moderner Form wiederaufgebaut wurde.

In der lokalen Presse der frühen 50er Jahre spielte dieses städtebauliche Experiment eine große Rolle. Kaum diskutiert wurde dagegen eine andere Wiederaufbaumaßnahme: die Rekonstruktion des Martinsviertels nach dem in den 30er Jahren geschaffenen Vorbild. Von einigen wenigen Ausnahmen und Modernisierungen abgesehen, wurde das Rheinviertel – in Schwarz' Konzeption Teil der den Belangen von Wirtschaft, Bildung und Anbetung vorbehaltenen »Hochstadt«³⁹ – exakt in jenen historisierenden Formen wiedererrichtet, die die Sanierung der Jahre 1935 bis 1938 hervorgebracht hatte. Verantwortlich für diesen Wiederaufbau zeichnete Hans Vogts, in der Zwischenkriegszeit Stadtkonservator in Köln und Mitte der 1930er Jahre Verfasser zahlreicher dieser »Gesundungsmaßnahme« gewidmeten Wortmeldungen. Mit dem Umbau der Rheinuferstraße zur Grünanlage in den 70er Jahren rückte die Fassadenschönheit dieser Kölner »Traditionsinsel«⁴⁰ endgültig in den Identifikations-Kanon der Kölner ein, wurde Teil des städtebaulichen Erbes wie es sonst vielleicht nur der Dom und die ebenfalls in alter Gestalt in den 70er und 80er Jahren wiederaufgebauten romanischen Kirchen sind.

5. Kriegszerstörungen als Chance zum Neubeginn in Bristol

Nimmt man das Ausmaß der Kölner Zerstörungen zum Maßstab, so erscheinen die Kriegsschäden in Bristol beinahe vernachlässigenswert. Unter den britischen Städten aber zählte die Stadt zu den am schwersten vom deutschen Luftkrieg getroffenen Gemeinden. Mehr als 1200 Menschen verloren ihr Leben im »Blitz«, 3000 Häuser, darunter fast 500 Ladengeschäfte, wurden zerstört, 90 000 erlitten Schäden.⁴¹ Besonders einschneidend waren die Schäden im historischen Kern der Stadt. Im südöstlichen Bereich des historischen Stadtkerns sowie in den benachbarten Straßen jenseits des Avon gab es kaum ein unbeschädigtes Gebäude. Der schnelle Wiederaufbau des Einkaufsbereichs musste schon aus steuerlichen Gründen für die Stadtverwaltung oberste Prio-

³⁹ R. Schwarz, Gedanken zum Wiederaufbau von Köln am Rhein, in: Grundfragen des Aufbaus in Stadt und Land, Stuttgart 1947, S. 20 f.

⁴⁰ Zur Begrifflichkeit vgl. A. Pfothbauer, Die Kölner Traditionsinseln. Eine Betrachtung der Altstadt unter besonderer Berücksichtigung der Traditionsinsel Gürzenich – Sankt Alban, Diss. Köln 1991, S. 2.

⁴¹ Council for the Preservation of Old Bristol (Hrsg.), Buildings in Bristol of Architectural or Historic Interest Damaged or Destroyed by Enemy Action, in: Transactions of the Bristol & Gloucestershire Archaeological Society 65 (1944), S. 167–174; Civic News No. 79, September 1964: Bristol Record Office (BRO) Info. Box XXII/23.

rität besitzen. Aber der Luftkrieg hatte nicht nur die ökonomische Basis der Handelsstadt Bristol in Mitleidenschaft gezogen, ausgebrannt und zerstört war auch eine ganze Reihe von Kirchen im Innenstadtbereich. Bristol, dessen mittelalterliche Stadtanlage bis in die 1930er Jahre hinein unschwer im Stadtgrundriss zu identifizieren war, dessen äußeres Bild durch den Kranz der Kirchtürme um das historische Zentrum herum geprägt wurde, hatte sein althergebrachtes Gesicht verloren.⁴²

Bei den städtischen Politikern und Planern allerdings löste diese Schadensbilanz eine fast euphorische Stimmung aus. Die ernüchternden Erfahrungen bei der Neuplanung des Stadtzentrums in den Zwischenkriegsjahren schienen vergessen: Nun sollte die »experience and opportunity provided by the German blitz« genutzt werden, um mit neuem Elan an die Herausforderung heranzugehen.⁴³ Die Meinung vieler in der Stadt fasste ein Autor der Zeitschrift »Contract Furnishing« einige Jahre später in klare Worte: »Goering's Luftwaffe did ruthlessly what the planners not dared to do: destroying beauty and ugliness side by side, it created a great opportunity for the re-planning and rebuilding of the city.«⁴⁴ Selbst der junge Parlamentsabgeordnete Roy Jenkins, als Historiker ein Bewunderer der von ihm als außergewöhnlich geschichtsträchtig gepriesenen Stadt, äußerte die Hoffnung, »that the opportunity to break away from the existing street plan, which would be unsuitable for buildings in a modern idiom, will not be neglected.«⁴⁵ Zusammen mit Coventry und Southampton, zwei weiteren vom Luftkrieg besonders geschädigten Städten, wurde Bristol von der britischen Regierung noch im Krieg zur »Model town« einer besseren städtischen Zukunft erklärt – ein Versuch, der von der Banalität der kommunalen Stadtplanung schnell und gründlich desavouiert werden sollte.

Als vordringliche Frage erwies sich die nach dem Standort des Central Business District. Das zuständige Gemeinderatskomitee sah hier bereits 1941 in Übereinstimmung mit einigen großen Warenhausketten die partielle Zerstörung des alten Einkaufsbereichs im historischen Kern der Stadt als Chance zu einem radikalen Neuanfang am neuen Ort. Dagegen wandten sich die kleinen Ladenbesitzer, die auf eine rasche Wiederherstellung ihrer Verkaufsflächen drängten. Der Gemeinderat wollte davon jedoch nichts wissen; ein Stadtverordneter erklärte: »It is all very well to say Castle Street and Wine Street have served the city well over all these years, and why not put the shops back there? The fact that they have been there, and therefore, should remain, is surely the worst of all possible reasons.«⁴⁶ Die Entstehung einer großen Brache im historischen Kern der Stadt, die Verödung des Innenstadtbereichs

⁴² A. Gomme u. a., Bristol. An Architectural History, London 1979, S. 7.

⁴³ J. Hasegawa, Replanning the Blitzed City Centre. A Comparative Study of Bristol, Coventry and Southampton 1941–1950, Buckingham 1992, S. 19–20.

⁴⁴ P. Stone, Bristol, its history and its people, in: Contract Furnishing 2 (1958), S. 54.

⁴⁵ R. Jenkins, Bristol The Independent City, in: The Sphere 11. 7. 1953, S. 57.

⁴⁶ Zit. n. Bristol Evening Post 17. 7. 1945.

und die erforderliche Neuorientierung der Kundenströme erschienen dem Gemeinderat als das kleinere Übel. Der Bau des bald ob seiner Unwirtlichkeit und kalten Beton-Ästhetik berüchtigten Broadmead Shopping-Centres beendete in den frühen 50er Jahren diese hitzige Debatte.

So richtungsweisend diese Entscheidung für die weitere Entwicklung des Bristoler Kernstadtbereichs auch war, so blieb sie doch eine Ausnahme. Elan und Euphorie der Nachkriegsstadtplanung verpufften in Bristols Innenstadt weitgehend folgenlos. Konsequenter fortgeführt wurde allerdings die in der Zwischenkriegszeit eingeleitete Verkehrspolitik. Das aus der Abdeckung des Frome entstandene neue »Centre« wurde zum Straßenknotenpunkt ausgebaut, die in Queen Square bereits angedeutete Einschnürung der Kernstadt durch eine bald vierspurig ausgebaute Durchgangsstraße ausgeweitet. Die historische Altstadt selbst aber trat in den Wiederaufbaujahren in den Hintergrund: Einzige nennenswerte Maßnahme war die Vollendung der durch die deutschen Luftangriffe geschaffenen Zerstörungen mit dem vollständigen Abriss aller Häuser in Castle Street, einer der vier historischen Straßen der Stadt. Aus den Plänen, im Zentrum der historischen Altstadt eine Grünanlage als Erholungsort für die städtische Bevölkerung zu schaffen, wurde jedoch zunächst nichts: Für mehr als zwei Jahrzehnte illustrierte, wo einst Bristols Geschichte begonnen hatte, ein gigantischer Parkplatz das Fehlen einer planerischen Perspektive für Bristols historischen Kern.

Im Jahre 1959 unternahm die lokale Denkmalschutzvereinigung einen Rückblick auf die Entwicklungen des ersten Nachkriegsjahrzehnts in Bristol. Die Wertung fiel erstaunlich differenziert aus: Nicht alle Maßnahmen seien im Sinne des Erhalts des historischen Erbes der Stadt gewesen, jedoch: »It has not, however, been easy to strike a due balance between the genuine need to keep Bristol in its place as a great modern commercial city and the strong need for the citizens of Bristol to cherish all that is best in their city's uniquely varied heritage of historic architecture.«⁴⁷ Die 60er Jahre veränderten diese Balance nachhaltig und dauerhaft – zum Nachteil für das historische Bristol. Sie sollten aber auch in letzter Konsequenz jenes Engagement der Einwohnerschaft für die Bewahrung und Erneuerung der gewachsenen Identität »ihrer« Stadt hervorbringen, das in der unmittelbaren Nachkriegszeit gefehlt hatte.

1962 wurde Bristols Inner Circuit Road eröffnet, im selben Jahr wuchs das erste Bürohochhaus der Stadt im unmittelbaren City-Bereich in den Himmel. Die Lokalzeitung verfehlte nicht, ihre Leser auf die Symbolik des Geschehens hinzuweisen: »Bristol has always risen – so why should it not rise again?«⁴⁸ Situiert an der symbolträchtigen Stelle, wo im 10. Jahrhundert die erste Brücke über den Avon geschlagen worden war, überragte der Büroturm das nach wie vor brach darniederliegende Areal der historischen Altstadt am jenseitigen Ufer des Flusses und die renovierte

⁴⁷ Council for the Preservation of Old Bristol, *Bristols Vanished Buildings*, Bristol 1959, S. 153.

⁴⁸ *Evening Post* 24. 4. 1961.

King Street mit ihren mittelalterlichen Fachwerkhäusern und dem viktorianischen Royal Theatre. Die Zeichen standen auf Modernisierung, und das hieß aus Sicht der Stadtväter: Schaffung der bestmöglichen Infrastruktur und Erleichterung der Ansiedlung moderner Dienstleistungsunternehmen für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Stadt. Wie man sich unter diesen Auspizien die Zukunft des Stadtzentrums vorzustellen hatte, skizzierte 1962 die »Bristol Society of Architects«. Im Mittelpunkt ihres »Forum Plan« stand die vertikale Trennung von Verkehr und Fußgängern im Stadtzentrum mittels eines ausgeklügelten Systems von Fußgängerwegen: Sechs Meter hoch über dem ungehindert fließenden Verkehr sollten Piazzas für Tausende von Menschen entstehen – ein Traum von der idealen Stadt des motorisierten Zeitalters, der eines Le Corbusier würdig gewesen wäre.

Den Anstoß zur Neubesinnung brachten 1966 Pläne der Verwaltung, das wirtschaftlich bedeutungslos gewordene Hafenbecken aufzufüllen und das so gewonnene Land für die weitere Verkehrs- und Büroraumerschließung zu nutzen. Zustimmung zu diesen Plänen blieb anfänglich nicht aus: So mokierte sich ein Korrespondent der *Evening Post* über die »present sentimental preoccupation with waterways which gave the city its unique character but have largely outlived their usefulness.«⁴⁹ Doch der Widerstand gegen die Pläne der Stadtväter formierte sich. Ein umfangreicher Bericht der Kritiker des Gemeinderatsbeschlusses forderte, die Stadtentwicklungspolitik nicht nur an Wirtschaft und Verkehr zu orientieren, sondern an der »community as a whole«. Ziel müsse es sein, statt immer mehr gewerblicher Nutzung die touristische Nutzung des Flusses sowie die Ansiedlung von Wohnbevölkerung im Stadtkern voranzutreiben.⁵⁰ Noch einen Schritt weiter ging ein Artikel in der lokalen Architekturzeitschrift »*Outlook*«, in dem darauf hingewiesen wurde, dass das Hafenrevier auch jenseits von kommerziellen Interessen von Wert für die Stadt war: »Much of Bristol's unique character and standing as one of our finest cities derives of the presence of waterways in the City Centre.«⁵¹ Im Frühjahr 1973 zog der Gemeinderat seine Ausbaupläne zurück.

Die Rettung des historischen Hafenbereichs bedeutete einen Durchbruch für die Erhaltung des historischen Erbes der Stadt Bristol. Nach den verpassten Chancen der 50er Jahre und der einseitigen Modernisierung der 60er gelten die 70er Jahre nicht von ungefähr als eine Zeit der städtebaulichen Ein- und Umkehr. Der radikale Umbau der Innenstadt wurde in diesen Jahren gestoppt, neue Strategien für die Entwicklung im Zentrum der Stadt entwickelt. Wenn aber auch die Entwicklung der beiden folgenden Jahrzehnte im Hinblick auf die Bewahrung des – noch vorhandenen – historischen Erbes der Stadt und der Wiederbelebung ihrer historisch geprägten Identität

⁴⁹ Ebda. 17. 4. 1968.

⁵⁰ *Bristol Planning Group*, *The Central Area and its Waterways*, 1968: Bristol City Library (BCL) Acc. Nr. B 24572.

⁵¹ Vgl. Sondernummer des *Outlook* No. 6 vom Sommer 1972.

positiv ausfiel, so wurden die Fehlentwicklungen der vorangegangenen Jahrzehnte damit doch keineswegs beseitigt. Stadttumbau ist, wie das Beispiel Bristol belegt, kein beliebig reversibler Prozess.

6. Städtische Imageproduktion im ausgehenden 20. Jahrhundert

Vielleicht das wichtigste Ergebnis der Kampagnen der 70er Jahre in Bristol war der Verzicht auf weitere einschneidende Eingriffe in das städtische Gefüge. Ein sichtbarer Wandel zum Besseren vollzog sich allerdings im Hafengebiete. Der Umbau eines historischen Speichers an der Bristol Bridge in ein Museum zeitgenössischer Kunst, die Einrichtung eines Schifffahrt-Museums am gegenüberliegenden Ufer und die in den 80ern in Gang gekommene touristische Vermarktung des Areals haben in den letzten Jahren zu einer deutlichen Aufwertung dieses Teils des historischen Bristol geführt. Den Höhepunkt der diesbezüglichen Veranstaltungen bildete im Jahr der 500. Wiederkehr der Amerika-Fahrt des Bristoler Seefahrers John Cabot 1996 ein »Festival of the Sea«, vom städtischen Tourismusamt als »A Voyage from the Past into the Future« gefeiert. Im Mittelpunkt dieses Festivals stand die maritime Vergangenheit der Stadt, wobei deutlich wurde, wie stark diese auch noch im ausgehenden 20. Jahrhundert die Vorstellungswelt der Bristoler Bevölkerung prägt. Städtische Identität, das Bild, das Bristol sich von sich selbst macht und auch gerne nach außen anbietet, ist – wie die Aufnahme solcher Identifikations-Angebote in der Bevölkerung deutlich macht –, an die »große« Epoche der Stadtgeschichte vor der Zeit der Industrialisierung gebunden. Dem modernen Bristol lassen sich solche Aspekte offenbar kaum noch abgewinnen. Vielmehr tritt ins Zentrum der stadtplanerischen Überlegungen für das neue Jahrtausend zunehmend der Umbau, besser Rückbau jener Kernstadtbereiche, die in den letzten Jahrzehnten am meisten von der Modernisierung der Innenstadt »profitierten«. Den Anfang machte zu Beginn der 90er Jahre Queen Square, der vom Gemeinderat gegen erbitterten Widerstand der städtischen Wirtschaft und auch des County Council für den Durchgangsverkehr geschlossen wurde. Eine weitergehende Planung für den einst schönsten Platz der Stadt wurde allerdings bis zum heutigen Tag nicht vorgelegt. Vor dem Abbruch stehen auch einige der einst euphorisch begrüßten Bürotürme im historischen Kernbereich.

Die materielle Produktion der Stadt erfährt so innerhalb kurzer Zeit eine zum Teil drastische Neubewertung. An ihre Stelle tritt zunehmend eine ideelle Produktion der Stadt, die an Stadtbilder – reale wie imaginierte – anknüpft, deren ökonomische Grundlagen längst obsolet sind. Diese am Reißbrett der städtischen Planer und Verwalter gestaltete Imageproduktion verläuft aber im städtebaulichen und historischen Sinne höchst selektiv. Blickt man auf die historischen Kernbereiche der Stadt abseits vom Flussufer, so ergibt sich ein anderes Bild. Ihrer einstigen kommerziellen Bedeutung beraubt, fehlt diesen historischen Stadtbereichen jene Vitalität, die sie einst zum Zent-

rum des Bristoler Stadtlebens machten. Das alte Bristol wirkt heute beinahe wie ein Fremdkörper vor den wuchtigen Massen der modernen Stadt, die das reiche historische Erbe der mittelalterlichen Gründung am Avon ins städtebauliche Abseits drängen. Nicht von ungefähr sieht der Masterplan der Concept Planning Group aus dem Jahre 1996 eine Fülle von Projekten im Umfeld des Hafens vor; das historische Zentrum der Stadt aber erscheint auf dem Plan der Gruppe als ein weißer Fleck!⁵² Geschichte ist zwar »in« im Bristol der 90er Jahre; dabei drängt sich allerdings der Eindruck auf, dass dies vor allem dann der Fall ist, wenn sich diese Geschichte im Rahmen der städtischen Tourismus- und Identitätspflege instrumentalisieren lässt. Beispielhaft war dies zu besehen auf der Ausstellung des Gemeinderats über Bristol zwischen Vergangenheit und Zukunft im Jahre 1991, die ganz eindeutig das Bild der »Historic Maritime City« ins Zentrum rückte.⁵³ Geschichte und Geschichtliches wird so schnell zum Versatzstück einer nur mehr künstlichen historischen Aura.

In Köln geriet der Neuanfang nach dem Kriege, ungeachtet der ungleich gravierenden Schäden, weniger radikal als in Bristol. Wenngleich der heutige, ästhetisch wenig überzeugende Innenstadtbereich auf den ersten Blick nur mehr wenig Ähnlichkeit mit dem Köln der Vorkriegsjahre aufweist, so wurden doch wesentliche Erkennungszeichen des »alten« Köln erhalten, beziehungsweise rekonstruiert. Neben manchen materiellen Zeugen einer großen Vergangenheit – Dom, der Kranz der romanischen Kirchen und das eine oder andere wiederhergestellte Profangebäude – wurde im Wiederaufbau insbesondere darauf geachtet, zentrale Verbindungen, Orientierungspunkte und Sichtachsen zu bewahren. Als wesentliches Element bei der Wiederaneignung der Stadt durch »ihre« Bürger erwies sich auch die traditionell starke Ortsbindung der Kölner Einwohnerschaft.⁵⁴

Die »Alte Stadt«, also jener innerhalb der mittelalterlichen Stadtmauer gelegene Teil der Stadt, ist nach dem Kriege dennoch nicht wiedererstanden. Eine umso größere Rolle spielt dafür bei der Frage nach dem »alten Köln« heute das Quartier um Groß St. Martin, das in den letzten Jahren zur eigentlichen Kölner »Altstadt« geworden ist.⁵⁵ Über den architektonischen oder historischen Wert dieser doppelt neu erfundenen »Altstadt« braucht hier nicht geurteilt zu werden. Unzweifelhaft aber trägt das Martinsviertel in seiner heutigen Gestalt dem Identifikationsbedürfnis der Bürger hervorragend Rechnung. Als »Altstadt« ist es darüber hinaus auch zum Werbeträger für die moderne Stadt geworden, den »Medienstandort Köln«, der offenbar

⁵² *Concept Planning Group*, Ambitious Programme to Greet the New Millennium, in: *Architects Journal* 12. 9. 1996, S. 28.

⁵³ Vgl. die Sondernummer der *Evening Press* v. September 1991: *Yesterday's and Tomorrow's Bristol*.

⁵⁴ Vgl. *P. Reuber*, *Heimat in der Großstadt. Eine sozialgeographische Studie zu Raumbezug und Entstehung von Ortsbindung am Beispiel Köln und seiner Stadtviertel*, Köln 1993.

⁵⁵ Im Stadtzentrum werden Touristen durch Hinweisschilder in diese »Altstadt« gelenkt, wo ein reichhaltiges Vergnügungsangebot ihrer harret.

nicht ohne solche historischen Versatzstücke auskommt.⁵⁶ Keine Darstellung zur Stadt Köln, die auf eine Abbildung des geschäftigen Treibens im »mittelalterlichen Herz« der Stadt verzichtet, kein Stadtführer, der nicht einen Weg durch das »historische Köln« bereit hält. In dem Bild, das die Stadt Köln heute gerne von sich verbreitet – sei es im Erkennungsbild des Westdeutschen Rundfunks oder auf den Broschüren der City-Werbung –, ist die »Altstadt« allgegenwärtig.

7. Die »Alte Stadt« als Bühne und Kulisse der Stadt des 21. Jahrhunderts?

Für Köln wie für Bristol ist festzuhalten, dass die Sanierung und Neubewertung historischer Stadtbereiche einer Eigendynamik folgten, in der über Jahrhunderte gewachsene Mix von Wohnen, Handeln und Leben in der Stadt gegenüber Überlegungen des modernen Stadtmarketings, der städtischen Selbstdarstellung und Selbstvergewisserung sowie nicht zuletzt des Kulturtourismus zunehmend in den Hintergrund tritt. Allem Anschein nach brauchen beide Städte im ausgehenden 20. Jahrhundert mehr denn je seit dem sukzessiven Verschwinden der »Alten Stadt« in der Epoche der Industrialisierung den Bezug zu ihrer Geschichte. Die Motive hierfür sind vielfältiger, als es in der für diesen Beitrag gewählten Konzentration auf das städtebauliche Erbe zum Ausdruck kommen kann. Nur angedeutet werden soll hier auch die Frage nach dem Grad von Authentizität des Historischen, das wiederersteht, respektive gepflegt wird. Unübersehbar aber erlebt das historische Zentrum der Stadt, das in den Nachkriegs-Leitbildern kaum eine Rolle gespielt hatte, in den letzten Jahren eine – zugegeben gelegentlich stark instrumentalisierte – Renaissance. Ob die selektive Historisierung der Kernstadt allerdings mehr sein kann als eine kurzfristige Wiederbelebungsstrategie für die längst dahingeschiedene Alte Stadt, oder ob die historische Mitte der Stadt vollends zur Bühne werden muss, um als historistisches Konstrukt lebensfähig zu bleiben, das wird sich erst im nächsten Jahrtausend europäischer Stadtgeschichte erweisen.

⁵⁶ Vgl. zu dieser Neuorientierung im Stadt-Image: M. Sack, Ein Viertel für sich. Der Media-Park in Köln, in: Die ZEIT 15. 2. 1991.

Dieter Schott

Kunststadt – Pensionärsstadt – Industriestadt

Die Konstruktion von Stadtprofilen durch süddeutsche Stadtverwaltungen vor 1914

1. Einführung

Bereits für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg lässt sich auch ohne fest institutionalisierte Städtewerbung eine bewusste, zielorientierte Image-Politik deutscher Stadtverwaltungen festmachen.¹ Neben der lobbyistischen Verbandsbildung der Städte wie die Gründung der einzelstaatlichen Städtetage seit den 1890er Jahren, des Deutschen Städtetags 1905, der Dresdener Städteausstellung von 1903, sahen sich Städte aus einem Bündel von Ursachen und Motiven zu einer verbesserten Selbstdarstellung und Profilierung von Images veranlasst:²

1. Der Urbanisierungsschub des ausgehenden 19. Jahrhunderts hatte dazu beigetragen, die Bevölkerung der Städte tiefgreifend in ihrer Zusammensetzung zu verändern. Demographische Studien zeigen hohe Mobilitätsraten, auch wenn sich die Extremwerte vor allem auf ein kleines hochmobiles Segment der Bevölkerung beschränkten.³
2. Die Welle von Eingemeindungen machte einen größeren Kreis von Bewohnern kleinerer Vorortgemeinden zu Stadtbürgern, die bislang in einem anderen Kontext und Identifikationshorizont gelebt hatten.⁴

¹ A. Bonte, Werbung für Weimar?, Mannheim 1997, zeigt, dass eine systematische Städtewerbung erst mit den 1920er Jahren einsetzte, als auf breiter Front städtische Nachrichten- und Presseämter eingerichtet und kommunale Zeitschriften wie das legendäre »Das Neue Frankfurt« gegründet wurden.

² Vgl. O. Ziebill, Geschichte des Deutschen Städtetages, Stuttgart 1956; R. Strenmel, Städtische Selbstdarstellung seit der Jahrhundertwende, in: Archiv für Kommunalwissenschaften II (1994), S. 234–264; A. Lees, Cities Perceived. Urban Society in European and American Thought 1820–1940, Manchester 1985. Einen guten Überblick zur Großstadtswahrnehmung um 1900 bietet jetzt Ch. Engeli, Die Großstadt um 1900. Wahrnehmung und Wirkungen in Literatur, Kunst, Wissenschaft und Politik, in: C. Zimmermann / J. Reulecke (Hrsg.), Die Stadt als Moloch? Das Land als Kraftquell? Wahrnehmungen und Wirkungen der Großstädte um 1900, Basel/Boston/Berlin 1999, S. 21–51.

³ Zum Bevölkerungswachstum H.-G. Haupt (Hrsg.), Städtische Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im 19. Jahrhundert. Soziale und demographische Aspekte der Urbanisierung im internationalen Vergleich, St. Katharinen 1994; D. Langewiesche, Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innerstädtische Mobilität in Deutschland 1880–1914, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 64 (1977), S. 1–40; S. Bleek, Mobilität und Sesshaftigkeit in deutschen Großstädten während der Urbanisierung, in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989), S. 5–33.

⁴ Zu Eingemeindungen vgl. W. Krabbe, Eingemeindungsprobleme vor dem Ersten Weltkrieg. Motive, Widerstände und Verfahrensweise, in: Die Alte Stadt 7 (1980), S. 368–387; H. Matzerath,

3. Der starke wirtschaftliche Wachstumsschub seit Mitte der 1890er Jahre ließ um 1900 bei vielen Betrieben das Bedürfnis nach Expansionsraum entstehen, was potentiell die Bindungen des Betriebes an die Stadt lösen konnte, wenn andernorts attraktivere Bedingungen geboten wurden.⁵
4. Großprojekte im Verkehrs- und Infrastrukturbereich wie die Schiffbarmachung des Oberrheins, die Kanalisierung des Untermains oder das Projekt des Rhein-Main-Donau-Kanals drohten verkehrsgeographische Standortfaktoren zu verändern und schufen für die betroffenen Städte die Notwendigkeit, darauf zu reagieren.⁶
5. Der »neue Reichtum« aus Unternehmeraktivitäten fühlte sich nicht in gleicher Weise wie das eher patrizische Stadtbürgertum an die Stadt seiner Wirkungsstätte als Wohnort gebunden. Ende des 19. Jahrhunderts profilieren sich verschiedene Städte als beliebte und bevorzugte Altersruhesitze für wohlhabende Rentiers, etwa das durch die kaiserliche Gunst stark beförderte Wiesbaden, Baden-Baden oder auch die Kunst-Stadt München.⁷ Für die Stadtverwaltungen, die ihre erfolgreichen Unternehmer als wichtige Steuerzahler auch im Ruhestand an die Stadt als Wohnort binden wollten, wurde es daher immer wichtiger, in diesen Schichten »Lokalpatriotismus« zu wecken, das Gefühl einer Identifikation mit dem Wohnort zu stärken. Dieser Gesichtspunkt war aufgrund der Struktur des kommunalen Finanzsystems, das Ende des 19. Jahrhunderts wesentlich auf den kommunalen Zuschlägen zur Einkommenssteuer basierte, ganz zentral.⁸

Städtewachstum und Eingemeindungen im 19. Jahrhundert, in: J. Reulecke (Hrsg.), Die deutsche Stadt im Industriezeitalter, Wuppertal 1980, S. 67–89; D. Rebutisch, Industrialisierung, Bevölkerungswachstum und Eingemeindungen. Das Beispiel Frankfurt a.M. 1870–1914, in: ebda., S. 90–113.

⁵ Zum Wachstumsschub der Jahrhundertwende vgl. M. Grabas, Konjunktur und Wachstum in Deutschland von 1895 bis 1914, Berlin 1992; H.-U. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3: Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, München 1995, S. 595 ff.

⁶ Zur Schiffbarmachung des Oberrheins R. Haas / K. Hoffmann, 150 Jahre Rheinhafen Mannheim, Mannheim 1978; H. Tümmers, Der Rhein. Ein europäischer Fluss und seine Geschichte, München 1994; W. Bader, Die Verbindung von Rhein und Donau. Zur Geschichte eines bemerkenswerten Wasserstraßenprojektes, München 1982.

⁷ Zu Wiesbaden vgl. Th. Weichel, Die Bürger von Wiesbaden. Von der Landstadt zur »Weltkurstadt«. 1780–1914, München 1997; zu München S. Fisch, Stadtplanung im 19. Jahrhundert: das Beispiel München bis zur Ära Theodor Fischer, München 1988; München als »Kunststadt« ist auch Thema eines Vortrags von M. Hermann, Leuchtendes München. Mythos und Niedergang einer Kunststadt, auf der Tagung des südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung 1999 in Worms, der sich dem Generalthema »Stadt und städtische Mythen« widmete.

⁸ Vgl. J. Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt a.M. 1985, S. 109 ff. Wenn es Städten gelang, vergleichsweise viele Bürger mit hohem Einkommen an sich zu ziehen, so konnte der kommunale Zuschlag zur staatlichen Einkommenssteuer entsprechend geringer bemessen werden; je mehr reiche Rentiers also in einer Stadt lebten, desto niedriger konnte – theoretisch – die Steuerbelastung des Einzelnen ausfallen. Erst mit der Erzbergerschen Finanzreform von 1920, die die Einkommenssteuern beim Reich zentralisierte und das Zuschlagsrecht beseitigte, verlor dieses Kalkül völlig seine Bedeutung für die Kommunalpolitik.

6. Schließlich gewann der Städtetourismus und das Tagungsgeschäft Ende des 19. Jahrhunderts wachsende wirtschaftliche Bedeutung.⁹ Mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes und der Gründung nationaler Verbände und Organisationen in fast allen Bereichen wurde es für Städte, die sich selbst in einer fast sozialdarwinistisch anmutenden Städtekonkurrenz sahen, immer wichtiger, als attraktives Ziel für Städtetouristen, als angenehme und leistungsfähige Tagungsorte für Kongresse und Jahrestagungen zu gelten. Diese Attraktivität hing aber wiederum eng mit dem Image der Städte außerhalb, mit ihrer Fremdwahrnehmung zusammen.

Diese vielfachen Veränderungstendenzen in physischer Struktur, ökonomischer Funktion und sozialer Mobilität bewirkten um die Jahrhundertwende eine Dynamisierung der »Bilder« von Stadt.¹⁰ Die Stabilität und Validität tradierter Bilder von Stadt war in Frage gestellt; die Akteure sahen sich gezwungen, ihre »Bilder« in kürzeren Zeitintervallen zu revidieren und zu verändern. Durch die abnehmende »Halbwertszeit« der Bilder mussten die meist unartikulierten Bilder, die kommunalpolitischen Einzeldebatten nur als Folie hinterlegt waren, häufiger und deutlicher expliziert werden. Die Tatsache, dass sich die Stadtverwaltungen aufgerufen sahen, in diese Diskurse einzugreifen und eine bewusste »Imagepolitik« zu betreiben, die anderweitige Ziele und Maßnahmen der Stadtentwicklungspolitik begleiten und unterstützen sollte, kann als integraler Bestandteil des allgemeinen Funktionswandels der sich professionalisierenden Stadtverwaltungen hin zur Leistungsverwaltung, zur »Interventionsstadt« verstanden werden.¹¹ Die Formulierung und der Inhalt solcher »Imagepolitik« soll im folgenden am Beispiel der Städte Darmstadt, Mannheim und Mainz untersucht werden.¹²

2. Darmstadt – Mannheim – Mainz: drei Kurzporträts

Darmstadt war Ende des Jahrhunderts die mit 72 381 Einwohnern (1900) noch nicht zur Großstadt entwickelte Hauptstadt des Großherzogtums Hessen-Darmstadt.¹³ Die Sozialstruktur war bürgerlich dominiert. Ungeachtet eines ansehnlichen Industriebe-

⁹ Ein Indiz für die zunehmende Attraktivität von Tagungen ist etwa der Bau repräsentativer Festsäle in vielen Städten um die Jahrhundertwende, die nicht nur mit stadinternem Bedarf, sondern explizit auch mit der Nachfrage seitens externer Veranstalter begründet werden, für Mannheim etwa der Bau des »Rosengartens« 1903, vgl. F. Walter, Schicksal einer deutschen Stadt. Geschichte Mannheims, 1. Bd., Frankfurt a.M. 1949, S. 61 ff. Zur Tourismusgeschichte vgl. H. Bausinger (Hrsg.), Reisekultur. Von der Pilgerfahrt zum modernen Tourismus, München 1999.

¹⁰ Vgl. zur Frage des »Bildes« von Stadt die Überlegungen im Editorial zu diesem Band.

¹¹ Vgl. J. Reulecke (Hrsg.), Die Stadt als Dienstleistungszentrum. Beiträge zur Geschichte der »Sozialstadt« in Deutschland. Einleitung, St. Katharinen 1995.

¹² Die Auswahl dieser Städte geht zurück auf die Habilitationsschrift des Verfassers: D. Schott, Die Vernetzung der Stadt. Kommunale Energiepolitik, öffentlicher Nahverkehr und die »Produktion« der modernen Stadt. Darmstadt – Mannheim – Mainz 1880–1918, Darmstadt 1999.

¹³ Zur Geschichte Darmstadts vgl. E. Franz, Vom Biedermeier in die Katastrophe des Feuersturms, in: F. Battenberg u. a., Darmstadts Geschichte. Fürstenresidenz und Bürgerstadt im Wandel der Jahrhunderte, Darmstadt 1984; D. Schott, (s. A 12), S. 82–104.

satzes prägten Beamte und Rentiers das städtische Leben.¹⁴ Die im Kern barock überformte Stadt war Ende des 19. Jahrhunderts ohne direkten Bezug zu den Achsen weiträumig gewachsen. Entscheidend für die Stadtentwicklung nach der Jahrhundertwende wurden dann einmal die kunstpolitischen Aktivitäten des Großherzogs, zum andern die Verlegung der Bahnhöfe und Umgestaltung des gesamten Verkehrsnetzes nach 1906. Der von der englischen »Arts-and-Crafts«-Bewegung beeinflusste Großherzog Ernst Ludwig (1891–1918) gründete 1899 eine Künstlerkolonie mit namhaften Vertretern der neuen Stilkunst-Bewegung (»Jugendstil«).¹⁵

Mit der bahnbrechenden Ausstellung »Ein Dokument deutscher Kunst« 1901 in Darmstadt sowie Folge-Ausstellungen erzielte die Künstlerkolonie große Erfolge und trug auch durch künstlerische wie wirtschaftliche Revitalisierung des Kunstgewerbes, insbesondere der Möbelindustrie, in beachtlichem Maß zu wirtschaftlichem Wachstum bei.¹⁶ Darmstadt wurde so auswärts als »Kunststadt« gehandelt. Im Gegensatz zur kunstpolitischen Profilierung, die sich räumlich auf den ehemals großherzoglichen Park »Mathildenhöhe« konzentrierte, brachte die Verlegung der Bahnhöfe auch raumstrukturell weitgehende Veränderungen mit sich. Bahn und Stadt beschlossen 1906, die längst unzureichenden Bahnanlagen stadtauswärts zu verlegen, zu einem Hauptbahnhof zusammen zu fassen und in einen künstlichen Geländeeinschnitt zu legen.¹⁷ Diese aufwendige Lösung war gewählt worden, um die Sicht auf die Barockachse »Rheinstraße« mit Ludwigs-Monument und Barockschloss im Hintergrund, gewissermaßen das repräsentative »Entrée« der Stadt vom Westen aus, nicht mit einer Rampe oder mit hochgestellten Gleisen zu versperren und zu verunstalten. Durch diese Bahnhofsverlegung konnte auch die stadtmauerartige Umschnürung der Stadt durch auf Dämmen geführten Bahnlängen beseitigt und großzügiger Expansionsraum im Norden und Westen geschaffen werden. Die Stadt war nun bestrebt, diese neu verfügbaren und kostspieligen Flächen möglichst rasch für Industrieansiedlung zu verwerten.

In Mannheim, der ehemaligen Hauptstadt der Kurpfalz, dominierte der Handel;

¹⁴ E. Wiest, Stationen einer Residenzgesellschaft. Darmstadts soziale Entwicklung vom Wiener Kongress bis zum Zweiten Weltkrieg (1815–1939), Darmstadt 1978. Um 1880 waren nach der Untersuchung von Wiest fast ein Drittel der Haushaltsvorstände nicht erwerbstätig. »Pensionopolis« und »Stadt der Beamten« waren auch zeitgenössische Charakterisierungen, vgl. W. Ensgraber, Die Entwicklung Darmstadts und seiner Bodenpreise in den letzten 40 Jahren, Leipzig 1913, S. 188.

¹⁵ E. Franz, Der erste und der letzte Großherzog von Hessen. Fürstliche Kunstförderung in Darmstadt, in: K. Werner (Hrsg.), Hof, Kultur und Politik im 19. Jahrhundert, Bonn 1985, S. 291–302. Unter den Gründungsmitgliedern der Künstlerkolonie waren namhafte Figuren wie Joseph Maria Olbrich und Peter Behrens.

¹⁶ Ausschlaggebend war dafür der Kauf von Darmstädter Möbeln durch herrschaftliche Häuser wie die russische Zarenfamilie, die dem hessischen Großherzog Ernst Ludwig verwandtschaftlich eng verbunden war. Die Zarenfamilie verbrachte häufig den Sommer in Darmstadt. Zum wirtschaftlichen Erfolg der Künstlerkolonie vgl. R. Ulmer, Die Darmstädter Künstlerkolonie, in: Inst. Mathildenhöhe Darmstadt (Hrsg.), Museum Künstlerkolonie Darmstadt, Darmstadt o.J., S. XIII–LV.

¹⁷ Eine Zusammenfassung der Planungsdebatte bei D. Schott, (s. A 12), S. 265–274.

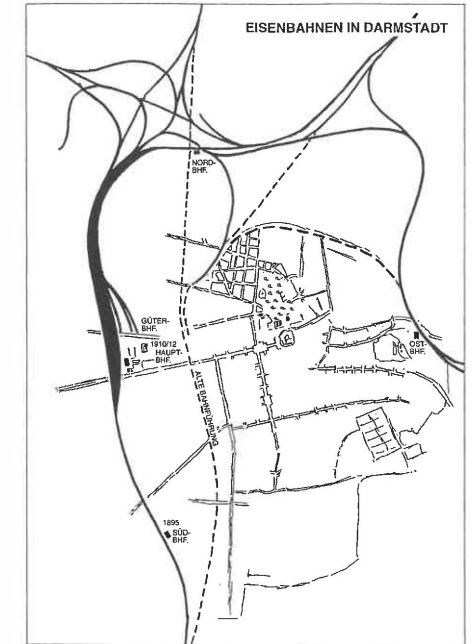
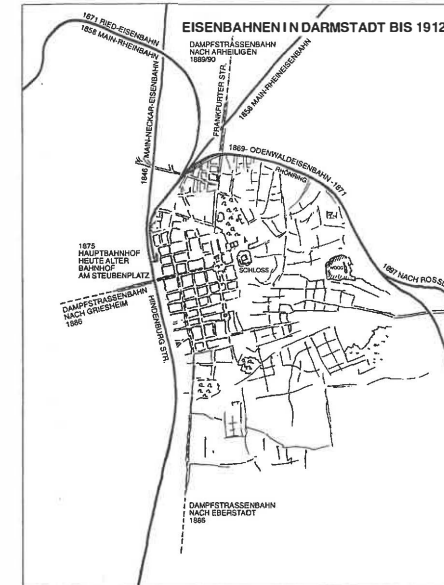


Abb. 1 und 2: Die Verlegung der Bahnhöfe rund 800 m nach Westen, 1912 abgeschlossen, brachte der Stadt Darmstadt die Befreiung von den fast wie Stadtmauern wirkenden Bahnlängen im Westen und Norden und eröffnete große Expansionsmöglichkeiten, vor allem für ein Industriegebiet nordwestlich der Stadt zwischen den alten und neuen Bahnlängen. (Quelle: A. Ackermann, Von der Wasserburg zur Großstadt. Darmstadts Entwicklung in 900 Jahren, Darmstadt 1996.)

Die führenden Schichten der Stadt waren Kaufleute und Bankiers.¹⁸ Mannheim hatte insbesondere dank der Dampfschiffahrt auf dem Rhein in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen steilen Aufschwung genommen, weil hier der Umschlag der von Norden kommenden Massengüter (Kohle!) vom Schiff auf die Bahn stattfand. Mit gut 140 000 Einwohnern (1900) war Mannheim nicht nur die größte Stadt im Großherzogtum Baden, sondern auch das kommerzielle und industrielle Zentrum des Landes.¹⁹ Ende des 19. Jahrhunderts sah sich die Stadt durch die Schiffbarmachung

die führenden Schichten der Stadt waren Kaufleute und Bankiers.¹⁸ Mannheim hatte insbesondere dank der Dampfschiffahrt auf dem Rhein in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen steilen Aufschwung genommen, weil hier der Umschlag der von Norden kommenden Massengüter (Kohle!) vom Schiff auf die Bahn stattfand. Mit gut 140 000 Einwohnern (1900) war Mannheim nicht nur die größte Stadt im Großherzogtum Baden, sondern auch das kommerzielle und industrielle Zentrum des Landes.¹⁹ Ende des 19. Jahrhunderts sah sich die Stadt durch die Schiffbarmachung

¹⁸ Vgl. zur Sozialstruktur von Mannheim im 19. Jahrhundert die Habilitationsschrift von D. Heim, Stadt und Bürgertum in Baden. Karlsruhe und Mannheim vom Ancien Régime bis zur Revolution 1848/49, Universität Frankfurt a.M. 1995 (Veröff. in Vorbereitung), sowie die vielschichtige Mikrohistorie der bürgerlichen Familie Bassermann von L. Gall, Bürgertum in Deutschland, Berlin 1989.

¹⁹ Zur Wirtschaftsgeschichte Mannheims vgl. B. Kirchgässner, Der Aufstieg Mannheims als Bank- und Versicherungsplatz im deutschen Kaiserreich, in: E. Maschke / J. Sydow (Hrsg.), Zur Geschichte der Industrialisierung in den südwestdeutschen Städten, Sigmaringen 1977, S. 57–79; G. Wybrecht, Die strukturellen Veränderungen der Mannheimer Wirtschaft 1830–1914, Diss. Freiburg 1957; zur Hafentwicklung R. Haas / K. Hoffmann, 150 Jahre Rheinhafen Mannheim, Mannheim 1978.

des Oberrheins mit einer großen Herausforderung konfrontiert: Man befürchtete den Verlust der bedeutenden Umschlagplatzfunktion, wenn die Dampfschiffe weiter südlich den Rhein befahren konnten und entwickelte Kompensationsstrategien vor allem durch eine massive Förderung der Industrieansiedlung. Die entscheidende Maßnahme hierzu war die Gründung eines Industriebahnhofs 1897, der nicht dem Handelsverkehr dienen sollte, sondern vielmehr infrastrukturell optimal ausgestattete Grundstücke mit Wasseranstoß enthielt, gedacht für Fabriken mit großem Umschlagvolumen wie z. B. Mühlenbetriebe.²⁰ Der Industriebahnhof wurde zur Achse der Stadtentwicklungspolitik, Maßnahmen der Eingemeindung, der Einrichtung von Energie- und Verkehrsinfrastruktur der Jahre um 1900 wurden wesentlich auf seine Förderung abgestimmt. Diese Stadtentwicklungspolitik erwies sich als sehr erfolgreich; es gelang, eine Reihe von Industriebetrieben im Industriebahnhof oder in anderen neu eingerichteten Industriegebieten anzusiedeln, die durch ihren rasch wachsenden Arbeitskräftebedarf zu bedeutenden Arbeitgebern wurden wie etwa die zuvor in Frankfurt/Main residierende Firma Brown, Boveri & Cie.²¹ Im Jahr 1907 bot dann die groß angelegte Feier zum dreihundertjährigen Stadtjubiläum der Verwaltung Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und auch neue Akzente zu entwickeln.

Mainz war, ähnlich wie Mannheim im Großherzogtum Baden, in Hessen-Darmstadt die größte und kommerziell am stärksten entwickelte Stadt, litt aber unter einem ausgeprägten Komplex, von der Hauptstadt Darmstadt, die man aus Mainzer Sicht als Parvenu betrachtete, und von der hessischen Regierung benachteiligt zu werden.²² Tatsächlich fiel Mainz wegen der Aufhebung des Rheinstapels 1831 und der vergleichsweise schwachen Förderung der Mainzer Häfen durch die hessische Regierung gegenüber Mannheim als schärfste Konkurrentin im Rheinhandel zurück. Das Entwicklungspotential von Mainz war zudem massiv durch den Charakter der Festungsstadt beeinträchtigt: Die Ummauerung der Stadt führte zu extrem hoher Bevölkerungsverdichtung in der Innenstadt und erschwerte – weil im Rayon-Bezirk jenseits der Mauern keine permanenten Steinbauten errichtet werden durften – die Ansiedlung von Industrie, die stattdessen in die Vororte auswich. Ende des 19. Jahrhunderts war die Festung immer stärker zum Kardinalproblem geworden. Der Oberbürgermeister versuchte durch persönliches Vorsprechen bei Kaiser Wilhelm II., der sich jeden Sommer längere Zeit in Wiesbaden aufhielt, eine güns-

²⁰ S. Schott, Der Industriebahnhof zu Mannheim. Festschrift zur Einweihung des Hafens am 3. Juni 1907, Mannheim 1907.

²¹ Vgl. D. Schott, (s. A 12), S. 373–379, sowie ders., Stadtentwicklung – Energieversorgung – Nahverkehr. Investitionen in die technische Vernetzung der Städte am Beispiel von Mannheim mit Ausblicken auf Darmstadt und Mainz, in: K.H. Kaufhold (Hrsg.): Investitionen der Städte im 19. und 20. Jahrhundert, Köln 1997, S. 149–179.

²² Zusammenfassend D. Schott (s. A 12), S. 130–155, sowie jetzt die einbändige Gesamtgeschichte F. Dumont / F. Scherf / F. Schütz (Hrsg.), Mainz. Die Geschichte der Stadt, Mainz 1998.



Abb. 3: Der Stadtplan von Mannheim (1903) mit am Bildrand rechts eingezeichneten Planungen für den Industriebahnhof zeigt die räumlich große Dimension, die die bereits länger bestehenden Hafenanlagen des Handelshafens (Mühlauhafen) und des neuen Industriebahnhofs im Verhältnis zur alten Kernstadt mit ihrem barocken Rastergrundriss hatten. (Quelle: S. Schott, s. A 20).

tige Stimmung für Konzessionen zu schaffen, u. a. dadurch, dass dem Kaiser bei seinen Besuchen in Mainz ein triumphaler Empfang bereitet wurde. Der 1900 verkündete Beschluss, die Festungsbauwerke zu beseitigen, war dann für Mainz von ähnlich grundlegender Bedeutung wie das Industriebahnhof-Projekt für Mannheim. Mainz erlebte in den späten 1890er Jahren, gefördert auch durch den Wirtschaftsboom ab 1895, einen kommunalpolitischen Umbruch, der sich in stärkerer Außenorientierung wie auch Außendarstellung artikuliert.²³ Ein bedeutsamer Ausdruck dieser Außenorientierung wurde das spektakuläre Gutenberg-Fest, das zur Feier des 500. Geburtstags von Johannes Gutenberg im Jahr 1900 gefeiert wurde und als chronologisch erstes Beispiel für städtische »Image-Politik« hier auch zuerst präsentiert werden soll.

²³ Nach der Pensionierung des langjährigen Stadtbaumeisters Kreyßig erfolgte eine völlige Reorganisation der Baurechtsorte, verbunden auch mit konzeptionellen Neuorientierungen, die sich etwa in der bestandsbewussten Restaurierung des kurfürstlichen Schlosses zeigte. Außerdem wurden die im Stadtzentrum gelegenen Kasernen sukzessive aufgekauft und an die Peripherie verlegt; vgl. P.-G. Custodis, Mainz im 19. und 20. Jahrhundert, in: E. Wegner (Bearb.), Stadt Mainz. Altstadt, Düsseldorf, 1988, S. 38–58.

3. Mainz – die Stadt Gutenbergs

Für den 24. Juni 1900 lud ein von zahlreichen Prominenten unterzeichneter Aufruf zu einem Fest anlässlich des 500. Geburtstag von Johannes Gutenberg nach Mainz ein.²⁴ Man meinte eruiert zu haben, dass Gutenberg (eigentlich Hans Gensfleisch) im Jahr 1400 geboren worden war und setzte als Geburtstag den Johannistag, den 24. Juni fest. Der betont international gehaltene Aufruf unterstrich vor allem die kulturfördernde Wirkung von Gutenbergs Erfindung:

»Mit Mainz aber fühlt die ganze Welt an diesem Tage sich eins im Preise der edlen Kunst, die den mächtigsten Fortschritt bildet im Kulturleben der Menschheit. Wie Gutenbergs Werk den Erdkreis umspannt und die Völker verbindet, so muss an einer Gedächtnisfeier für ihn, den Wohlthäter der Gesammtheit, die gesammte (!) Menschheit dankbaren Antheil nehmen.

Gutenbergs Manen (!) und seiner Kunst zu huldigen, rufen deshalb die Unterzeichneten, Angehörige der verschiedensten Nationen, die ganze gebildete Welt auf und laden zur allgemeinen Teilnahme an dem Feste ein, zu dem die altehrwürdige Rheinstadt sich rüstet.«²⁵

Das Fest wurde dann zu einem grandiosen Spektakel.²⁶ Eine typographische Ausstellung präsentierte Exponate zur Geschichte und Gegenwart der Druckkunst aus aller Welt im frisch restaurierten kurfürstlichen Schloss.²⁷ Neben akademischem Festakt unter Beteiligung des Großherzogs und zahlreicher Ehrengäste gab insbesondere die Huldigungsfeier vor dem Gutenberg-Denkmal und der historische Festzug dem Fest ein volkstümliches Gepräge. Die Grundidee des Festzugs war:

»Zeitgenossen Gutenbergs und die Nachwelt huldigen dem Erfinder der Buchdruckerkunst vor seinem Denkmal. Der Huldigungszug soll zugleich den Fortschritt veranschaulichen, den Wissenschaft und Kultur durch die Erfindung der Buchdruckerkunst gemacht haben.«²⁸

3000 Teilnehmer aus der Mainzer Bürgerschaft, 800 kostümierte Pferde und 42 Wagen formten einen Zug von fast 3 km Länge, dessen Vorbeimarsch zwei Stunden in Anspruch nahm. Der Festzug präsentierte Gutenbergs Zeit in Mainz mit einer Parade der Zünfte.²⁹ Darüber hinaus zeigte der Zug ein buntes Panorama historischer Ge-

²⁴ Erstunterzeichner war der Großherzog von Hessen und bei Rhein, Ernst Ludwig.

²⁵ *Stadtarchiv Mainz*, Verwaltungsbericht Mainz 1900/01, S. 14.

²⁶ Vgl. ausführlicher zum Festverlauf D. Schott, *Vernetzung* (s. A 12), S. 595–605.

²⁷ Darstellung des Programms nach »*Gutenberg-Fest* zu Mainz im Jahre 1900«. (Zugl. Erinnerungsgabe an die Eröffnung des Gutenberg-Museums am 23. Juni 1901, Mainz 1901, i.F. zit. als »*Gutenberg-Fest*«; Vgl. auch M. Kläger, Mainz auf dem Weg zur Großstadt (1866–1914), in: F. Dumont u. a. (s. A 22), S. 429–470, hier 457 f.

²⁸ *Gutenberg-Fest*, ebda., S. 55.

²⁹ Dies war ein typisches Element historischer Stadtfeste im 19. Jahrhundert, vgl. H.-W. Schmuhl, Die Tausendjahrfeier der Stadt Braunschweig im Jahre 1861. Zur Selbstinszenierung des städtischen

stalten und Ereignisse, vermischt mit allegorischen Darstellungen (»Humanismus«, »Glaube«, »Wissenschaft«) oder literarischen Figuren (z. B. Don Quichotte und Sancho Pansa). Auch das militärische Element war in der Festungsstadt Mainz nicht zu knapp präsent. Leitmotiv war, die ganze Welt huldigt Gutenberg. Der eindrucksvolle Festzug produzierte eine enthusiastische Presse-Resonanz, die »Kölnische Zeitung« bezeichnete ihn als einen noch von späteren Generationen erinnerten »Triumphtage in der Culturgeschichte«³⁰ und der »Berliner Lokal-Anzeiger« gab dem Festzug sogar kunstgeschichtlichen Rang.³¹ Historischer Kostümball, Gründung eines Gutenberg-Museums mit dem Grundstock vieler bei der Ausstellung präsentierten Exponate und eine glänzende Rheinfahrt für die offiziellen Festteilnehmer rundeten das Programm ab.

Die Reaktion der internationalen Presse zeigt, dass es Mainz mit dem Gutenberg-Fest gelungen war, ins Rampenlicht reichsweiter und internationaler Aufmerksamkeit zu treten. Das Gedenken an Gutenberg und die Geschichte der Druckkunst wurde geschickt mit einer geradezu sakralen Überhöhung der Person Gutenbergs verbunden. Die Stadt verklärte ihn zum »Lokal-Heiligen«, was etwa das Absingen der »Lokal-Hymne« »Heil dir Moguntia« bei der Huldigungsfeier vor dem Denkmal zeigt. Gutenberg erhielt zwei Funktionen: Einmal als »Gründervater« der Druckindustrie; die Drucktechnik, das Buch-, Verlags- und Pressewesen stand um 1900 in Blüte und war sehr interessiert an Traditionsbildung und Unterstreichung der »altehrwürdigen« Wurzeln der Branche, gerade auch im Hinblick auf die sich vollziehenden technischen Umwälzungen. Zum zweiten sollte Gutenberg auf seine Geburtsstadt abstrahlen, der Name Mainz sollte zukünftig im öffentlichen Bewusstsein mit Gutenberg und der Geschichte der Druckkunst verknüpft werden. Dies wird etwa deutlich im Toast, den der Vorsitzende des Deutschen Buchgewerbevereins Dr. v. Haase (Leipzig) beim Festbankett auf die Stadt Mainz ausbrachte:

»Denke ich bei Mainz zunächst an die ragende Mutter Deutschland auf dem Niederwalde, so vielleicht noch lebendiger an eine edle Frau der Schwesterstadt Frankfurt. Wie Frau Rat Goethe Aja auf ihren Hätschelhans, den größten Dichter Deutschlands, so schaut die hohe Frau Mainz auf ihren größten Sohn Hans zum Gutenberg, verklärt von dem Glücke, ihm das Leben gegeben zu haben, und freudig von den Gaben des reichen Geistes, aus dem sie ihn geboren, spendend.«³²

Gutenberg wurde also wahrgenommen als Mainzer Äquivalent zu Goethe, ein wohl kaum mehr zu überbietendes Kompliment in der gebildeten Welt um 1900.

Bürgertums, in: M. Hettling / P. Nolte (Hrsg.), *Bürgerliche Feste. Symbolische Formen politischen Handelns im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1993, S. 124–156.

³⁰ *Gutenberg-Fest* (s. A 27), S. 63.

³¹ Zit. nach Mainzer Anzeiger, 27. 6. 1900.

³² Zit. aus dem Nachruf auf Gassner von H.R. Fischer im Berliner Tageblatt, 14. 9. 1905 (Ausschnitt in Akte Gassner, *Stadtarchiv Mainz*).

Das dritte – und wahrscheinlich populärste Element – war aber die Erinnerung an Gutenberg als Anlass für ein rauschendes Volksfest, eine Darstellung der Stadt, ihrer Bevölkerung und der Landschaft (Rheinfahrt) mit hoher Werbewirksamkeit. Mainz – so die Quintessenz vieler Berichte – versteht sich darauf, Feste zu feiern, Feste der Kultur, der internationalen Verständigung, ein »Friedensfest von ganz eminenter Bedeutung,« wie es der »Badische Beobachter« nennt.³³

Das Gutenberg-Fest 1900 lässt sich interpretieren als ein Versuch der Stadtverwaltung, das Image der Stadt in der Außenwahrnehmung anders zu gewichten: Nicht mehr nur als »Stadt des Weines und des Karnevals«, sondern auch als Stadt Gutenbergs, der Druckkunst im Sinne eines Instruments der Aufklärung, des »Kulturfortschritts« wollte Mainz in Erscheinung treten. In der Folgezeit zeigt sich neben diesem mentalen Aufbruch zur »Kulturstadt« mit der Erschließung der Rheininsel »Ingelheimer Aue« als Industriehafen, der Einweihung der Mainz im Norden mit dem rechtsrheinischen Ufer verbindenden Kaiserbrücke, der elektrischen Straßenbahn und den Eingemeindungen auch der räumliche Ausbruch aus der beengten, hochverdichteten Festungsstadt. Und dieser Ausbruch war dann mit einer erneuten Akzentverlagerung in Richtung auf »Industriestadt« verbunden, was in der kommunalen Tarifpolitik, der Erschließung eines größeren Versorgungsgebiets mit Elektrizität und in der Stadtwerbung zum Ausdruck kam.³⁴

4. Mannheim: Die »Veredelung« der Industriestadt

Mit großangelegten Feierlichkeiten nutzte die Stadt Mannheim 1907 das dreihundertjährige Jubiläum der Verleihung der Stadtrechte im Jahr 1607 durch den Kurfürsten Friedrich IV. von der Pfalz, um die Stadt nach außen und innen in ihrer gewandelten Gestalt zu präsentieren, zugleich aber einen als notwendig erachteten Image-Wandel voranzutreiben.³⁵ Das Jubiläum bildete einen Kulminationspunkt der stadtgeschichtlichen und kommunalpolitischen Entwicklung in der Phase des Kaiserreichs. Auf das seit 1900 vorbereitete Stadtjubiläum waren zahlreiche kulturelle und infrastrukturelle Planungen terminiert worden.³⁶

³³ *Gutenberg-Fest* (s. A 27) S. 83.

³⁴ Vgl. dazu ausführlicher *D. Schott* (s. A 12), S. 605–614 u. 650ff.

³⁵ Vgl. ausführlich zum Stadtjubiläum *F. Walter*, Mannheim 1907. Ein Gedenkbuch über das Jubiläumsjahr und seine Ausstellung, Mannheim 1907; *D. Schott* (s. A 12), S. 453–484.

³⁶ Vgl. *F. Walter*, Schicksal einer deutschen Stadt. Geschichte Mannheims, 1. Bd., Frankfurt a. M. 1949, S. 23. So begann man um 1900 mit den Vorarbeiten für eine dreibändige Stadtgeschichte, eine heimatgeschichtliche Zeitschrift wurde gegründet, das Archiv geordnet und neu gestaltet. Infrastrukturell sollte der Industriehafen bis zum Jubiläum im ersten Abschnitt fertiggestellt sein; außerdem wurden eine zweite Neckarbrücke und die zum Industriehafen führende Straßenbahnlinie im Jubiläumsjahr eröffnet. Für die wichtigsten Straßen der Innenstadt wurde elektrische Straßenbeleuchtung eingeführt.

Aufschlussreich für die Intention, das »Bild« der Stadt vor allem außerhalb Mannheims zu verändern, ist bereits, dass kein historischer Festumzug geplant wurde und man auch den ursprünglichen Gedanken, eine Gewerbeausstellung ins Zentrum des Jubiläums zu stellen, verwarf. Stattdessen akzentuierte das Jubiläum mit einer Kunst- und einer Gartenbauausstellung Mannheims Anspruch, auch »Kunst- und Kulturstadt« zu sein. Mit der Kunstausstellung, einer Idee des Oberbürgermeisters Otto Beck, hofften die Verantwortlichen, der Kunstförderung in Mannheim »wertvolle und vorbildliche Anregungen« zu geben.³⁷ Die parallele Gartenbau-Ausstellung sollte das Stadtjubiläum auf eine »volkstümlichere Basis« stellen, durch Eintrittsgelder den finanziellen Aufwand begrenzen, daneben aber auch künstlerische Ziele verfolgen. Die künstlerische Leitung der Ausstellungen lag in den Händen der Karlsruher Professoren Ludwig Dill (Kunst) und Max Läger (Gartenbau), die beide als Vertreter einer klar mit dem Historismus brechenden, aber eher gemäßigt modernen Kunstrichtung gelten können.³⁸

Aus Sicht der Verwaltung kämpfte Mannheim als »viel verschrieene Quadrastadt« gegen den »üblen Ruf, dass sie dem Fremden nichts Außergewöhnliches zu bieten vermöge.«³⁹ Das Stadtjubiläum war daher ein Versuch, nicht nur den erreichten technisch-wirtschaftlichen Leistungsstand der Stadt nach außen zu demonstrieren, sondern zugleich einen »Imagewandel« herbeizuführen: Man wollte, schreibt der Stadtarchivar Walter in seinem Rückblick auf das Jubiläum,

»... an die ehrenvolle Überlieferung ihrer Residenzblüte, das vordem höfische Mäzenatentum anknüpfend, eine bürgerliche Stätte der Kunst werden. Die Stadt gleichmäßiger Häuserblocks, gerader Straßen, hastender, schwerer Arbeit wollte sich als freundliche, gepflegte Gartenstadt von liebenswürdiger Gastlichkeit zeigen, in der es sich auch für die Bewunderer Alt-Heidelbergs und die Besucher der Schwarzwaldberge, die durch die Schönheiten des romantischen Rheins verwöhnten Auslandsreisenden einzukehren verlohne.«⁴⁰

Dieser Grundgedanke, Mannheim als ästhetisch attraktive, kulturell lebendige Stadt zu präsentieren, bildete das Leitmotiv der Jubiläums-Veranstaltungen. Aus Wetter-

³⁷ *Bericht des Ausstellungsvorstandes* über den Verlauf und das Ergebnis der Jubiläums-Ausstellung Mannheim 1907, Mannheim 1909, S. 4.

³⁸ Ludwig Dill (1848–1940), war Schüler von Piloty in München, 1892 Mitbegründer der Münchner Sezession, 1899 erhielt Dill einen Ruf an die Meisterklasse der Karlsruher Akademie. 1902 übertrug ihm der badische Staat und die Stadt Karlsruhe die Gestaltung einer internationalen Jubiläumsausstellung. Dill schuf vornehmlich italienische und Dachauer Landschaften. Max Läger (1864–1952) war Maler, Keramiker und Architekt, unterrichtete seit 1894 an der Architektur-Abteilung der TH Karlsruhe. Nach 1900 befasste sich Läger dann zunehmend mit der Gestaltung ganzer Innenräume und gärtnerischer Anlagen und galt außerdem als führender deutscher Keramiker.

³⁹ Vgl. *Bericht* (s. A 37), S. 5.

⁴⁰ *F. Walter* (s. A 36), S. 28.

gründen hatte man die Feier auf Ende Mai/Anfang Juni terminiert. Die Jubiläumsfeiern begannen am Freitag, den 31. Mai mit einer Festsitzung des Bürgerausschusses und einem Festakt der Stadt. Bei dieser Gelegenheit entwickelten Oberbürgermeister Otto Beck und der Stadtarchivar Friedrich Walter ein weit ausholendes Geschichtsbild der ›Stadtpersönlichkeit‹ von Mannheim.

Am Freitag Nachmittag übergab der badische Großherzog dann der Stadt zwei von ihm gestiftete Fürstendenkmäler, die vor dem Schloss aufgestellt wurden. Die Auswahl der Fürsten, die hier mit einem Denkmal geehrt wurden, reflektierte zum einen Mannheims Geschichte als zunächst kurpfälzische, später badische Stadt, zum andern die Erwartungen des Bürgertums an Regenten im Hinblick auf Lebenswandel und Einstellung gegenüber den Untertanen.⁴¹

Der Samstag stand im Zeichen verschiedener Besuche des Großherzogs in den Ausstellungen, am Abend nahm der Monarch an einer Festaufführung im National-Theater teil. Sonntags folgten Festgottesdienste und am Abend eine prächtige Festillumination, die die ganze Stadt mit einbezog; auch viele Privathäuser waren festlich geschmückt und aufwendig illuminiert. Montag, der 3. Juni war dann dem neuen, industriellen Mannheim gewidmet: Der Großherzog und zahlreiche hohe Gäste nahmen teil an der feierlichen Einweihung des Industriefahens und der neuen Neckarbrücke, die das Gebiet des Industriefahens mit der Kernstadt verband. Diesen Einweihungsakten folgte eine festliche Rheinfahrt zur Unterstreichung der Rheinlage und der Schifffahrtsbedeutung von Mannheim und am Abend ein Festbankett. Am Dienstag brachten »Massenspiele der Mannheimer Schuljugend« die Beteiligung breiterer Schichten der Bevölkerung, den Versuch, Sport und Körperkultur als Gesamtkunstwerk zu gestalten.

Am klarsten kam die image-politische Funktion des Jubiläums und die Konstruktion einer historischen Stadtidentität in den Reden des Oberbürgermeisters und des Stadtarchivars Dr. Friedrich Walter auf dem Festakt der Stadt zum Ausdruck. Darin können wir idealtypisch die Lesart der Stadtgeschichte, die Interpretation der gegenwärtigen Situation und der zukünftigen Perspektiven erkennen, wie die Stadtspitze sie als Identifikationsangebot entwickelt hatte. So betonte Oberbürgermeister Beck etwa für seine Gegenwart die großen qualitativen Veränderungen gegenüber dem barocken, vom Monarchen dominierten Mannheim des 18. Jahrhunderts:

»Nicht mehr als eine Summe von Interessen des regierenden Hauses, wie in der Pfälzer Zeit, erscheint der Staat. Wir leben unter dem kraftvollen Schutze des Reichs in einem wahrhaft konstitutionell regierten Staate als freie Bürger, die ihre Angelegenheiten in der Gemeinde in autonomer Selbstverwaltung regeln... Das aristokratische Mannheim aus Adeligen, Höflingen und Bediententross, zu dem nach der Rangordnung auch der Künstler zählte, ist eine demokratische Stadt ge-

⁴¹ Vgl. die Interpretation zur Auswahl der Monarchen bei D. Schott (s. A 12), S. 464–468.

worden, von fleissigen, kühl und nüchtern rechnenden Bürgern mit stolzem Unabhängigkeitsgeföhle, mit stark entwickeltem Sinne für freiheitliche Gebahrung in Staat und Gemeinde.«⁴²

Beck räumte allerdings auch die Relativität des Fortschritts ein, konstatierte eine gewisse Diskrepanz zwischen materiell-technischen Fortschritten und Errungenschaften und der zurückgebliebenen »inneren Kultur«, der Schönheit der Lebenswelt. Hier sah er für die Zukunft – und dies war das eigentliche Thema des Jubiläums – die herausragende Aufgabe der Kommunalpolitik, die breiten Massen »mit der Revolution des gewerblichen Lebens« zu versöhnen. Mit der Bemerkung, Mannheim als Großstadt wäre weder »hartherzige Kapitalplethora« noch opferverschlingender »Moloch«, wies Beck allerdings gängige zeitgenössische Klischees der Großstadtkritik von links und rechts als maßlos übertrieben zurück.⁴³

Professor Friedrich Walter⁴⁴ sah in seiner Rede Mannheims Geschichte charakterisiert durch den Wechsel von Aufstieg und Niedergang, von Neuanfängen und radikalen Brüchen. Der Aufstieg der Stadt in den letzten Jahrzehnten sei – im Gegensatz zur fürstlichen Gründungshuld des 17. und der kurzlebigen Residenzstadtblüte des 18. Jahrhunderts – im wesentlichen auf die »eigene Kraft« des Bürgertums gegründet. Die Quintessenz aus dieser Lesart von Stadtgeschichte war auch auf die Gegenwart der Zuhörer übertragbar: Eine Prosperität, die von »außen« und »oben« geschenkt war, konnte sehr rasch wieder zu Ende sein. Fatal konnte auch sein, das Schicksal der Stadt zu eng auf eine spezifische Funktion (hier Residenz/Hof) zu gründen. Nur wenn das Bürgertum, historisch von Walter zunächst im Sinne von ›Stadtbürgertum‹ verstanden, sich selbst verantwortlich begriff für das »Gedeihen« der Stadt, selbst gestaltend Initiativen entfaltete, konnte es gelingen, das Wachstum auf ein breiteres und solides Fundament zu stellen. Für seine Gegenwart sah Walter Handlungsbedarf insbesondere hinsichtlich der angestrebten Verbindung wirtschaftlicher Stärke und kultureller Blüte:

»So haben sich denn die beiden so verschieden gearteten Ströme, in denen sich uns Mannheims Werden darstellt, ihre Vereinigung gefunden – der mächtig angewach-

⁴² *Stadtarchiv Mannheim* (A 32/17), Stadtjubiläum Mannheim. Festakt im Nibelungen-Saal des Rosengarten am Freitag, 31. Mai 1907, Ansprache des Oberbürgermeisters Beck, S. 3.

⁴³ Vgl. zur Großstadtkritik der Jahrhundertwende K. Bergmann, *Agrarromantik und Großstadteindschaft*, Meisenheim am Glan 1970; A. Lees (s. A 2); zusammenfassend jetzt die Einleitung von C. Zimmermann / J. Reulecke, in: *diess.* (s. A 2), S. 7–20, und den Beitrag von Ch. Engeli (s. A 2), S. 21–52.

⁴⁴ F. Walter, Leiter des Stadtarchivs, hatte rechtzeitig zum Jubiläum die Geschichte Mannheims in zwei umfangreichen Bänden bis zur Reichsgründung dargestellt: F. Walter, *Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart*, Bd. 1: *Geschichte Mannheims von den ersten Anfängen bis zum Übergang an Baden* (1802); Bd. 2: *Geschichte Mannheims vom Übergang an Baden bis zur Gründung des Reiches*, Mannheim 1907. Die Geschichte Mannheims zwischen 1871 und 1907 war in einem dritten Band aufgrund einer Vielzahl von Einzelbeiträgen beschrieben worden. Die Herausgabe hatte hier der Leiter des statistischen Amtes, Sigmund Schott besorgt.

sene Strom einer ausgedehnten Handels- und Industrietätigkeit und der weit kleinere, aber hoffnungsvoll frische und lebendige einer vielseitigen Kunstpflege... Aber die warmherzige Empfänglichkeit, die der Mannheimer seit Jahren auf dem Gebiet des Theaters und der Musik bewahrte, ist nun dank kräftiger kommunaler Initiative auch für die bildenden Künste lebendig geworden, und wir dürfen von dem neuerwachten Geiste bürgerlichen Mäzenatentums noch manche rühmensewerte, vorbildliche Tat erhoffen. Möge die Erkenntnis von der hohen Bedeutung der Pflege des Schönen und Edlen als des unentbehrlichen Gegengewichts gegen das unruhvolle Ringen nach materiellen Erfolgen immer tiefere, kräftigere Wurzeln schlagen – Mannheim zu Nutz und Ehr.«⁴⁵

Welchen Erfolg hatten nun die Bestrebungen der Stadtverwaltung, das Stadtjubiläum als ›Lokomotive‹ für einen Image-Wandel zu nutzen? Wirtschaftlich war das Stadtjubiläum ein großer Erfolg: Fast vier Millionen Besucher strömten in die Ausstellungen, die sich finanziell selbst trugen. Neben Einzelbesuchern brachte auch die Vielzahl von Tagungen großer Verbände, die während des Jubiläumjahres in Mannheim stattfanden, Kaufkraft in die Stadt.⁴⁶ In der Region trug das Jubiläum – darauf verweist die hohe Zahl verkaufter Dauerkarten – dazu bei, die Verbindungen zwischen Mannheim und seinem wirtschaftlichen Umland zu stärken. Die hervorragende Presseresonanz und die positiven Ausstellungs-Kritiken⁴⁷ lassen vermuten, dass das Ziel der Stadtverwaltung, mit Hilfe der Ausstellungen reichsweit die Aufmerksamkeit auch der ›gebildeten Welt‹ auf Mannheim zu lenken, zumindest für die Dauer des Jubiläums erfolgreich gewesen sein dürfte.⁴⁸ Wie lange diese Wirkung anhielt ist allerdings fraglich. In den 1920er Jahren sang ein repräsentativer Band der Mannheimer Stadtreklame im Grunde wieder das gleiche Klaglied: Mannheim sei überregional nur als Handels- und Industriestadt bekannt und seine Bedeutung als Kulturzentrum würde nicht wahrgenommen.⁴⁹

⁴⁵ Zitate nach »Mannheimer Generalanzeiger«, 31. 5.1907, S. 3.

⁴⁶ Neben den Tagungen thematisch einschlägiger Verbände wie des »Verbands der Kunstfreunde in den Ländern am Rhein«, des »Deutschen Vereins für Gartenkunst«, des »Deutschen Gartenbauvereins«, des »Deutschen Weinbaukongresses« kamen etwa auch der »Deutsche Anwaltstag«, der »Bund deutscher Verkehrsvereine«, der »Verein der Gas- und Wasserfachmänner« und der »Verein deutscher Zeitungsverleger« für ihre Versammlungen 1907 nach Mannheim; F. Walter (s. A 36), S. 47.

⁴⁷ Bericht (s. A 37), S. 42 u. 74.

⁴⁸ Mannheim hatte hier auch Nachholbedarf. Ein Verkehrsverein war etwa erst 1906, ein Jahr vor dem Jubiläum, gegründet worden; F. Walter (s. A 36), S. 48.

⁴⁹ *Mannheimer Stadtreklame* (Hrsg.), Mannheim. Das Kultur- und Wirtschaftszentrum Südwestdeutschlands, Mannheim 1928, insbesondere im Geleitwort des Verlags. Das Fehlen eines erstklassigen Hotels in Mannheim nach dem Ersten Weltkrieg zeigt, dass der Image-Wandel offenbar nicht von Dauer war. Die Stadtverwaltung sah sich – mangels privater Initiative – schließlich dazu veranlasst, selbst als Erbauerin und Betreiberin eines Luxushotels tätig zu werden. Vgl. H. Bartsch, Wachstum des Stadtkörpers, Geist und Wirksamkeit der Verwaltung, in: ebda., S. 101–124, hier S. 121.

Was blieb nun dauerhaft über das Ende der Ausstellungen hinaus? Walter nennt hier als langfristige Aktivposten eine intensiviertere Kunstförderung, sowohl von Seiten der Stadt als auch durch privates Mäzenatentum.⁵⁰ Als Ausdruck einer verstärkten ›Veredelung‹ wertet Walter auch die Gründung einer Handelshochschule, Vorläufer der heutigen Universität Mannheim, die kurz nach dem Jubiläum erfolgte.⁵¹

Das Stadtjubiläum lässt sich als »symbolische Kommunikation von Politik und sozialer Ordnung« verstehen.⁵² Diese Kommunikation zielte, zumindest vom »Sender« Stadtverwaltung so intendiert, daraufhin, das Bild einer steilen Aufwärtsentwicklung der Stadt in den letzten Jahrzehnten zu zeichnen. Dieser durch günstige landespolitische Rahmenbedingungen (Hafenausbau) beförderte Aufstieg beruhte letztlich im Kern »auf eigener Kraft« und Initiative. Der Stadt Mannheim und insbesondere dem als »stadttragend« verstandenen Bürgertum erwachse aus dem großen wirtschaftlichen Erfolg, nach erfolgten sozialhygienischen und technisch-infrastrukturellen Verbesserungen, nun die Aufgabe, diesen Aufstieg durch kultur- und kunstpolitische Aktivitäten in bislang vernachlässigten Bereichen zu ›veredeln‹. Und durch diese ›Veredelung‹ sollte auch das »Image« von Mannheim grundlegend revidiert werden: Anstatt als langweilige Quadratestadt, als laute und dreckige Handels- und Industriestadt sollte Mannheim den Bewohnern wie auch der überörtlichen Öffentlichkeit als künstlerisch und naturlandschaftlich attraktive Stadt vor dem geistigen Auge stehen.

Neben der Bevölkerung Mannheims waren auch Mannheims Nachbarn im näheren und weiteren Umland sowie schließlich ein finanziell potentes, gebildetes und reiselustiges bürgerliches Publikum im ganzen Reich Adressaten dieser symbolischen Kommunikation.

Für die Mannheimer selbst sollte das Jubiläum die Identifikation der häufig hochmobilen und fluktuierenden Einwohnerschaft mit der Stadt zu stärken. Im Visier waren hier zunächst die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eliten: Die scharfen Zäsuren der Stadtgeschichte hatten nur einen sehr kleinen Kern wirklich alteingesessener Familien übrig gelassen, Mannheim war – wie der Stadtstatistiker salopp formulierte, eine »Stadt der Hergeloffenen«.⁵³ Über die gesellschaftliche Elite hinaus

⁵⁰ F. Walter, Geschichtliche und kulturelle Entwicklung, in: *Mannheimer Stadtreklame* (s. A 49), S. 15–44, hier S. 34.

⁵¹ F. Walter (s. A 36), S. 50. Vgl. auch B. Kirchgässner, Die Gründung der Handelshochschulen Frankfurt und Mannheim als Leistung des Besitz- und Bildungsbürgertums, in: E. Maschke / J. Sydow (Hrsg.), Stadt und Hochschule im 19. und 20. Jahrhundert, Sigmaringen 1979, S. 123–139.

⁵² So fassen die bürgerliche Festkultur des 19. Jahrhunderts: M. Hettling / P. Nolte, Bürgerliche Feste als symbolische Politik im 19. Jahrhundert, in: *dies.* (s. A 29), S. 7–36.

⁵³ Vgl. D. Schott (s. A 12), S. 113ff. Der Stadtstatistiker Sigmund Schott erarbeitete eine »Absterbeordnung« der Mannheimer Familien und stellte fest, dass um 1900 nur noch 14,5% der um 1800 nachweisbaren Familien in Mannheim vorhanden waren: S. Schott, Alles Ding währt seine Zeit, in: *ders.*, Ausgewählte Schriften, hrsg. von der Stadtverwaltung Mannheim aus Anlass des 350jährigen Stadtjubiläums, Mannheim 1957, S. 251–266, hier S. 258 (erstmalig 1924).

wurde es angesichts der wachsenden Bedeutung von Parteien auf kommunaler Ebene für die Verwaltungsspitze immer wichtiger, zur Absicherung ihrer längerfristigen Vorhaben eine verstärkte Identifizierung der Bewohner mit Mannheim, einen »Mannheim-Lokalpatriotismus« zu entwickeln. Die verschiedenen Elemente des Stadtjubiläums waren darauf angelegt, hier verschiedene Schichten anzusprechen und eine Identifikation zu fördern. Bemerkenswerterweise war die bürgerliche Verwaltung mit dieser Identifikationspolitik in der stark industriell und von Arbeiterschaft geprägten Stadt so erfolgreich, dass schroffe Konfrontationen in kommunalpolitischen Grundsatzzfragen eher selten blieben und die Sozialdemokraten in der Stadtverordneten-Versammlung viele der wichtigen Beschlüsse zur Entwicklung der Stadt mittrugen.⁵⁴ Ohne dies einseitig der »Image-Politik« zuschreiben zu wollen, wird man davon ausgehen dürfen, dass die ideologischen Angebote zur stärkeren Identifizierung mit der Stadt auch auf die Arbeiterschaft ihre Wirkung nicht verfehlten.⁵⁵

Die Umlandbewohner waren für die Verwaltung in erster Linie interessant als potentielle Arbeitskräfte, Käufer in Mannheimer Geschäften und Nutzer von Mannheimer Kultureinrichtungen. Ihnen gegenüber wollte sich Mannheim dauerhaft als natürliches Zentrum der Region profilieren, als Einkaufs-, Schul- und Unterhaltungs-Stadt. Zu diesem Zweck bemühte sich die Stadtverwaltung intensiv, die Eisenbahn während der Ausstellung zu attraktiven Angeboten zu bewegen. Und über das Jubiläum hinaus verfolgte die langfristige Nahverkehrspolitik der Stadt bereits seit 1898 das Ziel, die Rhein-Neckar-Region mit eigenen oder von ihr kontrollierten Nahverkehrslinien planmäßig zu erschließen.⁵⁶ Die große Zahl von Pendlern in der Mannheimer Industrie sowie die längerfristig defizitäre kulturelle Infrastruktur der Nachbarstadt Ludwigshafen deuten daraufhin, dass Mannheim hier durchaus erfolgreich war.⁵⁷

Das finanziell potente, gebildete und reiselustige bürgerliche Publikum im ganzen Reich, sollte vorwiegend über die Kunstaussstellung für Mannheim als »Kulturstadt« begeistert werden. Ein zentraler Aspekt dieses »Stadt-Marketing« dürfte – wie in vie-

⁵⁴ Dies zeigte sich etwa am Beschluss zum Bau des Industriedhafens oder, einige Jahre später, auch am Beschluss zur Gründung der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft OEG, den die Mannheimer SPD mit trug, obwohl er eigentlich ihren municipalsozialistischen Prinzipien – kommunale Regie – zuwiderlief; vgl. *D. Schott* (s. A 12), S. 514–519.

⁵⁵ Die begeisterte Mitwirkung des SPD-Stadtrats Barber an der Illumination der Straßen wie auch die Beteiligung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten am Festbankett können als Indiz für eine grundsätzliche Übereinstimmung genommen werden. In sozialpolitischen Fragen, etwa den sehr früh etablierten Arbeiterausschüssen der städtischen Betriebe, gab es in Mannheim durchaus fortschrittliche Elemente, auf die eine sozialdemokratische Kommunalpolitik stolz sein konnte. Vgl. *G. Seeber*, Kommunale Sozialpolitik in Mannheim 1888–1914, Mannheim 1989.

⁵⁶ Vgl. *D. Schott* (s. A. 12), S. 364ff, 450ff, 521 ff.

⁵⁷ 1910 wohnte ein Drittel der knapp 40000 Mannheimer Industriearbeiter nicht auf städtischer Gemarkung. Die defizitäre kulturelle Infrastruktur lässt sich aus Klagen in zeitgenössischen Selbstdarstellungen Ludwigshafens aus den 1920er Jahren entnehmen: *A. Berg*, Zur Entwicklung der Musikpflege in Ludwigshafen a. Rh., in: *Ch. Weiß* (Hrsg.), Die Stadt Ludwigshafen, Berlin 1927, S. 321–332.

len anderen Städten zu diesem Zeitpunkt⁵⁸ – das Werben um vermögende Privatiers gewesen sein. Man war wohl nicht so vermessen anzunehmen, dass solche reichen Rentiers sich in großer Zahl in Mannheim niederlassen würden. Vielmehr hoffte man in eher defensiver Absicht, durch Image-Profilierung den Wegzug von Geschäftsleuten und Industriellen zu verhindern, die sich aus dem aktiven Erwerbsleben zurückzogen und deren Steuerkapital damit der Stadt verloren gegangen wäre. Gefährliche Konkurrenz war hier in erster Linie die Nachbarstadt Heidelberg.⁵⁹ Das Entstehen des großzügigen Villenviertels Oststadt nach 1900 lässt vermuten, dass dieses Kalkül zumindest teilweise erfolgreich war.⁶⁰

5. Darmstadt: Die schwierige Balance zwischen »Kunststadt« und »Industriestadt«

In Darmstadt motivierte das zeitliche Zusammentreffen zweier Herausforderungen in den Jahren 1913/14 die intensive Werbetätigkeit der Darmstädter Stadtverwaltung. Mit dem Abschluss der Bahnhofsverlegung 1912 präsentierte sich Darmstadt seinen Bewohnern und auswärtigen Besuchern nicht mehr als »Riesenbaustelle«, sondern als gut erschlossene, wohl organisierte und technisch moderne Stadt.⁶¹

Zur Besiedlung der neu erschlossenen Flächen sowohl im Industriegelände (über 100 ha) als auch zwischen den alten Bahnhöfen und dem neuen Hauptbahnhof galt es nun, die verbesserten Standortfaktoren Darmstadts bei potentiellen Investoren, Firmengründern oder -verlagerern reichsweit bekanntzumachen und Darmstadt als attraktiven Standort auch für industrielle Aktivitäten zu profilieren. Die zweite Herausforderung für intensivere Werbetätigkeit war das Ausstellungsjahr 1914 mit großen Ausstellungen auf der Mathildenhöhe und in der Stadt. Dies bot eine Gele-

⁵⁸ Überlegungen zur Ansiedlung wohlhabender Privatiers werden etwa sehr deutlich im Beitrag des Darmstädter Oberbürgermeisters Glässing zur Sondernummer der Zeitschrift »Universum« anlässlich der Darmstädter Ausstellung von 1914; *W. Glässing*, Darmstadt als Stätte der Kultur, in: Darmstädter Kunstjahr 1914, S. 7–12. Insbesondere Residenzstädte (z.B. München) oder Kurstädte (Wiesbaden) waren bei der Ansiedlung wohlhabender Rentiers besonders aktiv und erfolgreich. Vgl. etwa zu Wiesbaden *Th. Weichel* (s. A 7).

⁵⁹ Oberbürgermeister Beck hatte sich mit dem Argument gegen die Einrichtung einer Schnellbahn-Verbindung zwischen Mannheim und Heidelberg gewandt, gutverdienende Mannheimer könnten dann ihren Wohnsitz in der attraktiveren Nachbarstadt nehmen, vgl. *F. Walter* (s. A 36), S. 67.

⁶⁰ Vgl. *H. Schröteler von-Brandt*, Innenstadterneuerung als Reproduktion sozio-ökonomischer Teilung. Das Beispiel Mannheim vor 1914, in: *G. Fehl / J. Rodriguez-Lores* (Hrsg.), Stadt-Umbau. Die planmäßige Erneuerung europäischer Großstädte zwischen Wiener Kongress und Weimarer Republik, Basel 1995, S. 169–190.

⁶¹ Zur Reorganisation der Bahnanlagen und des Verkehrswesens gehörte mittelbar auch die Gründung der »Hessischen Eisenbahn-AG« (HEAG), die elektrische Energieversorgung für Stadt und Umland sowie Nahverkehr in einer gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft bündelte; vgl. *D. Schott*, Die HEAG in Darmstadt: Vom städtischen E-Werk zum südhessischen Stromversorgungs- und Verkehrsbetrieb (1906–1935), in: *H. Böhme / D. Schott* (Hrsg.), Wege regionaler Elektrifizierung in der Rhein-Main-Neckar-Region, Darmstadt 1994, S. 19–40.

genheit, das Spezifikum »Künstlerkolonie« und damit das Profil von Darmstadt als »Kunststadt« wieder stärker hervorzukehren.

Die umfangreichste Selbstdarstellung der Stadt erfolgte 1913 in der von Erwin Stein herausgegebenen neuen Reihe »Monographien deutscher Städte«. ⁶² Für Darmstadt bedeutete die Aufnahme in diese Reihe ⁶³ den inoffiziellen »Großstadt-Adel«, obwohl die magische Zahl von 100 000 Einwohnern 1912 noch keineswegs erreicht worden war. Wie nutzte Darmstadt diese Chance? Oberbürgermeister Glässing und Bürgermeister Müller stellen als Herausgeber in der Einführung Darmstadt so vor:

»Darmstadt, des Großherzogtums Hessen Haupt- und Residenzstadt, am Beginn der wohl ältesten Verkehrsstraße Deutschlands, der Bergstraße, gelegen, umgeben von einem Kranz herrlicher Waldungen, ist in jüngster Zeit durch seinen rasch erblühten Ruhm als Kunst- und Ausstellungsstadt in den Kreis der vielgenannten Fremdenstädte getreten. Auch als Musik- und Theaterstadt, als Stadt der Baukultur und eines vielgestaltigen, regsamen geistigen Lebens hat Darmstadt einen guten Klang.« ⁶⁴

In diesen Dreiklang von Natur, Geschichte und Kultur werden als Positivfaktoren auch die Kunstförderung des Großherzogs wie die fortschrittliche Infrastrukturpolitik der Stadtverwaltung eingebettet, die etwa an der sehr frühen Einrichtung einer elektrischen Straßenbahn demonstriert wird. Im Hinblick auf die »mit einem Aufwand von nahezu 20 Millionen Mark erfolgte Verlegung des Hauptbahnhofes« ⁶⁵ und die daraus resultierenden »sehr einschneidenden Veränderungen« wird das neue erschlossene Industriegelände angepriesen, das

»...günstige Gelegenheit zur Niederlassung für größere und kleinere Betriebe (bietet). Der Charakter Darmstadts als Residenz, große Garnisons- und Beamtenstadt ist dem Aufblühen des Handels und der Ansiedelung leistungsfähiger Industrien auch seither schon nicht hinderlich gewesen... Darmstadts prächtige Lage, der nahe Odenwald, die Bergstraße und die wundervollen, die Stadt umgebenden Wälder sind weithin bekannt. Die Stadt wird gern von Pensionären als Ruhesitz auserkoren und besitzt den Vorzug, die kapitalkräftigste Stadt im Hessenlande zu sein.« ⁶⁶

⁶² W. Glässing / R. Müller / E. Stein (Hrsg.), Darmstadt, Darmstadt/Oldenburger 1913. Stein war Generalsekretär des 1910 gegründeten »Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik«, in dessen »Zeitschrift für Kommunalwirtschaft« bereits als Sonderhefte einzelne Städte vorgestellt worden waren.

⁶³ Die ersten beiden Bände porträtierten mit Neukölln und Magdeburg »echte« Großstädte. Ziel der Monographien war ein Gesamtporträt der jeweiligen Stadtverwaltung und der städtischen Institutionen mit besonderer Betonung der als vorbildlich erachteten Einrichtungen.

⁶⁴ W. Glässing / R. Müller: Darmstadt, in: W. Glässing / R. Müller / E. Stein (s. A 62), Einführung.

⁶⁵ Ebda.

⁶⁶ Ebda.; die Kapitalkraft bezog sich auf das private Steuerkapital und damit indirekt wieder auf die Steuerlast. Je höher das gesamte Steuerkapital, umso relativ geringer konnte die prozentuale Steuerbelastung auf das einzelne Einkommen und Vermögen ausfallen. Ein hohes Steuerkapital war also für vermögende Rentiers auf jeden Fall ein werbewirksames Argument, versprach dies doch geringere Belastung mit kommunalen Steuern.

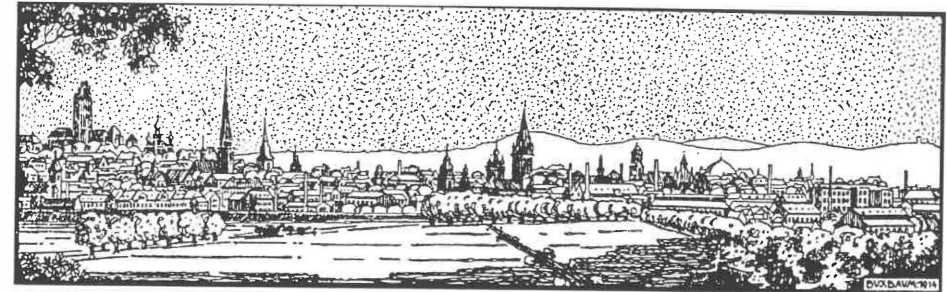


Abb. 4: Diese Vignette von der Stadtansicht Darmstadts von Nordwesten steuerte der Darmstädter Stadtbaurat August Buxbaum zur Selbstdarstellung in der Universum-Broschüre anlässlich des »Kunstjahrs 1914« bei. Darmstadt soll als in die Landschaft der Bergstraße und des vorderen Odenwalds eingebettete »Gartenstadt« gezeigt werden. Die Akzente im Stadtprofil werden von den Kirchtürmen bzw. vom Hochzeitsturm auf der Mathildenhöhe markiert, der – 1908 erbaut – damals schon im Begriff stand, zum Stadtwahrzeichen zu werden. Obwohl das Industrieviertel Darmstadts im Vordergrund liegt, verschwinden die Schloten, die auf zeitgenössischen Fotos recht auffällig sind, hier fast völlig. (Quelle: Darmstädter Kunstjahr 1914, Reclams Universum Sonderheft, Leipzig 1914.)

Darmstadt präsentierte sich also in erster Linie als Kunst- und Kulturstadt, als Stadt mit hervorragender kultureller wie technischer Infrastruktur und landschaftlich privilegierter Lage, die sich insbesondere als Wohnsitz für Pensionäre eignete. Dieser Zielsetzung entsprach auch der Inhalt der Beiträge, die sich teilweise wie ein Leitfaden für Niederlassungswillige lesen. ⁶⁷ Daneben, wenn auch nicht mit gleicher Emphase, wird die Eignung Darmstadts als Sitz für Industrie und Gewerbe aufgezeigt.

Eine ähnliche Stoßrichtung verfolgte auch die zweite Werbeoffensive der Stadt in einem Sonderheft der Zeitschrift »Universum« anlässlich des »Darmstädter Kunstjahr 1914«. Oberbürgermeister Glässing profilierte dort »Darmstadt als Stätte der Kultur« ⁶⁸ und akzentuierte die mit der Kunstpolitik von Großherzog Ernst Ludwig verbundenen Bestrebungen:

»So darf Darmstadt infolge der Initiative des Landesherrn mit Stolz die Tatsache verzeichnen, dass es als Pflegstätte moderner Kunst, und zwar sowohl des Kunstgewerbes wie der angewandten Kunst, als Sitz der Künstlerkolonie Kulturfaktoren von besonderer Bedeutung in seinen Mauern beherbergt.« ⁶⁹

»Kulturarbeit« der Stadt wurde von Glässing auch im Hinblick auf Gesundheits- und Verkehrspolitik verstanden. Trotz der großen Bevölkerungsdichte und des Industriebesatzes in der Region sei Darmstadt »eine der gesündesten Städte des Deutschen Reiches«, was sich u. a. an der hohen Quote älterer Einwohner zeige. Die nicht unkritische Balance, die die Stadtverwaltung zwischen sich im Prinzip widersprechenden

⁶⁷ So werden in Beiträgen des Beigeordneten Jäger detailliert Fragen der Bauordnung bis hin zu Preisbeispielen »bürgerliches Eigenheim mit 7 bis 8 Zimmern« (ca. 15–16 000 Mark) behandelt.

⁶⁸ W. Glässing (s. A 58) S. 7–12.

⁶⁹ Ebda., S. 10.

Zielen (›Industriestadt‹ versus ›Wohn-/Kunststadt‹) halten musste, wird in Glässings Schlussbemerkung deutlich:

»Tritt zu der angenehmen Wohnstadt, die nach dem Ergebnis der Vermögenssteuer die weitaus reichste Stadt Hessens ist, noch ein gesundes Vorwärtsschreiten im gewerblichen und industriellen Leben, so sind alle Bedingungen erfüllt, die der Stadt eine glückliche Zukunft gewährleisten.«⁷⁰

Glässings Botschaft ist klar: Darmstadts Qualitäten als Kunst- und Kulturstadt, als Waldstadt, gesundheitlich günstig und hygienisch sehr gut versorgt, macht sie hervorragend als Wohnsitz für wohlhabende Bürger geeignet, die für ihren Lebensabend einen angenehmen Altersruhesitz suchen. Sie würden dort – so lässt sich Glässings Artikel entnehmen – gesunde Lebensverhältnisse, vermögende ›Klassengenossen‹ und eine aufgelockert bebaute Stadtanlage finden. Zugleich wird aber auch ein anregendes künstlerisches Klima, eine dynamische wirtschaftliche Struktur versprochen; auch ansiedlungswillige Industrielle sind daher im Visier. Grundtenor ist die Fortschrittlichkeit und Modernität Darmstadts, die sich neben der künstlerischen und architektonischen Avantgarderolle auch in Werken der technischen Infrastruktur manifestiere.⁷¹ Diese Fortschrittlichkeit sei Ausdruck einer Selbstverpflichtung der Stadt, ihrer Rolle als Residenzstadt und der Aufmerksamkeit und Initiative seitens des Großherzogs gerecht zu werden.

Die dritte Image-Offensive war eine eigenständige Werbebroschüre der Stadt, in der Glässing im Sommer 1914 die Vorzüge von Darmstadt als Standort von Industrie und Gewerbe in den Vordergrund stellte.⁷² Glässing kämpfte hier gegen die »außerhalb Darmstadts hie und da verbreitete(n) Meinung, dass Darmstadt nur eine Beamten- und Militärstadt sei« an und betonte einerseits die befruchtende Rolle der großherzoglichen Kunstpolitik auch für Gewerbe und Industrie, andererseits die aktive, Industrialisierung durch ihre Infrastruktur- und Verkehrspolitik fördernde Rolle der Stadt. Bedeutsam sei hier insbesondere die Erschließung des neuen Industriegeländes durch Industriegleise auf Kosten der Stadt. Im Rahmen einer knappen Übersicht zu den wichtigsten vorhandenen Wirtschaftssektoren und Betrieben entwickelte Glässing ein Szenario von Darmstadt als Sitz von »Zukunftsindustrien«, als die damals etwa die Luftfahrtindustrie gehandelt wurde. Ziel der Stadtverwaltung war also eine ›Parallelpolitik‹ des »sowohl Industrie- als auch Wohnstadt«.

»Ist mit der Erhaltung der Wald- und Wohngebiete auch die Zukunft der Stadt als einer angenehmen Wohnstadt gesichert, so ist es andererseits doch möglich, in den Fabrikgebieten auf eine stärkere Ansiedlung von Industrien hinzuwirken.«⁷³

⁷⁰ Ebda., S. 12.

⁷¹ Insbesondere die elektrische Straßenbahn wird in diesem Zusammenhang wiederholt erwähnt.

⁷² W. Glässing, Darmstadts Industrie, Handel und Gewerbe, Darmstadt 1914. Der Text sollte eigentlich ebenfalls im Reclam Sonderheft erscheinen, wofür jedoch nicht genügend Platz war; S. 1.

⁷³ Ebda., S. 2.

Das Mittel dazu war städtebaulich die Funktionstrennung: »Die städtische Verwaltung wird auch in Zukunft stets darüber wachen, dass auf der einen Seite die Teilung in Verkehrs- und ruhige Wohnstraßen, in Verkehrsviertel und ausschließliche Wohnviertel, erhalten bleibt, dass die Wohnbezirke vor störenden Fabrikanlagen gesichert sind, und dass andererseits bei der Ausdehnung von gewerblichen Betrieben im Interesse der Stadt Erweiterungsmöglichkeiten in dem Industriegebiet vorhanden sein müssen.«⁷⁴ Die Verkehrspolitik hatte also eine strategische Schlüsselstellung in Glässings Konzept: Um eine sozial wie städtebaulich unerwünschte Ansiedlung zahlreicher Arbeiter in der Stadt zu verhindern, sollte mit Hilfe der Verkehrspolitik das noch nicht ausgeschöpfte Arbeitskrätereservoir der Vororte für Darmstadts Industrie mobilisiert werden bzw. die Arbeiterschaft für Darmstadts Industrie sich dort auf vergleichsweise günstigerem Bauland ansiedeln. Dies entsprach auch dem Bestreben, Darmstadts Charakter als »bürgerliche« Stadt zu bewahren. Diese Zielsetzung zeigt sich auch in Glässings Haltung zu Eingemeindungen, die eher dilatorisch behandelt wurden, um Gefahren für die städtischen Finanzen auszuschließen.

Die drei hier kurz vorgestellten Quellen zur Stadtwerbung zielten darauf ab, vorhandene Vorurteile zu beseitigen, bereits angelegte positiv bewertete Image-Bildungen (›Darmstadt als Kunststadt‹) zu vertiefen, zugleich aber auch neue Zielgruppen anzusprechen. Darmstadt sollte als attraktiver Standort für Industrie profiliert werden, zumindest für verarbeitungsorientierte Branchen wie Möbelindustrie, Chemie und Luftfahrt-Industrie, für die ein stimulierendes künstlerisches und wissenschaftliches Umfeld von Bedeutung war. Zugleich sollen die landschaftlichen wie kulturellen Qualitäten der ›Wohnstadt‹ nicht preisgegeben werden. Diese in sich widersprüchlichen Zielsetzungen suchte Glässing einmal durch städtebauliche Raumordnungspolitik (Funktionstrennung), zum anderen durch Ausbau der Verkehrsinfrastruktur miteinander zu versöhnen. Insofern kam der Bahnstreckeverlegung und Öffnung der Stadt, aber auch der HEAG-Gründung als Lösung der »Verkehrsfrage« ein eminent strategischer Stellenwert zu.

Die Profilierung von Darmstadt als ›Kunststadt‹ und/oder ›Industriestadt‹ war nun nicht bloßes Produkt von PR-Experten in der städtischen Verwaltung. Zugleich zeigt sich auch in der Kommunalpolitik, exemplarisch im Kommunalwahlkampf 1913, ein grundlegender Dissens zwischen der Sozialdemokratie und den Nationalliberalen hinsichtlich der von Darmstadt zu verfolgenden Stadtentwicklungsstrategien.⁷⁵ Die SPD

⁷⁴ Ebda.

⁷⁵ Hintergrund der Debatte war die Zuspitzung der kommunalen Finanzlage um 1910 in Folge der immensen Kosten der Bahnstreckeverlegung, die eine Erhöhung der kommunalen Steuersätze erzwungen hatte. Die Nationalliberalen, bürgerliche Mehrheitspartei in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung, die in besonderem Maße auch die Interessen der Rentiers als Steuerzahler vertraten, befürchteten offenbar eine weitere Zuspitzung der kommunalen Finanzmisere durch eine aktive kommunale Investitionspolitik und sahen die Gefahr eines Exodus wohlhabender Bürger

kritisierte das vorgeblich von den Nationalliberalen angestrebte Leitbild einer »Pensionopolis« massiv und forderte stattdessen eine aktivere Wirtschaftsförderung und Sozialtarife z. B. im Nahverkehr für die unteren Schichten.⁷⁶

»Nicht etwa eine aufstrebende Industrie- und Handelsstadt, sondern eine verumpfende Stadt der Pensionen und Pensionäre soll Darmstadt werden. Ja keine Bevölkerungssteigerung! Und insbesondere keinen proletarischen Zuwachs! Darmstadt soll unter allen Umständen die stagnierende Mittelstadt bleiben, in der Rentner und Beamte ein beschauliches Stilleben führen können. Von Industrie und Handel, die Mittelstand und Arbeiterschaft ernähren, wollen die Herren von Osann und Röllner (lokale Führer der Nationalliberalen, D. S.) nichts wissen.«⁷⁷

Die Stadtverwaltung verfolgte zwischen diesen Polen »Pensionopolis« oder »Industriestadt« eine vermittelnde Position, die auch – wie gezeigt – in der unterschiedlichen Gewichtung der Image-Aktivitäten zum Ausdruck kam. Mit der Bahnverlegung und den damit verbundenen Maßnahmen wie dem Bau eines in Bahnhofsnähe gelegenen Drehstrom-Kraftwerks, der Gründung der Hessischen Eisenbahn-AG (HEAG) der Verabschiedung von Bebauungsplänen und dem Bau von Industriegleisen für das Industriegebiet war zwangsläufig die Entscheidung für eine Umorientierung von der betulichen Residenz zum Standort vor allem neuer Industrien (z. B. Luftfahrt) gefallen. Die Stadt musste die Besiedlung der neu erschlossenen Quartiere aktiv betreiben, wollte sie nicht riskieren, dass der so hochgelobte und kostspielige neue Bahnhof als isolierter »Solitär« weit draußen vor der Stadt versauerte. Der »neue Anzug«, den die Bahnverlegung Darmstadt verpasst hatte, war 1912 noch ein paar Nummern zu groß. Das Konzept, mit dem die Verwaltungsspitze diesen neuen Anzug füllen wollte, ohne das bisherige Gesicht Darmstadts radikal zu verändern, beruhte jedoch auf der Voraussetzung kontinuierlichen Wirtschaftswachstums und der ungebrochenen Prosperität des Bürgertums, das eine Stadt wie Darmstadt wesentlich prägte.⁷⁸ Der Krieg machte solchem Kalkül jedoch einen Strich durch die Rechnung. Und in dem Maße, wie sich diese Voraussetzungen im und nach dem Krieg als nicht mehr gegeben erwiesen, brach auch das Entwicklungskonzept der Verwaltung unter Glässing in sich zusammen.⁷⁹

bzw. eines Versiegens des Zustroms kapitalkräftiger Rentner. Beides hätte den Effekt gehabt, die Steuerbasis zu verringern und damit die Belastung für die einzelnen u. U. zu erhöhen.

⁷⁶ Vgl. die Darstellung des Kommunalwahlkampfes bei D. Schott (s. A 12), S. 327 ff.

⁷⁷ HVF 15. 11. 1913.

⁷⁸ Ein Beispiel für die nicht realisierten Wachstumserwartungen ist etwa das gewaltige Rathaus-Projekt von Stadtbaurat Buxbaum, ein zwölfstöckiger Verwaltungsturm Ecke Wilhelminen- und Elisabethenstraße; vgl. E. Franz (s. A 13), S. 406 f.

⁷⁹ Die Industrie-Ansiedlungspolitik der Stadt hatte bis 1914 durchaus einige Erfolge zu verzeichnen. Es muss daher zunächst offen bleiben, ob der Krieg als quasi-äußeres Ereignis die Strategie durchkreuzte oder ob auch unter friedlichen Verhältnissen die innere Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung nicht für die Umsetzung des Konzepts ausgereicht hätte.

6. Zusammenfassung: Imagepolitik und Stadtentwicklung

Wir haben am Beispiel kommunaler Schlüsselereignisse zwischen 1900 und 1914 gesehen, wie Stadtverwaltungen süddeutscher Städte Erinnerungstage, Stadtjubiläen und überregional beachtete Ausstellungen nutzten, um ihre Städte sowohl nach innen, gegenüber der städtischen Bevölkerung, als auch nach außen, gegenüber einer regionalen, reichsweiten, teilweise auch internationalen Öffentlichkeit in einer Weise darzustellen, die Korrekturen, Akzentverlagerungen und Umwertungen am öffentlichen »Bild« dieser Städte in die Wege leitete. Die »mentale Konstruktion von Stadt«, die natürlich ein kontinuierlicher Prozess ist, gestaltete sich während dieser Ereignisse und gesteuert vom klaren Willen der Verwaltung, intensiviert und zugleich inhaltlich verändert. Natürlich fällt es – wie häufig in Arbeiten mit kulturgeschichtlicher Fragestellung – schwer, die Rezeptionsseite genauer in den Blick zu bekommen. Es können daher über Besucherzahlen von Ausstellungen etc. hinaus keine definitiven Aussagen über den letztlichen »Erfolg« dieser Imagepolitik gemacht werden. Vielmehr soll die offenkundige Häufung und Intensivierung dieser Versuche, die ja auch zeitlich mit der verstärkten Selbstdarstellung der Städte insgesamt auf Reichsebene koinzidieren⁸⁰, als Beleg für die zunehmend weniger stabile Identität der Städte interpretiert werden, für den Zwang, angesichts massiven ökonomischen und demographischen Wachstums wie auch der verschärft wahrgenommenen Städtekonkurrenz Neubestimmungen des städtischen »Selbstbildes«, bzw. Akzentverlagerungen voranzutreiben.

Im Umstand, dass Mainz nicht bloß als »Stadt des Weins«, sondern auch als »Stadt der Druckkunst« gelten wollte, dass Mannheim sich verpflichtet fühlte, sein kommerziell-industrielles Stadtleben durch Kunst und Kultur zu »veredeln«, dass Darmstadt im Kontrast dazu das Image als »Kunststadt« und Residenzstadt – was soziologisch auch »Pensionärsstadt« hieß – als für längerfristige Stadtentwicklung zu schmal erachtete, spiegelt sich nicht nur die hohe zeitgenössische Wertschätzung von Wissenschaft und Kunst,⁸¹ sondern auch das veränderte Selbstverständnis von interventionsbereiten Stadtverwaltungen. Diese, geführt von aktiven und strategisch denkenden Oberbürgermeistern wie Otto Beck, Heinrich Gassner (Mainz) und Wilhelm Glässing, begriffen nicht nur die materiell-technische Konstruktion städtischer Infrastruktur und Raumentwicklung als ihre Aufgabe, sondern auch die mentale Konstruktion von Stadt-Images, die mit diesen Prozessen materiell-technischer Stadtentwicklung korrespondierten, sie flankierten und unterstützten.

⁸⁰ Vgl. R. Stremmel (s. A 2); Ch. Engeli (s. A 2).

⁸¹ Vgl. W. J. Mommsen, Bürgerliche Kultur und künstlerische Avantgarde. 1870–1918, Frankfurt a. M. 1994; Th. Nipperdey, Wie das Bürgertum die Moderne fand, Berlin 1988.

Fred Kaspar

Altstadt – wissenschaftliche Fiktion oder sentimentales Bild?

Plädoyer für den bewussteren Gebrauch eines vertrauten Begriffes¹

I.

»Altstadt« ist im allgemeinen Sprachgebrauch ein vielbenutzer Begriff, der recht klar erscheint und in assoziativen Bildern wirkt: enge, kleinteilige städtebauliche Strukturen, aber auch überkommene Formen traditioneller Bebauungsstrukturen. »Altstadt« ist für die Heutigen eben nicht der Ort großflächiger Kaufhäuser, nicht der Platz, wo Parkhäuser stehen, sondern wo man in hochgiebeligen Häusern wohnt, auf krummen und gepflasterten Gassen von kleinen Einzelhandelsgeschäften zu Boutiquen schlendert, auf brunnenbestandenen Plätzen sitzt, Kaffee trinkt, in verrauchten Gaststätten sich einfindet, landestypische Speisen isst, in alten Gewölbekellern Wein trinkt.

Die heutigen Vorstellungen von Altstadt haben noch immer viel zu tun mit vorgefassten Meinungen über das Aussehen der Welt in der vorindustriellen Zeit. Damit reiht sich der Gebrauch des Begriffes bis heute ein in Strömungen, die im 19. Jahrhundert als Reaktion auf die allgemeine Industrialisierung wirksam wurden,² sozialromantischen Bildern einer vorindustriellen, vermeintlich »heilen« Welt anhängen, sich etwa in der Heimatschutzbewegung zeigten und im architektonischen Bereich auch in der Gartenstadtbewegung deutlich wurden. Der Begriff »Altstadt«, gleichgesetzt mit der »Alten Stadt« wurde zur Gegenstand in einer Flut von Büchern, die sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit der Geschichte des Städtebaus auseinandersetzten. Fast alle Autoren versuchten hierbei, das Bild einer ehemals heilen Stadt zu entwerfen, die natürlich mittelalterlich war und später durch das Handeln der Menschen beschädigt, seit dem 19. Jahrhundert aber zerstört worden sei. Nun gelte es, noch Vorhandenes möglichst zu erhalten oder wieder zum Leben zu erwecken. Prägend für diese Richtung blieben die zahlreichen Sammlungen histori-

scher Stadtansichten³ sowie das bis vor kurzem immer erhältliche Werk von Karl Gruber.⁴

Aus Sicht dieser Autoren war die alte Stadt um 1800 am Ende ihres »organischen« Wachstums: »Damals begann – ein Akt von symbolhafter Bedeutung – die Umschränkung durch Mauer oder Wall außer Dienst gestellt oder beseitigt zu werden. Unbegrenzte Außenquartiere suchten Anschluss an den Stadtkern. Als der feste Bering, der bis dahin das Ganze umfasste, fällt oder seine Funktion einbüßt, verliert vieles in der stadträumlichen Struktur seinen Sinn.« Anarchisch und ziellos in Plan und Aufbau der Vorstädte, so Karl Gruber weiter, vermag das 19. Jahrhundert keine Lösungen zu finden: »Dem Zersetzungsprozess, der den Organismus der alten Stadt durchdringt, suchen seitdem ›Denkmalpflege‹ und ›Heimatschutz‹ entgegenzuwirken.«⁵ Gruber setzt infolgedessen das 19. Jahrhundert mit »der Zerstörung der alten Stadt« gleich, wobei er zusammenfassend für den Städtebau meint feststellen zu müssen: »Die Leistung blieb ... im Massenhaften stecken, im Häuserchaos der großen Städte. Irgend etwas Geistiges vermag deshalb das Stadtbild der modernen Stadt nicht mehr auszudrücken«. Es fehlt »der modernen Stadt des 19. Jahrhunderts zunächst jene geistige Ordnung der Gesellschaft, die wir als die erste Voraussetzung der künstlerischen Wirkung der alten Städte so sehr hervorgehoben haben.«⁶

Erst nach 1950 wich diese formal-ästhetische Sicht in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zunehmend einer differenzierten Betrachtung unter gleichberechtigter Berücksichtigung jüngerer Entwicklungen sowie politischer, wirtschaftlicher und kultureller Grundlagen des Baugeschehens.⁷ Dennoch blieb bis heute im Hintergrund immer noch die Vorstellung wirksam, dass die »eigentliche« Qualität eines Stadtbildes in ihrer mittelalterlichen Überlieferung läge.⁸

¹ Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages bei der Internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt vom 6.–9. Mai 1999 in Minden zum Thema »Vom Umgang mit Störungen«.

² In Meyers Großem Konversations-Lexikon, 6. Aufl. 1902, findet sich das Stichwort noch nicht, während in der 9. Aufl. 1971 ausführlich ausgeführt wird, dass damit ein Stadtviertel bezeichnet wird, »das zumeist nur dem kleinen historischen Baugebiet im Stadtkern (Traditionskern) entspricht und als Abbild der Stadtgeschichte gelten kann. Als Baukörper hebt sich die A. durch geschlossene Bebauung ... von den umgebenden Stadtvierteln ab«.

³ Etwa in den zahllosen Reprints der Werke von Merian oder der mehrbändigen Publikation: Die Alte Deutsche Stadt. Ein Bilderatlas der Städtansichten bis zum Ende des 30jährigen Krieges, hrsg. von F. Bachmann, Leipzig 1941 bis 1949.

⁴ K. Gruber, Die Gestalt der deutschen Stadt, München 1952. Das Werk geht zurück auf einen schmaleren Band unter gleichem Namen, der 1937 in Leipzig erschien sowie eine Dissertation, die Karl Gruber 1914 bei F. Ostendorf an den TH Karlsruhe abschloss. Zu nennen in diesem Zusammenhang etwa auch A. E. Brinckmann, Deutsche Stadtbaukunst in der Vergangenheit, Frankfurt a. M. 1921, auch P. Zucker, Entwicklung des Stadtbildes. Die Stadt als Form, München/Berlin 1929. Vgl. auch H. Böhme, Städtebau als konservative Gesellschaftskritik. Bemerkungen zu Karl Grubers »Gestalt der deutschen Stadt«, in: Die alte Stadt 14/1987, S. 1–27.

⁵ A. Grisebach, Die alte Deutsche Stadt in ihrer Stammeseigenart, Berlin 1930, S. 10 und 12.

⁶ K. Gruber (s. A 4), S. 186 und 189.

⁷ Auf einen weiteren Strang der Entwicklung, dem der Stadtsanierung, heute der erhaltenden Stadterneuerung, sei hier nur hingewiesen.

⁸ So etwa der vielfältige Aspekte berücksichtigende, dennoch selbstverständlich nur das Mittelalter behandelnde Sammelband »Stadtbaukunst im Mittelalter«, hrsg. von D. Dolgner, Berlin 1990. Noch 1988 sucht E. Schirmacher in seinem Buch: Stadtvorstellungen – Die Gestalt der mittelalterlichen Städte – Erhaltung und planendes Handeln, Zürich und München, nach angemessenen Maßstäben im Bereich der Stadtplanung, die »das Eigentliche, das Sein der alten Stadt« berücksichtigen

Es soll im folgenden nicht darum gehen, die unterschiedlichen geistigen Strömungen zu verfolgen, die zur Festlegung dieses »Altstadtbildes« geführt haben. Vielmehr soll an Hand weniger Beispiele aufgezeigt werden, in welcher frapperanter Weise es bis heute auf die baugeschichtliche und denkmalpflegerische Arbeit einwirkt. Die Frage ist, in welchem Umfang wir uns von »Bildern« einer alten Stadt, nicht aber von ihrer »Wirklichkeit« leiten lassen.

Die ausgewählten Beispiele stammen aus dem Arbeitsbereich des Verfassers, dürfen allerdings auch für viele andere Städte gelten. Sie sind zur Verdeutlichung der Thesen gelegentlich etwas polemisch formuliert und dem Gebiet der Haus- und Bauforschung entnommen, die sich mit einem der wesentlichen Teile eines Stadtbildes, den einzelnen Häusern – gemeinhin als »Bürgerhäuser« bezeichnet – beschäftigt. Vornehmlich werden Städte des nordwestlichen Deutschlands berücksichtigt. Überspitzt lässt sich sagen, dass sich das Bild einer Altstadt auch in der Bauforschung vor allem definierte über: erstens die Stadtbefestigung als feste und klare äußere Begrenzung, zweitens die Enge der städtischen Bebauung und drittens die Hochgiebeligkeit der Häuser. Insbesondere die Richtigkeit dieser drei Kriterien für unser Verständnis von Altstadt wird also in den folgenden Beispielen zu verfolgen sein.

II.

Schon vordergründig engte diese Sichtweise über lange Zeit die verfolgten Erkenntnisziele erheblich ein. Deutlich wird dies etwa an der mangelhaften Forschung zum Baubestand der letzten drei Jahrhunderte. Während bis heute das allgemeine private Bauwesen des 19. Jahrhunderts in weiten Bereichen völlig unbearbeitet blieb, ist es für das 18. Jahrhundert durch feststehende Vorurteile bislang weitgehend einer tiefergehenden Betrachtung verborgen geblieben. Auch hierbei haben wir es wieder wesentlich mit der Wirkung des Begriffs »Altstadt« zu tun: Je nachdem, ob die Forschung den Blick auf Novation oder auf Tradition des Bauens lenkte, gelang es dabei, jeweils diametral entgegengesetzte Bilder der städtischen Lebenswelt zu entwerfen.⁹ Zwar sind die entwickelten Bilder in sich stimmig und würden in der Zusammenschau letztlich als Ausdruck der kulturellen Verhältnisse des betreffenden Jahrhunderts zu werten sein; mit ihrer plakativen Reduktion auf jeweils eine Seite des Gegensatzpaares »modern« contra »altertümlich« dürften sie aber den tatsächlichen Verhältnissen in den städtischen Lebenswelten des 18. Jahrhunderts nicht gerecht werden. Die Untersuchung breiterer städtischer Zustände ist bislang – abgesehen vom fast völligen Ausbleiben eingehender Studien zur baulichen Realität in den Provinz-

und »Ordnung und Wesen der mittelalterlichen Stadt treffen« (S. 11). Hierbei wird ohne weiteres »Alte Stadt« mit »Mittelalterlicher Stadt« gleichgesetzt.

⁹ Mit einem solchen Vorgehen wurde die Bausubstanz nicht wirklich als Quelle genutzt, sondern eher in methodisch angreifbarer Weise zur Illustration von vorgefassten Thesen missbraucht.

städten – in der Regel bei der Wiederholung und Belegung von Platitüden geblieben. Die meisten Publikationen, die sich mit dem sog. Bürgerhaus beschäftigen (ohne dass hier dieser zumindest für das 18. Jahrhundert überaus problematische Begriff weiter diskutiert werden soll),¹⁰ beenden ihre Darstellung einfach im Laufe des 17. Jahrhunderts, schon deshalb, weil die folgenden Entwicklungen nicht mehr als so schön, so prächtig und die Bauten des 18. Jahrhunderts zumeist so einfach waren.¹¹ Die weitere Geschichte wird hierbei in aller Regel unter dem Aspekt der Zerstörung des zuvor Geschaffenen gesehen, oder aber – mehr im Sinne einer Kulturkritik des 19. Jahrhunderts – unter Formulierungen zusammengefasst wie: »Westfalens Widerstand gegen das Kleinraumwohnen.«¹²

Eine Gruppe von Arbeiten sah als Forschungsgegenstand nur das nach ihrer Meinung Zeitgemäße: Charakteristisch für das Erscheinungsbild frühneuzeitlicher Städte erscheint auch das »Reihenhaus« im eigentlichen Sinn des Wortes.¹³ Hier schien es den Autoren also schon am Anfang der Untersuchung klar, was die Studien im einzelnen als Ergebnis erst bringen sollten, nämlich den Beitrag des Bürgers zum barocken Städtebau, einer Vorstellung, die an Hand von Residenzstädten einer bestimmten Prägung, wie etwa Potsdam, geschaffen wurde und den Bürger – je nach politischem Blickwinkel – entweder als braven Staatsbürger oder aber als geknechtetes und zur Anpassung gezwungenes Opfer darzustellen wusste. So sieht die regionale Forschung zur Hausgeschichte auch nur dort besser aus, wo solche der Stilgeschichte konformere Bauten zu erwarten waren, etwa in den Hauptstädten, oder aber in früh industrialisierten Regionen wie dem bergisch/märkischen Raum. Hier kam es sogar

¹⁰ Der Begriff wird von der Forschung zwar gern gebraucht, ist allerdings bislang kaum theoretisch oder wissenschaftsgeschichtlich durchdrungen worden. Siehe etwa die allgemeineren Aussagen bei H.-G. Griep, *Kleine Kunstgeschichte des deutschen Bürgerhauses*, Darmstadt 1985, S. 49 f. oder bei A. Berndt, *Reallexikon zur deutschen Kunstgeschichte III*, Stuttgart 1951: »Das Bürgerhaus ist das städtische Familienwohnhaus mit oder ohne Werkstatt«. Zumeist wird die Bezeichnung als Gegenbegriff zu »Bauernhaus« verwendet, allerdings ein ebensowenig definierter Begriff. So kann K. Freckmann auch in seiner Einleitung zum 1986 erschienenen Reprint des bis heute wichtigen Werkes von H. Vogts, *Das Bürgerhaus in der Rheinprovinz*, Düsseldorf 1929, bemerken: »Nach dem Verständnis von Vogts ist unter dem Bürgerhaus das städtische Wohnhaus und das städtisch geprägte Haus auf dem Lande zu verstehen. Hierzu zählen auch die adeligen und klösterlichen Hofhäuser.« Bei örtlichen Monografien erscheint die Definition zwar obsolet zu sein, wäre jedoch in der Regel richtiger durch »Häuser in der Stadt« ersetzt. Auch die bislang zur Unterstützung dieser Gegensätze genutzte Unterscheidung in landwirtschaftliche und handwerkliche Haushalte erwies sich hierbei nicht als weiterführend. Hierzu T. Spohn, *Aspekte kleinstädtischen Lebens im 18. Jahrhundert*, Bonn 1995, S. 166 ff., sowie H. Stiewe, *Hausbau und Sozialstruktur einer niederdeutschen Kleinstadt*. Blomberg zwischen 1450 und 1870, Detmold 1996, S. 249 ff.

¹¹ So etwa in den Übersichtswerken: H.-G. Griep, *Kleine Kunstgeschichte des deutschen Bürgerhauses*, Darmstadt 1985; G. Binding / U. Mainzer / A. Wiedenau, *Kleine Kunstgeschichte des deutschen Fachwerkbau*, Darmstadt 1975 (mit weiteren veränderten Neuauflagen).

¹² J. Schepers, *Westfalen in der Geschichte des nordwestdeutschen Bürger- und Bauernhauses*, in: *Der Raum Westfalen IV/2*, Münster 1965, S. 211.

¹³ K. Gerteis, *Die deutschen Städte in der frühen Neuzeit*, Darmstadt 1986, S. 48.

zum Begriff des sog. »bergischen Bürgerhauses«, einem wissenschaftlichen Destilat aus baulichen Erscheinungen einer bestimmten Zeit- oder Stilstufe der Mitte des 18. Jahrhunderts, wobei die meisten, ja wesentlichen Beispiele für diesen Typ des »Bürgerhauses« gar nicht in Städten oder stadtähnlichen Siedlungen stehen.¹⁴ Andere gingen auf die Suche nach dem sog. »klassischen Haus« – wie etwa der erste Band der Reihe »Das westfälische Bürgerhaus«.¹⁵ Auch hier geht es wieder um die Verbreitung des barocken Palaistyps oder des sog. französischen Hôtels, wobei ein großer Prozentsatz der in diesem Zusammenhang beschriebenen Bürgerhäuser wiederum weder in der Stadt noch im sozialem Milieu des Bürgers gefunden wurden.¹⁶

Die volkskundlich orientierte Hausforschung hingegen suchte in den Städten das Traditionelle, das sich »noch« erhielt und fasste dies schon bald unter dem Begriff des »Ackerbürgerhauses«¹⁷ zusammen. Auch bei dieser Perspektive wurde weniger das tatsächliche Baugeschehen betrachtet,¹⁸ sondern nach dem bäuerlich geprägten Haus in der Stadt als Zeichen einer Lebensweise gesucht, die je nach Sichtweise als rückständig oder traditionsverbunden bewertet wurde – letztlich eine Perspektive kleinstädtischer Lebensweise, wie sie schon seit dem 18. Jahrhundert vom »aufgeklärten« und »cultivierten« Bürgertum gepflegt wurde.¹⁹

III.

Was wird unter dem Begriff einer Altstadt heute räumlich verstanden? Wird hierunter der bis heute erhaltene alte Stadtbezirk einer Stadt gefasst? Wie verhält sich der Begriff zu der Bezeichnung »Innenstadt«? Ist Altstadt damit heute eine Anti-Welt zur allgemeinen Gegenwart? Letztere Befürchtung scheint nicht ganz von der Hand zu

¹⁴ Auf dem Umschlag des Bandes von H. Ossenberg, *Das Bürgerhaus im Bergischen Land*, Tübingen 1963, wird sogar das »Haus Harkort« in Hagen-Haspe abgebildet, das ländliche Wohnhaus einer aus dem Bauernstand aufgestiegenen Großkaufmannsfamilie.

¹⁵ Von W. Rave, Dortmund 1930. Ähnlich der Band von W. Jänecke, *Das klassische Osnabrück*. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Bürgerhauses zwischen 1760 und 1840, Dresden 1913.

¹⁶ Ähnlich ist es bei der Untersuchung von U. Barth, *Die Profanbaukunst im märkischen Sauerland 1815–1880*, Altena 1982. Auch hier wird der Begriff des Bürgerhauses nicht weiter diskutiert, sondern mit dem der Profanbaukunst und ebenso mit dem des Patrizierhauses gleichgesetzt, weil angeblich der Profanbau »im weitesten Sinne vom Bürger initiiert und getragen wurde«, S. 19 und 21.

¹⁷ Begriff eingeführt durch H. Ebinghaus, *Das Ackerbürgerhaus der Städte Westfalens und des Weserberglandes*, Dresden 1912. Zuletzt noch W. Bockolt, *Ackerbürgerstädte in Westfalen*, Warendorf 1987. Die Diskussion um den Begriff zusammengefasst bei T. Spohn (s. A 10), S. 166 ff. und fortgeführt bei H. Stiewe (s. A 10), S. 249 ff.

¹⁸ F. Kaspar, *Gebaute Realität und ihr wissenschaftliches Abbild. Stand und Aufgaben historischer Hausforschung in Nordwestdeutschland*, in: *Westfälische Forschungen* 39/1989, S. 543–572.

¹⁹ Eine bemerkenswerte Ausnahme hiervon bildet die Studie von T. Spohn (s. A 10), in der erstmals deutlicher die beiden hier benannten Pole städtischer Bau- und Lebensweisen dargestellt werden und die Frage nach den Gründen für die lange Konstanz der alten Formen aufgeworfen wird. Deutlich wird, dass dieses nicht mit dem Phänomen der »Rückständigkeit« zu erklären ist, sondern dieser eine Novationsfreudigkeit in anderen Bereichen der kulturellen Objektivierung gegenüber steht.

weisen: So hat das Land Nordrhein-Westfalen 1985 ein Förderprogramm »Historische Stadtkerne« begründet, in dem heute 34 Städte nach Nachweis einer Selbstbindung zur Einhaltung bestimmter planungsrechtlicher Grundsätze durch Zuweisung von besonderen Finanzmitteln privilegiert werden. Programmziele sind die »Erhaltung und Wiederherstellung des historischen Stadtgrundrisses, Erhaltung und Instandsetzung der noch vorhandenen Befestigungsanlagen, Schutz der Stadtsilhouette, Schließen von Baulücken durch maßstäblichen Wohnungsneubau sowie Rekonstruktion des historischen Wegenetzes und Freilegen von alten Bachläufen.« Hierbei wurden »von einer mit Experten besetzten Auswahlkommission« – nach allerdings offenbar nicht tiefergehender Systematik – Städte »mit einem weitgehend erhaltenen historischen Kern« ausgewählt.²⁰ In den dabei häufig verwendeten Begriffen »erhalten«, »maßstäblich« oder »historisch« scheinen noch immer die tradierten Vorstellungen nachzuwirken.

Es soll hier nicht der Eindruck entstehen, dass diese unklare, ja diffuse Vorstellung von »Altstadt« nur ein Problem des allgemeinen Sprachgebrauchs sei, denn je länger man sich auch im Zuge historischer Forschungen mit dem Begriff »Altstadt« auseinandersetzt, um so mehr scheint er sich inhaltlich zu verflüchtigen:

Zum 1200jährigen Stadtjubiläum Mindens sollte eine umfassende Baugeschichte erarbeitet werden.²¹ In dieser Baugeschichte sollten das über Jahrhunderte gewachsene und unverwechselbare Bild der Stadt und der darin unter und über dem Boden erhaltene Bestand in seiner Gesamtheit dargestellt werden. Die umfangreichen, durch das Projekt erarbeiteten Ergebnisse sollten in mehreren Bänden publiziert werden, wobei versucht wurde, den topografischen Aspekt als Gliederungselement in den Vordergrund zu stellen. Die Darstellung der Altstadt wurde in drei Bände aufgeteilt: Dom- und Dombezirk, übrige Kirchen sowie Profanbauten. Die Gebiete außerhalb der Altstadt sollen in einem vierten Band folgen.²² Mit dieser Aufteilung wurde allerdings ein auch inhaltlich kaum noch aufzulösendes Problem geschaffen, denn »natürlich« ging man davon aus, die Altstadt Mindens, also die vor der Mitte des 19. Jahrhunderts entstandene Bausubstanz, würde an der Befestigungslinie enden.²³ Allerdings zeigte sich

²⁰ Nach: *Historische Stadtkerne in Nordrhein-Westfalen*. Eine Dokumentation, hrsg. von der *Arbeitsgemeinschaft historische Stadtkerne*, 1992, S. 10–11.

²¹ Damit hatte die Stadtverwaltung das Westfälische Amt für Denkmalpflege beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe beauftragt.

²² In fünf Teilbänden unter dem Titel: *Die Bau- und Kunstdenkmale von Westfalen*, Bd. 50, bearb. von F. Kaspar und U. -D. Korn, Stadt Minden/Essen 1998 bis 2001.

²³ In den Inventarwerken – die sich als Standardwerke und Forschungsgrundlage begreifen – wurde dieses Thema bis vor kurzem nicht einmal ansatzweise diskutiert. So geht etwa das von M. Geisberg zwischen 1936 und 1941 in sechs Bänden publizierte *Inventar der Stadt Münster*, lange »als Spitzenwerk unter den bislang fertiggestellten Kunstdenkmälerinventaren« (so D. Ellger 1975 im Vorwort zur Neuauflage) geltend, mit keinem Wort auf die Grenzen seines Untersuchungsgebietes ein. In der Darstellung tauchen nur einzelne, willkürlich ausgewählte Bauten vor den Mauern auf – etwa das überhaupt erst seit 1875 zur Stadtflur gehörende Stift St. Mauritiz –, während etwa die

bald, dass es zahlreiche Plätze gab, an denen aus verschiedenen Gründen schon vor 1873 außerhalb der Stadtmauer Bauten bestanden. Gehörten diese nun ehemals zur Stadt und erwiesen sie sich damit möglicherweise als Teile der Altstadt?

Zum weiteren Verständnis der sich ergebenden Schwierigkeiten ist es unumgänglich, sich mit der Siedlungsgenese der Stadt auseinander zu setzen:²⁴ Die Wahl des Siedlungsplatzes Minden wurde offensichtlich insbesondere von geomorphologischen Bedingungen bestimmt. Nur an diesem Punkt des Laufes der Weser befand sich ein sicherer Übergang über den Fluss, erleichtert durch Sandbänke in der feuchten Niederung. Auf einer westlichen entstand vor 800 der Dom mit Domkloster mit der später nördlich anschließenden Villikation des Wichgrafen als weltlicher Vertreter des Bischofs, auf einer mittleren später der sogenannte Brückenkopf und auf einer östlichen – dem Werder – das Mauritiuskloster, das den Zugang zur Weserfurt sicherte. Mit diesen schon in der Frühzeit der Besiedlung festgelegten Strukturen waren auch die wesentlichen Punkte des sich entwickelnden Straßennetzes bestimmt: Auf dem östlichen Weserufer liefen alle historischen Wege auf die Furt, später auf die etwas weiter nach Norden verlagerte Weserbrücke zu, während sich auf dem westlichen Ufer eine höchst komplexe Struktur auf Grund der verschiedenen, schon vor 1200 bestehenden Siedlungskerne ergab.

Die vor der Stadt liegende und ursprünglich im königlichen Besitz befindliche Feldflur gehörte wohl noch bis in das 13. Jahrhundert weitgehend zur Villikation des in bischöflichen Diensten stehenden Wichgrafen, bzw. zum Besitz des Domstiftes sowie der im 11. Jahrhundert entstandenen Stifte St. Marien, St. Martini und St. Mauritius, nach 1200 auch des Stiftes St. Johannis. Entsprechend der hochmittelalterlichen Siedlungsverfassung hatte diese Struktur zu einem komplexen, heute nur noch in Ansätzen erkennbaren Siedlungsbild geführt, denn die unterschiedlichen Wirtschaftsverbände wurden jeweils durch eigene Haupthöfe mit zugehörigen Wohnsiedlungen verwaltet, denen wiederum ein Meier mit eigenständigem Wohnsitz vorstand. Damit ergab sich für die Frühzeit der Stadt eine Vielzahl unterschiedlicher Zentren. Zugehörig waren zudem jeweils eigene Mühlen entlang der bestehenden Wasserläufe, aber offenbar auch Eigenkirchen.

Erst um 1230 entstand zum ersten Mal eine Befestigung der um den Dom und die Stifte mit ihren Villikationen im Verlauf von mehreren Jahrhunderten am westlichen

Weserufer entstandenen »Civitas Mindensis«. Die bald zur Mauer verfestigte Verteidigungslinie wurde um die bereits bestehenden Siedlungskerne und die meisten Kirchen gezogen. Dabei wurden aber Teile der sich zu dieser Zeit schon weit entlang den Fernwegen in die Flure hinziehenden Siedlungen sowie die St. Ägidiuskirche von der befestigten Stadt abgeschnitten und verblieben fortan in ihrem Vorfeld. Während in den ersten Jahrzehnten diese neue künstliche Linie durch den wichgräflichen Besitz noch darin sichtbar blieb, dass zunächst nur zwischen Besitztümern »extra muros« und »intra muros« unterschieden wurde, trat dann erstmals in einer Urkunde von 1268 der Begriff »campus mindensis«, das Mindener Feld, die spätere Feldmark der Stadt auf.

Nach 1278 wurde der Besitz des wichgräflichen Amtes durch den Bischof geteilt und die Villikation des Wichgrafen als eigener Komplex verpfändet. Offensichtlich ist sie später nie wieder mit dem Amt des bischöflichen Richters vereint worden, so dass das zu dieser Siedlungseinheit gehörende oder vom Bischof zu Lehen ausgegebene Land um die Stadt nach und nach in die Hand der Mindener Bürgerschaft kommen konnte und die wohl zugehörige und vor der Mauer verbliebene Eigenkirche St. Ägidius ihre Funktion einbüßte.

Im Laufe eines in seinen Einzelheiten unbekannt verlaufenden Prozesses verschwanden im Laufe der nächsten Jahrhunderte auch die in der Feldflur liegenden zugehörigen Ortschaften, etwa das Dorf Walven oder als weiterer wichgräflicher Haupthof der Ort Hasle, der südlich der Bastau lag, der nicht in die ummauerte Stadt einbezogen wurde und sich später zur Simeons-Vorstadt entwickelte. Der im Süden innerhalb der ummauerten Siedlung gelegene und »Beldersen« genannte Haupthof des domkapitularen Besitzes ist hingegen schon im Laufe des 12./13. Jahrhunderts in Teilen aufgesiedelt worden, wobei sich die dort befindliche Eigenkirche St. Simeon zu einer weiteren Pfarrei wandelte.

Noch im 13. Jahrhundert lagen also unmittelbar vor der Stadtmauer größere Siedlungsbereiche, die man bei der Gewinnung einer zweckmäßigen Verteidigungslinie nicht in den Ring der Stadtbefestigung einbezogen hatte. Sie zogen sich an verschiedenen Ausfallstraßen entlang, insbesondere im Umkreis verschiedener, die Stadt umgebender alter Haupthöfe. So zog sich eine Straße mit anliegender Bebauung über die Bäckerstraße und Tränke entlang dem Weserufer nach Norden, aus der später die Fischerstadt hervorging. Eine weitere solch besiedelte Straße zog sich über Deichhof, Rosental und Bleichstraße nach Norden; dieser Bereich – aus der Villikation des Wichgrafen hervorgegangen – wurde später als »Marienvorstadt« bezeichnet. Während in der Frühzeit der Stadt also auch die umgebende Feldflur noch von zahlreichen Bauten und Siedlungen durchsetzt war, kam es erst seit dem Spätmittelalter zunehmend zur Entleerung der Feldflur und damit zu dem charakteristischen Gegensatz zwischen bevölkerter Stadt und unbesiedelter Flur. Diese Entleerung ist in mehreren Etappen vor sich gegangen und begann mit dem Wüstfallen von verschiedenen, die

städtischen Friedhöfe oder das städtische Leprosenhaus unerwähnt bleiben. Auch noch in dem bislang letzten, 1983 erschienenen westfälischen Inventarband über die Stadt Lemgo gibt es keine Thematisierung dieser Frage. Doch werden hier immerhin die Landwehr, Mühlen, Denkmäler und Friedhöfe sowie 33 ausgewählte Profanbauten »außerhalb der Wälle« dargestellt. Einen deutlich neuen Weg ging hier erst das vierbändige Inventar der Stadt Landsberg am Lech, seit 1995 unter der Leitung von D. Dietrich in München publiziert. Hier wird in Band IV, 1999 den Vorstadtbereichen in ihrer historischen Entwicklung breiter Raum eingeräumt.

²⁴ Hierzu jetzt auch: F. Kaspar / M. Schulte, Blatt Minden, in: Westfälischer Städteatlas, hrsg. von W. Ehbrecht, Altenbecken 1998.

Stadt umgebenden kleinen Siedlungen – was wohl insbesondere im Laufe des 14. und 15. Jahrhunderts geschah. Später ist diese Entwicklung insbesondere aus Verteidigungsgründen durch die Bürgerschaft selbst systematisch weiter vorangetrieben worden.

Bei einer Belagerung der Stadt Minden 1552 wurden – zum wiederholten Male – die Simeons- und die Marienvorstadt von feindlichen Truppen eingenommen, welche anschließend auf dem Janhof in der Marienvorstadt eine Schanze aufwarfen und von dort aus die innere Stadt »mit grobem Geschütz« beschossen. Vor dem Hintergrund, dass die seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhundert aufgekommenen und 1499 zum ersten Mal in Minden nachweislich eingesetzten Schusswaffen eine immer größere Reichweite erlangten, beschloss der Rat, da die Vorstädte unter diesen Bedingungen den Feinden unmittelbar vor den Mauern Schutz gewähren konnten, die Vorstädte vor St. Marien und vor dem Simeonstor abzubrechen und deren Bewohner in die Stadt umzusiedeln. Wegen rechtlicher Schwierigkeiten verblieben aber weiterhin noch einzelne Bauten bestehen, die dann 1634 von der kaiserlichen Besatzung niedergebrannt und abgebrochen wurden.

Erst damit war seit 1635 die Feldflur der Stadt als Ergebnis einer fast vier Jahrhunderte dauernden Entwicklung innerhalb der Landwehren weitgehend von jeglicher Besiedlung geräumt und zu einer reinen von der Stadt her bewirtschafteten Fläche geworden. Diese Feldflur wurde durch die Bürgerschaft verwaltet, die zu fünf von Hudeherren vertretenen Hudegenossenschaften zusammengeschlossen waren. Entsprechend dem Wert der Häuser, ob Bürgerhaus mit oder ohne Baurecht oder Bude, bestanden unterschiedliche Rechte am Auftrieb von Vieh in den »Gemeinheiten«, den Flächen im kollektiven Besitz. Diese Rechte gehörten zunächst zu den Häusern in der Stadt und wurden mit ihnen verkauft oder vererbt, konnten aber auch getrennt verkauft werden und wurden durch die Hudegemeinschaften überwacht. Die Feldflur wurde von einer wohl im 14. Jahrhundert eingerichteten Landwehr mit mehreren Warttürmen umgeben, wobei allerdings die Grenzen der Stadtflur und der Verlauf dieser Landwehr nicht in allen Strecken deckungsgleich sind. Die Landwehr schloss sogar in Teilen Fluren von benachbarten Dörfern, etwa von Leteln und wohl auch Böllhorst mit ein. Jede der Hudegemeinschaften der Stadt unterhielt in der Regel zwei Hirten (für das Groß- und das Kleinvieh), für die je eine Schäferei mit Hütte in der Feldflur bestand. Neben den gemeinsam aufgestellten Schafen wurden durch die Schäfer der einzelnen Huden auch morgens aus der Stadt die Schafe, zum Teil auch die Schweine, ausgetrieben.

Die Rechte der Huden änderten sich zum ersten Male grundsätzlich durch die Teilung der im gemeinsamen Besitz befindlichen Hudegründe. Sie ist 1778 durchgeführt worden, wobei jeder Berechtigte an Stelle seiner eingetragenen Huderechte eine ihm eigengehörige Fläche in den ehemaligen Hudegründen zugeteilt bekam. Mit diesem äußerst aufwendigen Programm entstanden die charakteristischen schmalen und lan-

gen Grundstücke, die noch bei der 1873 einsetzenden Aufsiedlung der Feldflur prägend für die Aufsiedlung wurden. Mit der damit für den Einzelnen wirksam werdenen Verfügbarkeit des Bodens setzte eine zunächst noch zögernde Siedlungstätigkeit in der Feldmark ein.

Schon seit der Mitte des 17. Jahrhundert siedelten sich allerdings im Brühl nördlich der Stadt nach und nach wieder mehrere Bleichen an, die die hier zahlreichen Quellen für ihr Gewerbe nutzen konnten. Daneben bestanden vor 1760 in den Fluren vor der Stadt nur das Anwesen der Scharfrichterei, das Zoll- und Gasthaus Kuckuck vor dem Simeonstor sowie die Klostermühle und das Vorwerk »Masch« am rechten Weserufer. Weiter vor der Stadt lagen die Poggen- und die Wallfahrtsteichmühle sowie einige Zoll- und Gasthäuser an den Passagen durch die Landwehr, ferner allerdings zahlreiche Neubauernstellen in der Minder Heide. Ein erster Impuls für die Aufgabe der seit dem 17. Jahrhundert so scharfen Grenze zwischen der bebauten Stadt und der menschenleeren Feldflur ging von der ersten Entfestigung Mindens nach 1763 aus, wobei fortan die ehemaligen Wallanlagen wegen der großen Flächen und wohl auch guten Lage zur Stadt bald zu beliebten Bauplätzen für Sommerhäuser, aber auch für neue Hausstätten wurden. Besonders zahlreich entstanden solche Bauten am Königswall; sie sind aber auch auf allen anderen Wallabschnitten und in den Bereichen unmittelbar vor den Toren festzustellen.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sind vor allem private Lusthäuser innerhalb der Feldmark errichtet worden, ferner einige Windmühlen. Zu ihnen gesellten sich einige Gasthäuser, wobei auch die meisten Sommerhäuser wie Mühlen bald zu Ausschänken für aus der Stadt in die Feldflur kommende Spaziergänger erweitert wurden. In vielen Fällen entwickelten sich daraus bald größere Gasthäuser, wie sie sich im 19. Jahrhundert vor allen Toren fanden. Bis 1784 sollen sich 84 Personen in der Mindener Feldmark niedergelassen haben, und 1812 lebten dann schon 195 Personen vor den Toren der Stadt, wobei 1814 hier schon wieder 29 Häuser gezählt wurden.

Die Neubefestigung Mindens nach der Übernahme der Stadt durch Preußen 1813 sollte der Feldflur ein weiteres Mal einschneidende Veränderungen bringen. Die alten, inzwischen zumeist umgenutzten und in Teilen auch schon überbauten Festungswerke wurden nach rigorosem Abbruch aller in diesem Bereich seit 1763 entstandener Bauten nicht nur wieder hergestellt, sondern in den nächsten Jahren auch immer weiter ausgebaut, wozu nach und nach große Flächen des vor den Wällen gelegenen Gartengeländes, aber auch der neue 1807 angelegte städtische Friedhof vor dem Stiftstor eingezogen wurden. Besonders einschneidend sollte die Schaffung der sogenannten Hausberger Front werden, wo das Gelände vor dem Simeonstor in weiten Bereichen nicht nur dem bürgerlichen Besitz entzogen, sondern auch völlig umgeformt wurde. Nach dem Rayon-Gesetz war nun im sogenannten ersten Rayon, in einem Abstand von 600 Metern von den Festungswerken, jegliche Bebauung untersagt und im anschließenden zweiten Rayon von 375 Metern Tiefe nur unter strengen Auflagen erlaubt.

Eine weitere Veränderung der Feldflur war daher in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur noch weit entfernt von der Stadt außerhalb des zweiten Rayons möglich. Hier setzte man die Ansiedlung von Neubauernstellen fort, ferner entstanden mehrere private Friedhöfe. Größere Baumaßnahmen blieben auf den nördlichen Teil der Friedrich-Wilhelm-Straße am rechten Weserufer beschränkt, wo es nach und nach auf Grund der guten Erschließung der Grundstücke vom Fluss her zur Anlage erster Industriebetriebe kam.

Nachhaltige Impulse für die Besiedlung der Feldflur gingen von den seit 1830 konkreter werdenden Planungen für den Bau einer Eisenbahn aus. So sollte 1838/39 zunächst ein Bahnhof vor dem Simeonstor angelegt werden, doch verdichteten sich wenig später die Planungen zu einer neuen großen Bahnstrecke am rechten Weserufer. Als willkommenes Anzeichen zur Verstärkung der Festungswerke in diesem Bereich wurde er zusammen mit der umgebenden Bahnhofsanlage seit 1845 angelegt und im Oktober 1847 in Betrieb genommen. Hier führte das entstehende weitläufige und im gesamten 19. Jahrhundert größte Bauprojekt der Stadt schließlich zur Entstehung einer »Neustadt« mit der sogenannten Laxburg als zentraler Siedlung. In der Folge wurden zum ersten Mal wesentliche Bereiche der Wirtschaft aus der Stadt verlagert, denn mit dem Bahnhof änderte sich der Fernverkehr zunehmend in Richtung rechtes Weserufer, dem schon bald mit der Anlage des Weserhafens und des Zollamtes auch der Güterverkehr und mit dem Bau der Oberpostdirektion auch das Post- und Nachrichtenwesen folgte. 1867 folgte mit dem Gaswerk ein erster kommunaler Betrieb. Die zahlreichen, damit schon vor 1870 am rechten Weserufer entstandenen Einrichtungen führten dazu, dass ein erheblicher Teil der Arbeitsplätze der Mindener weit außerhalb der befestigten Stadt lag, weil insbesondere die verschiedenen Betriebe der Eisenbahnen schnell zum wichtigsten Arbeitgeber der Stadt geworden waren. Weitere Arbeitsplätze hatten sich in Industriebetrieben (Bergwerken sowie Eisen- und Glashütten) in den an die Feldflur Mindens anschließenden Dörfern am rechten Weserufer, insbesondere in Neesen, Lerbeck und Meißen gebildet.²⁵ In diesen stark angewachsenen Dörfern fanden auch erhebliche Teile der in der Neustadt arbeitenden Personen ihre Wohnung.

Schlagartig und nachhaltig sollte sich die Situation in der Feldflur im Herbst 1873 verändern, als der Festungsstatus Mindens einschließlich der Rayonbestimmungen ersatzlos aufgelöst wurde. Schon wenige Wochen später begannen die ersten Bürger, vor den Toren in ihnen gehörenden Gärten Häuser zu errichten. Damit dokumentierten sie das Verlangen, endlich wieder der als eng empfundenen Stadt zu entkommen und in neuzeitlichen Villengebäuden inmitten von Gärten zu wohnen. Von der Gesamtbevölkerung Mindens, die 14 696 Personen sowie 2392 kasernierte Soldaten umfasste,

²⁵ Trotz der schon historisch engen Verflechtungen mit Minden gehören die ersten beiden Dörfer noch heute nicht zum Stadtgebiet, sondern zur Stadt Porta-Westfalica.

lebten nach dem Verwaltungsbericht vom Dezember 1875 (also nur zwei Jahre nach der Entfestigung der Stadt) schon insgesamt 2023 Personen außerhalb der Festungswerke, wobei in der Feldflur schon 247 Wohnhäuser gezählt wurden. Dies sind Zahlen, die sowohl etwa 15% der Bevölkerung wie auch der Bebauung der Innenstadt ausmachen.

Anhand des Beispiels Minden wird deutlich, dass das, was wir unter der Altstadt verstehen, nur ein Teil des historisch-räumlichen Sozialgefüges Stadt war, die sich durchaus auch außerhalb ihrer Befestigungslinie fortsetzte. Was hier allerdings im einzelnen war, konnte in jedem Jahrhundert ein völlig anderes Gesicht haben. Es konnte von Vorstädten über Kolonien, von städtischen Einrichtungen und Betrieben, über Sommer- und Gartenhäuser bis zu Gastwirtschaften und Ställen reichen. Der starke Kontrast zwischen engem Inneren und weitläufigem, fast menschenleerem Äußeren – wie ihn klassische Stadtansichten und Vogelschauen des 17. Jahrhunderts zeigen – ist allerdings nur eine historische Momentaufnahme. Bilder, die in dieser Weise nur in den zwei Jahrhunderten der frühen Neuzeit bestanden und in erster Linie auf die seinerzeit bestehende Notwendigkeit, die Stadtverteidigung der Entwicklung der Pulverwaffen anzupassen, zurückzuführen sind. Sehen wir die Stadt aber als einen zusammengehörenden Wirtschaftsraum, als ein soziales Gebilde oder auch als Verwaltungseinheit mit verbindender rechtlicher Struktur, sind die Grenzen oft erheblich weiter zu ziehen und können auch benachbarte Orte oder umliegende Dörfer umfassen.

IV.

Ein weiterer Punkt ist Frage nach einer inhaltlichen Definition von »Altstadt«, die Frage, wie es im Inneren der Stadt aussieht.

Die baugeschichtliche Forschung hat in den letzten 15 Jahren zu einem enormen Kenntniszuwachs in der Geschichte des älteren Bürgerhauses geführt, wobei insbesondere archäologische Forschungen, verstärkte Archivarbeiten sowie das Hilfsmittel der Dendrochronologie entscheidende Impulse geben konnten. Die Untersuchungen führten zu einem völlig veränderten Bild von der baulichen Entwicklung der Städte, das nur noch wenig mit unseren landläufigen Vorstellungen von Altstadt zu tun hat. Als Einführung soll auch hier wieder ein konkretes Beispiel aus Minden dienen.

Die die Westseite des nördlichen Teils der Ritterstraße säumende Häusergruppe Ritterstraße 23–33 weist nicht nur eine gemeinsame Entstehungsgeschichte auf, sondern ist auch seit etwa 1920 durch die Stadtverwaltung Minden nach und nach aufgekauft und in verschiedenen Stufen zu einem städtischen Museumskomplex ausgebaut worden, womit ein charakteristisches Beispiel einer historischen Bürgerhausreihe erhalten werden sollte. Die durch Bürger errichtete Häuserreihe ist allerdings das Ergebnis starker Umwälzungen innerhalb der Stadt ab der Mitte des 16. Jahrhunderts und offensichtlich die Erstbebauung dieser Art innerhalb der Immunität des

St. Martinistiftes auf einer nach 1530 aufgesiedelten Freifläche, die wohl zuvor zum Wirtschaftshof des Stiftes gehört hatte. Die Bauten entstanden in einem hier nicht weiter zu behandelnden Prozess bis etwa 1620, so dass es erst zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges zu dem Straßenbild mit der eng gestellten, gleichmäßigen Reihe von hohen Giebelhäusern kam, die später als prägendes Beispiel eines spätmittelalterlichen Straßenbildes bewertet wurde.

Die komplette Überlieferung dieser Baugruppe, nur noch durch Umbauten modernisiert, brachte ihr dann im 20. Jahrhundert den Ruf einer malerischen Gruppe »alter Bürgerhäuser« ein, deren besondere Entstehungsgeschichte allerdings so in Vergessenheit geraten war, dass man die Häuser für im Kern mittelalterlich hielt. Die Häuser gehörten zu den am meisten in der überörtlichen Literatur abgebildeten Bauten, die äußerlich auch vielfach in baugeschichtliche Untersuchungen einbezogen wurden. Bemerkenswert bleibt dabei der im Laufe der Zeit immer deutlicher werdende Versuch, den Kern der Bauten als »spätmittelalterlich« einzustufen und in ihnen typische Vertreter des von der Forschung festgestellten norddeutschen Dielenhauses zu sehen. Ihre genauere Kenntnis und Bedeutungsanalyse wurde allerdings auch bei dem weiteren Ausbau des Museums bis nach 1970 nie zu einem Punkt größeren Interesses bei den Planungen und sollte in der Folge zu gravierenden Fehldeutungen der historischen Situation führen. Die Bauten wurden in erster Linie als Beispiele eines Typs, weniger als historische Urkunde gesehen, so dass deren individuelle historische Aussage auch weitgehend ausgelöscht werden konnte. So wurde von Museumsleitung, Stadtverwaltung, Denkmalpflege und Baupflege einmütig das Konzept verfolgt, eine »typische« bzw. »ursprüngliche Bürgerhausreihe« oder ein Stück »Altstadt« zu erhalten.

Diese über lange Zeit deutliche Wertung der Situation vor allem auf Grund der Straßenkrümmung und der engen Reihung der Giebel von Bürgerhäusern als eine besonders malerische und damit »typische« Altstadtstraße führte zu weiteren Entscheidungen. So wurden die der Gruppe unmittelbar gegenüberliegenden, zum Teil gleichalten Häuser ab 1959 nach und nach ohne Widerspruch irgendeiner Behörde als Beitrag zur Stadtsanierung abgebrochen. Sie bildeten zweifellos eine heterogene Gruppe von zumeist kleineren Bauten, die keine geschlossene und damit »typische« Hauszeile markierten, aber doch eben Ausdruck der auch hier höchst komplexen Siedlungsgenese waren. Immerhin hatten sie ihren Ursprung ebenfalls in der allmählichen Auf siedlung einer Stiftskurie, doch hatte der Prozess hier nicht zu einer für das 20. Jahrhundert als typisch geltenden Gruppe von sog. Bürgerhäusern geführt. Statt dessen hatte sich innerhalb der seit dem 16. Jahrhundert entstandenen Bebauung sogar noch der Bau der eigentlichen Kurie erhalten. An ihrer Stelle sollten nun nach einer auf die Straße ausgerichteten Neuparzellierung »passende« Neubauten errichtet werden. Durch die beiden 1980 bis 1983 hier unter intensiver Beratung des Baupflegeamtes in Münster errichteten, im Detail und Material zeitgemäß gestalteten großen Komplexe wurde damit der schon so lange beschworene »Altstadtcharakter« der Straße weiter

herausgearbeitet. So wurde der Museumszeile ein für angemessen gehaltenes Gegenüber geschaffen, indem man die Bauten nun dicht an die Straße rückte, mehrgeschossig und in den Fassaden gestaffelt stellte und durch mehrere Giebel gliederte.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass auf Grund von falschen Sichtweisen und Erkenntnissen über den »richtigen« Charakter einer »Altstadt« und mit hoher öffentlicher Förderung heute die Reste der mittelalterlichen Bebauung an der Ritterstraße beseitigt worden sind, um unter Erhaltung von frühneuzeitlichen Bauten und durch Errichtung moderner Ergänzungsbauten ein für mittelalterlich gehaltenes Straßenbild als einzige angemessene Form einer »richtigen Altstadt« zu schaffen.

V.

Kommen wir abschließend zum Bild der Hochgiebeligkeit einer Altstadt. Als die Stadtverwaltung von Minden vor einigen Jahren versuchte, die sog. Fischerstadt, eine der drei erwähnten Vorstädte in das schon angesprochene Förderprogramm »historische Stadtkerne« aufnehmen zu lassen, wurde dieser Antrag nach Begehung von der zuständigen Gutacherkommission abgelehnt. Dieses Stadtquartier erschien ihr als nicht typisch genug in seiner Erscheinung.

Die baugeschichtlichen Forschungen der letzten Jahre haben unabhängig von diesem Urteil ergeben, dass es heute nirgends in Westfalen solch ein zweites bauliches Ensemble geben dürfte, das eine so komplette Überlieferung der im späten 15. Jahrhundert bestehenden, also spätmittelalterlichen Bebauung zeigt.²⁶ Auffallend hierbei ist, dass die ältesten Bauteile der durchgängig als Fachwerkbauten errichteten Wohnhäuser innerhalb der Fischerstadt auf zahlreichen Parzellen aus den Jahren nach 1470/71 stammen, während bislang nirgends Reste von noch älteren Häusern aufgefunden werden konnten.²⁷ Sowohl die Parzellierung, wie auch die noch bestehende Bausubstanz lassen erkennen, dass es sich bis in das 17. Jahrhundert in der Fischerstadt um weitläufige und großzügig parzellierte Hausstätten gehandelt hatte, die in der Regel alle an der Weserstraße lagen und bis zur Oberstraße reichten. Hier am Ufer standen in einer Reihe große, allerdings durchgängig eingeschossige Dielenhäuser städtischen Zuschnitts, meist von seitlichen Beifahrten begleitet, auf denen wohl nach und nach auch Nebenhäuser erbaut wurden. Auf den rückwärtigen Grundstücken entstanden an die Häuser angeschlossene Hinterhäuser oder Flügelbauten, mehrfach auch freistehende Speicher oder Scheunen. Rückwärtig schlossen sich daran weitere kleinere Bauten, die entweder zunächst als Nebengebäude, wie Ställe genutzt wurden,

²⁶ Einzeldarstellung BKW Minden (s. A 22), Bd. IV, Essen 1999.

²⁷ Naheliegend ist hier ein Zusammenhang mit der Fehde zwischen dem Bischof Minden und den Grafen von Schaumburg, in deren Zusammenhang die Stadt zwischen 1468 und 1472 mehrmals, insbesondere im Sommer 1469 belagert wurde. Offensichtlich scheint dabei die Bebauung der Fischerstadt zerstört und anschließend völlig neu errichtet worden zu sein.

oder in denen sogleich, wie es dann seit dem späten 17. Jahrhundert durchgängig nachzuweisen ist, kleine Wohnhäuser zur Vermietung eingerichtet wurden. Die Ausrichtung der Parzellen auf das Ufer der Weser legt es in der Zusammenschau mit der Datierung dieses Parzellierungsschemas in das 12./13. Jahrhundert nahe, hier eine Handelsniederlassung von Kaufleuten anzunehmen, die sich auf das Weserufer orientierten, das zu dieser Zeit wohl noch als einfache Schiffslände zu sehen sein dürfte. Die mittelalterlichen Großparzellen mit einer Tiefe zwischen 50 und 60 m lassen sich noch heute aus dem Bestand rekonstruieren, wobei von Süden nach Norden die ersten beiden Parzellen Breiten von etwa 18 Meter aufweisen, die folgenden drei Parzellen von 12 bis 15 m Breite, denen schließlich drei Parzellen von etwa 10 m Breite folgten. Damit ergeben sich Hausstätten von bis zu 1000 qm Grundfläche. Die auf den Parzellen stehenden Haupthäuser waren offensichtlich zwischen 16 und 20 m lang.

Im 17. Jahrhundert wurden die großen Grundstücke aufgeteilt, wobei es weniger zu Neubauten, als vielmehr zu Umnutzungen der bestehenden Bauten kam. So wurden nicht nur viele der großen Vorderhäuser quer in zwei Häuser aufgeteilt, sondern auch durchweg die Nebenhäuser in getrennten Besitz gegeben. An anderen Stellen wurden aus Flügelbauten oder auch aus Scheunen getrennte Häuser. Ferner wurden die rückwärtigen Wirtschafts- und Nebenhäuser durchweg in Einzelbesitz aufgeteilt, der allerdings häufig nur die Standfläche der Bauten ausmachte. So konnten aus einem bürgerlichen Anwesen schließlich bis zu acht kleine Hausstätten werden. Diesem starken sozialen Absinken der Bauten seit dem 17. Jahrhundert scheint es zu verdanken zu sein, dass sich in diesem Quartier bis heute ein höchst bemerkenswerter Bestand an spätmittelalterlichen Bauten und Bauteilen erhalten hat, die freilich in ihrer äußeren Erscheinung durch die mit der Umnutzung einhergehende Umgestaltung verändert sind. Die damit entstehende äußere Erscheinung hatte allerdings zur Folge, dass das Gebiet nicht mehr als »typisch« angesehen wurde.

VI.

Abschließend stellt sich nun die Frage, wie sich bauhistorische Forschung dem Phänomen Altstadt angemessen nähern kann. Es dürfte sicherlich nicht angemessen sein, Stadt, Alte Stadt oder Altstadt zuerst als einen Hort ästhetischer Qualitäten zu sehen, den es vor den Anforderungen einer Umgestaltung zu schützen gilt. Wenn hierbei zwischen angemessen und störend unterschieden wird, werden eine jüngere Entwicklung in der Regel ausgeschlossen und in Geschichte vergewaltigender Weise geschichtliche Prozesse durch statische Bilder ersetzt. Eine Untersuchung unter Nutzung vorgefasster Typen verhindert darüber hinaus den Blick auf die charakteristischen Eigenheiten. Nur eine eingehende Forschung der lokalen Entwicklungen, der treibenden Kräfte, der Ursachen und Wirkungen kann aber Grundlage jeder Beurteilung sein.

Auch eine noch so klare bauliche Grenze zwischen einem Innen und Außen, wie es etwa eine Stadtmauer zu sein scheint, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Stadt ein räumlich amorphes, sich aber auch in der Zeit permanent veränderndes, zu meist ein dynamisches Gebilde ist. Bei einer räumlichen Abgrenzung dürfte es nötig sein, klarer zwischen den verschiedenen Betrachtungsebenen zu unterscheiden. Jenseits der bisherigen, formal am Befestigungsring begründeten und romantisch bestimmten Definition sind wirtschaftlich, rechtlich oder sozial bestimmte Definitionen möglich.

(Alt-)Stadt bedarf zu allen Zeiten der Beziehungen von Außen nach Innen und umgekehrt. Sei es nun heute der Bezug zwischen den Wohngebieten und der City oder einst des nahrungsproduzierenden Umlandes zur Stadt.²⁸ Das was innerhalb und außerhalb des Ringes der Stadtmauer geschah, bedingte sich auch zu allen Zeiten. Dies betrifft nicht nur die durch ihre optischen Gegensätze zwischen leerem Äußeren und gedrängtem Inneren so scheinbar klar wirkenden Zeiträume vor 1800, sondern insbesondere die nachfolgenden Jahrhunderte. Mit der Entstehung von Vorstädten und Stadterweiterungen, der Eingemeindung von umliegenden Siedlungen oder anderen Phänomenen des Wachstums kommt es zu einer Neuverteilung der zum Organismus Stadt gehörenden Funktionen. Mit der Verlagerung überkommener Aufgaben aus der »Innenstadt« heraus werden auch der damit entstehenden »Altstadt« neue Funktionen im Gesamtorganismus zugewiesen, seien es nun der Slum, die City, die Altstadt, das Zentrum, der Bereich der Behörden oder ähnliches.

Aber auch das innere Bild einer Altstadt bedarf offensichtlich einer starken Korrektur. So stellen neue bau- und siedlungsgeschichtliche Untersuchungen für die spätmittelalterliche Zeit heute fest, dass die meisten Städte noch zu dieser Zeit weitgehend nur locker bebaut waren und zwischen den Häusern der Bürger jeweils breite Abstände verblieben, die zu den Wirtschaftshöfen der meist großflächigen Anwesen führten. Die Bürgerhäuser selber waren in ihrer Eingeschossigkeit ebenfalls von eher bescheidener Gestalt. Ein Bild hiervon gab uns etwa das Beispiel der Mindener Fischerstadt. Im Laufe des 16. Jahrhunderts setzte in vielen Städten ein enormer Gestaltwandel ein, wobei zum einen nach und nach die Abstände zwischen den Häusern überbaut wurden, zum anderen viele Häuser zusätzliche Obergeschosse erhielten. Erst damit entstand in der Masse die vielbeschworene Hochgiebeligkeit.²⁹ Darüber hinaus aber bleibt festzuhalten, dass eine Stadt einem kontinuierlichem Wandel unterlag, ihr individuelles Bild in jeder Epoche ziemlich anders aussah.

²⁸ Nicht zuletzt sei hier an die umfangreiche wissenschaftliche Diskussion der »Stadt-Land-Beziehungen« erinnert, die seit langem in der volkswissenschaftlichen Kulturraumforschung und der geographischen Landeskunde gepflegt wird.

²⁹ Städte und Stadtbilder, die diese nicht aufweisen konnten, verloren damit eines der wesentlichsten Kriterien für ihre Würdigkeit zu eingehender Erforschung. So blieben bis heute gerade die weiten Landstriche ohne jede baugeschichtliche Bearbeitung, die bei ihrer niedrigen, ländlich und damit ärmlich wirkenden, mittelalterlichen Proportion blieben. Hier seien nur die zahlreichen Kleinstädte im Norden von Westfalen sowie in Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder Brandenburg genannt.

Autoren

FRED KASPAR (1954). Nach Studium der Volkskunde, Kunstgeschichte sowie Vor- und Frühgeschichte an der Universität Münster zunächst im Sonderforschungsbereich 164 „Vergleichende geschichtliche Städteforschung“ in Münster und seit 1985 beim Westfälischen Amt für Denkmalpflege in Münster als Oberkonservator beschäftigt. Von 1922–1996 zur Erarbeitung der mehrbändigen Publikation „Bau- und Kunstdenkmale der Stadt Minden“ freigestellt. Publikationen zur Haus-, Bau- und Kulturgeschichte der Städte sowie des Bäderwesens im nordwestdeutschen Bereich.

MAI LIN-TJOA-BONATZ (1968). Studium der Kunstgeschichte, Südostasien-Wissenschaften und Archäologie in Frankfurt a. M. 1994–1998 Mitarbeiterin am DFG-Projekt „Wohnen als Problem in historischen Kernstädten Südostasiens“ an der TU Darmstadt. Derzeit Arbeit an einer Dissertation über Shophouse-Architektur in Penang/Malaysia. Arbeitsschwerpunkte: Gender Studies, Denkmalpflege und Wohnhausarchitektur in Südostasien.

DIETER SCHOTT (1954), Historiker; Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Anglistik an der Universität Konstanz und der Freien Universität Berlin. Seit 1985 Lehre an der TU Darmstadt, dort seit 1996 Privatdozent. Derzeit Lehrstuhlvertreter für Neuere und Neueste Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seit 1999 Mitglied der Redaktion der Zeitschrift Die Alte Stadt. Arbeitsschwerpunkte: Stadtgeschichte, Umweltgeschichte, Energie- und Verkehrsgeschichte, Geschichte der USA.

MICHAEL TOYKA-SEID (1960), studierte in Tübingen und Durham (GB) Geschichte, Politikwissenschaften und Kunstgeschichte. Promotion über Gesundheitspolitik und kommunale Gesundheitspflege in Durham 1831–1918. 1994–1998 Mitarbeiter am DFG-Projekt »Wohnen als Problem in historischen Kernstädten Südostasiens« an der TU Darmstadt. Derzeit wiss. Mitarbeiter am Institut für Geschichte der TU Darmstadt. Publikationen zur Stadt- und Medizin-Geschichte, zur Umweltgeschichte sowie zur vergleichenden Stadtforschung.

Tagungsbericht

Ludwigslust zwischen Barock und Plattenbau

Die Herbsttagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Mitgliederversammlung

Die Herbsttagung 1999 der »Alten Stadt« war mit ihrem Arbeitsprogramm und über die Begegnung mit der Barockstadt Ludwigslust hinaus zusätzlich geprägt durch den Wechsel im Amt des Ersten Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft.

Der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Esslingen a.N. und seit 1990 amtierende Vorsitzende *Ulrich Bauer* hatte schon mit der Übernahme seiner neuen Aufgabe als Geschäftsführer der Projektgesellschaft Neue Messe GmbH seinen Rücktritt angekündigt.

Dr. Jürgen Zieger, der neue Oberbürgermeister der Stadt Esslingen a.N. hatte erfreulicherweise seine Bereitschaft zur Nachfolge im Vorsitz der »Alten Stadt« erklärt. Er wurde im Rahmen der Jahreshauptversammlung im Schloss Ludwigslust – wie erwartet – einmütig gewählt. Damit wird die seit 1974 bewährte und daher offenbar auch fraglose Bindung unserer Arbeitsgemeinschaft an die Stadt Esslingen weitergeführt und die Arbeit der dort angesiedelten Geschäftsstelle weiterhin gewährleistet.

Dr. Zieger hat sich in seinen spontanen Ausführungen den inhaltlichen Anliegen der »Alten Stadt« verpflichtet, die ihm von seinem beruflichen Werdegang her vertraut sind. Er will einerseits Bewährtes weiterführen und andererseits neue Akzente setzen, bzw. die Arbeit der »Alten Stadt« dort mit anregen und motivieren, wo sie daran ist, sich den zeitbedingt neuen Herausforderungen – z.B. den sozialen Aspekten im Altstadtthema – zu stellen und auch neue Mitglieder zu gewinnen.

Prof. Dr. Otto Borst, der pionierhafte Gründer und betagte Motor der »Alten Stadt«, ließ es sich nicht nehmen, selbst nach Ludwigslust zu kommen, um dem scheidenden Ersten Vorsitzen-

den aus persönlichen Erinnerungen heraus und in ebenso persönlichen Worten für sein sympathisch-engagiertes und erfolgreiches Wirken zugunsten unserer Arbeitsgemeinschaft besonderen Dank zu sagen.

Abendempfang

Im Rahmen des überaus gastfreundlichen Empfangs im Ludwigsluster Rathaus kam in der Begrüßung durch Bürgermeister *Hans-Jürgen Zimmermann* erneut jene herzliche Verbundenheit mit der »Alten Stadt« zum Ausdruck, die auch bisher schon bei all unseren Tagungen in den ostdeutschen Mitgliedsstädten so besonders spürbar gewesen ist.

Die Eröffnungsansprache, die letzte des Vorsitzenden *Ulrich Bauer*, verzichtete bewusst auf ein großes Bilanzieren. Sie war im sachlichen Bericht, in der Rückschau auf Tagungsstädte und Tagungsergebnisse sowie im Hinblick auf die Weiterarbeit für unsere Zeitschrift zurecht von einer positiven Grundstimmung getragen – auch angesichts der Tatsache, dass den Mitgliedsaustritten der letzten Jahre nun wieder zunehmend Beitrittserklärungen gegenüberstehen. Sehr bedacht wurde die konstruktive, Bindung stiftende Rolle angesprochen, die der Arbeitsgemeinschaft im gegenwärtig überzogen thematisierten Ost-West-Spannungsverhältnis nachweislich zukommt.

Die Tatsache, dass – nach Nordrhein-Westfalen und Brandenburg – nun auch in Sachsen eine Arbeitsgemeinschaft »Historische Städte in Sachsen« gegründet wurde (in Freiberg/Sachsen, Vorsitzender *Dipl. Ing. Rainer Bruba*), war für Herrn Bauer Anlass, diese Einrichtungen besonders zu begrüßen. Schließlich sind sie nicht etwa als Konkurrenz zur Alten Stadt zu sehen, sondern vielmehr als Möglichkeit, das im deutschsprachigen Raum übergreifende Wirken unserer

Arbeitsgemeinschaft im (regionalen) Problemzuschnitt auf Länderebene zu vertiefen.

Der Abschied des Vorsitzenden *Ulrich Bauer*, dem auch in Zukunft dankbare Anerkennung gewiss sein kann, war im Danken und im Wünschen ein herzliches Bekenntnis zur Alten Stadt. Es war für ihn – nach seinen Worten – kein Ausscheiden aus unserer Arbeitsgemeinschaft, sondern »nur ein Zurücktreten in die Reihe unserer Mitglieder«.

Themenprogramm

Der Abendvortrag von Architekt *Dipl. Ing. Norbert Erkner* machte anschaulich vertraut mit der geschichtlichen und baulichen Stadtpersönlichkeit Ludwigslust. Den Tagungsteilnehmern wurden dadurch für ihre zumeist erste Begegnung mit Ludwigslust die baulich-städtebaulichen Besonderheiten dieser ab 1757 entstandenen Stadtanlage vermittelt. Sie war ab 1767 für über 70 Jahre Landesresidenz. Aber auch in dieser herrschaftlichen Funktion ist Ludwigslust im Baubestand wie in den Straßen und Platzräumen von einem weithin ungestörten ein- und zweigeschossigen Hausbestand geprägt, der in der Stadtsilhouette – weder beim Schloss noch bei der Kirche – durch bedeutungssignalisierende Überhöhungen markiert ist und zudem in seiner Verzahnung mit dem weitläufigen Park als sympathisch-humane Stadtlandschaft erlebt wurde.

Die Vorträge am Samstagvormittag unter dem Oberthema »Ludwigslust zwischen Barock und Plattenbau« wurden von *Dipl. Ing. Rainer Bruha*, Bürgermeister für Bauwesen der Universitätsstadt Freiberg, bedacht sachlich und vorbildlich knapp moderiert. Die in den Vormonaten dort und da geäußerte Vermutung, in dieser Tagung würde »nur« orts- oder ostspezifisches abgehandelt, erwies sich, abgesehen vom grundsätzlich verfehlten, ja fragwürdigen Denkansatz – als abwegig. Schließlich wurden in allen Referaten Probleme, Beobachtungen und Erfahrung vermittelt, die selbst dort schon generalisierbar sein konnten, wo – über die Rahmenplanung in Ludwigslust (*Dipl. Ing. Andreas Rossmann*) hinaus – Bürgermeister *Hans-Joachim Zimmermann* zu den aktuellen städtebaulichen strukturellen und finanziellen Herausforderungen refe-

rierte. Der Schwerpunkt lag auf dem Umgang mit dem ehemaligen Garnisonsgelände (sowjetisches Militär), das als Entsorgungsaufgabe, als Frage nach einer stadtkerndienlichen Nutzung und in der städtebaulichen Anbindung (Gelenk Alexandrinenplatz) gleichermaßen als vielfältiges Problemfeld und als Entwicklungschance vermittelt wurde.

In mehrfacher Hinsicht war es dann auch ein Gewinn, dass die Leiterin des Stadtplanungsamtes in Ludwigsburg (Baden-Württemberg), *Dipl. Ing. Kerstin Gothe*, unter dem Thema »Ludwigsburg als Vergleichsstadt – nicht nur dem Namen nach« aus einer westdeutschen Barockstadt berichtete, die gleichfalls durch (ältere) Garnisonseinrichtungen erweitert wurde und aus dem Nachkriegsgeschehen zwar nicht mit Großplatten aber doch auch mit den Resultaten einer gleichfalls problematischen Bauentwicklung zu tun hat.

Es hat in Ludwigslust jedenfalls gut getan, in dem sehr bedacht und knapp auswählenden Bericht auch selbstkritisch und jedenfalls offen über die westdeutschen Erfahrungen aus über 50 Jahren Erneuerungs- und Aufwertungspraxis zu hören, deren Chancen und Probleme man nun in zwar verwandter, aber extrem komprimierter Weise immer noch als Nachholbedarf in ostdeutschen Städten begegnet.

Dipl. Ing. Dieter Zander, Landeskonservator des Landes Mecklenburg-Vorpommern, erläuterte – entsprechend seinem Thema »Denkmalpflegerische Zielsetzung unter dem Aspekt der Architekturfarbe« – zwar auch die zum Teil überraschenden restauratorischen Untersuchungsergebnisse zu den differenzierten, für die jeweilige Architektursprache und für das Ludwigs-luster Stadtbild wichtigen Farbfassungen. Aber nicht minder aufschlussreich war es, die konstruktiv-kritische Rolle des Denkmalpflegers in den Auseinandersetzungen zu erfahren, die im Umgang mit städtebaulichen Ordnungsmaßnahmen (z. B. Schlossstraße, Zäsur zum ehem. Garnisonsgelände) und mit der barockstadtnahen Großwohnsiedlung, sprich Großplattenbauten aktuell zu bestreiten sind.

Unter dem Thema »Zusammenhänge in der Stadtsanierung und Parkpflege« berichtete

Hans-Joachim Peters aus der Zuständigkeit des Landes (Finanzministerium M.V.) zur Erarbeitung eines Parkpflegewerkes und daraus zu den schrittweisen Maßnahmen, die einen verantwortbaren Umgang mit dem Gartendenkmal der überaus weitläufigen Schlossparkanlage gewährleisten. Eindrucksvoll und überzeugend sind dabei die Anstrengungen, neben den gartenpflegerisch vorgegebenen Notwendigkeiten und Grenzen durch maßvollen überlegte Aktivitäten (wie die Nachmittagsexkursion anschaulich belegte) den Park der Bevölkerung sinnvoll zu erschließen bzw. verfügbar zu machen.

Der Vortrag »Zum Umgang mit Großplattenbauten in historischen Städten« fand rechtens besondere Aufmerksamkeit. *Adalbert Behr* vom JRS führte mit umfassender Kenntnis über die 150 Großwohnsiedlungen aus der DDR-Zeit zu sachlich differenzierter Information über die zum Teil extrem unterschiedlichen Verhältnisse in der heutigen sozialen, baulichen und städtebaulichen Wirklichkeit dieser Hinterlassenschaft.

Die gegenwärtig weithin emotional geführte Diskussion zum Geschick dieser Bauten ist bekanntlich verspannt zwischen so extrem divergierenden Beobachtungen wie pauschaler Abwertung, baugestalterisch überformender Aufwertung, Umfeld-Aufwertung, Bewohner-Identität, soziale Brennpunkte und auch schon Denkmalschutz. Der Vortrag wird seiner hilfreichen Versachlichung und seiner Strategieansätze wegen, die zuallererst an Bewohnerbedürfnissen orientiert sind, in dieser Zeitschrift abgedruckt und damit in wünschenswerter Weise verbreitet zugänglich gemacht.

Die sachkundig geführten Stadtrundgänge am Nachmittag waren zwar aufgeteilt in fachliche Einzelthemen, der Ablauf orientierte sich aber

immer auch soweit an Teilnehmerwünschen, dass das Gesamte der Besonderheiten dieses Flächendenkmals zwischen einerseits Park und Großwohnsiedlung und andererseits dem Garnisonsgelände weithin doch allen Führungsgruppen vermittelt werden konnte.

Mit der Sonntagsexkursion nach Schwerin verdichtete sich nicht nur das Erlebnis der – wie man dort sagt: – »griesigen« Gegend, bzw. der dortigen Kulturlandschaft, sondern auch die Ahnung über die in der Nachwendzeit geschehenen, beachtlichen und rechtens mit Freude gezeigten Erhaltungs- und Wiederherstellungsleistungen. Dabei wurden die Resultate nicht nur als Ansehenswertes vermittelt, sondern auch in ihrer fachlichen Vor-Auseinandersetzung und Begründung. So z. B. in der Zwischenstation Burg Neustadt-Glewe. Der auffällig modern gestaltete Treppenturm im Burghof, als Ersatz für den einstigen »Wendelstein« länger Gesprächsgegenstand, wollte eben nicht zuerst in seiner vordergründig »mutigen« Konstruktionsprache gesehen und beurteilt werden, sondern vor allem als bewusst gesetzte Haltung gegen die in solchen Aufgaben immer noch allzu geläufige Praxis des bequemen Rekonstruierens.

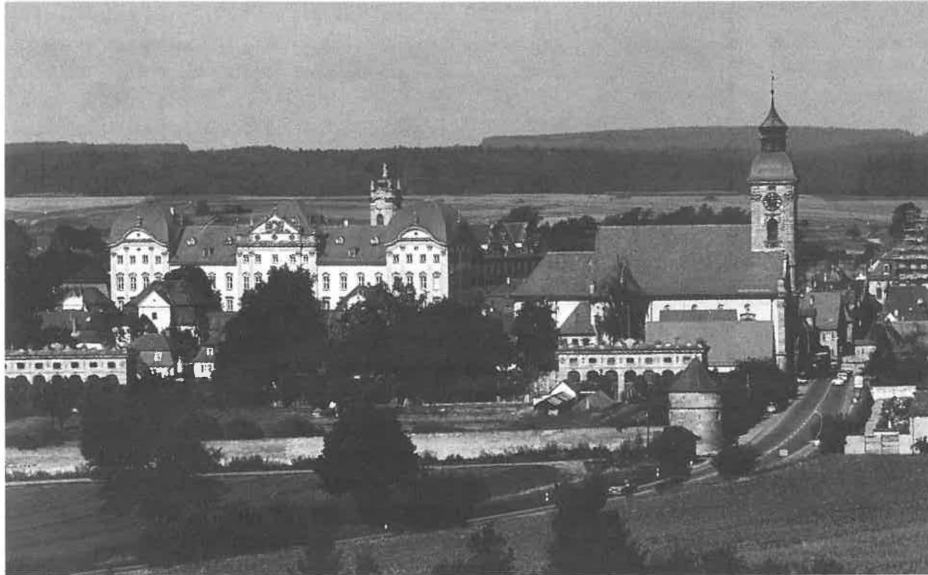
In Schwerin macht wiederum der Landeskonservator *Dieter Zander* anschaulich bekannt mit dem Geschick, mit der schwierigen Sanierung und dem beachtlichen Erneuerungsergebnis am baukünstlerischen Unikat des Residenzschlusses, und – in leider begrenzter Zeit – mit Beispielen der schrittweisen, in allen Ergebnissen aber überzeugenden Stadterneuerung. Damit wurde auch in der Exkursion nochmals der Sinn unserer Tagungen, nämlich Erfahrungsaustausch und Erfahrungsgewinn, reichlich und dankenswert eingelöst.

August Gebeßler

Harald Bodenschatz / Johannes Geisenhof / Erich Konter

Deutschordensresidenz Ellingen

Eine Ausstellung anlässlich der 1100-Jahrfeier der Stadt Ellingen



Deutschordensresidenz Ellingen von Süden mit Schloss und Pfarrkirche.

Wer kennt schon – außer den geneigten Lesern der »Alten Stadt« – Ellingen? Die mittelfränkische Kleinstadt südlich von Nürnberg ist bis heute ein kultureller Geheimtip geblieben. Schon 1910 sprach der Barockexperte Martin S. Briggs von der »unbekannten Stadt« Ellingen, in der sich aber »die feinste Auslese all der malerischen Eigenschaften, die die historischen Städte einem Architekten so interessant machen«, findet. »Unbekannt«, »unentdecktes Kleinod«, »vergessene Residenz« – Schlagworte, die sich für Ellingen finden lassen. Immer wieder wird Ellingen neu entdeckt, immer wieder wird es vergessen. Sein »stilleinheitliches Stadtbild«, so der Kunsthistoriker Arthur Schlegel 1927, sucht »in ganz Deutschland seinesgleichen«.

Heute – nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges und der oft rabiaten Modernisierungen der Nachkriegszeit – gehört Ellingen zu den wenigen überkommenen, behutsam erneuerten kleinen Residenzstädten des 18. Jahrhunderts in Deutschland. Von daher darf es beanspruchen, ein städtebauliches Gesamtkunstwerk von europäischem Range zu sein.

Zur 1100-Jahrfeier wird Ellingen von neuem entdeckt. Die Stadt präsentiert sich in einer Ausstellung als Residenzstadt des Deutschen Ordens. Nicht dass Ellingen sonst keine Bedeutung gehabt hätte: Verwiesen sei nur auf die römische Zeit als Castellum oder die unmittelbare Zeit nach dem Kriege, als der Architekt Sep Ruf die Wiederaufbauarbeit der Stadt leitete. Dennoch:

Die Identität Ellingens bündelt sich in seiner Funktion als Residenzstadt des 18. Jahrhunderts. Im Jahre 1705 begann der barocke Umbau der Stadt mit der Errichtung des Spitals, und im Jahre 1787 endete das goldene Jahrhundert mit dem Tode des letzten Landkomturs Franz Sigismund Adalbert Freiherr von Lehrbach.

Noch heute ist Ellingen vor allem ein Dokument gleichsam fürstlicher Baulust. Das in Deutschland einzigartige städtebauliche Erbe der Herrschaft des Deutschen Ordens ist Zeugnis des Schaffens der Deutschordensbaumeister, des Ringens der Ellinger Landkomturen um fürstlichen Status, der Arbeit der Menschen, aus deren Erträgen Bau und Unterhaltung letztlich bezahlt wurden, und der Kunst und Geschicklichkeit der überwiegend Ellinger Handwerker und Arbeiter, die diese Residenz schließlich bauten.

Jeder Besucher ist zunächst von dem mächtigen Schloss beeindruckt. Eine Residenz ist aber mehr als ein Schloss. Zur Sicherung und Repräsentation der Herrschaft gehört eine weit größere, komplexe Herrschafts- und Kunstlandschaft, die durch das Schloss dominiert und organisiert wird. Dies ist in Ellingen noch erlebbar. Die Deutschordensstadt ist eine der wenigen Residenzen in Deutschland, deren Schlosslandschaft fast vollständig erhalten ist, eine Landschaft mit Ökonomiegebäuden, Toren, Gärten und anderen Freiräumen bis hin zu prospektartig gestalteten neuen Gassen für Hofbedienstete und Hoffunktionen, Gassen, die die Schlosslandschaft begrenzen und zugleich von Natur oder Stadt trennen.

Ausgangspunkt der im Sommer und Herbst 1999 gezeigten Ausstellung im Deutschordenschloss sind Ansichten, Schnitte und Grundrisse der Gebäude der Schlosslandschaft, die im Rah-

men einer um 1810 durchgeführten Bestandsaufnahme durch den Geometer Wachter und dessen Mitarbeiter erstellt wurden. Diese Bestandsaufnahme diente dazu, den zu Beginn des 19. Jahrhunderts neugewonnenen Gebäudebestand des Königreiches Bayern festzustellen, zu registrieren und damit für die neuen Herren in München verfügbar zu machen. Im Zentrum der Ausstellung steht das Schloss, insbesondere die Nutzungsgeschichte der Repräsentationsräume. Es folgen die übrigen Gebäude und Freiräume, die zusammen erst eine funktionierende Schlosslandschaft bilden. Vorgestellt werden aber auch Pläne und Visionen zum Ausbau der Schlosslandschaft, die nicht realisiert wurden. Wichtig sind weiter die Ansichten der Residenz Ellingen auf den Wappenkalendern der Ballei Franken, Ansichten, die Bestand und Planungsabsichten zugleich bezeugen.

Die Ausstellung stellt einige bisherige Einschätzungen der Schlosslandschaft und deren Entstehung in Frage, wagt neue Thesen und verweist auf zu Unrecht wenig beachtete Dokumente. Insbesondere rückt sie die in der (Fach-)Öffentlichkeit »übersehenen« städtebaulichen Visionen eines prächtigen Weiterbaus der Schlosslandschaft ins Zentrum, die eine Neuinterpretation der Rolle und Bedeutung der beiden letzten Landkomtüre sowie der nach 1750 wirkenden Baumeister erlauben. Relativiert wird – mit Blick auf die Organisation der Repräsentationsräume – die Einschätzung, dass das Schloss doch nicht so modern gewesen sei. Die Ausstellung zeigt schließlich, dass weitere Anstrengungen zur baulichen Erhaltung und angemessenen Nutzung der gesamten Schlosslandschaft notwendig sind.

Frank Betker

Geschichte des Wohnens im bürgerlichen Zeitalter

Besprechung zu: JÜRGEN REULECKE (Hrsg.), *Geschichte des Wohnens, Band. 3: 1800 bis 1918. Das Bürgerliche Zeitalter, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1997, geb., 764 Abb., 767 S., DM 128,-.*

Die auf insgesamt fünf Bände angelegte Geschichte des Wohnens von der Antike bis in unsere Tage ist ein gleichermaßen längst überfälliges wie auch ungewöhnliches und anspruchsvolles Projekt. Auch im Band 3, der den Zeitraum von 1800 bis 1918 umfasst und den bezeichnenden Untertitel »Das Bürgerliche Zeitalter« trägt, reichen die Beiträge der fünf Autoren (Historiker) formal und meist auch inhaltlich weit über den Standard einfacher Aufsatzsammlungen hinaus. In den in sich geschlossenen, jeweils etwa 100 bis 200 Seiten umfassenden Aufsätzen werden je eigene Aspekte der Geschichte des Wohnens mit unterschiedlichen Schwerpunktbildungen und wissenschaftlichen Zugängen für den gesamten Zeitraum beleuchtet. Es entsteht ein in erster Linie kultur- und mentalitätsgeschichtlich gesättigtes Bild vom Wohnen im 19. Jahrhundert. Die Themen reichen vom sozialen und räumlichen »Wandel der Lebensverhältnisse« (Überblicksartikel von J. Reulecke) über das Wohnen und die Alltagsgestaltung der verschiedenen sozialen Schichten in Stadt und Land (A. von Saldern), die Wohnungsmarktentwicklung im Kaiserreich (C. Wischermann), das Wohnen der Unterschichten und Arbeiterfamilien als sozialpolitische Herausforderung der bürgerlichen Gesellschaft (C. Zimmermann) bis hin zum sozialdisziplinierenden und erzieherischen Verwahren von armen und sozial deklasierten Menschen in Anstalten, Heimen und Asylen (F. Zadach-Buchmeier).

Auch die ästhetische Qualität und das Layout

der Bände sind zu loben. Die sehr zahlreichen, meist zeitgenössischen Abbildungen illustrieren und ergänzen die Schilderungen und Beschreibungen. Diese beruhen auf einer breiten Quellengrundlage und sind in erster Linie auf Darstellung und Nachvollziehbarkeit angelegt. Angesprochen ist in erster Linie ein breites Fachpublikum, was nicht bedeutet, dass auch große Teile für den interessierten Laien verständlich sind, vor allem jene Beiträge, in denen die plastische und gut mit den zahlreichen Abbildungen kommunizierende Schilderung von Wohnverhältnissen in den unterschiedlichen sozialen Schichten des 19. Jahrhunderts überwiegt, wie etwa in dem Beitrag von A. von Saldern. Theoretische »Überlängen« wurden vermieden, hätten dem Charakter der Bände auch nicht entsprochen. Wenngleich vor allem im Übersichts-kapitel von J. Reulecke etwa eine begriffliche Explikation des programmatischen Untertitels »Das Bürgerliche Zeitalter« durchaus sinnvoll gewesen wäre.

Denn Dreh- und Angelpunkt des Wohnens im 19. Jahrhundert ist die Bürgerlichkeit als Idealentwurf einer moralischen und sozial-räumlichen Ordnung, ausgehend von jener kleinen, zuletzt im Kaiserreich nicht mehr als etwa 6–7% der Bevölkerung (umfassenden sozialen Formation, die, im monarchischen Deutschland weitgehend abgeschottet von politischer Macht, im Verlauf des 19. Jahrhunderts ihre (bürgerlichen) kulturellen Werte entwickeln, erheblich ausbreiten, ja geradezu verallgemeinern und in normierende Grundsätze verdichten konnte. Bürgerlich war das Zeitalter also nicht wegen eines quantitativen Übergewichts des Bürgertums in Staat und Gesellschaft, sondern aufgrund der stetig wachsenden Prägenkraft bürgerlicher Kultur auch und insbesondere im Bereich des Wohnens. Dieser Prozess wird zwar nicht systematisch, und

die umfangreiche neuere Literatur zum Bürgertum rezipierend nachgezeichnet, spiegelt sich aber in den einzelnen Beiträgen des Bandes, ob es nun um das selbstbewusste Wohnen, die Wohn-erfahrungen, Wohnwünsche und Wohnideale der Bildungs- und Besitzbürger selber geht, um die Hegemonie ihres Ideals von der bürgerlichen Familie mit ihren strengen moralischen Maßstäben, um das Nacheifern der Kleinbürger aus dem alten Mittelstand und der allmählich Anschluss gewinnenden neuen Angestelltenschicht, oder um den reformerischen Eifer, mit dem das Besitz- und Bildungsbürgertum das Proletariat zu hygienischem, gesundheitlich vernünftigen und sittlichem Verhalten im Wohnbereich zu bewegen suchte. Letztgenanntes war sogar eine existenzielle Frage, wie Gustav Schmoller 1887 in seinem »Mahnruf zur Wohnungsfrage« zu formulieren wusste: »Die besitzenden Klassen müssen aus ihrem Schlummer aufgerüttelt werden, sie müssen endlich einsehen, dass selbst wenn sie große Opfer bringen, dies nur... eine mäßige, bescheidene Versicherungssumme ist, mit der sie sich schützen gegen die Epidemien und gegen die sozialen Revolutionen, die kommen müssen, wenn wir nicht aufhören, die unteren Klassen in unseren Großstädten durch ihre Wohnungsverhältnisse zu Barbaren, zu thierischem Dasein herabzudrücken.« Resultat dieser Angst vor Epidemien und sozialen Revolutionen war nicht nur der Umzug bessergestellter Bürger an den Stadtrand, sondern eben auch ein normierender und sozialdisziplinierender Einfluss, den das Bildungs- und Besitzbürgertum, etwa mittels kommunaler Wohnungsinspektionen und öffentlicher Gesundheitspflege, auf das Wohnen der Arbeiter in den Städten nahm. Erfolge der Wohnungsreformbewegung stellten sich jedoch nur allmählich ein, denn das Besitzbürgertum war nur sehr zögerlich bereit, auch die realen Rahmenbedingungen für gesünderes und sittlich angepassteres Arbeiterwohnen zu verbessern, nämlich billigere, größere, besser belichtete und beheizbare sowie mit Wasser versorgte Wohnungen bereitzustellen. Durchgreifender gelang dies freilich erst mit dem Reformwohnungsbau nach dem Ersten Weltkrieg.

Die Abgrenzung »nach unten«, gegenüber den

nicht-bürgerlichen Schichten, spielte zu Beginn des 19. Jahrhunderts jedoch noch keine Rolle für das Bürgertum. Die Opposition zu den alten und immer noch herrschenden Gewalten, insbesondere dem Geburtsadel, und die Ablehnung ständischer Privilegien war das die verschiedenen bürgerlichen Gruppen einigende und die »bürgerliche Gesellschaft« als Idee, gleichsam als »Zielutopie« (Wehler) letztlich konstituierende Moment. Merkmale sind: Leistung und Bildung, Arbeit und Persönlichkeit, Privatheit und Individualismus, und daraus abgeleitet eine »typische Neigung zu rationaler und methodischer Lebensführung« (Kocka), die sich nicht zuletzt auch im Wohnen ausdrückte.

J. Reulecke gelingt es im ersten Kapitel seines einleitenden Beitrages, einige Facetten dieser Zielutopie, beginnend mit dem Ideal vom »trauten Heim« als »emotionale Lebensmitte der Familie«, in Bild und Text lebendig werden zu lassen (S. 19–25). Im Anschluss daran widmet er sich den nachhaltigen und komplexen Prozessen des sozialen, ökonomischen, institutionellen und räumlichen Wandels der Lebensverhältnisse im 19. Jahrhundert und beschreibt die Folgen der Industrialisierung, der großen Wanderungsbewegungen vom Land in die Städte und der Urbanisierung aus jeweils wechselnden Perspektiven. Den unternehmerischen Freiheiten des neuen Wirtschaftsbürgertums auf der einen Seite stehen dabei weitgehende Rechtlosigkeit, Verarmung und Ausbeutung des Proletariats sowie defensives Handeln der Kommunen auf der anderen Seite gegenüber. Kennzeichnend für die »Kräfteverhältnisse« um die Mitte des 19. Jahrhunderts ist z. B. der gescheiterte Versuch preussischer Kommunen, die ihnen auferlegten Lasten für die Pflege armer Menschen, ehemaliger Arbeiter ohne Rentenanspruch, zumindest zum Teil auf jene Industriebetriebe abzuwälzen, »die den Arbeiter in dessen kräftigem Alter ausgebeutet haben« (S. 40 ff.). Daraufhin entwickelte z. B. die Stadt Elberfeld ihr eigenes, weithin als vorbildhaft anerkanntes System, die Armenpflege zu rationalisieren. Eingeführt wurde ein sog. »Provisor«, der mindestens alle zwei Wochen nachzusehen hatte, ob die Voraussetzungen für die Armenpflege noch bestanden. »Portkieber« war

noch eines der harmlosen Schimpfworte für den städtischen Kontrolleur, die die betroffenen Armen prägten. Der Erfolg dieses Systems lag nicht nur in Einsparungen bei der Armenfürsorge, sondern vor allem in der sozialdisziplinierenden Wirkung (S. 40–47). Weiteren Aspekten der sozialen Durchdringung und auch der baulich-räumlichen Prägung der Gesellschaft durch das Bürgertum sind die folgenden nicht weniger aufschlussreichen Kapitel des Aufsatzes gewidmet. Hier geht es um die Anfänge des Rechtsschutzes für Ehe und Familie, die zaghaften Versuche der Städte, die Bautätigkeit mit den allerersten stadtplanerischen Mitteln zu ordnen, die hygienischen Verhältnisse zu verbessern, kommunale Dienstleistungen einzuführen und kulturelles Leben in den Städten zu entfalten. Nicht ohne Stolz trat die bildungsbürgerliche Verwaltungselite der Städte der zum Ende des Jahrhunderts allmählich aufkommenden Zivilisations- und Großstadtkritik entgegen: In dem Bewusstsein, das »Gesamtwohl der Gemeindeangehörigen« gefördert zu haben, formulierte sie »ihr Credo von der Stadt als Ausdruck höchster Modernität und Chance zu einer zivilisatorischen Höherentwicklung des modernen Menschen« (S. 102 f.). Dass ein Teil der städtischen Bevölkerung noch am Vorabend des Ersten Weltkriegs der »zivilisatorischen Höherentwicklung« aus der Perspektive eines Kellerlochs zuzuschauen hatte, kam der bürgerlichen Elite dabei nicht in den Sinn. Die »Lumpen des Volkes« galten vielen Bürgerlichen als Mysterium, unmenschlich und fremd in der »eigenen« Gesellschaft (S. 219 f.).

Dass auch die Wohnverhältnisse auf dem Land z. T. menschenunwürdig waren und auch dort die größten Gegensätze zu beobachten waren, verdeutlicht A. von Saldern in ihrem sehr lesenswerten Aufsatz: »Im Hause, zu Hause. Wohnen im Spannungsfeld von Gegebenheiten und Aneignungen« (S. 145–332). Doch auch das städtische Wohnen findet gleichermaßen Berücksichtigung. Sie gliedert ihre Schilderungen jedoch nicht nach Stadt und Land, sondern grob nach den einzelnen Schichten der Bevölkerung, und hier jeweils nach einer frühindustriellen und einer kaiserzeitlichen Phase, in insgesamt sechs Kapitel: Bürgertum, Arbeiterschaft, Kleinbürger-

tum, Bauern, unterbäuerliche Schichten und Adel. Wichtig sind ihr die großen und die kleinen Unterschiede zwischen den Wohnweisen der einzelnen Schichten und zwischen Stadt und Land, denn sie sind »Ausdruck sozialer und kultureller Lebensformen« (S. 149). Detailliert, reichhaltig illustriert und z. T. mit amüsanten Zitaten unterlegt, widmet sie sich zunächst im Kapitel über das frühbürgerliche Wohnen sowohl der Außendarstellung als auch dem Raumprogramm, der Einrichtung und Möblierung der Bürgerhäuser. Anhand zeitgenössischer Zitate werden zugleich Lebensgefühl und Anspruchsdenken plastisch, wenn sich etwa Bettina von Arnheim im Jahre 1807 als Gast in Goethes Haus über den harten Strohsack beklagt, der ihr zugemutet wird. Doch der Strohsack war auch noch in den folgenden Jahrzehnten aus den meisten bürgerlichen Betten nicht wegzudenken. Auch das in separaten Schlafzimmern genächtigt wurde, war damals durchaus noch nicht üblich (S. 163). Während Einfachheit und Harmoniebedürfnis das Wohnen der Bürger im Biedermeier noch prägte, beanspruchte das gewandelte Selbstwertgefühl des kaiserzeitlichen Bürgers »historistische Verwunschenheit«, Repräsentation und vor allem viel Raum (S. 173 f.). »Das traute Heim wurde zu einer großartig inszenierten Ersatzwelt für die nicht erreichte soziale Harmonie und den nicht erreichten sozialen Frieden hochstilisiert« (S. 190).

Derartige Kompensationen standen den Arbeitern nicht zur Verfügung. Sie verharrten während des gesamten langen 19. Jahrhunderts im Wohnungselend. Die oft vielköpfigen Familien verfügten meist über nur ein Zimmer. Entsprechend spielte sich ihr Leben vielmehr in Höfen, auf der Straße oder in Kneipen ab. Nicht die Wohnung, sondern das »Wohnquartier« oder das Stadtviertel war der Bezugspunkt häuslichen Lebens und das Zentrum proletarischer Alltagskultur (S. 203). A. von Saldern schildert dies sehr plastisch und versteht es, jeweils bei Bürgern, Arbeitern, Bauern, Adligen auch die geschlechtsspezifischen Unterschiede herauszuarbeiten und die jeweiligen Lebenswelten von Frauen und Männern sowie vor allem die Hierarchisierung der Geschlechtsbeziehungen, besonders dras-

tisch etwa am Beispiel kleinbürgerlicher Handwerkerfamilien (S. 232), darzustellen.

Im Zentrum des Beitrags von C. Wischermann (»Mythen, Macht und Mängel. Der deutsche Wohnungsmarkt im Urbanisierungsprozess«, S. 333–502) steht dann ausschließlich die Großstadt und die Herausbildung eines städtischen Wohnungsmarktes im Kaiserreich. Auch hier zeigt sich wieder, wie wenig die Kommune in der Lage, aber auch willens war, eines der größten Probleme jener Zeit, die Wohnungsnot, in den Griff zu bekommen. Die städtische Leistungsverwaltung war angesichts des enormen industriellen Wachstums und der ungebremsten Zuwanderung von Arbeitskräften nicht nur überfordert, sondern die von bürgerlichen Haus- und Grundbesitzern beherrschten Stadtparlamente verhinderten gemeinsam mit der privaten Bauwirtschaft ein kommunales Engagement in der Wohnungsversorgung unterer Einkommensgruppen. Denn das Aufbrechen des rein privatwirtschaftlich organisierten Wohnungsmarktes wäre als »Angriff auf ein Herzstück der bürgerlichen Eigentums- und Wirtschaftsordnung« verstanden worden (S. 339 f.). So hinkte die Wohnungsproduktion ständig hinterher und ließ kaum einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage zu, auch wenn es zeitweise zu extremen zyklischen Schwankungen des Marktes mit Phasen der Überproduktion kam (S. 399 ff.). Erst nach der Jahrhundertwende kann davon gesprochen werden, dass sich die Wohnsituation für einen kleinen Teil der Arbeiterfamilien leicht verbesserte. Feuchte und schlecht belichtete Kellerwohnungen bildeten jedoch noch lange ein beachtliches Segment des Wohnungsmarktes: »Noch 1910 wohnten in den Hamburger Kellerwohnungen rund 42 000 Menschen, genauso viele wie sich den Luxus des Wohnens in Einfamilienhäusern leisten konnten« (S. 422).

In weiteren Kapiteln beleuchtet C. Wischermann noch etliche Facetten der Wohnreformdebatte (S. 370 ff., 437 ff.), des Wohnungsmarktes, seiner Akteure und Institutionen: Haus- und Grundbesitzervereine, Mieterorganisationen, Mietverträge (S. 343 ff.), benennt die Akteure des Bauprozesses, zitiert die amüsante Beschreibung der Aktivitäten auf einer Baustelle

(S. 376–384) und berichtet plastisch vom Wohnen junger Arbeiter und Dienstmädchen als Schlafgänger, Untermieter, etc. (490 ff.). Erhellend ist das Kapitel über die Geschichte der Mietwohnung, die im 19. Jahrhundert erst neu erfunden wurde und sowohl Elemente des traditionellen Wohnens als auch Merkmale des abgegrenzten bürgerlichen Familienwohnens »auf der Etage« vereinte (S. 347–369).

Wenig überzeugen können allerdings u. a. die Abschnitte, die sich auf die Wohnreformdebatte jener Zeit beziehen. Den wirtschaftsliberalen Reformen Ludwig Pohle stilisiert C. Wischermann zu seinem maßgeblichen und hellsichtigen Zeitzeugen und macht sich seine damals »totgeschwiegene« Argumentation zueigen. Pohle, eher ein Lobbyist der Haus- und Grundbesitzer als ein tatsächlicher Reformator, war mit seinem konsequenten Eintreten für unbeschränkte Marktmechanismen und die »selbsttätige Regulierungskraft des örtlichen Wohnungsmarktes« (S. 401, 439) seinerzeit in der Reformdebatte der interventionistischen Auffassung, dass nur stärkere staatliche Eingriffe zur Milderung der Wohnungsnot führen könnten, unterlegen. Dabei hat die Geschichte des Wohnens über das 19. Jahrhundert hinaus die Wirtschaftsliberalen längst widerlegt und ihre Argumentation als allzu durchsichtig entlarvt (vgl. dazu den Beitrag von C. Zimmermann, S. 557 f.). Wenig überzeugend und längst nicht auf dem neuesten Stand der Forschung ist auch das Kapitel über den innerstädtischen Strukturwandel (S. 455–479). Bezeichnenderweise fehlt im Literaturverzeichnis bis auf Christoph Bernhards »Bauplatz Groß-Berlin« (1997) überhaupt die gesamte bau- und planungsgeschichtliche Literatur der 90er Jahre (z. B. von G. Fehl, J. Rodriguez-Lores, H. Bodenschatz u. v. a.). Zur Lektüre nur eingeschränkt zu empfehlen sind auch die ausschweifenden und z. T. wenig aussagekräftigen Erläuterungen zum statistischen Material über den »Wohnungsmarkt im Schnittpunkt sozialer Ungleichheit« (Kapitel 4, S. 405–454). Im Gestrüpp der zahllosen Statistiken stellen sich Widersprüche ein oder geraten Aussagen allzu banal. Geradezu absurd ist es, von einer sinkenden Mietbelastung pro Kopf der Arbeiterfamilie zu sprechen, wenn die

Kinderzahl steigt, gleichzeitig aber dennoch keine größere (und damit teurere) Wohnung bezogen werden kann (S. 444 f.). Hinzu kommt, dass sich einige Fehler in der Beschreibung, Beschriftung oder graphischen Illustration des statistischen Materials eingeschlichen haben (so z. B. S. 419, 424, 426). Insgesamt ein lesenswerter, teilweise aber auch problematischer Aufsatz.

Clemens Zimmermann widmet seinen Beitrag dem »Wohnen als sozialpolitische Herausforderung. Reformarisches Engagement und öffentliche Aufgaben« (S. 503–636). Mit dem Pauperismus vor der Jahrhundertmitte, urbanen Verdichtungs- und Segregationsprozessen beginnend zeichnet er systematisch die Geschichte des »Weges zur Wohnungsfrage«, der Herausbildung von wohnreformerischen Debatten, Leitbildern, Strategien und Reformvorschlägen bis hin zur konkreten, gemeinwirtschaftlich initiierten Umsetzung einiger Vorschläge und öffentlichen Intervention in den Wohnungsmarkt nach. Obwohl sich hartnäckig noch weit bis ins 19. Jahrhundert hinein die Auffassung hielt, dass Verarmung und Wohnungsnot keine gesellschaftliche Krisenerscheinung, sondern selbstverschuldet oder gleichsam naturgesetzlich sei, und es sich um Entwicklungen handele, denen der liberale Staat nicht entgegenzutreten sollte, bildete sich ab den 40er Jahren eine bürgerliche Reformdebatte mit z. T. schon sehr weitgehenden Forderungen heraus: abgeschlossene Familienwohnung mit funktional getrennten Zimmern, einem »schönen Wohnzimmer« und ohne Schlafgänger. Robert Mohl und Andreas Romberg (1844/45) waren die ersten, die sich für ein städtisches Engagement einsetzten, weil die »Capitalisten« nicht bereit seien, Kleinwohnungen zu bauen (S. 524–529). Einen Politisierungsschub und damit eine rechtlich haltbare Begründung für staatliche Interventionen in das Bau- und Wohnungswesen erhielt die Wohnreformdebatte erst in den letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts, als erkannt wurde, dass die unhygienischen Wohnverhältnisse der Unterschichten in den Städten zu einem schichtenübergreifenden Gesundheitsrisiko wurden und so auch das staatlich zu schützende Eigentum des Bürgertums angegriffen (S. 556 ff.).

Sehr schön illustriert und mit vielen Zitaten aus zeitgenössischen Quellen versehen, widmet sich das nächste Kapitel mit vielen gebauten Beispielen den ersten konkreten reformerischen Anstrengungen im gemeinnützigen, genossenschaftlichen und Werkswohnungsbau etc. Plastisch werden hier Wohn- und ästhetische Qualitäten der Häuser und Siedlungen ebenso geschildert wie Milieus, leidenschaftliche Bemühungen, Abhängigkeiten, Erfahrungen, Haltungen und auch Leiden der Zeitgenossen, seien es nun Mieter, paternalistische Industrielle, Bürger, Arbeiter, Adlige, oder die Wohnreformer selber. Letztlich hat sich bis zum Ersten Weltkrieg die Wohnkultur zumindest für einen kleinen Teil der Arbeiter schon deutlich verbessert, vor allem für jene, die in den Genuss eines Siedlungshäuschens mit Garten, differenziertem Grundriss und ansatzweise befriedigender Sanitäreinrichtung kamen (S. 560–613). Und in der Gartenstadt Hellerau gab es auch schon hochwertige Möbel, die sogar Anerkennung bei klassenkämpferischen Gewerkschaftern fanden: »Es ginge darum, die protzigen Bourgeoisemöbel und den »bürgerlichen Abfall« zu überwinden. Der heutige Arbeiter fordere »eine eigene Formensprache, eigene Häuser, eigene Möbel« als »Dokumente der Lebensauffassung und der Energie des zu sich selber gekommenen Proletariats.« (S. 604 f.).

Dass es im 19. Jahrhundert auch ein Wohnen jenseits der Kategorien von bürgerlicher Familienwohnung oder proletarischer Wohnkultur gab, zeigt F. Zadach-Buchmeier in seinem abschließenden Aufsatz: »Anstalten, Heime und Asyle: Wohnen im institutionellen Kontext« (S. 637–743), der vielleicht gerade für jene Leser der spannendste Beitrag dieses Bandes ist, die sich bislang nicht mit dem Wohnen in »Zwangsinstitutionen« beschäftigt haben und kaum eine Vorstellung davon haben, was es bedeutete, im 19. Jahrhundert zu den Ausgegrenzten und Deklassierten zu gehören. Der vielleicht bewusst zurückhaltend gewählte Untertitel »Wohnen im institutionellen Kontext« vermittelt auch kaum einen Eindruck davon, was den Leser erwartet. In sieben Kapiteln beschreibt der Autor Architekturen, Grundrisse, Wohnbedingungen, Leben und Alltag, Versorgung und Hygiene,

Erziehungs-, Besserungs- und Heilungsideale in deutschen Gefängnissen, Arbeitshäusern, Erziehungsanstalten, Heil- und Pflegeanstalten, Obdachlosenasylen, Wanderarbeitsstätten und Armenhäusern des 19. Jahrhunderts. Anhand zahlreicher Abbildungen und vieler Zitate aus zeitgenössischen Quellen, in denen immer wieder auch Betroffene zu Wort kommen, wird hier eine Kehrseite der bürgerlichen Gesellschaft aufgezeigt, die aber ein wesentliches Charakteristikum freilegt: den Umgang und die Einstellung einer Gesellschaft zu ihren »Randzonen« (S. 643).

In den Anstalten, Heimen und Asylen stand das Sozialdisziplinierende und geistig Züchtigende für all jene, die sich den Normen der bürgerlichen Gesellschaft nicht fügen wollten oder konnten, absolut im Vordergrund. Dass im 18. Jahrhundert noch das öffentliche körperliche Züchtigen Merkmal des Umgangs mit den Außenseitern war, kennzeichnet eine Zäsur in der Entwicklung hin zur bürgerlichen Gesellschaft. Vermutlich wurde dies seinerzeit als zivilisatorischer Fortschritt empfunden. Schärfere Ausgrenzung und humanere Behandlung konnten Hand in Hand gehen. Foltermethoden wurden kaum noch angewendet, Sittlichkeit, Sauberkeit, Ordnung, Disziplin und regelmäßige Arbeit beherrschten den hundertprozentig reglementierten Alltag in den meisten Anstalten. Der Autor zeigt am Beispiel einer »neupietistischen Rettungsanstalt« für Kinder in Württemberg, wie mit moralischer Strenge, aber ohne körperliche Gewaltanwendung geläutert werden sollte (S. 689 ff.). Ansonsten war der Aufenthalt für die Kinder dort nicht gerade sehr »fortschrittlich«, denn sie wurden auf ein Leben in Armut und in dienender Funktion vorbereitet: Ihre Ausbildung orientierte sich an vorindustriellen Verhältnissen.

Allerdings gab es auch im Bereich des Anstaltswesens und der Heimunterbringung eine bürgerliche Reformbewegung. Das Modell Johann Wicherns z. B., praktiziert im »Rauhen Haus« bei Hamburg, erkannte die Individualität des Kindes an und verfolgte das Ziel, aus den Kindern christliche Menschen mit bürgerlichen Wertvorstellungen zu machen (S. 680–684). Auch hier zeigte sich, dass das Motiv für Reformbemühungen generell, vor allem gegen Ende des 19. Jahrhunderts, zu ganz wesentlichen Teilen darin lag, die armen Menschen »nicht den Sozialdemokraten in die Arme zu treiben«, bei »ordentlichem« Verhalten durchaus Integrationschancen zu bieten (S. 725) und die bürgerliche Lebenswelt zu schützen.

Die »Geschichte des Wohnens« von 1800 bis 1918 ist ein insgesamt überzeugender Band, der viel verspricht und viel hält. Er lässt das »Bürgerliche Zeitalter« für den am Thema Wohnen mit all seinen kulturellen, sozialen, alltagsgeschichtlichen, politischen und in Grenzen auch ökonomischen Implikationen interessierten Leser ein wenig lebendig werden. Das enorm Spannungsreiche des 19. Jahrhunderts, die Verbürgerlichung als ambivalenter Prozess, kommt in diesem Band sehr schön zum Ausdruck und nimmt dem Begriff vom Bürgerlichen Zeitalter ein wenig von seinem Glanz. Das unbestreitbar erfolgreiche Modell des bürgerlichen Wohnens wird angekratzt, denn hinter dem Erfolgsmodell des 19. Jahrhunderts verbirgt sich für die Zeitgenossen ein unendlich mühsamer, für sehr viele auch existentieller Kampf. Es galt, Standards zu halten oder zu verbessern, den Anschluss zu finden oder nicht weiter abzurutschen. Es hat aber auch bei jenen, für die das Ideal trotz aller Anstrengung nicht zu erreichen war, das Gefühl der Ausgrenzung und Diskriminierung verstärkt.